

# BEWAHREN

Hrsg. Günter Benser und Michael Schneider

Archivare, Bibliothekare und Sammler  
der Quellen der deutschsprachigen  
Arbeiterbewegung

# VERBREITEN

**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**

Förderkreis  
Archive und Bibliotheken  
zur Geschichte  
der Arbeiterbewegung

# AUFKLÄREN

Günter Benser und Michael Schneider (Hrsg.)

## **„Bewahren – Verbreiten – Aufklären“**

Archivare, Bibliothekare und Sammler der Quellen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung

Bonn-Bad Godesberg 2009

Erarbeitet in Kooperation von  
Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung  
und Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Redaktion und Bearbeitung: Dagmar Goldbeck und Sabine Kneib

© 2009 by Friedrich-Ebert-Stiftung

Alle Rechte vorbehalten

Umschlag: Bernd Raschke, FES

Herstellung: Katja Ulanowski, FES

Druck: bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei

Bildnachweis:

Archiv der sozialen Demokratie (AdsD): 1,3,10,11,12,13,14,18,19,22,23,26,32,36; Arbeitarrörelsens arkiv och bibliotek: 6; J.H. Darchinger/FES: 20; Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW): 43; FU Berlin/Universitätsbibliothek: 42; Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis (IISG): 5,31,37,41; PAN-Foto: 30; Russischen Staatsarchiv für Sozial- und Politikgeschichte (RGASPI): 33,40,44; Bundesarchiv/SAPMO: 8,17,21,27; Staatsbibliothek zu Berlin – Preussischer Kulturbesitz, Handschriftenabteilung: 9; Stadt Dortmund /Eigenbetrieb Kulturbetriebe Dortmund: 16; Universitätsarchiv Rostock: 7; 2,4,8,29,35,45: Privat.

Da es trotz intensiver Bemühungen in einigen Fällen nicht möglich war, die Rechteinhaber oder -nachfolger zweifelsfrei zu ermitteln, bittet die Friedrich-Ebert-Stiftung, etwaige Ansprüche bei ihr geltend zu machen.

Printed in Germany, Juni 2009-05-11

ISBN 978-3-86872-105-8

## Inhaltsverzeichnis

Zum Geleit .....	5
Vorwort .....	7
Friedrich Wolfgang Adler (Wolfgang Maderthaler) .....	13
Bert Andréas (Dagmar Goldbeck) .....	19
Eduard Bernstein (Sabine Kneib) .....	26
Karl-Heinz Bippig (Hans-Holger Paul) .....	34
Werner Blumenberg (Christoph Stamm) .....	41
Oscar Borge (Martin Grass) .....	47
Fritz Brügel (Gerd Callesen) .....	53
Ernst Drahn (Peter Gohle) .....	58
Alfred Eberlein (Kurt Metschies) .....	64
Otto Franke (Jürgen Stroech) .....	71
Eduard Fuchs (Barbara Kontny) .....	77
Heinz Gittig (Kurt Metschies) .....	84
Lothar Groll (Heinz Sommer) .....	89
Carl Grünberg (Christoph Stamm) .....	92
Max Grunwald (Anja Kruke) .....	99
Werner Hansen (Klaus Mertsching) .....	104
Hugo Heimann (Richard Sperl) .....	108
Gustav Hennig (Felicitas Marwinski) .....	117
Jonny Hinrichsen (Peter Gohle) .....	125
Kurt Hirche (Wolfgang Budde-Roth) .....	131
Fritz Hüser (Hanneliese Palm) .....	138
Bruno Kaiser (Jürgen Stroech) .....	144
Paul Kampffmeyer (Peter Gohle) .....	151
Kurt Klotzbach / Kuno Bludau (Dieter Dowe) .....	156
Sophie Liebknecht / Susanne Leonhard (Elisabeth Ittershagen) .....	162
Richard Lorenz / Franz Kunert (Horst-Peter Schulz) .....	168
Ralph H. Lutz (Ottokar Luban) .....	177
Theodor Mauthner / Wilhelm Pappenheim (Gerhard Oberkofler) .....	180
Paul Mayer (Peter Gohle) .....	185
Ernst Mehlich (Alois Klotzbücher) .....	190

Anton Menger (Gerhard Oberkofler) .....	196
Julius Motteler (Sabine Kneib).....	202
Richard Müller (Ralf Hoffrogge).....	209
Max Nettelau (Rainer Holze).....	216
Paul Neumann (François Melis) .....	222
Boris I. Nikolajewskij (Rolf Hecker).....	231
Max Oppenheimer (Barbara Bornberger / Karl-Heinz Jahnke) .....	238
Theo Pinkus (Brigitte Walz-Richter) .....	242
Nicolaas Wilhelmus Posthumus (Eckhard Müller).....	247
Karl Raloff (Gerd Callesen) .....	254
Dawid B. Rjasanow (Rolf Hecker) .....	258
Rudolf Rothe (Peter Gohle) .....	268
Boris M. Rudjak (Heinrich Gemkow) .....	274
Friedrich Salomon (Peter Gohle).....	277
Johannes Sassenbach (Jacques Schwarz).....	282
Annie van Scheltema-Kleefstra (Eckhard Müller).....	287
Max Schippel (Andrea Bahr) .....	292
Hermann Schlüter (Renate Merkel-Melis) .....	297
Olga K. Senekina (Heinrich Gemkow).....	306
Boris Souvarine (Sigrid Kleinschmidt / Ursula Langkau-Alex).....	309
Josef Stammhammer (Kurt Metschies).....	316
Max Stein (Sigrid Kleinschmidt) .....	321
Herbert Steiner (Winfried R. Garscha).....	326
German A. Tichomirnow (Rolf Hecker) .....	335
Manfred Turlach (Rüdiger Zimmermann) .....	339
Emil O. Weller (Inge Kießhauer).....	345
Abkürzungsverzeichnis.....	352
Personenregister.....	357

## Zum Geleit

Wer sich heutzutage mit der Geschichte der deutschsprachigen Arbeiterbewegung befasst, kann auf eine reichhaltige schriftliche Überlieferung zurückgreifen – trotz mancher empfindlicher Lücken, die Verfolgungen, Kriegsverlusten oder auch Versäumnissen geschuldet sind. Das ist vor allem jenen Männern und Frauen zu danken, die frühzeitig den Wert der gedruckten und ungedruckten Quellen der Bewegung erkannten und sich für deren Sammlung und Erschließung einsetzten, die mitunter viel gewagt haben, um Akten, Nachlässe oder Bücher vor feindlichen Zugriffen zu schützen. Der unvergessene Begründer der Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Zürich, Theo Pinkus, beschrieb das Motiv dieser Sammler und Retter, Archivare und Bibliothekare mit den Worten „*Bewahren – verbreiten – aufklären*“, die als Buchtitel gewählt wurden.

Diese Veröffentlichung ist das Ergebnis einer produktiven Zusammenarbeit zwischen dem Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V. und dem Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Als Frucht gemeinsamer Anstrengungen der letzten Jahre können wir nunmehr der Öffentlichkeit eine Auswahl biographischer Porträts von rund 60 Personen übergeben, die sich um die Überlieferungen der Arbeiterbewegung im deutschsprachigen Raum besonders verdient gemacht haben. Die Sammlung belegt, dass die im Förderkreis geborene, von der Friedrich-Ebert-Stiftung aufgegriffene Idee eines solchen Projektes breite Unterstützung kompetenter Historiker, Editoren, Archivare und Bibliothekare erfahren hat. Schon das Erfassen dieses zeitlich, territorial und auch politisch breitgefächerten Personenkreises, geschweige denn die Darstellung der Vita und die Würdigung der Leistungen einer solchen Anzahl von Personen wären von einem kleinen Herausgeberkollektiv nicht zu leisten gewesen. Deshalb gebührt allen, die sich an diesem Unternehmen beteiligt haben, großes Lob.

Gleichwohl – ein bloßes Aneinanderreihen eingereicherter Einzelbeiträge ergibt noch keine Publikation, die wissenschaftlichen und verlege-

rischen Kriterien standhält. Ohne die aufwändige wissenschaftsorganisatorische und redaktionelle Arbeit von Dagmar Goldbeck und Sabine Kneib läge nur ein Torso vor. Sie haben – mit gebührendem Respekt vor den individuellen Handschriften der Autoren – die unerlässlichen Bearbeitungen vorgenommen, die aus Teilen ein Ganzes werden ließen. Und das von ihnen verfasste, von hoher Sachkunde zeugende Vorwort enthebt die Herausgeber der Verpflichtung, den Ertrag unseres Unternehmens einzuschätzen und die Grundsätze unserer Arbeitsweise darzulegen. Unterstützt wurden die beiden Redakteurinnen durch Dr. Birgid Leske, die das Anfertigen eines Personenregisters übernommen hat.

Allen genannten und ungenannten Beteiligten am Gelingen unseres Projektes sei an dieser Stelle der Dank ausgesprochen.

So bleibt uns am Schluss zu wünschen, dass diese Veröffentlichung eine interessierte Leserschaft und eine engagierte Aufnahme finden möge. Die Herausgeber hoffen, dass – angeregt durch diese Auswahl – weitere Porträts von Personen entstehen, die sich um die schriftliche Überlieferung der deutschsprachigen Arbeiterbewegung verdient gemacht haben. Wir werden gewiss Wege finden, um solche Nachträge oder auch Ergänzungen und Richtigstellungen der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Wir möchten dazu beitragen, dass diejenigen, die den Grundstein für Archive und Bibliotheken der Arbeiterbewegung gelegt haben, wie ihre Nachfolger nicht vergessen werden.

Juni 2009

Prof. Dr. Günter Benser

Vorsitzender des Förderkreises  
Archive und Bibliotheken  
zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Prof. Dr. Michael Schneider

Leiter des Historischen  
Forschungszentrums der  
Friedrich-Ebert-Stiftung

## Vorwort

Die kontinuierliche Führung und Aufbewahrung der Aktenüberlieferungen der Parteien und Organisationen der Arbeiterbewegung sowie die Sammlung und Erschließung der von ihnen herausgegebenen Publikationen hat eine lange Tradition und reicht bis in das 19. Jahrhundert zurück. Heute sind die in Archiven und Bibliotheken aufbewahrten Büchersammlungen, Nachlässe und anderen primären Dokumente eine wichtige Quelle für die Erforschung und das Verständnis der Geschichte der Arbeiterbewegung. Mitunter wecken die intensive Nutzung dieser Institutionen, der Reichtum der Überlieferungen, die Fülle der Bücher, Broschüren und Periodika auch die Neugier auf jene Personen, die mit Spürsinn, Sachkunde und Sammelleidenschaft alle diese Schätze zusammengetragen, sie geordnet, verzeichnet oder katalogisiert und sie damit für die Benutzung zugänglich gemacht haben. Es handelt sich um Menschen mehrerer Generationen mit unterschiedlichen politischen Überzeugungen. Sie gehörten nicht selten sich bekämpfenden Parteilagern an und waren dennoch durch ihr Engagement für das in Akten, Nachlässen und Publikationen verkörperte Erbe der Arbeiterbewegung miteinander verbunden.

Aus diesem Gedanken heraus wurde im Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V. in Berlin die Idee geboren, mit kurzen biographischen Skizzen an jene Männer und Frauen zu erinnern, die sich um die Rettung und Bewahrung der durch die politische Entwicklung oft in ihrem Bestand bedrohten und nicht selten an entlegenen Stellen zu findenden Dokumente und um die Erschließung der Quellen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung besonders verdient gemacht haben. Mit einem Aufruf an seine Mitglieder warb der Berliner Förderkreis um Unterstützung und Autoren. Es entstand eine Namensliste, die in der Anfangsphase des Projektes mehrfach überdacht und modifiziert wurde. Das Konzept stieß auch bei der Friedrich-Ebert-Stiftung auf Interesse, die – um Mitarbeit gebeten – das Projekt durch intensive Zusammenarbeit und gemeinsame Herausgeberschaft mitgestaltete.



Die Parteien und Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung hatten schon früh begonnen, ihre eigenen Dokumente und Materialien in internen Archiven zu sichern. Bereits der 1863 gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein wie auch die 1869 in Eisenach ins Leben gerufene Sozialdemokratische Arbeiterpartei besaßen eine Registratur, in der das Schriftgut der Organisationen gesammelt wurde. Auch die 1875 aus der Vereinigung beider Parteien hervorgegangene Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (seit 1890 Sozialdemokratische Partei Deutschlands) richtete einige Jahre nach ihrer Gründung ein Parteiarchiv ein. Es war August Bebel, der – einen Gedanken von August Geib aufgreifend – erkannte, dass es nicht allein genügte, diese Materialien für die künftige Arbeit der Partei zu bewahren, sondern dass es darüber hinaus wichtig war, den Parteimitgliedern durch die Errichtung einer Bibliothek als zentraler Sammelstelle sozialistische Literatur und Periodika zur Verfügung zu stellen. Er knüpfte damit an die weit in das 19. Jahrhundert zurückreichende Tradition der Arbeiterbildungsvereine mit ihren oft umfangreichen Bibliotheken und reichhaltigen Fortbildungsangeboten an. Mit der Einrichtung des Archivs der Sozialdemokratischen Partei, das während des „Sozialistengesetzes“ 1882 im Schweizer Exil entstand, wurde der Grundstein für eine der bedeutendsten archivischen Einrichtungen der deutschen Arbeiterbewegung geschaffen. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts spielten Arbeiterbibliotheken zunächst als Bibliotheken von Partei- und Gewerkschaftsgliederungen, später auch als örtliche Zentralbibliotheken bis zur endgültigen Zerstörung der Arbeiterbüchereien 1933 eine bedeutende Rolle bei der Verbreitung sozialistischer Literatur und der Befriedigung des Bildungs- und Unterhaltungsbedürfnisses der Arbeiterklasse.

Diese Pionierarbeit erwies sich als beispielgebend für verschiedene Strömungen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung – nicht nur für Parteien, sondern auch für Massenorganisationen der Arbeiterbewegung, insbesondere für die Gewerkschaften. Dem Charakter und dem Selbstverständnis der kommunistischen Bewegung entsprach es, wenn wesentliche Überlieferungen der KPD im Archiv der Kommunistischen Internationale aufbewahrt wurden und erst Jahrzehnte nach deren Auflösung Bestandteil der deutschen Archivlandschaft wurden.

---

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstanden neben den Archiven und Bibliotheken der Arbeiterparteien und -organisationen wissenschaftliche Institutionen, die die Primärquellen von Parteien und Gewerkschaften und die Literatur zur Geschichte der Arbeiterbewegung und Sozialgeschichte sammelten. Diese Institutionen mit ihren reichhaltigen Beständen wurden von der NS-Diktatur zerschlagen, die Aktenüberlieferungen zerstört oder verschleppt. Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte nur ein geringer Teil davon wieder aufgebaut oder neu gegründet werden.

Die Geschichte der Archive und Bibliotheken, ihr Bestandsaufbau, ihre Erschließung und Nutzung sind mitunter bereits in wissenschaftlichen Arbeiten analysiert und beschrieben worden. Meist eher am Rande werden jedoch die dort tätigen und Verantwortung tragenden Personen genannt, die durch ihre tägliche Arbeit zum Erfolg ihrer Einrichtungen beitrugen, die in Bücherkellern und auf Dachböden wühlten, mit Fingerspitzengefühl für die Erfordernisse zeitgeschichtlicher Sammeltätigkeit Angebote prüften, kauften, inventarisierten und katalogisierten, die mit Erben verhandelten, Nachlässe sichteten und bewerteten und nicht zuletzt ihren Nutzern mit Rat und Tat zur Seite standen. Viele Bibliothekare und Bibliothekarinnen sowie Archivare und Archivarinnen verstanden ihre Arbeit nicht nur als einen fachlichen, sondern auch als einen politischen Auftrag. In unermüdlicher Kärnerarbeit, mit Fleiß und Beharrlichkeit, verfolgten sie das Ziel, das mannigfaltige historische Erbe der deutschsprachigen Arbeiterbewegung, ihrer Parteien und Organisationen zu hüten und zu vermehren.

Bibliographen erfassten die Literatur der Arbeiterbewegung in mühevoller und langwieriger Kleinarbeit und erarbeiteten so Standardwerke für die Forschung; Spezialkataloge waren und sind unentbehrliche bibliographische Hilfsmittel, egal ob als vielbändige Werke gewaltiger Sammlungen oder schmächtige Broschüren, wie das Wellersche „Demokratische Taschenbuch für 1848“, der ersten Bibliographie der Literatur der deutschen Arbeiterbewegung.

Oft bildeten Privatsammlungen den Grundstock von Bibliotheken, haben Buchliebhaber aus persönlichem oder beruflichem Interesse be-

deutende Bestände sozialistischer Literatur zusammengetragen, die später in öffentliche Bibliotheken überführt wurden. In ihnen findet man neben Büchern und Broschüren auch Flugblätter, Aufrufe, Plakate und kleinere Schriften, die nicht über den Buchhandel verbreitet wurden. Deren systematische Sammlung war besonders schwierig, da sie oft in geringen Auflagen erschienen oder nur an entlegenen Stellen aufzufinden waren. Entsprechendes gilt für die Briefe und Aufzeichnungen bedeutender Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung sowie andere herausragende Dokumente aus der Überlieferung von Parteien und Gewerkschaften.

Die vorliegende Auswahl von Kurzbiographien beschreibt Archivare und Bibliothekare, Gründer, Leiter oder Mitarbeiter von Archiven und Bibliotheken der deutschsprachigen Arbeiterbewegung, die durch ihre fachliche Kompetenz und leidenschaftliche Sammeltätigkeit Pionierarbeit geleistet und/oder ihre Einrichtungen zu international bedeutenden Spezialsammlungen entwickelt haben. Die Geschichte ihres Wirkens ermöglicht nicht selten auch einen Einblick in die Geschichte der Institutionen, in denen sie tätig waren und zeichnet die oft wechselvolle Geschichte einzelner Sammlungen und Bestände nach.

Viele der hier vorgestellten Männer und Frauen haben unter schwierigsten Bedingungen, in Zeiten des Verbots und der Verfolgung der Arbeiterbewegung, Schriftgut vor der Vernichtung gerettet. Während der nationalsozialistischen Diktatur wirkten sie – oft selbst Emigranten – in den Ländern West- und Nordeuropas oder in der Sowjetunion und anderen Staaten über Länder- und auch politische Grenzen hinweg, um das akut bedrohte geistige und kulturelle Erbe der deutschen und europäischen Arbeiterbewegung vor der Zerstörung zu bewahren und zu erhalten. Dabei waren es nicht immer Fachleute, die sich von Berufs wegen um die Sicherheit der Materialien sorgten. Überzeugte Anhänger(innen) der Arbeiterbewegung retteten aus eigenem Antrieb wichtige Überlieferungen. Dem verantwortungsbewussten Handeln dieses Personenkreises sind ebenfalls einige der biographischen Porträts gewidmet.

Allerdings: Nicht alle in der Tradition der Partei- und Gewerkschaftsarchive oder in sonstigen einschlägigen Institutionen tätigen Archivare,

---

Bibliothekare, Bibliographen und Sammler konnten berücksichtigt werden. Vollständigkeit wurde ebenso wenig angestrebt wie die Herausgabe eines lexikalischen Nachschlagewerks. Der ungleiche Stand der biographischen Forschungen und die oft schwierige Quellenlage ermöglichten nicht in jedem Fall eine gleichmäßige Dichte der Darstellungen. Verzichtet wurde auch generell auf die Aufnahme von noch lebenden Personen (ungeachtet ihrer oft herausragenden Leistungen) und von Partei- und Gewerkschaftsfunktionären, wenn Archive und Bibliotheken lediglich ihrem Verantwortungsbereich zuzurechnen waren. Manche der hier vorgestellten Persönlichkeiten sind nur einem engeren Fachkreis bekannt; andere wiederum haben sich auf ganz anderen Gebieten einen Namen gemacht, so dass die in diesem Band zusammengetragenen Informationen oft überraschende Seiten und Momente ihres Wirkens zeigen. Nicht selten weisen die hier skizzierten Lebenswege Brüche auf, sind sie doch durch berufliche Neuanfänge gekennzeichnet oder auch durch den Wechsel in den politischen Überzeugungen. Sichtbar wird das breite Spektrum von Engagement bemerkenswerter Menschen, die sich mit Weitblick, Verantwortung und Beharrlichkeit für die gedruckten und ungedruckten Quellen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung einsetzten.

Notwendige formale Vereinheitlichungen wurden von der Redaktion vorgenommen. Für die Schreibweise russischer Namen wurde die im Deutschen gebräuchliche phonetische Lautschrift (Transkription) benutzt, auf die transliterierte Form wird im Register verwiesen.

Dagmar Goldbeck

Sabine Kneib



---

Wolfgang Maderthaler

## **Friedrich Adler (1879 –1960)**

Friedrich (Fritz) Adler wurde als Sohn des sozialdemokratischen Politikers Victor Adler am 9. Juli 1879 in Wien geboren. Von 1897 bis 1903 studierte er in Zürich Physik, Chemie und Mathematik. 1897 wurde er Mitglied der österreichischen Sozialdemokratie in der Schweiz und ab 1898 Mitarbeiter der sozialistischen Zeitung „Volksrecht“ in Zürich. 1901 übernahm er die Leitung des Verbandes der Internationalen Arbeitervereine in der Schweiz. Ab 1903 war Adler an der Universität Zürich, am Deutschen Museum in München und schließlich von 1907 bis 1911 als Privatdozent für Physik wiederum an der Universität Zürich wissenschaftlich tätig. 1911 wurde Adler als Parteisekretär der SPÖ nach Wien berufen, empört über die Kriegskredite legte er sein Amt aber nach Beginn des Ersten Weltkrieges nieder. Seinen wissenschaftlichen Beruf gab er mit Übernahme der Parteifunktion auf. Aus Protest gegen die Kriegspolitik Österreich-Ungarns erschoss Adler am 21. Oktober 1916 den Ministerpräsidenten Karl Reichsgraf von Stürgkh. Für diese Tat wurde er zunächst zum Tode verurteilt, dann zu achtzehn Jahren Haft begnadigt und im November 1918 amnestiert. Er nahm seine Tätigkeit als Parteisekretär und als Redakteur der Zeitschrift „Kampf“ wieder auf und stand während der Revolution an der Spitze der Arbeiterräte.

Anlässlich des dritten Todestages seines Vaters Victor verbreitete Fritz Adler im November 1921 in der internationalen sozialdemokratischen Presse einen Aufruf. Sein Vater sei in einer Zeit höchster politischer Erregung verstorben (11. November 1918), die drei Jahre danach seien von einer beinahe ununterbrochenen Reihe kritischer politischer Situationen erfüllt gewesen. Der Moment der relativen Ruhe, der eine auch wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Nachlasssicherung ermögliche, sei auch jetzt noch nicht gekommen. Dennoch müssten die Vorarbeiten in Angriff genommen werden, damit das überaus wertvolle Material nicht dauernd verloren gehe. Er wende sich daher im Einver-

nehmen mit dem Parteivorstand der österreichischen Sozialdemokratie an alle Freunde und Bekannten seines Vaters mit der dringenden Bitte, eventuell noch vorhandene Briefe und Manuskripte einzusenden. Die Reaktionen auf diesen Aufruf (unter anderem stellte Karl Kautsky die entsprechenden Korrespondenzen aus seinem Privatarchiv zur Verfügung) übertrafen selbst die hochgesteckten Erwartungen Adlers und fügten sich mit den bereits vorhandenen Korrespondenzen, Manuskripten und persönlichen Papieren zu einem Nachlassarchiv von außergewöhnlicher Dichte und Qualität.

1923 legte Adler seine Funktion als Parteisekretär nieder, um am Aufbau der Sozialistischen Arbeiterinternationale (SAI) mitzuwirken, zu deren Generalsekretär er 1925 bestellt wurde. (Dieses Amt übte er bis zur Auflösung der SAI im Jahre 1940 aus.) Der Papiernachlass seines Vaters übersiedelte, nebst seinem eigenen Archiv, zunächst für zwei Jahre nach England, um danach mit dem Büro der SAI nach Zürich zu gelangen. Dem Archiv wurde nach dem Tod Emma Adlers 1935 auch deren Nachlass angegliedert.

Als 1933 Hitler in Deutschland die Macht übernommen hatte, initiierte Fritz Adler in seiner Funktion als Sekretär der SAI zusammen mit weiteren prominenten Sozialdemokraten eine groß angelegte Rettungsaktion für das akut bedrohte geistige Erbe der europäischen Arbeiterbewegung. Die Aktivitäten mündeten 1935 in die Gründung des Amsterdamer Internationalen Instituts für Sozialgeschichte (IISG). Adler entwickelte ein besonders enges Vertrauensverhältnis zur Bibliothekarin des Instituts, Annie van Scheltema-Kleefstra, und sorgte zunächst für die Einlagerung seiner eigenen und der Archive der Internationale in Amsterdam. So schnell sich die wesentliche Voraussetzung für die Gründung des IISG – nämlich die Annahme, Holland werde sich, ähnlich wie 1914, aus kriegerischen Auseinandersetzungen heraus halten können – als obsolet erwiesen hatte, so traf die deutsche Besetzung das Institut dennoch nicht unvorbereitet. Rechtzeitig vor Kriegsausbruch waren zentrale Archivmaterialien nach Oxford verbracht oder in Verstecken in Den Haag, Alkmaar oder Amsterdam (hier auf einem Frachtkahn) gelagert worden. Die Adlerschen Archive wurden über die Pari-

---

ser Filiale des IISG, die unter der Leitung des russischen Sozialdemokraten Boris Nikolajewskij über besonders enge Kontakte mit der österreichischen sozialistischen Emigration verfügte, in Verstecken im westfranzösischen Amboise untergebracht.

Fritz Adler war auch in anderer Hinsicht aktiv geworden. Bereits seit 1931 hatte die österreichische Sozialdemokratie Wertpapierdepots in Zürich angelegt, die Adler treuhänderisch verwaltete und auf die, verstärkt nach dem Staatsstreich von Dollfuß im März 1933, beträchtliche Geldmittel aus dem Parteivermögen flossen. Adler legte diese ab 1935 in (inflationssicheren) Goldbarren an und transferierte sie, zusammen mit den Aktien des Vorwärts-Verlages, noch vor Ausbruch des Weltkrieges nach London, wo in diversen Depots auch das Alte Parteiarchiv und das politische und organisatorische Archiv des Brünner Auslandsbüros österreichischer Sozialdemokraten (Alös) aus den Jahren 1934-1936 aufbewahrt wurden. Das Alte Parteiarchiv (im Wesentlichen die Parteivorstandsprotokolle 1890-1933 und die Protokolle des sozialdemokratischen Abgeordnetenklubs 1896-1933 sowie weitere, eher zufällig angelagerte Materialien) war 1934 auf heute nicht mehr rekonstruierbaren Wegen nach Brunn, dem Sitz des Alös, gelangt, und im Dezember 1936 ebenso wie die Geschäftspapiere des Auslandsbüros an Fritz Adler zur sicheren Aufbewahrung übermittelt worden.

Der von ständigen Todesahnungen erfüllte, politisch exponierte und nicht zuletzt durch seine jüdische Herkunft gefährdete Adler richtete all diese Konten und Depots auf den Namen der „neutralen“ Holländerin Annie van Scheltema-Kleefstra ein. Als dann die Niederlande von Nazideutschland in einer militärischen Blitzaktion besetzt wurden, ließ die holländische Exilregierung alle ausländischen Konten ihrer im Lande gebliebenen BürgerInnen sperren, um eventuellen Beschlagnahmen durch die Besatzungsmacht vorzubeugen. Damit hatte aber auch der 1940 über Paris in die USA emigrierte Adler (und mit ihm das gesamte österreichische sozialdemokratische Exil) keinerlei Zugriffsmöglichkeiten mehr – weder auf die Parteiarchive noch auf die eigens für die Zwecke der Emigration eingerichteten Konten. Dies galt umso mehr, als zu Beginn des Jahres 1940 der Kontakt mit Annie van Scheltema-



Kleefstra abreißen sollte. In den USA leitete er das „Labor Aid Project“ für in Europa politisch Verfolgte und das „Austrian Labor Committee“.

Im April 1946 fuhr Fritz Adler zu dem für ihn ehest möglichen Zeitpunkt nach Europa, um sich vor Ort über das weitere Schicksal der Londoner Depots und der über halb Europa verstreut gewesenen Archivbestände des IISG Klarheit zu verschaffen. Während in London die Dinge offensichtlich nicht zum Besten standen und die unmittelbare Gefahr gegeben war, dass die Depots zu Reparationszwecken beschlagnahmt würden, fand Adler zu seinem eigenen Erstaunen in Amsterdam eine gänzlich andere Situation vor: Wenige Wochen vor seiner Ankunft waren dort an die 100 Kisten aus den Verstecken in Amboise eingetroffen, und der ebenfalls aus den USA nach Europa geeilte Nikolajewskij hatte in Frankfurt am Main – wo die Amerikaner alle in ihrer Besatzungszone aufgefundenen Archive zunächst zusammenführten – fünf große Kisten sichergestellt, die Adler seinerzeit in der Pariser IISG-Filiale deponiert hatte. Alle Archive seines Vaters, so schrieb er am 4. Juni 1946 nach New York an Otto Leichter, seien in Amsterdam den Umständen entsprechend gut erhalten eingelangt, ebenso ein Großteil seiner eigenen und der Archive der Internationale. Adler hatte zudem erfahren, dass Annie van Scheltema-Kleefstra nicht nur überlebt, sondern auch, trotz mehrmaliger Gestapohaft, keinerlei brauchbare Hinweise über den Verbleib der Archive preisgegeben hatte. Nachdem er die USA endgültig verlassen und sich in Zürich angesiedelt hatte, nahm Adler den persönlichen Kontakt mit Annie van Scheltema-Kleefstra wieder auf; unter anderem ersuchte er sie, den Nachlass seines Vaters zum Zweck der Erarbeitung einer Biographie nach Zürich zu überstellen. An der Jahreswende 1948/49 gingen demnach zehn Kisten aus dem Adler-Archiv an Fritz Adlers Züricher Privatadresse. Vier für die unmittelbare Arbeit als weniger wichtig erachtete Kisten verblieben beim Amsterdamer Institut.

Die Entscheidung, das Alte Parteiarchiv zunächst nach Amsterdam zu überstellen, erklärt sich unmittelbar aus der weltpolitischen Krisensituation des Jahres 1950. Der Kalte Krieg war eskaliert und steuerte sei-

nem Höhepunkt zu; Österreich und insbesondere Wien fanden sich in einer geopolitisch durchaus heiklen Lage. Schon während der Berliner Blockade 1948 und erneut nach dem Ausbruch des Koreakrieges 1950 hatte die SPÖ-Führung Vorbereitungen für eine neuerliche Emigration getroffen. Somit wurde zunächst auch keinerlei Anspruch auf jene unersetzlichen Archivmaterialien gestellt, die den eben zu Ende gegangenen Weltkrieg nur wie durch ein Wunder überstanden hatten und nun keineswegs der russischen Besatzungsmacht in die Hände fallen sollten. Selbst nach deren Abzug sollte es noch drei Jahre dauern, bis auf Betreiben der SPÖ (Adler hatte bereits 1951 sein diesbezügliches Verfügungsrecht an den Parteivorsitzenden Schärf abgetreten) 1958 die Bestände des Alten Parteiarchivs zurück nach Wien gelangten.

Fritz Adler, der der Nachkriegssozialdemokratie überaus reserviert gegenüber stand und sich aus der Politik zurückzog, hatte sein Testament, in dem er auch über die Nachlässe seiner Eltern verfügte, im Oktober 1953 verfasst. Demnach sollten diese in einem größeren, gut gepflegten Archiv sozialistischen Charakters dauernd aufbewahrt werden, und zwar vorzugsweise in einem gesicherten österreichischen Archiv. Da ein solches bei der gegenwärtigen unsicheren Weltlage nicht existiere, sollte der Nachlass Victor und Emma Adlers nach seinem Tod zunächst vom IISG als Leihgabe verwaltet werden und nach zehn Jahren – sofern in dieser Zeit in Österreich kein entsprechendes Institut eingerichtet worden sei – in dessen Besitz übergehen. Für seinen persönlichen Nachlass sollten dieselben Bestimmungen gelten, für den Fall, dass er vor seiner Frau Kathia sterben sollte, wurde dieser das uneingeschränkte Verfügungsrecht über die Nachlässe eingeräumt.

1954 wurde in Wien der von Friedrich Adler edierte Briefwechsel seines Vaters Victor Adler mit August Bebel und Karl Kautsky veröffentlicht.

Die Rückführung des Alten Parteiarchivs nach Wien hatte den Anstoß für die Gründung des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA) am 12. Februar 1959 gegeben. Auf Initiative seines ersten Präsidenten Oskar Helmer war der VGA als eigenständiger, im formaljuristischen Sinn unabhängiger Verein gegründet worden, womit den von

Adler testamentarisch festgelegten Bedingungen für die Übergabe der Familienarchive entsprochen worden war. Als Fritz Adler am 2. Januar 1960 verstarb, entsandte die SPÖ zu den Trauerfeierlichkeiten in Zürich mit Gabriele Proft sowie Marianne und Oscar Pollak drei VGA-Vorstandsmitglieder, die offenbar mit Kathia Adler die Übernahme der dort lagernden Teile des Adler-Archives vereinbarten. Bereits wenige Monate später wurde das Archiv, angereichert um den persönlichen Nachlass Fritz Adlers, per Diplomatenpost nach Wien überstellt.

---

Dagmar Goldbeck

## **Bert Andréas (1914 – 1984)**

So vielfältig wie die ausgeübten Tätigkeiten und Berufe - so wechselvoll war das Leben von Bert Andréas, der als Herbert Friedrich Andreas am 1. Oktober 1914 in Hamburg geboren wurde.<sup>1</sup> Er besuchte dort die Schule, brach das Gymnasium aber ein Jahr vor dem Abitur ab und begann 1931 eine Lehre beim „Hamburger Fremdenblatt“. Bereits ein Jahr später wurde Andréas wegen Streikbegünstigung entlassen und arbeitete bis 1934 als Statistiker bei der Deutsch-russischen Transport- und Lager-GmbH DERUTA. Seit Ende 1931 belegte er in Berlin öffentliche Vorlesungen bei Gustav Mayer, dem er auch bei seinen Recherchen in Hamburger Archiven half. Damals bereits entwickelte sich seine Leidenschaft für die Geschichte der Arbeiterbewegung und die Ursprünge der sozialistischen Bewegung, die sein weiteres Leben prägte.

Wegen seiner politischen Aktivitäten – unter anderem war er seit Ende der zwanziger Jahre Mitglied des kommunistischen Jugendverbandes – wurde Andréas 1933 zweimal verhaftet und eingesperrt. Im Herbst 1934 flüchtete er vor der Gestapo ins Saarland, wo er kurze Zeit bei einer Zeitschrift als Redakteur arbeitete, dann floh er nach Frankreich und Belgien. Es begannen lange Jahre der Illegalität und des Exils. Nachdem Andréas von der KPD in politischem Auftrag nach Brasilien geschickt worden war, setzte er schließlich ab Anfang 1936 seine antifaschistische Tätigkeit illegal in den Niederlanden fort und unterstützte aktiv die Widerstandsbewegung. In Rotterdam traf er seine spätere Frau Jacomina Hendrika Kuiper, genannt Mieke, Direktorin der Stadtbibliothek von Schiedam.<sup>2</sup> Als Mitglied der illegalen Organisation der

---

<sup>1</sup> Eine ausführliche Darstellung des Lebens und Wirkens von Bert Andréas: *Jacques Grandjone, Une vie d'exilé. Bert Andréas 1914-1984. Repères chronologiques et activité scientifique*, Trier 1987.

<sup>2</sup> Das Paar lebte bis 1965 zusammen. Sie hatten einen Sohn, Tasso (1944-1985). In zweiter Ehe (1971-1972) heiratete Bert Andréas Nadine Galvani.

KPD war er vor allem für den Druck verbotener Broschüren und ihre Einschleusung nach Deutschland tätig. Für die Rote Hilfe sammelte er Geld bei den Flüchtlingen und holländischen Demokraten. 1939 erhielt er eine Aufenthaltserlaubnis für die Niederlande. Die Invasion der Wehrmacht im Mai 1940 verhinderte jedoch erneut – wie schon 1933 die Machtergreifung der Nationalsozialisten – seine Immatrikulation an einer Universität. Im Parteiauftrag arbeitete Andréas als Übersetzer und Dolmetscher in der Kommandantur von Gouda und konnte die holländischen Widerstandskämpfer wiederholt vor drohenden militärischen Einsätzen der Gendarmerie warnen.

Im Februar 1941 wurde Andréas mobilisiert und an die russische Front geschickt. Doch die Gestapo in Hamburg war ihm bereits seit langem auf der Spur. Andréas wurde die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt.<sup>3</sup> Nunmehr staatenlos und wehrunwürdig, wurde er arretiert, degradiert und im Gestapogefängnis in Hamburg inhaftiert, danach unter Polizeiaufsicht gestellt. Während seines Prozesses wegen Vorbereitung zum Hochverrat diente außer seiner politischen Tätigkeit auch sein antimilitaristischer und antinationalistischer historischer Roman „Mata Hari“ als Anklagepunkt, der 1934 in 10 000 Exemplaren in Hamburg erschienen war. Andréas wurde zu einer achtzehnmonatigen Freiheitsstrafe verurteilt, auf die die Untersuchungshaft angerechnet wurde. So konnte er im Dezember 1943 in die Niederlande zurückkehren, wo er dann erneut an der Herausgabe und Verbreitung illegaler Zeitschriften mitwirkte.

Endlich fand Andréas im Mai 1944 Broterwerb in der Buchhandlung „Erasmus“. Vom Frühling 1945 bis zum Frühling 1952 war er in dem Amsterdamer Verlag „Republiek der Letteren“ verantwortlich für den Vertrieb und als Geschäftsführer einer Buchhandlung tätig. Er übersetzte verschiedene Werke aus dem Niederländischen und ins Niederländische.

---

<sup>3</sup> Die Staatsbürgerschaft der Bundesrepublik Deutschland erhielt Andréas erst im Dezember 1953.

Seine historischen Studien setzte Bert Andréas als Autodidakt fort. Neben seiner Arbeit beschäftigte er sich mehr und mehr mit der historischen Forschung über Marx und Engels und der systematischen Dokumentation ihrer Schriften auf der einen und der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung zwischen 1840 und 1914 auf der anderen Seite. Im Laufe des Jahres 1951 entwarf er das Projekt einer monumentalen Bibliographie der Werke von Marx und Engels. Endlich konnte er sich der ersehnten wissenschaftlichen Forschung widmen. Er begann eine lebenslange intensive Korrespondenz mit namhaften internationalen Wissenschaftlern.

Gleichzeitig frönte er seiner zweiten Leidenschaft – dem Aufbau einer Spezialbibliothek zur Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts. In einem ersten Katalog der Büchersammlung, den Andréas im Juni 1945 erstellte, sind 1 400 Titel aufgeführt, vorwiegend zu Literatur und Kunst. Im Januar 1946 listete er bereits 2 000 Titel auf, davon 240 auf dem Gebiet Politik und politische Ökonomie, 1948 waren es für diesen Komplex schon über 1 600 Titel, darunter ein Exemplar der „Neuen Rheinischen Zeitung“. 1951 umfassten allein die deutschsprachigen Titel seiner Bibliothek zur Geschichte, Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung seit 1800 2 200 Titel. Bis Ende März 1953 kamen weitere 600 dazu.

Andréas hatte die Absicht, wie er später einmal an Bruno Kaiser schrieb<sup>4</sup>, diese Bibliothek nach Deutschland zurückzuführen und dort in einer Bibliothek oder Institution unterzubringen, wo er selbst tätig wäre. Das wird bestätigt durch seine Bemühungen von 1947 bis 1949, sich durch Vermittlung von Kaiser in Berlin zu etablieren, und später ab 1952 durch seine Zusammenarbeit mit dem Feltrinelli-Institut in Mailand. Andréas lernte Kaiser, mit dem ihn fortan eine lebenslange Freundschaft verband, im Mai 1947 persönlich kennen. Kaiser schlug dem Politbüro der SED Andréas als Leiter von Bibliothek und Archiv für das im Entstehen begriffene Marx-Engels-Lenin-Institut (später Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED) vor. Nachdem er selbst Leiter der Bibliothek geworden war, versuchte er, Andréas we-

---

<sup>4</sup> Bert Andréas an Bruno Kaiser, 31. Jan. 1951, in: Nachlass Bruno Kaiser, SAPMO-BArch, NY 4309.

nigstens als Leiter der Erwerbungsabteilung zu nominieren.<sup>5</sup> Seine Anstellung scheiterte wohl am Desinteresse der Parteiführung gegenüber den Westemigranten.

Giuseppe Del Bo, Leiter der 1949 in Mailand gegründeten Biblioteca Giangiacomo Feltrinelli, nahm im Januar 1951 zu Andréas Kontakt auf, ursprünglich mit dem Ziel, dessen Bibliothek ganz oder teilweise zu kaufen. Im Ergebnis der Gespräche erhielt Andréas einen Arbeitsvertrag und wurde von 1952 bis 1962 Mitarbeiter des Instituts. Als Bibliothekar-Archivar und Leiter der Sektion Deutschland baute er die Bibliothek und das Archiv weiter aus und verfasste eine Denkschrift über deren organisatorischen Aufbau.

Auf der Suche nach den nötigen Dokumenten und Büchern für die historischen und sozialen Forschungen des Instituts bereiste Andréas ganz Europa. Bei seinen Recherchen entwickelte er Spürsinn für ungehobene Schätze, wie die unbekanntenen Dokumente der Familie Marx, die er in einer privaten Sammlung entdeckte. Ein denkwürdiger Fund war 1955 auch die in einem ehemaligen Kohlenkeller in Lausanne lagernde Bibliothek des 1840 gegründeten Genfer Allgemeinen Arbeitervereins mit Exemplaren aus dem Besitz von Moses Heß und Johann Philipp Becker. 1956 wurde sie dem Schweizerischen Sozialarchiv in Zürich übereignet, und Andréas half bei der Veräußerung überzähliger Bände zur Deckung der Transport- und Ablösungskosten.

Im Ergebnis seines erfolgreichen Stöberns mehrten sich auch die Bücher in seinem persönlichen Besitz. Als Andréas 1967 mit verschiedenen Institutionen über den Verkauf seiner Bibliothek gegen eine lebenslange Rente verhandelte, umfasste sie ca. 15 000 Bände. 1968 konzentrierte er die Sammlung im Erdgeschoss seines Hauses in Versoix, Kanton Genf, wo er mit Unterbrechungen seit 1957 wohnte. Schließlich schloss er im Dezember 1968 mit dem Genfer Institut Universitaire de Hautes Études Internationales (IUHEI) einen Vertrag, der ihren Verkauf über zehn Jahre regelte (1968-1977). Gleichzeitig erhielt Andréas einen zehnjährigen Arbeitsvertrag als Maitre de recherches

---

<sup>5</sup> Bruno Kaiser an Bert Andréas, 25. Jan. 1950, in: Ebd.

ohne Lehrverpflichtung. Die Benutzung der Bibliothek, die den Forschern des IUHEI zur Verfügung stand, wurde ihm bis zu seinem Tod garantiert.

Im Auftrag renommierter Institute, unter anderem des Feltrinelli-Instituts in Mailand, des IUHEI in Genf und der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn, erarbeitete Andréas umfangreiche Untersuchungen zur Wirkungsgeschichte des Marxismus, der Internationalen Arbeiterassoziation und der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert. Herausragende Leistungen sind seine kommentierten Bibliographien zur internationalen Verbreitung von Marx-Engels-Werken wie das „Kommunistische Manifest“<sup>6</sup> und „Das Ende der klassischen Deutschen Philosophie“<sup>7</sup> sowie zu Ferdinand Lassalle und dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein<sup>8</sup>. Sein unermüdlicher Forscherdrang und seine profunden Kenntnisse machten ihn bald zu einem gesuchten Partner führender wissenschaftlicher Einrichtungen, darunter auch der Institute für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau und des ZK der SED in Berlin. Mit Rat und Tat begleitete er die Herausgabe der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA<sup>2</sup>). Die internationale Marx-Engels-Forschung bereicherte Andréas mit zahlreichen Studien, die in verschiedenen Periodika erschienen. Darunter waren solche wichtigen Beiträge wie „Marx et Engels et la gauche hégélienne“<sup>9</sup> und „Marx‘ Verhaftung und Ausweisung. Brüssel Februar/März 1848“<sup>10</sup>.

An einer Reihe bedeutender Dokumentenveröffentlichungen wirkte Andréas mit, wie „La Première Internationale“<sup>11</sup>, „Briefe und Doku-

<sup>6</sup> Bert Andréas, *Le Manifeste Communiste de Marx et Engels: Historie et bibliographie 1848-1918*, Milano 1963.

<sup>7</sup> Ders., *Karl Marx/Friedrich Engels. Das Ende der klassischen deutschen Philosophie. Bibliographie*, Trier 1983.

<sup>8</sup> Ders., *Ferdinand Lassalle – Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein. Bibliographie ihrer Schriften und der Literatur über sie 1840-1975*, Bonn 1981.

<sup>9</sup> Ders., *Marx et Engels et la gauche hégélienne*, in: *Annali dell' Istituto Giangiacomo Feltrinelli*, (1965)7, S. 353-526.

<sup>10</sup> Ders., *Marx‘ Verhaftung und Ausweisung. Brüssel Februar/März 1848*, Trier 1978.

<sup>11</sup> *La Première Internationale. Recueil de documents publié sous la direction de Jaques Freymond*, Bd. 3.4., Genève 1971.



mente der Familie Marx aus den Jahren 1862-1973<sup>12</sup> sowie als Herausgeber an der Edition „Gründungsdokumente des Bundes der Kommunisten (Juni bis September 1847)“, die 1969 in Hamburg erschien. Nicht zuletzt war Bert Andréas für viele Forscher über Jahrzehnte hinweg „ein hilfsbereiter Gesprächspartner und Konsultant“<sup>13</sup>, dem sie für Anregungen und Hinweise, für seine Unterstützung bei der Literaturbeschaffung sowie für die Überlassung von bibliographischen Materialien dankten.

Die letzten Monate seines Lebens widmete Bert Andréas – bereits schwer erkrankt – mit Hilfe von Jacques Grandjone der Ordnung seiner Büchersammlung und der Vorbereitung ihrer Überführung in das IUHEI. In vierzigjähriger Forscher- und Sammlertätigkeit hatte er eine Fülle seltener wissenschaftlicher Titel und gedruckter Raritäten in etwa zwanzig Sprachen zusammengetragen. Er starb am 6. Oktober 1984 in Genf.

1993 wurde die fast 20 000 Bände umfassende Bibliothek vom Karl-Marx-Haus Trier käuflich erworben, in dessen Obhut sich bereits sein wissenschaftlicher Nachlass<sup>14</sup> befand. Das Karl-Marx-Haus erwarb damit eine bedeutende Spezialsammlung zur Geschichte der frühen Arbeiterbewegung, vor allem des europäischen Vormärz 1832-1848, fast alle Erst- und Originalausgaben der Werke von Karl Marx und Friedrich Engels sowie von Ferdinand Lassalle und wichtige Quellen zur Sozialismusrezeption in fast allen europäischen Ländern und den USA.<sup>15</sup> Das Karl-Marx-Haus konnte damit wesentliche Kriegsverluste ausgleichen. Fördergelder der Deutschen Forschungsgemeinschaft er-

<sup>12</sup> *Ders.*, Briefe und Dokumente der Familie Marx aus den Jahren 1862-1873 nebst zwei unbekanntenen Aufsätzen von Friedrich Engels, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, (1962)2, S. 167-293.

<sup>13</sup> *Heinrich Gemkow*, Bert Andreas, in: *Beiträge zur Marx-Engels-Forschung*, (1985) 18, S. 160.

<sup>14</sup> J. Grandjone erbt testamentarisch die Manuskripte, Korrespondenzen, Arbeitsnotizen und persönlichen Dokumente von Bert Andréas und übergab den wissenschaftlichen Nachlass später komplett dem Karl-Marx-Haus in Trier. Der Buchbestand und die Archivalien umfassen ca. 25 lfm.

<sup>15</sup> Vgl.: *Karl-Ludwig König*, *Geschichte der Bibliothek des Karl-Marx-Hauses*, S. 17-18 [Unveröff. Ms.].

möglichten die Katalogisierung der Sammlung im Hochschulbildungszentrum (HBZ) des Landes Nordrhein-Westfalen. Im Karl-Marx-Haus wird eine eigene Datenbank gepflegt.

Sabine Kneib

## **Eduard Bernstein (1850 – 1932)**

Eduard Bernstein wurde am 6. Januar 1850 in Berlin als siebtes Kind eines Lokomotivführers geboren. Er besuchte von 1863 bis 1866 das Gymnasium. Anschließend durchlief er bis 1870 eine Banklehre im Bankhaus Guttentag und arbeitete für kurze Zeit in der Weimarerischen Bank, bevor er 1871 in das Bankhaus S. & L. Rothschild eintrat. Die dort miterlebte Gründerphase betrachtete er später – ebenso wie den Börsenkrach 1873/74 – als moralisch und politisch prägend für seine eigene Entwicklung.<sup>1</sup>

Anfang der siebziger Jahre gründete Bernstein gemeinsam mit ein paar Freunden einen Verein, den sie „Utopia“ nannten. 1872 trat er in die Sozialdemokratische Arbeiterpartei („Eisenacher“) ein und machte auf einer Veranstaltung des Demokratischen Arbeitervereins im Norden Berlins die Bekanntschaft August Bebels.

Am Arbeiterbildungsinstitut, wo Bernstein einen Buchführungskurs gab, lernte er Karl Höchberg, den Privatgelehrten und Herausgeber der seit Herbst 1877 erscheinenden „Zukunft“, kennen.<sup>2</sup> Als dieser ihm 1878 anbot, ihn als sein Sekretär zu begleiten, kündigte Eduard Bernstein seine Anstellung und zog mit Höchberg nach Lugano. Er traf Karl Kautsky, der für Höchbergs Publikationen schrieb, und schloss enge Freundschaft mit ihm. Anfang 1881 übernahm Eduard Bernstein in Zürich von Georg von Vollmar die Redaktion des wegen des „Sozialistengesetzes“ 1878-90 im Exil erscheinenden Parteiorgans „Sozialdemokrat“. Bernstein fühlte sich zunächst der neuen Aufgabe nicht gewach-

---

<sup>1</sup> Zur Biographie Bernsteins vgl. u.a.: *Francis Ludwig Carsten*, Eduard Bernstein: 1850–1932. Eine politische Biographie, München 1993; *Teresa Löwe*, Der Politiker Eduard Bernstein: eine Untersuchung zu seinem politischen Wirken in der Frühphase der Weimarer Republik 1918 – 1924, Bonn 2000.

<sup>2</sup> Philosoph und Mäzen der Sozialdemokratie, Herausgeber wiss. Abhandlungen u. der Zeitschriften „Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“, „Revue socialiste“ u.a., finanzierte zu Beginn auch den „Sozialdemokrat“ Zürich.

sen und bat um Ablösung<sup>3</sup>, ließ sich dann aber umstimmen und leitete den „Sozialdemokrat“ erfolgreich bis zur Aufhebung des Sozialistengesetzes.

Auf dem ersten Exilkongress der Sozialdemokraten in Wyden vom 20. bis 23. August 1880 war ein Antrag von Karl Kautsky und Max Kegel „wegen Gründung eines Parteiarchivs in der Schweiz“ verlesen worden, der „im Prinzip angenommen wurde“.<sup>4</sup> Entsprechend fasste die Parteikonferenz in Zürich 1882 den Beschluss: Ab sofort sollten auf das Parteileben bezogene Schriftstücke und Dokumente in Hottingen bei Zürich entgegengenommen werden, wobei der „Sozialdemokrat“ über die Eingänge berichten solle.<sup>5</sup> Die Leitung des Archivprojekts hatte formal Karl Kautsky, der es aber Bernstein überließ, die ersten Archivalien entgegenzunehmen und zu verwalten. Schon nach kürzester Zeit berichtete die Verwaltung des Parteiarchivs über die laufenden Arbeiten; man plane „eine möglichst vollständige Sammlung aller auf das Parteileben bezüglicher Dokumente und Schriftstücke“, namentlich frühere sozialistische Literatur, ferner „Parteibroschüren, Zeit- und Flugschriften-Literatur, die früheren und jetzigen Wahlaufrufe, charakteristische Prozeßakten und dergleichen“.<sup>6</sup> Fortan wurden alle eingegangenen Bücher und Dokumente im „Sozialdemokrat“ „quittiert“. Der Parteikongress im Frühjahr 1883 in Kopenhagen, der sich nicht näher mit dem Archiv befasste, ergänzte sein Protokoll durch einen Bericht, der über die Archivbestände informierte und dazu aufrief, diese weiter zu ergänzen und zu vervollständigen.<sup>7</sup> Im Januar 1884 konnte das Archiv unter anderem Materialien aus dem Besitz von

---

<sup>3</sup> Bereits im April 1881, vgl.: *Helmut Hirsch* (Hrsg.), *Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Friedrich Engels*, Assen 1970. S. 24f.; Bernstein sah die Gefahr über die Beschäftigung mit Tagesfragen zu „verflachen“, vgl.: *Eduard Bernstein*, *Entwicklungsgang eines Sozialisten*, Leipzig 1930, S. 15.

<sup>4</sup> Protokoll des Kongresses der Deutschen Sozialdemokratie. Abgehalten auf Schloss Wyden in der Schweiz, vom 20. bis 23. August 1880, Zürich 1880, S. 49.

<sup>5</sup> Kongressprotokoll im Nachlass Julius Motteler, IISG (AdsD), Nr. 1479.

<sup>6</sup> *Der Sozialdemokrat*, 24.8.1882.

<sup>7</sup> Bericht über das Parteiarchiv, in: Protokoll über den Kongreß der deutsche Sozialdemokratie in Kopenhagen. Abgehalten vom 29. März bis 2. April 1883, Hottingen-Zürich 1883, S. 34-37.

Johann Philipp Becker übernehmen und die Archivverwaltung begann, im „Sozialdemokrat“ nach Komplettausgaben von Zeitungen zu fragen oder gezielt nach Einzelnummern zu suchen.

Als nun der Strom der eingesandten Bücher, Zeitungen, Zeitschriften und Dokumenten immer breiter wurde, konnte und wollte Eduard Bernstein die Arbeit am Parteiarchiv nicht mehr neben der Redaktion des „Sozialdemokrat“ leisten. Er übergab die Archivleitung an den Ende 1883 in Zürich eingetroffenen Hermann Schlüter. Dieser hatte ohnehin mit seinem Aufsatz „Zur Frage eines Partei-Archivs“ das Konzept zum Projekt geliefert. Als er im Sommer 1884 das Archiv offiziell von Bernstein übernahm, hatte es bereits einen ordentlichen Umfang, ein „ansehnlicher Grundstock“<sup>8</sup> war gelegt.

Dem Druck deutscher Behörden nachgebend, verfügte der Schweizer Bundesrat im April 1888 die Ausweisung der Mannschaft des „Sozialdemokrat“, was neben Bernstein Julius Motteler für den Vertrieb, Hermann Schlüter für den Verlag und Leonhard Tauscher für den Druck betraf. Ausgewiesen wurde damit auch die Archivverwaltung, die mit dem Parteiarchiv das Land verließ. Die Reise ging nach London, was Bernstein später mit „Es war mir zum Heil.“<sup>9</sup> kommentierte. Die Redaktion kam im Nordwesten der Stadt unter und gab das Parteiblatt ab Oktober wieder heraus. Das mitgeführte Parteiarchiv – es enthielt inzwischen Korrespondenz Ferdinand Lassalles, den Nachlass Johann Philipp Beckers, über 3 200 Bücher und 160 verschiedene Periodika – war für die Überfahrt in sechzehn Kisten verpackt worden. Es wurde im Hause Eduard Bernsteins in der Kentish Town Road untergebracht, konnte aber wohl auf Grund der beengten Verhältnisse nicht adäquat aufgestellt werden. Schwierig gestaltete sich in London auch die Zusammenarbeit von Julius Motteler und Hermann Schlüter, die mit der Emigration Schlüters in die USA im Jahr 1889 endete und dazu führte, dass Bernstein nun neben der redaktionellen Arbeit auch wieder für das Parteiarchiv verantwortlich zeichnete.

---

<sup>8</sup> *Paul Mayer*, Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs und das Schicksal des Marx-Engels-Nachlasses, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 6/7 (1966/67), S. 15.

<sup>9</sup> *Bernstein*, Entwicklungsgang, S. 17.

Bereits seit Anfang der achtziger Jahre korrespondierte Eduard Bernstein mit Friedrich Engels. Es entstand ein guter Kontakt, der sich in Bernsteins Londoner Zeit intensivierte. Darüber hinaus pflegte Bernstein regen Austausch mit englischen Sozialisten, Intellektuellen und Schriftstellern, auch mit den „Fabians“, einer Gesellschaft, der unter anderem George Bernhard Shaw angehörte und die Bernstein wegen ihrer praxisorientierten Denkweise schätzte.<sup>10</sup>

Als nach dem Ende des Sozialistengesetzes der „Sozialdemokrat“ eingestellt wurde, musste Eduard Bernstein ebenso wie Julius Motteler im Exil bleiben, da im Deutschen Reich weiterhin Haftbefehle und Einreiseverbote gegen sie in Kraft waren. Bernstein, der 1886 geheiratet hatte<sup>11</sup>, bestritt seinen Lebensunterhalt als freier Schriftsteller und Journalist und berichtete für den Berliner „Vorwärts“ aus London. Er gab im Auftrag der Partei Ferdinand Lassalles Reden und Schriften heraus. Vor allem aber publizierte er in Karl Kautskys Zeitschrift „Die Neue Zeit“. Dennoch stellte sich ihm immer wieder die Frage der Existenzsicherung. 1895 wurde seine Bitte um Lohnerhöhung durch den „Vorwärts“ abgelehnt, 1896 trug er sich deshalb mit Auswanderungsplänen. Im Sommer sah es zeitweilig so aus, als könne er eine Anstellung als Büroleiter in Johannesburg übernehmen. Doch das Vorhaben scheiterte und die Bernsteins blieben in London.

Neben Auftragsarbeiten zu Einzelthemen oder übergreifenden Projekten wie dem „Stammbaum des Sozialismus“ betrieb Eduard Bernstein volkswirtschaftliche und geschichtswissenschaftliche Studien, für die er sich in die Bibliothek des Britischen Museums zurückzog. Er beschäftigte sich mit der Frage der Notwendigkeit eines sich stetig weiterentwickelnden Sozialismus und kam zu dem Schluss, dass es Aufgabe der Partei sein müsse, im Kampf um Reformen die Gesell-

---

<sup>10</sup> „Die Fabians haben eine gute Seite: sie hängen nicht an der Phrase, sondern gehen den Sachen auf den Grund.“, Bernstein an Kautsky, 26.10.1895, in: *Till Schelz-Brandenburg* (Hrsg.), *Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Karl Kautsky (1895-1905)*, Frankfurt/M. 2003, S. 17.

<sup>11</sup> Bernstein hatte 1886 Regina Schattner, verwitwete Mutter zweier Kinder und „eine gute Genossin“ (Bernstein an Engels, 17.9.1886, in: *Hirsch*, S. 338f.) geheiratet. Regina Bernstein starb 1923.

schaft im Sinne der Demokratie umzugestalten. Die sozialdemokratische Parteileitung distanzierte sich frühzeitig von Bernsteins Thesen. Seine soziale Analyse basiere auf englischen Verhältnissen, hieß es – wodurch sich Bernstein jedoch nicht beirren ließ. In „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“<sup>12</sup> formulierte er 1899 seine Kritik an der marxischen Theorie und Prognose, die sich von ihm an der Realität messen lassen mussten. Bernsteins Ausführungen sorgten in der Partei für heftige Auseinandersetzungen. So mancher äußerte „Sorge vor dem in der Partei immer mehr Wurzel fassenden Op[p]ortunismus“, der gewaltigen Ausbreitung der „Bernsteinerei“<sup>13</sup>. Selbst die enge Freundschaft zwischen Karl Kautsky und Eduard Bernstein litt für einige Zeit unter der Revisionismusdebatte, bezeichnete Kautsky doch in der „Neuen Zeit“ Bernsteins Ansichten als widersprüchlich und unbrauchbar und teilte diesem mit, dass das sozialdemokratische Theorieorgan nur noch in Ausnahmefällen seine Ausführungen veröffentlichen könne.<sup>14</sup> Bernstein schied im Frühjahr 1900 aus der Gruppe der ständigen Mitarbeiter der „Neuen Zeit“ aus.

Nach dem Auslaufen „seines“ Steckbriefes kehrte Eduard Bernstein 1901 nach Berlin zurück. Auf dem Lübecker Parteitag im selben Jahr, der noch einmal Bernsteins Theorien aufs schärfste ablehnte, versöhnte dieser sich mit Kautsky.<sup>15</sup> Auch der Dresdner Parteitag 1903 verurteilte noch einmal die Bernsteinschen Thesen – danach beruhigte sich die Auseinandersetzung um den Revisionismus allmählich.

Bernstein gründete die Zeitschrift „Dokumente des Sozialismus“ und schrieb für die dem revisionistischen Flügel nahestehenden „Sozialistischen Monatshefte“ – was ihm immer wieder Kritik eintrug – sowie zusätzlich für die Londoner Wochenzeitung „The Nation“. Nach an-

<sup>12</sup> *Eduard Bernstein*, *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*, Stuttgart 1899.

<sup>13</sup> Brief Singers an Motteler, 29.12.1900, zit. nach: *Ursula Reuter*, *Paul Singer (1844-1911)*, Düsseldorf 2006, S. 335.

<sup>14</sup> Vgl.: Kautsky an Bernstein, 26.6.1899, *Schelz-Brandenburg*, S.925; „Du kündigst mir die Freundschaft auf“, Bernstein an Kautsky, 26.7.1899, *Schelz-Brandenburg*, S. 928.

<sup>15</sup> Vgl.: Ebd., S. 993.

---

fänglicher Befürwortung der Kriegskredite zu Beginn des Ersten Weltkrieges ging Bernstein 1915 publizistisch gegen die offizielle Haltung der SPD an. Gemeinsam mit Hugo Haase und Karl Kautsky veröffentlichte er 1915 „Das Gebot der Stunde“ und forderte eine Abkehr von der „Burgfriedenspolitik“. Damit endete auch seine Mitarbeit in den „Sozialistischen Monatsheften“. Er schrieb nun wieder für die „Neue Zeit“.

1902 wurde Eduard Bernstein für den Wahlkreis Breslau West in den Reichstag gewählt, verlor 1907 aber seinen Sitz wieder. Ab 1912 war er erneut Mitglied des Reichstages – bis 1918 und dann wieder von 1920 bis 1928, wobei er sich hauptsächlich der Steuer-, Handels- und Außenpolitik widmete. Zusätzlich fungierte er von 1910 bis 1918 als Stadtverordneter in Berlin, 1910 und 1919 bis 1921 als unbesoldeter Stadtrat in (Berlin-)Schöneberg.

1917 wurde er Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). Nach der Revolution 1918 engagierte er sich für die Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien, wurde Mitglied der Mehrheits-SPD (MSPD) unter Beibehaltung der USPD-Mitgliedschaft. In der am 10. November 1918 gemeinsam von MSPD und USPD gebildeten Revolutionsregierung, dem Rat der Volksbeauftragten, übernahm Bernstein das Amt eines Unterstaatssekretärs im Reichsschatzamt. Bernstein wurde als Sachverständiger in den Beirat der Friedensdelegation berufen. Er bekräftigte auch dort seine Haltung gegen die behauptete Unschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg und formulierte dies in seinem Grundsatzreferat auf dem Parteitag der SPD im Juni 1919 in Weimar. Außerdem vertrat er weiterhin seinen Reformansatz, der von der Partei die Berücksichtigung wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen forderte. Am „Görlitzer Programm“ der SPD von 1921, mit dem das „marxistische“ Programm von 1891 abgelöst wurde, hatte Bernstein einen herausragenden Anteil.



Friedrich Engels hatte 1893 Eduard Bernstein und August Bebel zu seinen Testamentsvollstreckern bestellt. Für Engels, der wiederum Erbe des Marx-Nachlasses war, waren zu diesem Zeitpunkt einzig Bebel und Bernstein in der Lage, seine Arbeit an der Verwendbarmachung der Marx-Manuskripte zu unterstützen. Für Bernstein war es zunächst einmal „kein sehr rosiges Amt, Testamentsexekutor zu sein“.<sup>16</sup> Dann aber beschäftigte er sich mit der Sichtung und Auswertung der überlassenen Manuskripte, wählte nach Bedarf spezielle Texte aus, die für Kautskys „Neue Zeit“ geeignet zu sein schienen. Zusätzlich bewahrte er auf Kautskys Wunsch dessen Korrespondenz mit Engels auf.

Da die politischen Ansichten zwischen Eduard Bernstein einerseits und August Bebel / Julius Motteler andererseits mit der Zeit erheblich auseinander gingen, wollten letztere die nachgelassenen Engels-Briefe und -Manuskripte nur ungern durch Bernstein ausgewertet sehen und hatten daher auch ohne seine Beteiligung nach einem Lagerungsort für den Marx-Engels-Nachlass gesucht. Man entschied sich letztlich doch für das Parteiarchiv, Bebel sorgte aber erst nach der Beilegung der Auseinandersetzungen um die politische Ausrichtung des Sozialismus für die Übergabe der Materialien an Bernstein. In der Folgezeit, etwa zwischen 1911 und 1913, erarbeitete Eduard Bernstein gemeinsam mit August Bebel eine Edition des Briefwechsels zwischen Engels und Marx – allerdings musste er auf Wunsch Laura Lafargues auf die von ihm angestrebte wissenschaftliche Kommentierung der Briefe verzichten.<sup>17</sup>

Erst 1924 übergab er „seine“ Teile des Marx-Engels-Nachlasses an das Parteiarchiv. Mit dieser Überlassung und einer von ihm verfassten Erklärung, nach der die eigens für das Vorhaben eingerichteten Marx-Engels-Archiv-Verlags-Gesellschaft mbH in Frankfurt am Main die Veröffentlichungsrechte erhalten sollte, geriet er allerdings mitten in eine Auseinandersetzung zwischen deutschen Sozialdemokraten und dem Moskauer Marx-Engels-Institut, die 1929/30 ihren Höhepunkt erreichte.

---

<sup>16</sup> „Es kommen da Situationen, wo man es Niemand recht machen kann & schließlich alle auf einen loshauen.“ Bernstein an Kautsky, 21.10.1895, Ebd., S. 12.

<sup>17</sup> Vgl.: *Bernstein*, Entwicklungsgang, 1930, S. 44.

Im Vorwort des 1927 erschienenen ersten Bandes der Marx-Engels-Gesamtausgabe schrieb der Leiter des Marx-Engels-Instituts, Dawid B. Rjasanow, Eduard Bernstein habe unter Verzicht auf eigene Herausgeberpläne die von ihm aufbewahrten Nachlass-Teile an das Archiv der SPD gegeben. Da der SPD-Parteivorstand mit der politischen Ausrichtung der Auswertung der Archivbestände durch die Moskauer aber nicht zufrieden war, sogar Missbrauch der Dokumente als erwiesen ansah, beschloss er 1930 auf Antrag Rudolf Hilferdings und Hermann Müllers, dem Institut in Moskau das Anfertigen von Kopien zu untersagen. Eduard Bernstein sandte bereits im November 1929 eine der Parteihaltung entsprechende Erklärung an die Frankfurter Verlags-Gesellschaft, in der er bestritt, die Urheberrechte an die Moskauer abgegeben zu haben.<sup>18</sup>

In seinen letzten Lebensjahren schrieb Eduard Bernstein Beiträge für die „Sozialistischen Monatshefte“ oder lieferte Vorworte für andere Veröffentlichungen. Zumindest noch bis 1929 gehörte er dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Klärung der Kriegsschuldfrage an. 1930 erschienen seine Erinnerungen unter dem Titel „Entwicklungsgang eines Sozialisten“. Zu Bernsteins achtzigstem Geburtstag würdigte ihn Paul Kampffmeyer als „wegweisenden Genossen“, der „theoretisch und taktisch als Sieger aus der stürmischen Bewegung der letzten 30 Jahre hervorgegangen“ sei.<sup>19</sup>

Eduard Bernstein starb am 18. Dezember 1932 in Berlin.

---

<sup>18</sup> Vgl.: Darstellung des Vorgangs bei *Paul Mayer*, a.a.O., S. 70ff.

<sup>19</sup> *Paul Kampffmeyer*, Die Lebensarbeit Eduard Bernsteins, in: *Sozialistische Monatshefte*, 70 (1930), S. 8.

Hans-Holger Paul

## **Karl-Heinz Bippig (1935 – 1987)**

Am 5. September 1935 wurde Karl-Heinz Bippig als Sohn eines Lehrers in Kassel geboren. Nach dem Abitur studierte er in Marburg Geschichte und Latein, später bei Wolfgang Abendroth, den er hoch achtete, Politikwissenschaft.

Erste Erfahrungen mit Bibliotheken sammelte Bippig während des Studiums im Jahre 1963 als zeitweiliger Mitarbeiter in der Bibliothek des Hessischen Instituts für Lehrerbildung. Er selbst durchlief keine Ausbildung als Diplom- oder wissenschaftlicher Bibliothekar, sondern eignete sich als Autodidakt Schritt für Schritt die wichtigsten Grundlagen des bibliothekarischen Arbeitens an. 1967 arbeitete er erstmals als Hilfskraft für die IG Metall, wurde ein Jahr später zunächst befristet und einige Monate später fest in der Bibliothek der IG Metall angestellt, wo er sehr rasch das Zepter in die Hand nahm.

Bippig versuchte zunächst parallel zur Arbeit, teilweise mit den Beständen der IG Metall, seine Doktorarbeit über „Probleme der Organisation und Integration des DMV vor 1914“ zu schreiben; letztlich gab er die Arbeit jedoch trotz umfangreicher Vorarbeiten nicht als Dissertation ab.

Die Ausstattung der IG Metall-Zentralbibliothek war zu dieser Zeit eher bescheiden. Sie wurde in erster Linie als interne Dienstleistungseinrichtung begriffen, bei der sich die Gewerkschaftssekretäre mit Literatur versorgen konnten. Ein geordnetes Ausleihverfahren war nach anfänglichen Schwierigkeiten durchgesetzt worden. Hier glich die Bibliothek zu Beginn den entsprechenden Einrichtungen bei den anderen Gewerkschaften, einschließlich der Bibliothek des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB (WSI). Allerdings wurde die IG Metall-Bibliothek immer auch von Externen genutzt, hauptsächlich von Studenten und Studentinnen.

Dabei konnte die Zentralbibliothek auf eine lange historische Tradition verweisen. Bereits ein Jahrzehnt nach Schaffung der Zentraleinrich-

tung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) besaß der DMV-Vorstand eine eigene Bibliothek, die mit dem Anwachsen des Verbandes erheblich ausgebaut wurde. Mit der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten 1933 wurde fast der gesamte Bibliotheksbestand vernichtet.

Nach Gründung der IG Metall für den Bereich der Bundesrepublik Deutschland 1949 ging der Aufbau der Bibliothek zunächst nur schleppend voran.<sup>1</sup> Für 1959 sind lediglich 5 099 Bände verzeichnet. Der eigentliche Quantensprung, das Aufblühen der Bibliothek begann in den sechziger Jahren, kurz bevor Bippig in der Bibliothek seine Arbeit aufnahm. Auf dem 9. ordentlichen Gewerkschaftstag 1969 in München wurde in dem Geschäftsbericht für die Jahre 1965 – 1967 nicht nur über eine quantitative Ausweitung der Bildungsarbeit berichtet (Anstieg der Teilnehmerzahlen von 5 459 im Jahr 1965 auf 19 855 im Jahr 1967), sondern auch über die qualitative Verbesserung durch verstärkte Einbeziehung neuer pädagogischer Erkenntnisse für den Unterricht und für die Aufbereitung und Verwendung von Arbeitsmitteln. Verantwortliches Vorstandsmitglied für Bildung und damit auch die Bibliothek war zu diesem Zeitpunkt Heinz Dürrbeck. Der Prozess hatte auch mit der aufkommenden Studentenrevolte zu tun und war verbunden mit dem Politisierungsprozess der Gewerkschaften im Rahmen der Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze. Nach der Bildung der Großen Koalition 1966 gab die SPD im Jahre 1967 nach Zugeständnissen der CDU/CSU den gemeinsamen Kampf mit den Gewerkschaften gegen die Notstandsgesetze auf. Neben den Gewerkschaften waren es vor allem die Studenten, die weiter gegen die Notstandsgesetze mobil machten. Blieben doch die Einschränkungen der Grundrechte und der Einsatz der Bundeswehr bei einem inneren Notstand, wenn auch unter erschwerten Bedingungen, bestehen.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. im folgenden: *Peter Scherer*, Zentralbibliothek der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, in: Bernhard Fabian (Hrsg.), *Handbuch der historischen Buchbestände in Deutschland*, Hildesheim 2003.

<sup>2</sup> Vgl. im einzelnen *Michael Schneider*, *Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest 1958-1968*, Bonn 1986.

Karl Heinz Bippig begann seine Arbeit in der IG Metall, als das Kuratorium „Notstand der Demokratie“ seine zentrale Mobilisierungsstelle beim Vorstand der IG Metall hatte: Helmut Schauer, Funktionär des SDS, organisierte den Widerstand gegen die Notstandsgesetze. Er versuchte, trotz erheblicher Reserviertheit auf Gewerkschaftsseite, Brücken zwischen Gewerkschaftern und Vertretern der Studentenbewegung zu schlagen. Trotz Scheiterns des Widerstands und der Verabschiedung der Notstandsgesetze im Parlament 1968 trugen die öffentlichen und innergewerkschaftlichen Debatten, Schulungen und Auseinandersetzungen im Endeffekt zu einer Politisierung vieler Gewerkschaftsfunktionäre bei. Die spontanen Arbeitsniederlegungen im September 1969 (Septemberstreiks) verstärkten diesen Prozess noch. Die Gewerkschaftsführungen hatten sich zuvor trotz steigender Unternehmensgewinne weiter an die vorgegebenen Lohnleitlinien der Regierung als Ergebnis der Konzertierten Aktion von Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften gehalten (vgl. Stabilitätsgesetz vom 12.05.1967). Nach geringen Lohnsteigerungen sahen sie sich jetzt gezwungen, in vielen Branchen erneut zu verhandeln, um höhere Löhne durchzusetzen.

In dieser Zeit des politischen Umbruchs (Willy Brandt war gerade zum Bundeskanzler, Gustav Heinemann zum Bundespräsidenten gewählt worden), die zugleich für die Gewerkschaften eine neue Qualität der politischen und innerorganisatorischen Diskussion hervorbrachte, wurde Karl Heinz Bippig 1969 fester Mitarbeiter der Zentralbibliothek der IG Metall. Rasch behauptete er sich als zweiter Mann neben dem offiziellen Leiter Willy Thomas, der mit Unterstützung von Hilde Rottmann in den Jahren zuvor für die Bibliothek prägend gewesen war. Zu ihnen stieß Richard Schäfer, zuvor in der Abteilung Bildung der IG Metall zuständig für die Buchpakete für Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer. Der 9. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall hatte beschlossen, anstelle des Büchergeldes den Lehrgangsteilnehmern Büchergutscheine auszuhändigen, deren Wert sich nach Art und Dauer der jeweiligen Bildungsmaßnahme richtete. Im Jahre 1969 wurde die Organisation der Buchauswahl und deren Verteilung für zentrale und regionale Seminare zu einer Zusatzaufgabe der Bibliothek. Gerade diese

Aufgabe war es, die in der Folgezeit eine Chance bot, die Bibliothek stärker in der Gesamtorganisation zu verankern. Bippig nutzte sehr rasch diese Möglichkeit. Er setzt sich grundsätzlich mit der Funktion von Büchern in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit auseinander: In einer kleinen theoretischen Arbeit über „Die Verwendung von Büchern in den Seminaren“<sup>3</sup> versuchte er im November 1972, in Form eines Erfahrungsberichts die z.T. kritische Diskussion um „zu praxisferne“ Literatur und die „komplizierte Materie“ der ausgewählten Bücher aufzunehmen und zu kanalisieren. Er schlug vor, die Curricula der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit weiter zu entwickeln, Lernziele mit überprüfbaren Lernschritten systematisch einzuführen und Bücher und Arbeitshefte in die Bildungsarbeit zu integrieren: „Jedes Curriculum muss mit dem dazugehörigen Bücherpaket, mit Arbeitsheften usw. ein homogenes Ganzes bilden.“<sup>4</sup>

1980 wurde Karl-Heinz Bippig in den Akten erstmals als Leiter der Zentralbibliothek geführt. Er verfolgte systematisch das Ziel, die Bibliothek Schritt für Schritt auszubauen, Lücken in der historischen gedruckten Überlieferung des DMV zu schließen, indem er antiquarische Bestände aufkaufte bzw. Dubletten anderer naher Forschungseinrichtungen, wie des Amsterdamer Internationalen Instituts für Sozialgeschichte (IISG), erwarb. Ergänzt wurde dieser Prozess durch einen aktiven Dublettentausch mit befreundeten Einrichtungen. Die Mittel für Neuanschaffungen und für Restaurierungen (z.B. der Metallarbeiterzeitung) wurden Jahr für Jahr aufgestockt. Bippig forcierte den systematischen Erwerb umfangreicher Buchbestände zu den großen Sachgebieten „Geschichte der Gewerkschaften“, „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“, „Soziale Bewegung und ihre Theorien“, „Politik und Theorie der Gewerkschaften“ und „Arbeitsrecht“. Dabei orientierte er sich zum einen an den aktuellen gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Diskussionen der sich im Umbruch befindlichen bundesdeutschen Gesellschaft, zum anderen an den unmittelbaren Interessen und Bedürfnissen der eigenen Funktionäre. Hier suchte Bippig unmit-

---

<sup>3</sup> *Karl-Heinz Bippig*, Die Verwendung von Büchern in den Seminaren. Erfahrungsbericht, unveröffentl. Manuskript v. 5.11.1972.

<sup>4</sup> Ebd., S. 13.

telbar den Dialog und die Abstimmung des Sortiments der Bücherlisten mit den jeweils Verantwortlichen in den Abteilungen für bestimmte Seminare. Dass Bippig in diesem Prozess, der nicht ohne Konflikte vonstatten ging, Standhaftigkeit bewies, brachte ihm in Gewerkschaftskreisen teilweise Hochachtung ein. Wenn nötig stand er in Einzelfällen sogar zunächst mit einem Teil des eigenen Vermögens dafür ein, wie im Fall von Günter Wallraffs kritischer Arbeitsmarktreportage „Ganz unten“, Mitte der achtziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts.

Parallel zur wachsenden Akzeptanz der Zentralbibliothek in der eigenen Organisation bemühte sich Bippig auch um die Integration der Bibliothek in die Strukturen des eigenen Umfelds. Er arbeitete aktiv in der International Association for Labour History Institutions (IAHLI) mit und nahm an den Treffen der Internationalen Tagung der HistorikerInnen der Arbeiterbewegung (ITH) in Linz teil. Er kooperierte mit der Bibliothek des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (heute: Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung) und der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Verleger. Er war aktives Mitglied im Beirat der Europäischen Verlagsanstalt (1975 – 1979) und kämpfte gemeinsam mit Autoren, Kolleginnen und Kollegen von 1976 bis 1979 gegen die schrittweise Verlags-Liquidierung. Die Bibliothek stützte regelmäßig die Büchergilde Gutenberg und setzte sich für sie ein. So wurden im Zeitraum 1986 – 1988 an den zentralen Bildungsstätten 1930 neue Mitglieder geworben.

Aber auch die Struktur der Bibliothek wurde reformiert. Den in den Jahren 1963 und 1964 nach der Allgemeinen Systematik für Büchereien (ASB) geordneten Sachgebiets- und Standortkatalog der Bibliothek überarbeiteten Bippig und sein Team. Die alphabetischen Kataloge (Verfasser-, Titel-, Reihen-, Zeitschriftenkataloge) wurden auf Initiative Bippigs Anfang der 1980er Jahre angelehnt an die neuen „Regeln für die alphabetische Katalogisierung“ (RAK) auf die Bedürfnisse der IG Metall-Zentrale zugeschnitten. Die Qualität dieser Kataloge wird auch von Fachleuten bis heute hoch eingeschätzt: Bippig und sein Team schufen damit Standards für moderne Gebrauchsbibliotheken, die für vergleichbare Einrichtungen bis heute Beispielcharakter haben.

Dieses war möglich, da es Bippig mit wachsender Akzeptanz im Hause gelang, nach und nach qualifiziertes Fachpersonal einzustellen und die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Bibliothek zu erhöhen, so dass die Bibliothek den gestiegenen Anforderungen gerecht werden konnte.

Bippig betrieb daneben offensiv den Auf- und Ausbau von Bibliotheken in den Bildungsstätten der IG Metall. Er gestaltete entscheidend den Aufbau der Bibliothek im neuen IG Metall-Bildungszentrum Sprockhövel und versuchte, in Anlehnung an die eigene Bibliothekssystematik für diese Einrichtungen sogenannte Archivschlüssel zu entwickeln. Bereits zu Beginn seiner Tätigkeit entwarf die Zentralbibliothek unter seiner Ägide ein „Verzeichnis der für eine Standardbibliothek empfehlenswerte Literatur“.<sup>5</sup> Sie knüpfte damit an die bereits Anfang der sechziger Jahre an die Verwaltungsstellen, Bezirke und Schulen gegebenen Empfehlungen für die Ausstattung ihres Büchergrundstocks an. Die Zentralbibliothek besorgte größere Buchmengen zu ermäßigten Preisen und gab auch eine Reihe von Titeln kostenlos ab. Bippig stand damit in der Tradition des DMV-Vorstands, der bereits zu Beginn der zwanziger Jahre durch zentrale Einkäufe dafür gesorgt hatte, dass die grundlegende Gewerkschaftsliteratur in den Verwaltungsstellen vorhanden war.

In der Ära Bippig stieg das Ansehen der Zentralbibliothek in der Gesamtorganisation erheblich. Bereits zu Beginn der siebziger Jahre wurde im Geschäftsbericht betont, dass die Bibliothek den Mitgliedern der Organisation Hinweise auf wichtige Arbeitsmaterialien zu geben hätte. Zu Beginn der achtziger Jahre wurde ihr sogar die Aufgabe zugewiesen, als Spezialbibliothek für Literatur zu gewerkschaftspolitisch wichtigen Themenbereichen zusätzlich „Schüler, Studenten, Lehrer und Wissenschaftler über gewerkschaftspolitische Zielsetzungen zu informieren.“<sup>6</sup> Es war insbesondere das Vorstandsmitglied Hans Preiss, von

---

<sup>5</sup> Vgl. *Annemarie Erb*, Gewerkschaftsbibliotheken am Beispiel der Zentralbibliothek der IG Metall in Frankfurt, schriftliche Hausarbeit zur MA-Prüfung, Mainz 1989 [unveröffentl.], S. 60ff.

<sup>6</sup> *Industriegewerkschaft Metall Vorstand* (Hrsg.), Geschäftsbericht 1980 bis 1982 des



1972 bis zu Bippigs Tod verantwortlich für Bildung und damit auch für die Bibliothek, dessen Vertrauen Bippig gewann. Preiss förderte die Bibliothek, verlieh ihr den Status einer Abteilung. Bippig seinerseits übernahm zusätzlich die Aufgabe, seinem zuständigen Vorstandsmitglied in Einzelfragen zuzuarbeiten und Reprints und Sonderausgaben für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit zu organisieren.

Auf dem Höhepunkt seines Erfolgs, mitten in seiner aktiven Schaffenskraft, wurde Karl-Heinz Bippig aus dem Leben gerissen. Als er am 16. April 1987 starb, verfügte die Zentralbibliothek über mehr als 100 000 Bände, der Katalog umfasste laut Geschäftsbericht von 1988 zusätzlich in den zentralen Bildungsstätten weit über 50 000 Bände, darunter allein in Sprockhövel ca. 23 000.<sup>7</sup> Reprints von Werken aus der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung, die er angeregt hat, werden heute noch genutzt, die jährlich im Bund-Verlag erscheinende Gesetzesammlung „Arbeits- und Sozialordnung“ geht auf seine Initiative zurück. Mit Karl-Heinz Bippig starb nicht der Gründer der IG Metall-Zentralbibliothek, aber ihr unermüdlicher Motor, ihr spiritus rector, der zusammen mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Bibliothek Ansehen in der Fachwelt und im eigenen Hause verschafft hat.

---

Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/Main [1983], S. 359.

<sup>7</sup> Vgl.: *Industriegewerkschaft Metall Vorstand* (Hrsg.), Geschäftsbericht 1986 bis 1988 des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/Main [1989], S. 539.

---

Christoph Stamm

## **Werner Blumenberg (1900 – 1965)**

Werner Blumenberg kam am 21. Dezember 1900 in Hülsede (heute Landkreis Schaumburg / Niedersachsen) als Sohn des evangelischen Pfarrers Wilhelm Blumenberg und dessen erster Ehefrau Sophie geborene Weber zur Welt. Mit insgesamt elf Geschwistern wuchs Blumenberg ab 1904 im Pfarrhaus der Aegidienkirche in Hannover auf. Dem Vernehmen nach war der Vater wohl ein Familienpatriarch, aber offen für freiheitlich-demokratisches Gedankengut. Während des Ersten Weltkriegs wurde Werner Blumenberg 1917/18 zum landwirtschaftlichen Hilfsdienst verpflichtet, konnte aber 1918 die Schule mit dem Notabitur abschließen und wurde kurz vor Kriegsende noch zur Feldartillerie eingezogen.

Ab Februar 1919 studierte Blumenberg in Marburg Theologie, Religionsgeschichte und orientalische Sprachen und engagierte sich in der demokratischen Studentenbewegung. Blumenberg glaubte dem Schutz der jungen Republik zu dienen, indem er sich dem „Studentenkorps Marburg“ anschloss. Diese Freiwilligenformation wurde im März 1920 nach Thüringen transportiert, um gegen Arbeiter vorzugehen, die sich als Reaktion auf den Kapp-Lüttwitz-Putsch bewaffnet hatten und nun die Revolution von 1918 in ihrem Sinne vollenden wollten. Die Einheit Blumenbergs, die „Volkskompanie“, der auch der spätere Bundespräsident Gustav Heinemann und der spätere Bundesminister Ernst Lemmer angehörten, kam aber nicht dazu, einen Schuss abzufeuern.

Im Laufe des Jahres 1920 machte Blumenberg, möglicherweise im Zusammenhang mit diesen Vorgängen, offenbar eine innere politische Wandlung durch. Er trat in die SPD ein, verließ die Studentenverbindung und wechselte an die Universität Göttingen. Im Rahmen seines Studiums beschäftigte sich Blumenberg nun zusätzlich mit Philosophie und Schriften zum Sozialismus.

Da es für den Vater in der Inflation und mit der großen Familie nicht mehr möglich war, Blumenberg in Göttingen finanziell ausreichend zu unterstützen, kehrte dieser 1922 nach Hannover zurück. Er schloss zwar

noch eine theologische Preisarbeit ab, begann aber ab September des Jahres als Fördermann im Kalibergwerk Ronnenburg zu arbeiten. Seine dabei gewonnenen Erfahrungen mit der proletarischen Lebenswelt gaben seinen in der Freizeit weiter betriebenen Studien zum Sozialismus einen praktischen Unterbau. Nach einem Arbeitsunfall arbeitete Blumenberg als Nachtwächter. Da er als freier Schriftsteller erfolglos geblieben war, begann er nebenberuflich für die hannoversche Zeitung „Volkswille“ zu schreiben. 1925 erlangte er seine erste feste Anstellung als Redakteur beim Göttinger „Volksblatt“, um ab 1928 wieder beim „Volkswillen“ in Hannover zu arbeiten, beides Blätter, die der SPD nahestanden. Nach der Heirat 1926 mit der, wie Blumenberg aus einer bürgerlichen Familie stammenden, gelernten Schneiderin Lucy Studtmann, kamen 1927 und 1930 die Töchter Ruth und Hannah zur Welt.

Werner Blumenberg war in seiner Freizeit jetzt politisch aktiv für die SPD, vor allem als Redner. Zwar war die SPD bei den Wahlen zum Provinziallandtag und der Wahl des Bürgervorstehers der Stadt Hannover 1929 noch siegreich gewesen, jedoch wurde auch hier in den folgenden Jahren der Weltwirtschaftskrise die Bedrohung von Republik und Demokratie immer deutlicher. Nach der Absetzung der preußischen Regierung durch den Staatsstreich des Reichskanzlers von Papen sah die hannoversche SPD im Spätsommer 1932 die Lage als so ernst an, dass der engere Führungskreis Blumenberg den Auftrag gab, die örtliche Partei auf die Illegalität vorzubereiten. Blumenberg machte sich mit den Methoden und Techniken der politischen Polizei und den Grundlagen illegaler Arbeit vertraut. Als das Kabinett Hitler/Papen Ende Januar 1933 die Reichsregierung übernahm, war in Hannover bereits ein Grundstein für eine Untergrundorganisation gelegt.

Unterstützt besonders von Franz Nause und Willi Wendt, baute Blumenberg nach konspirativen Regeln das Netzwerk einer Widerstandsgruppe auf, die sich schließlich „Sozialistische Front“ nannte und sich auf vertrauenswürdige frühere aktivistische SPD-Mitglieder vor allem aus dem „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ stützte. 1934 soll die Gruppe, deren Zentrum Hannover war, etwa 1 000 Mitglieder umfasst haben. Die Gruppe verteilte die illegal hergestellten „Sozialistischen

---

Blätter“ und unterstützte finanziell, soweit es möglich war, die Familien von politischen Gefangenen. Blumenberg selbst verlor 1933 mit dem Verbot der sozialdemokratischen Zeitungen seine Stellung und blieb arbeitslos, bis er 1935 eine Beschäftigung als Auslandskorrespondent in einer Maschinenfabrik fand.

Im Laufe der Zeit gelang es der Gestapo trotz aller Vorsichtsmaßnahmen, immer mehr Informationen über die Sozialistische Front zu sammeln. Als ein Spitzel der Gestapo in seinen engsten Bekanntenkreis eindrang, floh Blumenberg am 16. August 1936 zusammen mit Frieda Vahrenhorst, die nach der Festnahme oder Emigration anderer Funktionäre in die Führung der Sozialistischen Front aufgerückt war, unmittelbar vor einer neuen Verhaftungswelle in die Niederlande.

In Amsterdam intensivierte Blumenberg seine schon vorher bestehenden Kontakte zur Sociaal-Demokratische Arbeiders Partij, für die er die Aufgabe übernahm, deutsche Emigranten, die finanzielle Unterstützung beantragten, hinsichtlich ihrer Zuverlässigkeit zu überprüfen. Hiermit und mit gelegentlichen Übersetzungen bestritt er seinen Lebensunterhalt (regulär arbeiten durften Emigranten in den Niederlanden nicht). Bis November 1936 war Blumenberg daneben vor allem mit der Niederschrift des schon in Hannover begonnenen 96-seitigen Memorandums „Erfahrungen in der illegalen Arbeit“ beschäftigt.<sup>1</sup> In dem Text, den er auch dem Exil-Parteivorstand der SPD zugänglich machte, ging Blumenberg nicht nur auf praktische Organisationsfragen ein, sondern er betonte auch die Wucht, mit der das Erlebnis des totalen Zusammenbruchs der Arbeiterorganisationen den „denkenden Arbeiter“ getroffen habe. Er kritisierte die Entstellung der materialistischen Geschichtsauffassung, die zum Fatalismus geführte habe, und forderte, nicht auf historisch günstige Situationen zu warten, sondern Situationen zu gestalten. Ein erfolgreicher Kampf der Arbeiter könne nicht gespeist werden aus der richtigen historischen Analyse, sondern von den „ungebrochenen elementaren Kräften“ wie Freiheitsdrang, Scham, Auflehnung, Hass und Zorn. Nach dem Ende des Hitlerregimes könne es nicht wie-

---

<sup>1</sup> Auszugsweiser Abdruck: *Erich Matthias*, Der Untergang der Sozialdemokratie 1933, Dokument 5, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 4 (1956), S. 201-226.

der um parlamentarische Opposition gehen, sondern um die Verwirklichung des Sozialismus mit dem politischen Willen zur Macht. Während der Arbeit an seinem Memorandum wurde Blumenberg regelmäßiger Besucher des Amsterdamer „Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis“ (IISG), das seit 1935 als Sammelstelle für Archivalien und Literatur zur Sozialgeschichte und zur sozialen Bewegung, darunter ab 1938 das Parteiarchiv der SPD (mit dem Marx-Engels-Nachlass), bestand und für sein späteres Leben entscheidende Bedeutung hatte.

1938 kamen Blumenbergs Frau und seine Töchter in einer gemeinsam mit ihm geplanten Aktion illegal über die Grenze, um dauerhaft mit ihm zu leben. Die mangelhaften Sprachkenntnisse, die sehr knappen finanziellen Mittel und eine ungewohnte Kultur erschwerten das Leben der Familie. Beim deutschen Einmarsch in die Niederlande im Mai 1940 gelang es Blumenberg, der Gestapo, die in seiner Wohnung nach ihm suchte, zu entkommen. Seine Frau sah keine andere Möglichkeit, als mit den Kindern nach Deutschland zurückzukehren. Werner Blumenberg legte sich 1941 im Untergrund falsche niederländische Papiere auf den Namen „Jan Hendrik Rubinga“ zu und lebte zusammen mit Frieda Vahrenhorst in verschiedenen Verstecken. 1944 wurde die gemeinsame Tochter Wera Luise geboren.

Nach der Befreiung der Niederlande nahm Blumenberg 1945 eine Stelle im IISG an, ging aber wohl anfangs davon aus, dass dies nur eine Übergangslösung bis zu seiner Rückkehr nach Hannover bleiben würde. Dorthin erwartete er einen Ruf erst von Seiten der SPD, dann von den Gewerkschaften. Die Gründe, die seiner Rückkehr schließlich entgegenstanden, sind heute nicht mehr eindeutig nachzuvollziehen. Anfangs erteilten die Besatzungsbehörden in Deutschland Genehmigungen zur dauerhaften Rückkehr für Emigranten nur sehr zögerlich. Daneben spielten die teilweise heftigen Differenzen zwischen Blumenberg und der SPD-Führung in den Westzonen bzw. der Bundesrepublik, die bis 1951 auch ihren Sitz in Hannover hatte, eine Rolle. Diese waren gekennzeichnet durch Behauptungen aus den Reihen der Ersteren, dass Blumenberg als Leiter der Sozialistischen Front mitverantwortlich für deren Zerschlagung durch die Gestapo gewesen sei, und Vorwürfen Blumenbergs, dass die SPD Personen wie Walter Spengemann und

Herbert Kriedemann an herausgehobener Position in ihren Reihen dulde, die durch Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit der Gestapo belastet waren.<sup>2</sup> Bei den Sozialdemokraten und Sozialisten in Westeuropa stießen der zentralistische Führungsstil Kurt Schumachers und seine augenscheinlich gegen die Westintegration der Bundesrepublik gerichtete Politik auf weitgehende Ablehnung.

Im privaten Bereich behielt Blumenberg Kontakt zu seinen älteren Töchtern, aber von seiner ersten Frau Lucy wurde er 1948 geschieden. Im selben Jahr musste er eine schwere Lungenentzündung mit einem Kuraufenthalt in der Schweiz ausheilen.

1952 beschloss Werner Blumenberg, dauerhaft in den Niederlanden zu bleiben, und heiratete 1953 Frieda Vahrenhorst. Beruflich blieb er bis zu seinem Tod Wissenschaftler im IISG, dessen Deutschland-Abteilung er ab 1946 leitete. In den ersten Jahren ging es vor allem darum, die zurückkehrenden, von den Nationalsozialisten geraubten oder zur Sicherung selbst ausgelagerten Archiv- und Bibliotheksbestände zu sichten, zu ordnen und wieder der Benutzung zugänglich zu machen. Diese Arbeit verschaffte Blumenberg einen umfassenden Überblick über seine eigenen Bestände und auch über die der anderen Abteilungen. Diese Kenntnisse machten ihn in den kommenden Jahren zu einem wertvollen Berater für alle Forscher, die mit den Beständen des IISG arbeiten wollten. Zudem führte er, wie sein Kollege B. Van Tijn nach seinem Tod schrieb, immer wieder Untersuchungen für andere durch. In den ersten Jahren veröffentlichte Blumenberg kleinere Arbeiten für das „Bulletin of the International Institute of Social History“, darunter ein Inventar der dort vorhandenen deutschsprachigen Zeitungen und Zeitschriften von 1830 bis 1890. Er war „vollgesogen mit Tatsachenkenntnissen wie ein Schwamm“, wie er Van Tijn gegenüber einmal sagte<sup>3</sup>, und hatte dadurch oft maßgeblichen Einfluss auf die Aufstel-

---

<sup>2</sup> Auf die beiden Fälle kann hier nicht eingegangen werden. Spengemann war 1946/47 Lizenzträger und Chefredakteur der „Hannoverschen Presse“ und anschließend bis Juli 1949 Lizenzträger und Chefredakteur der „Norddeutschen Zeitung“, Kriedemann war bis 1950 besoldetes Mitglied des SPD-Parteivorstandes und 1949–1972 Mitglied des Bundestages.

<sup>3</sup> Vgl.: B. Van Tijn, Werner Blumenberg, in: *International Review of Social History*, 11

lung der Publikationsprogramme des Instituts. Zu diesen Veröffentlichungen trug er selbst bei, unter anderem durch eine Bibliographie zu Karl Kautskys literarischem Werk (1960) und vor allem durch seine Edition des Briefwechsels zwischen August Bebel und Friedrich Engels (1965). Weitere geplante Dokumenteneditionen konnte er nicht mehr verwirklichen. Erfolgreiche Veröffentlichungen waren „Kämpfer für die Freiheit“ im Verlag J.H.W. Dietz Nachf. mit 22 biographischen Skizzen von Johann Jacoby bis Ernst Reuter, die von 1959 bis 1982 vier Auflagen erlebten, und die kleine Biographie „Karl Marx in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten“ bei Rowohlt's Monographien (1962, bis 2004 28 Auflagen).

Wie für ihn die politische Arbeit mit der Erschließung und Auswertung historischer Quellen verknüpft war, hat Blumenberg im Vorwort seiner Schrift „Kämpfer für die Freiheit“ formuliert: „Gewiss hat eine politische Bewegung nicht das Bedürfnis, sich an Helden- und Heiligengeschichten zu erbauen. Es ist auch nicht förderlich, sich mit der Vergangenheit zu beschäftigen, um Analogien zu finden: um dann genauso zu entscheiden wie früher einmal. Aber wohl kann der Rückblick auf unsere Vergangenheit uns zeigen, wie wir geworden sind. Wir erkennen daraus unsere großen Möglichkeiten und auch deren Grenzen. Eine solche Rechenschaft bewahrt einen vor falschen Urteilen über die Vergangenheit und vor falschen Erwartungen.“<sup>4</sup>

In einer größeren Arbeit wollte Blumenberg das Verhältnis von Theorie und Praxis bei Karl Marx untersuchen und unternahm dazu auch eine Archivreise nach Moskau. Er hoffte, nach seiner Pensionierung Zeit genug für wissenschaftliche Arbeiten zu haben. Aber ein altes Magenleiden und eine chronische Bronchitis behinderten ihn zunehmend. Im Sommer 1965 verschlechterte sich sein Gesundheitszustand und am 1. Oktober 1965 starb Blumenberg in Amsterdam. An seiner ersten Wirkungsstätte Hannover erinnern heute das Werner-Blumenberg-Haus im Stadtteil Linden und der Werner-Blumenberg-Weg an ihn.

---

(1966), S. 5.

<sup>4</sup> *Werner Blumenberg*, *Kämpfer für die Freiheit*, Berlin [u.a.] 1959, S. 11.

---

Martin Grass

## Oscar Borge (1862 – 1938)

Arbetarrörelsens arkiv, das Archiv der Arbeiterbewegung in Stockholm (jetzt: Arbetarrörelsens arkiv och bibliotek, Archiv und Bibliothek der Arbeiterbewegung) wurde 1902 gegründet. Einer der beiden "Gründungsväter" war Oscar Fredrik Borge<sup>1</sup>, nur zwei Jahre jünger als Hjalmar Branting, die führende Persönlichkeit der schwedischen Sozialdemokratie. Er hat sich damit einen Namen in der schwedischen Arbeiterbewegung erworben. Als Sammler und Bewahrer von Überlieferungen der Arbeiterbewegung gebühren ihm auch bleibende Verdienste für den Erhalt von Materialien deutscher Organisationen und Personen.

Oscar Borge war von seiner Ausbildung her kein Archivar oder Bibliothekar. Er war Naturwissenschaftler, und zwar promovierter Botaniker und ein angesehener Algologe. 1897 sowie 1898 bis 1899 war er Assistent am botanischen Institut der Universität Uppsala bzw. der Hochschule in Stockholm. Seine wissenschaftliche Tätigkeit führte er bis in die 1920er Jahre fort, jedoch wegen seiner sonstigen Berufstätigkeit und Arbeitsbelastung nur "nebenher" und mit abnehmender Produktivität; insgesamt über 50 Arbeiten hat er im Bereich der Algologie publiziert.

Während seiner Studienzeit in Uppsala war Oscar Borge aktiv in der radikalen Studentenorganisation Verdandi und im Wahlrechtsverein und schloss sich spätestens 1889 dem dortigen sozialdemokratischen Arbeiterklub an. Sein Interesse galt unter anderem Fragen der Arbeiterbildung. Von 1891 bis 1892 und 1894 bis 1896 leitete er die von ihm initiierte Arbeiterbibliothek von Verdandi und schrieb auch allgemeine

---

<sup>1</sup> Zu Oscar Borge und seiner Periode in der Geschichte von Archiv und Bibliothek der Arbeiterbewegung vgl. *Martin Grass, Labour's memory. The Labour movement Archives and Library 1902-2002*, Stockholm 2002, S. 7-18. Dort auch weitere Literaturhinweise und Illustrationen. (Auf schwedisch, ohne Illustrationen zugänglich über <[www.arbark.se/publ\\_index.htm](http://www.arbark.se/publ_index.htm)>).



”Ratschläge und Informationen für die Errichtung von Arbeiterbibliotheken”. In Stockholm arbeitete er neben seiner wissenschaftlichen Tätigkeit als Mitarbeiter an der 1892 errichteten Arbeiterbibliothek. Zusammen mit dem Leiter der Stockholmer Arbeiterbibliothek schlug er 1902 vor, eine Archivabteilung in der Bibliothek einzurichten, was auch beschlossen wurde. Damit hatte Oscar Borge seine Lebensaufgabe gefunden; er wurde der erste Leiter des Archivs und blieb es bis zu seinem Tod. Ab 1906 machte sich die Archivabteilung selbständig, mit dem schwedischen Gewerkschaftsbund und der sozialdemokratischen Partei als Träger. Dies bedeutete allerdings nicht, dass das Archiv zu einem Gewerkschafts- oder Parteiarchiv wurde. Oscar Borge betonte, dass das Archiv nicht nur für die Mitglieder der Organisationen der Arbeiterbewegung, sondern für jedermann zugänglich sein sollte. Mitte der 1960er Jahre wurde das Archiv dann in eine Stiftung umgewandelt, mit dem Staat als dritten Träger.

Ziel der Archivabteilung bzw. des späteren Archivs sollte sein, ”im Dienst der schwedischen politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung sämtliche gedruckten und handschriftlichen Dokumente zu sammeln und aufzubewahren, die irgendwie die gewerkschaftliche und politische schwedische Arbeiterbewegung betreffen”.<sup>2</sup> Dies wurde auch sofort umgesetzt. Oscar Borge bat die verschiedenen Organisationen innerhalb der Arbeiterbewegung, entsprechendes Material abzugeben, und sollte es auch noch so ”unbedeutend” erscheinen. Auf diese Weise sollte ermöglicht werden – das war der entscheidende Ausgangspunkt für die Gründung des Archivs –, als Gegengewicht zur vorherrschenden Ausrichtung der Geschichtsforschung sich mit Fragen der Arbeiterbewegung, die für die schwedische Politik und Gesellschaft immer wichtiger wurde, zu beschäftigen.

Von Anfang an ging es Oscar Borge auch darum, Material von ausländischen und internationalen Organisationen zu sammeln, und er richtete entsprechende Anfragen an Institute und Organisationen im Ausland. Besonders wichtig war in diesem Zusammenhang Deutschland. Die

---

<sup>2</sup> Aus dem Vorschlag von Oscar Borge und Fredrik Nilsson, 14.6.1902, Stockholms arbetarebiblioteksförbund, in: Arbetarrörelsens arkiv och bibliotek, Box A 1:1.

deutsche Arbeiterbewegung wurde zu jenem Zeitpunkt ja als "die große Lehrmeisterin" betrachtet, um eine Formulierung von Hjalmar Branting zu verwenden. Eine Rolle spielte nicht zuletzt Wilhelm Jansson, der schwedische Gärtneriarbeiter, der nach 1897 in der deutschen Gewerkschaftsbewegung Karriere gemacht hatte und der in der Periode bis zum ersten Weltkrieg ein wichtiger Kontaktmann und Vermittler zwischen der schwedischen und deutschen Arbeiterbewegung wurde. Wilhelm Jansson sorgte unter anderem für den Tausch von Gewerkschaftsprotokollen und -zeitungen und anderem gewerkschaftlichen Material. Übrigens kam auch die erste schriftliche Anfrage überhaupt aus Deutschland, im November 1905 vom Hauptverein für Volkswohlfahrt in Hannover.

Deutschland war für Oscar Borge auch auf andere Weise von Interesse. Ende 1905, mit dem Aufbau des eigenen Archivs beschäftigt, erkundigte er sich bei Wilhelm Jansson, wie das Parteiarchiv der SPD organisiert sei. Wilhelm Jansson machte in seiner Antwort den Unterschied zwischen den beiden Einrichtungen deutlich. Das Archiv der SPD sei kein Archiv "in Ihrem Sinne", d.h. kein Archivinstitut für sämtliche Organisationen der Arbeiterbewegung, sondern eben das Archiv einer Partei, der SPD, und das auch mit begrenzten Möglichkeiten. Man könne nicht einmal das Archivmaterial und die Druckschriften der SPD-Organisationen in ganz Deutschland sammeln. Außerdem gebe es eine weitere Beschränkung: Wichtiges Archivmaterial könne man nicht aufbewahren, "weil wir jeden Tag Besuch von der Polizei bekommen können".<sup>3</sup> Davon ist das Stockholmer Archiv der Arbeiterbewegung verschont geblieben, wie auch später von den beiden Weltkriegen und in ihrem Gefolge den Verlusten von Archiv- und Bibliotheksgut. Dies wiederum hat zur Folge, dass aufgrund jener Orientierung nach Deutschland zumal in den Beständen der Bibliothek, aber auch im Archivbereich viel deutsches Material, in manchen Fällen vielleicht sogar Unikate, und wesentliche Informationen aus der deutschen Arbeiterbewegung der Forschung erhalten sind.

---

<sup>3</sup> Wilhelm Jansson an Oscar Borge, Brief vom 26.4.1906, in: Arbetarrörelsens arkiv och bibliotek, Box E 1:1.

In dreifacher Weise hat Oscar Borge den Aufbau und die Ausrichtung des Archivs geprägt, von seiner dortigen fünfunddreißigjährigen Tätigkeit einmal ganz abgesehen. Zuerst wäre sein Engagement für die Belange der Arbeiterbewegung zu nennen, das den Ausgangspunkt für seine unermüdliche Sammeltätigkeit bildete. Diese Arbeit war für ihn ein politischer Auftrag, zusammen mit den anderen politischen Aufträgen außerhalb des Archivs. Er gehörte beispielsweise 1911 –1913 dem Stockholmer Stadtrat an und 1920 –1921 der Ersten Kammer des Reichstags, zur letzteren Kandidatur überredet von Hjalmar Branting. Hinzu kam ein Arbeitsethos, das sich auch von den bescheidenen Mitteln nicht abschrecken ließ. Bis Ende 1927 war er sowohl Leiter als auch alleiniger Mitarbeiter des Archivs. Sein Motto war: "Wenn man jeden Tag ein wenig tut, wird allmählich viel erreicht".<sup>4</sup> Er hat damit einen guten Grund gelegt.

1905 legte Oscar Borge eine systematische Gliederung des gesamten – bereits erhaltenen und erwarteten – Bestandes des Archivs vor, ein festes, ziemlich kompliziertes System mit fünf Gliederungsebenen, gekennzeichnet durch Großbuchstaben, Kleinbuchstaben, griechische Buchstaben, römische und arabische Ziffern, und dazu eine organisationsorientierte sowohl hierarchische als auch geografische Untergliederung. In der deutschen Archivtheorie spricht man von Tektonik, einem Terminus, der in der schwedischen nicht gebräuchlich ist. Oscar Borge war aber keineswegs von der deutschen Archivtheorie beeinflusst, übrigens ebenso wenig von der schwedischen. Deren wichtige Veränderungen ab 1903 (Betonung des Provenienzprinzips, Verzeichnungssystem) sind an ihm vorbeigegangen, wie sich auch kaum Kontakt mit dem richtungsweisenden staatlichen Archivwesen nachweisen lässt. Beeinflusst war er eher von bibliothekarischen Katalogisierungsprinzipien, vor allem aber durch seine Prägung als Botaniker. Das gesamte Archivmaterial steht wie eine nach Gattungen und Familien angeordnete "Pflanzensammlung" in den Regalen, war eine zutreffende zeitge-

---

<sup>4</sup> Das Motto von Oscar Borge wird in der Literatur zitiert, wahrscheinlich zum ersten Mal überliefert von einem ehemaligen Mitarbeiter: *Fredrik E. Åhlander*, Oscar Borge intime, in: *Hävd och handling. Arbetarrörelsens arkiv femtio år*, Stockholm 1952. S. 15.

---

nössische Beobachtung. Man könnte Oscar Borge somit als den Linné der schwedischen Arbeiterbewegung bezeichnen, zumindest im Archivbereich. Sein System, das in der Folgezeit natürlich mehrfach modifiziert wurde, war bis Mitte der 1960er Jahre gültig und hat im Grunde einen stärkeren Einfluss ausgeübt als die schwedischen Archivprinzipien. Es hat die Denkweise sogar noch bis in die 1980er Jahre beeinflusst, in denen dann eine stärkere Professionalisierung in der Archivabteilung einsetzte. Heute existiert es nur noch als ein Überrest in der Altregistratur des Archivs.

Im Bereich der Erschließung hat Oscar Borge innerhalb seines Systems unabhängig von den in Schweden damals schon gängigen Verzeichnungsrichtlinien gearbeitet. Diese wurden erst Mitte der 1960er Jahre in der Archivabteilung eingeführt. Geprägt durch seine Schulung als Bibliothekar hat er vornehmlich auf der untersten Ebene der Beschreibung, der des Einzeldokuments, verzeichnet, die zumindest im schwedischen Archivbereich nur in besonderen Fällen benutzt wird. Der insgesamt, verglichen mit heute, geringe Umfang des abgelieferten Materials machte das zudem überhaupt möglich. Auch in seiner Sammeltätigkeit ging es oft um Einzelstücke und nicht grundsätzlich um die Übernahme von Altregistraturen. Charakteristisch war weiter die Ausrichtung auf Materialtypen (Handschriftliches, Druckschriften, Fotografien, Plakate, und anderes), die bei der archivischen Arbeit, zumindest in Schweden, grundsätzlich keine Rolle spielt, auch das in gewissem Maße eine Orientierung an Einzelstücken. Da der grundlegende Rahmen des Provenienzprinzips fehlte, wurde dadurch Material, das zusammengehörte und zumindest verzeichnungstechnisch hätte zusammengehalten werden müssen, ohne Angabe der Provenienz in die Bibliothek und in Sammlungen (Fotosammlung, Plakatsammlung, etc.) überführt. Dadurch entstand ein Informationsverlust.

Oskar Borge ist zwar ein interessantes "Objekt" in der Geschichte der schwedischen Archivtheorie, aber seine große Leistung lag in dem vorausblickenden Entschluss, ein bisher "übersehenes" Quellenmaterial, das der bislang von der Forschung vernachlässigten, aber immer stärker und wichtiger werdenden Arbeiterbewegung, gesammelt und zugänglich gemacht zu haben. Hiermit hat er Material- und Informations-

verlusten grundlegend vorgebeugt. Das gilt ebenfalls für den Aufbau der Bibliotheksabteilung, die dann unter seinem Nachfolger Tage Lindbom erheblich gefördert und erweitert wurde. Das schwedische Archiv der Arbeiterbewegung wurde auf diese Weise auch zum Vorbild in Dänemark, Norwegen und Finnland, wo 1908/1909 ebenfalls Archive der Arbeiterbewegung gegründet wurden. Es wurde unter Oscar Borges Nachfolger ebenfalls zum Vorbild für die lokalen Archive der Arbeiterbewegung und der sogenannten Volksbewegungen (zu ihnen gehören in Schweden neben der Arbeiterbewegung unter anderem die Freikirchen und Abstinenzler). Oscar Borges Blick für die Bedeutung von Material im Bereich der Arbeiterbewegung, auch zeitgenössischem, hat unter seinem Nachfolger Schule gemacht. Frühzeitig wurde beispielsweise systematisch das bedrohte Material der deutschsprachigen politischen Flüchtlinge, die in der Zeit von 1933 bis 1945 in Schweden lebten und von denen auch viele in Schweden geblieben sind, gesammelt. Für die politischen Flüchtlinge war das Archiv nicht nur ein Ort der Begegnung – mehrere von ihnen haben in der Folgezeit dort auch als sogenannte Archivarbeiter gearbeitet – sie haben auch die bis zum Kriegsende bestehende Orientierung nach Deutschland verstärkt und durch die Sammlung von deutschem Material, beispielsweise die interessanten Tarnschriften, und durch die Abgabe ihrer Nachlässe (insgesamt 40) dafür gesorgt, Forschung in dieser Periode der Geschichte der deutschen und europäischen Arbeiterbewegung im Archiv der Arbeiterbewegung in Stockholm zu ermöglichen. Auch das ist, wenn man so will, letztlich Oscars Borges Verdienst.

Oscar Borge starb am 4. Januar 1938. Sein Nachlass enthält nur sehr fragmentarisches Material. Seine Tätigkeit, von seiner wissenschaftlichen Arbeit abgesehen (zwei seiner Schriften liegen jedoch im Nachlass), lässt sich am ehesten aus der Altregistratur von Archiv und Bibliothek der Arbeiterbewegung erschließen.

---

Gerd Callesen

## Fritz Brügel (1897 – 1955)

Fritz Brügel, geboren am 13. Februar 1897 in Wien, wuchs in einer sozialdemokratischen Familie auf. Er war der Sohn des Historikers Ludwig Brügel, dem aus Böhmen stammenden Verfasser einer fünf-bändigen Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie. Fritz Brügel studierte an der Universität Wien Geschichte und promovierte 1921 mit der Arbeit „Beiträge zur Geschichte der Deutschen in Böhmen“. Danach arbeitete er als Theaterkritiker an der Wiener „Arbeiter-Zeitung“, der zentralen Zeitung der österreichischen Sozialdemokratie, für die er auch später häufig schrieb.

1922 wurde Brügel Bibliothekar der neuerrichteten Sozialwissenschaftlichen Studienbibliothek der 1921 gegründeten Arbeiterkammer Wien und baute diese selbständig auf.<sup>1</sup> Innerhalb weniger Jahre erreichte er, dass die Bibliothek bis 1932 einen beachtenswerten Bestand von etwa 135 000 Bänden hatte. Er hatte unter anderem umfangreiche Privatbibliotheken für die Studienbibliothek gesichert, so diejenigen von Victor Adler (etwa 12 000 Bände), Engelbert Pernerstorfer (rund 20 000 Bände) und Leopold Winarsky, wie auch die rund 16 000 Bände umfassende Sammlung des der Sozialdemokratie nahestehenden Rechtswissenschaftlers Anton Menger, die alle auch bibliophile Sammler gewesen waren.<sup>2</sup> Wie aus seinem Briefwechsel mit Friedrich Adler

---

<sup>1</sup> Ausführlich zur Geschichte der Bibliothek: *Karl Stubenvoll*, 75 Jahre Sozialwissenschaftliche Studienbibliothek der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien 1921-1996, Wien 1997; zu Fritz Brügel vgl.: *Julius Stieber*, Studien zu Fritz Brügel und seiner politischen Lyrik. Vom Aufbruch der österreichischen Sozialdemokratie in den zwanziger Jahren bis zu deren Niederlage im Februar 1934, Wien 1991 (phil. Diplomarbeit); *Ders.*, Fritz Brügel im Exil 1934 – 1955. Studien zu Leben und Werk eines sozialdemokratischen Schriftstellers, Wien 1998 (phil. Diss.).

<sup>2</sup> *Madeleine Wolensky*, Pernerstorfers Harem und Viktor Adlers liebster Besitz oder zwei sozialistische Bibliophile, ihre Bücher und die Arbeiterkammerbibliothek, Wien 1994. Die Arbeit enthält ein Verzeichnis in Auswahl der noch bzw. wieder in der Sozialwissenschaftlichen Bibliothek vorhandenen Bücher Adlers und Pernerstorfers; *Dies.*, Anton Menger und seine Bibliothek, Wien 1991.

hervorgeht, erwarb er frühzeitig neben deutschsprachiger auch französische und amerikanische Literatur.<sup>3</sup> Die Bibliothek erreichte bis 1934 einen wohlverdienten wissenschaftlichen Ruf, den sie weitgehend dem Fachwissen und dem Engagement Brügels verdankte.

Die Bibliotheken Adlers, Pernerstorfers und Mengers wurden geschlossen aufbewahrt, auch da sie neben vielen seltenen Veröffentlichungen jeweils einen eigenen Schwerpunkt hatten, Adlers zur Geschichte des organisierten österreichischen Sozialismus, Mengers zu rechtswissenschaftlichen Fragen, Pernerstorfers anscheinend zum internationalen Sozialismus. Eine Auswahl aus diesen Veröffentlichungen wurde 1926 in einer Ausstellung „Geschichte des Sozialismus in Erst- und Originalausgaben“ gezeigt. Der Katalog der Ausstellung enthielt gleichzeitig eine Ergänzung zu Josef Stammhammers „Bibliographie des Sozialismus und Communismus“ (Der Katalog wurde 1964 vom Limmat Verlag in Zürich nachgedruckt).

Die Bibliothek war als wissenschaftliche Bibliothek konzipiert und konnte diesen Anspruch auch erfüllen, ihr Bestand war weltweit einer der wichtigsten zur Geschichte des Sozialismus. Jedoch war sie gleichzeitig ein Teilunternehmen der Arbeiterbildung, auf die in der österreichischen Arbeiterbewegung großes Gewicht gelegt wurde. Brügel war als Austromarxist dieser Arbeit gegenüber sehr aufgeschlossen und war selber äußerst aktiv in der Bildungs- und Kulturarbeit der Arbeiterbewegung auf mehreren Gebieten. Daneben schrieb er für die Zeitschriften der Arbeiterbewegung („Der Betriebsrat“, „Bildungsarbeit“ und weitere) über die Bibliothek und hielt zahlreiche Vorträge in den Bildungssektionen der Partei. Weiterhin veröffentlichte er zahlreiche volksbildnerische und kulturpolitische Beiträge für das Zentralorgan der SDAPÖ, aber auch für das theoretische Organ der Partei, den „Kampf“.

Von 1924 bis Februar 1934 war er Mitglied im Verwaltungsbeirat des österreichischen Rundfunks, ab 1931 Konsulent der dortigen Wissenschaftsabteilung. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Vereini-

---

<sup>3</sup> *Eckart Früh*, Fritz Brügel, in: Noch mehr, (2001) Mai. Dort werden ein Verzeichnis des Nachlasses Fritz Brügels im Tagblatt-Archiv der Wiener Landesbibliothek und eine Reihe Texte Brügels veröffentlicht.

gung Sozialistischer Schriftsteller (1933 – 1934), die aus Protest gegen die Bücherverbrennungen in Deutschland gegründet worden war, und wurde ihr stellvertretender Vorsitzender.

Nach der Machtübernahme des österreichischen Klerikalfaschismus wurde Brügel entlassen und flüchtete vor der drohenden Verhaftung in die Tschechoslowakei. 1935 nahm er die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft an, nachdem ihm die österreichische von der Regierung aberkannt worden war. Die in Brünn (Brno) erscheinende illegale „Arbeiterzeitung“ kommentierte dies in Anerkennung der Leistung Brügels und bezeichnete ihn als den Schöpfer des wertvollsten von allem, was die Austrofaschisten gestohlen haben: der Sozialwissenschaftlichen Studienbibliothek der Wiener Arbeiterkammer.

Im tschechischen Exil distanzierte Brügel sich nach und nach von der politischen Linie der sozialdemokratischen Partei unter Joseph Buttinger, der die Volksfrontpolitik ablehnte. Eingeladen vom Verband sowjetischer Schriftsteller, bereiste Brügel 1936/1937 die UdSSR. In der Folge erschienen etliche begeisterte Reportagen in der „Internationale Literatur“, „Das Wort“ (beide Moskau) und in der „Pariser Tageszeitung“, die seinen geänderten politischen Standpunkt belegen. Vielleicht ist es richtiger zu sagen, dass er seinen Standpunkt auch unter geänderten politischen Bedingungen beibehielt.

Nach der Besetzung Böhmens und Mährens im Oktober 1938 flüchtete Brügel weiter, zuerst nach Südfrankreich, wo er ab Anfang 1939 mit seiner Frau Vera Dubska lebte, dann über Spanien und Portugal nach England. In London wurde er ab 1941 Mitarbeiter in der tschechoslowakischen Exilregierung und blieb auch nach seiner Rückkehr in die ČSR im diplomatischen Dienst; bis 1949 war er als tschechoslowakischer Vertreter in Berlin stationiert. In diesem Jahr floh er aus Protest gegen die politische Entwicklung des Landes erneut nach London, wo er seine letzten Lebensjahre verbrachte und am 4. Juli 1955 verstarb.

Brügel war nicht nur Bibliothekar und politischer Schriftsteller, sondern auch Lyriker und Essayist. Ein erster Gedichtband erschien 1923 unter dem Titel „Zueignung“, der zweite 1931 („Klage um Adonis“). Viele Gedichte Brügels, vor allem politische, wurden erstmals in der



„Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht. Brügel brachte sie 1932 unter dem Pseudonym Wenzel Sladek und dem Titel „Die Hauptsache ist ... Songs“ in Buchform heraus. In Prag veröffentlichte er 1935 die „Februarballade“, in der er den gescheiterten Aufstand gegen den österreichischen Klerikalfaschismus darstellte. Später sind erschienen „Gedichte aus Europa“ (1937) und schließlich der Roman „Verschwörer“ (1948).

Zu den wichtigsten Sachbüchern bzw. selbständigen Veröffentlichungen von Fritz Brügel zählen: „Geschichte des Sozialismus in Erst- und Originalausgaben. Ausstellung vom 25. Mai bis 5. Juni 1926 der Sozialwissenschaftlichen Studienbibliothek bei der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien“, 1926 (Neudruck 1964); (gemeinsam mit Otto Mäntchen-Helfen) „Aus den Anfängen der deutschen sozialistischen Presse“ (1929); „Der Weg der Internationale“ (1931); „Führung und Verführung. Antwort an Rudolf Borchardt“, (1931) sowie „Der deutsche Sozialismus. Von Ludwig Gall bis Karl Marx“ (1931), ein dokumentarisches Werk, das er gemeinsam mit Benedikt Kautsky herausgab.

Die Wiener Stadt- und Landesbibliothek verwahrt einen Teilnachlass Fritz Brügels mit Korrespondenzen, Feuilletons und rund 100 Kurzgeschichten, die er nach 1938 geschrieben hatte.

Die Sozialwissenschaftliche Studienbibliothek wurde – wie auch die Bibliotheken der übrigen Arbeiterkammern – in der Zeit bis 1938 umfunktioniert, teilweise „gesäubert“ und durch „aufbauende“ katholische Literatur ersetzt. Dies traf die Studienbibliothek nicht so hart wie die lokalen Arbeiterkammer-Bibliotheken. 1938 wurde jedoch ein Schlussstrich gezogen, und die Bibliothek durch das Naziregime zerstört, d.h. sie wurde nach Berlin abtransportiert und von der Deutschen Arbeitsfront übernommen. Was danach geschah, ist etwas unklar, die Bestände wurden teilweise auf verschiedene Standorte aufgeteilt, teilweise während des Bombenkrieges zerstört und schließlich nach der Befreiung weiter zerstreut.

Nach 1945 wurde die Bibliothek neu aufgebaut; es wurden Suchaktionen nach dem geraubten Bestand durchgeführt, jedoch konnten nur

---

kleinere Teile wieder gefunden werden. Insgesamt kamen etwa 35 000 Bände wieder nach Wien – besonders gelitten hatten die Sozialistika aus den Sammlungen Adlers, Pernerstorfers, Winarskys und Mengers.

Die Bibliothek wurde im Prinzip nach den Richtlinien Brügels neu aufgebaut. Sie ist heute wieder die wichtigste österreichische Bibliothek auf dem Gebiet der Sozial- und Gesellschaftswissenschaften, auch wenn sie gewisse Umorientierungen durchgemacht hat und einzelne Sammlungen aufgeben bzw. in andere Bibliotheken überführen musste.<sup>4</sup>

---

<sup>4</sup> *Wolensky*, „Februarballade“. Fritz Brügel, der Bürgerkrieg 1934 und die Bibliothek der Arbeiterkammer Wien, in: *Stephan Neuhäuser*, „Wir werden ganze Arbeit leisten...“. Der austrofaschistische Staatsstreich 1934, o.O. 2004.

Peter Gohle

## **Ernst Drahn (1873 – 1944)**

Ernst Eduard Carl Drahn<sup>1</sup> wurde am 25. März 1873 als Sohn des Hoteliers Carl Ludwig Drahn und seiner Ehefrau Elise in Stargard/Pommern geboren. Bedingt durch den Tod seines Vaters im Jahr 1888 musste Drahn aus wirtschaftlichen Gründen seine gymnasiale Ausbildung abbrechen und eine Kaufmannslehre in einer Eisengroßhandlung in Nauen beginnen. Nach Abschluss der vierjährigen Ausbildung wurde er vom Lehrbetrieb als Handlungsgehilfe übernommen. Ab 1893 leistete er seinen zweijährigen Wehrdienst in Wittenberg ab. Danach arbeitete er mehrere Jahre in unterschiedlichen Stellungen als Lagerist und Kontorist sowie als Reisevertreter in Halberstadt, Hagen, Nauen und schließlich Berlin. Ebendort war er auch ab der Jahrhundertwende beim Institut für Deutsche Buchführung als Revisor und Lehrbeauftragter tätig. In diesem Zusammenhang begann er sich intensiver mit den Problemen der Arbeitswelt und der sozialen Frage zu beschäftigen sowie im Selbststudium seine Kenntnisse auf dem Gebiet der Kulturgeschichte und der Nationalökonomie systematisch auszubauen. Erste kleinere Veröffentlichungen erschienen ebenfalls in dieser Zeit.

Ab 1906 begann sich Drahn in Richtung Lektorats- und Verlagstätigkeiten zu orientieren, schrieb ab 1907 regelmäßig für die Zeitschrift „Der deutsche Buch- und Zeitschriftenhandel“ und arbeitete zudem u.a. auf bibliographischem Gebiet für den Reichsverband Deutscher Buch- und Zeitschriftenhändler. Wann Drahn sich der Sozialdemokratie zuwandte, ist unklar. Es gibt jedoch Hinweise darauf, dass dies um

---

<sup>1</sup> Zur Biographie von Ernst Drahn vgl.: Bundesarchiv Berlin, Bestände des ehemaligen Berlin Document Center; AdSD, SPD-Parteivorstand, Archiv und Bibliothek; *Mario Bungert*, „Zu retten, was sonst unwiederbringlich verloren geht“. Die Archive der deutschen Sozialdemokratie und ihre Geschichte, Bonn 2002; Paul Mayer, Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs und das Schicksal des Marx-Engels-Nachlasses, in: Archiv für Sozialgeschichte 6/7 (1966/67); *Rüdiger Zimmermann*, Das gedruckte Gedächtnis der Arbeiterbewegung bewahren. Die Geschichte der Bibliotheken der deutschen Sozialdemokratie, 3. erw. Aufl., Bonn 2008.

das Jahr 1912 geschah. In jedem Falle zeigte er sich mit seiner 1913 erschienenen Broschüre „Zur Entwicklung und Geschichte des sozialistischen Buchhandels und der Arbeiterpresse“ als Kenner der sozialdemokratischen Publizistik. Eine Vielzahl weiterer Veröffentlichungen aus späteren Jahren weisen ihn zudem als rührigen Bibliographen dieses Schriftgutsegments aus. Überhaupt tat Drahn als bibliothekarischer Autodidakt alles, um sich in dem ganzen Berufsfeld Publizistik-Buchhandel-Bibliothekswesen nach Kräften zu professionalisieren, zumal er, wie es scheint, meist freiberuflich gearbeitet hat. Eine formelle bibliothekswissenschaftliche Ausbildung, wie sie zwischen 1883 und 1912 zumindest für staatliche Bibliotheken üblich geworden war, hat er nicht durchlaufen.

Anfang 1915 wurde Drahn als Unteroffizier zum Landsturm eingezogen. Seine Einheit wurde bald der Njemenarmee, die im Baltikum eingesetzt war, zugeschlagen. Anschließend wurde er nach Prenzlau versetzt und bald darauf vermutlich aus Altersgründen aus dem Heeresdienst entlassen. Jedenfalls tauchte er im Juli 1917 in einer Rednerliste der Berliner SPD als Referent für „Geschichte und Militärwesen“ auf.

Im Februar 1917 räumte Eduard David, der seit 1914 das SPD-Parteiarchiv geleitet hatte, den wenig geliebten Posten. Sein Nachfolger wurde Ernst Drahn. Unklar ist, wie dieser in das Blickfeld des SPD-ParteiVorstands gelangt ist, zumal er einen durchaus prominenten Vorgänger zu ersetzen hatte. Die obengenannte Publikation, weitere einschlägige bibliographische Arbeiten u.a. in der „Sozialdemokratischen Parteikorrespondenz“ sowie Beiträge für die sozialdemokratische Wochenschrift „Die Neue Zeit“ qualifizierten ihn vermutlich für diese Aufgabe. Darüber hinaus dürfte er als SPD-Mitglied und „Publizistikexperte“ bisweilen im Vorwärts-Verlag anzutreffen und damit wahrscheinlich zum richtigen Zeitpunkt am rechten Ort gewesen sein. Er packte seine neue Aufgabe mit erheblichem Engagement an, wie eine Anzahl weiterer Publikationen aus der Zeit zwischen 1917 und 1920, die sichtbar diese Tätigkeit betrafen oder aus ihr geschöpft waren, belegt.<sup>2</sup> Die große

---

<sup>2</sup> Ein Übersicht über Drahn's einschlägige Publikationen bis 1925 in: *Ernst Drahn*, Lenin Vladimir Il'ič Ul'janov, eine Bio-Bibliographie, 2., verb. und verm. Aufl., Berlin

Beachtung, die Drahn den Flug- und Untergrundschriften der Kriegszeit und der Novemberrevolution schenkte, lässt ein bemerkenswertes Fingerspitzengefühl für die Erfordernisse zeitgeschichtlicher Sammlungstätigkeit erkennen. Die letzte in diesem Rahmen 1919/20 auf Initiative und in Zusammenarbeit mit Susanne Leonhard entstandene Veröffentlichung „Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges“ markierte freilich den plötzlichen und auch unrühmlichen Abschied Drahns aus dem SPD-Parteiarchiv um die Jahreswende 1919/20.

Susanne Leonhard hielt sich in den 1960er Jahren zugute, den „blöden Trottel“ Drahn, der ihr wohl naiv zugetan war, im Zuge der Arbeiten an der gemeinsamen Edition „zum Kommunismus ... bekehrt“<sup>3</sup> zu haben. Sein Austrittschreiben aus der SPD vom 31.12.1919, das Drahn 1920 als Anhang einer kleinen Marx-Engels-Broschüre veröffentlichte und in dem er sich als Verfechter der Leninschen Avantgardetheorie, der notfalls auch terroristischen Diktatur des Proletariats und als vehementer Gegner der „reinen Demokratie“ offenbarte, quittierte Otto Wels mit der Feststellung, dass er „geistig nicht ganz normal sei“<sup>4</sup> und erteilte ihm mit Wirkung vom 2. Februar 1920 Hausverbot. Damit hätte es sein Bewenden haben können, aber es folgte ein einigermaßen unappetitliches Nachspiel. Eine Veröffentlichung des Exekutivkomitees der kommunistischen Jugendinternationale zu Friedrich Engels, die 1920 erschien, basierte offensichtlich auf unveröffentlichten Engels-Briefen aus dem SPD-Parteiarchiv. Nach einer Überprüfung wurde offenbar, dass diese und andere Autographen in den Beständen fehlten. Drahn, der schnell als der mutmaßliche Verantwortliche für diese Unterschlagung ausgemacht worden war, reagierte zunächst ausweichend. Eine vom SPD-Parteivorstand erwirkte polizeiliche Hausdurch-

---

1925, S. 78ff.

<sup>3</sup> Susanne Leonhard an Paul Mayer, 22.12.1963, AdsD, SPD-Parteivorstand, Archiv und Bibliothek 2/PVCA000023.

<sup>4</sup> Karl Marx und Friedrich Engels über die Diktatur des Proletariats nebst Ausführungen über die taktische Haltung der Kommunisten bei: 1. einer Revolution, in der die „reine Demokratie“ die Oberhand gewinnt, 2. der Proklamation der Diktatur des Proletariats, [Zsgest. u. mit einem Nachw. versehen v. Ernst Drahn], Berlin 1920, S. 37.

---

suchung bei Drahn förderte schließlich mehrere Kisten und Körbe aus den Beständen des SPD-Parteiarchivs entwendeten Schriftguts zu Tage.

Drahn hatte sich bereits im Vorfeld seines Ausscheidens aus den Diensten des SPD-Parteiarchivs beruflich abgesichert. Seit 1919 arbeitete er als Begutachter und Sachverständiger für sozialdemokratische und sozialistische Publizistik für die Preußische Staatsbibliothek, die eigens eine Auskunftsstelle für sozialistische und revolutionäre Literatur eingerichtet hatte. Daneben intensivierte Drahn deutlich seine publizistische Tätigkeit sowohl für seriöse wissenschaftliche Publikationen und Periodika als auch für die KPD und die kommunistische Bewegung. Besonders hervorzuheben sind hierbei eine Vielzahl von Biblio- und Biographien zum Sozialismus im allgemeinen sowie sozialistischen und kommunistischen Theoretikern und Politikern im besonderen wie etwa Friedrich Engels, Karl Marx, W. I. Lenin und Karl Liebknecht.

Im Laufe des Jahres 1923 hatte sich Drahn der KPD entfremdet. Anfang 1924 vollzog er eine ebenso bemerkenswerte wie radikale politische Wende. Schon in seinem Austrittsschreiben aus der SPD waren gewisse nationalbolschewistische Tendenzen angeklungen. Das nationale Element gewann nun vollends die Oberhand und so finden wir Drahn unter den Mitbegründern der von Emil Unger-Winkelried<sup>5</sup> aus der Taufe gehobenen Vereinigung nationalgesinnter Arbeiterführer, die durchweg aus ehemaligen Sozialdemokraten rekrutiert war und sich nach zeitgenössischen Pressestimmen „in ihren Richtlinien stark an die Hitlersche Bewegung in München“<sup>6</sup> anlehnte. Als Unger-Winkelried, den Drahn aus ihrer gemeinsamen Zeit im Vorwärtshaus in der Berliner Lindenstraße kannte, nun Mitarbeiter für das publizistische Organ der Vereinigung nationalgesinnter Arbeiterführer, das er nicht ohne Häme

---

<sup>5</sup> Langjähriger Redakteur des Vorwärts, sympathisierte während des Ersten Weltkrieges mit der national orientierten Lensch-Cunow-Haenisch-Gruppe in der SPD, 1920 Parteiaustritt. Hierbei spielte sein rabiatere Antisemitismus eine tragende Rolle.

<sup>6</sup> *Emil Unger-Winkelried, Von Bebel zu Hitler. Vom Zukunftsstaat zum Dritten Reich. Aus dem Leben eines sozialdemokratischen Arbeiters*, Berlin 1934, S. 110.

„Der deutsche Vorwärts“ nannte, suchte, war Drahn einer der ersten Ansprechpartner.

1925 schied Drahn aus unbekanntem Gründen aus den Diensten der Preußischen Staatsbibliothek aus und betätigte sich fortan als freier Schriftsteller. Entsprechend seines politischen Richtungswechsels wandelte sich nun nicht nur sein Blickwinkel sondern auch sein publizistisches Umfeld. Neben dem „Deutschen Vorwärts“, für den er bis 1932 als ständiger Redakteur arbeitete, schrieb er etwa bis 1936 regelmäßig für die national-konservativen „Süddeutschen Monatshefte“ aus München. So ist es kein Zufall, dass seine 1926 in einem „vaterländischen“ Verlag erschienene Schrift „Die deutsche Sozialdemokratie. Werden, Wollen, Wirken“, in der er der Politik der SPD seit 1918 u.a. einen eklatanten Mangel an nationaler Gesinnung vorwarf, den scharfen Widerspruch Paul Kampffmeyers fand.<sup>7</sup> Gänzlich indiskutabel wurden seine publizistischen Äußerungen in der ersten Hälfte der 1930er Jahre, als er sich etwa 1933 zusammen mit dem völkischen Publizisten Gottfried Zarnow über den 9. November 1918 als „die Tragödie eines großen Volkes“ Gedanken machte und zu allem Überfluss im selben Jahr unter dem Titel „Verbotene und undeutsche Bücher“ einen „Führer zur völkischen Gestaltung der deutschen Leihbüchereien“ verfasste.<sup>8</sup>

So mag es auch kaum verwundern, dass Drahn am 1. Mai 1933 der NSDAP beitrug und ein knappes Jahr später zum Bibliothekar bei der Deutschen Arbeitsfront (DAF) und Leiter des Pressearchivs der Reichsbetriebsgemeinschaft Eisen und Metall avancierte. Neben seiner Mitgliedschaft in der NSDAP und der DAF gehörte er der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) sowie der Reichsschrifttumskammer an. 1937 wechselte er als Lektor zum Arbeitswissenschaftlichen Institut der DAF. Im März 1941 wurde er mit der Begründung, dass er nur

<sup>7</sup> Vgl.: *Ernst Drahn*, Die deutsche Sozialdemokratie. Werden, Wollen, Wirken, München 1926; Rezension von Paul Kampffmeyer hierzu in: Bücherwarte 1 (1926), S. 376f.

<sup>8</sup> Vgl.: *Gottfried Zarnow*, Der 9. November 1918. Die Tragödie eines großen Volkes, unter Mitarb. v. Ernst Drahn, Hamburg 1933; Verbotene und undeutsche Bücher. Ein Führer zur völkischen Gestaltung der deutschen Leihbüchereien. Im Auftrage der Literatur-Prüfungsstelle der „Fachschaft II, Leihbüchereien“ zsgest. v. Ernst Drahn, Berlin 1933.

noch „nebenberuflich in geringfügigem Umfang schriftstellerisch“ tätig sei, aus der Reichsschrifttumskammer entlassen. Danach verliert sich seine Spur. Er lebte vermutlich bis zuletzt in Berlin-Steglitz und starb 1944 ebendort.

Drahn war seit dem 27. Juli 1907 mit Hilde, geborene Illgen, geboren am 13. Juni 1880 in Dresden, verheiratet. Diese Ehe blieb kinderlos.



Kurt Metschies

## Alfred Eberlein (1916 – 1982)

Die Biographie von Alfred Eberlein<sup>1</sup> verkörpert die seltene Einheit von sozialer Herkunft und lebenslanger, engagierter Beschäftigung mit einem selbst gewählten wissenschaftlichen Thema, der bibliographischen Erfassung von Druckerzeugnissen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung sowie anderer sozialer Bewegungen.

Alfred Eberlein wurde am 19. Mai 1916 in Altmittweida, Kreis Rochlitz (Sachsen) als Sohn einer ledigen Textilarbeiterin geboren. Zunächst besuchte er in den Jahren 1922 bis 1931 die Volksschule in Plauen (Vogtland), um dann anschließend von 1931–1934 eine Rechtsanwaltschreiberlehre zu absolvieren. Frühzeitig wurde Eberlein bereits mit den gesellschaftlichen Krisen dieses Zeitabschnitts – Weltwirtschaftskrise, Niedergang der Weimarer Republik und „Machtergreifung“ durch die NS-Bewegung – konfrontiert. Auf Grund der freigewerkschaftlichen Bindungen seiner Mutter hatte er schon in jungen Jahren Kontakt zur sozialdemokratisch orientierten Jugendbewegung und schloss sich 1928 der Organisation „Rote Falken“, danach der „Sozialistischen Arbeiterjugend“ als Mitglied an. Eberleins Lebens- und Berufsweg ist wie der vieler seiner Altersgenossen allein wegen der Zeitumstände nicht einfach, zusätzlich wurde er noch erschwert durch eine körperliche Behinderung infolge einer Tuberkulose-Erkrankung. Oftmals arbeitslos, war er von 1935 bis 1942 als Anwaltschreiber, Kontorist und Statistiker tätig. 1942 erfolgte seine Ein-

---

<sup>1</sup> Weitere Literatur über Alfred Eberlein: Deutsche Bibliographische Enzyklopädie. 2. überarb. u. erw. Ausg. Hrsg. v. Rudolf Vierhaus, Bd. 2, München 2005, S. 801; *Alexandra Habermann/ Peter Kittel*, Lexikon der wissenschaftlichen Bibliothekare. Die wissenschaftlichen Bibliothekare der BRD (1981-2002) und der DDR (1948-1990), Frankfurt/Main 2004, S. 36-37; *Siegfried Bahne*, Nachruf auf Alfred Eberlein, in: Mitteilungsblatt des Instituts zur Geschichte der Arbeiterbewegung, (1982) 6, S. 147-152 (mit Bibliographie der Veröffentlichungen von Alfred Eberlein, von ihm selbst zusammengestellt); *Werner Müller/ Hanno Lietz* (Bearb.), Alfred Eberlein an der Universitätsbibliothek Rostock 1954-1971 [Begleitheft zur Ausstellung], Rostock 1997.

---

berufung zum Militärdienst, wo er Büro- und Verwaltungsdienste zu leisten hatte. Wegen „Waffendienstuntauglichkeit“ wurde er 1944 aus dem Militärdienst entlassen. Infolge eines Bombenangriffs 1945 verlor Eberlein seine Ehefrau sowie zwei seiner Kinder.

Nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges nutzte Eberlein die gebotenen Bildungsmöglichkeiten. Von September 1946 bis 1947 besuchte er die Vorstudienanstalt (die spätere Arbeiter-und-Bauern-Fakultät / ABF) in Zwickau und erwarb damit die Hochschulreife. Daran schloss sich von 1947 bis 1951 ein Studium der Soziologie, Volkswirtschaft und Philosophie an der Universität Rostock an. Bereits während seines Rostocker Studiums galt das Interesse Eberleins bibliothekarischen und bibliothekswissenschaftlichen Fragen. So war er schon während seines Studiums an der Universitätsbibliothek Rostock, seiner späteren langjährigen Wirkungsstätte, als wissenschaftlicher Hilfsbibliothekar tätig. 1951 wurde er zum Leiter der Zentralbibliothek der Regierung der DDR in Berlin berufen, wo er ein Jahr tätig war. Von 1952 bis 1953 nahm Eberlein am zweijährigen Referendarlehrgang für den wissenschaftlichen Bibliotheksdienst an der damaligen Öffentlichen Wissenschaftlichen Bibliothek, Berlin (der späteren Deutschen Staatsbibliothek, Berlin) teil und legte bei dem Generaldirektor der Deutschen Staatsbibliothek, Berlin, Professor Horst Kunze, erfolgreich sein bibliothekarisches Fachexamen ab. 1953 bis 1954 kehrte er an die Zentralbibliothek der Regierung der DDR, Berlin zurück, um dann für nahezu 20 Jahre an der Universitätsbibliothek Rostock in verschiedenen Funktionen – zuletzt von 1958 bis 1971 als Direktor der dortigen Bibliothek – zu wirken.

Sehr frühzeitig galt Eberleins Interesse der exakten wissenschaftlichen bibliographischen Erfassung der gedruckten Veröffentlichungen der Arbeiter-, Gewerkschafts- und anderer sozialen Bewegungen. In einem konzeptionell angelegten Beitrag in der Fachzeitschrift für das Archivwesen der DDR „Archivmitteilungen“ unter dem Titel: „Die Arbeiter- und Gewerkschaftspresse. Ein Beitrag zu ihrer bibliographischen Erfassung“ äußerte er sich 1959 grundsätzlich zu diesem Thema: Er verwies darauf, dass in den Bibliotheken, Museen, Archiven und

wissenschaftlichen Institutionen wertvolle Bestände an periodisch erscheinenden Druckschriften und Zeitungen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung sowie sonstiger Strömungen der sozialen Bewegungen aus dem Zeitraum von 1830 bis 1945 vorhanden sind. Zugleich stellte er fest, dass es keine adäquaten Bibliographien gab, die auch nur annähernd vollständig diese Veröffentlichungen verzeichneten. Eberlein hob hervor, dass die Überlieferung eine bedeutsame originäre Quelle dieser Bewegungen sei und neben den staatlichen Akten verschiedenster Repressivorgane für Forschungen eine unerlässliche Ergänzung darstellt. Im vorgenannten Beitrag lenkte Eberlein die Aufmerksamkeit darauf, dass nicht nur die klassischen Formen von Druckerzeugnissen, wie Zeitungen, Zeitschriften und andere mehr bibliographisch zu erfassen seien, sondern auch andere Kategorien literarischer Quellen, wie Jahresberichte, Kalender, Rechenschaftsberichte, Protokolle, Schriftenreihen und nicht zuletzt die Vielzahl an Betriebs-, Dorf-, Orts-, Häuserblock- und Erwerbslosenzeitungen (einem bibliographisch besonders vernachlässigten Gebiet). Territorial sollten angesichts der engen Verbindung der sozialistischen Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften sowie anderer sozialer Bewegungen, die über die Staats- und Ländergrenzen hinweg bestand, nicht nur die in Deutschland veröffentlichten Publikationen bibliographisch erfasst werden, sondern auch gleichartige deutschsprachige im Ausland (wie Österreich, Schweiz und andere).

Im vorgenannten Aufsatz gab Eberlein eine erste Zwischenbilanz seiner im Jahre 1954 aufgenommenen Vorarbeiten zu seinem Projekt. Insgesamt hatte er bis 1959 etwa 11 000 Titel deutschsprachiger Periodika der Arbeiter-, Gewerkschafts- und anderer sozialer Bewegungen aus 23 Ländern (so unter anderem aus Deutschland, Österreich, Schweiz, USA, CSSR, UdSSR) ermittelt und bibliographisch erfasst.

Nur knapp zehn Jahre später erschien dann 1968 der erste Band der vierbändigen Bibliographie „Die Presse der Arbeiterklasse und der sozialen Bewegungen“<sup>2</sup>. Bereits 1970 erschien dann als letzter Band das

---

<sup>2</sup> *Alfred Eberlein*, Die Presse der Arbeiterklasse und der sozialen Bewegungen. Von den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts bis zum Jahre 1967. Bibliographie und Stand-

Register zum Gesamtwerk. Damit lag eines der auch in der internationalen Fachwelt sehr geschätzten Hilfsmittel zur Erforschung der deutschen und deutschsprachigen Arbeiterbewegung vor. Neben den im Hauptteil verzeichneten 21 730 Titeln aus der Presse der deutschen, österreichischen und schweizerischen Arbeiterbewegung enthielt das Werk einen Anhang von über 1 000 Titeln aus der deutschsprachigen Presse der Arbeiter-, Gewerkschafts- und Berufsorganisationen anderer Länder (wie Argentinien, Brasilien, Kanada, USA, Bulgarien, Frankreich, Großbritannien). Wie Eberlein bereits in seinem grundlegenden Aufsatz in den „Archivmitteilungen“ betonte, beschränkte sich der Begriff „Presse“ nicht nur auf Zeitungen und Zeitschriften, sondern bezog auch periodisch erschienene Flugblätter, Jahrbücher, Kalender, Almanache, Organisationsführer, Schriftenreihen, Merkblätter, Tätigkeitsberichte, Versammlungsprotokolle, Pressedienste, Korrespondenzen und sonstige periodisch erschienene Schriften der Arbeiterbewegung und der anderen sozialen Bewegungen in die bibliographische Erfassung mit ein. Über 4 000 Bibliotheken, Archive, Museen und andere Einrichtungen wurden seitens des Autors nach relevanten Beständen befragt. Im Ergebnis konnten fast 1 000 der vorgenannten Institutionen als Standorte der Periodika nachgewiesen werden. Über die exakten bibliographischen Daten hinaus wurden in der Bibliographie folgende Angaben aufgeführt: Herausgeber, Redakteure; Beilagen; Bemerkungen zur Erscheinungsweise; Erscheinungsort; Erscheinungszeitraum; Vorgänger, Nachfolger, Standortnachweis.

Bis zum Erscheinen der Bibliographie hatte der Bearbeiter und Herausgeber der anerkannten Publikation auf Grund des Einspruchs verschiedener Parteiinstanzen und geschichtswissenschaftlicher Führungsgremien eine zweimalige Überarbeitung vorzunehmen. Inhaltlich wurde

---

ortverzeichnis der Presse der deutschen, der österreichischen und der schweizerischen Arbeiter-, Gewerkschafts- und Berufsorganisationen (einschließlich der Protokolle und Tätigkeitsberichte). Mit einem Anh.: Die deutschsprachige Presse der Arbeiter-, Gewerkschafts- und Berufsorganisationen anderer Länder, 4 Bde, 1 Registerbd., Berlin 1968-1970; Lizenzausg., 5 Bde, Frankfurt/Main 1969-1970; *Ders.*, Die Arbeiter- und Gewerkschaftspresse. Ein Beitrag zu ihrer bibliographischen Erfassung, in: Archivmitteilungen, 9 (1959) 6, S. 202-205.

seitens der vorgenannten Einrichtungen die Entfernung bestimmter Publikationen, von Namen von Redakteuren, Herausgebern, Organisationszugehörigkeiten oder Untertiteln von Druckerzeugnissen gefordert, sofern diese entsprechend der damals vorherrschenden Geschichtsauffassung zu sogenannten „parteifeindlichen Gruppierungen“ gehörten. Ungeachtet der wissenschaftsfremden Eingriffe wurde die von Eberlein vorgelegte Veröffentlichung gewissermaßen ein Klassiker auf diesem Gebiet. Parallel zu der in der DDR erschienenen Ausgabe erschien 1969/70 bei Sauer und Auvermann, Frankfurt am Main, eine Lizenzausgabe.

Am 10. Juni 1970 wurde dann Alfred Eberlein mit dem Thema „Die Presse der Arbeiterklasse und der sozialen Bewegungen“ an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg promoviert. Das Prädikat lautete „magna cum laude“. Damit fand die lange und kontinuierliche wissenschaftliche Beschäftigung mit der Materie auch ihre akademische Würdigung.

Von entscheidender Bedeutung in persönlicher, beruflicher und wissenschaftlicher Hinsicht war für Eberlein das Jahr 1971: Am 24. August 1971 wurde er verhaftet und anschließend in einem nichtöffentlichen Prozess in Rostock am 5. Mai 1972 zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Anlass für die Verhaftung und Verurteilung von Eberlein waren falsche Beschuldigungen, gegen gesetzliche Bestimmungen der DDR beim Literaturaustausch zwischen Bibliotheken der DDR und der Bundesrepublik Deutschland verstoßen zu haben. Das Urteil wurde am 13. Februar 1996 – fast 14 Jahre nach dem Ableben von Eberlein – durch das Landgericht Rostock als rechtsstaatswidrig aufgehoben und Eberlein voll rehabilitiert. Obgleich Eberlein 1973 durch eine Generalamnestie anlässlich des Jahrestages der DDR-Gründung frei kam, konnte er weder in seinem Beruf, noch an seiner alten Wirkungsstätte – der Universitätsbibliothek Rostock – tätig werden. Bis zu seiner Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland 1975 musste sich Eberlein als Zeichnungsortierer im VEB Schiffselektronik Rostock verdingen.

In der Bundesrepublik Deutschland fand Eberlein 1976/77 seinen neuen beruflichen Anfang als Verlagsleiter im Verlag und Antiquariatshan-

del Detlev Auvermann KG, Glashütten/Taunus. Große Verdienste erwarb er sich zunächst bei der wissenschaftlichen Betreuung und Herausgabe von Reprints bedeutender Socialistica<sup>3</sup> (so zum Beispiel der Zeitschriften „Die Neue Zeit“, Wochenzeitschrift der deutschen Sozialdemokratie, Berlin, „Die Internationale. Organ der Internationalen Arbeiter-Assoziation“, Berlin). Von 1977 bis 1981 konnte Eberlein zunächst im Rahmen von Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen als Bibliothekar an der Universität Bochum arbeiten, später dank hartnäckiger Bemühungen der Historiker Hans Mommsen und Kurt Koszyk zum Leiter der Bibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung des neu begründeten Instituts zur Geschichte der Arbeiterbewegung (IGA) der Ruhr-Universität Bochum berufen werden. Er führte diese Bibliothek zu beträchtlichem Ansehen im In- und Ausland.

Auch an seiner neuen Wirkungsstätte ließ Eberlein sein Engagement zur Ergänzung und einer verbesserten Neuauflage seiner 1968 bis 1970 erschienenen Bibliographie nicht los. Ganz entscheidenden Anteil an der Fortführung und letztlich erfolgten Veröffentlichung einer 2. aktualisierten und wesentlich erweiterten Auflage hatten die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Universitätsbibliothek Bochum und nicht zuletzt die Ehefrau, Frau Ursula Eberlein, in deren Verantwortung die Bearbeitung des Gesamtwerkes lag. Denn Alfred Eberlein verstarb am 20. August 1982 in Bochum. Er erlebte die Vollendung seines Lebenswerkes nicht mehr, als 1996 bis 1997 im KG Saur Verlag München die nunmehr achtbändige Bibliographie einschließlich mehrerer Register-

---

<sup>3</sup> Mitwirkung bei der Herausgabe von Reprints, so u.a.: Die Neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Stuttgart 1.1907/08–21.1915, Glashütten, Taunus 1976; Die Wächter am Rhein. Ein deutsches Volksblatt. Mannheim 1832, Vaduz 1977; Die Zukunft. Organ der Deutsch-Französischen Union, Paris. Vaduz 1978; Die Internationale. Organ der Internationalen Arbeiter Assoziation Berlin. Berlin 1.1924/25–2.1925/26, Vaduz 1979; Die Republik der Arbeiter. Wochenblatt, Centralblatt der Propaganda für die Verbrüderung der Arbeiter. New York 1.1850 – 6.1855, Vaduz 1979; Der Sozialist. Organ des Sozialistischen Bundes. Berlin 1.1901,1–7.1915,5, Vaduz 1980; Der Klassenkampf. Marxistisches Blatt; sozialistische Politik und Wirtschaft. Berlin 1.1927–6.1932, Vaduz 1982; Die Schmiede. Wochenschrift für Funktionäre/ Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Berlin 1.1921,1, Vaduz 1982; Kommunistische Rundschau. Berlin 1.1920, 1(Okt.)–6(Dez.), Vaduz 1982.

bände unter dem Titel „Internationale Bibliographie zur deutschsprachigen Presse der Arbeiter und soziale Bewegungen von 1830-1982“<sup>4</sup> erschien. Mit über 24 000 neu erfassten Titeln und nunmehr rund 37 000 Einträgen umfasst die Zweitaufgabe mehr als doppelt so viele Angaben wie in der ersten Ausgabe von 1968 bis 1970. Ein umfangreiches, sich aufeinander beziehendes und ergänzendes Registerbandsystem garantiert eine optimale Erschließung. Mit dieser Leistung haben sich Alfred Eberlein und die Fortsetzerin dieses umfassenden bibliographischen Werkes, Ursula Eberlein, in die Reihe der Klassiker der Bibliographie eingereiht.

---

<sup>4</sup> *Alfred Eberlein*, Internationale Bibliographie zur deutschsprachigen Presse der Arbeiter- und sozialen Bewegungen von 1830-1982. Hrsg. v. d. Universitätsbibliothek Bochum. Bearb. v. Ursula Eberlein. 2. akt. u wesentl. erw. Aufl. 4 Bde.; 4 Registerbde, München etc. 1996-1997.

---

Jürgen Stroech

## Otto Franke (1877 – 1953)

Der am 15. September 1877 in Rixdorf (heute Stadtteil von Berlin-Neukölln) geborene Otto Franke<sup>1</sup> gehörte zum Urgestein der deutschen Arbeiterbewegung. Bereits als Schüler trug er als Rollwagenjunge zum Lebensunterhalt seiner Familie bei<sup>2</sup> und machte 1889 im Alter von 12 Jahren durch Organisation eines erfolgreichen Streiks der Rollwagenjungen auf sich aufmerksam. Am 1. Oktober 1891 begann Franke eine Lehre als Maschinenbauer. Daneben nutzte er alle ihm gebotenen Gelegenheiten sich weiterzubilden. Er wurde frühzeitig Mitglied der Gewerkschaften und der SPD. Während des Ersten Weltkrieges war er als linker Sozialdemokrat und Kampfgefährte Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs aktiver Kriegsgegner, stand während der Novemberrevolution an der Seite Karl Liebknechts und gehörte zu den Mitbegründern der KPD, in deren Reihen er in unterschiedlichen Funktionen gegen Krieg und Faschismus kämpfte, auch nachdem in Deutschland 1933 der Faschismus an die Macht gekommen war.

Hier soll jedoch nicht der Tätigkeit Frankes als Arbeiterfunktionär und Vertreter seiner Partei in Kommunalparlamenten<sup>3</sup> gedacht werden, sondern seiner bibliothekarischen, archivarischen Tätigkeit, der er sich mehrere Jahre mit viel Energie und großem Engagement widmete.

In Moskau hatte er während einer etwa zweijährigen Tätigkeit im Archiv (vermutlich der MOPR) Erfahrungen in der Archivarbeit sam-

---

<sup>1</sup> Zur Biographie Otto Frankes siehe auch *Jürgen Stroech*, Otto Franke – Arbeiterfunktionär und Bibliothekar, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, (2004) 3, S. 126 ff.; *J. Weber*, Der Unbeugsame. Erinnerungen an Otto Franke, Berlin 1978; *G. Witzorky*, Otto Franke. Biographische Studie, Leipzig 1988 (Diplomarbeit, Karl Marx-Univ., Sektion Geschichte).

<sup>2</sup> Sein Vater war als aktiver Sozialdemokrat nach Erlass des Sozialistengesetzes aus Deutschland ausgewiesen worden, so dass seine Mutter für reiche Bürger waschen musste, um sich und ihre Kinder zu ernähren.

<sup>3</sup> Mehrere Jahre gehörte er z.B. dem Gemeinderat von Niederlehme bei Berlin und dem Kreistag Beeskow-Storkow an.



men können. Nach seiner Rückkehr nach Berlin 1928 erhielt er dann die Aufgabe, die zentrale Bibliothek der KPD, die zugleich auch ihr Archiv war, welches nach dem Parteiverbot im November 1923 verloren gegangen war, wieder aufzubauen. Diese neue Bibliothek war teilweise ein Geschenk von Mentona Moser und trug deren Namen. Sie befand sich in einem Bürogebäude in der Burgstraße in Berlin-Mitte. Liesel Jende, die Franke 1930 auf einer KPD-Veranstaltung kennen gelernt hatte und die ihm danach bis zur Beschlagnahme der Bibliothek durch die Nazis bei seiner Bibliotheksarbeit zweimal wöchentlich nach Feierabend half, berichtete, dass die Bibliothek 1930 noch in Teilen ungeordnet war: „einiges stand in Regalen, vieles wartete noch darauf, sortiert und katalogisiert zu werden...“. Und weiter: „Ich bewunderte die Sachkenntnis“ Frankes und seinen Arbeitsstil: „... konzentriert und systematisch ging er daran, die Bücher vorzubereiten, die wir dann katalogisieren wollten“<sup>4</sup>. Auch Mentona Moser, beschrieb Franke in ihren Erinnerungen ähnlich: „Anfang des Jahres 1932 kehrte ich wieder nach Berlin zurück ... Zu dieser Zeit lernte ich einen Genossen kennen, einen eigenartigen kleinen Mann, Mitte der Vierziger<sup>5</sup>, etwas beleibt. Der Kopf war rund und kahlgeschoren, und er hatte schlaue, sehr kurzsichtige Augen ...“ Weiter schrieb sie: Er hatte „sich umfassende Kenntnisse auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet angeeignet und verwaltete jetzt eine Bibliothek in der Burgstraße, die eine Fundgrube für Funktionäre und Theoretiker der Partei und der Gewerkschaften war, besonders für Mitarbeiter des Karl-Liebknecht-Hauses. Mit leidenschaftlichem Eifer war er bemüht, die Bibliothek auszubauen.“ Den Lesern gegenüber war er aufgeschlossen, fand schnell die gewünschten Titel, beriet sie bei Recherchen und unterstützte sie mit Ratschlägen, wobei er auf seine reichen Erfahrungen vertrauen konnte. Soweit Mentona Moser, die 1932 ebenfalls zeitweilig Franke bei der Katalogisierung half. Über den Umfang und die Art der Bestände machte sie folgende Angaben: „Über Tausend Bände enthielt die Bibliothek: politische Literatur, Jahrgänge von Fachschriften und Zeitungen, unzählige Mappen mit Protokollen der Landtags- und

---

<sup>4</sup> SAPMO-BArch, SgY 30/ 2049

<sup>5</sup> Franke war zu dieser Zeit bereits 55 Jahre alt.

---

Reichstagsitzungen der letzten Jahre – unentbehrliches Nachschlage-material“<sup>6</sup>.

Als Reichspräsident von Hindenburg, der von der Sozialdemokratie bei seiner Wahl 1932 als Widerpart von Hitler unterstützt, am 30. Januar 1933 denselben Hitler zum Reichskanzler ernannte, bedeutete dies für Franke einen Einschnitt in sein Leben. Unter größter Vorsicht setzte er noch einige Zeit seine Arbeit in der Bibliothek fort. Vor allem bemühte er sich, wichtige Literatur vor dem Zugriff der Nazis zu verstecken, unter anderem in seinem Häuschen in Niederlehme. Doch bei einer Hausdurchsuchung beschlagnahmten Polizei und SA etwa 87 Zentner Bücher und transportierten sie ab. Sie stammten teilweise offensichtlich aus der Bibliothek der KPD, die Franke glaubte, in Niederlehme sicher bewahrt zu haben.

Da er sich zu diesem Zeitpunkt nicht in der Bibliothek aufhielt, entging er diesmal der Verhaftung. Am 27. Juli 1933 wurde er in Berlin festgenommen und in das berüchtigte KZ Oranienburg gebracht, wo er bestialisch misshandelt wurde. Später wurde er in die KZ Sonnenburg und Lichtenburg überführt. 1935 aus der Haft entlassen, war er schwer krank, musste aber für seinen Lebensunterhalt arbeiten und setzte, obwohl er unter Beobachtung von Polizei und Gestapo stand, illegal seine Arbeit gegen das faschistische Regime fort. Nach Verlust seiner Arbeit in einem Kesselreinigungsbetrieb arbeitete er auf einer Autobahnbaustelle, wo er „mit vielen anderen Freunden eine starke Bewegung der Autobahnarbeiter“<sup>7</sup> organisierte. Am 3. November 1937 wurde er in diesem Zusammenhang erneut verhaftet, mehrere Tage in der Gestapo-Zentrale in der Prinz-Albrecht-Straße vernommen, dann nochmals freigelassen, da man ihm nichts nachweisen konnte. Von da an lebte er illegal in Berlin, konnte aber seine Situation den KPD-Vertretern in Prag übermitteln, worauf er aufgefordert wurde zu emigrieren. Am 20. Januar 1938 traf er in der CSR ein und arbeitete dort bis Oktober 1938 im

---

<sup>6</sup> *Mentona Moser*, Unter den Dächern von Morcote, Berlin 1985, S.218 ff., hier: S. 224.

<sup>7</sup> Kurz gehaltener Lebenslauf für Otto Franke, vom 06.10.46; Kurz gehaltener Lebenslauf für Otto Franke, (o.J., um 1948); Fragebogen zur Überprüfung der Mitglieder f. Otto Franke vom 30.1.51 (Abschrift). (Alles z.Zt. im Besitz von Arno Gräf.)

Büro der Union für Recht und Freiheit als Archivar und Statistiker. Nach dem Münchener Abkommen wurde die Lage für die geflüchteten deutschen Antifaschisten immer unsicherer. Intensiv bemühten sie sich gemeinsam mit den Flüchtlingsorganisationen, Aufenthaltsgenehmigungen für die gefährdeten Antifaschisten in anderen Exilländern zu erhalten. Franke hatte Glück und konnte am 4. März 1939 mit dem letzten Flüchtlingstransport vor der Okkupation Prags nach England fliehen. Im September 1946 kehrte er aus London, wo er sich unter anderem im Freien Deutschen Kulturbund und der Landesgruppe der Deutschen Gewerkschaften betätigt hatte, nach Deutschland zurück.

Franke war voller Erwartung und mit großem Elan nach Deutschland zurückgekehrt. Er hoffte, dass eine neue antifaschistische, demokratische und sozialistische Gesellschaft errichtet würde, eine Gesellschaft, in der jeder nach seinen Kräften zum Gemeinwohl beizutragen hatte, aber auch niemand ausgebeutet, sozial unterdrückt oder wegen seiner Rasse, Weltanschauung oder seiner Religion verfolgt würde. Am Aufbau dieser Gesellschaft wollte auch der nunmehr Neunundsechzigjährige, sich noch rüstigühlende Franke teilnehmen, der sein Leben lang für eine neue, bessere Gesellschaft gekämpft und gelitten hatte. Doch wurde er enttäuscht. Zwar war er nach seiner Rückkehr wieder in den Gemeinderat von Niederlehme und in den Kreistag für Beeskow-Storkow gewählt worden, doch eine ihm versprochene Tätigkeit im Sozialversicherungsamt Beeskow-Storkow<sup>8</sup> wurde ihm mit der Begründung, er sei zu alt und auch keine Fachkraft, abgelehnt. Seine Enttäuschung brachte er in einen Brief zum Geburtstag seines Freundes und Gefährten Wilhelm Pieck vom 29. Dezember 1946 zum Ausdruck. Er schrieb: „Zur Zeit bin ich immer noch ohne Arbeit, welches mich persönlich sehr, sehr unglücklich stimmt. Ich bin doch aus der Emigration zurückgekehrt, um meine letzten Lebensjahre dem Aufbau zu widmen und nicht als Arbeitsloser Brot zu essen, welches nicht gegeben ist durch meine Arbeit.“<sup>9</sup> Bei der damaligen Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation war es nicht

---

<sup>8</sup> Fragebogen zur Überprüfung der Mitglieder f. Otto Franke vom 30.1.51 (Abschrift). (Z.Zt. im Besitz von Arno Gräf).

<sup>9</sup> SAPMO-BArch, NY 4036 /43, Bl. 39

leicht, einen dem Alter, Gesundheitszustand und der Eignung entsprechenden Arbeitsplatz für Franke zu finden. So vergingen noch Monate, bis er am 1. November 1947 eine Arbeit als Bibliograph an der Parteihochschule „Karl Marx“ in Liebenwalde und später in Kleinmachnow aufnehmen konnte. Hier war er anfangs mit der Vorbereitung, dem Aufbau und der Betreuung einer Ausstellung zur Oktoberrevolution 1917 in Russland und der Novemberrevolution in Deutschland beschäftigt, auf die Hermann Weber in seinen Erinnerungen Bezug nimmt<sup>10</sup>. Im Mai 1948 übernahm er als Bibliothekar und Archivar in Kleinmachnow den Aufbau einer Bibliothek von gemäß Befehl Nr. 4 des Alliierten Kontrollrates sekretierter, vorwiegend faschistischer Literatur. Aus einem Brief, den Franke am 24. August 1948 an Liesel Güssefeld (geb. Jende), seiner freiwilligen Helferin von 1930 bis 1933, richtete, erfahren wir, dass diese Bibliothek für eine Größe bis zu 100 000 Bänden geplant war, sie über einen ungeordneten Bestand verfüge, den er mühsam auf dem Fußboden ordne, da er noch keine Regale habe<sup>11</sup>. Weiter ist bekannt, dass die Deutschen Werkstätten Hellerau am 31. Mai 1949 einen Kostenvoranschlag für die Einrichtung von fünf Kellerräumen mit Regalen an die Parteihochschule sandte<sup>12</sup>. Im Laufe der folgenden Jahre erhielt die neue Bibliothek umfangreiche weitere Bestände so 510 Bücher der NSDAP von der Parteihochschule, von der Bibliothek des Zentralsekretariats der SED den „Völkischen Beobachter“ und den „Angriff“ (insgesamt 94 Bände), 12 000 ausgesonderte Bände, die am 28. März 1949 von der Deutschen Bücherei Leipzig abgegeben wurden. Umfangreiches Material erhielt die Bibliothek vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte Berlin, vom Präsidium der Volkspolizei Berlin (12 Kisten mit etwa 1 500 Büchern und Broschüren), aus Schwerin von der „Landes-Zeitung“ (1 LKW , vorwiegend Zeitungen) und anderes mehr.<sup>13</sup> Später zeigte sich,

---

<sup>10</sup> Siehe dazu auch: *Hermann Weber*, Damals, als ich Wunderlich hieß, Berlin 2002, S. 253ff.

<sup>11</sup> Schreiben von Otto Franke an Frau Liesel Güssefeld vom 24.8.48, SAPMO-BArch, SgY 30/2049, Bl. 6

<sup>12</sup> Deutsche Werkstätten Hellerau. An die Parteihochschule „Karl Marx“, 31.5.1949; (Z.Zt. im Besitz von Arno Gräf).

<sup>13</sup> Der Präsident der Volkspolizei in Berlin an das SED-Zentralsekretariat - Bibliothek vom 28.4. 50. Betr.: Auszusondernde Literatur; Schreiben von Deutsches Institut für

dass diese Bestände nicht nur militärwissenschaftliche oder den Krieg verherrlichende Propagandaliteratur, nicht allein faschistisches Agitationsmaterial und pseudowissenschaftliche, den Nationalsozialismus fördernde theoretische Veröffentlichungen enthielten, sondern auch verschiedene Publikationen von KI- und anderen Verlagen. Als er seine Bibliothek im Juli 1952 an die des Marx-Engels-Lenin-Instituts übergab, umfasste sie fünf große Räume, die mit bis zu 2,60 m hohen Regalen bestückt waren, insgesamt wenigstens 20 000 Bücher, Broschüren, Zeitungen und Zeitschriften. Die Literatur war von Franke nach Sachgruppen geordnet worden. Einen Katalog des Bestandes gab es allerdings nicht. Ein Teil dieses Bestandes, so fast die gesamte Belletristik, wurde an die Deutsche Bücherei Leipzig zurück- und die Militaria an die NVA-Bibliothek bzw. an das Institut für Militärgeschichte abgegeben.

Zu vermerken bleibt, dass Otto Franke etwa eineinhalb Jahre nach der Übergabe der Bibliothek am 12. Dezember 1953 verstarb.

---

Barbara Kontny

## **Eduard Fuchs (1870 - 1940)**

„Fuchs ist als Sammler vor allem ein Pionier...“<sup>1</sup> Eduard Fuchs wurde am 31.01.1870 in Göppingen geboren. Durch eine kaufmännische Lehre in einer Druckerei kam er in Kontakt zur Arbeiterbewegung, trat 1886 in die damals verbotene Sozialistische Arbeiterpartei ein und war 1889 Gründungsmitglied des Vereins der Handlungsgehilfen in Stuttgart. Ab 1890 war er Redakteur in verschiedenen sozialdemokratischen Zeitungen, unter anderem beim „Süddeutschen Postillon“ und ab 1901 beim „Vorwärts“ in Berlin. Für den Vorwärts-Verlag gab er erfolgreich illustrierte Festzeitschriften heraus. Mehrfach war er Verhaftungen und anderen Verfolgungen durch die politische Polizei ausgesetzt. Als Gegner der sozialdemokratischen Burgfriedenspolitik brach er mit der SPD und war 1918 Gründungsmitglied des Spartakusbundes, in dessen Auftrag er Lenin einen Entwurf für das Gründungsprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands überbrachte. Er war Gründungsmitglied der KPD und engagierte sich in der Weimarer Republik in zahlreichen linken Organisationen (Gesellschaft der Freunde des Neuen Russland, Internationale Arbeiterhilfe und andere) und bei deren Aktionen.

Schon während seiner Zeit beim „Süddeutschen Postillon“ begann Fuchs damit, Karikaturen (vor allem von Honoré Daumier), alte Grafik und Keramik zu sammeln. Daraus resultierten Publikationen über politische und historische Aspekte der Karikatur sowie die mehrbändige „Illustrierte Sittengeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart“, die hohe Auflagen erreichte und ihm den Spitznamen „Sitten-Fuchs“ eintrug.

1928 überwarf sich Fuchs mit der KPD und unterstützte fortan die Kommunistische Partei Deutschlands Opposition.

---

<sup>1</sup> *Walter Benjamin*, Eduard Fuchs, der Sammler und der Historiker, in: Zeitschrift für Sozialforschung, 6 (1937), S. 346.

Über Eduard Fuchs kann man bei mehreren Autoren nachlesen.<sup>2</sup> In diesem Beitrag geht es um Fuchs als Sammler politischer und sozialwissenschaftlicher Literatur und einen kurzen Zeitabschnitt seines Lebens – die Jahre 1924 bis 1926.

Zu Fuchs' Sammlungen gehörte bereits eine Spezialbibliothek mit 6 000 bis 8 000 Bänden mit vielen Originalausgaben, kostbaren Stichen, Einbänden usw. Als er Anfang der 1920er Jahre an die Herausgabe einer umfangreichen Kulturgeschichte ging, stellte er fest: in seinen Materialbergen fehlte eine systematische Sammlung der politischen und sozialen Volksbewegungen in Deutschland und anderen Ländern speziell seit August 1914.

Im Juni 1924 wurde an der Universität in Frankfurt am Main das Institut für Sozialforschung eröffnet. Fuchs war als Mitglied der Gesellschaft für Sozialforschung an dessen Gründung beteiligt. Am 6. Juni 1924 schlug er der Gesellschaft vor, gemeinsam mit dem Frankfurter Institut in Berlin ein Sozialwissenschaftliches Archiv zu gründen<sup>3</sup> mit dem Zweck, eben diese Materialien sowohl für den Gebrauch in Frankfurt als auch für wissenschaftliche Benutzung in Berlin zusammen zu tragen. Frankfurt stimmte schnell zu<sup>4</sup>, stellte für die ersten Monate 5.000 Rentenmark zur Verfügung und versprach weitere Mittel<sup>5</sup>. Ende Juli 1924 berichtete Fuchs, er habe in der Kochstraße 73, Quergebäude fünf Räume gemietet und für die technische Leitung Dr. Frieda Schiff gewonnen.

---

<sup>2</sup> Siehe z.B. *Ulrich Weitz*, Salonkultur und Proletariat. Eduard Fuchs - Sammler, Sittengeschichtler, Sozialist, Stuttgart 1991; *Thomas Huonker*, Revolution, Moral & Kunst. Eduard Fuchs. Leben und Werk, Zürich 1985; *Hartmut Pätzke*, Eduard Fuchs (1870 – 940). Skizze zu Leben und Werk, in: *Marginalien* 105 (1987) 1, S. 9-46; Übersichten über Fuchs' Publikationen siehe z.B. *Weitz*, S. 484-497 oder *Pätzke*, S. 22-46.

<sup>3</sup> SAPMO-BArch, RY 22/VSUF/573, Bl. 1; vgl. auch: *Detlev Brunner*, Das Sozialwissenschaftliche Archiv in Berlin. Ein Beitrag zur Geschichte der „Sammlung Universität Frankfurt“, in: *IWK* (1992) 1, S. 62-76.

<sup>4</sup> SAPMO-BArch, N 2085/2, Bl. 81.

<sup>5</sup> SAPMO-BArch, RY 22/VSUF/573, Bl. 5.

---

Nach diesen ersten Schritten organisierte Fuchs eine systematische Materialsammlung, die Bearbeitung der Materialien und den Austausch mit dem Frankfurter Institut.

Bereits Ende Juni 1924 schrieb Fuchs an den ihm befreundeten Wilhelm Pieck: „Nachdem ich mit der Gesellschaft für Sozialforschung in Frankfurt wegen Gründung eines sozialwissenschaftlichen Archivs einig geworden bin, bin ich bereit, die mir von Ihnen vorgewiesenen Materialien... zum Preise von sofort fälligen Rentenmark 2500.- (Zweitausend fünfhundert) zu übernehmen“. Es handelte sich um einen Teil der KPD-Bibliothek. Und weiter: „Auch will ich gerne einen oder zwei Ihrer Angestellten, die infolge der Auflösung Ihrer diesbezüglichen Einrichtung arbeitslos würden, übernehmen.“<sup>6</sup> Des Weiteren vereinbarte er mit dem Sekretariat der KPD die Übergabe jeder Art von Drucksachen aus deren Verlagen, und ihm wurde eine für Ausstellungszwecke zusammengestellte Sammlung von Betriebszeitungen zugesagt.

Mit variierten Musterschreiben an Parteien, Organisationen, Firmen und Verlage erbat Fuchs deren Materialien. Er schrieb: „Denn wir benötigen für unsere Sammlung alle Bücher, Zeitungen, Zeitschriften, Rundschreiben, Bildnisse, Autographen, Flugblätter usw., die irgendwie zur Kenntnis der Zeitgeschichte und der in ihr wurzelnden sozialen Bewegungen aller Richtungen beitragen.“<sup>7</sup> Fuchs drängte Frieda Schiff, den Versand dieser Schreiben zu beschleunigen, denn „unsere Materialsammlung soll doch sozusagen systematisch verwertbar und fruchtbar werden“<sup>8</sup>. Es ist eine dreiseitige Liste von Organisationen überliefert, an die Rundschreiben geschickt wurden.<sup>9</sup> Diese Schreiben führten zu einer vorübergehenden Verstimmung zwischen Berlin und Frankfurt, wo Ähnliches praktiziert und auf den Vorrang zum Gratisbezug von Materialien gepocht wurde. Andererseits war man in Frankfurt froh über den Beitrag aus Berlin, weil manche gedruckten Materialien von KPD, Allgemeiner Arbeiter-Union (Einheitsorganisation) oder

---

<sup>6</sup> SAPMO-BArch, N 2085/10, Bl. 209.

<sup>7</sup> SAPMO-BArch, N 2085/2, Bl. 48.

<sup>8</sup> SAPMO-BArch, RY 22/VSUF/573, Bl. 18.

<sup>9</sup> Ebd., Bl. 98-100.



Kommunistischer Arbeiterpartei Deutschlands und anderen in Frankfurt nicht zu bekommen waren.<sup>10</sup>

Frieda Schiff erhielt außerdem von Fuchs den Auftrag, „ihr Hauptaugenmerk“ auf die Erlangung illegalen Materials zu richten<sup>11</sup>. Frankfurt hatte die Berechtigung des Instituts für Sozialforschung, „auch das sogenannte illegale Quellenmaterial zu erwerben, z.B. verbotene Zeitungen, Zeitschriften, Plakate usw., und ... dieses der Öffentlichkeit nicht zugängliche Material für die Wissenschaft sicherzustellen“<sup>12</sup>, auch auf das Berliner Archiv übertragen. Ein von Fuchs unterstützter Student erreichte durch persönliche Vorsprache den regelmäßigen Gratisbezug gedruckter Materialien „von sämtlichen deutschen Parteien und ausserdem zirka 15-20 andren Organisationen“<sup>13</sup>.

Zugleich mit dem Aufbau des Archivs befasste sich Fuchs mit der Bearbeitung der Materialien. Im Juli 1924 berichtete er nach Frankfurt, dass eine Bibliotheksordnung erarbeitet wurde, am 19. August übermittelte er eine Archivordnung<sup>14</sup>, er kündigte an, demnächst um die Beratung einer Bibliothekskraft aus Frankfurt zu bitten<sup>15</sup>, im Oktober bat er um einen Posten Zeitschriften-Leihzettel für den Lesesaal und um die „Anweisungen für die Einrichtung eines Schlagwort-Kataloges“ nebst Verzeichnis der in Frankfurt selbst eingeführten Schlagworte<sup>16</sup>.

Während all dieser Monate gingen neben Briefen umfangreiche Materialsendungen zwischen dem Berliner Archiv und dem Frankfurter Institut hin und her. Man vervollständigte zum Beispiel Zeitungs- oder Zeitschriftenjahrgänge gegenseitig aus Dublettenbeständen. Im September 1924 schickte Fuchs eine Liste von gedruckten Materialien, die in vier Paketen als Leihgabe oder als Geschenk von Berlin nach Frankfurt gegangen sind, darin 23 Broschüren von Sinowjew, Trotzki, Varga

---

<sup>10</sup> Ebd., Bl. 23.

<sup>11</sup> SAPMO-BArch, N 2085/8, Bl. 100.

<sup>12</sup> SAPMO-BArch, N 2085/2, Bl. 75.

<sup>13</sup> SAPMO-BArch, RY 22/VSUF/573, Bl. 71.

<sup>14</sup> Ebd., Bl. 28.

<sup>15</sup> Ebd., Bl. 11.

<sup>16</sup> Ebd., Bl. 48.

und weitere Schriften aus dem Verlag der Komintern und aus der Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten (VIVA), auch „ausserordentliche Seltenheiten“ wie das Protokoll vom Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte und „die Kollektion zur Geschichte des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“, die alles Drucksachen-Material enthielt, das von dieser Organisation bisher veröffentlicht wurde. In ähnlicher Weise wollte Fuchs Kollektionen von den verschiedensten Organisationen herstellen lassen.

Das Frankfurter Institut unterstützte Berlin finanziell, jedoch gingen die Geldmittel nicht regelmäßig ein. Fuchs selbst leistete dem Berliner Sozialwissenschaftlichen Archiv einen monatlichen Zuschuss.<sup>17</sup> Im Februar 1925 reagierte er ärgerlich: „Ihr habt bei all Euren Kalkulationen die grosse Sammlung, die ich Euch verschafft habe, gänzlich ausser Betracht gelassen.“ Er schätzte deren Wert auf mindestens das Doppelte der bisherigen Aufwendungen für das Archiv.<sup>18</sup> Im Laufe des Jahres 1925 war die Bibliothek in Berlin auf einen „katalogisierten Bücher- und Broschürenbestand von rund 10 000 Nummern“ angewachsen, dazu kamen einige Tausend noch nicht bibliotheksmäßig verarbeitete Nummern.<sup>19</sup> Bereits im Oktober 1924 verzeichnete eine Liste 101 Zeitschriften und 132 gewerkschaftliche Zeitungen.<sup>20</sup>

Am 9. Oktober 1925 schickte Frieda Schiff ein Telegramm nach Frankfurt: „seit heute vormittag ohne angabe des grundes polizeiliche durchsuchung des archivs stopp alle angestellten verhaftet...“<sup>21</sup>. Fuchs befand sich zur Kur in Karlsbad und erfuhr davon auf der Heimreise. Die Polizei gab als Grund für ihre Aktion an: „Vermutung, dass das sozialwissenschaftliche Archiv ein Geheim-Archiv der K.P.D. darstellt.“<sup>22</sup> In Frankfurt war man entsetzt, das Sozialwissenschaftliche Archiv in die Nähe der KPD gerückt zu sehen und empört über das KPD-Zentralorgan „Die Rote Fahne“, das am 10. und 11. Oktober in ausführlichen

---

<sup>17</sup> Ebd., Bl. 41.

<sup>18</sup> Ebd., Bl. 143.

<sup>19</sup> SAPMO-BArch, N 2085/2, Bl. 12.

<sup>20</sup> SAPMO-BArch, RY 22/VSUF/573, Bl. 55-63.

<sup>21</sup> Ebd., Bl. 237.

<sup>22</sup> SAPMO-BArch, N 2085/8, Bl. 1.

Berichten Partei für das Archiv nahm und über den Artikel von Wilhelm Pieck vom 11. Oktober „Die ‚Freiheit‘ der Wissenschaft“. Die Gesellschaft für Sozialforschung betrachtete sich offiziell als Beobachter des politischen Tageskampfes, nicht jedoch als dessen Teilnehmer. Die Polizei gab das Sozialwissenschaftliche Archiv am 14. Oktober 1925 zurück. Danach wurde es von der Gesellschaft für Sozialforschung aufgelöst. Das Personal blieb noch längere Zeit in Haft, am 17. November 1925 berichtete Fuchs, dass vier der Inhaftierten entlassen wurden, drei jedoch noch in Haft wären.<sup>23</sup> Das Verfahren gegen Fuchs und Genossen wurde im März 1926 eingestellt.

Im November 1925 wurden die Schritte zur Auflösung des Archivs in Berlin fixiert: Die Angestellten, die während der Dienstzeit mit der KPD verkehrt hatten, wurden zum 31. Dezember entlassen. Die Materialien wurden nach Frankfurt am Main expediert, wo die Sammlung von zeitgeschichtlichem Material fortgeführt wurde. Um einen Konflikt mit der KPD wegen des Erwerbs der Bibliothek zu vermeiden, schlug man eine gütliche Vereinbarung vor: Der KPD wurden unentgeltlich sämtliche Stücke aus der Bibliothek des Sozialwissenschaftlichen Archivs überlassen, die sich bereits in der Frankfurter Bibliothek befanden. Aus dem Archivmaterial, das im Frankfurter Institut in absehbarer Zeit doch nicht bearbeitet werden würde, konnte die KPD gegen Entgelt ausgewählte Stücke übernehmen. Die Materialien, die Fuchs für seine geplanten Arbeiten benötigte, blieben vorerst für ihn reserviert.

Fuchs' Tätigkeit wurde von Frankfurt gewürdigt: „Wir werden niemals vergessen, welche wertvollste Unterstützung Sie unserem Institut nicht nur durch die Archivarbeiten haben zuteil werden lassen, sondern auch dadurch, dass der Erwerb eines Teiles der wertvollsten Bestände unserer Institutsbibliothek Ihrem Sammeltalent zu verdanken ist, und dass Sie uns auch noch aus Ihrer Privatbibliothek unschätzbare Stücke überlassen haben.“<sup>24</sup>

---

<sup>23</sup> SAPMO-BArch, RY 22/VSUF/573, Bl. 274.

<sup>24</sup> SAPMO-BArch, N 2085/2, Bl 23.

Die Auflösung des Sozialwissenschaftlichen Archivs in Berlin zog sich bis Ende Juli 1926 hin. Die Sichtung der Bestände, der Transport und die Abgabe der Räumlichkeiten dauerten länger als gedacht. Die Vereinbarungen mit der KPD gelangen nicht reibungslos. Wilhelm Pieck wurden in der KPD heftige Vorwürfe gemacht, weil er den Verbleib der Bibliothek in Berlin nur mündlich vereinbart hatte. Fuchs selbst überließ im April 1926 Pieck für einen Betrag von 4.500 Mark Bestände, die er nicht für seine Spezialarbeiten benötigte.

Fuchs erkannte den erstarkenden Nationalsozialismus frühzeitig als Gefahr für die Weimarer Republik und trat engagiert gegen ihn auf. Nach dem Reichstagsbrand verließ Fuchs mit seiner Frau Deutschland. Seine Villa in Zehlendorf wurde von der SA versiegelt<sup>25</sup>, ein Teil der Sammlungen, die Fuchs für ein proletarisches Kunstmuseum in Berlin ausersehen hatte, wurde geplündert oder vernichtet, ehe die Kunstsammlung Fuchs im Oktober 1933 durch die Gestapo beschlagnahmt wurde. 1937 und 1938 wurden die Sammlungen versteigert.

Die Buchbestände im Frankfurter Institut wurden aufgeteilt: „Der inkriminierte Teil der Bücher [...] ging an die Preußische Staatsbibliothek [...] Berlin, die nicht anstößigen Bücher wurden auf Seminarbibliotheken der Universität verteilt. [...] Nach 1945 wurden die meisten der Bücher, die in die Seminarbibliotheken überführt worden waren, an das wiedererrichtete Institut zurückgegeben. Die anderen Bestände blieben verschollen; wahrscheinlich sind sie durch Kriegseinwirkungen verbrannt.“<sup>26</sup> Einzelne Teile des Archivs gelangten in das Zentrale Parteiarchiv der SED.<sup>27</sup>

Fuchs verbrachte die letzten Lebensjahre im Exil in Paris. Dort starb er am 26. Januar 1940.

---

<sup>25</sup> Weitz, S. 421.

<sup>26</sup> *Gunzelin Schmid Noerr*, Frankfurter Geschichten 1933. Das Institut für Sozialforschung und die Volksbüchereien als Horte „jüdisch-marxistischer Zersetzung“, in: *Buchhandelsgeschichte*, (1995) 1, S. B23.

<sup>27</sup> Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv. Führer zu Archiv- und Bibliotheksbeständen, Berlin 2006, S. 242.

Kurt Metschies

## Heinz Gittig (1923 – 2002)

Als Sohn eines Sattlermeisters wurde Heinz Gittig<sup>1</sup> am 14. Juli 1923 in Lüben/ Niederschlesien (heute Lubin, Republik Polen) geboren. Nach dem Abschluss einer Verwaltungslehre wurde er 1941 zur Wehrmacht eingezogen und erlebte persönlich die Schrecken des Zweiten Weltkrieges. Erst nach der Rückkehr aus der britischen Kriegsgefangenschaft konnte sich Gittig seinen Wunsch, zu studieren, erfüllen. Im Oktober 1947 begann er sein Studium an der Vorstudienanstalt der Leipziger Universität, das er im August 1948 mit dem Abitur abschloss. Von 1948 bis 1952 studierte Gittig an der Philosophischen Fakultät dieser Universität Geschichte und legte sein Staatsexamen als Diplom-Historiker ab. Am 1. September 1954 nahm er nach Absolvierung des 3. Referendarlehrgangs für Bibliothekswissenschaft an der damaligen Öffentlichen Wissenschaftlichen Bibliothek Berlin (später: Deutsche Staatsbibliothek, Berlin) seine berufliche Tätigkeit auf. Nahezu 35 Jahre – von 1954 bis 1988 – war Gittig an der Deutschen Staatsbibliothek Berlin in verschiedenen Aufgabenbereichen und Funktionen, zuletzt als Leiter der Benutzungsabteilung und Stellvertreter des Generaldirektors tätig.

Besondere Verdienste erwarb er sich auf dem Gebiet der Bibliographie. Hier galt seine Aufmerksamkeit vor allem der Geschichte des 20. Jahrhunderts. So legte Gittig in den Jahren 1954 bis 1957 zahlreiche Perso-

---

<sup>1</sup> Weitere Literatur über Heinz Gittig: *Alexandra Habermann/ Peter Kittel*: Lexikon der wissenschaftlichen Bibliothekare. Die wissenschaftlichen Bibliothekare der BRD (1981-2002) und der DDR (1948-1990), in *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, Sonderh. 86. Frankfurt/Main 2004, S. 54-55; *Friedhilde Krause*, Oberbibliotheksrat Dr. Heinz Gittig zum 65. Geburtstag, in: *Zentralblatt für Bibliothekswesen*, 102 (1988) 6, S. 280-282; *Daniela Lülffing* unter Mitwirkung von *Renate Gollmitz*, Dr. Heinz Gittig 14. Juli 1923 – 2. November 2002 (Nachruf), in: *Mitteilungen der Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz*, N.F. 11 (2002) 2, S. 449-451; *Carsten Wurm*, Zum Tod von Heinz Gittig, in: *Marginalien. Zeitschrift für Buchkunst und Bibliophilie*, H. 168=(2002) 4, S. 113-114.

nalbibliographien zu Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung vor, u.a. zu Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg<sup>2</sup>, Clara Zetkin<sup>3</sup> und Ernst Thälmann<sup>4</sup>. 1957 folgte eine zusammen mit Richard Schötzau erarbeitete Auswahlbibliographie zur Oktoberrevolution in Russland.<sup>5</sup> Unabhängig von der vor 1989 dominanten Geschichtsauffassung zeichnen sich auch heute die vorgenannten Bibliographien durch einen soliden Informationswert für den Nutzer aus. 1959 erschien im Selbstverlag der Deutschen Staatsbibliothek die „Bibliographie zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes“.<sup>6</sup> Die von Gittig erarbeitete Bibliographie umfasste etwa 2 100 Titel von Veröffentlichungen aus beiden deutschen Staaten und dem Ausland. Er verzichtete auf die damals übliche politisch orientierte Wertung der Titel und sah die Bibliographie als Grundstock eines bei der Deutschen Staatsbibliothek Berlin geführten „Zentralkatalogs von Publikationen zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes“ an.

Am 1. Juli 1970 wurde Gittig an der Humboldt-Universität Berlin zum Dr. phil. promoviert. Seine u.a. von Prof. Dr. Horst Kunze, Generaldirektor der Deutschen Staatsbibliothek Berlin betreute Dissertation „Illegale antifaschistische Tarnschriften 1933-1945“ widmete sich einem in der Bibliotheks- und der Geschichtswissenschaft beider deutschen Staaten bis zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht behandelten Teilgebiet der illegalen antifaschistischen Literatur. Es war und ist Gittigs Verdienst, dass er mit seiner Dissertation, die 1972 in überarbeiteter und erweiterter Fassung als 87. Beiheft zum „Zentralblatt für Bibliothekswesen“ im Verlag Bibliographisches Institut Leipzig unter dem

---

<sup>2</sup> *Heinz Gittig*, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg: ein Auswahlverzeichnis der Schriften von und über Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Berlin 1956.

<sup>3</sup> *Ders.*, Clara Zetkin. Eine Auswahlbibliographie der Schriften von und über Clara Zetkin, Berlin 1957.

<sup>4</sup> *Ders.*, Ernst Thälmann. Auswahlverzeichnis von Schriften über Ernst Thälmann, Berlin 1954. 2. Aufl. 1956.

<sup>5</sup> *Ders./Richard Schötzau*, Die Große Sozialistische Oktoberrevolution. Auswahlbibliographie, Berlin 1957.

<sup>6</sup> *Ders.* (Bearb.), Bibliographie zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes. Unter Mitarb. v. Franz Karma [u.a.], Berlin 1959.

gleichen Titel erschien<sup>7</sup>, im besten Sinne bibliographische Pionierarbeit leistete.

Im ersten Teil seiner Publikation widmete er sich den inhaltlichen und formalen Kriterien der modernen Sonderentwicklung der „Verkleideten Literatur“ und reihte die „Tarnschrift“ in die Reihe der literarischen Dokumente ein, die der Täuschung der repressiven Organe der NS-Diktatur dienten. Zu den inhaltlichen Zielstellungen der antifaschistischen Tarnschriften rechnete er u.a. die politische, taktische und organisatorische Anleitung der Widerstandsbewegung, die Wahrung des humanistischen Erbes und die Verbreitung der Wahrheit über den verbrecherischen Charakter des NS-Regimes. Tarnschriften wurden während der NS-Diktatur in Deutschland und den von deutschen Truppen okkupierten Gebieten Europas als Druckerzeugnisse verbreitet, die unter einem harmlosen und unverdächtigen Umschlagtitel, zum Teil mit fingiertem Impressum (Verlag, Drucker, Verlags- bzw. Druckort und -jahr) als Absicherung gegen polizeilichen Zugriff und zum Schutz der Verbreiter und Leser antifaschistischer, demokratischer und gegen den Krieg gerichteter Texte erschienen. Gittig skizzierte auf der Basis intensiver Archiv- und Bibliotheksstudien zugleich auch Aspekte der Herstellung, des Transports und der regionalen Verbreitung von Tarnschriften in den Jahren 1933 bis 1945. Außerdem konnte er zur Klärung verschiedener inhaltlicher Fragen und zur Verteilung der Materialien wichtige Aussagen von Zeitzeugen, so u.a. von Hilde Eisler (1912 – 2000), Mitautorin von antifaschistischen Tarnschriften, und Hans Holm (1895 – 1981), Herausgeber illegaler Schriften und Leiter eines Grenztransportapparats, heranziehen.

Der zweite Teil der Publikation enthielt die Bibliographie und den Standortnachweis von 590 Tarnschriften, deren Titel in 14 Bibliotheken, Archiven, Museen u.a. Instituten der beiden deutschen Staaten und des Auslands ermittelt worden waren. Für jede Position erfolgten die einschlägigen bibliographischen Angaben (Autor des

---

<sup>7</sup> *Ders.*, *Illegale antifaschistische Tarnschriften 1933-1945*, Leipzig 1972. Lizenzausgabe Frankfurt/Main 1972; *Ders.*, *Bibliographie der Tarnschriften 1933 bis 1945*, München etc. 1996.

---

Tarntitels, Tarntitel, Verlagsort und Verlagsname zum Tarntitel, Erscheinungsjahr, Seitenzahl, Format der Tarnschrift, Verfasser der getarnten Schrift, Standortnachweis). Angesichts der Tatsache, dass infolge des Verbots durch die NS-Behörden derartige Tarnschriften weder in der Deutschen Nationalbibliographie noch in den Berliner Titeldrucken oder in anderen Bibliographien angezeigt wurden, hatte Gittig immense Arbeit zu leisten, da er alle Schriften in Autopsie bearbeitete.

Mit der Publikation über die antifaschistischen Tarnschriften 1933-1945 in Deutschland setzte Gittig einer dem Vergessen anheimfallenden Literaturkategorie ein sichtbares Denkmal. Im Gegensatz zu den bereits in den 1950er und 1960er Jahren erschienenen Bibliographien illegaler Propagandamaterialien zum Kampf gegen die deutsche Okkupation in Polen, den Niederlanden, Frankreich, Belgien und Dänemark gab es bis zum Erscheinen der Bibliographie von Gittig bis in die 1970er Jahre eine derartige spezielle Bibliographie in beiden deutschen Staaten nicht. In der wissenschaftlichen Fachwelt fand die Publikation daher große Aufmerksamkeit und in Folge erschien 1972 eine Lizenzausgabe in der Bundesrepublik Deutschland im Röderberg-Verlag Frankfurt/Main. Zugleich gab die Publikation bei den Bibliothekaren, Archivaren und nicht zuletzt bei den Historikern in beiden deutschen Staaten Anstoß zu einer intensiveren Beschäftigung mit den verschiedensten Formen dieser literarischen Dokumente des deutschen antifaschistischen Widerstands. Sichtbares Ergebnis dieser verstärkten Anstrengungen sind die zahlreichen Titel von Publikationen zu diesem Thema in der Auswahlbibliographie der nahezu 25 Jahre später 1996 erschienenen überarbeiteten und wesentlich erweiterten Publikation von Gittig im KG Saur-Verlag München. Auf Grund der veränderten Rahmenbedingungen, der verbesserten wissenschaftlichen Aufbereitung der Quellengruppe in Bibliotheken, Archiven und anderen Einrichtungen war es Gittig möglich, insgesamt 1 024 Titel von Tarnschriften des antifaschistischen Widerstandes aus der Zeit von 1933 bis 1945 mit 2 857 Standortnachweisen in 29 Archiven, Bibliotheken, Einrichtungen des In- und Auslands zu erfassen und inhaltlich zu erschließen.



Auch im Bereich der Bibliophilie beschritt Gittig Neuland. Als langjähriges Mitglied der Pirckheimer-Gesellschaft und der Historischen Kommission des Börsenvereins Deutscher Buchhändler widmete er sich den progressiven Entwicklungslinien der Verlagsgeschichte. So legte er bereits in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts zwei umfangreiche Bibliographien zur Verlagsproduktion des Malik-Verlag Berlin und dessen Begründer Wieland Herzfelde vor<sup>8</sup>, auf die spätere Autoren fast 25 Jahre danach aufbauen konnten<sup>9</sup>.

Heinz Gittig war „ein mustergültiger Bibliothekar und ein vergnügter Mensch, der bis zum Schluß aus dem Leben Freuden herauszuschlagen wußte“.<sup>10</sup> Er starb im November 2002. Mit seinem bibliographischen Wirken war er stets ein Impulsgeber im weitesten Sinne. Die Bibliographie seiner eigenen Veröffentlichungen umfasst über 200 Eintragungen. Als Bibliothekar, Bibliograph und last but not least auch als Buchhistoriker wurde Gittig über seine langjährige Wirkungsstätte, die heutige Staatsbibliothek Berlin, Preußischer Kulturbesitz, einer breiten Öffentlichkeit bekannt.

---

<sup>8</sup> *Ders.*, Die Publikationen des Malik-Verlages. Eine Bibliographie, in: *Marginalien. Blätter der Pirckheimer-Gesellschaft*, (1964) 15, S. 32-52; *Ders.*, Bibliographie des Malik-Verlages einschließlich der im Exil erschienenen Publikationen, in: *Der Malik-Verlag 1916-1947. Ausstellung Dezember 1966 – Januar 1967*. Deutsche Akademie der Künste zu Berlin, Berlin etc. 1966, S. 73-136.

<sup>9</sup> *Frank Hermann*, *Der Malik-Verlag 1916-1947. Eine Bibliographie*, Kiel 1989.

<sup>10</sup> Carsten Wurm an Kurt Metschies, Brief vom 14.12.2008.

---

Heinz Sommer

## **Lothar Groll (1929 – 1984)**

Lothar Groll gehörte zu den herausragenden Bibliothekaren, die an der Entwicklung der Bibliothek des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED zur größten sozialwissenschaftlichen Spezialbibliothek der DDR maßgeblich beteiligt waren. Er wurde am 17. August 1929 als Sohn einer Arbeiterfamilie in Erfurt geboren. Dort besuchte er die Grund- und Oberschule. Nach dem Abitur begann 1949 sein bibliothekarischer Werdegang mit einem Praktikum an der Stadtbibliothek Erfurt, an das sich das Studium an der Fachschule im Zentralinstitut für Bibliothekswesen anschloss, wo er 1951 sein Examen ablegte. Seine wissenschaftliche Ausbildung vervollständigte er in den Jahren 1955 bis 1963 durch ein Fernstudium an der Humboldt-Universität Berlin, das er als Diplomhistoriker abschloss. Bereits seit 1949 war Lothar Groll in der Freien Deutschen Jugend aktiv. 1954 wurde er Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Am 1. Oktober 1951 trat Lothar Groll in die Bibliothek des damaligen Marx-Engels-Lenin-Instituts beim Parteivorstand der SED, dem späteren Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, ein. Der junge, vielseitig begabte Bibliothekar, der durchaus auch Freundschaft und Geselligkeit schätzte, zeichnete sich hier durch ein enormes Arbeitspensum, ein glänzendes Organisationstalent und seine hohe Verantwortungsbereitschaft aus. Schon bald entwickelte er sich zu einem ausgezeichneten Fachmann auf dem Gebiet des Bestandsaufbaus und der Bestandserschließung. Die Leitung der Abteilung übertrug ihm 1963 die Führung eines Sektors und berief ihn 1973 zum Stellvertretenden Abteilungsleiter. Lothar Grolls besonderes Anliegen war es, Fachwissen und Erkenntnisse seiner Arbeit an Kollegen zunächst in internen Lehrgängen, später aber auch im Rahmen des Bibliothekswesens der DDR weiterzugeben. So unterrichtete er vielfach in Lehrgängen zur alphabetischen Katalogisierung und engagierte sich bei der Einführung modernisierter Titelaufnahmeregeln.

Wie Jürgen Stroech in seinem Nachruf<sup>1</sup> zusammenfasste, war er mehrere Jahre Mitglied der Kommission für Katalogfragen beim Staatssekretariat für Hochschulwesen sowie der Kommission für Planung und Statistik beim Bibliotheksverband der DDR. Viele Jahre leitete er den Arbeitskreis Gesellschaftswissenschaftliche Bibliotheken Berlins. Fast zehn Jahre gehörte er der Leitung der Bezirksgruppe Berlin des Bibliotheksverbandes an. Das Ministerium für Kultur der DDR würdigte seine Verdienste 1975 mit der Ernennung zum Bibliotheksrat.<sup>2</sup> Lothar Groll bemühte sich besonders darum, die Kooperation zwischen den Bibliotheken zu entwickeln und damit zu einer effizienteren Nutzung der Bestände und der finanziellen Mittel zu gelangen. So engagierte er sich für die Information über Neuerwerbungen zwischen den Bibliotheken und Erarbeitung von Tauschlisten. Erste Erfahrungen in der Bibliotheksarbeit am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED flossen auch in die Beiträge Lothar Grolls für den Sammelband zum zehnjährigen Bestehen der Bibliothek ein.<sup>3</sup>

Zielstrebig verfolgte Lothar Groll seine wissenschaftliche Entwicklung. Von seinen Veröffentlichungen seien hier nur die Herausgabe des Briefbandes Fiets Schulzes<sup>4</sup> und ein Beitrag über einen Marx-Brief<sup>5</sup> genannt. Sein wissenschaftliches Spezialgebiet fand er in den Betriebs- und Häuserblockzeitungen der KPD. Diese Kleinzeitungen ermöglichen wie kaum eine andere Literatur Einblicke in die Arbeit der Kommunisten im Wohngebiet und in den Betrieben. Sie erschienen meist nur in sehr kleinen Auflagen und wurden auf billigem Papier mit primitiver Technik gedruckt. Kaum ein Archiv oder eine Bibliothek bewahrte diese Zeitungen auf, so dass nur geringe Bestände dieser Parteiliteratur Krieg und Faschismus überdauerten. Mit Unterstützung des Instituts

---

<sup>1</sup> *Jürgen Stroech*, Zum Tode von Lothar Groll, in: Zentralblatt für Bibliothekswesen, 98 (1984) 9, S. 128-129.

<sup>2</sup> SAPMO-BArch, DY 30/4407.

<sup>3</sup> Die Bibliothek des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Ein Sammelband, Berlin 1969.

<sup>4</sup> *Lothar Groll* (Hrsg.), Fiets Schulze. Briefe und Aufzeichnungen aus dem Gestapo-Gefängnis in Hamburg, Berlin 1959.

<sup>5</sup> *Ders.*, Zu einem Brief von Karl Marx, in: Beiträge zur Geschichtswissenschaft, (1959) 3.

---

für Marxismus-Leninismus und seiner Bibliothek gelang es Lothar Groll mit Ausdauer und Spürsinn dennoch, einen beträchtlichen Bestand an Betriebs- und Häuserblockzeitungen in einer Sondersammlung zusammenzutragen und der wissenschaftlichen Nutzung zur Verfügung zu stellen. Als besonders kompliziert erwies sich auch die Verzeichnung dieser Literatur. Lothar Groll betrat hier bibliographisches Neuland. Sein früher Tod am 17. Mai 1984 verhinderte jedoch die Fertigstellung der Bibliographie, deren erster Teil über die Großberliner Betriebs- und Branchenzeitungen der KPD erst einige Jahre später herausgegeben werden konnte.<sup>6</sup> In den Sammlungen der Bibliothek des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, die heute Bestand der Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv sind, besteht sein Lebenswerk fort.

---

<sup>6</sup> *Helga Drescher/Lothar Groll/ Edeltraud Wolf*, *Kommunistische Betriebs- und Branchenzeitungen in Groß-Berlin 1923-1933*, Berlin 1987.

Christoph Stamm

## **Carl Grünberg (1861 – 1940)**

Carl Grünberg wurde am 10. Februar 1861 in Foscani in Rumänien als Sohn österreichischer Eltern jüdischen Glaubens geboren. Der Vater starb, als Grünberg vier Jahre alt war. Über den Beruf des Vaters und die sozialen Verhältnisse der Familie sind in der verfügbaren Literatur keine genaueren Angaben zu finden.<sup>1</sup> Nach der Elementarschule in seinem Geburtsort besuchte Grünberg das Gymnasium in Czernowitz in der damals österreichischen Bukowina, wo er 1881 die Matura erlangte.

Ab Oktober desselben Jahres studierte Grünberg in Wien. Seinen Lebensunterhalt als Student musste er selbst verdienen. Seine wichtigsten akademischen Lehrer in Wien waren der Staatsrechtler und Nationalökonom Lorenz von Stein und Anton Menger, der einen Lehrstuhl für österreichisches Zivilprozessrecht innehatte, darüber hinaus aber umfassend sozialpolitisch und nationalökonomisch interessiert war und als „Kathedersozialist“ galt. Stein und Menger war bei allen Unterschieden gemeinsam die Verknüpfung von Rechts- und Sozialwissenschaft, und wenn Grünberg auch die juristische Starrheit in der Begriffsbildung seiner Lehrer ablehnte, so behielt er Zeit seines Lebens eine Sensibilität für juristische Argumentationsstrukturen bei.

1886 schloss Grünberg mit der Promotion zum Dr. jur. sein Studium ab. Bis 1900 verfolgte er dann zwei Laufbahnen nebeneinander: Im praktisch-juristischen Bereich bestand er nach Gerichtsjahr und Konzipientenjahren 1890 die Advokaturprüfung, betrieb 1893 – 1897 eine

---

<sup>1</sup> Dies gilt auch für die ansonsten ausführliche biographische Darstellung von *Günther Nennung*, Biographie C. Grünberg, in: Indexband zum Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, Graz – Zürich 1983, S. 3-224. Vgl. auch: Deutsche Biographische Enzyklopädie, hrsg. v. Walther Killy u. Rudolf Vierhaus, Bd. 4 Gies – Hessel, München [u.a.] 1996, S. 211; Österreichisches biographisches Lexikon 1815 – 1950, hrsg. von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 6. Lfg. Glaessner – Grzybowski, Graz [u.a.] 1957, S. 88.

Praxis als Hof- und Gerichtsadvokat und wechselte dann wegen des zwar nicht hohen, aber sicheren Einkommens für die Jahre 1897 – 1900 in die Position eines beamteten „k. k. Gerichtssekretärs“. Seit der Matura absolvierte Grünberg alle akademischen und staatlichen Prüfungen mit ausgezeichneten Noten. In der theoretisch-akademischen Laufbahn empfand Grünberg seine Ausbildung trotz der formalen Zeugnisse offenbar noch nicht als abgeschlossen, denn 1890 – 1893 besuchte er in Straßburg das Seminar bei seinem dritten wichtigen akademische Lehrer, dem (nichtsozialistischen) Nationalökonom und Agrarhistoriker Georg Friedrich Knapp.<sup>2</sup> Von ihm wurde Grünberg in Richtung der „historischen Schule“ beeinflusst. 1894 habilitierte sich Grünberg mit einer Arbeit über „Die Bauernbefreiung und die Auflösung des gutherrlich-bäuerlichen Verhältnisses in Böhmen, Mähren und Schlesien“, begann als Privatdozent zu lehren und veröffentlichte neben seiner Anwaltstätigkeit verschiedene wissenschaftliche Schriften. 1892 hatte er sich katholisch taufen lassen, vermutlich um seine Karrieremöglichkeiten als Anwalt und Universitätsdozent zu erhöhen.

Als sich 1899 die Möglichkeit bot, als Extraordinarius für politische Ökonomie an der Universität Wien in den bezahlten akademischen Lehrberuf zu wechseln, gab Grünberg die praktische Juristentätigkeit für immer auf. Für die Berufung Grünbergs setzte sich besonders der „Kathedersozialist“ Eugen von Philippovich ein, der in seiner Befürwortung darauf hinwies, dass Grünberg kein junger Mann mehr sei, aber mehr und Besseres geleistet habe als mancher Ordinarius.

In Grünbergs Veröffentlichungen spiegelt sich sein fortdauernde Interesse an agrarhistorischen Fragestellungen wider, denen er umfangreiche Werke widmete. Zahlenmäßig überwiegen Publikationen mit sozialistischer und sozialpolitischer Thematik – ein Trend, der sich im Laufe seines Lebens noch verstärkte. Grünberg entwickelte sich im Unterschied zu seinen Lehrern politisch und wissenschaftlich nach und nach zum Marxisten. Als ein Meilenstein in dieser Entwicklung Grünbergs muss sein 50-seitiger Aufsatz „Sozialismus und Kommunismus“

---

<sup>2</sup> Ob dies in Form eines Vollzeitstudiums geschah, ist nicht klar; vermutlich war Grünberg jeweils nur zeitweise in Straßburg. Vgl. *Nenning*, S. 189.

von 1907 gelten, der in der zweiten Auflage des von Ludwig Elster herausgegebenen „Wörterbuchs der Volkswirtschaft“ erschien. Darin äußerte Grünberg die Vermutung, dass sich zwar die „Hauptlehren“ des Marxismus wie Konzentrationstheorie, Verelendungs-, Krisen- und Zusammenbruchstheorie wissenschaftlich nicht halten lassen, dass aber der Marxismus dank seiner materialistischen Geschichtsauffassung mit ihrem steten Hinweis auf die wechselseitigen Kausalzusammenhänge von materiell-ökonomischer Basis einerseits und staatlichem, juristischem und ideologischem Überbau andererseits ein fruchtbares heuristisches Prinzip sei.

Neben der publizistischen Arbeit und der akademischen Lehrtätigkeit zeigte Grünberg auch Gespür und Einsatz für die Erhaltung der technisch-praktischen Grundlagen seines Arbeitsfeldes: Anton Menger vermachte seine damals europaweit berühmte Privatbibliothek mit teilweise sehr seltenen Werken aus Nationalökonomie, Rechts- und Sozialgeschichte der Universität Wien. Nach Mengers Tod 1906 sorgte Grünberg für die ordnungsgemäße Übernahme und verwaltete die Bibliothek von 1919 bis zu seinem Weggang aus Wien 1924.

Die Förderer Grünbergs mussten wegen dessen politischer Einstellung heftige Widerstände überwinden, bis ihm 1909 wenigstens der Titel eines Ordinarius verliehen wurde. Noch einmal drei Jahre dauerte es, bis Grünberg 1912, im Alter von 51 Jahren, an der Universität Wien auch tatsächlich einen Lehrstuhl erlangte, und zwar für Neuere Wirtschaftsgeschichte, nicht jedoch für politische Ökonomie. 1919 schließlich, als das Unterrichtsressort nach Ende der Monarchie unter sozialdemokratischer Leitung stand, wurde Grünberg auch das Fach Volkswirtschaftspolitik zugewiesen. Er wurde zum Direktor des Staatswissenschaftlichen Instituts ernannt. Neben der Publikationstätigkeit vernachlässigte Grünberg seine akademische Lehrtätigkeit nicht, was andererseits dazu führte, dass er sich immer von Vorlesungs- und Prüfungsterminen gehetzt fühlte.

Grünbergs wissenschafts- bzw. geistesgeschichtlich wirksamste Zeit fiel allerdings in die Zeit vor Erlangung des Ordinariats, in der er bedeutenden Einfluss auf die Herausbildung des Austromarxismus nahm.

Zu seinen Schülern zählten Max Adler, Karl Renner, Rudolf Hilferding, Friedrich Adler und Otto Bauer. Anders als die marxistische „Orthodoxie“ in der deutschen Sozialdemokratie nahmen die Austromarxisten die Veränderungen in der kapitalistischen Gesellschaft und die Neuerungen der Wissenschaftsentwicklung ernst, ohne jedoch wie die Revisionisten daraus die Folgerung zu ziehen, die marxistische Lehre selbst für überholt zu erklären. Sie verbanden die marxistische Lehre mit der praktischen Anwendung auf aktuelle soziale Probleme.

Grünbergs Auffassung eines „offenen“ Marxismus und Sozialismus schlug sich auch in seiner wohl bedeutendsten Herausgeberleistung nieder, dem „Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung“. Diese erstmals 1910 im Verlag C. L. Hirschfeld in Leipzig erschienene Zeitschrift widmete sich nicht der Theorie der Arbeiterbewegung, wie es die anderen Organe aus dem damaligen sozialistischen Umfeld taten, sondern ihrer konkreten, dokumentierten Geschichte. Die Zeitschrift stand nicht nur Autoren aller Richtungen des Sozialismus – auch aus dem nichtakademischen Bereich – offen, sondern beispielsweise auch Konservativen und religiösen Sozialreformern. Die Spannweite war international. Die Verbindung der Zeitschrift mit ihrem Gründer und Herausgeber war in der Sicht der Fachwelt so eng, dass diese in der Kurzform allgemein nur von „Grünbergs Archiv“ sprach.

Wie Grünberg seine Zeitschrift für Autoren aus dem außeruniversitären Bereich öffnete, so lehrte er selbst auch außerhalb der Universität. In Zusammenarbeit vor allem mit Ludo Moritz Hartmann war die Arbeiterbildung sein Anliegen, und neben seinem Engagement für die Wiener Volkshochschulen entsprang der „Sozialwissenschaftliche Bildungsverein“ seiner Initiative, in dessen Rahmen Grünberg in Universitätsräumen Vorlesungen für jedermann hielt.

Hatte Grünberg schon unter der Monarchie ein breites Wirkungsspektrum gehabt, so vergrößerten sich nach dem Ende der Monarchie seine Möglichkeiten noch weiter, ebenso aber auch die Belastungen und Ansprüche von außen. 1922 beklagte er gegenüber Karl Kautsky ein „Übermaß an amtlichen und außeramtlichen Verpflichtungen“, wie er



es überhaupt noch nicht erlebt habe.<sup>3</sup> Für den nun über 60-Jährigen bot sich 1924 ein verlockender Ausweg: Das neu gegründete „Institut für Sozialforschung“ in Frankfurt am Main<sup>4</sup> berief ihn zu seinem Direktor, dessen Position mit einem Lehrstuhl für wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Frankfurter Universität verknüpft war. Schon 1919 hatte Grünberg vorgeschlagen, in Wien ein „soziales Museum“ als Studien- und Forschungsinstitut einzurichten, mit dem auch die Anton-Menger-Bibliothek sowie die Spezialbibliotheken von Grünberg selbst und von Theodor Mauthner verbunden werden sollten. In Frankfurt nun konnte er ein solches Institut zur Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung nach seinen eigenen Vorstellungen aufbauen. In seiner Antrittsrede am 22. Juni 1924 in Frankfurt, nach dem verheerenden Weltkrieg, dem Zusammenbruch der Kaiserreiche, angesichts Hyperinflation und im Bewusstsein der Rückendeckung durch den Institutsstifter Felix Weil, bekannte sich Grünberg offen als Anhänger des Marxismus und der marxistischen Forschungsmethode.

Die von Grünberg selbst gehegten großen Erwartungen an eine nun weniger von äußeren Verpflichtungen behinderte wissenschaftliche Arbeit erfüllten sich nicht. Auch in Frankfurt gab es zahllose zusätzliche Tätigkeiten, was schon allein durch die Notwendigkeiten des Institutsaufbaus gegeben war. Zudem war Grünbergs Gesundheit bereits erschüttert und seine alte Leistungskraft nicht mehr vorhanden. Sein „Archiv“ gab Grünberg nun von Frankfurt aus heraus. Für die Nachwelt bedeutsam blieb seine wissenschaftliche Organisations- und Sammlungstätigkeit. Nachdem Grünberg in der Inflationszeit 1920 seine eigene Bibliothek gegen harte Währung an das Moskauer Marx-Engels-Institut verkauft hatte – was ihm die Kritik Otto Bauers eintrug –, gelang es ihm, in Frankfurt in kurzer Zeit eine Spezialbibliothek mit etwa 50 000 Bänden zusammenzubringen. Hinzu kam reichhaltiges Archivmaterial. Als wichtiger noch kann die Zusammenarbeit von Grünbergs Institut mit dem Moskauer Marx-Engels-Institut und seinem

---

<sup>3</sup> Grünberg an Kautsky, 12.8.1922, zit. nach *Nenning*, S. 178.

<sup>4</sup> *Ludwig von Friedeburg*, Geschichte des Instituts für Sozialforschung, in: Internet, <http://www.ifs.uni-frankfurt.de/institut/geschichte.htm> (15.10.2008).

Leiter Dawid B. Rjasanow bei der Edition der „Marx-Engels-Gesamtausgabe“ (MEGA) in den Jahren 1924 – 1928 gelten.<sup>5</sup> Mit seinem Schüler Rjasanow verband Grünberg seit dessen Exil 1909 – 1915 in Wien auch eine persönliche Freundschaft. 1924 wurde die Herausgabe einer gemeinsamen Schriftenreihe vereinbart sowie Hilfestellung bei der Errichtung eines deutschen Verlages für die Herausgabe der MEGA geleistet. Das Frankfurter Institut für Sozialgeschichte wirkte mit bei der Erarbeitung der Leitlinien der Edition und vermittelte die Kooperationsbereitschaft des SPD-Parteivorstands. In Frankfurt wurden die notwendigen Archivalien aus dem Marx-Engels-Bestand des SPD-Parteiarchivs bis zum Bruch zwischen Marx-Engels-Institut und SPD fotografiert und allgemein die Erschließung von Marx-Engels-Materialien vorangetrieben. Der erste Halbband der MEGA erschien 1927.

Alle Aktivitäten Grünbergs jedoch kamen mehr oder weniger zum Erliegen, als ihn am 20. Januar 1928 ein schwerer Schlaganfall traf. Die Institutsleitung konnte er nicht mehr ausüben. Sie wurde administrativ von Friedrich Pollock und wissenschaftlich von Max Horkheimer wahrgenommen, bis 1931 Horkheimer offiziell Grünbergs Nachfolger als Direktor des Instituts für Sozialforschung und Inhaber des Lehrstuhls wurde. Im selben Jahr stellte Grünberg schweren Herzens auch die Arbeit an seinem „Archiv“ endgültig ein, das von 1928 bis 1930 unter seiner Anleitung von Pollock herausgegeben worden war. 1932 erschien zu Grünbergs 70. Geburtstag im Verlag C. L. Hirschfeld in Leipzig noch eine 560-seitige Festschrift mit Beiträgen von Max Adler, Max Beer, Max Horkheimer, Robert Michels, Franz Oppenheimer, Friedrich Pollock und Karl August Wittfogel und anderen.<sup>6</sup> Der oder die Herausgeber sind nicht erkennbar, und ein Beitrag zur Person Grünbergs ist nicht enthalten.

---

<sup>5</sup> Erfolgreiche Kooperation: Das Frankfurter Institut für Sozialforschung und das Moskauer Marx-Engels-Institut: (1924 - 1928); Korrespondenz von Felix Weil, Carl Grünberg u.a. mit David Borisovič Rjasanov, Ernst Czóbel u.a. aus dem Russischen Staatlichen Archiv für Sozial- und Politikgeschichte Moskau / [Hrsg. und Red.: Carl-Erich Vollgraf ...], Hamburg [u.a.] 2000.

<sup>6</sup> Festschrift für Carl Grünberg zum 70. Geburtstag. Mit Beitr. von Max Adler u.a., Leipzig 1932.

Durch seine Krankheit in der Öffentlichkeit fast schon vergessen, entging Grünberg nach dem Beginn der Herrschaft der Nationalsozialisten offenbar deren Aufmerksamkeit. Sie zerschlugen das Institut für Sozialforschung, verfolgten dessen Mitarbeiter und strichen Grünbergs Pension als Professor. Weiter persönlich behelligt wurde er nicht, und seine Pension als Institutsdirektor lief weiter, da sie einer privaten Stiftung entstammte. Grünbergs Söhnen Emil und Karl gelang es, zu emigrieren. Seine Frau Hilde geb. Ehrenzweig blieb bis zu seinem Tod bei ihm, da er nicht mehr reisen konnte und ging dann erst ins Exil. Am 2. Februar 1940 starb Grünberg nach zwölfjährigem Siechtum in Frankfurt am Main.

---

Anja Kruke

## Max Grunwald (1873 – 1926)

Max Grunwald wurde am 6. Oktober 1873 in Stolzenhagen, Pommern geboren. Er studierte zunächst Mitte der 1890er Jahre in Berlin Nationalökonomie und Naturwissenschaften.<sup>1</sup> Während dieser Zeit war er bereits politisch aktiv und beteiligte sich maßgeblich an der Organisation der „Sozialistischen Akademiker“, deren erstes Treffen er 1895 in Berlin zusammen mit zwei weiteren Studenten vorbereitete. Er gehörte außerdem zu den Mitbegründern der dazugehörigen Zeitschrift „Der Sozialistische Akademiker. Organ der sozialistischen Studirenden und Studirten deutscher Zunge“, die 1895/96 erschien.<sup>2</sup> Ob er auch für die Zeitschrift geschrieben hat, kann nicht genau nachgewiesen werden. Es ist anzunehmen, dass er sich von dem Organ abwandte, als es 1897 in den „Sozialistischen Monatsheften“ aufging, die unter Eduard Bernsteins Leitung eine revisionistische Richtung bekamen. 1896 wechselte Grunwald an die Universität Jena, um dort ein Studium der Medizin und Philosophie aufzunehmen. Dort gründete er die „Philosophische Gesellschaft Jena“, in der eine breite Diskussion um Philosophie geführt wurde.<sup>3</sup> Außerdem war er auch hier Mitglied der studentischen Vereinigung.<sup>4</sup> Daneben engagierte sich Grunwald in der Sozialdemokratischen Partei und nahm als Delegierter an vielen Parteitagungen teil, auf denen er sich mit antirevisionistischen Aussagen positionierte. Seine stark zuspitzenden Beiträge

---

<sup>1</sup> Vgl. *Paul Mayer*, Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs und das Schicksal des Marx-Engels Nachlasses, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 6/7 (1966/67), S. 50.

<sup>2</sup> Zu Aufmachung und Inhalt des „Sozialistischen Akademikers“ vgl. *Barbara Voigt*, „Der Sozialistische Akademiker. Organ der sozialistischen Studirenden und Studirten deutscher Zunge“ 1895/96, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin*, 38 (1989), S. 631-638.

<sup>3</sup> Nachlass Max Grunwald (NL Grunwald), Russländisches Staatliches Archiv für Sozial- und Politikgeschichte (RGASPI), Fonds 308, Opus 1, Nr. 2. Der Nachlass liegt als Mikrofilm im Archiv der sozialen Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung (AdsD), vor, hier: NL Grunwald, Nr. 6, 10.

<sup>4</sup> NL Grunwald, Nr. 6.

brachten ihm nicht nur Beifall ein.<sup>5</sup> Im Laufe der Jahre wandelte sich jedoch seine Haltung zugunsten einer reformerischen Position.

Mit Beiträgen für verschiedene sozialdemokratische Zeitungen und Zeitschriften hielt sich Grunwald seit 1899 über Wasser. Er schrieb unter anderem für die „Leipziger Volkszeitung“, die „Sächsische Arbeiterzeitung“, die Zeitschrift „Die Neue Zeit“, für den „Vorwärts“, die Dortmunder „Arbeiterzeitung“ und hielt Vorträge.<sup>6</sup> Unter diesen Vorbedingungen bewarb er sich zunächst vergeblich als Redakteur beim „Braunschweiger Volksfreund“, bevor er nach einem vorübergehenden Aufenthalt in Weimar am 1. April 1901 zum Redakteur bei der „Tribüne“ in Erfurt avancierte.<sup>7</sup> Doch schon ein Jahr später kam es zum Streit mit der Presskommission aufgrund seiner Kandidatur für den Reichstag. Als er an der Kandidatur im Wahlkreis Mühlhausen festhielt, wurde er entlassen.<sup>8</sup> Es begann eine Zeit der Arbeitssuche, bei der auch der um Hilfe gebetene Karl Kautsky nicht viel ausrichten konnte; auch sein Engagement für das „Neue Montagsblatt“ war aufgrund von dessen Misserfolg nur vorübergehend.<sup>9</sup> Grunwald kam in finanzielle Schwierigkeiten, die sich erst Anfang 1904 zu lösen begannen, als er zum Geschäftsführer der SPD-Reichstagsfraktion bestellt wurde. Im selben Jahr nahm er außerdem einen besoldeten Lehrauftrag an der Berliner Arbeiterschule an und er übernahm eine dritte Aufgabe: Zum 1. Oktober 1904 wurde er zum Verwalter des Parteiarchivs berufen.

Die Stelle des Parteiarchivars hatte Grunwald bereits lange Jahre, schon während seines Studiums, angestrebt. 1898 hatte er Julius Motteler nach bereits längerem Briefwechsel in London besucht, der ihn darauf-

---

<sup>5</sup> Ihm wurde z.B. in Lübeck 1901 Hochnäsigkeit und ein präventives Auftreten vorgeworfen. Vgl. *Mayer*, S. 51.

<sup>6</sup> Aufstufungen im NL Grunwald, Nr. 18. Vortragsbeispiele: „Weltpolitik und Reichsverfassung“ Thüringer Parteitag zu Arnstadt am 19.8.1900, NL Grunwald, Nr. 16; „Theorie und Praxis der Arbeitsordnungen und Arbeiterausschüsse“, Versammlung der deutschen Metallarbeiterverbandes am 15.11.1901 in Jena., NL Grunwald, Nr. 11.

<sup>7</sup> Damit verbunden war ein Eintritt in den „Sozialdemokratischen Verein Jena“. Mitgliedsbuch NL Grunwald, Nr. 19.

<sup>8</sup> Er verlor die Wahl, ohne auch nur in die Stichwahl zu gelangen. Vgl. *Mayer*, S. 51.

<sup>9</sup> *Ders.*, S. 52.

hin mit mehreren Empfehlungsschreiben unterstützte. Ein erster Anlauf scheiterte jedoch 1900 an den finanziellen Vorstellungen Grunwalds.<sup>10</sup>

Wenngleich sich Grunwald sehr stark seiner publizistisch-pädagogischen Tätigkeit widmete, wie sich an der 1912 publizierte Broschürenserie „Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung“, die aus den Vorträgen an der Arbeiterbildungsschule hervorgegangen sein dürfte, aber auch an einer Vielzahl von Artikeln in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften (beispielsweise in der „Neuen Zeit“) ablesen lässt,<sup>11</sup> war er an der Archivarbeit zumindest interessiert. Wie Hermann Schlüter bei einem Besuch festhielt, hatte er einen „guten Eindruck“ und das Archiv sei „wesentlich vergrößert“, doch klagten die Mitarbeiter über Grunwald.<sup>12</sup>

Zu seiner Arbeit im Archiv, zu dem auch die Bibliothek gehörte, kann relativ wenig gesagt werden, weil während seiner Verwaltungstätigkeit kaum Bericht erstattet wurde. So wurde zum Jenaer Parteitag 1905 ein reges Interesse verzeichnet, aber erst zum Stuttgarter Parteitag 1907 wurden nähere Angaben zum Archiv vorgelegt: Danach hatten in den vorausgegangenen zwei Jahren durchschnittlich 144 Personen das Archiv besucht mit zusammen 258 Besuchen; 234 Bücher waren ausgeliehen worden. Mit Stolz wurde zudem vermerkt, dass das Archiv zu wissenschaftlichen Untersuchungen herangezogen worden war, sogar „von bürgerlichen Schriftstellern und Gelehrten“.<sup>13</sup> Danach wurde erst 1912 eine Inventur für den internen Bedarf durchgeführt, die zeigte, dass es 8 686 Bände (ohne Zeitungen und noch nicht verzeichnete Bände) gab und weitere 473 Bände an die Heimannsches Lesehalle dauerverliehen waren.<sup>14</sup>

---

<sup>10</sup> Mayer, S. 48ff.

<sup>11</sup> Dazu zählten: Goethe und die Arbeiter und Zur Einführung in Marx' „Kapital“, beide Dresden 1912.

<sup>12</sup> Zitiert nach Mayer, S. 53.

<sup>13</sup> Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Jena vom 17. bis 23. September 1905, Berlin 1905, S. 54ff.; Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages ... Abgehalten zu Essen vom 15. bis 21. September 1907, Berlin 1907, S. 51ff.

<sup>14</sup> Mayer, S. 54.

Grunwald war Parteiarchivar und Parteibibliothekar. Umfassend gebildet, kannte er die sozialistische Literatur gut und versuchte, eine „möglichst komplette Sammlung aller auf die Arbeiterbewegung bezüglichen Literatur“ zusammen zu tragen. Mit Aufrufen wandte er sich an die Genossinnen und Genossen und mahnte, „daß die Verleger sozialistischer Schriften, die Vorstände der Landes- und Provinzialorganisationen, die Gewerkschaften, die Partei- und Arbeitersekretariate, kurz alle Stellen, die sich mit Veröffentlichungen im Interesse der Arbeiterbewegung befassen, diese Publikationen an das Archiv gelangen lassen.“<sup>15</sup> Außerdem beschriftet Grunwald offensichtlich auch neue Erwerbungswege: Er begann regelmäßige Tauschbeziehungen mit den ausländischen Bruder- und Schwesterparteien, um deren wichtigste gedruckte Quellen in Berlin zur Verfügung stellen zu können.<sup>16</sup>

Für das Engagement Grunwalds spricht auch, dass in seiner Amtszeit wichtige Bestände ihren Weg in das Archiv fanden. Zu den wertvollen Zugängen zählten vor allem Nachlässe wie die von Franz Jung, (vermutlich) Paul Lafargue und Friedrich Lessner, aber auch Material aus dem Nachlass von Moses Hess sowie Bücher aus dem Besitz von August Bebel, Paul Singer, Ignaz Auer und anderen. Mehrere tausend Stücke umfasste die Sammlung des Reichstagsabgeordneten Julius Motteler, die das Archiv übernahm. Eine weitere Bereicherung erfuhr das SPD-Archiv 1911, als Fürst David Bebutoff seine bedeutende Sozialistika-Sammlung an Büchern und Dokumenten in die Obhut des Archivs übergab. Das hatte zur Folge, dass auch weitere interessante Bestände der russischen Sozialdemokratie, zum Beispiel das Privatarchiv von Pawel Axelrod hier deponiert wurden.

Seiner Aufgabe der Verzeichnung der eingehenden Akten kam Grunwald nicht in jedem Fall mit Eifer nach, wie sich an den Beschwerden von Julius Mottelers Witwe ablesen lässt, die sich bei Karl Kautsky

---

<sup>15</sup> Protokoll ... Abgehalten zu Jena, S. 54.

<sup>16</sup> Vgl.: *Rüdiger Zimmermann*, Das gedruckte Gedächtnis der Arbeiterbewegung bewahren. Die Geschichte der Bibliotheken der deutschen Sozialdemokratie, 3. erw. Aufl., Bonn 2008, S. 26.

darüber beklagte, dass die große Sammlung ihres Mannes nicht verzeichnet würde.<sup>17</sup>

Die berufliche Mehrfachbelastung, zu der sich der ständig unter Geldnot leidende Grunwald gezwungen sah, hatte auf Dauer negative Auswirkungen. Wenn auch Emilie Motteler ein gutes Wort für ihn einlegte, verlor er seine drei Ämter binnen eines Jahres: Zunächst wurde sein Vertrag mit der Fraktion nach der Reichstagswahl 1912 nicht verlängert, da er seine Aufgaben nicht ausreichend erfüllte; dann erhielt er keinen neuen Lehrauftrag im Frühjahr 1913, zuletzt schied er zum 31. März 1914 aus dem Archiv aus. Grund war eine nicht näher bekannte Auseinandersetzung, die ihn sogar das Parteibuch zu kosten drohte. Der Parteiausschluss konnte 1914 zwar abgewendet werden und Grunwald wurde sogar Berliner Korrespondent für die „Leipziger Volkszeitung“, doch trat er danach nicht mehr jenseits Berliner Parteigrenzen in Erscheinung.<sup>18</sup>

Während des Ersten Weltkrieges arbeitete Grunwald für das Kriegspresseamt und nach 1918 als Pressechef im Reichswirtschaftsministerium. Im Krieg schrieb er bellizistische Artikel, unter anderem für das „Hamburger Echo“, den „Belgischen Kurier“ und die „Deutsche Balkan-Zeitung“. Grunwald war von Beginn an stark national eingestellt gewesen, so dass kein grundlegender Wandel (wie von Paul Mayer konstatiert) stattgefunden hat. Seine Einstellung äußerte sich beispielsweise bereits in einem Beitrag zur Konferenz der Sozialistischen Internationale 1907 in Stuttgart.<sup>19</sup> In den ersten Jahren der Weimarer Republik war er Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung und leitete von 1920 an für zwei Jahre das historisch-ökonomische Seminar der Volkshochschule Groß-Berlin. Max Grunwald starb am 5. Juli 1926 in Berlin an den Folgen eines Herzinfarktes.

---

<sup>17</sup> Mayer, S. 55.

<sup>18</sup> Emilie Motteler bezeichnete das Problem als „Seitensprünge“, in: *Ders.*, S. 56.

<sup>19</sup> Max Grunwald, Ein Jubiläum der Internationale, in: Vorwärts vom 18.8.1907, S. 3. Vgl. auch Kevin Callahan, „Performing Inter-Nationalism“ in Stuttgart in 1907. French and German Socialist Nationalism and the Political Culture of an International Socialist Congress, in: *International Review of Social History*, 45 (2000), S. 51-87.



Klaus Mertsching

## **Werner Hansen (1905 – 1972)**

Werner Hansen<sup>1</sup> wurde am 31. Juli 1905 im niedersächsischen Rethem an der Aller als einer von drei Söhnen des Postbeamten Heinrich Heidorn<sup>2</sup> und seiner Ehefrau Karoline geboren. Nach dem Besuch der Volksschule und einer kaufmännischen Privatschule in Hannover durchlief er eine kaufmännische Lehre und war zwischen 1923 und 1927 als kaufmännischer Angestellter im Gold- und Silberwarenhandel tätig. 1926 trat er dem Zentralverband der Angestellten (ZdA) und den „Naturfreunden“ bei. 1927 ging er nach Bremen, wurde Mitglied im „Internationalen Sozialistischen Kampfbund“ (ISK) und Mitarbeiter beim Parteiorgan „Der Funke“, gleichzeitig war er auch Vorsitzender der Bremer Sektion der Freidenker. Von 1931 bis 1933 war Werner Hansen ehrenamtliches Vorstandsmitglied in der ZdA Ortsverwaltung Bremen.

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme war eine politische Tätigkeit in Bremen nicht mehr möglich. Um einer möglichen Verhaftung zu entgehen, ging Hansen nach Köln und tarnte seine illegale politische Arbeit für die ISK und in der „Unabhängigen Sozialistischen Gewerkschaft“ (USG) mit einer Beschäftigung als Küchenhelfer in verschiedenen Hotels. Zwischen 1933 und 1937 leitete er mit Hans Dohrenbusch die illegale Arbeit im Rheinland und knüpfte Kontakte zur „Internationalen Transportarbeiter-Föderation“ (ITF) und anderen freien Gewerkschaften. Mit Einsetzen einer Verhaftungswelle unter den ISK-Funktionären und Zerschlagung der Organisation im Rheinland floh er erst nach Frankreich und nach dem Ausbruch des Zweiten

---

<sup>1</sup> Über Werner Hansen: DGB-Archiv, Sammlung Personalien; AdsD, Sammlung Personalien; DGB-Archiv, Nachlass Werner Hansen und Akten des Vorstandssekretariats; Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag, 2. Wahlperiode, 1953-1957; Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte München, Bd. 1, München 1980.

<sup>2</sup> Im Gegensatz zu seinen Brüdern legte Werner - der Zeitpunkt lässt sich nicht ermitteln - den Familiennamen Heidorn ab und nahm den Namen Hansen an.

---

Weltkrieges nach England, wo er sich der bereits bestehenden ISK-Exilgruppe anschloss. Vom Juni 1940 bis September 1941 wurde er mit anderen deutschen Emigranten in Australien interniert. Nach seiner Rückkehr arbeitete er eng mit Willi Eichler, ISK-Sektion, und Hans Gottfurcht, Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien, zusammen. Mit Unterstützung der britischen Militärregierung kam er im März 1945 wieder zurück nach Deutschland.

Als einer der ersten Emigranten aus dem Ausland traf Werner Hansen in Köln ein und nahm Kontakt mit Hans Böckler auf. Es begann der Wiederaufbau der Gewerkschaften. In dieser Zeit war er der engste Mitarbeiter Hans Böcklers bei den Vorbereitungsarbeiten zur Neugründung der Gewerkschaften im Rheinland. Er gehörte dem gewerkschaftlichen „Siebener-Ausschuss“ an, dessen Vorsitz Hans Böckler führte. Nach dem Gewerkschaftsaufbau im Rheinland wurde Werner Hansen im Frühjahr 1946 mit der Leitung des gewerkschaftlichen Zonensekretariats für die britische Zone in Bielefeld betraut und hatte die Aufgabe, die organisatorische Vorbereitung für den Zusammenschluss der Gewerkschaften der britischen Zone durchzuführen. Als auf dem Gründungskongress des DGB – britische Besatzungszone – 1947 in Bielefeld Hans Böckler zum Ersten Vorsitzenden gewählt wurde, übernahm Werner Hansen von ihm die Leitung des DGB Bezirks Nordrhein-Westfalen. Bis zum 4. Ordentlichen Bundeskongress des DGB 1956 in Hamburg wurde er viermal einstimmig als Vorsitzender des DGB-Landesbezirks bestätigt.

Auf dem Gewerkschaftskongress 1956 wurde er in einer Kampfabstimmung gegen Willi Ginholt in den neunköpfigen Geschäftsführenden Bundesvorstand gewählt. Diesem Gremium gehörte Hansen bis zum 8. Ordentlichen Bundeskongress des DGB 1969 in München an. Im Geschäftsführenden Bundesvorstand war er verantwortlich für die Abteilung Angestellte und, zusätzlich ab 1962, für die Abteilung Werbung.

Über seine gewerkschaftlichen Tätigkeiten hinaus hatte Werner Hansen in zahlreichen Ämtern und Funktionen den Gewerkschaftsideen neue Impulse gegeben, so im Verwaltungsrat des Berufsbildungswerkes, im Vorstand der Stiftung Mitbestimmung und im Kuratorium

der Stiftung Volkswagenwerk. Sein besonderes Interesse für Literatur, Kunst und Zeitgeschichte führte dazu, dass er alle bildungspolitischen, literarischen und künstlerischen Fragen mit besonderem Nachdruck unterstützte. Den Wiederaufbau der Buchgemeinschaft Büchergilde Gutenberg nach dem Kriege förderte er mit besonderem Einsatz und wurde deshalb auch Vorsitzender des Aufsichtsrates.

Für den geplanten Aufbau einer „Archivabteilung für Geschichte der Gewerkschaften“, wurde vom Geschäftsführenden Bundesvorstand 1961 ein Gutachten über das „Archivwesen und Geschichtsschreibung des DGB“ in Auftrag gegeben. Die teilweise vernichtende Kritik in diesem Gutachten über die Sicherung der historischen Dokumente und Bücher war bedingt durch „...das nahezu völlige Fehlen von Sachverständigen und dazu noch die fehlende Erkenntnis oder zumindest die Fehleinschätzung dieses Zustandes...“<sup>3</sup>, was schlussendlich zu einer fehlenden Sensibilisierung gegenüber dem historischen Aktenbestand führte.

Nachdem Werner Hansen Anfang der 1960er Jahre die Zuständigkeit für den Archivbereich übernommen hatte, setzte er sich verstärkt für den Aufbau eines historischen Archivs beim DGB-Bundesvorstand ein. Unter seiner Federführung wurden vom neuengestellten Archivleiter, Dieter Schuster<sup>4</sup>, Briefe an die DGB-Landesbezirke, -Kreise und an Gewerkschafter geschrieben mit der Bitte, alle wesentlichen Materialien – Aktenbestände, Broschüren, Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter, Plakate, Fotos, Film und Tondokumente – zur Gewerkschaftsgeschichte und Gewerkschaftspolitik dem neuaufzubauenden gewerkschaftshistorischen Archiv zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig gab es jedoch Bestrebungen innerhalb der Gewerkschaften, das DGB-Archiv in das Ende der sechziger Jahre im Aufbau befindliche „Archiv der sozialen Demokratie“ in Bonn einfließen zu lassen. Wie schon auf der Sitzung des Geschäftsführenden Bundesvorstands am 12. Februar

---

<sup>3</sup> Gutachten von Hermann Segall in 27. Sitzung vom 8.7.1963 des Geschäftsführenden Bundesvorstands, DGB-Archiv im AdsD, DGB-Bundesvorstand, Abteilung Vorsitzender, Sign. 5/DGAI 104.

<sup>4</sup> Leiter von Archiv u. Bibliothek des DGB-Bundesvorstandes 1966 – 1992.

---

1968, begründete Werner Hansen auch auf der Bundesvorstandssitzung am 2. April 1968 seine Vorlage zu DGB-Archiv und -Bibliothek und gleichzeitig seine Überzeugung, dass Gewerkschaftsakten nicht in ein parteinahes Archiv übergehen sollten. In seinem Beschluss zum DGB-Archiv unterstrich der Bundesvorstand „... dass bei einer engen Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und der Friedrich-Ebert-Stiftung die Eigenständigkeit und der selbständige Aufbau des DGB-Archivs für erforderlich gehalten und fortgesetzt werden soll“.<sup>5</sup> Mit seinem massiven Eintreten für die Fortführung und Sicherung der gewerkschaftlichen Überlieferung in eigener Regie hat Werner Hansen auch einen Beitrag zur gewerkschaftlichen Identität geleistet. Dass das DGB-Archiv – wie die historischen Bestände fast aller Einzelgewerkschaften – Mitte der 1990er Jahre an das Archiv der sozialen Demokratie abgegeben wurden, hat Werner Hansen nicht mehr erlebt. Er ist am 15. Juni 1972 im Alter von 66 Jahren an den Folgen einer Operation gestorben.

---

<sup>5</sup> Protokoll der 21. Sitzung des Bundesvorstands vom 2.4.1968, DGB-Archiv im AdsD, DGB-Bundesvorstand, Abteilung Vorsitzender, Sign. 5/DGAI 459.

Richard Sperl

## Hugo Heimann (1859 – 1951)

Hugo Heimann wurde am 15. April 1859 in Konitz / Westpreußen als Sohn des jüdischen Verlegers Eduard Heimann (geb. 1818) und seiner Frau Marie (geb. 1822) geboren. Kurze Zeit später zog Eduard Heimann mit seiner Frau und den fünf Kindern aus geschäftlichen Gründen nach Berlin, verstarb jedoch bereits 1861. Sein bester Freund Mortier Levy (geb. 1808) unterstützte die Witwe und wurde den Kindern gleichsam ein zweiter Vater. Levy gehörte zum engeren Kreis der 1848er Demokraten, stand später der Sozialdemokratie nahe und unterstützte während der Zeit des Sozialistengesetzes Verhaftete und Ausgewiesene. Es war wohl vor allem sein Einfluss, der den Weg des jungen Hugo Heimann zu einem unermüdlichen Verfechter der politischen, sozialen und kulturellen Rechte des arbeitenden Volkes bestimmte.<sup>1</sup>

In Berlin besuchte Hugo Heimann das Gymnasium „Zum Grauen Kloster“ und durchlief danach eine Buchhandelslehre bei Asher & Co und Calvary. 1880 gelang es ihm, bei der angesehenen Londoner Buchhandlung Truebner & Co als Volontär anzukommen. Hier lernte er alle Bereiche des Buchgeschäfts kennen und avancierte bald zum Privatsekretär Nikolaus Truebners. Nach dessen Tode kehrte Heimann 1884 nach Berlin zurück. Hier bot sich ihm 1885 die Möglichkeit, Juniorpartner des Inhabers der Guttentagschen Verlagsbuchhandlung (später de Gruyter) zu werden. Levy stellte ihm die erforderlichen Mittel zur Verfügung. Als I. Guttentag 1890 ausschied, wurde Heimann alleiniger Eigentümer. Seine verlegerische Idee, alle neuen und geänderten Gesetze als zuverlässige Textausgaben mit fundierten Kommentaren zu günstigen Lieferungsbedingungen herauszubringen, fand großen Anklang. Das Reichsjustizamt übertrug seiner Firma daraufhin sämtliche

---

<sup>1</sup> Vgl. auch: *Hugo Heimann*, Vom tätigen Leben. 50 Jahre im Dienste des sozialen Fortschritts, Berlin 1949. (Erschien zugleich unter dem Titel: Selbstdarstellung. Hugo Heimann. Zum 90. Geburtstag des Ehrenbürgers von Groß-Berlin. Berlin: Stadtverordnetenversammlung und Magistrat 1949.)

amtlichen Publikationen zum Bürgerlichen Gesetzbuch, womit diese zu einer der erfolgreichsten Verlagsbuchhandlungen Deutschlands aufstieg. In dieser Zeit trat Heimann der Sozialdemokratischen Partei bei und zählte Bebel und Singer zu seinem engen Freundeskreis. Auch mit Kautsky und Bernstein stand er in regem Kontakt.

Im Jahre 1888 hatte Heimann seine Kusine Cäcilie Levy (geb. 1863) geheiratet. Aus der Ehe gingen die Söhne Leonhard und Eduard sowie die Tochter Johanna hervor. Heimann war überaus belesen und sprach- und redegewandt, lernte durch zahlreiche Reisen viel von der Welt kennen und veröffentlichte darüber Tagebuchaufzeichnungen.<sup>2</sup> Durch sein ausgleichendes Wesen erfreute er sich allgemeiner Wertschätzung und verblüffte Freunde und politische Gegner durch sein breitgefächertes und fundiertes Allgemeinwissen.

1898 entschloss sich Heimann, das gutgeführte und renommierte Unternehmen zu verkaufen. Das brachte ihm ein beträchtliches Vermögen ein, welches ihm fortan ein Leben als Rentier gestattet hätte. Er nutzte allerdings die gewonnene Bewegungsfreiheit und materielle Unabhängigkeit, um aktiv am gesellschaftlichen Geschehen teilzunehmen. Vor allem konnte er sich nun seinen langgehegten Wunsch erfüllen, nach dem Muster der englischen Free Public Libraries, für die er sich schon in seiner Londoner Zeit begeistert hatte, eine große öffentliche Bibliothek für die werktätige Bevölkerung Berlins zu stiften und damit ein Beispiel für den Aufbau eines leistungsfähigen Volksbibliothekswesens schaffen.<sup>3</sup> Er stellte dafür beachtliche 600 000 Mark zur Verfügung. Bebel, der sich schon lange für mehr und bessere Arbeiterbildungseinrichtungen einsetzte, war davon begeistert, gab aber zugleich zu bedenken, dass dies eine zu große Belastung darstellen könnte. Heimann ließ sich jedoch nicht davon abbringen und bat Bebel und Singer, in ein dafür zu bildendes Kuratorium einzutreten.

Am 26. Oktober 1899 konnte unter großer öffentlicher Anteilnahme die „Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benut-

---

<sup>2</sup> *Ders.*, Reise nach Indien. Aus unserem Tagebuch, Altenburg 1894.

<sup>3</sup> Vgl.: *Ders.*, Volksbibliotheken, in: Die Neue Zeit, 23 (1998-99), S. 740-746.

zung für jedermann“ eröffnet werden.<sup>4</sup> Sie befand sich zunächst provisorisch in dem gemieteten Gartenhaus Alexandrinenstraße 26 und erhielt 1908 in der Adalbertstraße 41 in einem eigens dafür errichteten Gebäude in unmittelbarer Nähe des Gewerkschaftshauses ihre dauerhafte Heimstatt. Sie entwickelte sich durch ihre fortschrittliche und moderne Bibliothekskonzeption sowie die Leichtigkeit, mit der die Benutzung jedem bequem und kostenlos offen stand, rasch zu einer allseits beliebten Bildungseinrichtung. Mit einem anfänglichen Ausleihbestand von 7 000 Bänden – der sich bald auf 20 000 erweitert hatte – und fünf Leseräumen, in denen über 500 Zeitungen und Zeitschriften auslagen und 150 Personen gleichzeitig lesen und arbeiten konnten, stellte sie mit 90 000 Lesern im ersten Betriebsjahr die anderen Berliner Lesehallen weit in den Schatten. Von den Benutzern waren mehr als die Hälfte Arbeiter, auch wurden überdurchschnittlich viele weibliche Leser registriert. Im Buchbestand überwog nicht wie sonst üblich Unterhaltungsliteratur, sondern Sach- und Fachliteratur zur Vermittlung vielfältigen Wissens und weltanschaulicher Erkenntnisse. Von den 20 000 Bänden der Bibliothek waren 12 000 Titel „belehrenden Inhalts“. Am vollständigsten waren die Abteilungen Volkswirtschaft und Gewerbekunde, Naturwissenschaft, Geschichte, Sozialwissenschaft, Sozialismus und Sozialdemokratie vertreten. Der kühne Versuch, in Berlin zum ersten Mal in großem Stile Bücher ohne Pfand oder Bürgschaft auszuleihen, gelang: Im Jahresdurchschnitt geriet immer nur eines von 4000 ausgeliehenen Büchern in Verlust. Die Öffnungszeiten der Heimannschen Bibliothek waren auf die Bedürfnisse der Arbeiter abgestimmt: an Wochentagen von 17.30 bis 22.00 Uhr, an Sonn- und

---

<sup>4</sup> Zur Geschichte der Heimannschen Bibliothek siehe u.a.: *W. Paszkowski*, Die Hugo Heimannsche öffentliche Bibliothek und Lesehalle in Berlin in den ersten vier Jahren ihres Bestehens und ihr gedruckter Katalog, in: *Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik*, 18 (1903), S. 631-636; *Arend Buchholtz*, Die Heimannsche Bibliothek in Berlin, in: *Die Nation*, 22 (1905), S. 271-272; *Hermann Jahn*, Die Öffentliche Bibliothek und Lesehalle in Berlin, in: *Der Bibliothekar. Monatsschrift für Arbeiterbibliotheken*, (1909), S. 27-29. Neu veröffentlicht in: *Bibliothekar*, 21 (1967), S. 273-276; *Renate Gröbers*, Die Heimannsche Bibliothek und Lesehalle in Berlin 1899-1920, Berlin 1975; *Norbert Stroscher*, Die Heimannsche „Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann“ 1899–1919. Dissertationsschrift. Berlin 1984.

Feiertagen von 9.00 bis 13.00 und 15.00 bis 18.00 Uhr. Dies alles waren wichtiger Faktoren für die Wirksamkeit ihres Benutzungsangebotes und die Realisierung ihres bildungspolitischen Anspruchs.

Daran hatte auch die geschickte Pressearbeit Heimanns wesentlichen Anteil. Es erschienen Hunderte von Zeitungsartikeln und Kurzinformationen über die Professionalität dieser „Bildungsanstalt der Zukunft“, die viele Fachleute des In- und Auslandes sowie zahlreiche gewerkschaftliche Studienkommissionen anlockte. Die besonderen Berliner Verhältnissen bedingten, dass hier nicht – wie in anderen deutschen Städten – durch die Zusammenführung mehrerer kleinerer Büchereien eine Arbeiterzentralbibliothek entstand. Mit der Heimannschen Einrichtung trat an ihre Stelle eine Schöpfung ganz eigener Art, die innerhalb der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Bildungs- und Bibliotheksarbeit als „erste sozialistische Massenbibliothek Deutschlands“ eine singuläre Erscheinung darstellte.

Besondere Bedeutung erlangte die Heimannsche Bibliothek und Lesehalle als zeitweise Heimstatt des SPD-Parteiarchivs<sup>5</sup> und damit auch des Büchernachlasses von Marx und Engels<sup>6</sup>. Der desolate Zustand des Parteiarchivs nach seiner Rückführung von London nach Berlin war immer mehr in Kritik geraten. Noch auf dem SPD-Parteitag zu Lübeck 1901 musste eingeräumt werden, dass das Archiv weiterhin kaum katalogisiert und Interessenten nicht zugänglich war. Das Parteiarchiv wurde nun im zweiten Stockwerk des Hauses Alexandrinenstraße 26 gesondert untergebracht und enthielt neben handschriftlichen Dokumenten rund 8000 gedruckte Schriften. Zu seiner Benutzung war eine schriftliche Erlaubnis des Parteivorstandes erforderlich. Mit der Überführung in das Gebäude der Heimannschen Bibliothek gewannen

---

<sup>5</sup> *Paul Mayer*, Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs und das Schicksal des Marx-Engels-Nachlasses, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 6/7, (1966/1967), S. 5-198; *Rüdiger Zimmermann*, Das gedruckte Gedächtnis der Arbeiterbewegung bewahren! Die Geschichte der Bibliotheken der deutschen Sozialdemokratie, Bonn 2001.

<sup>6</sup> Vgl.: Die Bibliotheken von Karl Marx und Friedrich Engels. Annotiertes Verzeichnis des ermittelten Bestandes, in: *Karl Marx/Friedrich Engels: Gesamtausgabe (MEGA)*. Abt. IV, Bd. 32, Berlin 1999; *Hans-Peter Harstick*, Zum Schicksal der Marxschen Privatbibliothek ..., in: *International Review of Social History*, 18 (1973).



unter direkter Verantwortung von Bebel, Singer, Heimann und den anderen Mitgliedern des Kuratoriums die Erschließungs- und Katalogisierungsarbeiten der Parteibibliothek endlich an Fahrt. Formell war dafür der Reichstagsabgeordnete Max Schippel verantwortlich, der sich an der Entwicklung einer geeigneten Katalogsystematik beteiligte. Die praktische Umsetzung jedoch lag in den sachkundigen Händen Heimanns, wobei auch neue Wege für diese Spezialsammlung von Sozialistika eingeschlagen wurden. Als erste Einrichtung auf dem europäischen Kontinent wurde ein Cotgreave-Indikator in Gebrauch genommen, der sich dann allerdings gegen den in Deutschland zuvor eingeführten Buchkartenapparat nicht durchzusetzen vermochte. Es wurde geeignetes Personal eingestellt, darunter der erfahrene Bibliothekar Hermann Jahn und Alice Geiser, die Tochter Wilhelm Liebknechts und Frau des Reichstagsabgeordneten Bruno Geiser.

Im September 1901 wurde der „Systematische Katalog der Bibliothek der socialdemokratischen Partei Deutschlands“<sup>7</sup> fertiggestellt und als Pendant dazu ein alphabetischer Zettelkatalog angelegt, der auch intern die SPD-Bibliothek zu einer arbeitsfähigen Gebrauchsbibliothek machte. Damit konnte sie endlich zur allgemeinen Nutzung freigegeben werden. Diese außerordentliche Leistung seitens der Heimannschen Einrichtung wurde bisher keineswegs ausreichend gewürdigt. Nach erfolgtem Umzug des SPD-Vorstandes in das neue Parteigebäude Berlin SW 68, Lindenstr. 69, wurde auch das Parteiarchiv im November 1904 dorthin verlegt (1914 schließlich in das „Vorwärts“-Gebäude Lindenstr. 3). 443 Titel verblieben jedoch als Leihgabe weiterhin im Bestand der Heimannschen Bibliothek, darunter nach heutiger Erkenntnis ein beträchtlicher Anteil Marxscher bzw. Engelsscher Provenienz.

Parallel zum Katalog der Parteibibliothek wurde auch das „Bücherverzeichnis der Öffentlichen Bibliothek und Lesehalle Berlin“<sup>8</sup> erarbei-

---

<sup>7</sup> Bibliothek der socialdemokratischen Partei Deutschlands. Systematischer Katalog, Berlin 1901.

<sup>8</sup> Bücherverzeichnis der Öffentlichen Bibliothek und Lesehalle Berlin SW 13, Alexandrinenstr. 26, Berlin 1903 (2. Aufl. 1905, 3. Aufl. 1911); Archiv der Öffentlichen Bibliothek und Lesehalle. In 3 Bdn. Berlin 1899-1919. Bd. 1: Bücherverzeichnis; Bd. 2: Begründung und Jahresberichte; Bd. 3: Briefe.

tet, das weitgehend auf gleichen strukturellen und methodischen Prinzipien beruhte. Es erschien 1903 und fand so große Nachfrage, dass bereits nach einem Jahr eine zweite Auflage erforderlich wurde; eine dritte Auflage erschien 1911. Die Kataloge der Heimannschen Bibliothek erhielten von Nutzern und Fachleuten hohes Lob. Sie verbanden die Vorzüge eines systematischen und Kreuzkataloges nebst ausführlichem Register.

Der kostspielige Unterhalt der Bibliothek ließ die von Heimann dafür bereitgestellten Mittel rasch dahinschmelzen. Von der SPD wurde ihr Betrieb nur im recht geringen Maße mitfinanziert (Jahresetat 12.000 Mark, davon 2.000 aus der Parteikasse). Heimann war so ständig gezwungen, sich um Spenden und Zuschüsse von Sympathisanten zu bemühen. In den schweren Kriegsjahren wuchsen die finanziellen Belastungen. Die Zahl der Besucher verringerte sich von 134 360 im Jahr 1914 auf 79 340 im Jahre 1918. Auch die Zahl der Entleihungen ging über ein Drittel zurück. Heimann sah sich schließlich zu der Mitteilung gezwungen, dass er die Ausleihbibliothek zum 24. Oktober und die Lesehalle zum 31. Dezember 1919 schließen müsse.

Insgesamt hatte die Heimannsche Bibliothek in den zwanzig Jahren ihres Bestehens über 2 400 000 Besucher verzeichnet und rund 1 300 000 Bände ausgeliehen. Die Nachricht von der Bibliotheksschließung löste in der Öffentlichkeit großes Bedauern und die energische Forderung nach der Übernahme der Einrichtung durch die Stadt Berlin aus. Heimann erklärte sich bereit, sie mit allen Beständen und dem ganzen Inventar kostenlos zu übereignen. Der Magistrat beschloss daraufhin im Januar 1920 die Weiterführung als 31. städtische Volksbücherei unter dem Namen „Hugo Heimannsche Bücherei und Lesehalle“. Auch die fünf Angestellten wurden übernommen. Mehr als tausend Bände der Heimannschen Bibliothek, überwiegend sozialistische Literatur, wurden zugleich in die Bestände der Berliner Stadtbibliothek überführt und ergänzten dort die Sammlung progressiver Literatur. Für die „Heimannsche Bücherei“ verschlechterten sich zwar in der Folgezeit die Benutzungsbedingungen, sie blieb jedoch bis 1933 eine aus Tradition bevorzugte Bildungseinrichtung der Berliner Arbeiter.

Wenige Tage nach Hitlers „Machtergreifung“ wurde die Namensinschrift über dem Eingang entfernt und durch das Plakat „Juden unerwünscht“ ersetzt. Die 1926 erfolgte Ernennung Hugo Heimanns zum ersten sozialdemokratischen Ehrenbürger von Berlin wurde für nichtig erklärt. Im Zweiten Weltkrieg wurde die Volksbücherei in der Adalbertstraße 41 durch Luftangriffe völlig zerstört. Damit waren auch die dort eingestellten Handexemplare aus der Marxschen Bibliothek unwiederbringlich verloren.

Neben seiner Tätigkeit in der Bibliothek, die er fast täglich aufsuchte, widmete sich Hugo Heimann kommunalpolitischen Aktivitäten. Von der Stadtverordnetenversammlung wurde er als Bürgerdeputierter der Armendirektion gewählt und verwaltete viele Jahre eines der größten Armendezernate im Osten der Stadt. Zugleich war er engagiertes Mitglied des Berliner Asylvereins. Von 1900 bis 1932 gehörte er für die SPD der Stadtverordnetenversammlung an. Von 1911 bis 1925 hatte Heimann das Amt des Fraktionsvorsitzenden inne, ab 1919 amtierte er als einer der beiden Stadtverordnetenvorsteher und setzte sich aktiv für die Schaffung eines zentralisierten „Groß-Berlins“ ein.<sup>9</sup> Als 1908 die ersten Sozialdemokraten in das Preußische Abgeordnetenhaus einzogen, war auch Heimann unter den Gewählten.

Innerhalb der SPD arbeitete er ab 1906 als Vorsitzender des Zentralen Bildungsausschusses. Unter seiner umsichtigen Führung wurden überall örtliche Bildungsausschüsse ins Leben gerufen und zu Bezirksausschüssen zusammengefasst. Eine wesentliche Aufgabe sah der Zentrale Bildungsausschuss in der Einrichtung und Durchführung wissenschaftlicher Wanderkurse. Er war zugleich ideologischer und organisatorischer Träger der Parteischule.

Die Novemberrevolution von 1918 und die junge Republik sahen Heimann in verantwortlichen Positionen: 1918 Volksbeauftragter der Stadt Berlin, 1919–1920 Mitglied der Deutschen Nationalversammlung und Vorsitzender ihres Hauptausschusses. Auch im Reichstag, dem er von

---

<sup>9</sup> Vgl. auch: *Heimann*, Der Gesetzentwurf zur Bildung eines Zwangsverbandes für Groß-Berlin, Berlin 1911.

1920 bis 1932 fast ununterbrochen angehörte, leitete er das wichtigste Gremium – den Reichshaushaltausschuss. Heimann trat zugleich öffentlich für die Aufhellung der undurchsichtigen Haushaltsverhältnisse und ihre Verbesserung ein.<sup>10</sup> In den Jahren der Inflation geißelte Heimann als Mitglied des Aufwertungsausschusses des Reichstages Großindustrie und Agrarier als Förderer und Nutznießer der Inflation.<sup>11</sup> In seiner gesamten politisch-parlamentarischen Tätigkeit galt jedoch der Volksbildung stets sein besonderes Augenmerk.

Auch nach Errichtung der faschistischen Diktatur versuchte Heimann noch sechs Jahre lang, weiter in Berlin tätig zu sein. Nach den Pogromen der Kristallnacht 1938 und dem unverhüllten Kriegskurs Nazideutschlands war dies jedoch nicht länger möglich. Unterstützt vom englischen Konsul emigrierte er mit seiner Frau 1939 über England in die USA, wo in New York seine Söhne bereits seit 1933 lebten. Seine Tochter Johanna blieb zurück, um ihre Arbeit für ein Hilfswerk fortzusetzen. Sie wurde deportiert und kam im Konzentrationslager ums Leben.

Auch in den USA fühlte sich Heimann als deutscher Sozialdemokrat und nahm als Mitglied der Deutschen Sprachgruppe der „Social Democratic Federation of America“ an deren Veranstaltungen teil. 1947 unterzeichnete er mit neun anderen ehemaligen Reichstagsabgeordneten der SPD einen Aufruf für eine Versöhnungspolitik der Alliierten und für eine gerechte Friedensregelung unter Mitwirkung eines demokratischen deutschen Gesamtstaates. Es berührte ihn tief, als im November 1947 die Berliner Stadtverordnetenversammlung einstimmig seine Ehrenbürgerschaft feierlich erneuerte. Vor seinem Ableben am 24. Februar 1951 konnte sich Heimann noch der Würdigung seines humanistischen Wirkens durch die Verleihung des Namens „Hugo-Heimann-Bibliothek“ an die Volksbücherei in der Badstraße 10 (seit 1978

---

<sup>10</sup> *Ders.*, Der Reichshaushalt. Grundlagen, Inhalt und Bedeutung. Berlin 1928.

<sup>11</sup> *Ders.*, Worte und Daten in der Aufwertungsfrage. Was reden Deutschnationale? Was tun Sozialdemokraten? Berlin 1925; *Ders.*, Der Kampf um die Aufwertung von Helfferich bis Hindenburg. Wie ihn die Deutschnationalen und wie ihn die Sozialdemokraten führen, Berlin [1925].

in der Swinemünder Straße) erfreuen. Auch die „Hugo-Heimann-Brücke“ (Wedding), die „Hugo-Heimann-Straße“ (Buckow) und die dort befindliche „Hugo-Heimann-Grundschule“ erinnern an den sozial- und kulturpolitisch engagierten Mitbürger.

---

Felicitas Marwinski

## **Gustav Hennig (1868 – 1948)**

Von Beruf Eisendreher, war Gustav Hennig als Buchhändler, Autor, Redakteur, Herausgeber, Lehrer, Schulleiter, Vortragender und Rezitator ein Leben lang im Dienste der sozialdemokratischen Arbeiterbildung tätig. Besondere Verdienste erwarb er sich aber als Arbeiterbibliothekar.<sup>1</sup>

Am 5. Januar 1868 in Seifersdorf in der Nähe von Dresden geboren, verlebte er seine Kindheit zusammen mit drei Geschwistern auf dem kleinen Bauernhof seiner Eltern, die ein arbeitsames Leben führten. Von 1874 bis 1882 besuchte er die zweiklassige Schule des Ortes, damit war seine „offizielle“ Schulbildung abgeschlossen. Alle weiteren Kenntnisse erwarb er sich als Autodidakt. Der Dorfschullehrer hatte den begabten Jungen für den Lehrerberuf gewinnen wollen, doch dazu konnte er sich nicht entschließen. Die Liebe zum Buch zeigte sich bei Hennig bereits in jungen Jahren, er las gern und viel.

Von 1883 bis 1885 war Hennig Maschinenbaulehrling in der Dippoldiswalder Fabrik für Landmaschinen von Eduard Mende. Ab Januar 1886 arbeitete er dort als Geselle und besuchte gleichzeitig die Fortbildungsschule. Als Leser in der Leihbibliothek entdeckte er den plattdeutschen Dichter Fritz Reuter, dessen humorvolle Werke und soziales Empfinden ihn ansprachen. Im Juni 1887 fand Hennig in der Bergstadt Freiberg eine Stelle als Eisendreher. In der Maschinenfabrik von E. Leinhaas kam er zum ersten Mal mit sozialistischen Ideen in Berüh-

---

<sup>1</sup> *Felicitas Marwinski*, Sozialdemokratie und Volksbildung – Leben und Wirken Gustav Hennigs als Bibliothekar. München [u.a.] 1994. Mit Bibliographie und Dokumentation seiner Schriften; *Dies.*, Verstaatlichung oder Verstadtlichung? Gustav Hennig und die Diskussion über die Perspektiven der Arbeiterbibliotheken vor und nach dem Ersten Weltkrieg, in: Stadt und Bibliothek. Literaturversorgung als kommunale Aufgabe im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Hrsg. von Jörg Fligge und Alois Klotzbücher. Wiesbaden 1997, S. 401-419; *Dies.*, Gustav Hennig, in: Lebenswege in Thüringen. Sammlung 1. Weimar 2000, S. 85-88 (Nr. 39).

rung. Durch die Lektüre sozialdemokratischer Blätter wie z. B. des „Wahren Jacob“ trat in seinem Denken ein Umschwung ein. Die Wurzeln für seine spätere, „im großen Stil betriebene Verbreitung sozialistischer und anderer guter Literatur“ sind hier zu suchen.

Im Herbst 1887 wurde Gustav Hennig Mitglied einer kleinen Geheimgruppe von Sozialdemokraten, denn das Sozialistengesetz vom 19. Oktober 1878 hatte die Partei in die Illegalität gezwungen. Im Jahr darauf ging er nach Leipzig und arbeitete dort bis 1902 wiederum als Eisendreher. Von 1888 bis 1898 war er aktives Mitglied des Arbeitervereins Leipzig, Lindenauer Abteilung. In den wenigen Mußestunden, die ihm verblieben, war er darum bemüht, seine geistigen Fähigkeiten auszubilden und sein Wissen zu bereichern. Möglichkeiten boten ihm der 1861 von August Bebel gegründete Arbeiterbildungsverein, der zu Hennigs Zeit von Friedrich Bosse geleitet wurde, der Freidenkerverein „Humboldt“, dem er lange Jahre angehörte, und der Umgang mit seinem Freund Julius Hänsel, den er 1891 kennenlernte.

Am 23. Januar 1892 heiratete er Pauline Kuhnert. 1894 eröffnete Hennig seine jahrzehntelange Vortragstätigkeit (über 3 000 Veranstaltungen) mit dem Thema „Frankreich vor der Revolution von 1789“. In seinen Vorlesestunden versuchte er Literatur zu „verlebendigen“ mit dem Ziel, die Zuhörer zur Lektüre anzuregen. Von 1898 bis 1906 war er Vorsitzender des Volksvereins Plagwitz-Lindenau. Er gestaltete ein geistig reges Vereinsleben, in dessen Mittelpunkt eine Bibliothek stand, die unter seiner Leitung zur ersten zentralisierten Arbeiterbibliothek umgestaltet wurde. Ihre vorbildliche Organisation strahlte auf viele Arbeiterbibliotheken aus. Ein vorrangiges Problem war der Ankauf neuer Bücher, der in Leipzig aus den Überschüssen der gut besuchten Vereinsveranstaltungen finanziert wurde.

1902 trat Hennig als Buchhandlungsgehilfe in die parteieigene, mit der „Leipziger Volkszeitung“ verbundene Volksbuchhandlung ein. Nach einer schwierigen Anfangsphase fand er sich in der neuen Berufssphäre gut zurecht und entwickelte sogar neue Vertriebsmethoden: Zu jedem seiner Vorträge nahm er einen Rucksack voll Bücher mit, legte sie aus und verkaufte so im Laufe der Jahrzehnte viele Zehntausende Bücher.

Von 1902 bis 1932 war Hennig Mitglied im Zentralverband der Angestellten, von 1903 bis 1905 des Ausschusses für volkstümliche Hochschulkurse in Leipzig. Er war Delegierter der Parteitage in Dresden (13./20. September 1903) und Mannheim (23./29. September 1906), auch hatte er den Vorsitz der Zentralorganisation der Partei für den 13. Wahlkreis (Leipzig-Land, 1906) inne. Er machte die Erfahrung, dass ihm zur Teilnahme an parteipolitischen Auseinandersetzungen die rechte Neigung und Eignung fehlte. Sein Interesse galt vielmehr der Kultur- und Bildungsarbeit. Die Werbung für das Buch, eine leserverbundene und -fördernde Lektüervermittlung und die Organisation des Arbeiterbibliothekswesens sollten in der Folgezeit die wesentlichsten kulturpolitischen Tätigkeitsfelder Hennigs werden. Im August 1907 nahm er am Internationalen Sozialisten-Kongress in Stuttgart teil.

1908 erschien als ein Wegweiser für Bibliotheksverwaltungen Hennigs vielbeachtete Schrift „Zehn Jahre Bibliothek[s]arbeit“, die Leistungsnachweis und Arbeitsanleitung in sich vereinte. Sie sollte zur Nachahmung der in Leipzig erprobten Praxis anregen. Im Berichtszeitraum wuchs der dortige Bestand von 299 auf 4 000 Bände an, die Entleihungen stiegen von 108 auf 34 564 Bände. Der Bibliotheksbestand war nach vierzehn Sachgruppen aufgestellt, laufend aktualisierte Kataloge informierten über den Inhalt. Die vierte Ausgabe des Lindenauer Katalogs (1908) enthielt einen Anhang „Wie schafft man sich mit wenig Mitteln eine gute Privatbibliothek an?“.

Für Hennig stand die Bibliotheksbenutzung im Vordergrund. Sie wurde deshalb statistisch erfasst und sorgfältig analysiert. Im Laufe der Jahre bildete sich, als Vorstufe zur Erwachsenenbibliothek, mit der Jugendbücherei ein eigener Bestandsbereich heraus. Als Voraussetzung für eine effektive Bibliotheksarbeit in größeren Städten entwickelte Hennig das Modell einer Zentralbibliothek mit örtlichen Filialbibliotheken unter einheitlicher Oberleitung (Bildungsausschüsse der Sozialdemokratie) und Bestandsnachweis in einem Zentralkatalog. Zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit und Bündelung von Initiativen sollten dagegen in kleineren und mittleren Orten sämtliche Buchbestände (einschließlich die der Gewerkschaftsbibliotheken) in Zentralbibliotheken vereinigt werden.



Dem Berufsbild des Arbeiterbibliothekars schenkte Hennig besondere Aufmerksamkeit. Diese Funktion sollte von belesenen, unterrichteten, arbeitsfreudigen und ordnungsliebenden Vereinsmitgliedern im Nebenamt ausgeübt werden. Es gehörte zu ihren Aufgaben, die in der Wahl der Bücher noch unschlüssigen Leser, wo es nötig war, individuell zu lenken und zu leiten. Vermutlich hat Walter Hofmann, der die Methode der individuellen Leserberatung etwa ab 1906 in der Freien öffentlichen Bibliothek Dresden-Plauen praktizierte, hierzu auch Anregungen von seinem späteren Schwager Gustav Hennig erhalten.

Im April 1909 erschien in Leipzig die erste Nummer der von Hennig herausgegebenen Fachzeitschrift für Arbeiterbibliothekare unter dem Titel „Der Bibliothekar“. Im Dezember 1921 stellte sie infolge der Inflation ihr Erscheinen ein. Ein Wiederbelebungsversuch 1925/26 unter dem Titel „Der Arbeiterbibliothekar“ scheiterte. Die Fachzeitschrift enthielt allgemeingehaltene, kurze Artikel zu aktuellen Problemen und Originalberichte aus dem Bibliotheksalltag. Sie wurde in alle Welt versandt, aufgrund ihres Informationsgehalts ist sie heute eine der wichtigsten Quellen zur Geschichte des Arbeiterbibliothekswesens.

Im Sommer 1911 nahm Hennig am 8. Gewerkschaftskongress in Dresden teil, der sich erstmals eingehend mit Bildungs- und Bibliotheksfragen befasste. Bereits seit 1907 war er ehrenamtlich als Sekretär des neuentstandenen Leipziger Allgemeinen Arbeiterbildungsinstituts (ABI) tätig, dessen Satzungen er ausgearbeitet hatte. 1912 wurde durch den Parteivorstand die Stelle eines besoldeten Bildungssekretärs geschaffen und, nach einigem Hin und Her, Hennig mit großer Mehrheit in dieses Amt gewählt, das er nach Beendigung seines Arbeitsverhältnisses in der Leipziger Volksbuchhandlung am 1. Mai 1912 antrat. Kurz vorher, am 19. Februar, war seine Frau verstorben. Ende März 1913 ging Hennig eine zweite Ehe mit Magdalene Bosse, einer Tochter von Friedrich Bosse, ein.

Im ABI galt es, ein umfangreiches Arbeitspensum zu erledigen: Auf dem Programm standen Theatervorstellungen, Vorträge, Kurse, Konzerte, Feste, Ausstellungen und die Bibliotheksarbeit. Auf der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik (BUGRA) 1914 in

---

Leipzig führte das ABI sein Bibliotheksnetz vor, das aus 59 Bibliotheken mit 60 000 Bänden bestand. 17 000 Leser hatten 214.976 Entleihungen vorgenommen. 163 ehrenamtliche Mitarbeiter waren hierbei tätig gewesen. Mit den Ergebnissen des Jahres 1913, auf denen die Ausstellung fußte, war allerdings der Höhepunkt in der Bibliotheksentwicklung erreicht. Nach dem „vereinfachten Leipziger System“ waren in den zwanziger Jahren über 500 deutsche Arbeiterbibliotheken organisiert.

Von Ende Januar bis Ende Mai 1919 war Hennig als Vertreter der USPD Stadtverordneter im Leipziger Stadtparlament. Er arbeitete u.a. im Schulausschuss, im Ausschuss für Jugendfürsorge und in der Kommission für künstlerische Belange mit.

Von Juli 1919 bis März 1923 leitete er die Heimvolkshochschule Tinz bei Gera, die im Ergebnis der Novemberrevolution 1918 als Bestandteil der Stiftung „Volkshochschule Reuß“ im damaligen Volksstaat Reuß gegründet worden war. Die Konzeption dieser Volkshochschule (Bildungsveranstaltungen, Gründung einer Freien öffentlichen Landesbücherei, Wanderbüchereien zur Pflege des örtlichen Bibliothekswesens, Errichtung einer Heimvolkshochschule) orientierte sich an dänischen Vorbildern, die besonders dem Wirken von Nikolaj Frederik Severin Grundtvig verpflichtet waren. Sie wurde am 15. September 1919 eröffnet. Am 20. Oktober 1920 folgte als nächster Schritt die Gründung der Freien öffentlichen Landesbücherei Gera, die als letzte von insgesamt sieben thüringischen Landesbibliotheken entstand. Bis März 1923 hatte Hennig die Oberleitung inne, dann verselbständigte sich ihre Entwicklung, die Bibliothek wurde in das allgemein-öffentliche Bibliothekswesen integriert (heute: Stadt- und Regionalbibliothek Gera).

Die erste, schon lange vorher von Hennig eingeforderte Konferenz der Arbeiterbibliothekare fand vom 3. bis 5. Juli 1921 in Schloss Tinz statt. Die Teilnehmer sprachen sich fast ausnahmslos gegen eine Verschmelzung von Arbeiterbibliotheken mit bürgerlichen freien öffentlichen Bibliotheken aus und lehnten damit den 1918 von Ernst Mehlich in der „Neuen Zeit“ gemachten Vorschlag, sie den städtischen oder Gemein-

debibliotheken anzugliedern, ab. Als Arbeiterbibliothekar genoss Hennig hohes Ansehen, er war u. a. Mitglied des dem Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit zugeordneten, 1924 gegründeten Beirats für das Arbeiterbüchereiwesen, dessen Arbeitsprogramm anfangs stark seine Handschrift trug. Der erste Entwurf eines „Leitfadens für Arbeiterbüchereien“ ging auf ihn zurück.

Im Zuge der Herausbildung des Landes Thüringen nach 1918 wurde die sozialistische „Volkshochschule Reuß“ in Gera mit Wirkung vom 1. April 1923 aufgehoben. Als ihr im Mai 1924 die Mittel für das Vortragswesen und die Bildungstätigkeit im Lande entzogen wurden, wandelte sie sich in die Groß-Thüringische Zentralstelle für Arbeiterbildung um. Die Kontinuität wurde durch Hennig gewahrt, der als Bildungssekretär für Groß-Thüringen die Leitung übernahm. Betreut wurden 226 Orte in Thüringen, Preußen, Sachsen, Bayern und in Böhmen. Die Zentralstelle vermittelte Vorträge, Konzerte und Theaterveranstaltungen, außerdem Bücher, die zu Vorzugspreisen geliefert wurden. Hennig gab auch Literaturempfehlungen, 1927 betreute er die Kolumne „Für unsere Büchereien“ in dem von Ernst Preczang herausgegebenen Beiblatt zu den Typographischen Mitteilungen „Das Schiff“. Am 3. Juni 1927 starb seine zweite Frau Magdalena Hennig, am 5. Januar 1928 ging er eine dritte Ehe mit Maria Ladebusch ein.

Seit Mitte der 1920er Jahre richtete Hennig seinen Blick zunehmend auf das gesamte deutsche Arbeiterbüchereiwesen. Auf der Tagung der Reichskonferenz der Bezirksbildungsausschüsse der Sozialdemokratischen Partei am 9. Juni 1928 im Geraer Rathaus warnte er vor einer Überschätzung der zentralen Regelung des Büchereiwesens, eine bezirksweise orientierte Arbeit schien ihm sinnvoller zu sein. Im Herbst des Jahres 1928 begann er im Unterbezirk Altenburg mit dem systematischen Auf- und Ausbau der Arbeiterbüchereien in Thüringen, der 1931 kurz vor dem Abschluss stand. In 100 Orten waren die Bestände neu geordnet worden. In den Unterbezirken Altenburg, Arnstadt, Eisenach, Erfurt, Gera, Jena und Nordhausen befanden sich jetzt 171 Arbeiterbibliotheken.

Anfang Januar 1933 schied Hennig aus der hauptamtlichen Parteiarbeit aus und beendete sein Berufsleben. Parteivorstand und Reichsaus-

schuss für sozialistische Bildungsarbeit würdigten zu seinem 65. Geburtstag in einer Grußadresse seine bahnbrechende Arbeit auf dem Gebiet des Arbeiterbüchereiwesens. Die politische Entwicklung setzte dem Aufwärtstrend der Arbeiterbibliotheken ein jähes Ende. Am 18. März 1933 wurde die Heimvolkshochschule Reuß Schloss Tinz durch die Nationalsozialisten aufgelöst, am 24. Juni 1933 die Volkshochschule Reuß verboten. Von den vor 1933 in großer Zahl vorhandenen thüringischen Arbeiterbibliotheken ist keine mehr überliefert.

Hennig, dem in den folgenden Jahren jedes öffentliche Auftreten untersagt war, suchte vergeblich, im Buchhandel Fuß zu fassen. Von 1936 bis 1940 lebte er in Veitsberg bei Wünschendorf, wo er als Pächter eine kleine Landwirtschaft betrieb, anschließend in der Zurückgezogenheit des Dorfes Tautenhain (Kreis Stadtroda). Im September 1944 wurde sein Sohn Heinz als vermisst gemeldet, am 22. Februar 1945 fiel sein Sohn Karl.

Nach Kriegsende trat Gustav Hennig erneut der Sozialdemokratischen Partei bei, im September 1945 nahm er unter schwierigsten Bedingungen die Vortragstätigkeit wieder auf. Aufgefordert, sich an der „Einziehung von Literatur und Werken nationalsozialistischen und militaristischen Charakters aus den Beständen der Bibliotheken und Buchhandlungen“ gemäß den Vorgaben der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland und des Alliierten Kontrollrats 1945/46 anhand der „Liste der auszusondernden Literatur“ zu beteiligen, stellte er seine Arbeitskraft bereitwillig zur Verfügung. Sein hohes Alter hinderte ihn nicht, Buch für Buch gründlich durchzusehen. Mit der im April 1946 auf dem Vereinigungsparteitag von KPD und SPD erfolgten Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurde Hennig deren Mitglied. Im November 1947 feierte er sein 60-jähriges sozialdemokratisches Parteijubiläum. Seit Oktober 1947 schrieb er an seiner Autobiographie, die er noch am 21. Mai 1948 abschließen konnte. Zu seinem 80. Geburtstag als „Pionier der Arbeiterbildung“ gewürdigt, wurde Hennig wegen seiner hervorragenden Verdienste um die Arbeiterbildung vom Ministerpräsidenten des Landes Thüringen Werner Eggerath am 6. August 1948 der Professorentitel verliehen.

Hennig verstarb am 23. Dezember 1948 nach kurzer Krankheit in Eisenberg und wurde auf dem Geraer Ostfriedhof beigesetzt. Der Gustav-Hennig-Platz in Gera erinnert an den bedeutenden Arbeiterbibliothekar, 1988 erhielt die Wohngebietsbibliothek Gera-Lusan seinen Namen.

Hennigs erste publizierte Mitteilung entstand aus Anlass der Feier von Goethes 150. Geburtstag im Volksverein Plagwitz-Lindenau, wo er im Winterhalbjahr 1899/1900 an 12 Abenden aus Goethes „Faust“ rezierte. Soweit heute noch feststellbar, gingen zwischen 1900 und 1932, 1946 und 1948 aus seiner Feder 245 Arbeiten hervor. Er äußerte sich zu bibliothekarischen und kulturpolitischen Themen, aber auch zu Ausflugsrouten rund um Leipzig und über den überzeugten Republikaner Johann Gottfried Seume, zu dessen 100. Todestag er eine Gedenkfeier veranstaltete.

Als Erzähler und Vortragender setzte sich Hennig für die Lektüre anspruchsvoller Belletristik ein, der „Schundliteratur“ hatte er den Kampf angesagt. Er bevorzugte sozialkritische Schriftsteller und Autoren sozialistischer Tendenz, um Arbeiter als Leser zu gewinnen und zur Bibliotheksbenutzung anzuregen.

---

Peter Gohle

## Jonny Hinrichsen (1868 – 1944)

Die Biographie von Jonny Hinrichsen<sup>1</sup> liegt für die erste Lebenshälfte sowie bezüglich seines Schicksals nach 1933 in weiten Teilen im Dunkeln, was vor allem durch die Quellenverluste während der nationalsozialistischen Diktatur und durch die Kriegseignisse bedingt ist. Lediglich für die Zeit zwischen 1908 und 1933 sind wichtige Eckpunkte seines privaten und politischen Lebens sowie seiner beruflichen Tätigkeit fassbar.

Hinrichsen wurde am 14. November 1868 in Hamburg geboren. Über seinen Familienhintergrund ist nichts bekannt, es scheint aber naheliegend, diesen im handwerklichen oder seemännisch-proletarischen Milieu zu verorten. Wahrscheinlich in den 1880er Jahren lernte er in Hamburg das Zimmererhandwerk. In diesem Zeitraum oder bald danach schloss er sich vermutlich dem 1883 gegründeten Zentralverband der Zimmerer Deutschlands an, dessen Hauptsitz in Hamburg war. Wohl nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890 trat er auch der SPD bei. Um das Jahr 1900 übersiedelte er nach Berlin. Bis 1934 sind in den Berliner Adressbüchern und im Melderegister mehrere Wohnsitze

---

<sup>1</sup> Zur Biographie von Jonny Hinrichsen vgl.: AdsD, SPD-Parteivorstand, Archiv und Bibliothek, AdsD Nachlass Friedrich Salomon; Bundesarchiv Berlin, R 58 Reichssicherheitshauptamt; Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin, Rep. 178B Geheimes Staatsarchiv; Landesarchiv Berlin, B Rep. 021 Einwohnermeldeamt. – Der Zimmerer. Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und Verwandter Berufsgenossen Deutschlands, Hamburg, Berlin, Jahrgänge 1908-1920; Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, 3 (1914), Leipzig 1914; Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, 4 (1927), Berlin 1927; Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie, hrsg. v. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1927 - 1932. *Jonny Hinrichsen*, Das Parteiarchiv, in: Sozialistische Monatshefte 34 (1928), S. 117; *Mario Bungert*, „Zu retten, was sonst unwiederbringlich verloren geht“. Die Archive der deutschen Sozialdemokratie und ihre Geschichte, Bonn 2002; *Paul Mayer*, Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs und das Schicksal des Marx-Engels-Nachlasses, in: Archiv für Sozialgeschichte, 6/7 (1966/67); *Rüdiger Zimmermann*, Das gedruckte Gedächtnis der Arbeiterbewegung bewahren. Die Geschichte der Bibliotheken der deutschen Sozialdemokratie, 3. erw. Aufl. Bonn 2008.

in Schöneberg und Wilmersdorf nachweisbar. Im März bzw. April 1908 wurde Hinrichsen zum zweiten Vorsitzenden der Zahlstelle Berlin des Zimmererverbandes gewählt und damit gleichzeitig hauptamtlicher besoldeter Mitarbeiter. Dies blieb er bis zum März 1919, als ein komplett neuer Vorstand gewählt wurde. Zudem war er in diesem Zeitraum – und auch teilweise später – Mitglied der Schieds-, der Gewerkschafts- und der Schlichtungskommission sowie des öfteren Berliner Delegierter auf Generalversammlungen des Verbandes. Es ist darüber hinaus belegt, dass er bisweilen als Versammlungsredner auftrat. Die dürren Notizen des Verbandsorgans „Der Zimmerer“, die diese Aktivitäten Hinrichsens dokumentieren, legen den Eindruck nahe, dass es sich bei ihm um einen grundsoliden und ausgleichend wirkenden Funktionär gehandelt haben muss, der fest im sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Milieu verankert war und sich eher in der zweiten Reihe als im vordersten Rampenlicht wohlfühlte. Hinrichsen war darüber hinaus wohl relativ bildungsorientiert und vermutlich auch deutlich belehener als viele seiner Verbandskameraden. Ein Hinweis darauf mag sein, dass er in den 1920er Jahren Vorsitzender der Freien Schulgemeinde in Charlottenburg war. Insofern scheint es im Bereich des Möglichen, dass er als einer von vier Hauptamtlichen des Zimmererverbandes, die in den Büroräumen im dritten Stock des Gewerkschaftsbaus am Berliner Engelufer untergebrachte Verbandsbibliothek mitverwaltet hat – dies ist freilich nur begründbare Spekulation.

Auf welchem Wege er sich dem SPD-Parteivorstand für die Nachfolge Drahn's als Leiter des SPD-Parteiarchivs anbot, ist ebenfalls unklar. In jedem Falle war er als bodenständiger und vor allem verlässlicher Gewerkschaftsfunktionär mit vermutlich bibliophilen Neigungen genau der richtige Mann für diesen Posten nach den durchaus zwiespältigen Erfahrungen, die der Parteivorstand mit Ernst Drahn gemacht hatte. Um eventuelle fachliche Defizite Hinrichsens auszugleichen, wurde ihm ab 1921 der gelernte Volkswirtschaftler Paul Kampffmeyer, der sich seit den 1890er Jahren als sozialdemokratischer Journalist und Publizist einen Namen gemacht hatte, als wissenschaftlicher Berater zur Seite gestellt. Der „Archivverwalter“ Hinrichsen wird in der einschlägigen Literatur immer als „archivarischer Autodidakt“ beschrieben. De

facto dürfte er sich zunächst vornehmlich um sämtliche administrativen Belange, wo er hinlängliche Erfahrung besaß, gekümmert haben, während Kampffmeyer die eigentliche fachliche Leitung übernahm. Mit der Zeit wuchs er offensichtlich in seine Aufgabe hinein und glich seine mangelnde Vorbildung durch Engagement und zunehmende Liebe zum Objekt aus.

Das Parteiarchiv war vor 1918 nur in sehr begrenztem Umfang öffentlich zugänglich gewesen und diente als gleichsam papiergewordene „Waffenkammer“ des politischen Kampfes hauptsächlich parteiinternen Zwecken. Unter den neuen politischen Verhältnissen der Republik wandelte sich seine Funktion. Während des „Duumvirats“ Hinrichsen/Kampffmeyer wurde es – immerhin war die SPD zu der zentralen Staatspartei geworden – vorsichtig für ein breiteres Publikum und die Wissenschaft geöffnet. Die neuen Zielgruppen nahmen dieses Angebot dankbar an, und so verzeichneten die Archivberichte in den Jahrbüchern der SPD bis 1931 stetig wachsende Benutzerzahlen, die schließlich die vorhandenen Kapazitäten überforderten. Unter den zentralen Projekten und Publikationen, die in der Ära Hinrichsen/Kampffmeyer auch auf der Basis der Bestände des Parteiarchivs und der Bibliothek entstanden sind oder angestoßen wurden, waren beispielsweise diverse Studien des Berliner Historikers Gustav Mayer, die von ihm herausgegebene mehrbändige Lassalle-Edition, verschiedene Veröffentlichungen von und zu Marx/Engels-Werken unterschiedlicher Autoren und Institutionen und nicht zuletzt zahlreiche Arbeiten von Kampffmeyer.

Das Gros der Bestände des Parteiarchivs war eigentlich Bibliotheksgut, also Bücher, Zeitschriften, graue Literatur und Zeitungen. Die Einzigartigkeit dieser Sammlung in Deutschland beruhte auf der Tatsache, dass sozialistisches und sozialdemokratisches Schrifttum bisher nur am Rande der Aufmerksamkeit staatlicher Bibliotheken gelegen hatte und die Verantwortlichen dort erst langsam begannen, den Wert dieses Segments der Publikationen zu erfassen. Bis 1928 waren die Bestände auf rund 15 000 Titel in rund 21 000 Bänden angewachsen. Handgreifliches Resultat der vertieften Erschließungsarbeiten der 1920er Jahre ist der Ende 1927 vorgelegte, dreibändige Sachkatalog, der das Schriftgut nach einer zwölf bzw. 14 Hauptsystemstellen und drei Untergliede-



rungsebenen umfassenden Klassifikation ordnete und erschloss. Die Systematik deckte sich wohl mit der Aufstellungsordnung der Freihandbibliothek.

Der eigentlich archivische Teil der Sammlungen umfasste vor allem Nachlassschriftgut, Autographen und einige Materialsammlungen. Das Kronjuwel darunter war zweifellos der Marx-Engels-Bestand, dessen Inventarisierung durch Marek Krieger im Jahr 1932 abgeschlossen werden konnte. Darüber hinaus beherbergte das Magazin die Nachlässe, Teilnachlässe und Briefsammlungen unter anderem von Ferdinand Lassalle, Moses Hess, Eduard Bernstein, Joseph Weydemeyer, Hermann Jung, Johann Philipp Becker, Hermann Schlüter und Georg von Vollmar. Noch 1932 kamen die Nachlässe des letzten sozialdemokratischen Reichskanzlers der Weimarer Republik Hermann Müller und des preußischen Landtagspräsidenten und Hauptkassierers der SPD Friedrich Bartels hinzu. In der Autographensammlung befanden sich Einzelstücke oder kleinere Konvolute von August Bebel, Max Adler, Julius Motteler, Karl Kautsky und Franz Mehring – um einige wichtige zu nennen. Aus den Materialsammlungen, die das Parteiarchiv verwahrte, stechen inhaltlich die zum Berliner-Arbeiter-Kongress 1848, zum allgemeinen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands 1918/19, zum Kapp-Putsch 1920, zum Ausnahmezustand in Thüringen 1923 sowie ein kleineres Konvolut zur Tätigkeit der Konzentration AG hervor. Abgerundet wurden die Bestände durch ein Bildarchiv und eine zeitgeschichtliche Flugblattsammlung. Im engeren Wortsinn archivische Aufgaben nahm das Parteiarchiv gleichwohl nicht wahr, denn es betreute und übernahm zu keinem Zeitpunkt parteiamtliche Registraturen der SPD. Daneben und darüber hinaus organisierte das Parteiarchiv bisweilen Ausstellungen entweder in den eigenen Räumen oder im 1930 eingeweihten Karl-Marx-Museum in Trier. Das letzte dort geplante Projekt dieser Art anlässlich des fünfzigsten Todestages von Karl Marx im Jahr 1933 wurde durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten vereitelt.

Bald nach dem 30. Januar 1933 wurde klar, dass die Bestände des SPD-Parteiarchivs trotz des Denkmalschutzes, den sie seit 1923 genossen, durch den Zugriff der Nationalsozialisten akut bedroht waren. Nach-

dem im März 1933 das Vorwärts-Gebäude von der SA gestürmt und kurzzeitig besetzt worden war, begannen Hinrichsen, Kampffmeyer und Boris Nikolajewskij damit, die wertvollsten Fonds, zuallererst das Marx-Engels-Archiv, im Ausland in Sicherheit zu bringen. Ein erster Transport mit zwei Koffern Marx-Manuskripten ging im April/Mai 1933 nach Kopenhagen in die Obhut der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks bzw. in einen Safe der Arbeiter-Landesbank. Kurz darauf mischte Nikolajewskij nach Absprache 76 Pakete gefährdeter Archivalien, unter anderem die Nachlässe Motteler, Vollmar und Bernstein, unter den offiziellen Transport des Schriftguts der russischen Sozialdemokraten nach Frankreich. Hinrichsen selbst hatte fünf weitere Kisten mit Autographen, Sammlungsgut sowie seltenen Druckschriften und Zeitungen an einem sicheren Ort in Berlin deponiert. Ende 1935 gelang es ihm, diese nach Amsterdam ins neu gegründete Internationale Institut für Sozialgeschichte (IISG) zu senden.

Im Zuge der Besetzung des Vorwärts-Hauses am 10. Mai 1933 waren Hinrichsen und Kampffmeyer verhaftet, jedoch nach kurzer Zeit wieder frei gelassen worden. Am 23. Juni 1933 – einen Tag nach dem Verbot der SPD – versiegelte die Gestapo die Räume des Archivs. Sie wurden aber zunächst nur oberflächlich begangen und nicht weiter untersucht. Als knapp ein Jahr später Mitarbeiter des Geheimen Staatsarchivs die Bestände sichteten, stellten sie fest, dass die wertvollsten Archivalien vor dem Zugriff der Nationalsozialisten entnommen worden waren. Es dauerte abermals fast zwei Jahre, bis die Angelegenheit im Preußischen Finanzministerium zur Kenntnis genommen und eine weitere Klärung des Sachverhaltes eingeleitet wurde. So bestellte die Gestapo Hinrichsen im März 1936 zur Vernehmung ein. Es gelang ihm jedoch, den Ablauf und Umfang der Evakuierungsaktion und auch seine Rolle dabei im Wesentlichen zu verschleiern, worauf er wieder auf freien Fuß gesetzt wurde. Danach verliert sich für mehrere Jahre seine Spur. Im Juni 1942 übergab Hinrichsen dem Geheimen Preußischen Staatsarchiv – unklar ist, ob unter Druck oder freiwillig – sowohl ein Fragment des Kriegerschen Marx-Verzeichnisses, das sich bis 1942 in seinem Besitz befand, mehrere Bände der Zeitschrift „Die Neuen Zeiten“ sowie nicht genauer beschriebene Protokolle.

Über seine Lebensverhältnisse in dieser Zeit ist – außer seinem Rentenstatus – weiter nichts bekannt. Im April 1934 zog er innerhalb Berlins von Wilmersdorf nach Weißensee, Am Steinberg 122, um. Ab Mai 1941 wohnte er in Berlin-Kreuzberg, Oranienstr. 171. Er starb am 12. Februar 1944 in Berlin.

Jonny Hinrichsen war seit der Jahrhundertwende mit einer am 22. September 1875 geborenen Berlinerin – der genaue Taufname ist auf der Meldekarte unleserlich – verheiratet. Aus dieser Verbindung gingen vier Kinder hervor. Nachdem diese Ehe aus unbekanntem Gründen endete, heiratete er Bertha, geborene Freige, verwitwet Pallaiso, geboren am 5. November 1882 in Neuhof, Kreis Heilsberg/Ostpreußen.

---

Wolfgang Budde-Roth

## **Kurt Hirche (1904 – 1999)**

Die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung erhielt von Kurt Kirche eine umfangreiche Sammlung von Monographien und Zeitschriften aus den Bereichen deutsche Sozialdemokratie, Jugendbewegung und Expressionismus, darunter viele Graphiken des Expressionismus. Der folgende Beitrag stellt Kurt Hirche vor und beschreibt seine Sammlung.

Kurt Hirche wurde am 30. Oktober 1904 in Tiefensee in Niederschlesien in eine sozialdemokratisch orientierte Familie geboren. Der Vater war Porzellanmaler und verlor zweimal seine Arbeitsstelle, weil er für die Gewerkschaft warb, und stand dann auf der roten Liste der dortigen Arbeitgeber; das bedeutete Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger. 1909 fand er in Magdeburg, damals schon Großstadt mit gut ausgebildeten Gewerkschaften, einen neuen dauernden Arbeitsplatz. Während des Krieges reichte der Soldatensold nicht für den Lebensunterhalt. Die drei Kinder mussten mithelfen: auf den Putzstellen der Mutter, durch Austragen der SPD-Zeitung, Kräuter und Pilze sammeln, bei Bauern arbeiten. Dieses Zusammenhalten und die sozialdemokratische Orientierung der Eltern und in besonderem Maße das Bildungs- und Lesebedürfnis des Vaters haben Kurt Hirche geprägt.

An vielen Abenden las der Vater aus Theaterstücken vor, hauptsächlich aus solchen mit sozialen und revolutionären Inhalten: Von Schiller, Ibsen, Sudermann, Grillparzer, Anzengruber, Schönherr und vor allem Gerhart Hauptmann, oder Gedichte von Heine, Dehmel, Freiligrath und Herwegh. „In diesen Abendstunden ... ist mir ein guter Teil von dem, was damals in der Arbeiterbewegung an Lyrik und Dramatik zu Hause war, zu eigenem Besitz geworden.“<sup>1</sup> Kurt Hirche wurde ein leiden-

---

<sup>1</sup> *Kurt Hirche: Immer in Bewegung*: Bd. 1: Unruhe und Aufbruch, Marburg 1994; Bd. 2: Die braune Zeit. Marburg 1995; Bd. 3: Am Webstuhl der Zeit. Marburg, 1995; hier: Bd. 1, S. 45.

schaftlicher Leser, ihn faszinierte „das tausendfache Leben“<sup>2</sup>. Und außerdem wollte er vorankommen „in dieser Klassengesellschaft“.<sup>3</sup>

Als Vierzehnjähriger trat er der Arbeiterjugend bei, später der SPD und der Gewerkschaft und 1924 auch dem Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Die Arbeiterjugend suchte „neue Lebensformen und Leitbilder des Gemeinschaftslebens“. Das drückte sich unter anderem aus in „unseren Liedern und Gesängen, unseren Spielen und Tänzen, unserer Musik und unseren Dichtungen“.<sup>4</sup> So verliefen die Heimabende und Wanderungen, und die Magdeburger Spielschar trug dieses Repertoire auf vielen Veranstaltungen in die Magdeburger Arbeiterbewegung. Kurt war herausragend dabei. Anfangs waren es Lieder aus „Des Knaben Wunderhorn“, „Zupfgeigenhansel“ und andere, später aus dem eigenen Arbeiter-Jugend-Liederbuch. Bildung, Vorträge über Arbeiterbewegung und Sozialismus nahmen ebenfalls breiten Raum ein. Sieben Jahre war Kurt Hirche in jeder freien Zeit aktiv in der Arbeiterjugend-Organisation der SPD. Gruppen der Arbeiterjugend und der „bürgerlichen“ Jugendbewegung begegneten sich freundlich, zeigten aber, dass sie verschieden sind. Dennoch war beiden bewusst, dass sie „gemeinsam ein anderes, ‚besseres‘, ein humaneres Leben“ erstrebten. Das wuchs weiter, überdauerte die Nazizeit, und man könne sagen – so Hirche – wer von „der Jugendbewegung ganz durchdrungen war, wer damals einen neuen Menschen und eine neue Gesellschaft wollte, erkennt sich untereinander, auch wenn er heute in verschiedenen politischen Lagern steht“.<sup>5</sup>

Diesem gemeinsamen Streben entspricht auch Hircches Einstellung zum Marxismus. Er hat schon als 16jähriger begonnen, sich in die marxische Theorie einzulesen: Kautsky über die ökonomischen Lehren von Marx, Gorter und Greulich über den Historischen Materialismus und viele andere Autoren. Aber je mehr er sich mit diesem „Gedankengebäude“

---

<sup>2</sup> *Kurt Hirche*: Meine Sammlung, in: Dokumentation der Sammlung Prof. Dr. Kurt Hirche in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, hrsg. v.: Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2000, S. IX.

<sup>3</sup> Ebd.

<sup>4</sup> *Hirche*, Immer in Bewegung, Bd. 1, S. 180.

<sup>5</sup> Ebd., S. 144f.

beschäftigte, desto fragwürdiger wurde ihm die Theorie des Historischen Materialismus. Ihm wurde allmählich klarer, dass „Gesellschaft und Wirtschaft von mehr Strömungen beeinflusst werden als nur von der jeweiligen Produktionsweise“ und dass es eine Wechselwirkung gebe zwischen den „geistigen Kräften und den materiellen Verhältnissen“.<sup>6</sup> Die marxistische These von der Unausweichlichkeit des Klassenkampfes hat Hirche und viele aus der damaligen Arbeiterjugend nicht überzeugt. Vor allem der Hofgeismarkreis der Jungsozialisten (1923 – 1926) betonte die Vereinbarkeit von Sozialdemokratie und Nation, den Gedanken der Volksgemeinschaft als Gemeinschaft von Menschen, die „den Sozialismus... leben“<sup>7</sup> – manchmal freilich national-romantisch zugespitzt. Hirche nannte dessen Mitglieder rückschauend die „intelligentesten, weitblickendsten und vorwärtsstrebendsten Kräfte unserer Bewegung“. Auch wenn er nicht all ihre politischen Ansichten teilte, bewegte ihn die Grundhaltung der Hofgeismarer stark.<sup>8</sup> Führende Mitglieder oder Förderer waren Gustav Dahrendorf, Theo Haubach, Carlo Mierendorff, Gustav Radbruch („Kulturlehre des Sozialismus“) – alle einige Jahre Reichstagsabgeordnete, Radbruch auch Justizminister –, Franz Osterroth, Redakteur des „Reichsbanner“, August Rathmann, Schriftleiter der Zeitschrift der religiösen Sozialisten, Eduard Heimann, einer ihrer Herausgeber, der Arbeitsrechtler und Dozent in der Arbeiterbildung Hugo Sinzheimer, Heinrich Deist, im Bundestag wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, Otto Bach, Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, und als größter Anreger der Staatsrechtler Hermann Heller und sein Buch „Sozialismus und Nation“ (1925). Fast allen war Hirche begebenet, mit Osterroth und Deist war er befreundet. Viele ihrer Gedanken sind ins Godesberger Programm der SPD aus dem Jahr 1959 eingegangen<sup>9</sup>, aber die Weimarer SPD haben sie nicht beeindruckt.

---

<sup>6</sup> Ebd., S. 304.

<sup>7</sup> *August Rathmann*, Ein Arbeiterleben. Erinnerungen an Weimar und danach, Wuppertal 1983, S. 65.

<sup>8</sup> *Hirche*, Immer in Bewegung, Bd. 1, S. 316ff.

<sup>9</sup> Ebd.; *Heinrich August Winkler*, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930. Berlin/Bonn 1985, S. 367-378; *Rathmann*, S. 65-68.

Kurt Hirche hat die Volksschule besucht, eine Lehre als Handlungsgehilfe gemacht und als Angestellter gearbeitet. Da ihn das nicht zufrieden stellte, besuchte er die Höhere Handelsschule in Magdeburg, studierte Wirtschaftswissenschaften an der Handels-Hochschule Mannheim und promovierte Ende 1932. Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten versuchten die dortige NS-Studentenschaft und andere zu verhindern, dass ihm die Promotions-Urkunde ausgehändigt werde. Es war wohl sein unerschrockenes Auftreten, das diesen Versuch erfolglos machte. Als er sich bewarb, für Zeitungen zu schreiben, erhielt er nur zögerlich Aufträge, und bald verbot man ihm die journalistische Arbeit. 1934 schloss ihn der Reichsverband der Deutschen Presse aus. Um seine Berufschancen zu wahren, bemühte sich Hirche um Wiederaufnahme. Der Verband lehnte ab, mehrere Schreiben an das Propaganda-Ministerium blieben ungeantwortet, da schrieb er an Goebbels direkt, fuhr schließlich nach Berlin und sprach im Ministerium bei den zuständigen Stellen vor. Im August 1936 erhielt er einen positiven Bescheid, von Goebbels unterzeichnet. An den Minister hatte er unter anderem geschrieben: „Ich bin stolz darauf, eine Überzeugung gehabt, für sie gestritten und für sie gelitten zu haben.“ Jetzt aber brauche er Zeit zum „Umlernen“. „Soll ein Mensch dafür bestraft werden, dass er nicht zum ‚Konjunkturritter‘ wurde und das Nest beschmutzte, in dem er früher gesessen?“<sup>10</sup> Ähnliches hatte er in einem langen Artikel in der Frankfurter Zeitung vom 8. April 1934 geschrieben (den er auch dem Ministerium schickte). Die SPD-Jugend habe einiges an der bisherigen Politik ihrer Partei auszusetzen. Und jetzt leide sie unter der doppelten Last, „dass sie das Vergangene nicht zu billigen vermag“ und „dass man sie als Feind des Neuen ansieht“, vor allem, dass man sie „zu Menschen minderen Wertes“ degradiere und eine Mitarbeit erschwere. Das war als Tarnung formuliert: „Ein totalitäres System ... zwingt zum Camouflieren.“<sup>11</sup> Er konnte nun an der Neuen Mannheimer Zeitung als Lokalreporter arbeiten, wechselte aber 1937 in eine Berliner Presseagentur, die täglich den „Neuen Wirtschaftsdienst“ (NWD) herausbrachte und den „Sozialpolitischen Forschungsdienst“

<sup>10</sup> *Hirche*, Immer in Bewegung, Bd. 2, S. 81.

<sup>11</sup> Ebd., S. 43ff.

(SFD). Dort arbeitete er unbehelligt bis zur Einberufung zum Kriegsdienst im Januar 1945.

Von 1945 bis 1952 war er freier Journalist und Redakteur beim RIAS, Vorsitzender des Journalistenverbandes Berlin, wissenschaftlicher Sekretär der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft und Gemeinwirtschaft. 1953 berief ihn der Bundesvorstand des DGB zum Leiter seiner Hauptabteilung Wirtschaftspolitik, und von 1955 bis 1971 war er der Vertreter des DGB beim Deutschen Bundestag.

Schreiben war für Hirche immer ein großes Bedürfnis. Bis in die 1950er Jahre war das sein Beruf. Danach veröffentlichte er eine große Zahl von Aufsätzen und Büchern, die meisten zu gewerkschaftlichen Themen: Lohnpolitik – Volksaktie – Wirtschaftsunternehmen der Gewerkschaften – Finanzen der Gewerkschaften – Gemeinwirtschaft – Gewerkschafter im Deutschen Bundestag – Programm-Entwurf des DGB – Privatisierung öffentlicher Wirtschaft; daneben zwei Bücher über politische Witze: West-Östlicher Witz-Diwan – Der braune und der rote Witz (gesammelt in der NS-Zeit); in den 90er Jahren einige Aufsätze für Kataloge zu den Ausstellungen mit seiner Sammlung, und als er 90 Jahre alt war, eine dreibändige Autobiographie. Am 7. Februar 1999 starb Kurt Hirche.

Hirche hat Bücher gekauft, sobald er Geld verdiente. Während des Studiums waren es vor allem Fachbücher (unter anderem jetzt 27 Titel von Sombart, einem seiner Lehrer). Aber als er 1937 eine relativ gut bezahlte Arbeit in Berlin fand, begann er in Antiquariaten zu sammeln und kaufte vor allem, was verboten war und was die Antiquare hätten vernichten müssen. Verboten waren viele Publikationen über Themen, die ihn seit seiner Jugend interessierten: Über Möglichkeiten und Formen eines anderen, besseren Lebens der Einzelnen und des Zusammenlebens in der Gesellschaft. Das drückte sich in den Schriften der Arbeiterbewegung und Arbeiterjugendbewegung aus, ferner in Überlegungen von „bürgerlichen“ Wissenschaftlern und Publizisten zu Gesellschaft, Staat, Politik und zum Leben der Einzelnen, in den Schriften der Jugendbewegung, in der Arbeiterdichtung, in der Dichtung des Expressionismus und in der expressionistischen darstellenden Kunst. Hir-



che: „Mir wurde bewusst, dass linke und expressionistische Literatur und expressionistische Graphik eine Einheit bilden.“<sup>12</sup> Die Dichtung der damaligen Zeit war für ihn größtenteils politisch, und ähnlich dachte er über die neue Psychologie (Sigmund Freud), die neue Sexualmoral und anderes.<sup>13</sup>

Ungefähr die Hälfte aller von Hirche gesammelten Monographien ist belletristisch. Die Titel der Arbeiterdichtung zeigen, dass nicht nur Ausbeutung und unmenschliche Arbeitsbedingungen dargestellt wurden, sondern auch Vorstellungen, wie das Leben sein könnte. Die sozialkritische und politische Literatur von Autoren, die nicht Arbeiter waren, ist in der Sammlung allerdings häufiger vertreten. Die meisten expressionistischen Autoren sind mit vielen Titeln vorhanden.

Schon früh kaufte Hirche Ausgaben von Marx, Engels, Lassalle, Kautsky, Bernstein, Bebel, Kampffmeyer, Mehring, Luxemburg – die Sammlung enthält eine große Zahl ihrer Schriften. Andere marxistische und sozialdemokratische Autoren sind seltener. Ihm lag immer daran, „ohne Scheuklappen zu denken“<sup>14</sup>; das bedeutete zum Beispiel, Schriften zu sammeln, die die marxistisch-sozialistische Literatur begleiten, wie etwa Martin Bubers Reihe „Die Gesellschaft“ (vor 1914) mit Schriften von Sombart, Simmel, Bernstein, Landauer, Oppenheimer und anderen; die zwanzig Hefte der „Dokumente der Menschlichkeit“ (vor 1914), die Titel unter anderem von Fichte, More, Swift, Jean Paul, Rousseau, Campanella und Kant versammelte; und die Reihe „Öffentliches Leben“ des Neuen-Geist-Verlages (ab 1925), in dem die politischen Vorstellungen Leonard Nelsons und seines Internationalen Jugendbundes vorgestellt wurden<sup>15</sup>, die Hirche wegen ihrer elitären Ausrichtung – Herrschaft der Weisen – überhaupt nicht teilte.

Das „Sahnehäubchen“ der Sammlung sind allerdings die zum Teil seltenen, teils sehr sorgfältig gemachten Hefte und Zeitschriften mit expressionistischer Graphik, zum Beispiel. „Die Aktion“ von Franz

<sup>12</sup> *Hirche, Meine Sammlung*, S. XV.

<sup>13</sup> *Ebd.*, S. XIV.

<sup>14</sup> *Ebd.*

<sup>15</sup> *Ebd.*, S. XI.

---

Pfemfert und „Der Sturm“ von Herwarth Walden und eine Reihe anderer aus Bereichen wie Literatur, Kunst, Satire, Jugendbewegung. Dieser Teil und entsprechende monographische Titel sind in mehreren Ausstellungen gezeigt worden: Die Aktion – Der Sozialsatiriker George Grosz – Revolutionäre des Geistes – Jugendbewegung und demokratischer Sozialismus – Expressionismus und Arbeiterbewegung – Expressionismus in Norddeutschland – Expressionismus in Süddeutschland.

Die Sammlung, die Kurt Hirche der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung übergab, umfasst rund 5 400 Monographien und rund 300 Periodika. Hirche hat in einem Beitrag „Meine Sammlung“ diesen Bestand beschrieben. Ein Teil ist im Weltkrieg verloren gegangen, was blieb, macht etwa vier Zehntel des heutigen Umfangs aus, den größten Teil hat er in den Jahren 1945 bis 1955 antiquarisch gekauft. Die meisten Titel handeln also von der Zeit vor 1933 und etwas darüber hinaus.

Hanneliese Palm

## **Fritz Hüser (1908 – 1979)**

Offen für alle Bürger, so wollte Fritz Hüser die öffentlichen Bibliotheken sehen: mit umfassender und unzensurierter Buchauswahl, zugänglich während ausgedehnter Öffnungszeiten und geführt von umfassend informiertem und auskunftsfreudigem bibliothekarischen Fachpersonal. Diesem Ideal strebte er nach, ohne dass er es während seiner langen beruflichen Laufbahn jemals wirklich erreicht glaubte.<sup>1</sup>

Fritz Hüser<sup>2</sup>, geboren am 4. Oktober 1908 in Mülheim an der Ruhr, wuchs bei den Großeltern in einem sozialdemokratisch geprägten Umfeld auf. Über seinen Großvater lernte er den Bergarbeiterdichter Heinrich Kämpchen kennen, weiter führte der damalige Jugendsekretär des SPD Unterbezirks in Dortmund, Willy Hofmann, den Jugendlichen an die Literatur heran und ermunterte ihn, die zahlreichen Veranstaltungen der literarischen Vereinigungen in Dortmund zu besuchen. Hier erlebte Hüser in beeindruckenden Lesungen unter anderem Ernst Toller, Heinrich Lersch, Martin Andersen-Nexö, Stefan Zweig und Alfred Döblin. Gleichzeitig zu seinen literarischen Neigungen entwickelte er ein ausgeprägtes Gespür für bibliothekarische Fragestellungen. Er begann mit der Verwaltung der Schülerbücherei und bemühte sich als Lehrling seine Kollegen in der SAJ zum Lesen zu animieren. In dem Dortmunder Bibliotheksdirektor Erich Schulz fand er seinen bibliothekarischen Mentor, der die Begabung Hüasers frühzeitig erkannte. Nach dem Abschluss der Volksschule begann Hüser eine Lehre als Former in einer Maschinenfabrik. Trotz seiner intellektuellen Neigungen verstand er sich als Arbeiter, ohne seine Berufsunfähigkeit nach einem Arbeitsunfall 1931 hätte er sich wohl nicht einem akademisch geprägten Berufs-

---

<sup>1</sup> *Fritz Hüser*, Bücherschrank für jedermann, in: Zeitung der Ruhrfestspiele 1963.

<sup>2</sup> Eine ausführliche Biographie Hüasers sowie die Zitate im folgenden Text vgl.: *Hanneliese Palm*, „Nützt die aufgezwungene Freizeit zu Eurer Fortbildung, lest Bücher!“, in: *Volker Zaib* (Hrsg.), Kultur als Fenster zu einem besseren Leben und Arbeiten. Festschrift für Rainer Noltenius, Bielefeld 2004.

---

zweig zugewandt. Seine Arbeitsunfähigkeit nutzte er zunächst, um seine literarische Bildung zu vervollständigen, und übernahm dann von 1937-1941 die Werkbibliothek der Maschinenfabrik Wagner & Co. in Dortmund. Von 1941-1945 leitete er die Werkbücherei der Schaffgottschen Werke in Gleiwitz / Oberschlesien und besuchte 1941 mit Unterstützung durch die Berufsgenossenschaft einen Sonderlehrgang der Deutschen Büchereischule in Leipzig, den er mit der Staatsprüfung zum „Bibliothekar für den Dienst an volkstümlichen Büchereien“ beendete.

Hüser kehrte mit seiner Familie 1945 nach Dortmund zurück. Die Stadtverwaltung beauftragte ihn noch im gleichen Jahr mit dem Aufbau des öffentlichen Büchereiwesens, das in Dortmund vor dem Zweiten Weltkrieg noch kaum entwickelt war. Jeweils 1946 und 1954 legte er dem Rat der Stadt Aufbaupläne vor, in denen er die Einrichtung von Haupt- und Nebenstellen, Schulbüchereien und eine Autobücherei forderte und die Einrichtung von Kunst- und Musikbüchereien anregte. Der Rat der Stadt Dortmund stimmte den Plänen zu, machte ihre Umsetzung aber abhängig von der Finanzlage. Beim Wiederaufbau der Büchereien fehlte es an Möbeln, Büchern und Personal. Die handwerklichen Fähigkeiten der Mitarbeiter waren ebenso wichtig wie ihre eigentliche fachliche Kompetenz. Dem Mangel an Büchern suchte Hüser mit systematischer Suche in Antiquariaten und mit Bitten um Buchspenden aus der Bevölkerung abzuwehren; er lehnte aber Abenteuer-, Liebes- und Kriminalromane ab. Dem Personalmangel begegnete Hüser mit der Ausbildung bibliothekarischer Hilfskräfte, die er als Berufsgruppe schon bei der britischen Besatzungsmacht 1946 zu institutionalisieren versuchte. Der Beruf der Bibliotheksassistenten gelangte erst 1975 zur Anerkennung, die Dortmunder Bücherei bildete aber zwischen 1950-1969 eigenständig Büchereigehilfinnen aus und veranlasste zahlreiche andere Städte, es ihr gleich zu tun.

Einen Abschluss der Aufbauarbeit stellte die Einweihung des neuen Büchereigebäudes „Haus der Bibliotheken“ 1958 dar. Hier wurde auch Hüasers Ideal Rechnung getragen, die Bücher frei zugänglich aufzustellen. Hüser verteidigte in der heftigen Diskussion der Nachkriegszeit stets die Position für die Freihandaufstellung. Er verwirklichte sie erst-

mals 1950 in der Bücherei West, die als Kombination von Werk- und Volksbücherei Modellcharakter hatte und bundesweit Beachtung fand. Anhand von Befragungen und Ausleihstatistiken verfolgte er den Wandel in den Leserinteressen, beispielsweise von der Belletristik zum Sachbuch, und legte dementsprechend 1970 einen Plan zum Ausbau der Bibliotheken zu Informations- und Bildungszentren vor.

Sein Engagement für ein modernes öffentliches Bibliothekswesen erfuhr überregionale Beachtung. Er war Mitglied und 1960-1967 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Großstadtbibliotheken im Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen, wirkte im Kuratorium und im Prüfungsausschuss des Bibliothekar-Lehrinstitutes des Landes in Köln mit und initiierte die „Gruppe Sozialistischer Verleger, Buchhändler, Bibliothekare und Autoren“. Im bildungspolitischen Ausschuss der SPD versuchte er nachdrücklich die Bedeutung der öffentlichen Büchereien für die kulturelle und politische Bildung im Bewusstsein seiner Parteigenossen zu verankern. Desinteresse und Auseinandersetzungen sowie Enttäuschungen erlebte er hier allerdings oft genug. Äußerungen wie die eines Dortmunder Kommunalpolitikers nach dem Krieg: „Die Dortmunder sollen nicht lesen, sondern enttrümmern“ oder eines Gewerkschafters, dem Hüser die Bedeutung der Werkbüchereien ans Herz legte: „Büchereien? – Das ist eine Aufgabe der Abteilung Presse und Propaganda“ können als Beispiel dafür gelten.

Hüser sah seine Aufgabe jedoch bei weitem nicht im Organisatorischen erfüllt. Er begann die Buchbestände sachthematisch zu erschließen, wie er es schon während seiner Tätigkeit als Werkbibliothekar getan hatte. Bereits 1946 erschien zur Fachtagung Westdeutscher Bibliothekare das Verzeichnis „Das Buch der Gegenwart“. Das schmale Bändchen bildete den Auftakt zu zahlreichen Bibliographien in verschiedenen Reihen, dazu gehören „Bücher für Beruf und Freizeit“, „Dichter und Denker unserer Zeit“, „Aktuelle bibliographische Bücherlisten“, die zu den Jubiläen und Gedenktagen der Autoren herausgegeben wurden, und „Lobbi“, die im Jahresabstand Neuerscheinungen deutscher Schriftsteller vorstellte. Hüserns Anspruch an die Literatur lässt sich an

einem Beispiel aus der Reihe „Völker im Spiegel der Literatur“ festmachen, wo er 1962 im Vorwort zu „Amerikanische Literatur der Gegenwart“ schreibt: „Die Flut teils gut geschriebener, teils wertloser Unterhaltungsromane und Bestseller, die jedes Jahr unseren Büchermarkt überschwemmt, ist nicht die Literatur Amerikas“; so fehlten Margaret Mitchell und die Nobelpreisträgerin Pearl S. Buck, während Henry Millers Werk, damals keineswegs selbstverständlich, vollständig aufgeführt wird. Mit der seit 1950 in 38 Folgen erscheinenden Reihe „Dichter und Denker unserer Zeit“ versuchte Hüser seiner Meinung nach zu Unrecht vergessene Autoren wieder ins Bewusstsein der Leser zu bringen; dazu gehören Johanna Moosdorf, Kurt Heynicke, Armin T. Wegner, Paul Zech und Heinrich Lersch.

Für die Reihe „Dichter und Denker unserer Zeit“ griff Hüser ganz wesentlich auf sein „Archiv für Arbeiterdichtung und soziale Literatur“ zurück. Bereits 1920 erwarb er „Œuvres complètes de P.-J. de Béranger“ nach eigener Aussage „als 12jähriger Volksschüler aus einem Altpapierlager“ und baute im Laufe der Zeit eine Sammlung aus Büchern und Zeitschriftenaufsätzen zur Arbeiterliteratur auf. Ihr Besitz war in der Zeit des Nationalsozialismus nicht ungefährlich, er musste sie verstecken und beim Umzug nach Gleiwitz zum Teil in Dortmund zurücklassen. Bei seiner Flucht 1945 ging alles verloren, auch die Reste in Dortmund waren weiter dezimiert. Hüser begann neu zu sammeln und verfasste 1952 einen Aufruf an „Alle Freunde der Arbeiterdichtung“ mit einer Suchliste zur Arbeiterdichtung 1913-1942. Unabhängig von Ideologien und sozialer Zugehörigkeit der Autoren nahm er alles von dokumentarischem Wert auf und schloss lediglich die „Eichendorff-Epigonen unter den Arbeiterdichtern“ aus. Zu seiner Sammlung gehörte auch die Literaturproduktion der schreibenden Arbeiter der DDR, die dem Aufruf der Bitterfelder Konferenz 1959 gefolgt waren.

In der jungen Bundesrepublik war die Arbeiterliteratur gering geachtet, so dass Hüser vieles geschenkt bekam oder günstig erwerben konnte. Die Autoren selbst oder ihre Nachfahren dankten ihm sein Interesse, in dem sie Nachlässe oder Nachlassteile, Briefe und Manuskripte seiner Obhut anvertrauten. So gelangten Teilnachlässe von Gerrit Engelke,

Heinrich Lersch und Paul Zech sowie die vollständigen Nachlässe Max Barthel und Ernst Preczang an Hüser. Erste Kontakte entstanden zu dem bedeutendsten Autor der Arbeitersprechchorbewegung Bruno Schönlink und der Familie Christoph Wieprechts, deren vollständige Nachlässe dann von seinem Nachfolger Rainer Noltenius aufgenommen werden konnten.<sup>3</sup>

Hüser pflegte eine rege Korrespondenz mit den Autoren selbst, mit Antiquaren, Literaturwissenschaftlern und Bibliothekaren, einerseits um nach Überlieferungen zu forschen, andererseits um für die vergessenen Autoren zu werben und ihre überlieferten Dokumente zu retten und zu sichern. Dabei ging er durchaus uneigennützig vor, grundsätzlich wichtig war ihm die Erhaltung an geeignetem Ort.<sup>4</sup>

Die Befürchtung, einen „Friedhof“ anzulegen, zerstreute sich bald, Wissenschaftler und Journalisten nutzten die Bestände, die sie sonst nirgends vorfanden. Hüser selbst stellte sein Archiv in Zeitungen und Zeitschriften und in der Presse vor, was auch die Bibliotheken veranlasste, Literatur in ihren Kanon aufzunehmen, die sich mit der Arbeitswelt befasste. Mit Walter Fabian, dem Chefredakteur der „Gewerk-schaftlichen Monatshefte“, und Walter Köpping, dem Bildungssekretär der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, publizierten zwei interessierte Gewerkschafter in ihren Organen Erzählungen und Gedichte aus der Arbeitswelt und bedienten sich dabei der Quellen in Hüser's Archiv.

Im 1958 am Alten Markt in Dortmund neu errichteten Bibliotheksgebäude konnte Hüser zwei Räume für sein Archiv und seine Besucher nutzen. Mit seinem Ausscheiden 1973 aus dem aktiven Dienst der Stadt Dortmund war jedoch die Existenz dieser privaten Sammlung gefährdet. Auch wenn „nicht alle Dortmunder Stadtväter ... jederzeit vom Institut“ begeistert waren, sprach sich der Kulturausschuss am 16. Januar 1973 für die Übernahme des „Archivs für Arbeiterdichtung und soziale

---

<sup>3</sup> Zu den Beständen des Fritz-Hüser-Instituts vgl.: *Rainer Noltenius* (Hrsg.), *Literatur und Kultur der Arbeitswelt. Inventar zu Archiv und Bibliothek des Fritz-Hüser-Instituts*. Bearb. von Hanneliese Palm / Gregor Vogt, München 2005.

<sup>4</sup> Vgl. *Jasmin Grande* (Hrsg.), *Fritz Hüser 1908-1979. Briefe*, Oberhausen 2008.

Literatur“ als städtische Einrichtung unter der Bezeichnung „Institut für deutsche und ausländische Arbeiterliteratur“ aus. Ein Bestand von 10 000 Büchern und zahlreichen Manuskripten, Korrespondenzen und lebensgeschichtlichem Sammlungsgut ging in den Besitz der Stadt über. Bis zu seinem Tod, er starb am 4. März 1979 in Dortmund, blieb Hüser Institutsleiter, 1983 wurde sein Name der Institutsbezeichnung hinzugefügt, seit 2007 heißt es „Fritz-Hüser-Institut für Literatur und Kultur der Arbeitswelt“.

Hüser wirkte über seine Rolle als Bibliothekar und Sammler hinaus als Mentor für die Autoren, die mit einer „neuen Industriedichtung“ der Arbeitswelt einen Platz in der zeitgenössischen Literatur verschaffen wollten. Als erster fand der Dortmunder Autor Max von der Grün zu Hüser und seinem Archiv. Gemeinsam mit Walter Köpping und anderen riefen sie die Dortmunder Gruppe 61 ins Leben, die sich programmatisch „der literarisch-künstlerischen Auseinandersetzung mit der industriellen Arbeitswelt der Gegenwart und ihrer sozialen Probleme“ zuwandte. Die internen Diskussionen der Dortmunder Gruppe 61 spiegelten den gesellschaftlichen Diskurs der 1960er Jahre und führten 1970 zur Gründung des „Werkkreises Literatur der Arbeitswelt“. Im Gegensatz zur Dortmunder Gruppe 61 strebte der Werkkreis danach, die gesellschaftlichen Verhältnisse mit sprachlichen Mitteln bewusst zu machen und zu verändern.<sup>5</sup> Fritz Hüser begleitete diese Entwicklung beobachtend skeptisch in der Hoffnung, dass „starke Begabungen mit ebenso starken Texten zum Durchbruch kommen, mit „Ergebnissen [, die] über das übliche Agitprop-bla-bla hinausgehen“.<sup>6</sup> In seinen letzten Lebensjahren unterstützte Hüser mit seiner Sammlung und seinem umfangreichen Wissen Literatur- und Kulturwissenschaftler bei ihren Forschungsvorhaben und widmete sich zahlreichen Projekten zur literarischen Vergangenheit seiner Heimatstadt.

---

<sup>5</sup> Vgl. *Peter Kühne*, *Arbeiterklasse und Literatur*, Frankfurt/Main 1972.

<sup>6</sup> *Grande*, S. 290ff. (Anm.4).



Jürgen Stroech

## **Bruno Kaiser (1911 – 1982)**

Bruno Kaiser war Gründer und jahrzehntelanger Leiter der Bibliothek des Instituts für Marxismus-Leninismus in Berlin, zunächst auch des Archivs des Marx-Engels-Lenin-Instituts. Die Bibliothek bildete nach mehreren Namensänderungen und der 1955 im Rahmen des Instituts erfolgten Verselbständigung von Bibliothek sowie Archiv im Jahre 1992 den Grundstock der Bibliothek der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ im Bundesarchiv der Bundesrepublik Deutschland. Kaisers Name war bekannt nicht nur bei Bibliothekaren und Archivaren, Buchhändlern und Antiquaren, Verlegern, Bücherliebhabern und -sammlern sowie Wissenschaftlern in der DDR, sondern er wurde auch weltweit als Wissenschaftler, aufrechter Antifaschist, Friedenskämpfer und Sozialist geachtet.

Der am 5. Februar 1911 in Berlin geborene Bruno Kaiser wuchs in einem liberal und humanistisch geprägten jüdischen Elternhaus auf. Sein Vater – ein Gymnasiallehrer und passionierter Sammler unter anderem von Gebrauchs- und Kleingraphik – war nicht allein auf seine gute Schulbildung bedacht, sondern brachte seinem Sohn das ABC des Sammelns bei, weckte in ihm die Liebe zur Literatur und legte Grundlagen für dessen Individualität und Weltoffenheit.

Nach dem Abitur studierte Kaiser an der heutigen Humboldt-Universität in Berlin Germanistik und Kunstgeschichte und war Volontär, danach Redakteur bei der „Vossischen Zeitung“. Er schloss sich der „Antifaschistischen Aktion“ an und gehörte zu den Berliner Schriftstellern und Journalisten, die den Kriegsgegner und Antifaschisten Carl von Ossietzky aus Solidarität am 10. Mai 1932 zum Gefängnis begleiteten. Infolge des Verbots der „Vossischen Zeitung“ verlor er 1933 seine Tätigkeit. Er erkrankte an Tuberkulose, fand Kontakt zu deutschen Antifaschisten und unterstützte sie, indem er unter anderem illegale Flugblätter verteilte. 1938 wurde Kaiser verhaftet, verhört, misshandelt, doch, da man ihm nichts nachweisen konnte, schwerverletzt freigelas-

sen. In dieser Situation - er stand unter Polizeiaufsicht – nutzte er die erste Gelegenheit, um Hitlerdeutschland zu verlassen und nach Belgien ins Exil zu gehen.

In der Emigration bemühte sich Kaiser, sowohl seine Studien als auch seine antifaschistische Tätigkeit fortzusetzen. Nach Kriegsbeginn 1939 in Belgien interniert, kam er in Internierungslager nach Frankreich, unter anderem nach Gurs, und erkrankte wieder an Tuberkulose. Später fand er in Marseille Kontakt zu französischen Kommunisten und wurde von Freunden zur Heilung in die Schweiz gebracht, wo er wiederum zeitweilig interniert war. Bei Studien in belgischen, niederländischen und französischen Bibliotheken entdeckte Kaiser erste unbekannte beziehungsweise seit langem in Vergessenheit geratene Artikel unter anderem von Friedrich Engels. Sein Leben war auch unter den schweren Bedingungen des Exils zutiefst mit dem Buch und der Literatur verbunden, mit dem Buch, das fortschrittliches Gedankengut verbreitete, auch wenn es bereits vor hundert und mehr Jahren geschrieben und veröffentlicht worden war. Der Schwerpunkt seiner wissenschaftlichen Arbeit galt der frühsozialistischen Literatur. Verbunden mit seinem Namen sind die Gründung des Herwegh-Museums in Liestal (Schweiz) und die Anthologie „Das Wort der Verfolgten“, erschienen 1945 unter seinem Pseudonym Oswald Mohr, beides Früchte seiner Tätigkeit während des Schweizer Exils. Später in der DDR entriß er die Werke von Georg Weerth, Georg Herwegh, Ferdinand Freiligrath und anderer Dichter der Gefahr des Vergessenwerdens. Kaiser setzte sich auch dafür ein, dass die Verse des Arbeiterdichters Erich Weinert aus den 1920er und 1930er Jahren in der DDR bekannt wurden. Schließlich war er auch ein anerkannter Marx-Engels-Forscher, der maßgeblichen Anteil an der Herausgabe der MEGA<sup>2</sup> und der Marx-Engels-Werkausgabe, dem Wiederauffinden unbekannter Arbeiten, verlorengelaubter Manuskripte und der vor allem während der Zeit des Faschismus weit zerstreuten Bibliothek der beiden Klassiker des Wissenschaftlichen Sozialismus hatte.

Im Sommer 1947 kam Kaiser mit seiner Ehefrau Stascha (Stanislawa) nach Berlin zurück. Er fand Arbeit als Abteilungsdirektor in der Deut-

schen Staatsbibliothek, wo er sich besonders um die dortigen umfangreichen, unbearbeiteten Bestände der von Nazis 1933 beschlagnahmten Literatur ehemaliger Arbeiterbibliotheken sowie um Ausstellungen kümmerte. Im Mai 1948 trat er der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bei.

Bereits 1948 konnte Kaiser zu wissenschaftlicher Forschungsarbeit nach Moskau reisen und dabei das Marx-Engels-Lenin-Institut besuchen. Zu den Resultaten der Reise gehörten Absprachen über das künftige Zusammenwirken sowjetischer und deutscher Forschungsinstitute sowie Vereinbarungen über einen Literaturaustausch. Besprechungen mit der Leitung des Moskauer Marx-Engels-Lenin-Instituts führten dazu, dass im März 1949 in Berlin durch Beschluss der SED-Parteiführung ein Institut gleichen Namens gegründet wurde mit einer Editions- und Forschungsabteilung sowie einer zentralen wissenschaftlichen Bibliothek der SED. Aufbau und Leitung dieser Bibliothek wurden Kaiser übertragen.

Das war eine Lebensaufgabe, die seinen Interessen, Fähigkeiten und Erfahrungen entsprach. Sie ermöglichte und erforderte die Entfaltung eigener Initiativen, die Entwicklung und Gestaltung einer neuzuschaffenden wissenschaftlichen Bibliothek (einschließlich eines Archivs), die Herstellung und Pflege von nationalen und internationalen Kontakten zu Einrichtungen und Personen aus Wissenschaft und Kultur. Am 1. Oktober 1949 nahm Kaiser seine Tätigkeit auf. Es gelang ihm, mit einem an Zahl und Qualität stetig wachsenden Kollektiv, aus dem Nichts in wenigen Jahren eine leistungsfähige wissenschaftliche Bibliothek zu schaffen, die internationale Anerkennung und Achtung erfuhr.<sup>1</sup> Der Weg dorthin war beschwerlich. Kaiser musste seine Ansprüche immer wieder gegen Unwissen, bürokratische Hemmnisse, ökonomische und finanzielle Grenzen durchsetzen.

---

<sup>1</sup> Einen guten Überblick über die Leistungen der Bibliothek unter Leitung von Kaiser in den ersten 20 Jahren ihres Bestehens bietet der von der Bibliothek herausgegebene Sammelband „Die Bibliothek des Instituts für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin 1969“. Einen weiteren Überblick über die bibliographische Arbeit der Bibliothek gibt der Artikel *D. Becker/J. Stroeck*, 40 Jahre Bibliothek des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED - 40 Jahre bibliographische Arbeit“, in: *ZfB*, 103 (1989) 1, S. 1.

Sammeln war Kaisers große Leidenschaft, der er stets zielgerichtet und mit großer Sachkenntnis nachging; gleichgültig, ob es sich um persönliche Interessen handelte – er verfügte über eine eigene auserlesene Sammlung, die noch vor seinem Tode von der Deutschen Staatsbibliothek erworben wurde, oder ob es den Auf- und Ausbau der Bibliothek im eben gegründeten Institut betraf. Mitarbeiter, die ihn bei seinen Einkäufen im Antiquariat begleiteten, staunten immer wieder, wie er – selbstverständlich nach freundlicher Begrüßung des Antiquars – zielgerichtet auf das eine oder andere Regal zuing, einige wenige Titel entnahm und behauptete, mehr sei hier für die Bibliothek nicht zu holen. Und tatsächlich, nachträgliches Suchen der betreffenden Mitarbeiter, während Kaiser sich noch mit dem Antiquar unterhielt, brachten selten noch etwas zu Tage, was seinen Blicken entgangen war. Solche Gespräche, die Kaiser mit Antiquaren und Buchhändlern führte, waren wichtig. Sie brachten ihn mit anderen Sammlern und Bücherfreunden zusammen, er erhielt Tipps auf wertvolle Sammlungen des Sammelgebiets. So gelang es dank Hinweisen von Antiquaren, Bücherkennern und Parteimitgliedern, neben den zahlreichen Broschüren und Büchern der Arbeiterbewegung, die von Werktätigen und Veteranen der Bibliothek gespendet wurden, auch ganze Bibliotheken mit Literatur der Arbeiterbewegung aus Privathand zu erwerben, wie zum Beispiel die wertvolle Bibliothek des Arbeiterveteranen Döscher aus Eisenach, des Sammlers Carl Köser aus Hamburg oder die Bibliothek des polnischen Sozialwissenschaftlers und Ökonomen Henryk Grossmann. Bedeutende Bereicherung erhielt der Bestand der Bibliothek durch die meist nach persönlicher Kontaktaufnahme abgeschlossenen Vereinbarungen über den Literaturaustausch mit ähnlich ausgerichteten ausländischen Bibliotheken, die sowohl den Austausch von Neuerscheinungen als auch von älteren Dubletten beinhalteten. So erhielt die Bibliothek aus dem Marx-Engels-Lenin-Institut in Moskau neben laufenden Neuerscheinungen umfangreiche deutsch- und russischsprachige Literatur zur deutschen und russischen Arbeiterbewegung. Auch der Literaturaustausch mit den Bibliotheken der Bruderinstitute in Warschau, Prag, Bratislava, Budapest und anderen Städten. entwickelte sich kontinuierlich. Hinzu kamen für beide Seiten fruchtbare, mit unterschiedlicher

Intensität gepflegte Beziehungen zum Feltrinelli-Institut in Mailand, dem Gramsci-Institut in Rom, dem Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam, den Arbeiterarchiven in Kopenhagen, Oslo, Stockholm, Helsinki, dem Sozialarchiv und der Studienbibliothek in Zürich, der Labour Library, der Marx Memorial Library und dem Britischen Museum in London, der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn und des Karl-Marx-Hauses in Trier sowie zahlreichen weiteren Bibliotheken. Auf diese Weise wurde unter der kundigen Leitung von Kaiser in wenigen Jahren ein Bestand aufgebaut, der in Bezug auf die deutsche und internationale Arbeiterbewegung in Umfang und inhaltlicher Aussagekraft in Deutschland einmalig war und auch in Europa allein von dem Moskauer und eventuell vom Amsterdamer Institut übertroffen wurde.

Sinn des Sammelns und des Aufbaus von Spezialbibliotheken sah Kaiser nicht in einem Anhäufen spezieller Literatur, sondern er sorgte sich intensiv darum, dass diese Literatur für die wissenschaftliche Forschung, das Studium, für Weiterbildung genutzt werden konnte. Schon 1950 begründete er erstmals in der DDR eine aktuelle inhaltliche Zeitschriftenauswertung, die unter dem Titel „Internationale Bibliographie der marxistischen Zeitschriftenliteratur“ in Form von Halbjahres- und Jahresverzeichnissen im Dietz-Verlag Berlin und ab 1960, Heft 3, innerhalb der vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ veröffentlicht wurde. Weiterhin drang Kaiser darauf, dass die in der Bibliothek vorhandene Literatur nicht nur in einem Alphabetischen Katalog sondern auch in einem Stich- und Schlagwortkatalog<sup>2</sup> nachgewiesen wurde.

Als eine komplizierte Aufgabe erwies sich die Gewinnung geeigneter Mitarbeiter. Zwar kam Kaiser mit etwa zehn jungen, frisch ausgebildeten Bibliothekaren von seiner bisherigen Arbeitsstelle in das neu gegründete Institut. Sie beherrschten die bibliothekarischen Tätigkeiten wie Titelaufnahme, Akzession und haben in diesen Bereichen eine wichtige Arbeit geleistet, doch zur Arbeiterbewegung, Arbeiterliteratur

---

<sup>2</sup> Später wurde der SWK durch einen Systematischen Katalog ersetzt.

und deren Inhalt, Wert und Bedeutung fanden nur wenige von ihnen die notwendigen Beziehungen, die man für die inhaltliche Erschließung und bibliographische Arbeit auf diesem Gebiet benötigt. So wechselte ein Teil dieser Bibliothekare bald wieder die Arbeitsstelle, und Kaiser musste neue Mitarbeiter suchen. Dabei beschritt er auch Wege, die im Bibliothekswesen nicht üblich waren. So warb er nicht allein in bibliothekarischen Ausbildungsstätten, sondern auch in Oberschulen und Betrieben. Sowohl die bereits vorhandenen als auch die so gewonnenen Mitarbeiter wurden nicht allein auf ihre weitere bibliothekarische Ausbildung vorbereitet, sondern auch in Arbeitsbesprechungen in die Geschichte der Arbeiterbewegung und ihre Literatur eingeführt. Dabei praktizierte er verstärkt das, was man heute „learning by doing“ nennt. So veranlasste Kaiser Mitarbeiter, Wissenschaftlern der Forschungsabteilungen wöchentlich in kurzen Literaturinformationen für sie wichtige Neuerwerbungen vorzustellen. Auch zur Anfertigung von Spezialkatalogen, Gesamtinhaltsverzeichnissen von Zeitschriften der Arbeiterbewegung sowie von Spezialbibliographien, die meist in Katalogform existierten, wurde diese Methode erfolgreich angewandt, wobei Kaiser stets zu Konsultationen zur Verfügung stand.

Großen Wert legte Kaiser auch darauf, dass die in der Bibliothek zusammengetragenen Schätze geschützt, pfleglich behandelt und erhalten wurden. Zu diesem Zweck setzte er sich bereits 1950 dafür ein, dass bei der Bibliothek ein Fotolabor und eine Buchbinderei eingerichtet wurden, denen wenige Jahre später eine Werkstatt für Buch- und Papiere restaurierung folgte.

Als Bruno Kaiser 1972 die Leitung der Bibliothek in jüngere Hände legte, konnte er seinem Nachfolger eine der bedeutendsten Fachbibliotheken für Arbeiterbewegung und Sozialwissenschaften übergeben. Doch auch nach Niederlegung der Bibliotheksleitung begleitete er bis zu seinem Tode am 27. Januar 1982 „seine Bibliothek“ treu mit Rat und Tat.

Es fehlt hier der Raum, um auf Kaisers beeindruckende Leistungen auf anderen Gebieten näher einzugehen. Erwähnt werden sollen wenigstens sein bedeutender Anteil an der Marx-Engels-Forschung und an

der Herausgabe der MEGA<sup>2</sup>, seine Arbeit in der Akademie der Wissenschaften bei der Herausgabe der Reihe „Frühe sozialistische Literatur“, seine Tätigkeit in der Akademie der Künste, zum Beispiel bei der Herausgabe der Werke Erich Weinerts, sein Auftreten im Schriftstellerverband und im Kulturbund sowie sein Wirken in der bibliophilen Pirckheimer-Gesellschaft.<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> Weitergehende Literatur zu Werk und Biographie von Bruno Kaiser: Bericht über die Ehrenpromotion von Professor Dr. Bruno Kaiser, in: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung,(1981) 10, S. 23-41; Festschrift für Bruno Kaiser anlässlich seines 70. Geburtstages am 5. Februar 1981. Hrsg. von der Pirckheimer-Gesellschaft im Kulturbund der DDR, Berlin 1981; *Bruno Kaiser*, Vom glückhaften Finden. Essays, Berichte, Feuilletons, Berlin, Weimar 1985; Bruno Kaiser (Ps. Oswald Mohr), in: Die Marx-Engels-Werkausgaben in der UdSSR und der DDR (1945-1968), Hamburg 2006, S. 489. Über den Anteil Kaisers am Wiederauffinden der persönlichen Bibliotheken von Marx und Engels vgl. *Jürgen Stroech*, Die Bibliotheken von Marx und Engels, in: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung, 12 (2001) 45, S.154ff.

---

Peter Gohle

## Paul Kampffmeyer (1864 – 1945)

Paul Kampffmeyer<sup>1</sup> wurde am 29. November 1864 als fünftes Kind des angesehenen und wohlhabenden Buchhändlers und Antiquars Theodor Kampffmeyer und seiner Frau Bertha in Berlin geboren. Er wuchs in wohlbehüteten Verhältnissen in dem Familienanwesen am Marianenplatz 5 in Berlin-Kreuzberg auf. Kampffmeyers Elternhaus war sowohl von der durch den Beruf des Vaters bedingten Gelehrsamkeit und Belesenheit sowie einem damit verwobenen aufgeklärten Protestantismus Schleiermacherscher Prägung als auch von starkem sozialem Engagement geprägt. Hinzu kam ein vor allem vom Vater Theodor Kampffmeyer gepflegter republikanisch-egalitärer Geist, der nicht zuletzt seinen Ausdruck darin fand, dass jener sich in seinem Berliner Wahlbezirk als Wahlmann für die Deutsche Fortschrittspartei aufstellen ließ. Die intellektuelle, politische und karitative Grunddisposition der Familie Kampffmeyer sowie die immer vernehmbarere soziale und organisatorische Präsenz der Arbeiterbewegung führten dazu, dass sich Paul Kampffmeyer zunehmend für die Ideen der Sozialdemokratie erwärmte. Darüber hinaus begann sich Kampffmeyer für die literarische und dramaturgische Avantgarde des ausgehenden 19. Jahrhunderts, den Naturalismus, zu interessieren. Zunächst jedoch studierte er in der zweiten Hälfte der 1880er Jahre in Zürich Nationalökonomie. Bereits

---

<sup>1</sup> Zur Biographie von Paul Kampffmeyer vgl.: Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Nachlass Paul Kampffmeyer; AdsD, Nachlass Friedrich Salomon; *Mario Bungert*, „Zu retten, was sonst unwiederbringlich verloren geht“. Die Archive der deutschen Sozialdemokratie und ihre Geschichte, Bonn 2002; *Paul Kampffmeyer*, Blutsverwandte deutsche Familien im Wandel der Jahrhunderte. Vom 16. in das 20. Jahrhundert, Greifswald 1939; *Karl August Kutzbach*, Paul Kampffmeyer, in: *Neue Deutsche Biographie*, Bd. 11, Berlin 1977, S. 91f; *Paul Mayer*, Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs und das Schicksal des Marx-Engels-Nachlasses, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 6/7 (1966/67); *Franz Osterroth*, Biographisches Lexikon des Sozialismus, Bd. 1, Hannover 1960; *Herbert Scherer*, Bürgerlich-oppositionelle Literaten und sozialdemokratische Arbeiterbewegung nach 1890. Die „Friedrichshagener“ und ihr Einfluß auf die sozialdemokratische Kulturpolitik, Stuttgart 1974.



zu dieser Zeit scheinen sich die sozialistischen und revolutionären Ansätze in Kampffmeyers Denken soweit verfestigt zu haben, dass sie den Vater offensichtlich beunruhigten: „Mein dritter Sohn Paul studiert in Zürich Nationalökonomie. Er ist ein etwas verschrobener Peter, der lernen muß, Ideale und Wirklichkeit zu vereinbaren.“<sup>2</sup>

Zurück in Berlin, hatte sich Kampffmeyer nach dem Tod des Vaters im Jahr 1888 zusammen mit seinem Bruder in Berlin-Friedrichshagen angesiedelt, wo er sich aktiv im Kreis der dort ansässigen jungen avantgardistischen, sozialistischen und anarchistischen Literaten bewegte, zu denen neben Bruno Wille, Wilhelm Bölsche und Wilhelm Hegeler und anderen auch Gustav Landauer gehörte und zu denen der junge Gerhart Hauptmann Kontakt pflegte. Konsequenterweise wurde Kampffmeyer 1890 Mitbegründer der „Freien Volksbühne“, die auf das engste mit der Arbeiterkultur- und Arbeiterbildungsbewegung sowie der zu diesem Zeitpunkt noch durch das Sozialistengesetz verbotenen Sozialdemokratie verbunden war. Zur gleichen Zeit begann Kampffmeyer für sozialdemokratische Publikationsorgane zu schreiben, so die „Berliner Volks-Tribüne“ und die damit verbundene „Berliner Arbeiter-Bibliothek“, um dann 1891 in die Redaktion der „Magdeburger Volksstimme“ zu wechseln.

Innerhalb der SPD zählte Kampffmeyer 1890/91 zu der vor allem aus Berlin stammenden innerparteilichen Opposition der „Jungen“, die sich mit dem nun „legalistischen“ und „reformistischen“ Kurs der Partei nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes nicht abfinden wollte und ein revolutionäres Profil einforderte. Es spielten dabei jedoch auch Fragen der Organisationsdisziplin, der innerparteilichen Demokratie und des Pluralismus eine Rolle. Die Auseinandersetzungen gipfelten schließlich im Ausschluss zentraler Protagonisten der „Jungen“ auf dem Erfurter Parteitag 1891. In diesem Zusammenhang schied auch Kampffmeyer aus der Redaktion der „Volksstimme“ aus und verließ die SPD. Im November 1891 zählte Kampffmeyer in Berlin folgerichtig neben Bruno Wille und anderen zu den Gründern des Vereins Unab-

---

<sup>2</sup> *Kampffmeyer*, S. 136.

hängiger Sozialisten. Diese Gruppierung war stark geprägt von den links-individualistischen Ansätzen des Friedrichshagener Literatenkreises und driftete später zusehends in eine links-sektiererische und anarchistische Richtung. Diese Tendenz war es dann schließlich auch, die Kampffmeyer dazu veranlasste, sich der Sozialdemokratie wieder anzunähern.

Hier befasste er sich vor allem mit den Fragen des Genossenschafts- und Arbeiterbildungswesens und wandte sich – motiviert durch die praktischen Erfahrungen in diesen Bereichen – innerhalb der Partei zusehends dem pragmatisch-reformerischen Flügel zu. In den Jahren 1899 und 1900 arbeitete er für die in Berlin erscheinende „Deutsche Krankenkassenzeitung“ und beteiligte sich ebendort 1902 an der Gründung der Deutschen Gartenstadt Gesellschaft (DGG). Parallel dazu war Kampffmeyer über mehrerer Jahre hinweg als Arbeitersekretär nach Berlin zunächst in Frankfurt am Main und dann ab 1905 in München tätig. Dort lernte er seine dritte Ehefrau, die Pädagogin Margarete Streichhan, kennen, die ihn mit der noch jungen Reformpädagogik von Maria Montessori, der Friedens- und der Frauen- sowie der Abstinenzbewegung in Berührung brachte. Kampffmeyer war insgesamt dreimal verheiratet, in erster Ehe ab 1887 mit Anna Fedler und nach der Scheidung in zweiter Ehe ab 1897 mit Amanda Bornhold, mit denen er jeweils ein Kind hatte. Nach dem Tod seiner zweiten Frau im Jahr 1907 ehelichte Kampffmeyer Margarete Streichhan. Aus dieser Verbindung ging eine Tochter hervor, die jedoch noch zu Lebzeiten Kampffmeyers verstarb.

Im Jahr 1907 begann Kampffmeyer seine langjährige Tätigkeit als politischer Redakteur für die sozialdemokratische Zeitung „Münchner Post“, zu deren Schriftleiter er 1918/19 avancierte, was er bis 1921 blieb. Neben dem journalistischen Tagesgeschäft hatte Kampffmeyer seit der zweiten Hälfte der 1890er Jahre seine publizistischen Aktivitäten deutlich intensiviert, unter anderem durch regelmäßige Beiträge in den „Sozialistischen Monatsheften“ (1895 – 1897 „Der sozialistische Akademiker“), für die er seit 1895 schrieb. Darüber hinaus erschienen etwa seit der Jahrhundertwende immer wieder kleinere Monographien von Kampffmeyer, die neben diversen politischen Tages- und Theorie-

fragen verschiedene Aspekte der Geschichte der Arbeiterbewegung in allgemein verständlicher Form zum Thema hatten.

Dieser langjährige historische Schwerpunkt seiner Arbeit dürfte es auch gewesen sein, der 1921 den Parteivorstand bewog, ihn ins SPD-Parteiarchiv nach Berlin zu berufen. Hier war er dem damaligen Archiv-Verwalter Johann „Jonny“ Hinrichsen, ehemaliger Zimmerer und archivarischer Autodidakt, als wissenschaftlicher Berater beigeordnet, um später aufgrund seiner besseren Qualifikation das fachliche Zepter zu übernehmen. Hatte das Parteiarchiv vor 1918 eher den Charakter einer quasi geheimwissenschaftlich geführten „Waffenkammer“ des politischen Kampfes gehabt, erreichte es unter dem Duumvirat Hinrichsen/Kampffmeyer eine wahre Blütezeit, sowohl was den öffentlichen Zuspruch und das allgemeine Renommee, als auch die Akzessionspolitik anbetraf. Gleichwohl blieb das SPD-Parteiarchiv eher eine sozialistische Informations- und Dokumentationsstelle stark bibliothekarischen Zuschnitts mit angeschlossener Nachlass- und Autographenabteilung, die ergänzt wurde durch ein Bildarchiv und eine zeitgeschichtliche Sammlung. Im engeren Wortsinn archivische Aufgaben nahm es nicht wahr, denn die parteiamtlichen Registraturen der SPD fanden zu keinem Zeitpunkt den Weg in dessen Magazine in der Berliner Lindenstraße. Im Rahmen der in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre breit angestoßenen Erschließungsprojekte bearbeitete Kampffmeyer selbst die Nachlässe von Georg von Vollmar, Adolf Braun und anderer.

Parallel dazu war Kampffmeyer bis 1933 auch literarischer Berater und wissenschaftlicher Lektor des parteieigenen J. H. W. Dietz Verlages, wo er im Laufe der 1920er Jahre maßgeblich daran mitwirkte, dessen Verlagsprogramm zu diversifizieren und zu modernisieren. Seine rege Publikationstätigkeit riss über die Jahre nie ab. Aus seinem – wenn man so will – Spätwerk stechen vor allem seine biographischen Veröffentlichungen zu Ferdinand Lassalle, Wilhelm Liebknecht, Georg von Vollmar, Eduard Bernstein und Friedrich Ebert hervor. Geprägt durch seine Münchner Erfahrungen zeigte er sich gegenüber dem Treiben völkisch-nationaler Organisationen sowie dem langsamen Aufstieg der Nationalsozialisten frühzeitig sensibilisiert, was seinen Ausdruck in zwei Aufsätzen hierzu aus den Jahre 1923 und 1924 fand.

---

Dieser Alptraum wurde kaum zehn Jahre später am 30. Januar 1933 mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler Wirklichkeit. Zwar konnten wichtige Teile der archivalischen Bestände des Parteiarchivs vor dem Zugriff der Nationalsozialisten ins Ausland in Sicherheit gebracht werden. Die Bibliothek jedoch wurde fast vollständig beschlagnahmt. Kampffmeyer war es im Vorfeld gelungen, zwei in Berlin verbliebene Brieffaszikel aus dem Nachlass von Eduard Bernstein an sich zu nehmen, die so das NS-Regime überdauerten und nach 1945 in Kampffmeyers Hinterlassenschaften auftauchten. Er wurde im Zuge der Besetzung des Vorstandsgebäudes der SPD durch die Nationalsozialisten am 10. Mai 1933 verhaftet und offenbar auch misshandelt. Nach seiner bald darauf erfolgten Freilassung zog sich Kampffmeyer nach Berlin-Friedrichshagen zurück und trat öffentlich einstweilen nicht mehr in Erscheinung. In der zweiten Hälfte der 1930er Jahre widmete Kampffmeyer sich einer genealogischen Studie zur Geschichte der Familie Kampffmeyer seit dem Dreißigjährigen Krieg, die er im Herbst 1937 im Manuskript abschloss und – bemerkenswerterweise – 1939 unter seinem Namen veröffentlichen konnte. Die Kriegszeit verbrachte Kampffmeyer völlig zurückgezogen; er starb achtzigjährig wenige Wochen vor Kriegsende am 1. Februar 1945 in Berlin-Friedrichshagen.

Dieter Dowe

## **Kurt Klotzbach (1940 – 1989)**

## **Kuno Bludau (1930 – 1989)**

Kurt Klotzbach war in der Gründungsphase – 1969/70 – Leiter des Archivs der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung. Das AdsD entwickelte sich im Rahmen des Forschungsinstituts<sup>1</sup> der Friedrich-Ebert-Stiftung, ab 1992 des Historischen Forschungszentrums<sup>2</sup> aus kleinsten Anfängen zu der zentralen Einrichtung für die deutsche Sozialdemokratie und die deutschen Gewerkschaften – mit starker Berücksichtigung des internationalen Bereichs. Alter sozialdemokratischer Tradition folgend, vereinte es bis 1984<sup>3</sup> Archiv und Bibliothek, die sich in den nächsten Jahrzehnten zunehmend professionalisierten und organisatorisch immer stärker verfestigten.

Der professionelle Musikkritiker und Literaturbegeisterte Kurt Klotzbach war ein Mann von Überzeugungen, und am einmal als richtig Erkannten hielt er unerschütterlich fest. Das machte diese willensstarke Persönlichkeit resistent gegen so manches Modische, nur dem Tag Verhaftete. Er war geprägt von einer ungemein raschen Auffassungsgabe und einer erstaunlichen Kraft, selbst komplizierteste Zusammenhänge in schnellem Zugriff synthetisierend auf den Begriff zu bringen. Nach dem Abitur hatte er in Bonn Politikwissenschaft, Mittlere und Neuere Geschichte, Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte sowie Philosophie studiert und war bereits 1965, mit 25 Jahren, bei Professor Karl Dietrich Bracher zum Dr. phil. promoviert worden. Noch während

---

<sup>1</sup> Leiter: Horst Heidermann, ab 1. April 1985 Gerhard Stümpfig.

<sup>2</sup> Leiter: Dieter Dowe, ab 2008 Michael Schneider.

<sup>3</sup> Im Jahresbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung für 1984 (S. 55) heißt es: „Seit Anfang des Jahres sind Archiv und Bibliothek des Archivs der sozialen Demokratie [mit den Leitern Werner Krause und Horst Ziska] selbständige Abteilungen innerhalb des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung.“ Ziel war, „angesichts der kontinuierlichen sachlichen und personellen Ausweitung zu zweckmäßigen Organisationseinheiten zu kommen“.

---

des Studiums war er 1964 der SPD beigetreten und war 1965 Leiter des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) der Universität Bonn und Vorsitzender des nordrhein-westfälischen Landesverbandes des SHB.

1966 trat er als Mitarbeiter in das Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn-Bad Godesberg ein. Diesem widmete er in der Folge seine ungeheure Arbeitskraft, seit 1968 als Leiter der Abteilung Sozial- und Zeitgeschichte und 1969/70 außerdem des Archivs der sozialen Demokratie.

Gestützt auf Jürgen Jensen für das Archiv und auf Manfred Turlach für die Bibliothek, stellte Klotzbach die Weichen für die spätere institutionelle Entwicklung. Neben der noch kleinen Bibliothek (1969: 80 000 Bände) und dem noch kleinen „eigentlichen Archiv“ der Friedrich-Ebert-Stiftung war es in der Anfangsphase vor allem das Archiv- und Bibliotheksgut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, das neben einigen Nachlässen die Überlieferung des Archivs der sozialen Demokratie darstellte.

Trotz intensiver Bemühungen konnte das ältere SPD-Archiv der Zeit vor 1933, das die Partei in der Emigration an das Internationale Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam verkauft hatte, nicht im Original, sondern nur auf Mikrofilm wiedererlangt werden. Mit Ausnahme einiger kleinerer Bestände – insbesondere der Sopade-Akten, die später in Stockholm gefunden wurden, und der ADGB-Restakten der Weimarer Zeit, die später von der Historischen Kommission zu Berlin übernommen wurden – war und blieb das Archiv auf die Zeit ab 1945 beschränkt. Zum Kernbestand wurden die kontinuierlich übernommenen Akten des SPD-Vorstandes sowie der Bezirks- und Landesorganisationen und auch der Parlamentsfraktionen. Seit den 1990er Jahren kam noch ein weiteres „Standbein“ hinzu, die archivarische Überlieferung des Deutschen Gewerkschaftsbundes und nahezu aller Einzelgewerkschaften. In der Bibliothek, die sich zu einer der größten Gewerkschaftsbibliotheken der Welt entwickelte, wies und weist jedoch die sozialdemokratische und gewerkschaftliche sogenannte Graue Literatur weit ins 19. Jahrhundert zurück.

Nach der Übergabe der Archivleitung an Kuno Bludau widmete sich Kurt Klotzbach wieder voll und ganz seinen wissenschaftlich-historischen Ambitionen, doch blieb er weiterhin gleichsam Bludaus Mentor und engagierte sich entsprechend für den fortschreitenden Ausbau des AdsD. Aber vorrangig konzentrierte sich Klotzbach auf den Forschungsbereich, die Herausgabe historischer Schriftenreihen, vor allem das Jahrbuch „Archiv für Sozialgeschichte“, in dessen Rahmen er 1974 eine Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung veröffentlichte.<sup>4</sup>

Die jahrelang den sozialen Emanzipationsbewegungen Deutschlands und Mitteleuropas seit der Französischen Revolution gewidmete historische Forschung der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde ganz maßgeblich von seinen Anregungen, seiner begleitenden Kritik und seiner kollegial und behutsam lenkenden Hand geprägt. Seine profilierten Urteile über Staat und Gesellschaft hinderten ihn nicht, in seiner Umgebung ein breites Meinungsspektrum wachsen zu lassen, das er nie und in keiner Weise einzuschränken versuchte.

Klotzbach übernahm in der Folgezeit zusätzlich zur Abteilungsleitung weitere wichtige Funktionen. So übernahm er nach dem Tode von Georg Eckert die Leitung des von diesem gegründeten, nun von Braunschweig nach Bonn übergesiedelten Instituts für Sozialgeschichte und wirkte 1988 im Vorstand der neu gegründeten Bundesstiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg mit.

Klotzbach legte wesentliche Studien zu so weit auseinander liegenden Forschungsfeldern wie der Elite-, der Arbeiterbewegungs- und der Widerstandsforschung vor, immer in der Lage, politologischen Ansatz und historische Dimension in analytischer Schärfe, hoch komprimiert und in geschliffener Sprache miteinander zu verbinden. Sein Hauptwerk „Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965“ (1982)

---

<sup>4</sup> Kurt Klotzbach, Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung: Sozialdemokratie, Freie Gewerkschaften, Christlich-Soziale Bewegungen; Kommunistische Bewegung und linke Splittergruppen; mit einer forschungsgeschichtlichen Einleitung, Bonn-Bad Godesberg, 1974.

wurde ein Standardwerk zur sozialdemokratischen Nachkriegsgeschichte. In großem Zugriff auf die Spitzengremien analysiert Klotzbach den langen Weg der SPD vom partei- und staatspolitischen Neubauanspruch in den Jahren nach dem Ende von Krieg und NS-Diktatur über ihre „Opposition im Zeichen rigoroser Alternative“ bis 1953 und die innerparteilichen Auseinandersetzungen um eine „Überwindung der traditionellen Theorie-Praxis-Spannung“ bis hin zur Umformung in eine reformistische Volkspartei, die nicht mehr nur „die große Alternative, sondern die ‚bessere‘ Partei“ zu sein beansprucht. Damit schuf Klotzbach zugleich auch ein Standardwerk zur deutschen Nachkriegsgeschichte.<sup>5</sup>

Nachfolger Kurt Klotzbachs als Leiter des Archivs der sozialen Demokratie war bis 1984 Kuno Bludau. Geboren in Lindenhof, Kreis Lötzen, in Ostpreußen, musste Kuno Bludau in den Wirren des Zweiten Weltkrieges als Jugendlicher seine Heimat in abenteuerlicher Flucht verlassen, kam in dänische Internierung und gelangte nach vielen Zwischenstationen nach Süddeutschland, wo er nach dem Besuch eines Abendgymnasiums sein Abitur als Externer ablegte. Von 1953 bis 1966 studierte er an den Universitäten Heidelberg, Tübingen und Basel ein breites Tableau von Fächern: Jura, Nationalökonomie, Soziologie, Neuere Geschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Literaturgeschichte, Politologie, Psychologie und Philosophie. Sein Studium finanzierte er durch Arbeiten während der Semesterferien in der Werbebranche und beim Verband schweizerischer Konsumvereine.

Am 24. April 1967 wurde er an der Universität Basel promoviert. Seine bei Professor Heinrich Popitz geschriebene, 1968 veröffentlichte Doktorarbeit war dem Thema „Nationalsozialismus und Genossenschaften“ gewidmet. Bludau untersuchte darin die Auswirkungen des Systemkonflikts zwischen Führerprinzip und demokratischer Organisation.

Nach kurzer Tätigkeit in der Wirtschaft wurde Kuno Bludau am 1. Juni 1968 Mitarbeiter im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung,

---

<sup>5</sup> Vgl. *Dieter Dowe/Hans Pelger*, In memoriam Kurt Klotzbach, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 29 (1989), S. XXXIII – XXXV.



wo er sich als einer der ersten dem lokalen Widerstand gegen den Nationalsozialismus zuwandte. Die Ergebnisse seines Forschungsprojekts erschienen 1973 unter dem Titel „Gestapo – geheim! Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933 – 1945“.

Zu Beginn der 1970er Jahre wurde Kuno Bludau sukzessive Leiter des AdsD. Noch in der Phase des Aufbaus, als das AdsD noch um die Anerkennung der herkömmlichen Archive rang, förderte Kuno Bludau ein Projekt auf der Basis der in Deutschland wenig bekannten und akzeptierten „oral history“, in dessen Verlauf ca. 150 Interviews über die persönlichen Erlebnisse der Zwangsvereinigung von SPD und KPD 1946 in der SBZ durchgeführt wurden – nach wie vor eine einmalige Quellensammlung. Als ebenso wenig archivwürdig galt seinerzeit bei vielen Historikern die dem AdsD vom Parteivorstand der SPD überlassene Zeitungsausschnittsammlung, doch auch hier setzte sich Bludau über alle Bedenken hinweg und förderte den Auf- und Ausbau dieser heutzutage voll akzeptierten Sammlung. Ähnlich unkonventionell stellte er sich hinter die Erwerbspolitik seiner Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen bezüglich der von traditionellen Archiven bzw. Bibliotheken damals wenig geachteten „Grauen Literatur“ und der Akquisition von Organisationsakten unterer Parteigliederungen. Deren Überlieferung war zu diesem Zeitpunkt allerdings für die unmittelbare Zeit nach 1945 sehr spärlich, da viele zeitgenössische Akten aus mancherlei Gründen vernichtet worden waren. Von einigen erfreulichen Ausnahmen abgesehen, konnten diese Organisationsakten – sofern noch vorhanden – erst ab Mitte/Ende der 1950er Jahre übernommen werden.

Bei seiner Arbeit konnte Kuno Bludau sich mit Werner Krause<sup>6</sup> (Archiv) und Horst Ziska<sup>7</sup> (Bibliothek) auf hoch qualifizierte Führungskräfte stützen, mit denen zusammen beide Teilabteilungen einen großen qualitativen und quantitativen Entwicklungssprung tun konnten, der

---

<sup>6</sup> Werner Krause (geb. 17.1.1934), ab 1.1.1969 Mitarbeiter und von 1.2.1984 bis 31.1.1999 Leiter des AdsD mit Ulrich Cartarius (15.5.1940 – 7.7.2008), seit 1.6.1986 als Stellvertreter. Nachfolger Krauses wurde Michael Schneider (geb. 23.6.1944).

<sup>7</sup> Horst Ziska (geb. 15.6.1930), ab 1970 Mitarbeiter und von April 1972 bis 30. Juni 1995 Leiter der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, gefolgt von Rüdiger Zimmermann (geb. 22.10.1946).

schließlich eine Trennung in zwei selbstständige Abteilungen – Archiv der sozialen Demokratie und Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung – sinnvoll erscheinen ließ.

Bludau selbst wandte sich seit Februar 1984 neuen Aufgaben innerhalb des Forschungsinstituts zu. Mit großem Erfolg arbeitete er am Aufbau eines Beziehungsnetzes zwischen bildender Kunst und der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Hilfe des Projekts „Historische Galerie“ und des Gesprächskreises „Kultur und Gesellschaft“.

Kuno Bludau starb nach langer, schwerer Krankheit im Alter von 59 Jahren.

Elisabeth Ittershagen

**Sophie Liebknecht (1884 – 1964)**

**Susanne Leonhard (1895 – 1984)**

Die Geschichte der Rettung des Nachlasses von Karl Liebknecht vor dem Zugriff und der Vernichtung durch die Nationalsozialisten widerspiegelt nicht nur gravierende Ereignisse des 20. Jahrhunderts. Sie ist auch aufs Engste mit dem persönlichen Schicksal von Sophie Liebknecht und Susanne Leonhard verbunden, die unter Einsatz ihres Lebens die Materialien in Sicherheit brachten.

Sophie (Sonja) Borissowna Ryss wurde am 18. Januar 1884 in Rostow am Don geboren. Bis zu ihrem zwölften Lebensjahr wurde sie zu Hause unterrichtet, dann besuchte sie ein Gymnasium in Lausanne, welches sie im Juli 1902 mit dem Diplom de fin d'études verließ. Die nächsten drei Jahre lebte sie wieder in Russland. 1905 begann sie an der Berliner Humboldt-Universität Geschichte und Kunstgeschichte zu studieren, setzte danach das Studium in Heidelberg fort (1906-1909) und promovierte 1909 zum Dr. phil.

Im Januar 1906 lernte Karl Liebknecht die Studentin kennen. Nach dem Tod seiner Frau Julia (22. August 1911), mit der er seit 1899 verheiratet war und drei gemeinsame Kinder hatte, heiratete er am 1. Oktober 1912 die Kunsthistorikerin Sophie Ryss. Das engagierte Leben des Politikers Karl Liebknecht war für die Familie mit erheblichen Belastungen verbunden, trotzdem stand ihm Sophie tatkräftig zur Seite. Nach seiner Verhaftung am 1. Mai 1916, seiner Verurteilung als „Landesverräter“ und seiner Einkerkelung im Zuchthaus Luckau waren die Beziehungen zu den Kindern und zu seiner Frau wiederum schwer belastet. Die überlieferten Briefe und Karten Karl Liebknechts an seine Kinder Wilhelm, Robert und Vera sowie an seine Frau zeugen von seiner tiefen Liebe zu ihnen und von der steten Sorge um sie. Sophie Liebknecht war ihrem Mann stets eine zuverlässige Partnerin, die mit jedem Jahr mehr zur Gefährtin seiner Kinder wurde. Nicht immer fühl-

te sie sich in ihrer Rolle wohl; auch war sie sich selbst gegenüber kritisch. Die Sorge um ihren Mann, die Ängste der Kinder um ihren Vater waren immer gegenwärtig.

Am 15. Januar 1919 wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg durch Söldner der Garde-Kavallerie-Schützendivision ermordet. Nach dem Tod ihres Mannes lebte Sophie Liebknecht weiter in Berlin und arbeitete unter anderem in der Sowjetischen Botschaft, Unter den Linden. Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur verließ sie Deutschland und reiste Mitte 1934 nach Moskau. Dort war sie in den Jahren 1935 bis 1958 als Deutschlehrerin an einer Hochschule und im Außenministerium tätig. Sie starb am 11. November 1964 in Moskau.<sup>1</sup>

Susanne Leonhard, geborene Köhler, wurde am 14. Juni 1895 in Oschatz / Sachsen, geboren. Sie studierte in Göttingen Mathematik und Philosophie. 1916 schloss sich die Studentin der Spartakusgruppe an, wurde eine Kampfgefährtin von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und lernte auch Sophie Liebknecht kennen. Susanne Leonhard arbeitete für die von Minna Cauer bis 1919 herausgegebene Zeitschrift „Die Frauenbewegung“. Sie war Gründungsmitglied der KPD. 1918 heiratete sie den expressionistischen Lyriker und Dramatiker, den Kommunisten Rudolf Leonhard Die Ehe wurde nach einem Jahr geschieden. 1920 war sie als Leiterin der Presseabteilung der Sowjetischen Botschaft in Wien tätig. In zweiter Ehe heiratete sie den sowjetischen Botschafter in Wien, Mieczyslaw Bronski. 1921 wurde ihr gemeinsamer Sohn Wladimir (Wolodja) geboren.<sup>2</sup> 1922 trennte sich Susanne Leonhard von Bronski und kehrte mit ihrem Sohn nach Berlin zurück. Sie arbeitete als Journalistin, zunächst für kommunistische Presseorgane und, nach ihrem Austritt aus der KPD 1925, für die linksbürgerliche Presse. Anfang der dreißiger Jahre zog sie mit ihrem Sohn in die linke Künstlerkolonie am Breitenbachplatz in Berlin-Wilmersdorf und ge-

---

<sup>1</sup> Vgl.: *Annelies Laschitza*, Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie, Berlin 2007; *Laschitza/ Elke Keller* (Hrsg.), Karl Liebknecht. Lebt wohl, Ihr lieben Kerlchen! Briefe an seine Kinder, Berlin 1992.

<sup>2</sup> Wladimir (Wolodja) Leonhard d.i. Wolfgang Leonhard.

hörte einem von Karl Korsch initiierten Diskussionszirkel an. Susanne Leonhard blieb bis zum Frühsommer 1935 in Deutschland. Als Publizistin hatte sie praktisch Berufsverbot und arbeitete unter anderem als Tänzerin. Daneben war sie aktiv im Widerstand gegen die Nazis und übernahm Kurierdienste, wieder für die KPD.<sup>3</sup>

Um ihrer Verhaftung zu entgehen, emigrierte Susanne Leonhard mit ihrem Sohn 1935 nach Moskau und arbeitete kurze Zeit als Fremdsprachenlehrerin. 1936 wurde sie wegen „konterrevolutionärer Tätigkeit“ verhaftet, erlitt zwölf Jahre Lagerhaft in Workuta und Sibirien. Dort lebte und arbeitete sie zusammen mit zwangsumgesiedelten Russlanddeutschen. Diese dramatische Zeit schildert sie in ihrem Buch „Gestohlenes Leben“.<sup>4</sup>

Im August 1948 kam sie nach Deutschland, in die sowjetische Besatzungszone, und arbeitete als Lektorin bei der Zeitschrift „Neue Gesellschaft“. Im Frühjahr 1949 übersiedelte sie nach Westdeutschland und lebte ab 1950 in Stuttgart. In den 1960er Jahren reorganisierte und leitete sie in Stuttgart den Ortsverein des Deutschen Freidenker-Verbandes. 1971 schildert sie autobiographisch die abenteuerliche Rettung wichtiger Schriften Karl Liebknechts.<sup>5</sup> Am 3. April 1984 verstarb Susanne Leonhard in Stuttgart.

Nach der Ermordung ihres Mannes hatte Sophie Liebknecht noch in der gemeinsam bezogenen Wohnung gelebt, musste diese aber 1925 aus finanziellen Gründen aufgeben und zog in eine kleine Zwei-Zimmer-Gartenhauswohnung. Mit diesem Umzug war auch die Sorge um die Unterbringung der sehr großen Bibliothek und des schriftlichen Nachlasses von Karl Liebknecht verbunden. „Sie kam mit den Schwägern überein, alle Fotos aus der Jugend und der ersten Ehe Karls mit Julia, alle Briefe, Geschenke, kleinen Andenken aus der Zeit vor ihrer eigenen Eheschließung 1912 und die große Bibliothek in Karls Arbeits-

---

<sup>3</sup> Heiner Jestrabek, Wer war Susanne Leonhard?, in: Arbeiterstimme (Nürnberg), Herbst 2007, S. 31.

<sup>4</sup> Susanne Leonhard, Gestohlenes Leben. Schicksal einer politischen Emigrantin in der Sowjetunion. Frankfurt/Main 1956.

<sup>5</sup> Dies., „Karl Liebknechts Nachlaß“ und „Ärger mit Zitaten“, Stuttgart 1971.

zimmer im Rechtsanwaltsbüro in der Chausseestraße 121 einzulagern. Alles Wertvolle wurde in seinem Schreibtisch eingeschlossen. Eine Kassette mit Briefen an seine erste Frau aus der Zeit des Brautstandes, aus Paderborn, Arnsberg, Würzburg, auch spätere, wahrscheinlich aus Glatz, den USA usw. hatte Karl Liebknecht 1915 seinem Bruder Curt in dessen Wohnung im Wedding übergeben. Beide Häuser wurden bei Bombenangriffen auf Berlin im Zweiten Weltkrieg vernichtet.<sup>66</sup>

Sophie Liebknecht bewahrte unter anderem Manuskripte, Handschriftliches aus den Zuchthausjahren, (1. Mai 1916 bis 23. Oktober 1918), Notizen über Gelesenes, Entwürfe zu Reichstagsreden, Korrespondenzen mit der Familie, Freunden und Kampfgefährten, auch Korrekturfahnen und Belegexemplare von den Veröffentlichungen, ferner einige Bücher von Marx, Bebel, Bakunin, Plechanow, Lenin, Trotzki und Rosa Luxemburg verschlossen in einem schwarzen Standkoffer in ihrem Schlafzimmer auf.

Zusammen mit Freunden, an erster Stelle Adolph Hoffmann und Franz Pfemfert, entwickelte sie darüber hinaus vielfältige Initiativen, um die Erinnerung an Karl Liebknecht wach zu halten und seine Gedanken zu publizieren. Zu seinem ersten Todestag erschien zum Beispiel unter Sophies Mitwirkung erneut die Broschüre „Klassenkampf gegen den Krieg“<sup>67</sup> mit einigen noch unveröffentlichten Artikeln Liebknechts aus der Zeit seiner Untersuchungshaft, später das Bändchen „Briefe aus dem Felde, der Untersuchungshaft und dem Zuchthaus“<sup>68</sup> und 1921 das Buch „Politische Aufzeichnungen aus dem Nachlass“<sup>69</sup>.

Als sich das Leben für Sophie und ihre Kinder halbwegs normalisiert zu haben schien, kam es mit der Machtübernahme durch die Nazis zu

<sup>66</sup> Laschitza Die Liebknechts, S. 445.

<sup>67</sup> Karl Liebknecht, Klassenkampf gegen den Krieg, Berlin 1919. Mit 2 Anh.; 1. Liebknecht, Betrachtungen und Erinnerungen aus einer „großen Zeit“. 2. Karl Radek, Karl Liebknecht zum Gedächtnis.

<sup>68</sup> Ders., Briefe aus dem Felde, aus der Untersuchungshaft und aus dem Zuchthaus, Berlin-Wilmersdorf 1919 u. 1920.

<sup>69</sup> Ders., Politische Aufzeichnungen aus dem Nachlaß. Geschrieben in den Jahren 1917-1918. Unter Mitarb. v. Sophie Liebknecht hrsg., Berlin-Wilmersdorf 1921.

einer neuen Bedrohung einzelner Familienmitglieder und damit auch für den in ihrem Besitz befindlichen schriftlichen Nachlass von Karl Liebknecht. Ein alter Freund und Arzt der Familie, Dr. Alfred Kling, erbot sich, das Archiv bei sich aufzubewahren.

Mitte Juni 1933 legte die Sowjetische Botschaft Sophie Liebknecht nahe, Deutschland zu verlassen. Die Ereignisse überstürzten sich, als auch bei Dr. Kling eine Hausdurchsuchung drohte, die den Verlust des Archivs bedeutet hätte. Sophie Liebknecht rief sofort ihre langjährige enge Freundin Susanne Leonhard zu Hilfe. Eindringlich schildern sie in ihren Aufzeichnungen und Erinnerungen<sup>10</sup> die nun nötige Rettungsaktion, die hier nur kurz wiedergegeben werden kann: Die Freundinnen kamen überein, dass nur die Sowjetische Botschaft helfen könne. Sophie gelang es, unbehelligt die Botschaft Unter den Linden zu erreichen. Nach Schilderung der Situation vereinbarte sie als Zeitpunkt für die Übergabe des Materials den nächsten Tag, exakt 10.00 Uhr. Unter ständiger Gefahr, beobachtet und verraten zu werden, transportierten die beiden Frauen den schwarzen Standkoffer mit dem Nachlass zur Gepäckaufbewahrung des Bahnhofs Zoo, eine Vorsichtsmaßnahme, um Dr. Kling zu schützen. Von dort brachte ihn Susanne Leonhard am nächsten Morgen wiederum mit einem Taxi und unter listiger Täuschung des Fahrers pünktlich in das Botschaftsgebäude, wo sie bereits erwartet wurde. Als Diplomatengepäck getarnt kam der Koffer unverseht nach Moskau. Dort wurde er zunächst dem Marx-Engels-Lenin-Institut anvertraut, wo das Material gesichtet und katalogisiert werden sollte.

Sophie Liebknecht suchte gleich zu Beginn ihres Aufenthalts in Moskau das Institut auf, sprach mit dem Direktor Adoratskij, „um zu erfahren“, wie sie in ihren Erinnerungen schrieb, „wann und wo ich mein Besitztum abholen könnte“. Sie musste hören, wie dieser „klar und unzweideutig erklärte, das Archiv gehöre mir nicht mehr – es sei von jetzt an Eigentum des Staates. Und dabei blieb es. Meine Bitten, mir wenigstens die ‚Privatbriefe‘ zurückzugeben, blieben erfolglos und wurden

---

<sup>10</sup> Vgl. Fußnote 5 u. 8.

---

zurückgewiesen<sup>11</sup>. Sie durfte die in einem Geheimfonds lagernden Dokumente einsehen und später ordnen, zurück erhielt sie ihr Eigentum nicht.

Seit Dezember 1992 ist der Nachlass Karl Liebknechts Bestandteil des Archivs der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin, und unter der Signatur: SAPMO-BArch, NY 4001/1-76 größtenteils in Fotokopien für die wissenschaftliche Forschung benutzbar. Die 1934 von Sophie Liebknecht nach Moskau gegebenen Originale werden heute im Russländischen Staatlichen Archiv für Sozial- und Politikgeschichte (RGASPI) aufbewahrt.

Der Nachlass umfasst 76 Akteneinheiten und reicht zeitlich von 1886 bis 1919, ferner sind Unterlagen der Familie Liebknecht aus den Jahren 1920 bis 1964 vorhanden. Überliefert sind von Liebknecht persönliche Dokumente, wissenschaftliche Ausarbeitungen, Exzerpte, Manuskripte und Aufzeichnungen, vor allem über Militarismus und Antimilitarismus und zu den Studien über die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung; Aufrufe und Flugblätter, Materialien aus der beruflichen, parlamentarischen und parteipolitischen Tätigkeit; handschriftliche Aufzeichnungen aus den Zuchthausjahren; Materialien und Korrespondenzen aus seiner Anwaltstätigkeit; die umfangreiche Sammlung von Briefen und Karten an seine drei Kinder sowie an seine Frau Sophie; Korrespondenzen mit Freunden und Kampfgefährten.

---

<sup>11</sup> *Sophie Liebknecht*, „Einige Zeilen über mein Archiv und was dazu gehört“, in: SAPMO- BArch, DY 30/IV A 2/9.07/136.



Horst-Peter Schulz

## **Richard Lorenz (1888 – 1959)**

## **Franz Kunert (1911 – 1990)**

Die Namen Richard Lorenz, Franz Kunert und Artur Schober sind aufs Engste verbunden mit der Geschichte des früheren, heute vom Archiv sowie der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn treuhänderisch verwalteten Seliger-Archivs, das 1952 auf Initiative der Seliger-Gemeinde gegründet wurde.<sup>1</sup> Die Genannten dürften aber selbst in Archivarskreisen nahezu unbekannt sein, ebenso wie die der Entstehung und Entwicklung dieser fast einzigartigen Institution ähnlich verbundenen Irma und Roman Wirkner und, neben weiteren Kuratoren, vor allem Ernst Paul (MdB 1949 – 1969) und Adolf Hasenöhrle (MdB 1964 – 1967).

Unbekannt ist wohl auch die Seliger-Gemeinde selbst.<sup>2</sup> Sie wurde benannt nach dem Initiator der im Jahre 1919 gegründeten Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei [in der Tschechoslowakei (ČSR)] (DSAP), Josef Seliger.<sup>3</sup> Nach Flucht, Vertreibung und Aussiedlung vieler Sudetendeutscher 1938 bzw. 1945/46 gründeten deren Sozialdemokraten 1951 in der Bundesrepublik Deutschland die „Gesinnungsgemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten“. Der Aufbau eines Archivs dieser sozialdemokratischen Gemeinschaft wie auch der etwas anders politisch orientierten Sudetendeutschen Landsmannschaft und

---

<sup>1</sup> *Hans Dietz*, Das Seliger-Archiv – ein verpflichtendes Erbe, in: Rückschau auf 50 Jahre Seliger-Gemeinde, hrsg. v.: Seliger-Gemeinde, München 2001, S. 76f., et passim.

<sup>2</sup> Ebd.

<sup>3</sup> *Ernst Paul*, Was nicht in den Geschichtsbüchern steht: Ruhm und Tragik der sudetendeutschen Arbeiterbewegung, München, Bd 1: 1961, Bd.2: 1966, Bd. 3: 1972; *Friedrich G. Kürbisch*, Chronik der sudetendeutschen Sozialdemokratie 1863 – 1938, hrsg. v.: Seliger-Archiv, Stuttgart 1982; Weg, Leistung, Schicksal: Geschichte der sudetendeutschen Arbeiterbewegung in Wort und Bild, hrsg. v.: Seliger-Gemeinde, Stuttgart 1972; Kampf, Widerstand, Verfolgung der sudetendeutschen Sozialdemokraten: Dokumentation der deutschen Sozialdemokraten aus der Tschechoslowakei im Kampf gegen Henlein und Hitler, erarb. v. Adolf Hasenöhrle, hrsg. v. Seliger-Archiv, Stuttgart 1983.

ihr mehr oder weniger nahe stehender Organisationen aus der früheren sudetendeutschen Region beruhte auf dem generellen Bedürfnis, die Geschichte der Sudetendeutschen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Das 1952 in Stuttgart gegründete Seliger-Archiv widmete sich insbesondere der Bewahrung der Erinnerung an die Geschichte der sudetendeutschen Arbeiterbewegung. In diesem Sinne wurden Archivalien und Bibliotheksgut aus den verschiedensten Quellen zusammengetragen. So entstand ein Konglomerat unterschiedlichster Provenienzen wie kleinsten persönlichen Unterlagen, Splitter-, Teil- und eigenständigen Nachlässen, Niederschriften, Erinnerungen, historisch bedeutsamen Fotografien und diversem Sammelgut sowie ein umfangreicher Bibliotheksbestand. Im Laufe der Nachkriegsjahre konnten weitere zahlreiche Sammlungen und Nachlässe zusammengetragen werden wie beispielsweise die Nachlässe von Ernst Paul, Richard Reitzner (MdB 1949 – 1962), Unterlagen zur (Aussiedler-)„Aktion Ullmann“ (Antifatransporte)<sup>4</sup>, aber auch Organisationsakten nicht nur aus dem deutschen Bereich der Seliger-Gemeinde, sondern auch emigrierter sudetendeutscher Sozialdemokraten aus England, Kanada und dem skandinavischen Raum.

Der erste von mehreren verdienstvollen Archivaren war der mit der Gründung des Seliger-Archivs beauftragte Richard Lorenz.<sup>5</sup> Er wurde am 21. August 1888 in einem Örtchen im Bezirk Ellbogen/Böhmen in einer eher unpolitischen Familie geboren, doch sein Onkel brachte ihn schon als Heranwachsenden der Arbeiterbewegung und deren Schriften nahe. Daher schloss er sich bereits als Porzellanmalerlehrling der Gewerkschaft und kurz darauf der Sozialdemokratischen Partei an. Bereits mit 20 Jahren trat er als Redner auf, erregte damit Aufsehen und wurde kurz darauf aufgefordert, sich der sozialistischen Jugendbewegung zur Verfügung zu stellen. Seine Belesenheit und Rhetorik waren

---

<sup>4</sup> Aussiedlungsaktion sudetendeutscher Sozialdemokraten aus der ČSR nach 1945.

<sup>5</sup> *Roman Wirkner*, Ein Sohn des Volkes / Richard Lorenz zum Gedenken, in: Die Brücke, 29.8.1959, S. 7; ferner: „Biographien Partei“, Nr. 1625 Seliger-Archiv im AdsD, darin u.a. persönl. Lebenslauf.

ihm weiterhin förderlich, so dass er als Bezirksvertrauensmann und Mitglied der Kreisvertretung Karlsbad der sozialistischen Jugend über Böhmen hinaus auch im angrenzenden Bayern als Redner gefragt war. Nach über vierjähriger Militärzeit kehrte er Ende 1918 nach Hause zurück und begann im Bergbau zu arbeiten. Sein politisches Engagement führte ihn über verschiedene partei- und kommunalpolitische Ämter bis hin zum Abgeordneten des Böhmisches Landtages. Zudem war er Leiter der städtischen Bücherei Neudek und aktiv in der Volksbildung Bezirk Teplitz-Schönau sowie als Kreissekretär der DSAP und Organisationsleiter der „Republikanischen Wehr“<sup>6</sup> tätig. Aufgrund seiner politischen Aktivitäten sah er sich 1938 gezwungen, vor den Nationalsozialisten nach England zu fliehen. 1947 aus der Emigration nach Stuttgart übergesiedelt, bot er sich der dortigen SPD zur Mitarbeit an und redigierte für sie den „Neubürgerwillen“, ein sozialdemokratisches Organ für Flüchtlinge und Neuangesiedelte. 1952 wurde er, der vielseitig Belesene und Bibliothekar, Kenner der Geschichte der Sudetendeutschen Sozialdemokratie und Zeitzeuge, mit der Gründung des Seliger-Archivs beauftragt. Er betreute es bis 1959 und konnte es Dank seiner Leidenschaft und zahlreicher Kontakte erheblich ausbauen. Lorenz starb am 16. August 1959.

Der Zufall wollte es, dass Lorenz 1952 auf der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten in Stuttgart mit Roman Wirkner<sup>7</sup> zusammengetroffen war. Roman Wirkner hatte kurz vorher zusammen mit seiner Frau Irma durch Aufrufe an die Mitglieder der Seliger-Gemeinde diese bewogen, ihre Erlebnisse und Erinnerungen niederzuschreiben und sie veranlasst, ihnen wertvolles Archiv- und Bibliotheksgut zu übergeben. Damit hatten sie bereits eine Grundlage für ein privates Archiv geschaffen, welches sie dann zusammen mit ihren eigenen Dokumentationen in das Seliger-Archiv einbrachten. Dieser später als „Nachlass Roman Wirkner“ ausgewiesene Bestand enthält Sammlungen und Dokumentationen zur Geschichte der sudetendeutschen Sozialdemokratie, Vertreibung

---

<sup>6</sup> Schutzorganisation der DSAP und ihr nahestehender sozialdemokratischer Organisationen gegen die „Henlein“-Anhänger (nationalsoz. Sudetendeutsche Partei)

<sup>7</sup> Vgl. u.a.: Nachruf auf Roman Wirkner in: Sudeten-Jahrbuch 1988, S. 31.

und Aussiedlung und ihren Folgen, ferner zu Persönlichkeiten (vor allem Wenzel Jaksch) und zu politischen Ereignissen, daneben Unterlagen zu Wirkners publizistischen und literarischen Ambitionen.

Roman Wirkner wurde am 17. September 1907 in Gablonz geboren. Nach seiner Ausbildung arbeitete er zunächst als Sekretär, später als Redaktionssachbearbeiter beim Zentralverband der Angestellten in Reichenberg. Er engagierte sich politisch in der dortigen Verbandsjugendleitung, war Schriftführer sowie Lokalvertrauensmann und gehörte der Kreis- und Bezirksleitung an. Seine Laufbahn wurde jäh unterbrochen durch den Einmarsch der Nationalsozialisten 1938, die ihn umgehend in das KZ Dachau verbrachten. Erst nach sechs Jahren wurde er 1945 von den Amerikanern befreit. Alois Ullmann, den er in Dachau kennengelernt hatte, berief ihn für die „Aktion Ullmann“ zum „Auslandsbeauftragten“. Seit 1947 war er zunächst in Frankfurt, dann in Bonn im Archiv des Bundesrates angestellt. Für die Seliger-Gemeinde war er Zeit seines Lebens unermüdlich tätig, intensiv unterstützt von seiner Frau. Er bekleidete verschiedene führende Funktionen im Landes- und Bundesverband der Seliger-Gemeinde, war lange Zeit verantwortlicher Redakteur für das „Sudeten-Jahrbuch“ und ständiger Mitarbeiter des politischen Organs der Seliger-Gemeinde „Die Brücke“. Roman Wirkner starb am 11. März 1987 in Bonn.

Die Gründung und die sukzessive Zusammenführung beider Bestände zum eigentlichen Seliger-Archiv und überhaupt der weitere Erhalt dieser Erinnerungsstätte wären ohne die politische Einflussnahme, das persönliche und auch materielle Engagement des Bundestagsabgeordneten Ernst Paul<sup>8</sup> kaum möglich gewesen. Ernst Paul, geboren 1897 in Steinsdorf, Nordböhmen, trat 1912 in den dortigen sozialistischen Jugendverband ein und wurde nach 1919 deren Verbandsobmann in der ČSR. Er war 1923 Mitbegründer der Sozialistischen Jugendinternationale, aktiv im Arbeiter-Turn-und-Sportverband der sudetendeutschen Sozialdemokraten in der ČSR (ATUS) und Mitbegründer und Leiter der sozialdemokratischen Republikanische Wehr (RW) der

---

<sup>8</sup> Vgl. u.a.: Weg, Leistung, Schicksal ... , S. 7; *Artur Schober*, Ernst Paul – Ein Sohn des Volkes, in: Sudeten-Jahrbuch 1979, S. 11ff.

DSAP zum Schutz der tschechoslowakischen Republik. 1924 wurde er Redaktionsmitglied beim „Vorwärts“ in Prag, 1930 bis zur Zerschlagung der ČSR 1938 Sekretär beim Parteivorstand der DSAP. Er emigrierte nach Schweden und beteiligte sich (mit Willy Brandt und anderen) an der Gründung der sogenannten Kleinen Internationale Stockholm 1945/46. 1948 kehrte er nach Deutschland zurück, war von 1949 bis 1969 Mitglied des Bundestages und ab 1951 Mitbegründer und Vorsitzender der Seliger-Gemeinde und Mahner der Geschichte; so regte er beispielsweise die Herausgabe der beiden Standardwerke zur Geschichte der sudetendeutschen Sozialdemokratie „Weg, Leistung, Schicksal“ und „Kampf, Widerstand, Verfolgung der sudetendeutschen Sozialdemokraten“<sup>9</sup> an und artikulierte sich gemeinsam mit Emil Werner auch als Autor: „Was nicht in den Geschichtsbüchern steht“.<sup>10</sup> Nicht nur als Bundestagsabgeordneter fühlte sich Ernst Paul stets der Aussöhnung und der Europäischen Idee verpflichtet; er starb am 11. Juni 1978.

Nach dem Tode von Richard Lorenz übernahm Franz Kunert<sup>11</sup> Anfang der 1960er Jahre dessen Aufgaben im Seliger-Archiv. Er wurde am 16. August 1911 geboren, in Oberhennersdorf bei Rummelsburg in einem sozialistischen Ideen verbundenen Elternhaus aufgewachsen, wurde Mitglied der Sozialistischen Jugend, der DSAP und des Freidenkerbundes und schloss sich während seines Studiums an der Deutschen Universität Prag der Freien Vereinigung Sozialistischer Akademiker an. Nach seiner Promotion zum Dr. jur. fand er kurzzeitig eine Anstellung bei der Stadt Bodenbach, doch die Besetzung der ČSR durch die Nationalsozialisten veranlasste ihn zur Emigration nach Schweden, wo ihm als deutschem Juristen eine entsprechende Tätigkeit unmöglich war, so dass er sich mit Gelegenheitsarbeiten durchschlagen musste. Erst 1957 kehrte er mit seiner Familie nach Deutschland zurück, fand aber auch hier keine Anstellung als Jurist. So übernahm Kunert Anfang

---

<sup>9</sup> Vgl. Anm. 3

<sup>10</sup> Vgl. Anm. 3

<sup>11</sup> Vgl. u.a. *Ha[senöhr], Adolf], Dr. Franz Kunert – 70 Jahre, Manuskript vom 15.5.1981, in: Sammlung Personalien des AdSD; A[rtur] Sch[ober], Wir trauern um Franz Kunert, Nachruf in: Die Brücke, 15.10.1990, S. 16.*

der 1960er Jahre die Nachfolge des verstorbenen Richard Lorenz im Seliger-Archiv, dem er bis zu seinem Lebensende 1990 mit großem Engagement und als lebendige Quelle für Studenten und Wissenschaftler mit Interesse an der Geschichte der sudetendeutschen Sozialdemokratie diente. Kunert starb am 26. September 1990.

Adolf Hasenöhr (jun.)<sup>12</sup> folgte Ernst Paul als Vorsitzender der Seliger-Gemeinde und übernahm damit auch die Verantwortlichkeit für das Seliger-Archiv. Ebenso wie sein Vorgänger war Hasenöhr nicht im engeren Sinne als Archivar tätig, doch engagierte er sich ebenso wie Ernst Paul nicht nur in materieller und finanzieller Hinsicht, sondern bemühte sich zusammen mit Franz Kunert auch weiterhin um den inhaltlichen Fortbestand des Archivs. Darüber hinaus lagen seine besonderen Meriten in der Aufarbeitung der Geschichte der sudetendeutschen Sozialdemokratie als Herausgeber verschiedener Publikationen, vor allem aber der beiden oben genannten Standardwerke zur Geschichte der sudetendeutschen Sozialdemokratie. Zudem gingen zahllose aufschlussreiche Organisationsakten aus seinen vielseitigen Aktivitäten aus der Nachkriegszeit in den Bestand des Seliger-Archivs ein.

Adolf Hasenöhr wurde am 15. Oktober 1911 in Chumo im Böhmerwald als Sohn eines aktiven Sozialdemokraten und Bürgermeisters geboren. Nach Bürgerschule und kaufmännischer Lehre trat er mit 19 Jahren der DSAP bei. Sein sozialdemokratisches Engagement, vor allem aber seine Kontakte zu den Grenzsekretariaten der SPD, die nach 1933 an der Grenze zum nationalsozialistischen Deutschland eingerichtet wurden, brachten ihm eine kurzzeitige Inhaftierung im KZ Dachau ein. Auch in Freiheit von der Gestapo observiert, hatte er weiterhin Verbindungen zu Widerstandsgruppen, konnte sich jedoch der Verfolgung entziehen, wurde aber Mitte des Zweiten Weltkrieges zur Kriegsmarine eingezogen und geriet in englische Kriegsgefangenschaft. Nach seiner Entlassung 1945 nahm er Kontakt zur Aussiedler-Aktion „Ullmann“ auf. Als Mitglied des sogenannten Vortrupps der vertriebenen oder ausgesiedelten sudetendeutschen Sozialdemokraten

---

<sup>12</sup> u.a. *Volkmar Gabert*, Adolf Hasenöhr zum Gedenken, in: *Sudeten-Jahrbuch 1990*, S. 20ff.

kam er 1946 nach Stuttgart und bereitete die Ansiedlung von insgesamt ca. 25 000 sudetendeutschen Sozialdemokraten in Baden-Württemberg vor. 1951 war er Mitbegründer der Seliger-Gemeinde und deren Vorsitzender von 1971 bis 1983. Er trat in den baden-württembergischen Staatsdienst ein und übernahm nach 1949 diverse Ämter im Bereich des Flüchtlings-, Vertriebenen und Aussiedlerwesens. Als Mitglied des Landesvorstandes der SPD in Baden-Württemberg errang Hasenöhl 1964 für drei Jahre ein Mandat für den Landtag. Trotz seiner vielen politischen Ämter und zahlreichen Ehrungen engagierte er sich sehr stark in der Seliger-Gemeinde sowie dem Heimatverband der Böhmerwälder. Adolf Hasenöhl verstarb am 9. Februar 1989.

Bereits seit Mitte der 1960er Jahr hatte Artur Schober<sup>13</sup> – zunächst kurzfristig, nach dem Tod von Hasenöhl und Kunert mit vollem Einsatz – die Verwaltung und Leitung des Seliger-Archivs übernommen und, unterstützt von seiner Frau Felicitas, dessen weiteren Ausbau gefördert.

Artur Schobers Geburtsort im Arbeiterheim Jägerndorf, Schlesien, am 27. November 1913, schien quasi bestimmend für seinen weiteren Lebensweg: Mitglied der „Roten Falken, im Arbeiter-Turn-und-Sportverband der sudetendeutschen Sozialdemokraten in der ČSR (ATUS), 1934 Eintritt in die DSAP, führend in der sozialdemokratischen Republikanischen Wehr (RW). Nach der Schulzeit absolvierte er eine Ausbildung zum Schriftsetzer beim sozialdemokratischen „Vorwärts“ in Troppau. Nach dem „Münchener Abkommen“ 1938 musste Schober vor der Gestapo über Polen nach Schweden flüchten und gründete dort zusammen mit Ernst Paul und anderen die „Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten“ in Schweden (TG Schweden). Er stand in Kontakt mit Willy Brandt und Bruno Kreisky und freundete sich mit vielen einflussreichen schwedischen Sozialdemokraten an. Die Exil-DSAP unter Wenzel Jaksch und Ernst Paul betraute Schober und andere jüngere Mitglieder der Treuegemeinschaft mit einer brisanten

---

<sup>13</sup> Vgl.: u.a. *Adolf Hasenöhl*, Ein neuer Lebensabschnitt beginnt – Artur Schober wird 65 Jahre, in: *Die Brücke*, 18. Nov. 1978, S. 12; *Volkmar Gabert*, Einer unserer Besten: Artur Schober ist nicht mehr, in: *Sudeten-Jahrbuch 2000*, S. 126ff.

Aufgabe: Sie sollten noch vor Kriegsende in den besetzten Sudetenländern ein demokratisches Regime schaffen, um dadurch die Pläne des emigrierten tschechischen Staatspräsidenten Eduard Benesch zur Aussiedlung der Deutschen zu verhindern. Diese Aktion wurde an die Gestapo verraten und die Gruppe beim Transit durch Dänemark verhaftet. Artur Schober musste danach einen kaum vorstellbaren Leidensweg durch unzählige Folter-Gefängnisse der Gestapo, das KZ Flossenbürg, schließlich den „Todesmarsch“ nach Dachau gehen, bis die Häftlinge durch die Amerikaner befreit werden konnten. Nach Kriegsende ging Schober zunächst wieder zurück nach Schweden, wo er Dank seiner früheren Kontakte führend an der Einwanderungsaktion für nach Österreich geflüchtete sudetendeutsche Sozialdemokraten mithelfen konnte. 1947 übernahm er wichtige Funktionen bei der TG Schweden in Stockholm. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland war er ab 1960 in Baden-Württemberg für das UN-Flüchtlingskommissariat tätig und widmete sich der Eingliederung pass- und heimatloser Ausländer (Verschleppte, Zwangsarbeiter aus der Zeit des „Dritten Reiches“), der DP's (displaced persons). Danach übernahm er ein Referat in der Hauptabteilung für Vertriebene im Staatsministerium des Inneren in Stuttgart. Bis zu seinem Tode am 29. März 1999 war Artur Schober Landesvorsitzender der Seliger-Gemeinde in Baden-Württemberg sowie Präsidiumsmitglied auf Bundesebene und die „Graue Eminenz“ des Seliger-Archivs bis weit in die 90er Jahre.

Die Besonderheit der hier genannten und vor allem der kurz biographierten Personen ist die Tatsache, dass sie mit der von ihnen im Seliger-Archiv betreuten Materie lebensgeschichtlich eng verbunden waren. Sie hatten die Geschichte mehr oder weniger selbst durch- und erlebt, kannten die Vielzahl der Hinterleger oder ihr Schicksal persönlich und hatten entsprechende Kontakte zu diesen oder deren Nachkommen. So sind auch die einzigartige Entstehungsgeschichte und der Aufbau dieses besonderen Archivs zu erklären. Als das Seliger-Archiv Anfang der 1990er Jahre aus Altersgründen der Betreuer dem Archiv und der Bibliothek der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn übergeben wurde, behielten sowohl Archiv als auch Bibliothek unter der besonderen Namenskenzeichnung „Seliger-Archiv“ ihre Ei-



genständigkeit, doch konnte auf die personenbezogenen Idealbedingungen nicht mehr in dem früheren Maße zurückgegriffen werden. Nur der intensive Kontakt zu den Mitgliedern der Seliger-Gemeinde ermöglichte die Einarbeitung in dieses individuelle, ja fast eigenwillig zu nennende Archiv- und Bibliotheksgebilde.

---

Ottokar Luban

## Ralph Haswell Lutz (1886 – 1968)

Die Rettung eines wichtigen Teils des Rosa-Luxemburg-Mathilde-Jacob-Nachlasses ist dem US-amerikanischen Juristen und Historiker Ralph H. Lutz von der Hoover Institution on War, Revolution, and Peace in Stanford, Kalifornien, USA zu verdanken. Durch Vermittlung der in die USA emigrierten Sozialistin Angelica Balabanoff suchte er im Juni 1939 in Berlin die vormalige Sekretärin und Freundin Rosa Luxemburgs in ihrer Wohnung auf und erhielt von ihr wertvolle Materialien: darunter Schreiben von Rosa Luxemburg und von ihren Familienangehörigen, Briefe von Clara Zetkin, Franz Mehring, Sonja und Karl Liebknecht, Luise Kautsky, Marta Rosenbaum an Mathilde Jacob (teilweise als Abschriften), auch einige wenige Briefe und Postkarten mit Mathilde Jacob als Verfasserin, weiterhin Rosa Luxemburgs Gefängnis-Kalender sowie vier leicht differierende Fassungen eines Erinnerungsberichtes von Mathilde Jacob über ihre Zusammenarbeit mit Rosa Luxemburg und dem politischen Kreis um Luxemburg, der Spartakusgruppe. Mit der Diplomatenpost der amerikanischen Botschaft in Berlin konnte Lutz seinen Archivalien-Schatz sicher in die USA und dort in die Hoover Institution schaffen. Noch heute wird dieser Bestand als eine bedeutende Sammlung im Verzeichnis dieser konservativen Forschungseinrichtung hervorgehoben.

Der Besuch des ausländischen Historikers bei der 1939 schon den Unterdrückungsmaßnahmen der Nazis ausgesetzten jüdischen Schreibbüroinhaberin Mathilde Jacob spielte sich auf Grund der politischen Rahmenbedingungen unter konspirativen Umständen ab. Der namhafte Berliner Essayist Heinz Knobloch hat diese Episode ausführlich in seiner sorgfältig recherchierten Mathilde-Jacob-Biographie geschildert und dabei die Verdienste von Ralph H. Lutz gewürdigt.<sup>1</sup> Kopien der

---

<sup>1</sup> *Heinz Knobloch*, *Meine liebste Mathilde. Die beste Freundin der Rosa Luxemburg*, Frankfurt/Main 1997, S. 222- 233.

Luxemburg-Materialien wurden nach dem Zweiten Weltkrieg deutschen Archiven zur Verfügung gestellt.

Ralph H. Lutz, geboren 18. Mai 1886 in Circle, Ohio, USA, studierte zunächst an der Stanford Universität, 1907 machte er an der Universität von Washington sein juristischen Examen mit dem Schwerpunkt „Internationales Recht“. Er erhielt im Bundesstaat Washington die Lizenz als Rechtsanwalt und war einige Zeit als Anwalt tätig. Lutz entwickelte schnell Interesse für das Gebiet der Internationalen Beziehungen, ging nach Deutschland. Hier studierte er in Bonn und Heidelberg, wo er 1910 mit magna cum laude promovierte. In seiner Dissertationsschrift behandelte er „Die Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten während des Sezessionskrieges“.

Nach Lehrtätigkeit an den Universitäten von Washington und Stanford kam er als Soldat im Ersten Weltkrieg wieder nach Europa und gehörte 1919 der amerikanischen Mission in Berlin an. Hier erreichte ihn der Ruf, sich einer Gruppe um den späteren Präsidenten der USA, Herbert Hoover, anzuschließen, die Materialien zum Krieg, zu den revolutionären Bewegungen und zu den caritativen Hilfsmaßnahmen in Europa für die Stanford Universität erwerben sollte. Seine erste Sammlerreise führte ihn 1919 nach Deutschland, Österreich, Ungarn, Polen, Jugoslawien und Bulgarien. Er leistete damit neben anderen Wissenschaftlern, die als Sammler unterwegs waren, einen wichtigen Beitrag zum Grundstock aus seltenen Büchern, Periodika, diversen Schriftstücken und Handschriften unterschiedlichster Art für Bibliothek und Archiv der Stanford Universität, die später unter dem Namen „Hoover Institution on War, Revolution, and Peace“ weltweit bekannt wurde.

Seit 1920 lehrte Ralph H. Lutz als „Assistant Professor“, später als Professor für neuere Geschichte mit dem Schwerpunkt Westeuropa an der Stanford Universität, war Co-Direktor der Hoover Institution und trug auf fünf Europa-Reisen mit umfangreichen Erwerbungen neuer Materialien wesentlich zur Erweiterung des vielseitigen Bestandes bei, was an den reichhaltigen Sammlungen über Kommunismus und Sozialismus der Hoover Institution zu erkennen ist. Lutz selbst und viele seiner Studenten und Kollegen sowie über deutsche und europäische

Geschichte arbeitende Forscher aus den USA und dem Ausland konnten diese sich Jahr für Jahr vergrößernde Sammlung als Grundlage für ihre Forschungsarbeiten nutzen. An den Themen der Publikationen von Ralph H. Lutz<sup>2</sup> ist zu ersehen, dass sein Hauptinteresse der Geschichte Deutschlands im Ersten Weltkrieg und in der Novemberrevolution 1918/19 galt, wozu die zum Teil von ihm selbst gesammelten relevanten Archivalien eine gute Grundlage bildeten.

Nachdem Lutz 1952 emeritiert war, verblieb er bei der Stanford-Universität als Mitglied des „Advisory Board“ der Hoover Institution, forschte und publizierte weiter. Am 8. April 1968 verstarb er in Palo Alto, Kalifornien.

---

<sup>2</sup> Veröffentlichungen von *Ralph H. Lutz*: *The German revolution 1918-1919*, Stanford 1922; *The fall of the German Empire, 1914-1918*, 2 Bde, Stanford 1932; (Hrsg.) *The causes of the German collapse in 1918. Sections of the officially authorized report of the commission of the German Constituent Assembly and of the German Reichstag, 1919-1928, the selection and the translation officially approved by the commission*, Stanford, Calif. [u.a.] 1934 sowie (Neuaufgabe?) New York 1969; (Hrsg.) Hans Peter Hanssen. *Diary of a dying empire*, Bloomington 1955; Rosa Luxemburg's unpublished prison letters 1916-1918, in: *Journal of Central European Affairs*, 24 (1963) 31; *Lutz/Charles Burton Burdick* (Hrsg.), *The political institutions of the German revolution 1918-1919*, New York 1966.

Gerhard Oberkofler

## **Theodor Mauthner (1855 – 1922)**

## **Wilhelm Pappenheim (1860 – 1939)**

„Ich habe bereits aus Wien telegraphiert, dass ich sowohl die Bibliothek Grünbergs, als auch die Bibliothek Mauthners kaufen kann. ... Über die zweite muss ich Ihnen nichts schreiben, Sie kennen sie gut“, schrieb Dawid B. Rjasanow am 26. September 1921 an Lenin und Bucharin. „Das ist die in der Welt einzigartigste Sammlung von Unikaten. Für die Geschichte des Marxismus ist sie einfach unersetzlich.“<sup>1</sup> Die Bibliothek, von der hier die Rede ist, wurde von den beiden Wiener Hof- und Gerichtsadvokaten Theodor Mauthner und seinem langjährigen Sozium Wilhelm Pappenheim gemeinsam gesammelt.<sup>2</sup>

Theodor Mauthner, geboren in Wien am 15. September 1855, studierte nach dem Besuch des Akademischen Gymnasiums in Wien Rechtswissenschaft an der Wiener Universität. Am 13. März 1880 zum Dr. jur. promoviert, etablierte sich Mauthner am 4. Januar 1887 in Wien als Rechtsanwalt. Seine letzte Kanzlei war in Wien am Bauernmarkt 11.

In einer Wiener Buchhandlung hatte er eher zufällig die dort ausgestellten Schriften von Ferdinand Lassalle in die Hand genommen. „Sein Interesse für die sozialistische Partei wurde durch diese geringfügige Ursache wachgerufen, steigerte sich immer mehr, er begann einschlägige Literatur zu sammeln und legte so den Grundstein zu seiner großen Bibliothek“<sup>3</sup>, erinnerte sich seine Witwe Amélie Mauthner, gebo-

---

<sup>1</sup> *Maja D. Dvorkina*, Zum Erwerb der Bibliotheken von Mauthner, Pappenheim und Grünberg durch Rjasanov, in: David Borisovič Rjasanov und die erste MEGA, Berlin 1997, S. 42-45.

<sup>2</sup> Vgl. *Gerhard Oberkofler*, Über sozialistische Privatbibliotheken in Wien und ihr Schicksal. Notizen insbesondere zu den Bibliotheken von Anton Menger, Theodor Mauthner, Wilhelm Pappenheim und Bruno Schönfeld, in: Alfred Klahr Gesellschaft. Mitteilungen, 11 (2004) 2, S. 1-7 (mit weiterführenden Literaturangaben).

<sup>3</sup> *Amélie Mauthner* hinterließ dem Marx-Engels-Institut einen zweiseitigen maschinenschriftlichen Lebenslauf ihres Mannes, in: Russländisches Staatliches Archiv für

rene Engel. Mit seinem Teilhaber Wilhelm Pappenheim sammelte Mauthner bis 1914 eine mehr als 20 000 Bände umfassende Bibliothek des Sozialismus und Anarchismus. Mauthner sammelte auch Wiener Zeitungen und legte eine Sammlung der Kaspar-Hauser-Literatur an. Die Bibliothek von Mauthner wurde unter anderem von August Bebel, Victor Adler, Max Nettlau<sup>4</sup> und Franz Mehring benutzt. Mehring dankte in seiner Marx-Biographie: „Die Prozessakten, denen ich die genealogischen Notizen über Marx entnommen habe, durfte ich in der ausgezeichneten Bibliothek der Herren Mauthner und Pappenheim in Wien einsehen.“<sup>5</sup> Rjasanow, der sich mit Mauthner angefreundet hatte, zitierte in seinem Artikel über die polnische Frage das Original der Proklamation des Londoner deutschen Arbeiter-Bildungsvereins zu einer Geldsammlung für Polen aus dem Jahre 1863. Das Dokument, das aus dem Nachlass des Mitglieds des Bundes der Kommunisten und des Generalrats der Internationalen Arbeiter-Assoziation Friedrich Lessner stammte, einem seit 1853 in der Londoner Emigration lebenden Freund von Marx und Engels, befand sich „jetzt in der Sammlung von Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Th. Mauthner in Wien“.<sup>6</sup> Auch der hoch verdiente Bibliothekar des Juridisch-politischen Lesevereins in Wien, Josef Stammhammer, von dem eine ausgezeichnete „Bibliographie des Socialismus und Communismus“<sup>7</sup> stammt, hatte die Bücherei von Mauthner schätzen gelernt. Er dankte im Vorwort zu Band II den Herren „Dr. Theodor Mauthner und Dr. Wilhelm Pappenheim, Hof- und Gerichts-Advokaten in Wien, die den vorliegenden Band wesentlich gefördert haben“.<sup>8</sup>

---

Sozial- und Politikgeschichte Moskau (RGASPI), f. 71, op. 50, d. 2, Bl. 20-21 (Kopie dank freundlicher Vermittlung von Herrn Prof. Dr. Rolf Hecker, Berlin).

<sup>4</sup> In den Max Nettlau Papers, verwahrt im IISG Amsterdam, befindet sich die Korrespondenz Nettlaus mit Mauthner aus den Jahren 1897-1921.

<sup>5</sup> *Franz Mehring*, Karl Marx. Geschichte seines Lebens. 5. Aufl., Leipzig 1933, S. 583.

<sup>6</sup> Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, 6 (1916), S. 191, Anm. 2.

<sup>7</sup> *Josef Stammhammer*, Bibliographie des Socialismus und Communismus, [Bd.1], Jena 1893; Bd. 2: Nachträge und Ergänzungen bis Ende des Jahres 1898, Jena 1900; Bd. 3: Nachträge und Ergänzungen bis Ende des Jahres 1908, Jena 1909.

<sup>8</sup> Ebd., Bd. 2, S. IV

Untergebracht war die Mauthner-Pappenheim-Bibliothek in einem geräumigen Zimmer der jeweiligen Wiener Kanzlei. Amélie Mauthner schrieb im April 1924: „Durch sehr gesteigerte Anwaltstätigkeit, durch Gründung eines eigenen Heimes, konnte Dr. Mauthner sich seit dem Jahre 1912 kaum mehr seiner geliebten Bibliothek widmen; dazu trat später ein schweres Herzleiden auf, das ihn zwang, dem mit Leidenschaft betriebenen Radsport zu entsagen. Seiner Schwärmerei für die Natur konnte er, der hohe Berge bestiegen, halb Deutschland und halb Italien auf dem Rade durchquert hat, nur mehr dadurch nachgehen, dass er mehrere Wochen des Jahres in der weiteren und näheren Umgebung Wien's der Ruhe pflegte, um wieder arbeitsfähiger zu werden“. Durch seine Erkrankung sei Mauthner daran gehindert worden, „auf seinem Lieblingsgebiete, dem des älteren englischen, französischen und besonders des deutschen Sozialismus, selbständige Forschungen zu unternehmen; aber der wirkliche Kenner weiß, dass bereits die wohldurchdachte Vervollständigung der Sammlung zahllose Einzelforschungen erforderte, deren Resultate nun den Benützern derselben mühelos zustatten kommen.“<sup>9</sup>

Über Wilhelm Pappenheim ist bisher sehr wenig bekannt. Er wurde 1860 (das nähere Geburtsdatum ist in den Wiener Akten nicht überliefert) in Wien geboren. Sein Vater Sigmund Pappenheim war ein jüdisch-orthodoxer Getreidehändler, die Mutter Recha stammte aus der alteingesessenen Frankfurter Familie Goldstein. Beide Familien waren wohlhabend und als Kunstmäzene und -sammler bekannt. Insbesondere die Familie der Mutter unterstützte wissenschaftliche und akademische Projekte und spielte in der jüdischen Gemeinde in Frankfurt am Main eine bedeutende Rolle. Als einziger Sohn genoss Wilhelm eine bevorzugte Erziehung. Seine etwa 18 Monate ältere Schwester Bertha<sup>10</sup>, litt darunter, dass sie als Mädchen keine höhere Schule besuchen durfte, während Wilhelm das Gymnasium absolvierte.

<sup>9</sup> *Amélie Mauthner*, Ebd..

<sup>10</sup> Pappenheim hatte drei Schwestern: Henriette (1849-1866), Flora (1852-1854) und Bertha (1859-1936), die eine bedeutende Frauenrechtlerin, Sozialarbeiterin und Schriftstellerin wurde.

Nach zwei Semestern in Straßburg nahm Pappenheim an der Universität Wien das Studium der Rechte auf und beendete es am 8. Juni 1883 mit dem Doktorat. Pappenheim, der zuerst seine Kanzlei in der Wiener Hegelgasse 4 eingerichtet hatte, wurde später der Sozius von Theodor Mauthner. Pappenheim war auch publizistisch tätig, so kritisierte er zum Beispiel die konfessionelle Ausrichtung des österreichischen Eherechts und dessen Unterordnung unter religiöse Vorstellungen.<sup>11</sup> Pappenheim war Zionist und gehörte zu den Gründungsmitgliedern einer Österreichischen Gesellschaft für die Kolonialisierung Palästinas.<sup>12</sup> Gleichzeitig interessierte er sich für den Sozialismus und brachte in die gemeinsam mit Mauthner gesammelte Bibliothek viele Originaldokumente ein. Rjasanow dankte Pappenheim im Vorwort der 1927 herausgegebenen Marx-Engels-Werke für Dokumente zur Familiengeschichte von Marx sowie für die Briefe des Junghegelianers Bruno Bauer an Marx und Arnold Ruge.<sup>13</sup> Pappenheim war auch gelegentlicher Korrespondenzpartner von Franz Mehring.

Pappenheims Vermögen wurde von den Nazis 1938 konfisziert, seine ganze Familie fiel dem Holocaust zum Opfer. Er selbst starb am 12. August 1939. Begraben ist Wilhelm Pappenheim auf dem Wiener Zentralfriedhof, Alte Israelitische Abteilung.

Als die Bibliothek von Theodor Mauthner und Wilhelm Pappenheim zum Verkauf stand, fanden sich mehrere Interessenten. Erwerben wollten sie das Ohara-Institut für Sozialgeschichte in Osaka und die österreichische Regierung für die Universität Wien. Schließlich kaufte jedoch Rjasanow im Einvernehmen mit Lenin und Bucharin 1920 die Bibliothek für das Moskauer Marx-Engels-Institut (heute Staatliche gesellschaftliche Bibliothek) an. Sie traf dort 1921/22 ein und wurde zu einem der Grundpfeiler der Büchersammlung des Instituts.

Mauthner starb in Wien am 17. April 1922, die fertige Aufstellung der Bibliothek in Moskau hat er nicht mehr erlebt. 1930 stellte Franz Schil-

---

<sup>11</sup> Juristische Blätter, Wien, 48(1919) 37/38.

<sup>12</sup> Vgl. *Elizabeth Loentz*, Let me continue to speak the truth: Bertha Pappenheim as author and activist, Cincinnati 2007, S. 213 (Anm.95).

<sup>13</sup> Vgl.: MEGA, 1. Abt., 1. Halbbd., Berlin 1927, S. XXVII.



ler (Moskau) in Grünbergs „Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung“ das Marx-Engels-Institut in Moskau mit den Wiener Erwerbungen vor und verwies insbesondere auf die umfassende Bibliothek von Mauthner und Pappenheim, „den bekannten Wiener Sammlern anarchistischer und sozialistischer Literatur“<sup>14</sup>. Rjasanow berichtete 1923 in der von ihm herausgegebenen Broschüre über das Marx-Engels-Institut in Moskau<sup>15</sup> und 1926 in der ersten Nummer des Bulletin des Instituts<sup>16</sup> über den wertvollen Ankauf.

---

<sup>14</sup> *Franz Schiller*, Das Marx-Engels-Institut in Moskau, in: *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung*, 15 (1930), S. 416-435, hier: S. 420.

<sup>15</sup> Vgl. *D. Rjasanov*, (Hrsg.), *Institut K. Marksa i F. Engel'sa*, Moskva 1923, S. 5/6.

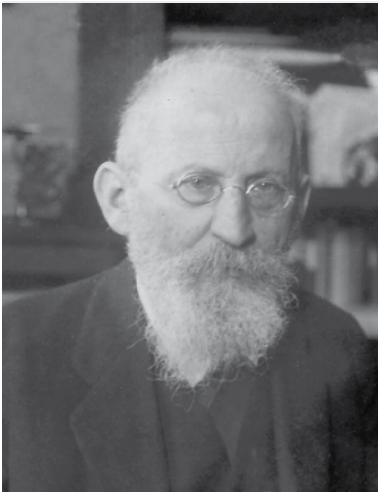
<sup>16</sup> Vgl.: *Bjulleten' Instituta K. Marksa i F. Engel'sa*, (1926) 1, S. 18.



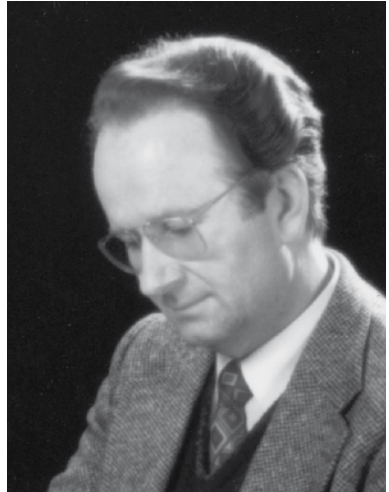
*Abb. 1: Friedrich Wolfgang Adler*



*Abb. 2: Bert Andréas*



*Abb. 3: Eduard Bernstein*



*Abb. 4: Karl-Heinz Bippig*



*Abb. 5: Werner Blumenberg*



*Abb. 6: Oscar Borge*



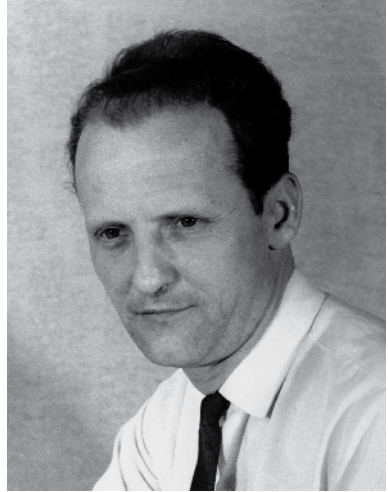
*Abb. 7: Alfred Eberlein*



*Abb. 8: Otto Franke*



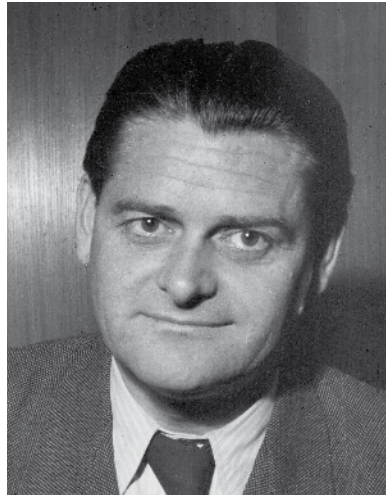
*Abb. 9: Heinz Gittig*



*Abb. 10: Lothar Groll*



*Abb. 11: Max Grunwald*



*Abb. 12: Werner Hansen*



*Abb. 13: Hugo Heimann*



*Abb. 14: Gustav Hennig*



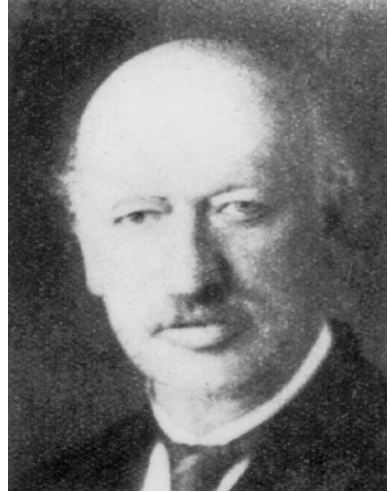
*Abb. 15: Kurt Hirche*



*Abb. 16: Fritz Hüser*



*Abb. 17: Bruno Kaiser*



*Abb. 18: Paul Kampffmeyer*



*Abb. 19: Kurt Klotzbach*



*Abb. 20: Kuno Bludau*



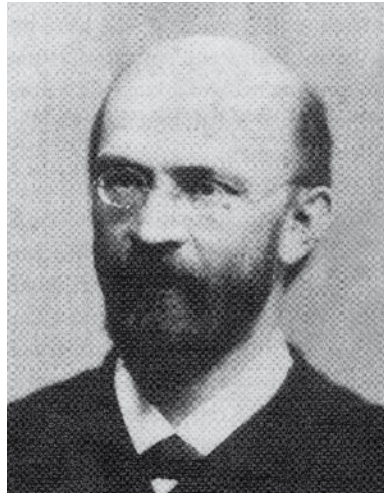
*Abb. 21: Sophie Liebknecht*



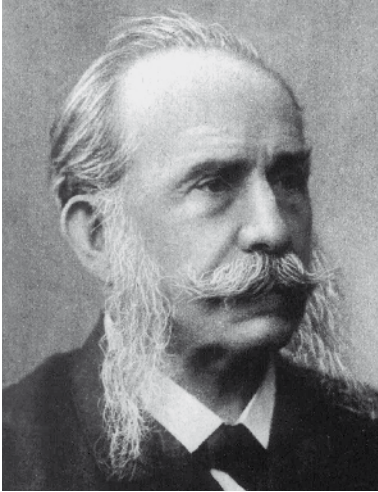
*Abb. 23: Paul Mayer*



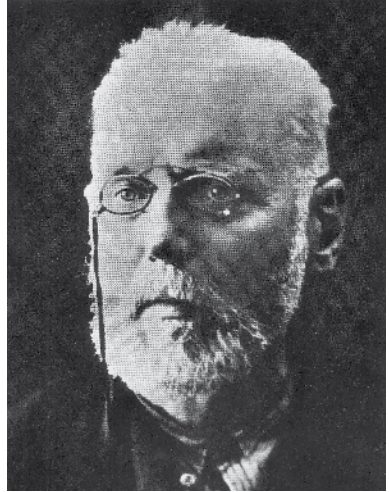
*Abb. 24: Ernst Mehlich*



*Abb. 25: Anton Menger*



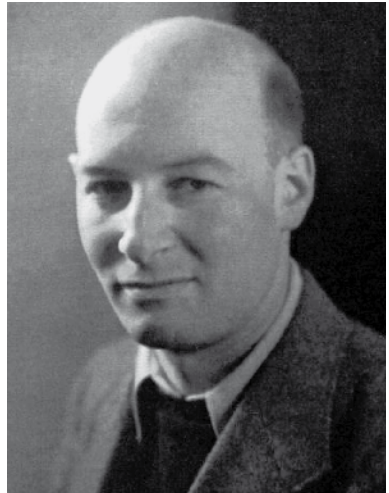
*Abb. 26: Julius Motteler*



*Abb. 27: Max Nettlau*

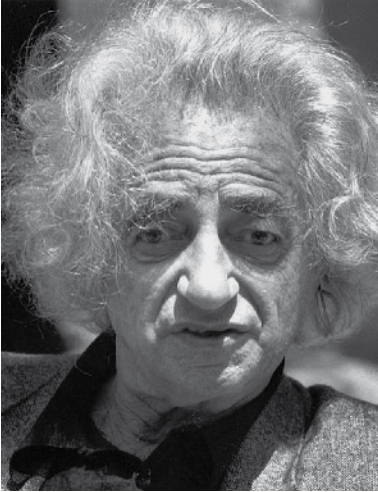


*Abb. 28: Boris I. Nikolajewskij*



*Abb. 29: Max Oppenheimer*





*Abb. 30: Theo Pinkus*



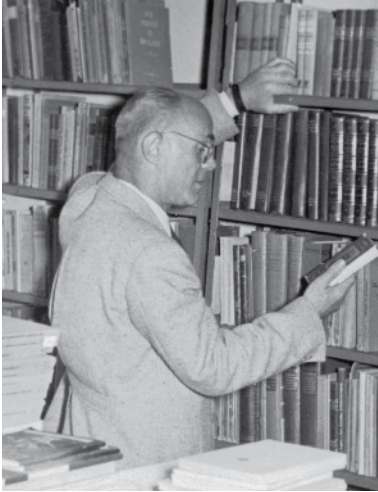
*Abb. 31: Nicolaas Wilhelmus Posthumus*



*Abb. 32: Karl Raloff*



*Abb. 33: Dawid B. Rjazanow*



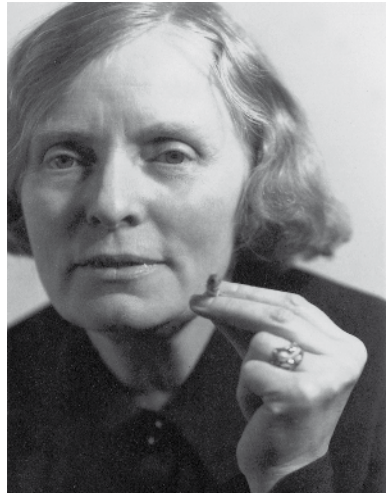
*Abb. 34: Rudolf Rothe*



*Abb. 35: Boris M. Rudjak*



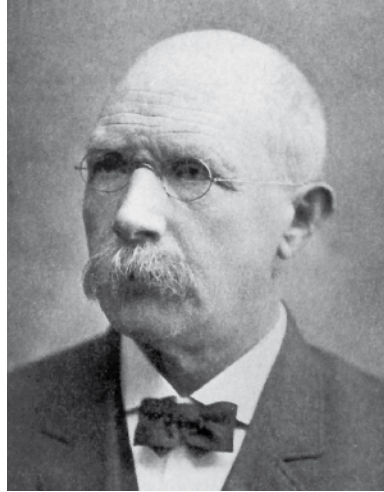
*Abb. 36: Johannes Sassenbach*



*Abb. 37: Annie van Scheltema-Kleefstra*



*Abb. 38: Max Schippel*



*Abb. 39: Hermann Schlüter*



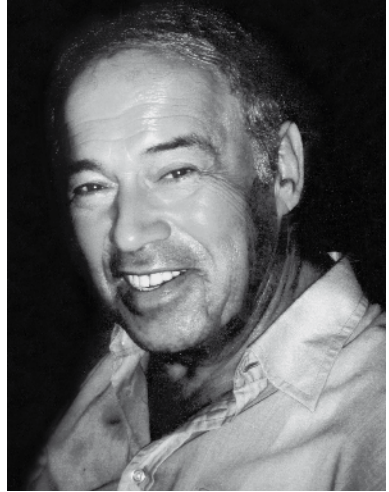
*Abb. 40: Olga K. Senekina*



*Abb. 41: Boris Souvarine*



*Abb. 42: Max Stein*



*Abb. 43: Herbert Steiner*



*Abb. 44: German A. Tichomirnow*



*Abb. 45: Manfred Turlach*



*Abb. 22: Seliger-Gemeinde*

---

Peter Gohle

## Paul Mayer (1898 – 1970)

Paul Mayer<sup>1</sup> wurde am 6. August 1898 in Duisburg geboren. Über seinen familiären Hintergrund oder seine Kindheit und Jugend ist nichts bekannt. Überhaupt bleibt seine gesamte Biographie abgesehen von diversen beruflichen Stationen einigermaßen schemenhaft. Nach dem Abitur wurde Mayer 1917 zum Kriegsdienst eingezogen. Wo und bei welchen Truppenteilen er sich während des Ersten Weltkriegs aufhielt, ist unklar. Nach Kriegsende begann er im Jahr 1919 ein Studium der Philosophie und der Rechtswissenschaften, das er jedoch aus wahrscheinlich ökonomischen Gründen nicht beenden konnte. Während der Weimarer Republik und vermutlich auch in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur arbeitete er als Journalist für mehrere lokale Zeitungen. Eine – eigentlich für Journalisten während der NS-Zeit obligatorische – Mitgliedschaft in der Reichsschrifttumskammer ist allerdings nicht nachweisbar und somit bleibt auch sein Werdegang während des Dritten Reiches im Dunkeln. Es ist lediglich belegt, dass er zu Kriegsbeginn 1939 in Dillenburg in Hessen gelebt hat. Am Zweiten Weltkrieg nahm Mayer als Gefreiter im Sanitätsdienst teil und war vermutlich auch an der Ostfront eingesetzt. Im Mai 1945 geriet er in der Nähe von Passau in amerikanische Kriegsgefangenschaft, aus der er bald in sowjetischen

---

<sup>1</sup> Zur Biographie von Paul Mayer vgl.: AdsD, SPD-Parteivorstand, Archiv und Bibliothek, Sammlung Personalien; Deutsche Dienststelle (WASt), Kriegsgefangenenentschädigungsverfahren Paul Mayer; *Mario Bungert*, „Zu retten, was sonst unwiederbringlich verloren geht“. Die Archive der deutschen Sozialdemokratie und ihre Geschichte, Bonn 2002; *Susanne Miller*, Rudolf Rothe und Paul Mayer zum Gedenken, in: *IWK*, 7 (1971); *Rüdiger Zimmermann*, Das gedruckte Gedächtnis der Arbeiterbewegung bewahren. Die Geschichte der Bibliotheken der deutschen Sozialdemokratie, 3. erw. Aufl., Bonn 2008. – Auswahl historisch, archiv- und bibliothekswissenschaftlich relevanter Publikationen v. *Paul Mayer*: Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs und das Schicksal des Marx-Engels-Nachlasses, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 6/7 (1966/67); *mit Wilhelm Peters*, Die Archive der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in: *Der Archivar* 20 (1967); Bruno Schoenlank 1859 – 1901. Reformier der sozialdemokratischen Tagespresse, Hannover 1971; *Der Stockholmer Dokumentenfund. Das Archiv der Sopade*, in: *IWK*, 8 (1972).

Gewahrsam übergeben wurde. Während des Sommers 1945 war er in Gefangenenlagern in der Tschechoslowakei und Rumänien interniert, bevor er im Oktober 1945 in die Sowjetunion in den südlichen Ural verlegt wurde. Nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft am 28. Juli 1947 kehrte er nach einem kurzen Aufenthalt im Grenzdurchgangslager Waldschänke in Hessen nach Dillenburg zurück.

Es ist anzunehmen, dass Mayer bereits vor 1933 mit der Sozialdemokratie zumindest sympathisierte, denn nach rund einem Jahr der Arbeitslosigkeit begann er im September 1948 in Hannover seine Tätigkeit als Kulturredakteur für den „Neuen Vorwärts“. Später wechselte er in das Ressort Innenpolitik und avancierte schließlich 1958 unter der Ägide von Josef Felder zum stellvertretenden Chefredakteur des „Vorwärts“.

Nach der plötzlichen und krankheitsbedingten Berufsunfähigkeit Rudolf Rothes übernahm Mayer im April 1962 die Leitung der Bibliothek und des Archivs des SPD-Parteivorstands. Da er bereits während seiner Zeit beim „Vorwärts“ starke historische Neigungen offenbart und das SPD-Parteiarhiv rege genutzt hatte, erschien er Erich Ollenhauer und dem Parteivorstand als der geeignete Nachfolger Rothes. Kaum im Amt wurde damit begonnen, die aus allen Nähten platzenden Räumlichkeiten der Bibliothek und des Archivs zu renovieren und zu erweitern. Darüber hinaus regte Mayer an, „Pressearchive“ einerseits und „Bibliothek und historisches Archiv“ andererseits klar zu unterscheiden und organisatorisch zu trennen. Zu Rothes Zeiten existierte in der Archivbibliothek noch kein alphabetischer Katalog. Einzige Recherchehilfe war die grobe sachthematische Klassifikation, nach der Bücher und Zeitschriften aufgestellt waren. Dies war für eine auf mehrere Tausend Einheiten angewachsene Bibliothek auf längere Sicht kein haltbarer Zustand und so wurde nach dem Umbau mit sowohl der alphabetischen als auch der Sachkatalogisierung begonnen. Letzteres sollte durch eine Systematik, die in der Struktur an eine herkömmliche Dezimalklassifikation angelehnt war, aber inhaltlich den Erfordernissen sozialdemokratischer Theorie und Praxis sowie der Geschichte der Arbeiterbewegung Rechnung trug, geschehen. Hierbei holte sich Mayer Rat bei vergleichbaren Institutionen im Ausland, wie dem schwe-

dischen Arbetarrörelsens Arkiv. Allerdings litten Bibliothek und Archiv trotz punktueller Verbesserungen weiterhin unter einem eklatanten Mangel an qualifiziertem Personal – zumal der Bestand bis Ende der 1960er Jahre auf etwa 20 000 Titel anwuchs –, sodass das ambitionierte Katalogprojekt ein Torso blieb.

Als Journalist lag Mayer natürlich besonders der Ausbau der Zeitsammlung am Herzen. Diesem Anliegen waren in der Vergangenheit, vor allem was Zeitungen vor 1933 betraf, in der Papierform gewisse Grenzen gesetzt. Im Laufe der 1960er Jahre brachte hier jedoch die deutlich verbesserte Mikrofilmtechnik, zumal sich die sozialdemokratische Konzentration GmbH verstärkt dieser neuen Technologie annahm, bis dato ungeahnte Möglichkeiten. So wurden nun in großem Stil bis zu diesem Zeitpunkt zum Teil extrem seltene sozialdemokratische Zeitungen und Periodika systematisch für die eigenen Sammlungszwecke aber auch für einen breiteren Abnehmerkreis anderer Bibliotheken und Archive verfilmt.

Vergleichsweise bescheiden waren einstweilen die Fortschritte auf dem eigentlich archivarischen Feld. Zwar konnten die Nachlässe von Gustav Noske, Emil Barth und Felix Fechenbach gesichert werden. Allerdings umfassten diese Übernahmen insgesamt lediglich einen laufenden Regalmeter. Entsprechend luxuriös mutet aus heutiger Sicht der Zuschnitt der alten Nachlass-Repertorien an, die eine Einzelblattverzeichnung mit inhaltlicher Erschließung durch knappe Regesten beinhalteten. Darüber hinaus ist auch der grundsätzlich bibliothekarische Zugriff bei der Erschließung kaum zu verkennen.

Diese Situation änderte sich grundlegend um die Jahreswende 1967/68 mit der spektakulären Wiederauffindung der verschollenen Registratur des SPD-Exilvorstands Sopade aus Prag 1933 – 1938 in einem vergessenen Raum im Keller des Gewerkschaftshauses in Stockholm. Damit war nicht nur ein lange verloren geglaubter Überlieferungsstrang aus der Zeit vor 1945 wieder aufgetaucht, sondern auch zum ersten Mal eine mehr oder weniger geschlossene Organisationsregistratur in das SPD-Parteiarchiv gelangt. Dieser Fund wäre ohne die ausgedehnten Recherchen, die Mayer für seinen wichtigen und 1966 im Archiv für



Sozialgeschichte erschienen Aufsatz zur Geschichte des alten Parteiarchivs vor 1933 angestellt hatte, nicht möglich gewesen.

All dies erhöhte natürlich die Attraktivität der Bestände des SPD-Parteiarchivs für die Forschung und es verstärkte sich ein Trend, der sich bereits unter Rothe angedeutet hatte. Der Paradigmenwechsel in der Geschichtswissenschaft und den Sozialwissenschaften führte zu einem sukzessiven Ansteigen der Benutzerzahlen. Zunächst vermeldete Mayer nicht ohne Stolz, dass zwischen 1964 und 1967 insgesamt 321 Personen die Bestände des SPD-Parteiarchivs benutzt hätten und auf deren Basis über 100 Dissertationen und neun Habilitationsschriften entstanden seien.<sup>2</sup> Im selben Atemzug, wenn auch an anderer publizistischer Stelle, beklagte er freilich, dass für diesen Ansturm die Kapazitäten immer weniger ausreichten.

Das war neben wirtschaftlichen Erwägungen mit ein Grund dafür, dass der SPD-Parteivorstand ab der ersten Hälfte der 1960er verstärkt über eine Abgabe der Bibliothek und des Archivs an das Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) nachdachte. Diese Pläne, die auf erste Überlegungen im Jahr 1962 zurückgingen, konkretisierten sich bis 1966/67 zunehmend. Sie bedeuteten, aufbauend auf dem Grundstock des SPD-Parteiarchivs, faktisch nicht weniger als eine völlige Neugründung eines zentralen Archivs, einer Bibliothek und einer Forschungsabteilung nicht nur zur Geschichte der SPD, sondern der Arbeiterbewegung insgesamt unter dem Dach der FES. Wegweisend für das Projekt Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) war, dass nun zum ersten Mal in der Geschichte der SPD-Parteiarchive tatsächlich archivarische Aufgaben, also Übernahme, Bewertung, Sicherung und Erschließung der gesamten parteiamtlichen Registraturen der Gliederungen der SPD bis auf Bezirksebene, wahrgenommen werden sollten. Mayer stand, da er um seine Stellung fürchtete, diesem Vorhaben zunächst sehr skeptisch gegenüber. Nachdem sich bis 1969 die daraus entstandenen Friktionen auflösen ließen, wechselte Mayer, der mittlerweile das Rentenalter überschritten hatte, zum neuen AdsD. Seine Auf-

---

<sup>2</sup> Vgl. Jahrbuch 1966/67, hrsg. v. Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn-Bad Godesberg o.J., 192f.

gaben hier sollte einerseits die Erstellung einer zentralen Nachweiskartei zur Zeitgeschichte der Arbeiterbewegung unter Einbeziehung der gesamten deutschen Archivlandschaft sowie andererseits die Betreuung des Bild- und Tonarchivs sein. Zunächst war er jedoch noch mit der Edition des Tagebuchs des sozialdemokratischen Journalisten Bruno Schoenlank beschäftigt. Während der Endredaktion des Manuskripts starb Mayer völlig unerwartet am 25. September 1970 in seinem Dienstzimmer im neuen Gebäude der FES.

Er war verheiratet mit Margarete Mayer, geboren am 2. Februar 1916. Aus dieser Ehe gingen keine Kinder hervor.

Alois Klotzbücher

## **Ernst Mehlich (1882 – 1926)**

Ernst Mehlich<sup>1</sup> wurde am 14. Dezember 1882 in Ellswig in Oberschlesien geboren. Er besuchte die Volksschule und war nach der Lehrzeit als Buchdruckergeselle in der Schweiz, in Württemberg, in Hamm und Dortmund tätig. Im Jahr 1907 und wieder 1910 arbeitete er als Redakteur bei der Zeitung der Dortmunder SPD, der „Arbeiter-Zeitung“, dazwischen in gleicher Funktion beim „Volksboten“ in Stettin. In seinen Wanderjahren als Buchdruckergeselle und auch noch als Redakteur hat sich Mehlich im intensiven Selbststudium ein fundiertes Wissen erworben. Er war ein hervorragender Kenner der sozialistischen Literatur und auch mit der Schönen Literatur vertraut. Er schrieb zahlreiche Buchbesprechungen, beschäftigte sich mit der Jugendliteratur und war ein gefragter Redner in der Partei und in den Gewerkschaften. Seine breite Allgemeinbildung war die Grundlage für die Ausübung von verantwortlichen Ämtern in der Politik, gewiss auch die Voraussetzung für seine Arbeit als Experte der Volksbildung und des Bibliothekswesens.

1910 erschien Mehlichs „Kleiner Leitfaden für Arbeiterbibliotheken“<sup>2</sup>, die wohl wichtigste und oft zitierte Veröffentlichung zum Arbeiterbibliothekswesen vor dem Ersten Weltkrieg. Die Schrift ging aus Vorträgen im Stettiner Bildungsverein hervor und beruhte auf einer fast zehnjährigen praktischen und theoretischen Beschäftigung mit dem Bibliothekswesen. Zweck der Schrift war, für die meistens ohne Vorkenntnisse tätigen Arbeiterbibliothekare „Anregungen und Winke“ zum Ausbau der Bibliotheken zu geben und zu einer Vereinheitlichung der Arbeit beizutragen. Mehlich hat in seinem „Leitfaden“ aber auch Grundsatzpro-

---

<sup>1</sup> Vgl. auch: *Alois Klotzbücher*, Ernst Mehlich und die Arbeiterbibliotheken. Ein Beitrag zur Arbeiterbildung im Wilhelminischen Kaiserreich, in: *Volker Zaib* (Hrsg.), *Kultur als Fenster zu einem besseren Leben und Arbeiten*. Festschrift für Rainer Noltenius, Bielefeld 2003, S. 309-331.

<sup>2</sup> *Ernst Mehlich*, *Kleiner Leitfaden für Arbeiterbibliotheken*. Nebst einem Anh.: Einiges über Privatbibliotheken, Leipzig 1910.

bleme des Arbeiterbibliothekswesens angeschnitten, die er in zahlreichen Aufsätzen in Literatur- und Kulturzeitschriften der Arbeiterbewegung vertiefte. Er wurde so zu einem, wenn nicht zum wichtigsten Vorkämpfer der Arbeiterbibliotheken im Wilhelminischen Deutschland.

Mit dem Erstarken der Arbeiterbewegung nach Aufhebung des Sozialistengesetzes (1890) war die Zahl der Arbeiterbibliotheken gewachsen. Jede Ortsgruppe wollte sich eine eigene Bibliothek zulegen, deren Benutzung bei meist geringem Bestand ungenügend war. Die Entfaltung des Bildungswesens, die Einrichtung von Unterrichtskursen und Vortragsreihen bei der Partei und den Gewerkschaften erforderten größere Büchereien mit differenzierten Buchbeständen. Ein zentrales Thema Mehlichs war deshalb die Zusammenfassung der Bibliotheken eines Orts beziehungsweise eines Bezirks. Schon in seinem „Kleinen Leitfaden für Arbeiterbibliotheken“ hatte er ein Kapitel mit der Aufforderung überschrieben „Schafft leistungsfähige Zentralbibliotheken“. Mit Genugtuung berichtete er von ersten Erfolgen seiner Bemühungen um eine Zentralisierung, als die Gewerkschaftskartelle dazu übergegangen waren, an vielen Orten zentrale Bibliotheken zu errichten. Noch einen Schritt weiter bei seinen Zentralisierungsbemühungen ging Mehlich, als er analog zu den Arbeiterbildungsausschüssen den Reichstagswahlkreis als Grundlage für die Zentralbibliothek vorschlug.

Lokale Konferenzen von Arbeiterbibliothekaren dienten dem Meinungsaustausch und zur Formulierung von bibliothekspolitischen Forderungen an die Gremien der Partei und der Gewerkschaften. Es gelang schließlich, dass auf Parteitag und Gewerkschaftskongressen Bibliotheksfragen Berücksichtigung fanden, so auf dem Gewerkschaftskongress in Dresden (1911) die Forderung nach der Einrichtung von Zentralbibliotheken für die gesamte Arbeiterschaft eines Orts und nach der festen Anstellung von Bibliothekaren in größeren Orten.

Das wichtigste Thema, das Mehlich und die anderen Arbeiterbibliothekare über Jahrzehnte bewegte, war die Frage nach dem Selbstverständnis, nach der Aufgabe ihrer Bibliotheken. Ursprünglich angelegt als Materialsammlungen von sozialistischer und gewerkschaftlicher Literatur für Agitatoren und Funktionäre der Arbeiterbewegung, erfolgte

vor allem durch die Arbeiterbildungsvereine ein Ausbau der Bestände auf dem Gebiet der Belletristik, eine Aufgabenerweiterung, für die sich Mehlich nachdrücklich eingesetzt hat. Alle Wissens- und Literaturgebiete müssten berücksichtigt werden; die Arbeiterbibliotheken müssten so angelegt sein, als existierten andere Bibliotheken nicht.

Mehlich musste allerdings anhand von Ausleihzahlen feststellen, dass der Trend zur Lektüre von Romanen, überhaupt zur Unterhaltungsliteratur, so groß war, dass die für die politische und gewerkschaftliche Bildungsarbeit wichtige belehrenden Schriften in den Hintergrund traten. Nach einer von Mehlich vorgelegten Erhebung entfielen etwa zwei Drittel der Ausleihe auf Romane, während die belehrende Literatur wenig gefragt war und die Klassiker des Sozialismus in den Regalen stehen blieben. Der Anteil der sozialwissenschaftlichen Literatur im engeren Sinne an der Gesamtausleihe deutscher Arbeiterbibliotheken betrug nur 4,3 Prozent, was Mehlich Anlass zur Kritik gab. Die vorhandene belehrende Literatur werde viel zu wenig gewürdigt; Hauptbestreben müsse es sein, die Leser für die belehrende Literatur zu interessieren.

Wie kaum ein anderer Arbeiterbibliothekar hat Mehlich die Entwicklung der konkurrierenden Bibliotheken verfolgt und sie mit Kritik, aber mit großer Fachkenntnis kommentiert, so die Büchereien des katholischen Borromäusvereins, die in vielen Orten die Arbeiterbibliotheken in der Benutzung bei weitem übertrafen. So polemisierte Mehlich gegen die vom Verein verbreitete Literatur, aber mit Neid berichtete er auch über die einheitliche Organisation des Vereins. Kritik, aber auch Anerkennung hatte er für die Leistungen der Werkbüchereien wie sie beispielsweise von der Kruppschen Bücherhalle in Essen erbracht wurden.

Entscheidender für die Zukunft der Arbeiterbibliotheken war die Entwicklung der von Vereinen und zunehmend auch von Kommunen unterhaltenen Volksbüchereien, die sich aus bescheidenen Büchersammlungen entsprechend den Forderungen einer Reformbewegung, der Bücherhallenbewegung, allmählich zu einem neuen Bibliothekstyp entwickelten. Zunehmend von den Städten finanziert, galt der Grundsatz der tendenzlosen, für alle Kreise des Volkes berechneten Auswahl der Bücher. Mehlich beschrieb in mehreren Aufsätzen mit großer Sach-

kenntnis die Reformbemühungen, hatte allerdings Zweifel, ob sich die Reformbewegung überhaupt durchsetzen, ob die angestrebte tendenzlose Auswahl der Literatur je verwirklicht würde. Die kommunale und staatliche Förderung der Büchereien war nach Meinung Mehlichs völlig unzureichend, die Bibliotheksförderung des preußischen Staats politisch einseitig. Die gelegentlich diskutierte Einführung von Gebühren zur Linderung der Finanzkalamitäten bei den öffentlichen Büchereien lehnte er rundweg ab. Volksbildung sei Aufgabe des Staates; könne er diese nicht oder nur unter Sonderbesteuerungen lösen, dann sei das ein glatter Bankrott seiner so genannten Kulturpolitik.

Es gab Ausnahmen. Es könne nicht geleugnet werden, schrieb Mehlich, dass es eine ganze Anzahl von Anstalten gebe, die ihre Bücherauswahl so treffen, dass wir sie getrost unseren Anhängern empfehlen können. Der Ausbau des städtischen Volksbüchereiwesens führte zu Grundsatzüberlegungen über die Zukunft der Arbeiterbüchereien. Diskutiert wurde eine Arbeitsteilung in der Form, dass die Arbeiterorganisationen ihre Büchereien zu Spezialbibliotheken für ihre „Partei- und Kampfeszwecke“ ausbauen sollten, die übrigen Aufgaben, insbesondere auch die Ausleihe der Belletristik, waren nach diesen Vorstellungen den allgemeinen öffentlichen Büchereien zu übertragen. Mehlich trat unter Berücksichtigung der zunehmenden kulturellen Bedürfnisse der Arbeiterbewegung nach wie vor für ein breites Spektrum im Bestandsaufbau ein. Eine Reduzierung auf sozialistische und gewerkschaftliche Literatur lehnte er ab. Auch in den unzureichenden Mitteln sah Mehlich noch keinen Grund, die Bibliotheksarbeit einzuschränken. Je mehr durch verkürzte Arbeitszeit und erhöhte Löhne die Arbeiterschaft auf eine höhere Kulturstufe gebracht werde, umso stärker werden auch das Bedürfnis nach guten Bibliotheken und schließlich auch die Opferwilligkeit wachsen. In einem im Jahre 1912 veröffentlichten Aufsatz schrieb Mehlich, er sehe keinen Anlass, jetzt die bisherige Bibliothekspolitik zu ändern, wenn er auch die zukünftige Entwicklung andeutete, für später, wenn die Voraussetzungen gegeben seien.

Fünf Jahre später der Wandel. Offenbar war der Funktionswandel der Arbeiterbüchereien nicht aufzuhalten. Seit Kriegsbeginn hatte sich das

Ausleihverhältnis noch mehr zu Ungunsten der wissenschaftlichen und politischen Literatur verschoben. Anhand von Zahlenmaterial des Jahres 1916 aus verschiedenen Bibliotheken kam Mehlich zu dem Ergebnis: „Die so genannte belehrende und vor allem die politische und gewerkschaftliche Literatur ist gegenüber der Unterhaltungsliteratur in die Minderheit geraten, so daß man von Arbeiter-Büchereien nur noch insofern sprechen kann, als sie von Arbeitern und für Arbeiter unterhalten und betrieben werden; im übrigen aber unterscheiden sie sich nur wenig von den Volksbüchereien.“<sup>3</sup> Für Mehlich stand fest, dass die Arbeiterbüchereien ihren ursprünglichen Charakter verloren haben (überwiegender Bestand an Unterhaltungsliteratur), dass sie ihren eigentlichen Zweck stark entfremdet sind (geringe Benutzung der Partei- und Gewerkschaftsliteratur) und dass sie sich in ihrem Wesen immer mehr der allgemeinen Volksbücherei annähern.

Ernst Mehlich zog aus dieser Entwicklung die Konsequenz. Als erster Fachmann des Arbeiterbibliothekswesens machte er in einem aufsehen erregenden Aufsatz im Jahrgang 1917/18 der Zeitschrift „Die Neue Zeit“ den Vorschlag, die Arbeiterbibliotheken aufzulösen. Er schrieb in seinem Beitrag: „Erstrebten wir früher aus Gründen der größeren Leistungsfähigkeit die Zusammenfassung der kleinen Zwergbüchereien in eine große Zentralbibliothek, so muß unser nächstes Ziel sein, deren Aufgaben an die allgemeine volkstümliche Bücherei abzutreten.“<sup>4</sup>

Die Empfehlung Mehlichs zur Auflösung der Arbeiterbibliotheken stieß bei seinen Kollegen auf erheblichen Widerspruch. Kontrovers waren die Meinungen auch auf der Bibliothekarkonferenz 1921, wo auf der Tagesordnung das Thema „Selbständige Arbeiterbibliotheken und Gemeindebibliotheken“ stand. Es blieb bei vielen Kollegen die Skepsis gegenüber der Fusion, die in der Folgezeit in zahlreichen Städten erfolgte, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Arbeiterbibliotheken in finanzielle Schwierigkeiten gerieten. Zwar gab es in den zwanziger Jahre noch zahlreiche Arbeiterbibliotheken, aber ihr allmählicher Nie-

---

<sup>3</sup> *Mehlich*, Die Zukunft der Arbeiterbüchereien, in: Die Neue Zeit, (1917/18), T. 2, Nr. 3, S. 65.

<sup>4</sup> *Ebd.*, S. 68.

---

dergang war nicht mehr aufzuhalten; 1933 wurden sie von den Nationalsozialisten aufgelöst.

Mehlich hat – soweit es sich feststellen lässt - nach dem Ende des Ersten Weltkriegs nicht mehr zu Bibliotheksfragen Stellung genommen. Er übernahm in der Nachkriegszeit führende Stellungen in der Politik: Er war Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats für den Wahlkreis Dortmund-Hörde, Volkskommissar für die Stadt- und Landkreise Dortmund, Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung in Dortmund, dann als Nachfolger des zum Innenminister berufenen Carl Severing Reichs- und Staatskommissar für das rheinisch-westfälische Industriegebiet, Mitglied des Provinzial-Landtags und des Preußischen Staatsrats. Bei einem Attentat auf das Gleis der Eisenbahnstrecke Hannover-Berlin bei Leiferde am 18. August 1926 starb Ernst Mehlich im Alter von 44 Jahren.

Wenn man die Veröffentlichungen Ernst Mehlichs zum Bibliothekswesen heute liest, ist man überrascht, mit welcher Sachkenntnis er Ziele, Arbeitsweise und Organisation der Bibliotheken beschrieben hat, nicht nur der Arbeiterbüchereien, sondern – objektiv und mit Toleranz – auch der „bürgerlichen“ Volksbibliotheken. In Aufsätzen und Vorträgen hat Mehlich sein bibliothekarisches und literarisches Wissen an die Arbeiterbibliothekare weitergegeben, die, wie er selbst, nur dürftig in Volksschulen ausgebildet worden waren. Im größeren Umfeld der Arbeiterbildung wirkend, wurden die Bibliotheken für die Arbeiter und ihre Familien zu wichtigen Institutionen der Vermittlung von Wissen, beruflicher Aus- und Fortbildung und individueller Lebensgestaltung, zu der auch die Lektüre von Romanen gehörte. Es spricht für seinen Realismus, dass Mehlich unter den veränderten Verhältnissen in Politik und Gesellschaft und – diesen Wandel widerspiegelnd – im Bibliothekswesen Konsequenzen zog und die Fusion von Arbeiterbibliothek und kommunaler öffentlicher Bücherei vorschlug. Die Arbeiterbibliotheken sind samt ihren Beständen verschwunden. Umso mehr gilt es, die Überreste dieser einst bedeutenden Institutionen der Literaturvermittlung zu sammeln, zu erschließen und zu erforschen.<sup>5</sup>

---

<sup>5</sup> In Dortmund wird das Fritz-Hüser-Institut für Literatur und Kultur der Arbeitswelt seit Jahrzehnten dieser Aufgabe gerecht.



Gerhard Oberkofler

## **Anton Menger (1841 – 1906)**

Der aus einer deutsch-böhmischen Beamten- und Offiziersfamilie stammende Advokatensohn Anton Menger<sup>1</sup>, geboren im galizischen Maniów am 12. September 1841, hat die Matura extern in Krakau abgelegt, nachdem er in der 7. Gymnasialklasse wegen religiöser Auseinandersetzungen vom katholischen Staatsgymnasium in Teschen am 8. März 1859 ausgeschlossen worden war. In Krakau begann er mit dem Rechtsstudium und setzte dieses ab dem Wintersemester 1860/61 in Wien fort, wo er am 25. Juli 1865 zum Doktor der Rechte promovierte. Vom liberalen Wiener Advokaten Georg Granitsch als Konzipient angenommen, wurde er 1872 dessen Kompagnon. Gleichzeitig bereitete sich Menger weiter auf eine akademische Laufbahn vor, die er mit dem Erwerb der Lehrbefugnis für österreichischen Zivilprozess an der Wiener Rechtsfakultät (2. Februar 1872) begonnen hatte. 1874 wurde er zum außerordentlichen, 1877 zum ordentlichen Professor des österreichischen Zivilprozessrechtes an der Wiener Universität ernannt. Im September 1899 wurde Menger auf eigenes Ersuchen pensioniert, mit kaiserlichem Erlass vom 28. Dezember 1899 aber zum Honorarprofessor des österreichischen Zivilprozessrechtes und der Rechtsphilosophie ernannt. Er starb am 6. Februar 1906 in Rom. Sein Bruder Carl Menger war Nationalökonom an der Wiener Universität, sein Bruder Max Menger war in Wien Anwalt und als Wirtschafts- und Finanzjurist politisch tätig.

---

<sup>1</sup> Weitere Literatur über Anton Menger: ÖBL, Bd.6, Wien 1975, S. 220 ff. (*H. Hörner*); NDB, Bd. 17, Berlin 1994, S. 71-72 (*Eckhart Müller*); *Dörte v. Westernhagen*, Anton Menger (1841-1906). Sozialist, Naturrechtler, Weltverbesserer, in: *Kritische Justiz* (Hg.), *Streitbare Juristen*, Baden-Baden 1988, S. 81-91; *Madeleine Wolensky*, Anton Menger und seine Bibliothek. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien 1991; *Gerhard Oberkofler*, Über sozialistische Privatbibliotheken in Wien und ihr Schicksal. Notizen insbesondere zu den Bibliotheken von Anton Menger, Theodor Mauthner, Wilhelm Pappenheim und Bruno Schönfeld, in: *Alfred Klahr Gesellschaft*, *Mitteilungen*, 11 (2004) 2, S. 1-7 (mit weiterführenden Literaturangaben); *Peter Goller*, Marx und Engels in der bürgerlichen Ideologie und in der sozialistischen Theorie, Wien 2007, S. 61.

Bekannt ist der asketisch lebende, von der philanthropischen Idee eines „volkstümlichen Arbeitsstaates“ beherrschte Menger durch seine sozialpolitischen Schriften geworden, in denen er sich in eine akademisch juristische Vorstellungswelt verstrickte, über die Friedrich Engels 1887 notierte: „Der Herr Professor entdeckt nun, dass dieser ganze Sozialismus sich juristisch auf drei solcher Schlagworte zurückführen lässt, auf drei Grundrechte. Diese sind 1) das Recht auf den vollen Arbeitsertrag, 2) das Recht auf Existenz, 3) das Recht auf Arbeit.“<sup>2</sup> Menger wollte eine „neue Ausgabe der Menschenrechte“ und den Sozialismus unter Bekämpfung der materialistischen Geschichtsauffassung vom Klassenkampf auf den bürgerlichen „Rechtsboden“ zurückführen, was Engels zu der Bemerkung veranlasste: „Bisher hatten sich diese Herren zu vornehm gehalten, sich mit der theoretischen Seite der Arbeiterbewegung einzulassen. Wir müssen es also großen Dank wissen, wenn endlich einmal ein wirklicher Professor der Rechte, Herr Dr. Anton Menger, sich herablässt, die Geschichte des Sozialismus vom ‚rechtsphilosophischen‘ Standpunkt ‚dogmatisch näher zu beleuchten‘.“<sup>3</sup> Die Schriften von Anton Menger sind heute ebenso vergessen wie sein kapriziöser Anspruch, einen originalen Beitrag zur Mathematik zu leisten.

Menger war in Wien unter den Sozialisten als theoretisierender Intellektueller mit Sympathien für den Sozialismus angesehen, zumal er mitgeholfen hatte, die volkstümlichen Universitätsvorträge einzurichten. 1895 hatte er deren Statut verfasst und mit dem Studienjahr 1895/96 – in diesem Jahr war er auch Rektor – ins Leben gerufen. Die Arbeiterzeitung nannte Menger, der sich, was in Wien damals sehr ungewöhnlich war, ohne religiöse Zeremonien begraben ließ, bei seinem Ableben einen „Freund und Mitstreiter“.<sup>4</sup>

Auf Bücherreisen in die Antiquariate von Paris, London und Berlin sammelte Menger eine frühsozialistische und kommunistische Bibliothek, die in der Welt einzigartig war. Carl Grünberg, Schüler und spä-

<sup>2</sup> Friedrich Engels, Juristen-Sozialismus, in: MEW, Bd. 21, Berlin 1984, S. 494–509, hier: S. 498.

<sup>3</sup> Ebd., S. 494.

<sup>4</sup> Nachruf in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 8.2.1906. Zitiert nach Wolensky, S. 16.

terer Fakultätskollege von Menger und selbst Büchersammler, war der Auffassung, die Bibliothek von Menger könne sich in Bezug auf die Reichhaltigkeit an Quellenwerken des französischen, englischen und deutschen Sozialismus mit der Pariser Nationalbibliothek und dem Britischen Museum messen. Menger hat testamentarisch seine Bibliothek der Universität vermacht, welche das Legat annahm. Über die Verwendung seiner, einschließlich der schmalen Bändchen und Broschüren, etwa 15 000 bis 16 000 Bände umfassenden Bibliothek machte Menger jedoch keine weiterführenden konkreten Angaben. Deshalb kam es nach dem Tod von Menger zuerst zu einem inneruniversitären verwaltungstechnischen Hin und Her. Schließlich wurde sie aber doch durch Josef Stammhammer professionell katalogisiert. Die Bibliothek war jedoch weiterhin nur provisorisch in den Räumen des staatswissenschaftlichen Instituts untergebracht und blieb ohne Benutzungsordnung. Zur Drucklegung des Katalogs der Menger-Bibliothek ist es nicht gekommen. Am 16. Mai 1918 klagte Grünberg, dass noch immer „eine ziemliche Menge von Büchern“ der Menger-Bibliothek auf Tischen und Sesseln herum läge. Die Bibliothek Mengers sei für die Benutzung so gut wie gar nicht bereitgestellt, sie sei bloß „ausgiebig und überhaupt nur von einem russischen Gelehrten, N. Rjazanoff, benützt worden. [...] Er soll eine größere Menge von Büchern aus der Bibliothek entlehnt und, als er im Frühjahr 1915 Wien verließ und sich in die Schweiz begab, mit Erlaubnis von Hofrat v. Philippovich mitgenommen haben. Ob das richtig ist und ob Aufzeichnungen über diese, eventuell auch über sonstige Entlehnungen bestehen, ist mir unbekannt.“<sup>5</sup> Der Ökonomieprofessor Eugen von Philippovich hatte bis zu seinem Tod als Direktor des staatswissenschaftlichen Instituts die Menger-Bibliothek mitverwaltet. Nach seinem Tod übernahm Edmund Bernatzik die Leitung, danach Grünberg (bis 1924). Es wird wohl so gewesen sein, dass der hervorragende Marxforscher und Historiker der Arbeiterbewegung Dawid Borisowitsch Rjasanow für seine wiederholte Benutzung der Menger-Bibliothek das stillschweigende Einverständnis mit Philippovich auf Empfehlung von Grünberg hergestellt hatte. Rjasanow hatte

---

<sup>5</sup> Zitiert nach *Wolensky*, S. 38.

---

ab Mitte 1909 in Wien zur Geschichte der I. Internationale gearbeitet, die in Form eines traditionellen Urkundenbuches herausgegeben werden sollte, und wurde dabei von der am 23. April 1908 durch Anton und Carl Menger gegründeten Anton Menger-Stiftung unterstützt.

Eine parlamentarische Anfrage von Otto Bauer und Genossen über Verwaltung und Benutzung der Bibliothek von Menger im Oktober 1919 half nicht viel weiter. In seiner Antwort vom 10. Februar 1920 wies der Geschäftsführende Unterstaatssekretär für Unterricht Otto Glöckel im Einvernehmen mit Grünberg darauf hin, dass bislang für die Benutzung der Menger-Bibliothek kaum etwas geschehen sei. Er begrüßte die Anregung von Grünberg, die Bibliothek als Grundstock für ein zu schaffendes „Institut für das Studium der Geschichte des Sozialismus“ zu verwenden. Das Unterrichtsamt sei bereit, die Schaffung eines solchen Instituts mit der Menger-Bibliothek als Grundstock zu fördern, „falls von der Wiener Universität Wünsche in dieser Richtung geäußert werden“.<sup>6</sup>

Die Realisierung dieses Instituts scheiterte infolge der bekannten politischen Veränderungen in der jungen Republik Österreich. Die Menger-Bibliothek blieb ohne entsprechend dotierte Organisation, auch wenn sich Grünberg weiterhin sehr für ihren Erhalt einsetzte. Im Sommersemester 1923 trat Grünberg mit der Wiener Arbeiterkammer in Verbindung, die im September 1922 in der Ebendorferstraße 7 ihre „Sozialwissenschaftliche Studienbibliothek bei der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien“ eröffnet hatte. Diese erklärte sich gerne bereit, die Menger-Bibliothek unter der Bedingung eines Leihvertrages von mindestens dreißig Jahren zu übernehmen und völlig separat aufzustellen. Im Dekanat des Rechtshistorikers Ernst von Schwind wurde dieser Gedanke aufgegriffen, der Senat zögerte zunächst, doch Schwind konnte ihn schließlich mit einem Schreiben vom 14. Juli 1923 überzeugen. In Bezug auf die Raumfrage meinte Schwind, die Fakultät könne auch in den neuen Räumen in der Liebiggasse die Bibliothek nicht so zugänglich machen, wie es der Stiftbrief erfordere, weshalb „wir und die

---

<sup>6</sup> Ebd., S. 39.

ganze Universität immer wieder heftigen Angriffen seitens der Sozialdemokratischen Partei ausgesetzt [sind], der ja manchmal jeder Anlass zu solchen Angriffen ganz willkommen ist“. Aber falls die Universität die Menger-Bibliothek „leihweise und mit allen Vorbehalten“ der Arbeiterkammer übergebe, dann werde diese dort zusammen mit den Bibliotheken von Engelbert Pernerstorfer und Viktor Adler eine sozialistische Bibliothek bilden „von einer Reichhaltigkeit und Vollständigkeit, wie sie sonst vielleicht nirgends auf der Welt sich wieder findet, und die gerade in ihrer äußerlichen Vereinigung für Forschungen auf diesem Gebiet und zwar für Freunde und Gegner dieser politischen Richtung von besonderem Wert ist“. <sup>7</sup> Die Wiener Arbeiterkammerbibliothek war tatsächlich zu einer einmaligen Sammlung zur Geschichte der Arbeiterbewegung mit vielen Erstausgaben herangewachsen. Schwind dürfte die Abtretung der Menger-Bibliothek nicht schwer gefallen sein. Indigniert erinnert sich der Professor an ihre gelegentlichen Benutzer, die seine bürgerlich reaktionäre Idylle schon optisch störten: „Dazu befreit diese Einrichtung unsere Institute von dem Besuch so mancher Elemente, die wir gerne von ihnen fernhalten, und überhebt uns von einer Verantwortung, die wir nicht tragen können, und befreit von der steten Gefahr von unwillkommenen und unverdienten politischen Angriffen aus dem sozialistischen Lager.“<sup>8</sup> Der Senat überließ der Arbeiterkammer die Menger-Bibliothek mit Beschluss vom 16. November 1923 gegen bestimmte Auflagen zunächst für die Dauer von 25 Jahren, die dem mit Schreiben ihres Präsidenten Franz Domes zustimmte. Im Dezember 1923 erfolgte die Übergabe, Ende Mai 1924 war die Neuaufstellung im Großen und Ganzen abgeschlossen. In die Wiener Arbeiterkammer eilten bald auch links orientierte Studenten wie Jura Soyfer, der in seinem Romanfragment über die Vorgeschichte des Februar 1934 schrieb: „Wenn der eine in der Universitätsbibliothek die Deutsche Ideologie nicht ausgefolgt bekam, so darum, weil der andere sie schon las. Er /Erich/ stürzte ärgerlich in den Lesesaal der Arbeiterkammer. Aber da saßen schon lauernd und unersättlich Dutzende seinesgleichen“.<sup>9</sup>

---

<sup>7</sup> Ebd., S. 41.

<sup>8</sup> Ebd..

<sup>9</sup> *Jura Soyfer*, *So starb eine Partei*. Werkausg., Bd. 3, Wien 2002, S. 168.

---

Nach der Okkupation Österreichs durch Hitlerdeutschland (1938) wurden die Arbeiterkammern aufgelöst. Die beschlagnahmten Bestände der Sozialwissenschaftlichen Studienbibliothek einschließlich der als Leihgabe von Seiten der Universität ausgewiesenen Menger-Bibliothek wurden so wie andere sozialistische Wiener Bibliotheken ins „Altreich“ verschickt. Sie wurde dem Arbeitswissenschaftlichen Forschungsinstitut der Deutschen Arbeitsfront in Berlin eingegliedert und während des Krieges ins „Protektorat“ ausgelagert, wo Teile Ende der 1940er Jahre aufgefunden worden sind. In Säcken und auf offenen Güterwagen wurde das, was übrig geblieben ist, nach Wien geschickt. Vieles ist in Regen und Schnee verkommen. Nur wenige Bände erhielt also die Wiener Arbeiterkammer nach der Befreiung zurück, fast 80 Prozent der alten Kammerbibliothek blieb verschollen. Madeleine Wolensky rekonstruierte einen Restbestand der Menger-Bibliothek von insgesamt nicht einmal 500 Bänden.

Sabine Kneib

## **Julius Motteler (1838 – 1907)**

Julius Motteler ist aus der Zeit des Sozialistengesetzes als der „Rote Feldpostmeister“ bekannt; über diese Phase der sehr erfolgreichen Expedition der sozialdemokratischen Parteizeitung hinaus liegen seine Verdienste im Aufbau von Arbeitervereinen und in der Agitationsarbeit sowie in der Sammlung und Archivierung von parteirelevanten Materialien, wobei Julius Motteler – folgen wir Paul Mayer – eine „ebenso intime wie originelle Beziehung zum Parteiarchiv“<sup>1</sup> hatte.

Geboren wurde Julius Motteler am 18. Juni 1838 in Esslingen, als neuntes von zwölf Kindern. Der Vater, ein Gastwirt, starb bereits 1848. Julius Motteler besuchte zunächst das örtliche Lehrerseminar, brach diese Ausbildung ab und begann 1852 eine Weberlehre. Als ausgebildeter Tuchmacher und Kaufmann wechselte er 1856 – inzwischen war auch seine Mutter verstorben – in eine Anstellung nach Augsburg, wo er Erfahrungen als Werkführer und Buchhalter sammelte. Drei Jahre später zog er in die sächsische Stadt Crimmitschau, um eine Stellung als Buchhalter in einer Spinnerei anzutreten.

In einer Periode verstärkt auftretender Neugründungen von Volks- und Bildungsvereinen trat er zunächst 1860 dem liberalen Nationalverein bei. Mit der Zeit entwickelte Motteler zunehmend gewerkschaftliche und politische Aktivitäten. Er konnte mitreißende Reden halten und organisierte seit den 1860er Jahren zahlreiche Arbeiterversammlungen. 1863 beteiligte sich Julius Motteler gemeinsam mit August Colditz maßgeblich an der Gründung des Arbeiter(fort)bildungsvereins Crimmitschau. Im selben Jahr, auf dem Stiftungsfest des Gewerblichen Bildungsvereins Leipzig, lernte Motteler August Bebel kennen, der in Leipzig ähnlich aktive Verbands-Aufbauarbeit leistete wie Motteler in der Crimmitschauer Arbeiterbewegung. Sie wurden politische Kampf-

---

<sup>1</sup> *Paul Mayer*, Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs und das Schicksal des Marx-Engels-Nachlasses, in: Archiv für Sozialgeschichte, 6/7 (1966/67), S. 6.

geführten, später Freunde. 1866 gründeten sie gemeinsam mit Wilhelm Liebknecht die Sächsische Volkspartei.

Motteler wurde Mitglied der Internationalen Arbeiter-Assoziation und unterstützte 1868 auf dem Nürnberger Vereinstag des Verbands Deutscher Arbeitervereine das Programm der Arbeiter-Internationale. Im folgenden Jahr wurde er der erste Präsident der von ihm mitgegründeten „Internationalen Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter-Gewerks-genossenschaft“, die über Crimmitschau hinaus wirken sollte.

Ebenfalls im Jahr 1869, im August, nahm Julius Motteler in Eisenach an der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) teil. Im Anschluss an diesen Gründungs-Kongress löste sich der Verband Deutscher Arbeitervereine, dem sich die Crimmitschauer 1868 angeschlossen hatten, auf und ging in die neue Partei über.

1870 richtete Motteler eine Genossenschaftsdruckerei ein, in der von nun an die erste regionale sozialdemokratische Tageszeitung Deutschlands, der „Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund“, hergestellt wurde. Und 1874 wurde er von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zum kaufmännischer Leiter der Leipziger Genossenschaftsdruckerei, die den „Volksstaat“ und ab 1876 den „Vorwärts“ herausgab, berufen.

Der Januar 1874 brachte einen bedeutenden Wahlerfolg für die SDAP: Sechs Abgeordnete aus Sachsen wurden in den Deutschen Reichstag gewählt – unter ihnen August Bebel und Wilhelm Liebknecht, die sich jedoch in Festungshaft befanden, sowie Julius Motteler, der dem Parlament bis 1878 angehören sollte. Seine erste Reichstagsrede zum Entwurf eines Militärgesetzes hielt Julius Motteler am 20. April 1874. Im Mai 1878 sprach Motteler, der bereits 1867 auf dem Verbandstag in Gera öffentlich die Kinderarbeit in den Fabriken angeprangert hatte,<sup>2</sup> im Reichstag über die Ausbeutung von Kindern und Frauen. Er forderte das Verbot der Kinderarbeit und die Begrenzung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen und Jugendliche.<sup>3</sup>

---

<sup>2</sup> Zu Resolution und Bericht in der „Deutschen Arbeiterhalle“ vgl.: *Ilse Fischer*, August Bebel und der Verband deutscher Arbeitervereine 1867/68, Bonn 1994, S. 36.

<sup>3</sup> *Julius Motteler*, Die Frauen- und Kinderarbeit vor dem Deutschen Reichstag. Reden,



Aufgrund seiner Beteiligung an der Wahlagitation hatte Motteler bereits früh seine Stellung verloren und begonnen, sich auf genossenschaftlichem Gebiet zu betätigen. Gemeinsam mit Ernst Stehfest und zahlreichen ebenfalls erwerbslos gewordenen Textilarbeitern hatte er 1867 die Spinn- und Webgenossenschaft Ernst Stehfest & Co. in Crimmitschau aufgebaut. Das Projekt hatte zunächst Erfolg. Doch als der Betrieb infolge verweigerter Kredite zahlungsunfähig wurde, musste er 1876 aufgelöst werden. Motteler haftete mit seinem persönlichen Vermögen.<sup>4</sup>

Zum Zeitpunkt des Erlasses des Sozialistengesetzes (Oktober 1878) lebte und arbeitete Julius Motteler in Nymphenburg bei München. Wieder einmal sanierte er ein Zeitungsunternehmen der Partei und gab die Zeitschrift „Zeitgeist“ heraus. Als er von August Bebel, der das organisatorische Talent Mottelers hoch schätzte, beauftragt wurde, nach Zürich zu gehen, um dort die Geschäftsführung und vor allem den Vertrieb der dort seit September erscheinenden Parteizeitung „Sozialdemokrat“ zu übernehmen, zögerte er. Dann aber übersiedelte Julius Motteler gemeinsam mit seiner Frau Emilie<sup>5</sup> in die Schweiz und organisierte am Züricher Wohnsitz, in Parteikreisen als „Olymp“ bezeichnet, ab Ende 1879 den illegalen Vertrieb des „Sozialdemokrat“.

Motteler, ein akribischer, in straffer Betriebssanierung und -leitung erfahrener Geschäftsführer, kümmerte sich über die Herstellung und den Versand des „Sozialdemokrat“ hinaus um den Versand weiterer Druckschriften, organisierte die Betreuung ausgewiesener und bedürftiger Sozialdemokraten, die Sammlung von Archivalien zur Parteigeschichte, die Entgegennahme und Verwertung von politischen Situationsberichten und vor allem um die Abwehr und Entlarvung von Spitzeln.<sup>6</sup>

---

gehalten vom Abgeordneten J. Motteler in den Sitzungen am 8. und 9. Mai 1878, Leipzig 1878 [Mikroficheausg.].

<sup>4</sup> Vgl.: August Bebel über den Idealisten Motteler, in: *August Bebel*, Aus meinem Leben, Bd. 1, Berlin 1946, S. 160.

<sup>5</sup> Beschreibung Emilie Mottelers, genannt „Tante“, bei *Bebel*, Aus meinem Leben, Bd. 3, S. 82f.

<sup>6</sup> Korrespondenz Mottelers, IISG (AdsD), *Der Sozialdemokrat* (Zürich, London) (Nr. 196-1490) und *Der Sicherheitsdienst/Materialsammlung gegen Agenten, Spitzel*, Be-

Dass er dies mit einem großen Maß an Originalität und konspirativer Methode tat, lässt sich u.a. den Beschreibungen Joseph Bellis entnehmen, der mit Motteler die Grenzschmuggler aussuchte und anleitete.<sup>7</sup> Motteler war der richtige Mann für den richtigen Posten, wie August Bebel es ausdrückte<sup>8</sup>, und dies trug ihm den Ehrentitel „Roter Feldpostmeister“ ein.

Gemeinsam mit Eduard Bernstein, der ab 1881 die Redaktion übernahm, mit Hermann Schlüter, der Ende 1883 dazustieß, und mit Leonhard Tauscher arbeitete Motteler erfolgreich im Auftrag seiner Partei. Die Redaktion unterbrach ihre Arbeit nur für einige Monate im Jahre 1888: Auf Intervention des deutschen Reichskanzlers Otto von Bismarck hin beschloss der Schweizer Bundesrat die Ausweisung der Mitarbeiter von Verlag und Vertrieb des „Sozialdemokrat“. Ab Oktober 1888 wurde die Parteizeitung in London herausgegeben. Am 27. September 1890, kurz vor dem Fall des Sozialistengesetzes, erschien die letzte Ausgabe des „Sozialdemokrat“.

Bereits der erste geheime Kongress der deutschen Sozialdemokraten in Schloss Wyden / Kanton Zürich – vorbereitet und organisiert von Julius Motteler – hatte im August 1880 den Antrag Hermann Schlüters angenommen, das Parteiarchiv auf schweizerischem Boden zu errichten. Schlüters Archivkonzept<sup>9</sup> war von der Parteikonferenz im August 1882 in Zürich zum einstimmigen Beschluss erhoben worden. Während Hermann Schlüter seit August 1884 die Leitung des Archivs innehatte und emsig dessen Ausbau betrieb, legte Julius Motteler neben seiner Tätigkeit als Expeditur eine Sammlung all dessen an, was während seiner Spitzelabwehrtätigkeit anfiel: Notizen, die im Rahmen dieser Arbeit entstanden waren, und Briefe, die ihm von anderen zu

---

träger und Parteifeinde (Nr. 1491-1785); vgl. auch: *Werner Krause*, Inventar zum Nachlass Julius Motteler / Einleitung, o.S. (Findb. AdsD) oder: [www.iisg.nl/archives/en/files/m/10764394full.php#N100C9](http://www.iisg.nl/archives/en/files/m/10764394full.php#N100C9).

<sup>7</sup> *Joseph Belli*, Die rote Feldpost unterm Sozialistengesetz. Erinnerungen aus meinen Kinder-, Lehr- und Wanderjahren, Stuttgart 1912.

<sup>8</sup> Vgl.: *Bebel*, Aus meinem Leben, Bd. 3, S. 81.

<sup>9</sup> Vgl.: *Hermann Schlüter*, Zur Frage eines Parteiarchivs, in: „Der Sozialdemokrat“, 18, 27.4.1882.

Verfügung gestellt wurden. Mehr und mehr entwickelte sich der „Postmeister der Partei“ auch zu ihrem fleißigsten und sorgsamsten Archivar.<sup>10</sup>

Als die Mannschaft des „Sozialdemokrat“ nach ihrer Ausweisung aus der Schweiz im Juni 1888 in London eintraf, hatte sie 16 große Kisten mitgebracht. In London wurde diese „Archiv-Bücherei“ der Sozialdemokratischen Partei im Hause Eduard Bernsteins aufgestellt. Die Zusammenarbeit von Motteler und Schlüter, die ohnehin problematisch gewesen war, nahm nun einen sehr ungünstigen Verlauf. Trotz aller Bemühungen Bebels und anderer – zur Entschärfung „schwelender Kompetenzkonflikte“ zwischen Hermann Schlüter und Julius Motteler war nach der Ankunft in London eigens Paul Singer angereist<sup>11</sup> – ließ sich das Verhältnis der beiden Männer nicht auf Dauer entspannen. Schlüter wanderte im Frühjahr 1889 in die USA aus. Bebel übertrug die Leitung der Archivbibliothek Karl Kautsky, dieser wiederum überließ die Hauptlast Eduard Bernstein.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes organisierte Motteler Anfang 1891 die Rückführung des größten Teils der Bestände des Parteiarchivs nach Berlin. Nach Zwischenlagerung bei Ignaz Auer und in der Heimanschen Bibliothek und Lesehalle bis 1904 wurde es nach und nach im Haus des Parteivorstandes in der Lindenstraße aufgestellt.

Motteler und Bernstein konnten nicht nach Deutschland zurückkehren, da ihre polizeilichen Steckbriefe nicht außer Kraft gesetzt waren. Sie sollten daher zunächst die Londoner Exil-Parteiorganisation abwickeln. Während Bernstein wieder als freier Schriftsteller arbeitete, erledigte Julius Motteler verschiedene Aufträge für die deutschen Sozialdemokraten und fungierte weiterhin als ihr „Vertrauensmann“.<sup>12</sup> Er korrespondierte und sammelte Informationen<sup>13</sup> und betreute weiterhin „sei-

---

<sup>10</sup> Vgl.: Würdigung Mottelers durch Franz Mehring, in: „Leipziger Volkszeitung“, 30.9.1907;

<sup>11</sup> Vgl.: *Ursula Reuter*, Paul Singer (1844-1911), Düsseldorf 2006, S. 193f.

<sup>12</sup> Möglicherweise wollte sich Motteler nützlich machen, da er eine kleine Rente erhielt. Vgl.: *Mayer*, S. 31.

<sup>13</sup> Mottelers Nachforschungen erzeugten einen umfangreicher Briefwechsel, vgl.: *Reu-*

ne“ Dependance des Archivs. Diese enthielt vor allem den Marx-Engels-Nachlass, der zunächst noch in London verbleiben sollte. Von Beginn an bedeutete die Arbeit am Parteiarchiv für Motteler nicht nur die akribische Sammlung und Bewahrung von Informationen und Dokumenten, sondern auch die Nutzung und Auswertung des Vorhandenen zum Wohle der Partei (Spitzelabwehr) und/oder einzelner Parteimitglieder (entlastende „Gutachten“).<sup>14</sup> Motteler führte damit dem Archiv nicht nur „außerordentlich wertvolle Dokumente“ zu; er war auch bereit, „wochenlange Nachforschungen nach alten Quellen zu treiben, wenn er damit einem Genossen einen Gefallen tun konnte“.<sup>15</sup>

Sein Hang zum Detail und der Drang, ein Projekt genau so zu Ende zu bringen, wie er es sich gedacht hatte, führten dazu, dass Julius Motteler zu lange für die Auflösung der Londoner Filiale brauchte. Am Ende sorgte die ungeplante Fortzahlung der Miete für einige Wochen für Verstimmung im Parteivorstand.

Zu Irritationen kam es auch im Zusammenhang mit dem bereits erwähnten Marx-Engels-Nachlass. Nach dem Tod von Friedrich Engels waren dessen Manuskripte und Korrespondenzen – mit einigen Ausnahmen<sup>16</sup> – in den Besitz Bebels und Bernsteins übergegangen. Diesen Nachlass brachte Julius Motteler mit seinem Hausrat zusammen nach Leipzig, als er nach Auflösung der Londoner Filiale des Archivs im Jahre 1901 nach über zwanzig Jahren aus dem Exil heimkehrte. Nun wollten Motteler, Bebel und andere den Marx-Engels-Nachlass nur un-

---

ter, a.a.O., S. 190f.; vgl. Korrespondenz Mottelers, IISG (AdsD), Nachlass Julius Motteler, Der Sicherheitsdienst/Materialsammlung gegen Agenten, Spitzel, Betrüger und Parteifeinde (Nr. 1491-1785).

<sup>14</sup> Vgl.: *Friedrich Pospiech*, Julius Motteler der „rote Feldpostmeister“ mit Marx, Engels, Bebel und Liebknecht Schöpfer und Gestalter der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung; ein Streifzug durch die Frühgeschichte der Arbeiterbewegung und die große Zeit der Sozialdemokratie, 2. unveränd. Aufl., Esslingen / Neckar 1998, S. 183ff. u.a. über den Ausschluss Ferdinand Gilles' aus dem Londoner Arbeiterbildungsverein nach Mitgliederabstimmung nachts um drei Uhr.

<sup>15</sup> Leipziger Volkszeitung, 3.10.1907 (Trauerrede Bebels vom 2.10.1907).

<sup>16</sup> Diese Nachlassteile wurden von Julius Motteler an die Privatadresse August Bebels in Küsnacht / Schweiz gesandt. Sie wurden nach dem Tod Bebels in das Parteiarchiv überführt.

gern in den Händen Bernsteins, der inzwischen seine revisionistischen Thesen veröffentlicht hatte, sehen.<sup>17</sup> Schließlich sorgte Motteler doch für den Transport des Marx-Engels-Nachlasses zum Parteiarchiv in Berlin.

Julius Motteler übernahm die Leitung von Verlag und Druckerei der „Leipziger Volkszeitung“. Er kümmerte sich auch weiterhin um die Belange des Archivs und tätigte sogar Ankäufe. 1904 empfahl er für die Leitung des Parteiarchivs den Fraktionssekretär im Reichstag Max Grunwald, während dessen Amtszeit Motteler auch seine Sammlungen an das Archiv übergab.

Julius Mottelers eigenwillige Persönlichkeit hat häufig Anlass zur Kritik, aber vor allem auch zu spöttischen Bemerkungen gegeben. Eduard Bernstein hatte einmal – sicherlich auch in Anspielung auf das eigene eher zurückhaltende Auftreten – geäußert, Motteler schlage „besser die Pauke und ist eine pittoreske Erscheinung, was mir noch niemand nachgesagt hat.“<sup>18</sup> Bebel beschrieb Motteler als „eine geborene Dichter- und Künstlernatur. Ein genialisch angelegter Mensch und ein angehender Gesellschafter, dem Witz und Humor zur Verfügung standen.“<sup>19</sup>

Die Partei nahm Motteler nach seiner Rückkehr jedenfalls wieder in den Dienst: 1902 wurde er als Kandidat des Wahlkreises Leipzig-Stadt für die Reichstagswahlen 1903 nominiert und zog nach Stichwahl in den Reichstag ein. Für 1907 verzichtete er auf eine weitere Kandidatur.

Am 29. September desselben Jahres starb Julius Motteler. Bei den Trauerfeierlichkeiten am 2. Oktober würdigten die beiden Parteivorsitzenden Paul Singer und August Bebel den Verstorbenen.

---

<sup>17</sup> Vgl.: *Annemarie Lange*, *Das wilhelminische Berlin: Zwischen Jahrhundertwende und Novemberrevolution*, Berlin 1967, S. 185f.

<sup>18</sup> Brief an Karl Kautsky, 17.5.1897, in: *Till Schelz-Brandenburg* (Hrsg.), *Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Karl Kautsky (1895-1905)*, Frankfurt/Main 2003, S. 408; vgl.: Bericht über eine Rede Mottelers im Leipziger Volkshaus „unter brausendem Beifall enthusiastischer Massen“, in: *Leipziger Volkszeitung*, 20.11.1905.

<sup>19</sup> *Bebel*, Bd. 3, S. 81f.

---

Ralf Hoffrogge

## **Richard Müller (1880 – 1943)**

Richard Müller ist trotz seiner maßgeblichen Rolle in der Novemberrevolution 1918 bis heute eine unbekannt und oft auch unterschätzte Persönlichkeit der deutschen Arbeiterbewegung.<sup>1</sup> Er wurde am 9. Dezember 1880 im Dorf Weira (im heutigen Thüringen) als Sohn eines Gastwirts geboren. Die Eltern betrieben neben der Gaststätte auch Landwirtschaft, um die vielköpfige Familie zu ernähren. Nach seiner Lehre als Dreher lebte Müller einige Zeit in Hannover und gründete dort eine Familie, dann siedelte er nach Berlin über. Müller engagierte sich in der Gewerkschaft, spätestens seit 1910 wirkte er im Deutschen Metallarbeiterverband und war ab 1914 Leiter der Dreherbranche und einer der führenden Köpfe des Metallarbeiterverbandes in Berlin. Während des Ersten Weltkrieges bekämpfte er die sozialdemokratische Kriegspolitik und war als Organisator der Revolutionären Obleute maßgeblich an allen großen Streikbewegungen beteiligt.

Am 10. November 1918 war auf Initiative der Berliner „Revolutionären Betriebsobleute“ der Vollzugsrat als Oberstes Räteorgan gewählt worden. Die Obleute hatten unter ihrem Vorsitzenden Richard Müller seit 1916 drei große Massenstreiks gegen den Krieg organisiert und waren aufgrund ihres dicht geknüpften Netzwerkes in den Betrieben nicht nur Berlins die maßgebliche Kraft des Antikriegs-Widerstandes. Trotz härtester Repression und Einberufung revolutionärer Arbeiter zum Militär gelang es den Militärbehörden bis zum Schluss nicht, die Gruppe zu zerschlagen. In den Vorbereitungen zur Revolution in Berlin waren die Obleute federführend, sie organisierten die Waffensammlungen und setzten den Aufstandstermin fest. Als Angehörige einer Geheimorganisation waren Müller und seine Leute freilich in der breiten Öffentlichkeit unbekannt. Dies und die starke Sehnsucht der Arbeiter

---

<sup>1</sup> Grundlage dieses Artikels sind die Forschungen des Autors zur Biographie Richard Müllers: *Ralf Hoffrogge, Richard Müller – Der Mann hinter der Novemberrevolution*, Berlin 2008. Zu Müllers Tätigkeit als Archivar und Historiker vgl.: S. 171-183.

und Arbeiterinnen nach einer Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterbewegung waren es, die den Versuch der Obleute, das Revolutionsgeschehen zu dominieren, schon früh zunichte machten. Der Vollzugsrat geriet rasch in den Schatten des von Friedrich Ebert dominierten „Rates der Volksbeauftragten“, der die Rätebewegung allein als Unruheherd wahrnahm und politisch, aber auch unter der Leitung von Reichswehrminister Noske militärisch bekämpfte.

Müller erwarb sich aber nicht nur Verdienste als Revolutionär, sondern auch als Archivar und Historiker der Arbeiterbewegung. Bereits in seiner Zeit als Vorsitzender des „Groß-Berliner Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte“ hatte Müller eine umfangreiche archivarische Sammeltätigkeit begonnen. Während er im Vollzugsrat und in der Vollversammlung der Berliner Arbeiterräte die politischen Abwehrkämpfe um den Erhalt der Räte führte, sammelte und archivierte er sowohl sämtliche Protokolle des Vollzugsrates als auch eine ganze Reihe anderer Dokumente zur Revolution und zur Rätebewegung. Leider ist nur wenig aus dieser Sammlung bis heute erhalten, es gibt keinen „Nachlass Müller“ in dem das Archiv des Revolutionärs für die Nachwelt überliefert wäre. Vorhanden sind lediglich Bestände, die Müller an andere Archive abgab, und die umfangreiche Dokumentenauswahl, die er in seinen Büchern veröffentlichte. Zusätzlich gibt es einige gewerkschaftliche und politische Schriften und Zeitungsartikel aus Müllers Feder, die die Zeit in Archiven und Bibliotheken überdauerten. Obwohl das „Archiv Müller“ verloren ist, umfassen die überlieferten Bestände dennoch eine Fülle an unersetzlichem Material zum Verständnis der Ereignisse von 1918/1919.

Nach seinem Rückzug aus der Politik verfasste Müller in den Jahren 1924/25 sein dreibändiges Werk mit dem Obertitel „Vom Kaiserreich zur Republik“.<sup>2</sup> Neben Emil Barths „Aus der Werkstatt der Revolution“ von 1919 ist dieses Werk die einzige zeitgenössische Revolutions-

---

<sup>2</sup> *Richard Müller*, Vom Kaiserreich zur Republik - ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung während des Weltkrieges, Wien 1924; *Ders.*, Vom Kaiserreich zur Republik – Die Novemberrevolution, Wien 1925; *Ders.*, Der Bürgerkrieg in Deutschland, Berlin 1925.

darstellung aus der Perspektive der revolutionären Linken, ein Buch, das heute in jedem Standardwerk zur Novemberrevolution zitiert wird.<sup>3</sup> Am breitesten rezipiert wurde trotz einiger Einschränkungen die Dokumentauswahl in Müllers Veröffentlichungen. Einerseits beruhen die drei Bände in ihrer Darstellung auf Müllers Archiv und gewinnen dadurch eine Präzision, die der zahlreichen Memoirenliteratur dieser Zeit oft abgeht. Andererseits stellten vor allem die Anhänge eine für die Zeitgenossen einzigartige Quellensammlung dar. Allein der erste Band „Vom Kaiserreich zur Republik“ präsentiert 75 Druckseiten zeitgeschichtlicher Dokumente. Dokumentiert wurden nicht nur revolutionäre Flugblätter vom Spartakusbrief bis zu den Zimmerwalder Aufrufen, sondern auch und gerade Aufrufe der Mehrheitssozialdemokratie und der Gewerkschaften, militärische Verordnungen und Befehle, Aufrufe der Gegenrevolution sowie Dokumente des Alltagslebens.

Diese Sammlung hatte in der jungen Weimarer Republik, die nicht erst seit der Wahl des Weltkriegsgenerals Hindenburg zum Reichspräsidenten einer weit verbreiteten Kriegsnostalgie frönte, eine außerordentlich aufklärerische Wirkung. Der nach wie vor gepflegten Legende vom Verteidigungskrieg setzte Müller mit der „Professoreneingabe“ ein einzigartiges Dokument des deutschen Annexionismus entgegen. Er entkräftete zudem die Legende vom gemeinsamen Hungern des deutschen Volkes während der harten Kriegswinter durch die schlichte Präsentation der üppigen Speisekarte des Berliner Hotel Adlon an den von der Regierung verordneten fett- und fleischlosen Tagen. Auch vor dem in gegenrevolutionären Kreisen grassierenden Antisemitismus, der später nahtlos in die völkische Bewegung hineinwuchs, warnten Müllers Darstellung und Quellensammlung schon Mitte der zwanziger Jahre. Obwohl vieles aus dieser Sammlung auch andernorts, etwa in Zeitungen, verstreut erhältlich war, ist doch die Zusammenstellung einmalig und auch für heutige Historiker noch interessant.

---

<sup>3</sup> Einschränkend muss gesagt werden, dass vor allem Müllers Faktenmaterial, sowohl aus der Darstellung als auch aus dem Quellenteil, zitiert wurde. Seine Fragestellungen und Interpretationen wurden jedoch, von einigen Ausnahmen abgesehen, von der Geschichtswissenschaft beider deutscher Staaten nicht aufgenommen. Zur Rezeption vgl. *Hoffrogge*, S. 171-183.



Eine weit größere Leistung Müllers ist jedoch die Bewahrung der Protokolle des Vollzugsrates für die Nachwelt. Müller hatte sich während seiner Zeit als Vorsitzender private Durchschläge der Sitzungsprotokolle anfertigen lassen und benutzte sie später für seine Geschichtsdarstellung. Dies war allerdings nicht unumstritten. Die SPD sah sich nämlich als rechtmäßige Besitzerin dieser Dokumente und verlangte in einem Vorwärts-Artikel von 1923 die Herausgabe der Vollzugsratsprotokolle – unter Verweis auf Abmachungen aus dem Jahre 1918, die USPD und SPD jeweils ein Exemplar der Unterlagen zugesprochen hatten.<sup>4</sup> Richard Müller bestätigte damals in einem Antwortbrief an den Vorwärts diese Abmachungen. Es sei auch vereinbart worden, dass keine Partei ohne Zustimmung der jeweils anderen das Material veröffentlichen dürfe. Allerdings handle es sich bei den vorhandenen Protokollen um seine privaten Durchschläge, nicht die den Parteien zugesprochenen Kopien – diese seien im August 1919 von Gustav Noske bei der gewaltsamen Auflösung des Vollzugsrates vernichtet worden. Die Sozialdemokratie habe daher „kein moralisches Anrecht“ auf die Protokolle. Müller erklärte weiter: „Wenn es damals einigen Genossen gelang, das Wertvollste vor der Zerstörungswut Noskes in Sicherheit zu bringen, so haben sie damit der Geschichte einen wertvollen Dienst erwiesen. Warum wollte Noske alle Akten des Vollzugsrats vernichten? Warum sorgen Sie sich, nachdem ihnen mitgeteilt wird, daß noch Protokolle vorhanden sein könnten, um deren Verbleib? Haben Sie etwa Angst vor dem Urteil der Geschichte?“<sup>5</sup> Die SPD musste schließlich nachgeben, ihr blieb keine Möglichkeit, Müller zur Herausgabe der Protokolle zu zwingen.

Müller selbst verkaufte die Protokolle des Vollzugsrates an das staatliche Reichsarchiv der Weimarer Republik, wo sie die Zeit überdauerten. Die Originaldokumente aus Müllers Sammlung befinden sich heute im Bestand der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen

---

<sup>4</sup> Die Protokolle des Vollzugsrats, in: Vorwärts, Nr. 161 vom 7.4.1923.

<sup>5</sup> Brief Richard Müllers vom 9.4.1923, in: Aktennotiz und Berichte Richard Müllers zum Kaufangebot der Protokolle des Vollzugsrates, SAPMO-BArch, Arbeiter- und Soldatenräte, R 201/46.

der DDR im Bundesarchiv.<sup>6</sup> Vergleichsweise spät, nämlich 1993-2002, wurden diese Dokumente in einer aufwendigen Edition der Allgemeinheit zugänglich gemacht.<sup>7</sup> Die Protokolle, die bis auf Einzelexemplare und Teilbestände ohne Müllers Archivtätigkeit für immer verloren gewesen wären, geben einen einzigartigen Einblick in das Alltagsleben der Revolution. Sie berichten einerseits von großen politischen Kämpfen wie dem Berliner Januaraufstand oder den Märzstreiks des Jahres 1919, in denen der Vollzugsrat als Streikleitung fungierte. Andererseits zeigen sie auch die Arbeitsunfähigkeit und das Versinken in Kleinigkeiten, an denen das zentrale Rätegremium stets krankte. In den Protokollen wird sichtbar, wie die Revolution einerseits gewaltsam erstickt wurde, andererseits aber auch an ihren eigenen Halbheiten und ihrer Inkonsequenz zugrunde ging.

Ein weiterer überlieferter Bestand aus Müllers Archiv sind die sogenannten „Materialien zur Entstehung der RGO“, die Müller im Jahre 1932 dem Archiv des ADGB überließ und die heute ebenfalls in der Stiftung zu finden sind.<sup>8</sup> Diese Dokumente bestehen hauptsächlich aus Durchschlägen der Sitzungen der deutschen Delegation während des Gründungskongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI) im Sommer 1921 in Moskau. Müller, inzwischen zur KPD gewechselt und dort zeitweilig als Leiter der Reichsgewerkschaftszentrale verantwortlich für die gesamte Gewerkschaftsarbeit der Partei, hatte als Mitglied der deutschen Delegation an dem Kongress teilgenommen und sich dort entschieden für die Gewerkschaftseinheit eingesetzt. Er sprach sich insbesondere dagegen aus, dass die KPD für ausgeschlossene Gewerkschaftsmitglieder eigene kommunistische Verbände einrichtete. Damals konnte er sich gegen Fritz Heckert und andere durchsetzen, ab 1928 jedoch richtete die KPD mit ihrer „Revolutionären Gewerkschafts-Opposition“ wieder eigene Gegengewerkschaften ein

---

<sup>6</sup> SAPMO-BArch, Arbeiter- und Soldatenräte, R 201/46.

<sup>7</sup> *Gerhard Engel/ Bärbel Holtz/ Ingo Materna* (Hrsg.), *Groß-Berliner Arbeiter und Soldatenräte in der Revolution 1918/1919. Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates*. Bd. 1-3, Berlin 1993-2002. Zur Bestandsgeschichte vgl. auch die Einleitungen der drei Editionsbände.

<sup>8</sup> Materialien über die Entstehung der RGO, SAPMO-BArch, RY 23/45.

– zunächst für ausgeschlossene Mitglieder, später für alle kommunistischen Arbeiter und Arbeiterinnen. Die von Müller vorgenommene Einordnung der Materialien als Sammlung zur Vorgeschichte der RGO ist deshalb sinnvoll, obwohl die Dokumente selbst die RGO nicht direkt berühren.

Die Begleitbriefe Richard Müllers zu diesem Bestand sind die letzten von ihm überlieferten schriftlichen Zeugnisse. Müller bekräftigt darin seine damaligen Positionen zur Gewerkschaftsfrage, obwohl er bereits Anfang 1922 die KPD aufgrund seiner Kritik an der „Märzaktion“ von 1921 wieder verlassen hatte. Nach dieser Zeit zog sich Müller fast vollständig aus der Politik zurück. Bis auf ein kurzes Intermezzo 1928/29 in der Linksgewerkschaft „Deutscher Industrieverband“ sind keine weiteren politischen Aktivitäten von ihm bekannt.

Über den Umweg einer Verlagsgründung war er stattdessen zu einer umfangreichen Tätigkeit im Baugewerbe gekommen und hatte ein erhebliches Vermögen erworben. Laut verschiedenen Zeitungsberichten war er um 1930 im Besitz von Immobilienbeständen im Wert von 1,75 Millionen Reichsmark. Anschuldigungen über Verletzung von Mieterrechten und Fehlverwendung von staatlichen Hauszinssteuerhypotheken brachten Müllers Firma in Verruf und sorgten für einige Anfeindungen von rechts und links in der Berliner Presse.<sup>9</sup> Müllers Immobilienfirma verschwand schließlich Anfang der dreißiger Jahre aus den Handelsregistern und Adressbüchern, er selbst zog ins Berliner Umland und heiratete 1937 ein zweites Mal. Die wenigen Zeugnisse aus seinen letzten Lebensjahren lassen vermuten, dass Müller Politik und Geschäft aufgegeben und sich nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten gänzlich ins Privatleben zurückgezogen hatte. Er starb am 11. Mai 1943 in Berlin, Todesursache und Grabstelle sind unbekannt.

Der Verbleib seines Archivs ist ebenso unklar wie die Umstände seines Todes. Überliefert sind nur die genannten Bestände in anderen Archiven und die publizierten Dokumente. Ob diese den Hauptbestand der

---

<sup>9</sup> Vgl. dazu: *Hoffrogge*, S. 198-216.

---

Müllerschen Sammlung ausmachen, ist unbekannt. Angesichts der Akribie, mit der Müller während der Revolution Protokolle und Flugblätter sammelte und später dokumentierte, ist allerdings zu vermuten, dass ein weit größerer Bestand existiert hat und heute als verschollen gelten muss. Nachkommen Richard Müllers ließen sich bisher nicht ermitteln, der Allerweltsname Müller und Datenschutzbedenken der Landesämter verhinderten dies.

Als Lebenswerk Richard Müllers bleiben dennoch neben dem einzigartig couragierten Einsatz in der Widerstandsbewegung gegen den Ersten Weltkrieg und während der Novemberrevolution seine Leistungen als Chronist und Historiker. Die Geschichtswerke Müllers und die Bestände des Vollzugsrates sind unentbehrlich für jede Forschungsarbeit zur Novemberrevolution. Sein Beispiel zeigt aber auch, wie wichtig für die wissenschaftliche Forschung ein zeitnahe Sichern von historisch bedeutsamen Quellen ist, sei es in privaten oder in öffentlich geförderten Sammlungen.

Rainer Holze

## **Max Nettlau (1865 – 1944)**

Max Nettlau<sup>1</sup> hat sich um die Sammlung sozialistischer Literatur außerordentliche Verdienste erworben. Seine Bibliothek, die größte, umfangreichste und bedeutendste auf dem Gebiet des freiheitlichen Sozialismus, stellt gemeinsam mit seinen Werken eine monumentale Quelle für die Erforschung der Geschichte des antiautoritären Denkens und des freiheitlichen Sozialismus dar. Der bescheidenen Selbsteinschätzung Nettlaus als „Bearbeiter historischen sozialistischen Materials“ steht sein Leben und Werk gegenüber, dessen Umfang und Reichtum bis heute bei weitem noch nicht erforscht sind. Seiner Sammlertätigkeit ordnete Max Nettlau seine gesamte Lebensplanung unter. So verzichtete er als „freiheitlicher Sozialist ohne öffentlichen Wirkungskreis“ auf eine akademische Karriere und auf eine feste berufliche Tätigkeit.

Max Nettlau wurde am 30. April 1865 in Neuwaldegg, heute Teil von Wien geboren. Ab 1882 studierte er in Berlin, Leipzig und Greifswald vergleichende indoeuropäische Sprachwissenschaften mit dem Schwerpunkt keltische Sprache. 1885 führten ihn seine sprachwissenschaftlichen Studien nach London. Im Ergebnis seiner Studien verteidigte er 1887 an der Leipziger Universität seine Dissertation zum Thema „Beiträge zur cymrischen Grammatik“.

Zeitweilig hatte er Einnahmen als Autor diverser anarchistischer Zeitschriften und als Übersetzer. Einmal, von 1885 bis 1890, schloss er

---

<sup>1</sup> Weitere Literatur über Max Nettlau und seine Sammlung: *Andreas G. Graf*, Nettlau, Carl Hermann Max, in: *Neue Deutsche Biographie*, Bd. 19, Berlin 1999, S. 88-89; *Arthur Lehning*, *Necrology of Max Nettlau*, Leiden 1950 (Nachdruck im Band „Max Nettlau, Geschichte der Anarchie, Ergänzungsband“, Glasshütten im Taunus 1972“); *Maria Hunink*, *Das Schicksal einer Bibliothek. Max Nettlau und Amsterdam*, in: *International Review of Social History*, 27 (1982), S. 4-42; *Erinnerungen der Bibliothekarin des IISG Amsterdam Annie Adama van Scheltema-Kleefstra*, in: *Mitteilungsblatt des Instituts zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, (1979) 4, S. 15-21.

sich einem sozialistischen Zirkel, der Londoner „Socialist League“, an, in dem Sozialrevolutionäre, Anarchisten, Marxisten, Anhänger des parlamentarischen Sozialismus und Gewerkschafter ihre Debatten austrugen. Nettelau ging es dabei jedoch vorrangig um den günstigen käuflichen Erwerb libertärer Literatur (Bücher und Zeitschriften). Doch dann war er auch derjenige, der 1889 das bedeutende Archiv der „Socialist League“ mit tausenden Briefen und Dokumenten vor der Vernichtung rettete. Die Überreste dieses Archivs werden heute, restauriert und geordnet, als Teil des Nachlasses Max Nettelau im Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis (IISG) in Amsterdam aufbewahrt.

Nach London war Nettelau jedoch nicht als politischer Emigrant oder als Flüchtling gekommen. Vielmehr führten ihn 1885 seine sprachwissenschaftlichen Studien dorthin.

Im British Museum in London, in dieser Stadt lebte und arbeitete Nettelau bis 1913 jährlich für einige Zeit, beschränkte er sich jedoch nicht nur auf die keltische Lektüre. Zusehends widmete er sich auch dem Studium der dort vorhandenen sozialistischen Literatur. Sein zunehmendes Interesse an der sozialistischen Ideengeschichte, verbunden mit den persönlichen Kontakten zu den internationalen sozialistischen Londoner Zirkeln, führte schließlich zu seinem zweiten Forschungsschwerpunkt, der Geschichte und der Entwicklung des Sozialismus. Er vertiefte sich in die Geschichte der I. Internationale, in die Hintergründe und die jeweiligen Motive für die divergierenden Auffassungen unter den Sozialisten und vor allem in die Auseinandersetzungen von Karl Marx und Friedrich Engels mit dem russischen Anarchisten Michael Bakunin. In Distanz zum aus seiner Sicht in der damaligen Arbeiterbewegung vorherrschenden, von Marx und Engels geprägten Politik- und Revolutionsverständnis stehend, wollte er Bakunins Bedeutung in jener Zeit ins rechte Licht rücken. Auf der Grundlage eines intensiven Quellenstudiums und ausführlicher Befragungen von Zeitzeugen verfasste Nettelau die erste gründliche Bakunin-Biographie<sup>2</sup> und leistete darüber hinaus in den folgenden Jahrzehnten maßgebliche

---

<sup>2</sup> *Max Nettelau*, Michael Bakunin. Eine biographische Skizze. Mit Auszügen aus seinen Schriften, Berlin 1901.

Vorarbeiten für die gesamte Bakunin-Forschung. Er veröffentlichte außerdem Biographien über Elisée Reclus<sup>3</sup> und Enrico Malatesta<sup>4</sup>. Sein Hauptwerk ist seine ab 1925 veröffentlichte, auf sieben Bände konzipierte Geschichte der Anarchie.<sup>5</sup>

Bereits 1888 waren seine Geschichtskennntnisse so weit gediehen, dass er zunächst mit der Sammlung der anarchistischen Literatur beginnen konnte. Den ersten Anstoß dazu erhielt er von dem österreichischen Sozialisten Victor Adler. In den folgenden drei Jahrzehnten gelang es Nettlau mit unermüdlichem Eifer, großer Findigkeit – so konnte er zum Beispiel während des Ersten Weltkrieges nicht wenige wertvolle Materialien retten, die sich in den Händen der Wiener Makulaturhändler befunden hatten – und hoher Sachkenntnis, eine sehr umfangreiche Sammlung aufzubauen. Dazu trugen einige begünstigende Umstände bei. So konnte Nettlau – er hatte ein beachtliches Vermögen seines 1892 verstorbenen Vaters geerbt – 50 000 Goldfranken in seine Sammlung investieren und unabhängig arbeiten und reisen. Bei diesen Reisen in fast alle europäischen Länder und bei längeren Studienaufenthalten – vornehmlich in London, Paris und Berlin – knüpfte er enge persönliche Kontakte zu den führenden Anarchisten seiner Zeit (unter anderem zu Kropotkin, Reclus, Malatesta, Landauer, Rocker und Morris), die er teilweise auch in seine intensive Sammlertätigkeit einspannte. Bei dieser kamen ihm auch seine ausgezeichneten Sprachkenntnisse in Englisch, Französisch und Russisch sehr zugute. Die von Nettlau gesammelten Bücher, Broschüren, Zeitschriften, Zeitungsausschnitte, Dokumente (darunter auch Quittungen), Manuskripte, Flugblätter, Aufzeichnungen, Briefe, Erinnerungsberichte, Plakate, Karikaturen und bildlichen Darstellungen geben Auskunft über die ganze Breite der freiheitlichen sozialistischen Bewegung Ausgang des 19. und zu Be-

---

<sup>3</sup> *Ders.*, Elisée Reclus. Anarchist und Gelehrter (1830-1905), Berlin 1928.

<sup>4</sup> *Ders.*, Enrico Malatesta. Das Leben eines Anarchisten, Berlin 1922.

<sup>5</sup> *Ders.*, Geschichte der Anarchie, Bd. 1-3, Berlin 1925-1931 (Neudruck Bd. 1-3, Glashütten im Taunus 1972); Bd. 4-5, Vaduz 1981-1984; Ergänzungsband, Glashütten im Taunus 1972 (enthält: Max Nettlau, Bibliographische und Bibliographische Daten) (Band 6 und 7 blieben unveröffentlicht und werden als handschriftliche Manuskripte im IISG aufbewahrt).

ginn des 20. Jahrhunderts, spiegeln sich darin doch relevante geschichtliche Ereignisse, Protagonisten, Milieu, Innenleben und vieles mehr.

In einem Brief vom 13. Juni 1921 an Siegfried Nacht, einem in die Vereinigten Staaten ausgewanderten österreichischen Anarchisten, vermittelt Nettlau eine Vorstellung von dem sehr großen Umfang seiner Sammlung: „Anarchistisches, Bücher und Broschüren 3 200; Zeitschriften: 1 200; Freiheitliches (dabei auch der revolutionäre Teil des Syndikalismus etc.): 13 000 Druckwerke und 600 Zeitschriften; Sozialistisches: 10 500 Druckwerke und 2 300 Zeitschriften; Politisch-Radikales etc.: 13 000 Sachen, die Zeitschriften mit eingeschlossen. Das gibt 36 850 Sachen; dazu mehrere tausend weniger prononcierte kleinere Literatur, wodurch 40 000 Sachen erreicht, wenn nicht überschritten sind. Dabei sind mehr als 10 000 verschiedene Zeitungen und Zeitschriften, von denen einzelne Nummern, teils sehr viele oder alle Nummern, manchmal ganze Kisten voll, vorhanden sind; diese bewirken eben die ungeheure räumliche Ausdehnung.“<sup>6</sup>

Nettlaus Sammlung war in verschiedenen Orten untergebracht (zu großen Teilen in London, weiter in Paris, München und bei Nettlau selbst in Wien). Sehr gern hätte Nettlau seine Materialien statt in Kisten, die die Benutzung sehr erschwerten, in Bücherkästen beherbergt. „Aber alles konnte ich nicht haben,“ resümierte er einmal, „ich war nur ein Depositär, und die Ansammlungen werden mich hoffentlich überleben“.<sup>7</sup> Um unter den gegebenen Umständen einen Überblick über seine riesige Sammlung zu haben, erstellte Nettlau Kataloge, die er bis in die zwanziger Jahre auf seinen Reisen mitführte. Sie befinden sich im bereits erwähnten Nachlass Nettlau; sein zweibändiges Manuskript „Geschichte meiner Sammlung“ ist nicht mehr vorhanden.

Als Nettlau durch die Inflation nach dem Ersten Weltkrieg seiner sämtlichen Geldreserven – er hatte sein Vermögen zu einem großen Teil in einer österreichisch-ungarischen Bank in Pfandbriefen angelegt, die

<sup>6</sup> Rudolf Rocker, Max Nettlau. Leben und Werk des Historikers vergessener sozialer Bewegungen, Berlin 1978, S. 229 ff. (enthält auch eine ausführliche Bibliographie von Max Nettlaus Büchern, Schriften, Manuskriptbänden, Aufsätzen u. Beiträgen).

<sup>7</sup> Manfred Burazerovic, Max Nettlau. Der lange Weg der Freiheit, Berlin 1996, S. 50.



schnell wertlos wurden – verlustig ging, war er nicht mehr in der Lage, die sehr kostenintensive Unterbringung seiner Sammlung in geeigneten Lagerräumen zu bezahlen. Mit der anarchistischen Bewegung verbundene Gönner und Freunde sprangen ein und übernahmen die Kosten. Dass er die finanziellen Mittel für die Erhaltung seiner Sammlung nicht mehr selbst aufbringen konnte, bereitete Nettlau große Sorgen, auch die Gefahr einer drohenden Konfiszierung seiner in London und Paris untergebrachten Materialien; Deutsche durften de facto nach dem Ersten Weltkrieg in England und Frankreich keine Sammlungen unterhalten. Nettlau hatte die Absicht, seine Sammlung, die er auch nach dem Weltkrieg weiter ergänzte, einer großen europäischen Spezialbibliothek zu verkaufen. Schritte in diese Richtung, aber auch Vorstöße von Institutionen, führten nie zum Abschluss, da er immer wieder über den Ort und auch über die Modalitäten unschlüssig wurde. So zeigte zum Beispiel 1925 das Moskauer Marx-Engels-Institut durch die Vermittlung von Carl Grünberg Interesse und unterbreitete ihm gleichzeitig das Angebot, in Moskau seine Arbeiten über Bakunin zu beenden, was Nettlau allerdings ablehnte. In letzter Minute rückte er auch 1928 von einem bereits notariell beglaubigten Kaufvertrag ab, den er mit dem holländischen Juristen und Historiker N. W. Posthumus – er hatte Nettlaus Sammlung bereits für den von ihm gegründeten Verein „Nederlandsch Economisch-Historische Archief“ angekauft – abgeschlossen hatte. Nettlau war dann aber nicht bereit, sein früher gefertigtes Testament, wonach seine Sammlung nach seinem Ableben in den Besitz der Preußischen Staatsbibliothek in Berlin übergehen sollte, zu widerrufen.

Seine sich seit der Weltwirtschaftskrise rapide verschlechternde Lebens- und Arbeitssituation (unter anderem das Ausbleiben von Spenden für die Unterbringung seiner Sammlung und von eigenen Verdienstmöglichkeiten infolge der Unterdrückung der anarchistischen Presse durch die Diktatur in Argentinien), der starke Bedeutungsverlust des Anarcho-Syndikalismus in Deutschland und die politisch sehr unsichere Situation in Österreich veranlassten dann Nettlau, 1935 schweren Herzens Verkaufsverhandlungen mit dem gerade gegründeten Amsterdamer Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis zuzustimmen. Einer seiner besten Freunde, der schweizerische Arzt Dr.

---

Fritz Brupbacher, hatte dabei vermittelt. Im Auftrage des IISG führte schließlich Annie Adama van Scheltema-Kleefstra mit Nettlau in dessen Haus in Wien die hartnäckigen Verhandlungen. Sie konnte letztendlich alle Bedenken Nettlaus ausräumen und mit ihm einen Vertrag über den Verkauf seiner Sammlung abschließen. Resignierend teilte Nettlau Dr. Brupbacher mit: „Die holländische Dame... ist munter, weil sie die Sammlung kriegt und ich bin das Gegenteil, weil ich sie verliere.“<sup>8</sup> Doch als Nettlau dann im Jahre 1937 zum ersten Male in seinem Leben seine ganze Sammlung aufgestellt und zu einem großen Teil geordnet sah, zeigte er sich doch recht angetan. Es war für ihn, schrieb er 1940 in Amsterdam, eine „in jeder Hinsicht befriedigende Lösung“. Bereits 1938, als Österreich dem deutschen Reich angeschlossen wurde, war Nettlau nach Amsterdam gegangen, wo er bis zu seinem Tode am 23. Juli 1944 lebte. Nah bei seiner Sammlung verbrachte er seinen Lebensabend und unterstützte deren Erschließung. Seine seit über sieben Jahrzehnten im IISG beherbergte Sammlung harrt der weiteren Auswertung, aber auch zahlreiche seiner unveröffentlichten Arbeiten.

---

<sup>8</sup> Ebd., S. 54.

François Melis

## Paul Neumann (1880 – 1969)

Zwei seiner Verdienste sind hervorzuheben: Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten war Paul Neumann bemüht, Dokumente des SPD-Archivs vor deren Zugriff zu bewahren.<sup>1</sup> Unmittelbar nach der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus ergriff er die Initiative, um die 1933 beschlagnahmte Bibliothek der Sozialdemokratie aufzuspüren. Die Bedeutung dieser Initiative bestand nicht allein darin, dass er die Bibliothek wieder als geschlossene Sammlung zusammenführte. Vielmehr stellte sich später heraus, dass sich darin eine größere Anzahl von Büchern aus der Bibliothek von Karl Marx und Friedrich Engels befand.

Trotz intensiver Recherchen fanden sich nur wenige persönliche Lebensdaten von Paul Neumann. Er wurde 1880 geboren.<sup>2</sup> Ursprünglich war er als Buchhalter an der Hauptkasse beim Parteivorstand der SPD tätig.<sup>3</sup> Das Berliner Adressbuch führt in einem Fall den Namen Paul Neumann mit dieser Berufsbezeichnung von 1912 an bis in die 1930er Jahre, so dass sich dahinter wahrscheinlich die gesuchte Person verbirgt. Danach wohnte er im Südosten Berlins, Britzer Str. 26.

Als die Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ende der 1920er Jahre beabsichtigte, Marx' Geburtshaus in Trier in ein Museum umzugestalten, bewarb sich Neumann beim Parteivorstand erfolgreich um den Posten des Verwaltungsleiters.<sup>4</sup> Zusammen mit profilierten Marx-

---

<sup>1</sup> Ausführlich in: *François Melis*, Auf der Suche nach der SPD-Bibliothek 1945/46. Eine späte Würdigung von Paul Neumann, in: *Die Marx-Engels-Werkausgaben in der UdSSR und der DDR (1945–1968)*, Hamburg 2006, S. 95-140.

<sup>2</sup> Angabe nach *Mario Bungert*, „Zu retten, was sonst unwiederbringlich verloren geht“. Die Archive der deutschen Sozialdemokratie und ihre Geschichte, Bonn 2002, S. 42, Anm. 103.

<sup>3</sup> *Paul Mayer*, Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs und das Schicksal des Marx-Engels-Nachlasses, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 6/7, (1966/67), S. 93.

<sup>4</sup> [*Paul Neumann*,] Bericht über den Aufbau des Karl Marxhaus-Museums in Trier, [Ende Mai 1948], in: SAPMO-BArch, SG Y 31, ME 6657, Bl. 1–39 (im Folgenden: Neumann-Dok).

Kennern, wie dem Marx-Biographen Otto Maenchen-Helfen, dem russischen Emigranten und Auslandskorrespondenten des Moskauer Marx-Engels-Instituts Boris I. Nikolajewskij, und dem wissenschaftlichen Berater des SPD-Archivs Paul Kampffmeyer, wurde ein Konzept für die Ausgestaltung des Museums erarbeitet und Neumann mit der Ausführung beauftragt. Der Machtantritt von Hitler verhinderte die für den 50. Todestag von Marx am 14. März 1933 geplante Eröffnung des Trierer Museums.<sup>5</sup>

Vor allem der Eigeninitiative des Leiters des SPD-Archivs Jonny Hinrichsen, Kampffmeyers und Neumanns war es zu verdanken, dass einzigartige Dokumente der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen über die deutsch-dänische Grenze oder als diplomatische Post nach Paris verbracht wurden. Da das Archiv zu umfangreich war, konnten nicht alle Materialien zum Versand gebracht werden. So verblieben in Berlin zum Beispiel die für das Karl-Marx-Haus vorgesehene Sammlung und das Spezialarchiv der „Neuen Rheinischen Zeitung“ von 1848/49.<sup>6</sup>

Während der Nazi-Diktatur wurden Neumann, Kampffmeyer und Hinrichsen von der Geheimen Staatspolizei „hart bedrängt“, die fieberhaft nach dem so genannten „Ruhmesarchiv der SPD“ fahndete.<sup>7</sup> Leider ging Neumann nicht ausführlich darauf ein. In seiner Bescheidenheit schrieb er lediglich, dass es für sie eine Selbstverständlichkeit war, die Gestapo von der Sammlung fernzuhalten.<sup>8</sup> So konnte Hinrichsen drei Kisten und zwei Blechkoffer mit wichtigen Archivmaterialien in Berlin verborgen halten, in denen sich seltene Periodika aus der Frühgeschichte der Arbeiterbewegung befanden. Zwei Jahre später gelang es, sie wohlbehalten nach Amsterdam in das Internationale Institut für Sozialgeschichte zu überführen.<sup>9</sup>

---

<sup>5</sup> Ebd.

<sup>6</sup> Mayer, S. 93.

<sup>7</sup> Neumann, Bericht über den augenblicklichen Stand des Partei-Archivs an den Zentralausschuss der Partei, 28.1.1946. Neumann-Dok; bestätigt durch Gestapo-Unterlagen; vgl. SAPMO-BArch, Mikrofiche, R58/2418.

<sup>8</sup> Ebd.

<sup>9</sup> Mayer, S. 97.

Vom Kreis der unmittelbar Verantwortlichen des SPD-Archivs überlebte nur Neumann die Nazi-Herrschaft. Kampffmeyer und Hinrichsen waren zwischenzeitlich verstorben. Neumanns Entschluss, die Suche nach dem verschollenen Archiv unverzüglich zu beginnen, stand fest. Er nahm deshalb Kontakt mit dem Zentrallausschuss der SPD auf und wurde als „Archiv-Verwalter“ beim geschäftsführenden Vorstand eingesetzt.

Neumanns Berichte an den Zentrallausschuss der SPD geben detailliert Auskunft über die erreichten Fortschritte beziehungsweise die aufgetretenen Hemmnisse beim Auffinden der 1933 beschlagnahmten Teile des Archivs und der Bibliothek. Sichtbar wird, dass er hartnäckig dieses Ziel verfolgte und erfolgreich verstand, bürokratische Hemmnisse und Sonderinteressen verschiedener Institutionen zu überwinden. Unterstützt wurde er hierbei insbesondere von dem Vorstandsmitglied Erich Gniffke. Bei Schwierigkeiten schaltete sich Otto Grotewohl persönlich ein.<sup>10</sup> Neumanns Bemühungen waren von Erfolg gekrönt. Er konnte nicht nur annähernd die Hälfte des alten Bibliotheksbestandes auffindig machen, sondern darüber hinaus auch zum Beispiel Bücher des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt am Main sowie Bestände verschiedener sozialistischer Büchereien.<sup>11</sup>

Neumann konzentrierte seine Recherchen auf die Preußische Staatsbibliothek Berlin Unter den Linden und auf das Geheime Staatsarchiv in Berlin-Dahlem. Otto Winzer, Stadtratsmitglied des damaligen Berliner Magistrats und späterer Außenminister der DDR, machte vor allem den administrativen Weg frei für die Suche in den Kellern der Staatsbibliothek.<sup>12</sup> Dort fand Neumann zu seiner Überraschung neben der Karto-

<sup>10</sup> *Neumann*, Bericht über die Verhandlungen mit dem Berliner Magistrat unseres Partei-Archivs wegen, 19.7.1945. Neumann-Dok.

<sup>11</sup> [*Ders.*], Bericht über die weitere Nachforschung unseres Partei-Archivs, 20.7.1945; *Ders.*, An den Berliner Magistrat Abt. Bücherwesen z. Hd. des Herrn Stadtrat Dr. Winzer, 26.7.1945. Neumann-Dok. Zum Institut für Sozialforschung in Frankfurt/Main: *Rolf Wiggershaus*: Die Frankfurter Schule. Geschichte. Theoretische Entwicklung. Politische Bedeutung, München 1988.

<sup>12</sup> [*Ders.*], An den Magistrat d. Stadt Berlin Abt. f. Bücherei- und Archivwesen, z. Hd. Herrn Stadtrat Winzer, Berlin C 2 Stadthaus, 1.8.1945. Neumann-Dok.

thek der SPD-Bibliothek ein Aktenstück, das über das Schicksal dieses Teiles des Archivs lückenlos Auskunft gab und aus 16 200 bibliographischen Einheiten bestand.<sup>13</sup> Danach zeigten die braunen Machthaber großes Interesse an den Archivbeständen. Die verschiedenen Amtsstellen hätten, wie Neumann am 28. Januar 1946 schrieb, ein „förmliches Wettrennen“ um ihren Besitz veranstaltet. Zu den „aufnahmebereiten“ Institutionen habe die Staatsbibliothek gehört, ferner das Seminar für Staatsforschung in Berlin-Wannsee und das „Braune Haus“ in München – die zentrale Hochburg der Nazi-Partei.<sup>14</sup> Mit diesem Aktenstück fand Neumann zugleich eine weitere wichtige Spur zu Beständen der SPD-Bibliothek, die in das Geheime Staatsarchiv in Berlin-Dahlem führte.

Hartnäckig verfolgte Neumann auch eindeutige Beweise der Existenz von Buchbeständen, die für das Karl-Marx-Haus in Trier bestimmt und mit dem Stempel „Karl Marx-Haus Trier“ als Besitzvermerk versehen waren. Nach eigenen Beobachtungen konnten Mitarbeiter des nach 1945 wieder errichteten SPD-Archivs feststellen, dass die für das Karl-Marx-Haus vorgesehene Bibliothek aus der Preußischen Staatsbibliothek nach dem Sitz der Berliner Ratsbibliothek abtransportiert worden war.<sup>15</sup> Denn der Magistrat verfolgte ebenfalls das Ziel, eine Zentralbibliothek der sozialistischen bzw. politischen Literatur aufzubauen.

Die zuständige Abteilung Volksbildung sah sich nunmehr gezwungen, die Karten auf den Tisch zu legen. In einem Schreiben an den SPD-Zentralausschuss teilte sie mit, „dass der grösste Teil der von der Rats-

---

<sup>13</sup> [Ders.], Über den augenblicklichen Stand des Archiv-Aufbaues ..., 10.8.1945. Neumann-Dok.

<sup>14</sup> Ders., Bericht über den augenblicklichen Stand des Partei-Archivs. Das erwähnte Seminar war das Institut für Staatsforschung an der Universität Berlin, das im August/September 1940 3 618 Titel erhalten hat. Sicher aus Unkenntnis erwähnte Neumann nicht, dass auch das Staatswissenschaftlich-Statistische Seminar der Friedrich-Wilhelms-Universität ca. 1 300 Titel im Februar 1940 erwarb, darüber hinaus die Bayrische Staatsbibliothek und die Bibliothek Ribbentrops im Auswärtigen Amt. Ausführlich über die Zerschlagung des Buchbestandes des SPD-Archivs in: Einführung zur Vorau publikation MEGA<sup>2</sup> IV/32, S. 65/66.

<sup>15</sup> [Ders.], An den Magistrat der Stadt Berlin, Abt. Büchereiwesen, ..., 29.10.1945. Neumann-Dok.

bibliothek s. Zt. geborgenen Bibliothek ‚Karl Marx-Haus Trier‘ im August von einem russischen Beauftragten im Majorsrang, dessen Namen und Dienstanschrift man uns nicht mitteilte, im Militärlastwagen abgeholt worden ist, um nach Moskau überführt zu werden.“<sup>16</sup> Hinter dem „russischen Beauftragten im Majorsrang“ verbarg sich Aleksandr Michajlowitsch Stoljarow, der entsprechend einem Beschluss des ZK der Kommunistischen Partei (Bolschewiki) und im Auftrag des amtierenden Direktors des Moskauer Marx-Engels-Lenin-Instituts (IMEL) Anfang September 1945 gezielt in der sowjetischen Besatzungszone die Suche nach „Materialien über Leben und Werk der Klassiker des Marxismus-Leninismus“ aufnahm.<sup>17</sup> So entnahm Stoljarow aus der Berliner Stadtbibliothek wichtige Zeitungsbestände, wie die „Neue Rheinische Zeitung“, den „Social-Demokrat“ und 47 Jahrgänge des „Vorwärts“. Sein Gang führte auch in die Kellermagazine der Ratsbibliothek in der Breitestraße 36. Nach einem Bericht vom Februar 1946 wurden etwa 1 000 Bände aus der SPD-Bibliothek, darunter 243 mit dem Stempel „Karl-Marx-Haus Trier“, requiriert. Der Bericht hielt auch fest, dass Exponate für das Karl-Marx-Haus durch die Nazis beschlagnahmt und danach heimlich durch Antiquariate verkauft wurden.<sup>18</sup>

Wenig später wurde Neumann selbst mit der „Trophäenkommission“ konfrontiert. Der SPD-Zentralausschuss lud ihn zu einer dringenden Besprechung für den 26. November 1945 in das Parteihaus ein, da eine „russische Kommission“ Auskünfte wünsche. Über diese Beratung fertigte Neumann eine Aktennotiz an: Das IMEL in Moskau stelle Nachforschungen in Berlin zur Bibliothek im Karl-Marx-Haus Trier an. Ein Mitarbeiter des SPD-Vorstandes und Neumann informierten über deren Beschlagnahme durch die Nazis und über den Stand der Ermittlungen. Bei dieser Gelegenheit teilten beide mit, dass der literarische Nachlass

---

<sup>16</sup> An den Zentralausschuss der SPD. ... Brief undatiert, aber mit SPD-Eingangsstempel, 15.11.1945. Neumann-Dok.

<sup>17</sup> Rolf Hecker, Marx/Engels-Dokumente dem „IMEL zugeführt“. Zur Requirierungsaktion des Moskauer Marx-Engels-Lenin-Instituts 1945/46. Mit zwei Briefen, in: Beiträge zur Geschichtswissenschaft, (1997) 3, S. 74–76.

<sup>18</sup> Ebd.

von Marx und Engels sowie wichtige Originaldokumente im März 1933 mit der Bibliothek der Menschewiki nach Paris gegangen seien.<sup>19</sup>

Neumann nahm auch unverzüglich Verhandlungen mit dem Geheimen Staatsarchiv in Berlin-Dahlem auf.<sup>20</sup> Dessen Leitung zeigte sich gegenüber dem Anliegen des Zentralausschusses aufgeschlossen. Sie musste jedoch erklären, dass ihre Absicht, bei der Übernahme der SPD-Bibliothek diese „wertvolle Sammlung geschlossen und ungeteilt zu erhalten“, durch die Entscheidungen des damaligen NS-Finanzministeriums<sup>21</sup> zerschlagen wurde. Nur ein Restbestand wäre im Geheimen Staatsarchiv geblieben. Am 20. November nahm Neumann dann etwa 4 000 bibliothekarische Einheiten aus den Beständen dieses Archivs in Empfang.<sup>22</sup> Parallel zu der Suchaktion bemühte sich Neumann zusammen mit weiteren Mitarbeitern, wieder ein Bild-Archiv aufzubauen. So war es ihm gelungen, eine „stattliche Zahl von mehr als 300 Fotos führender Genossen zusammenzubringen“.<sup>23</sup>

Am 28. Januar 1946 legte Neumann dem Zentralausschuss der SPD eine vorläufige Bilanz der Suchaktion vor: Von insgesamt 40 000 Bänden, die vor 1933 die zentralen Organe der SPD und die Berliner Parteiorganisation ihr Eigentum nannten, war es ihm und seinen Mitarbeitern in sechsmonatiger angestrenzter Arbeit gelungen, annähernd 18 000 Bände wieder zusammenzutragen. Von rund 26 000 bibliothekarischen Einheiten des ehemaligen Parteiarchivs konnten 14 000 bis 15 000 gerettet werden. Zugleich musste Neumann jedoch konstatieren, dass die noch fehlenden Bücher genau diejenigen waren, die zu den wertvollsten gehörten. So seien alle Schriften von Marx und Engels sowie auch wichtige Kommentare – offensichtlich meinte er hier

---

<sup>19</sup> [Neumann], Aktennotiz über die Verhandlungen mit der russischen Kommission über die Karl-Marx-Haus Bibliothek, Trier, 28.11.1945. Neumann-Dok.

<sup>20</sup> Ders., Geheimes preuss Staatsarchiv Berlin-Dahlem, 9.10.1945. Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA), Rep. 178, Bl. 2.

<sup>21</sup> Ironie der Geschichte: Der damalige Finanzminister war Graf Lutz Schwerin von Krosigk, Großneffe von Jenny Marx.

<sup>22</sup> Quittung, 20.11.1945. GStA, Rep. 178, Bl. 12.

<sup>23</sup> Neumann, Bericht über den augenblicklichen Stand des Partei-Archivs.



die in den Büchern vorhandenen Marginalien und Anstreichungen von ihrer Hand – „systematisch entfernt worden“. Die Aussichten, die fehlenden Exemplare wieder zu erlangen, seien gering.<sup>24</sup> Dieser Passus in seinem Bericht zeigt, dass es Neumann an der nötigen Zeit mangelte, die Bestände durchzusehen. Im Vordergrund stand die Aufgabe, die SPD-Bibliothek zusammenzuführen. Demzufolge musste ihm verborgen bleiben, welche wertvollen Dokumente in dem Bestand enthalten waren: Bücher aus dem persönlichen Nachlass von Marx und Engels. Erst knapp fünf Jahre später sollte sukzessive das Geheimnis gelüftet werden. Zumindest hatte er dann die Genugtuung, diesen sensationellen Fund noch erleben zu können.

Neumanns weitere Bemühungen auf den Spuren des SPD-Archivs lassen sich ab Ende Januar 1946 aufgrund fehlender Zeugnisse nur noch marginal verfolgen. Bekannt ist lediglich, dass er auch nach der Vereinigung von KPD und SPD zur SED die Suche nach weiteren Dokumenten im Geheimen Staatsarchiv fortgesetzt hat. So wurde ihm das Angebot gemacht, Einblick in die vorhandenen Zeitungen zu nehmen, um festzustellen, welche darunter aus dem Besitz des SPD-Archivs stammen.<sup>25</sup> Ob Neumann die Zeit dafür gefunden hat, ist nicht überliefert. Doch stieß der Verfasser 1998 im Geheimen Staatsarchiv auf zwei Originale der „Neuen Rheinischen Zeitung“ aus dem Motteler-Nachlass mit der eindeutigen Provenienz aus der SPD-Bibliothek und im selben Jahr in der Moskauer Staatlichen gesellschafts-politischen Bibliothek auf ein „Probblatt“ der Nummer 1 dieser Zeitung mit dem Besitzstempel „Karl-Marx-Haus Trier“.<sup>26</sup>

Die im April 1946 vollzogene Vereinigung der beiden Parteien von KPD und SPD zur SED hat Neumann überzeugt mitgetragen. Als Leiter der Bibliothek beim ZK der SED, zusammen in paritätischer Beset-

---

<sup>24</sup> Ebd.

<sup>25</sup> *Schreiber*, An das Geheime Staatsarchiv Berlin-Dahlem Archivstr., 12.11.1946. Bemerkenswert ist, dass das an das GStA gerichtete Schreiben mit dem Briefkopf des SPD-Zentralausschusses erfolgte, obwohl bereits seit sieben Monaten die SED bestand. GStA, Rep. 178, Bl. 13.

<sup>26</sup> *Melis*, Neue Rheinische Zeitung. Organ der Demokratie. Edition unbekannter Nummern, Flugblätter und Druckvarianten, München 2000, S. 300-304, 320/321.

zung mit Julius Treuber, hatte er nunmehr sein Arbeitsdomizil im „Haus der Einheit“ (Wilhelm-Pieck-Str./Ecke Prenzlauer Allee, jetzt Torstraße). Er bezog ein Gehalt von 700 RM.<sup>27</sup> Der Grundstock der Bibliothek im 6. Stock<sup>28</sup> setzte sich unter anderem aus den Bücherbeständen des ehemaligen SPD-Archivs zusammen.

Als 1951 oder Anfang 1952 Bernhard Dohm, Direktor des Berliner Marx-Engels-Lenin-Instituts, anlässlich des Karl-Marx-Jahres 1953 einen Sammelband „Marx-Engels-Lenin-Stalin zur deutschen Geschichte“ vorbereitete und zu diesem Zweck unter anderem ein Buch aus der ZK-Bibliothek einsah, vermutete er darin Marginalien von Marx. Der Leiter der Bibliothek des gleichnamigen Instituts, Bruno Kaiser, ein profunder Kenner der Vormärzliteratur und der frühsozialistischen Schriften, bestätigte diese Annahme und veranlasste die sofortige systematische Durchsicht der Bibliothek.<sup>29</sup> In der Tat förderten Mitarbeiter der Bibliothek des IML, darunter Inge Werchan, Jürgen Stroech, Günter Aurich und Berthold Schubert, einige Hundert aus der Marx-Engels-Bibliothek stammende Exemplare ans Tageslicht. Bis 1953 war ihre Zahl auf annähernd 400 angewachsen.<sup>30</sup>

Das Wissen um die Provenienz von Marx-Engels-Büchern in der ZK-Bibliothek führte begreiflicherweise zu intensiven Gesprächen zwischen Kaiser und Neumann. Doch konnte letzterer keine zusätzlichen, konkreten Anhaltspunkte über den Verbleib weiterer Teile der SPD-Bibliothek geben.<sup>31</sup> Ungeachtet dessen hat er eine kurze, aber wichtige Etappe auf diesem Weg beschritten. Sein Einsatz in einer äußerst schwierigen Zeit, sowohl 1933 als auch unmittelbar nach dem Sieg über den Hitlerfaschismus, war eine kulturhistorische Tat.

<sup>27</sup> Protokoll Nr. 9 der Sitzung des Zentralsekretariats [der SED] am 21. Mai [19]46, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1/7.

<sup>28</sup> Protokoll Nr. 2 der Sitzung des Zentralsekretariats [der SED] am 25. April [19]46, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1/1.

<sup>29</sup> Auskunft unabhängig voneinander durch Inge Werchan und Jürgen Stroech. Letzterer unterstützte Dohm bei der Vorbereitung des Sammelbandes.

<sup>30</sup> *Jürgen Stroech*, Die Bibliotheken von Karl Marx und Friedrich Engels, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 45 (2001), S. 158.

<sup>31</sup> Freundliche Auskunft von Inge Werchan.

Diejenigen, die in den 1950er Jahren Neumann aus der Bibliotheksarbeit bis zu seiner Pensionierung kannten, beschreiben ihn als einen sehr schlanken, mittelgroßen Mann, der durch sein gepflegtes Äußeres hervorstach und trotz seines Alters noch volles schwarzes Haar trug. Er war ein ruhiger, aber ausgesprochen hilfsbereiter Mensch. Er zeichnete sich durch seine Belesenheit aus und verfügte über ausgezeichnete bibliographische Kenntnisse.<sup>32</sup> Privat scheint er mit seiner Familie sehr zurückgezogen gelebt zu haben. Zuletzt wohnte er in Berlin-Weißensee, Streustraße 76. Er verstarb 1969.<sup>33</sup>

---

<sup>32</sup> Beschreibung verdankt der Verfasser Ernst Melis und Jürgen Stroeck, ergänzt durch Inge Werchan.

<sup>33</sup> *Heinz Stern/ Dieter Wolf*, Das große Erbe. Eine historische Reportage um den literarischen Nachlaß von Karl Marx und Friedrich Engels, Berlin 1972, S. 223, Anm. 6.

Rolf Hecker

## **Boris Iwanowitsch Nikolajewskij (1887 – 1966)**

Boris Iwanowitsch Nikolajewskij wurde am 20. Oktober 1889 als Sohn von Iwan Michailowitsch Nikolajewskij geboren. Der Vater war griechisch-orthodoxer Priester in fünfter Generation in Belebej, einer kleinen Kreisstadt im Gouvernement Ufa (heute Baschkortostan, 200 km westlich der Hauptstadt), die zu Ende des 19. Jahrhunderts landwirtschaftlich geprägt war und weniger als zweitausend Einwohner hatte. Nikolajewskijs Mutter Ewdokija Pawlowna Nikolajewskaja, geb. Krasnoburowa erzog ihn und seine drei Brüder und zwei Schwestern und musste sich nach dem Tod ihres Mannes 37jährig als Putzfrau und Verkäuferin in Ufa durchschlagen.<sup>1</sup>

Seit 1898 besuchte Nikolajewskij das Gymnasium in Samara, ab 1899 das in Ufa. Hier entwickelte sich sein großes Interesse für Geschichte und Literatur. Die liberale Erziehung führte ihn zu den sozialistischen Ideen und 1903 zur Teilnahme in einem revolutionären Jugendzirkel, der sich mit der Verbreitung sozialdemokratischer Literatur beschäftigte. Nach einer halbjährigen Haftstrafe 1904 trat er der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) bei und wurde Berufsrevolutionär in verschiedenen Städten.<sup>2</sup>

Von 1908 bis 1910 war Nikolajewskij in das Gouvernement Archangelsk verbannt. Dort befasste er sich mit der wirtschaftlichen Entwicklung Russlands, das Ergebnis seiner Studien verarbeitete in drei Bü-

---

<sup>1</sup> Vgl. *Evdokija Nikolaevskaja, Žizn' ne imeet žalosti* [Das Leben hat kein Mitleid]. Pis'ma 1922–1935 gg. Synu. Hrsg. Al'bert Nenarokov u.a., Moskva, Stanford 2005; *Russkoe zarubež'e. Zolotaja kniga emigracii*. [Das russische Ausland. Das goldene Buch der Emigration] Pervaja tret' XX veka. Enciklopedičeskij biografičeskij slovar', Moskva 1997, S. 458-459; *V. V. Krylov, Ego strast'ju byl archivizm*. [Seine Leidenschaft war das Archivwesen], in: *Otečestvennye archivy*, (1995) 3, S. 25-36.

<sup>2</sup> Vgl. autobiographische Notizen in einem Brief Nikolaevskijs an den Verlag Methuen & Co Ltd. Publisher in London, in: David Borisovič Rjazanov und die erste MEGA, Hamburg 1997, S. 58/59. Dieser Brief sowie weitere Dokumente Nikolajewskijs befinden sich im Moskauer RGASPI, Sign. F. 579, op. 1.

chern. Ab 1913 war er in St. Petersburg Gehilfe des Abgeordneten und Sekretärs der menschewistischen Fraktion in der IV. Duma M. I. Skobelew und Redaktionsmitglied der von F. I. Dan geleiteten „Nowaja rabotschaja gaseta“ [Neue Arbeiterzeitung]. Zu Beginn des Ersten Weltkrieges wurde Nikolajewskij nach Irkutsk verbannt.

Nach der Februarrevolution 1917 kehrte Nikolajewskij aus der Verbannung nach Petrograd zurück. Er wurde Mitglied der Untersuchungskommission des Justizministeriums zur Überprüfung der vom ehemaligen Polizeidepartement eingeleiteten politischen Verfahren und nach ihrer Abschaffung Mitarbeiter der Sonderkommission zur Untersuchung von gesetzwidrigen Handlungen ehemaliger Minister und hoher Staatsbeamter. Als Kommissar des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees setzte er sich für die Erhaltung des Archivs des Polizeidepartements ein. Aus der Arbeit in diesem Archiv ging das Buch „Der Fall Malinowskij“ hervor. Nach dem Oktoberumsturz legte Nikolajewskij sein Mandat nieder und widmete sich dem Studium der sozialpolitischen Geschichte Russlands.

Mit der Einrichtung der Hauptverwaltung für Archivwesen im Juni 1918 nahm Nikolajewskij den Vorschlag D. B. Rjasanows an, Inspektor des Zentralarchivs zu werden. Von 1919 bis 1921 stand er außerdem dem Moskauer Archiv zur Revolutionsgeschichte vor. 1920 wurde Nikolajewskij Mitglied des ZK der SDAPR (Menschewiki). Im Auftrag seiner Partei unternahm er mehrere Inspektionsreisen nach Sibirien, analysierte die gesellschaftspolitische Situation vor Ort und machte sich ein Bild vom Zustand der örtlichen Archive. Unter Rückgriff auf die hier aufbewahrten Dokumente entstanden 1919 Skizzen über nach Sibirien verbannte Dekabristen. Eine begonnene Studie über den Bürgerkrieg in Sibirien blieb unvollendet.<sup>3</sup> Unter anderem arbeitete er 1917/18 und 1921 auch in der Redaktion der Zeitschrift „Byloe“ [Vergangenheit] mit.

Am 21. Februar 1921 wurde Nikolajewskij verhaftet und in das Moskauer Butyrkagefängnis verbracht. Er hatte öffentlich gegen die Nie-

---

<sup>3</sup> Gosudarstvennyj Archiv Rossiskoi Federacii, f. R-376, op. 1, d. 53, 54.

derschlagung des Kronstädter Aufstandes protestiert. Während seiner Gefängnishaft erschien die von ihm verfasste Biographie des Lockspitzels Asef.<sup>4</sup>

Am 11. Februar 1922 traf der aus Sowjetrußland ausgewiesene Nikolajewskij in Berlin ein. Deutschland war ein Zentrum der russischen Emigration, im Land hielten sich etwa 250 000 Flüchtlinge und Ausgebürgerte auf. In Berlin erschienen zahlreiche russischsprachige Zeitschriften, darunter auch das Zentralorgan der SDAPR „Sozialistitscheskij westnik“ [Sozialistischer Bote].

Im Februar oder März 1922 suchte Nikolajewskij den Dichter M. Gorki auf und schlug ihm vor, an der Herausgabe der Zeitschrift „Letopis revoljuzii“ [Chronik der Revolution] mitzuwirken. Anliegen der Herausgeber war, die Ereignisse von Februar bis Oktober 1917 in Rußland zu dokumentieren. Am 15. Januar 1923 erschien die einzige, von Nikolajewskij mit J. O. Martow herausgegebene Nummer. In Vorbereitung dieses Zeitschriftenprojekts hatte Nikolajewskij, unterstützt von Gorki, die Publikationsrechte für die Veröffentlichung der Tagebücher, Briefe und Erinnerungen zahlreicher Zeitzeugen erhalten, darunter von P. B. Axelrod, J. O. Martow, N. N. Suchanow und S. Mstislawskij. Nikolajewskij wirkte als Vertreter des russischen sozialdemokratischen Archivs in Berlin. Dank seiner Anstrengungen entwickelte es sich zum größten in der russischen Emigration.

Im Sommer 1923 verhandelte Rjasanow als Direktor des Moskauer Marx-Engels-Instituts (MEI) in Berlin mit dem Vorstand der SPD über die Rechte zur Herausgabe der Werke von Marx und Engels. Ein Jahr später wurden entsprechende Verträge über die Benutzung des Marx-Engels-Nachlasses für die Herausgabe einer Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) mit dem neugegründeten Frankfurter Institut für Sozialforschung und dem SPD-Parteivorstand abgeschlossen. Um eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern zu gewährleisten, wurde Nikolajewskij ab 1. Dezember 1924 als „Korre-

---

<sup>4</sup> Deutsche Übersetzung: *Boris Nikolajewsky*, Asew. Die Geschichte eines Verrats, Berlin 1932.

spondent“ des MEI angestellt. Er übernahm in den folgenden Jahren die Koordinierung der Inventarisierungs-, Fotokopier- und Sammeltätigkeiten von Dokumenten für das MEI in Deutschland.<sup>5</sup>

Der Vorstand der SPD beschloss bereits am 23. Oktober 1924, Nikolajewskij den Zugang zu allen im SPD-Archiv befindlichen Dokumenten zu erlauben. Als wissenschaftlicher Konsultant wurde Paul Kampffmeyer hinzugezogen. Nikolajewskij arbeitete mit Adolf Braun und Rudolf Hilferding als Vertreter des SPD-Vorstandes zusammen. Im Frankfurter Institut für Sozialforschung wurde ein spezielles Fotolabor eingerichtet. Mit der dort vorhandenen Technik konnten 400 Kopien in drei Stunden hergestellt werden. Drei Jahre lang pendelte Nikolajewskij zwischen Frankfurt und Berlin hin und her, um die Archivdokumente persönlich zum Kopieren zu bringen.<sup>6</sup>

Darüber hinaus sah Nikolajewskij die Manuskripte von Marx und Engels durch, sichtete Zeitungen und Zeitschriften, die Marx und Engels in ihren Aufsätzen zitierten. 1924 erhielt er von Bernstein die bei diesem verbliebenen Teile des Engels-Nachlasses. Im persönlichen Archiv Bernsteins fand Nikolajewskij auch Briefe von P. B. Axelrod, G. W. Plechanow, P. B. Struwe und anderen. Im Juli 1925 bekam er von Friedrich Adler die von Rjasanow 1921 in Wien zurückgelassenen Manuskripte von Marx und Engels, darunter die „Mathematischen Manuskripte“ und einen Teil des Briefwechsels aus der Zeit der Internationalen Arbeiterassoziation.<sup>7</sup>

Weiterhin organisierte Nikolajewskij die Übergabe von Nachlässen russischer Sozialisten nach Moskau und unterstützte Rjasanow bei der Arbeit an der Ausgabe der Werke Plechanows. Er überredete Axelrod, sein Archiv von Zürich nach Berlin zu holen. Bei der Sichtung des Be-

<sup>5</sup> Vgl. *Vjačeslav Viktorovič Krylov*, D. B. Rjasanov und B. I. Nikolaevskij, in: David Borisovič Rjasanov und die erste MEGA, S. 50-54.

<sup>6</sup> Vgl.: Erfolgreiche Kooperation. Das Frankfurter Institut für Sozialforschung und das Moskauer Marx-Engels-Institut (1924–1928). Hrsg. von Carl-Erich Vollgraf u.a., Hamburg 2000.

<sup>7</sup> Aus dem Briefwechsel Nikolaevskijs mit dem Moskauer Marx-Engels-Institut (1924/26), in: David Borisovič Rjasanov und die erste MEGA, S. 69.

standes entdeckte Nikolajewskij in einem von W. Sassulitsch hinterlassenen, ungeöffneten Paket deren an Marx gerichteten Brief vom 8. März 1881.<sup>8</sup> Die Dokumente aus diesem Archiv bildeten den Grundstock der zweibändigen Ausgabe über die revolutionäre Bewegung in Russland von 1885 bis 1914. Die von Nikolajewskij entdeckten Dokumente wurden in zahlreichen Zeitschriften und Büchern, zum Beispiel in „Katorga i ssylka“ [Zwangsarbeit und Verbannung], „Letopisi marksisma“ [Annalen des Marxismus], im „Marx-Engels-Archiv“ und in den Lenin-Sammelbänden publiziert.

Trotz des Abbruchs der Kopierarbeiten 1929 seitens des SPD-Archivs aufgrund der politischen Bekämpfung der SPD durch die KPdSU(B)-Führung<sup>9</sup>, konnte Nikolajewskij seine Aufgaben als Korrespondent des MEI in Berlin noch bis Anfang 1931 ausüben; nach der Verhaftung Rjasanows wurde ihm gekündigt und im Februar 1932 die sowjetische Staatsbürgerschaft entzogen. In der folgenden Zeit schrieb Nikolajewskij gemeinsam mit Otto Mänchen-Helfen eine Marx-Biographie, die 1933 erschien.

Die „Machtergreifung“ Hitlers stellte Nikolajewskij vor die komplizierte Aufgabe, das russische Archiv zu erhalten. Ihm gelang es, seine Verlegung nach Paris zu organisieren. Gemeinsam mit Kampffmeyer, Jonny Hinrichsen und Paul Neumann organisierte Nikolajewskij auch die Rettung des SPD-Archivs vor dem Zugriff der Nationalsozialisten. Der Marx-Engels-Nachlass kam auf abenteuerlichen Wegen in einen Banksafe in Kopenhagen. 1935 zeigte das Marx-Engels-Lenin-Institut in Moskau Interesse am Marx-Engels-Archiv. Eine aus W. W. Adoratskij, N. I. Bucharin, A. J. Arosew und G. A. Tichomirnow bestehende Delegation traf in Paris ein, um über den Kauf des Archivs zu verhandeln. Mit Adler gehörten L. Blum, R. Hilferding und F. I. Dan zur Verhandlungsdelegation der Sozialistischen Internationale; Nikolajewskij

---

<sup>8</sup> Vgl.: Iz archiva P. B. Aksel'roda [Aus dem Archiv von P. B. Aksel'rod]. Vyp. 1. 1880–1892. Hrsg. von P. J. Savel'ev, Moskva 2006, S. 21 u. 233-242.

<sup>9</sup> Vgl. Rolf Hecker, Erfolgreiche Kooperation. Das Frankfurter Institut für Sozialforschung und das Moskauer Marx-Engels-Institut (1924–1928), in: Erfolgreiche Kooperation, S. 92-111.



kam eine gewisse Vermittlerrolle zu. Die Verhandlungen zogen sich über Monate hin und endeten ergebnislos im April 1936.<sup>10</sup>

Von 1936 bis 1940 war Nikolajewskij Direktor der Pariser Filiale des neu gegründeten Amsterdamer Internationalen Instituts für Sozialgeschichte (IISG). Das Archiv der russischen Sozialdemokratie in Paris war für die Führung der KPdSU(B) von außerordentlichem Interesse. Vom Volkskommissariat für innere Angelegenheiten (NKWD) geschickte Vertreter versuchten, nach der Abreise von Trotzki nach Mexiko in den Besitz seines Archivs, das er Nikolajewskij überlassen hatte, zu gelangen. Stalin brauchte „Beweise“ für den bevorstehenden Schauprozess gegen Rykow und Bucharin. Nach einem Einbruch zog es Nikolajewskij vor, seine Aufzeichnungen über die mit Bucharin in Paris 1936 geführten Gespräche zu vernichten.

Am 19. Mai 1938 wurde der Vertrag über den Verkauf des SPD-Archivs an das IISG unterzeichnet; der Marx-Engels-Nachlass wurde nach Amsterdam geholt, später, kurz vor der deutschen Besetzung der Niederlande, nach England gebracht.<sup>11</sup> Nikolajewskij sollte im Auftrag des IISG gemeinsam mit Gustav Mayer und Hans Stein eine mehrbändige Dokumentenpublikation mit den Protokollen des Generalrats der IAA vorbereiten. Als Paris 1940 von deutschen Truppen besetzt wurde, fahndete eine Sonderabteilung aus dem Einsatzstab von Reichsleiter Alfred Rosenberg nach Nikolajewskij und dem Archiv. Ihm gelang es jedoch, einen Großteil der bei ihm verwahrten Dokumente rechtzeitig in die USA zu bringen.

Im November 1940 traf Nikolajewskij in den USA ein. Hier begann die letzte Etappe in der Pflege, Bearbeitung und Kommentierung des Nachlasses der russischen revolutionären Bewegung.<sup>12</sup> Zunächst arbeitslos,

<sup>10</sup> Vgl. *Rolf Hecker*, Die Verhandlungen über den Marx-Engels-Nachlaß 1935/36. Bisher unbekannte Dokumente aus Moskauer Archiven, in: MEGA-Studien, (1995) 2, S. 3-25.

<sup>11</sup> Vgl. *Maria Hunink*, De Papieren van de Revolutie. Het Internationaal Instituut voor sociale Geschiedenis 1936–1947, Amsterdam 1986. Über Nikolaevskij hier: S. 14/15.  
<sup>12</sup> Vgl.: Stichwort „Nikolaevskij“ von I. Rozental', in: *Političeskie partii Rossii. Konec XIX – pervaja tret' XX veka*, Moskva 1996, S. 396ff.

konnte Nikolajewskij dann ein Stipendium der Rockefeller Foundation bekommen, arbeitete als Konsultant der Rundfunksender „Voice of America“ und „Free Europe“. An der Columbia Universität war er Mitarbeiter einer Sonderkommission zum Studium der Geschichte der UdSSR und dann bis Ende der 1950er Jahre Direktor des American Labor Archives and Research Institute in New York. Er entwickelte eine vielseitige publizistische Tätigkeit in diesen Jahren.<sup>13</sup> Einige der von ihm gesammelten gedruckten Materialien verkaufte er 1955 an die Indiana Universitätsbibliothek. Der größte Teil seiner Sammlung wurde 1963 vom Hoover Institution on War, Revolution, and Peace der Stanford Universität übernommen, gedruckte Einheiten gingen in die Universitätsbibliothek. Nikolajewskij war bis zu seinem Tode – er starb 1966 in Menlo Park, Kalifornien – Kurator dieser Sammlung. Sie umfasst 280 Gruppen oder Series, über die ein 1989 veröffentlichter Katalog Auskunft gibt.<sup>14</sup>

---

<sup>13</sup> Vgl. u.a.: *Forced Labor in Soviet Russia* (mit D. J. Dallin), London 1948, New York 1965 u. 1975; *Power and the Soviet Elite: „The Letter of an Old Bolshevik“ and Other Essays*. Ed. by Janet D. Zagoria, New York u.a., 1965.

<sup>14</sup> Vgl. *Anna M. Bourgina*, *The writings of B. I. Nicolaevsky. A selected bibliography*, in: *Revolution and politics in Russia. Essays in memory of B.I. Nicolaevsky*, Bloomington 1972, S. 322-341; *Guide tot he Boris I. Nicolaevsky Collection in the Hoover Insitution. Part I. Compiled by Anna M. Bourgina and Michael Jakobson. Part II. Compiled by Michael Jacobson, Stanford University 1989.*

Barbara Bromberger und Karl Heinz Jahnke

## **Max Oppenheimer (1919 – 1994)**

Max Oppenheimer war Journalist, Gewerkschaftssekretär und Autor; er war Mitbegründer mehrerer Institutionen sowie spiritus rector zahlreicher Publikationen, Konferenzen und Ausstellungen, die sich der Erforschung und Vermittlung des antifaschistischen Widerstandes, besonders dem der Arbeiterbewegung, widmeten.

Max Oppenheimer wurde 1919 als Kind einer jüdischen Familie in Karlsruhe geboren. Als Jugendlicher beteiligte er sich am Widerstand gegen das Naziregime. 1938 wurde er für kurze Zeit im Konzentrationslager Dachau inhaftiert, danach emigrierte er nach England. In London wurde er 1946 Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands. 1947 konnte Oppenheimer nach Deutschland zurückkehren. Er arbeitete als Kreissekretär der KPD und als Journalist. Ab 1970 war er für die Geschichtsforschung und -vermittlung beim Präsidium der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in Frankfurt am Main verantwortlich.

1967 war Max Oppenheimer maßgeblich beteiligt an der Konferenz „Probleme des Widerstandes und der Verfolgung im Dritten Reich im Spiegel der Schulbücher und des Unterrichts“. Als Ergebnis dieser Tagung wurde der „Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes“ in Frankfurt am Main gegründet, dessen Vorstand neben Max Oppenheimer namhafte Wissenschaftler sowie ehemalige Widerstandskämpfer und Opfer der Nazi-Diktatur angehörten. Zu den wichtigsten Aufgaben des Studienkreises gehört es, den antifaschistischen Widerstand in den Jahren 1933 bis 1945 in seinem gesamten politischen und sozialen Spektrum zu erforschen und vor allem die in der Öffentlichkeit wenig beachteten oder ausgeklammerten Aspekte des Widerstands bekannt zu machen.

Die Gründung des Studienkreises mit seinem Dokumentationsarchiv des deutschen Widerstandes ist ohne Max Oppenheimer nicht denkbar.

Viele Menschen, die am Widerstand gegen die Nazis teilnahmen, gaben ihre Dokumente, ihre Zeitzeugenaussagen, ihre Bücher, Notizen aus der Haft, Flugblätter und illegale Zeitungen in das Dokumentationsarchiv, weil Max Oppenheimer sie überzeugt hatte, dass hier damit gearbeitet würde, vor allem zur Aufklärung der nachwachsenden Generationen.

Auf Initiative und inspiriert durch die Ideen von Max Oppenheimer gestaltete der Studienkreis 1971 die erste zentrale Ausstellung „Antifaschistischer Widerstand 1933-1945“ in der Frankfurter Paulskirche.

1973, zu einer Zeit, als noch viele Historiker die Forschungsmethode der „oral history“ belächelten, kritisierte Max Oppenheimer in einer Rede zur Verleihung des „Günther-Weisenborn-Preises“ das offensichtliche Desinteresse der öffentlichen Bundesstellen an der längst fälligen Vergabe eines Forschungsauftrages zur dokumentarischen Darstellung des Kampfes deutscher Antifaschisten in der Zeit von 1933 bis 1945. Seiner Meinung nach hatte dies weniger finanzielle als politische Ursachen, die er in der Restaurierung der alten Machtverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland sah. Aus diesem Grund seien gerade die Betroffenen von gestern selbst, nämlich die „einfachen“ Frauen und Männer, die ihr Leben im Kampf gegen den Faschismus riskiert hatten, dazu aufgerufen, diesen politisch und historisch wichtigen Auftrag einer wahrheitsgetreuen Darstellung des deutschen Widerstandes zu erfüllen. Seine Vorbilder waren Ricarda Huch und Günther Weisenborn. Ricarda Huch hatte schon in den letzten Jahren des zweiten Weltkrieges heimlich Dokumente zum Widerstand „aus dem Volk“ gesammelt, die sie dann Günther Weisenborn übertrug, der diese Dokumente in dem ersten Buch über den deutschen Widerstand „Der lautlose Aufstand“<sup>1</sup> veröffentlichte.

Max Oppenheimer sah sich in ihrer Nachfolge. Er forderte dazu auf, Zeitzeugenberichte zu sammeln, zu sichern, zu archivieren und damit

---

<sup>1</sup> *Günther Weisenborn* (Hrsg.), *Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933-1945*, Hamburg 1953. Das vorliegende Werk entstand u.a. nach dem Material von Ricarda Huch.

zu arbeiten, sei es als Publikation, als Grundlage für Diskussionen mit Schulklassen oder als Vorlage für Ausstellungen. Alle auffindbaren Zeugnisse über den Widerstand aus der deutschen Arbeiterbewegung sollten gesichert werden: aus der Kommunistischen Partei, aus der Sozialdemokratischen Partei, aus linken Gruppierungen, ohne Ausgrenzungen, Zeugnisse von Frauen und Männern. Oppenheimer forderte die Öffnung bisher verschlossener Archive, auch der Archive ehemaliger Haftanstalten, und verlangte ein würdiges und öffentliches Erinnern an den Widerstand aus der Arbeiterbewegung.

Heute umfasst das Archiv neben Berichten, Erinnerungen und Interviews zahlreiche Dokumente und Gegenstände des antifaschistischen Widerstandes und der Verfolgung wie zum Beispiel Flugblätter, Tarnschriften, Klebe- und Streuzettel, Plakate, Programme, Aufrufe, Zeitungen; Schutzhaftbefehle, Prozessakten, Deportationslisten und Gestapoberichte; Spruchkammerakten, Gräberlisten, Unterlagen von Lagergemeinschaften und Entschädigungsakten; Fotos; Ausweise, KZ-Anzüge und Judensterne sowie zahlreiche Sammlungen zu einzelnen Konzentrationslagern oder Strafbataillonen.

In der Bibliothek des Studienkreises befindet sich umfangreiche wissenschaftliche Literatur zum Deutschen Reich und der Weimarer Republik sowie zur Vorgeschichte des deutschen Faschismus (1871-1933); zum deutschen Faschismus (1933-1945); zum antifaschistischen Widerstand (1933-1945); zur Darstellung von Widerstand und Verfolgung in Literatur, darstellender Kunst, Theater und Film; zum Spanischen Bürgerkrieg (1936-1939) sowie Publikationen zur Geschichte und Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Aufgrund der Materialien, die der Studienkreis sammelte, konnten Publikationen, Ausstellungen und Vorträge erarbeitet werden. Der Studienkreis begleitet Projekte in Schulen, von Studentinnen und Studenten sowie lokalgeschichtliche Forschungen vor allem über den antifaschistischen Widerstand, über NS-Verfolgung, Zwangsarbeit, das NS-Lagersystem und über die verschiedenen Opfergruppen der Nazidiktatur und arbeitet direkt oder unterstützend und beratend in zahlreichen Initiativen und Organisationen mit.

Oppenheimer gab nicht nur mit seinen eigenen Publikationen<sup>2</sup> über den Widerstand von Menschen aus der Arbeiterbewegung Anregungen für die „oral history“. Er förderte Arbeiten seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zum Beispiel über den Arbeiterwiderstand in Frankfurt am Main und über den Widerstand hessischer Gewerkschafter. Seinem Einsatz ist zu danken, dass Historiker aus der DDR, die zum Thema Widerstand aus der Arbeiterbewegung arbeiteten, im Röderberg Verlag in Frankfurt am Main, einem der bedeutendsten Verlage für antifaschistische Literatur in der Bundesrepublik Deutschland, publizieren konnten.

1984 promovierte Max Oppenheimer an der Universität Bremen zum Dr.phil. Das Thema seiner Dissertation lautete: Vermittlung des antifaschistischen Widerstandes 1933-1945 als Beitrag zur demokratischen Erziehung der jungen Generation.

1994 ist Max Oppenheimer in Wiesloch gestorben. Seine Bücher und Dokumente finden sich heute im Studienkreis Deutscher Widerstand in Frankfurt am Main und in seinem Privataarchiv in Wiesloch, im Besitz seiner Familie.

---

<sup>2</sup> Zu den wichtigsten Publikationen von *Max Oppenheimer* gehören: (Hrsg.) In Sachen Demokratie. Weißbuch über militaristische und nazistische Gefahr in der Bundesrepublik, Frankfurt/Main 1960; (Hrsg.), Eichmann und die Eichmänner. Dokumentarische Hinweise auf den Personenkreis Helfer und Helfershelfer bei der „Endlösung“, Ludwigsburg 1961; (Hrsg.), Die unbewältigte Gegenwart. Eine Dokumentation. Frankfurt/Main 1961; *Max Ludwig* (d.i. Max Oppenheimer), Das Tagebuch des Hans O. Dokumente und Berichte über die Deportation und den Untergang der Heidelberger Juden, Heidelberg 1965. Dieses Buch veröffentlichte Oppenheimer zur Erinnerung an seinen Bruder Hans unter einem Pseudonym; Der Fall Vorbote. Zeugen des Mannheimer Widerstandes, Frankfurt/Main 1969; (Hrsg.), Vom Häftlingskomitee zum Bund der Antifaschisten. Der Weg der VVN, Frankfurt/Main 1972; Das kämpferische Leben der Johanna Kirchner. Porträt einer antifaschistischen Widerstandskämpferin, Frankfurt/Main 1975; *Peter Altmann, Heinz Brüdigam, Barbara Mausbach-Bromberger, Max Oppenheimer*, Der deutsche antifaschistische Widerstand 1933-1945. In Bildern und Dokumenten, Frankfurt/Main 1975.

Brigitte Walz-Richter

## Theo Pinkus (1909 – 1991)

Theo Pinkus<sup>1</sup> wurde am 21. August 1909 in Zürich geboren und ging 1927 nach Berlin, wo er eine Lehre als Verlagsbuchhändler bei Ernst Rowohlt begann. Danach arbeitete er im Neuen Deutschen Verlag von Willi Münzenberg und für die „Arbeiter-Illustrierte-Zeitung“, die weitverbreitete AIZ.

1933 musste Pinkus – Buchhändler, Kommunist, Jude und Ausländer – nach Zürich zurückkehren. Hier wurde er Redakteur der Schweizer Ausgabe der „Inprekorr“.<sup>2</sup> Seine Mutter schickte ihm 1 500 Bücher nach, zu denen sie die Karteikarten geschrieben hatte. Die Auslösung der 18 Kisten zog sich wegen akuten Geldmangels fast zwei Jahre hin. Der Grundstock einer großen Bibliothek war gelegt. Beruflich handelte Pinkus von da an nach dem Motto: Bücher suchen, sammeln und verkaufen. 1940 gründete er mit 1.000 Franken Startkapital den „Büchersuchdienst“ und baute einen auf der Welt einmaligen Informationsdienst für Literatur der Arbeiterbewegung auf. Es folgten später ein Antiquariat und die Buchhandlung Pinkus & Co. Die Buchhandlung und das Antiquariat wurden 1971 von Theo Pinkus vergesellschaftet, die daraus entstandene Pinkus-Genossenschaft führte die Buchhandlung bis zu ihrem Konkurs im Jahre 1998. Neben dem Antiquariat entstand 1975 auch ein kleiner Verlag. Die Limmat Verlag Genossenschaft veröffentlichte Sachbücher zu historischen und politischen Themen und pflegte ein literarisches Programm. Das erste publizierte Buch war der heute noch als Standardwerk verwendete Dokumentenband „Geschichte der

---

<sup>1</sup> Weitere Literatur über Theo Pinkus: *Rudolf M. Lüscher/ Werner Schweizer* (Hrsg.), *Amalie und Theo Pinkus-De Sassi. Leben im Widerspruch*. 2. erg. Aufl., Zürich 1994; *Fritz J. Raddatz*, *Kommunist und Büchernarr. Ein Porträt des Züricher Antiquars Theo Pinkus*, in: *Die Zeit*, Ausgabe 40, 1980; *Diethart Kerbs*, *Lebenslinien. Deutsche Biographien aus dem 20. Jahrhundert*, Essen 2007; *Theo Pinkus*, *Suchen und sammeln für alle – ein Leben mit Büchern*, in: *Marginalien*, (1991) 3, S. 13-19.

<sup>2</sup> „Internationale Pressekorrespondenz“, Zeitung der Komintern, wurde von 1921 bis 1939 in bis zu acht Sprachen unter verschiedenen Titeln hrsg.

Schweizerischen Arbeiterbewegung“<sup>3</sup>. Pinkus veranlasste zahlreiche Veröffentlichungen und gab selbst einige Publikationen heraus.<sup>3</sup>

Pinkus war weit über die Schweiz hinaus bekannt und ein erfolgreicher Multiplikator und Vermittler bei der Vernetzung von linken und alternativen Projekten. Er verfügte über die vielfältigsten Kontakte und einen großen, sich ständig erweiternden Bekannten- und Freundeskreis. Vermutlich war er der Einzige, dem es gelang, die Bibliotheken und Archive des FDGB und des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED und anschließend des DGB und der Friedrich-Ebert-Stiftung zu besuchen, um wichtige Dubletten dieser Institutionen zu erhalten. Das verdankte Pinkus nicht zuletzt Willi Stoph, mit dem er bereits in seinen frühen Berliner Jahren auf Schöneberger Hinterhöfen für die Partei agitiert hatte und der ihm nach einem Wiedersehen während der Leipziger Buchmesse ein Dauervisum für die DDR beschafft hatte.

Im Laufe der Zeit war in der Genossenschaftswohnung von Theo Pinkus und seiner Frau Amalie Pinkus-De Sassi<sup>4</sup> eine große Privatbibliothek angewachsen, die in der Folge von 1968 immer stärker von fachlich und politisch Interessierten aus ganz Europa benutzt wurde. 1971 gründete das Ehepaar die Stiftung Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Zürich.<sup>5</sup> Sie überführten das Ergebnis ihrer Lebensarbeit, ihre gesamte Bibliothek, das Antiquariat mit allen Beständen, Tausende wertvollste Bücher und Zeitschriftenjahrgänge samt Haus in der Züricher Froschaugasse, in die Stiftung. Dies war aber nicht ganz im Sinne der Familie. Während ihrer jahrzehntelangen aktiven Tätigkeit in der Arbeiterbewegung und im Buchhandel hatten sie eine umfangreiche Sammlung von Büchern, Broschüren, Flugschriften und anderen Materialien zusammengetragen, die den Grundstock dieser nun öffentlich zugäng-

<sup>3</sup> Darunter u.a. :*Theo Pinkus* (Hrsg.), Gustav Landauer, Erich Mühsam, Max Hölz, Peter Kropotkin. Briefe nach der Schweiz, Zürich 1972; *Pierre Vorms / Pinkus* (Hrsg.), Frans Masereel. Gesammelte Werke, 5 Bde, Frankfurt/Main 1978; *Pinkus* (Nachw.), Frans Masereel. Die Lebensalter, Göttingen 1989; *Theo Pinkus* (Hrsg.), Gespräche mit Georg Lukacs. Hans Heinz Holz. Leo Kofler. Wolfgang Abendroth, Reinbek b. Hamburg 1967.

<sup>4</sup> Pinkus war mit Amalie de Sassi (1910-1996) seit 1935 verheiratet.

<sup>5</sup> Stiftung Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung Zürich (Hrsg.), Erinnern und Ermutigen. Hommage für Theo Pinkus 1909-1991, Zürich 1992.



lichen Bibliothek bildete. Mit der Studienbibliothek verwirklichte Pinkus seine Vorstellungen der Verbindung von kulturellen und politischen Aktivitäten und folgte konsequent seinen politischen Ansichten: Praktizierter Sozialismus. Die Vergesellschaftung des Privatbesitzes und die Verwandlung einer privaten zu einer für jeden Interessierten zugänglichen Bibliothek ging einher mit dem Konzept der „Neutralisierung des Kapitals“,<sup>6</sup> das Pinkus als „vorgezogene Utopie“ bezeichnete, wozu auch das von Theo und Amalie Pinkus 1972 gegründete selbstverwaltete Ferien- und Bildungszentrum Stiftung Salecina im Engadin<sup>7</sup> gehörte, einem Begegnungsort für Menschen der verschiedensten linken Gruppierungen.

Die Studienbibliothek konnte in den folgenden Jahrzehnten durch Zukäufe und Geschenke ihren Bestand von 10 000 auf 50 000 Monografien (Sachbuch und Belletristik) erweitern. Sie beinhaltet einen bedeutenden historischen Buchbestand nebst Broschüren und Kleinschriften aus dem 19. und 20. Jahrhundert. Die Schwerpunkte der Sammlung sind Marxismus, Sozialismus, Geschichte der deutschen und schweizerischen Arbeiterbewegung, Spanischer Bürgerkrieg, Nationalsozialismus, antifaschistischer Widerstand, Exil, Bücher zur Geschichte der UdSSR und der DDR, Arbeiterkultur, Kunst- und Kulturgeschichte, sozialkritische und revolutionäre Literatur.

Der Schwerpunkt Marxismus/Sozialismus manifestiert sich im historischen Bestand durch Erstausgaben von Werken der sozialistischen Klassiker, von Marx, Engels, August Bebel, Eduard Bernstein, Karl Kautsky, Wilhelm Liebknecht, Franz Mehring, Rosa Luxemburg und anderen. Ferner durch die Erstausgaben der Schriften von Vertretern der schweizerischen Arbeiterbewegung, von Karl Bürkli, Fritz Brupbacher, Robert Grimm und Hans Mühlestein. Daneben befinden sich in der Sammlung seltene Ausgaben von Frühsozialisten und Anarchisten.

Die sozialkritische Literatur der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen ist vor allem in den Ausgaben des Malik-Verlages, des Neuen Deut-

---

<sup>6</sup> Nachzulesen in „Studienbibliothek Info“, 38, Dezember 2000.

<sup>7</sup> Salecina „Ein Bildungs- und Ferienhaus für uns...“ Jubiläumsdokumentation. 25 Jahre Bildungs- und Ferienzentrums, Maloja 1997.

schen Verlages, der Universum-Bücherei und in der auch typografisch wertvollen Produktion der Büchergilde Gutenberg (vor ihrer Exilierung in die Schweiz) vertreten.

Die Zeit des Nationalsozialismus ist schwerpunktmäßig durch Literatur des Widerstands und des Exils, insbesondere durch die Veröffentlichungen der außerhalb Deutschlands wirkenden Verlage Oprecht Zürich, Jean-Christophe-Verlag Zürich, Editions du Carrefour Paris und Querido Verlag Amsterdam dokumentiert.

Zum Bereich der UdSSR gehören der vollständige Bestand der Kongressberichte und der Berichte über die Tätigkeit des Präsidiums und der Exekutive der Kommunistischen Internationale (Komintern), eine Sammlung von Reiseberichten westlicher Sozialisten, die kurz nach der Oktoberrevolution Russland besuchten, russische Belletristik in frühen deutschen Übersetzungen sowie zahllose Broschüren und Bücher der Verlagsgenossenschaft Ausländischer Arbeiter in der UdSSR und des Ring-Verlags Zürich. Aus der DDR sind neben einer umfassenden Dokumentation ihrer Geschichte ungefähr 1 500 belletristische Werke vorhanden, mehrheitlich in Erstausgaben.

Die Archivalien bestehen aus Organisations- und Personennachlässen. Darunter sind Akteure und Akteurinnen der Schweizer Arbeiterbewegung wie Jakob Joggi Herzog, Max Bächlin, Ernst Högger, Konrad Kony Mayer, Minna Tobler, Anna Siemsen, Paula Suter-Lippmann, Margarete Fass-Hardegger, Lotte und Fred Hümbelin. Bei den Organisationsnachlässen finden sich unter anderem „Schweizer Kommunisten im Archiv der Komintern“, Archivalien der KPS und PdA, sowie der RAZ (Revolutionäre Aufbauorganisation Zürich) oder „Zürcher Bewegung 1980/81“. Auch aus Deutschland sind kleine Bestände vorhanden, zum Beispiel von der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) und dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) und vieles andere mehr.

Theo Pinkus verstarb am 5. Mai 1991 in Zürich. Nach seinem Tod stiftete die LAKS Baden-Württemberg<sup>8</sup> einen Kulturpreis, der für beson-

---

<sup>8</sup> Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und Soziokulturellen Zentren in Baden-Württemberg e.V.

dere Leistungen im Bereich der Soziokultur alle zwei Jahre vergeben wird. Der Theo-Pinkus-Preis soll eine Ermutigung sein für alle Versuche, konkrete Utopien praktisch umzusetzen.

Der Buch- und Archivbestand der Stiftung Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung ging im Jahr 2000 als Schenkung an die Zentralbibliothek Zürich, wo sie integral erhalten bleibt; der Nachlass Pinkus-De Sassi ist erschlossen in der Handschriftenabteilung der Zentralbibliothek Zürich und öffentlich zugänglich.

Eckhard Müller

## Nicolaas Wilhelmus Posthumus (1880 – 1960)

Nicolaas Wilhelmus Posthumus war Lehrer, Professor für Wirtschaftsgeschichte und Direktor des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte Amsterdam. Er wurde am 26. Februar 1880 in Amsterdam geboren und ist am 18. April 1960 in Bussum gestorben.<sup>1</sup>

Posthumus, dessen Vater Lehrer für Geografie und Direktor einer Oberrealschule war, besuchte das städtische Gymnasium von Amsterdam. Ab 1898 studierte er Rechtswissenschaften. Er trat der Clio Student Association bei, in der er Gleichgesinnten begegnete und sich unter anderem mit dem sozialistischen Lyriker Carel Steven Adama van Scheltema befreundete. Er wurde Mitglied der (studentischen) Sozialistischen Lesegesellschaft. Im Jahre 1900 begleitete er J. P. Troelstra, einen der Gründer und Führer der niederländischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) auf einer Agitationstour durch eine Gegend, in der vorrangig Schuhmacherei in Heimarbeit betrieben wurde.

1908 promovierte Nicolaas Wilhelmus Posthumus zum Dr. rer. pol. der Staatswissenschaften mit einer Arbeit über die Geschichte der Tuchindustrie in Leiden.<sup>2</sup> In der Folge beschäftigte er sich in Erhebungen, Ausstellungen und Publikationen mit den Lebensbedingungen der Arbeiterfamilien in den Niederlanden.<sup>3</sup> Posthumus war kurze Zeit

<sup>1</sup> Vgl.: Biografisch Woordenboek van het Socialisme en de Arbeidersbeweging in Nederland. Deel 2. Amsterdam 1987, S. 112-114; *P.C. Jansen/ W.M. Zappey*, Bibliografie van de Beschriften van Nicolaas Wilhelmus Posthumus (1880-1960), Rotterdam 1981; *H.P.L. Wiessing*, Bewegend portret, Amsterdam 1960; *J. Brugmans*, N. W. Posthumus, in: Economisch-Historisch Jaarboek, 1961, S. 281-287; *T.S. Jansma*, N.W. Posthumus, in: Jaarboek van de Maatschappij der Nederlandse Letterkunde te Leiden, 1960-1961, S.126-134; *P.J. van Winter*, Nicolaas Wilhelmus Posthumus, in: Jaarboek der Koninklijke Nederlandse Akademie van Wetenschappen. 1960-1961, S. 345-356.

<sup>2</sup> *Nicolaas Wilhelmus Posthumus*, Geschiedenis van de Leidsche Lakenindustrie, Den Haag 1908.

<sup>3</sup> *Ders.*, Bronnen tot de geschiedenis van de Leidsche textielnijverheid [Quellen]. 6 Bände. Den Haag 1910-1922; *Ders.*, Geschiedenis van de Leidsche Lakenindustrie, 2

Lehrer in Amsterdam und wurde 1913 Professor an der neu gegründeten Handelshochschule in Rotterdam. Er gründete 1914 das Niederländische Wirtschaftsarchiv (NEHA) in Den Haag, das Archive von Handelshäusern und Industriebetrieben, aber auch von Gewerkschaften sammelte. 1922 übernahm er eine Professur an der neuen Fakultät der Handelswissenschaften der Universität Amsterdam. In den 1920er Jahren erwarb das NEHA eine Reihe von Gewerkschaftsarchiven. Nicolaas Wilhelmus Posthumus gründete 1932 die Wirtschaftsgeschichtliche Bibliothek (EHB) in Amsterdam, in die die Bibliothek des NEHA mit einer sozial-ökonomischen Abteilung integriert wurde. Im Jahre 1934 erfüllte sich nach langjährigen Bemühungen sein Wunsch, das Archiv und die Bibliothek des niederländischen Anarchisten Ferdinand Domela Nieuwenhuis für die EHB zu gewinnen. Die Betreuung dieser Sammlung übertrug er Annie van Scheltema-Kleefstra, der Witwe seines 1924 verstorbenen Jugendfreundes C. S. Adama van Scheltema.

Nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ in Deutschland 1933 wurde die Rettung sozialistischer Archive und Bibliotheken in Mitteleuropa ein akutes Problem, das Nicolaas Wilhelmus Posthumus rechtzeitig erkannte. Er wurde durch einen Mitarbeiterstab unterstützt. In besonderer Weise wirkte dabei Annie van Scheltema-Kleefstra als Bibliothekarin mit. Sie war es auch, die Posthumus die Bekanntschaft mit dem Direktor der sozialdemokratisch orientierten Versicherungsanstalt De Centrale Arbeiders Verzekerings- en Depositobank, Nehemia de Lieme, vermittelte.<sup>4</sup> In den Statuten der „Centrale“ war festgelegt, dass ein Teil der Gewinne des Unternehmens für kulturelle Zwecke der Arbeiterbewegung gestiftet werden sollte. Posthumus entfaltete große Aktivitäten, um Archive und Bibliotheken von sozialgeschichtlicher Bedeutung vor dem Zugriff von Diktaturen unterschiedlicher Tendenz, der missbräuchlichen Benutzung und der Vernichtung zu bewahren. Nehemia de Lieme, der aus der zionistischen Bewegung kam und liberaldemokratische Auffassungen vertrat, erkannte die Relevanz der Initiati-

---

Bände, Den Haag 1939.

<sup>4</sup> Vgl.: Biografisch Woordenboek van het Socialisme en de Arbeidersbeweging in Nederland. Deel 3. Amsterdam 1988, S. 120-123.

ve von Nicolaas Wilhelmus Posthumus. Die „Centrale“ unterstützte die Aktivitäten in außerordentlichem Maße durch Finanzmittel. Das literarische Erbe der Arbeiterbewegung musste gerettet werden. Ein Jahr später, am 25. November 1935 wurde auf Initiative von Posthumus und De Lieme per Stiftungsurkunde das Internationale Institut für Sozialgeschichte (IISG) in Amsterdam gegründet. Ziel des IISG war und ist nach seiner Satzung die Förderung des Studiums der Sozialgeschichte.<sup>5</sup> Posthumus wurde Direktor und De Lieme Stiftungsvorsitzender. Bereits ab 1934 waren konkrete Planungen für das Institut aufgenommen worden. Das Institut sollte der Sammlung und der Rettung von Dokumenten der Arbeiter- und sozialen Bewegungen und Organisationen des 19. und 20. Jahrhunderts unterschiedlicher politischer Strömungen dienen und für deren Studium zur Verfügung stehen. Gewinne der „Centrale“ wurden schon vor der offiziellen Gründung für den Ankauf von Archivalien, für die Finanzierung von Gebäude, Einrichtung und Personal verwandt. Im Juni 1935 wurden die Bestände der EHB als Leihgabe eingegliedert und die Bibliothekarin Annie van Scheltema-Kleefstra übernommen. 1935 wurde Boris I. Nikolajewskij eingestellt und arbeitete ab Sommer 1936 als Direktor der in Paris neu eingerichteten *Dépendance* des IISG, deren Bestände Teile des von Boris Souvarine per französischer Diplomatenpost Anfang Mai 1933 geretteten SPD-Archivs waren. Im gleichen Jahr nahm Posthumus noch vier weitere wissenschaftliche Mitarbeiter unter Vertrag: Den niederländischen Historiker A. J. C. Rüter für die Niederlande und die angelsächsischen Länder, den Juristen Boris M. Sapir für Osteuropa, den aus Deutschland exilierten Staats- und Wirtschaftswissenschaftler Hans Stein für Mitteleuropa und den deutsch-niederländischen Anarchismus-Spezialisten Arthur Lehning für die romanischen Länder und das Sachgebiet Anarchismus.

Am 11. März 1937 erfolgte die offizielle Eröffnung des Gebäudes des IISG an der Keizersgracht 264. Nicolaas Wilhelmus Posthumus sprach

---

<sup>5</sup> Vgl.: *Annie Adama van Scheltema-Kleefstra*, Lets over het Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis te Amsterdam, in: *Medelingen van de Nederlandse Vereniging van Vrouwen met Academische Opleiding*, 1 (1952), S. 7-9; *Maria Hunink*, *De papieren van de revolutie. Het Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis 1935-1947*, Amsterdam 1986.

über das Wesen der Sozialgeschichte, „die engste Beziehungen hat zum Streben der Menschheit nach größerer Freiheit, nach mehr Recht auf Entfaltung der Persönlichkeit und nach der Beseitigung alles dessen, was als wirtschaftliche oder geistige Unterdrückung empfunden wird.“ Ziel der Institutsgründer sei es auch, „jenes immanente Streben nach Freiheit zu fördern.“<sup>6</sup> Das Internationale Archiv für die Frauenbewegung, ebenfalls 1935 gegründet, fand auch ein Unterkommen im Gebäude des IISG an der Keizersgracht.

In dieser Zeit besuchte Posthumus Karl Kautsky in Wien und Leo Trotzki in Norwegen. Er reiste zum Exilvorstand der deutschen Sozialdemokratie in Prag (Sopade) mit dem Ziel, dessen wertvolle Archivsammlung mit dem Nachlass von Karl Marx und Friedrich Engels zu erwerben. Bereits seit dem Sommer 1933 unterbreitete er selbst oder über Genossen der niederländischen SDAP dem SPD-Vorstand verschiedene Angebote. Im März 1935 fuhr Posthumus sogar nach Berlin, um dort verbliebene Bestände aufzuspüren. Ein ernst zu nehmender Konkurrent war zeitweise das Marx-Engels-Lenin-Institut in Moskau, das sich ebenfalls für den Erwerb der Materialien interessierte, aber schließlich konnte das historische SPD-Archiv im Mai 1938 für das IISG angekauft werden.<sup>7</sup> Der Kaufvertrag wurde zwischen De Lieme von der „Centrale“ und dem Sopade-Schatzmeister Siegmund Crummenerl abgeschlossen. Danach wurde die Sammlung von Briefen unter anderem an Marx und Engels und das Archiv des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats 1918-1920 des SPD-Archivs, die in der IISG-Filiale Paris aufbewahrt worden waren, nach Amsterdam überführt. Die Dokumente schienen nicht mehr sicher, da Beauftragte des sowjetischen Geheimdienstes GPU wegen des angekauften Teiles des Leo Trotzki-Archivs

---

<sup>6</sup> Zitiert nach: Biografisch Woordenboek van het Socialisme en de Arbeidersbeweging in Nederland. Deel 2. Amsterdam 1987, S. 113.

<sup>7</sup> Vgl. *Paul Mayer*, Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs und das Schicksal des Marx-Engels-Nachlasses, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 6/7 (1966/67), S. 1-198; *Eric J. Fischer/ Huub Sanders*: Deutsche Archivalien in Nachlässen und Sammlungen Deutscher und internationaler Provenienz im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam, in: *IWK*, 3 (1993), S. 348-362; *Mario Bungert*, „Zu retten, was sonst unwiederbringlich verloren geht“. Die Archive der deutschen Sozialdemokratie und ihre Geschichte, Bonn 2002.

im November 1936 in die Filiale eingebrochen waren.<sup>8</sup> Mit Max Nettlau, der ein umfangreiches Archiv zum Anarchismus aufgebaut hatte, verhandelten Posthumus und später Annie van Scheltema-Kleefstra schon seit 1928 über den Ankauf von dessen umfangreichen Sammlungen, was ihnen schließlich 1935 gelang. Bibliotheken und Archive von Menschewiken und Sozialrevolutionären, die aus Russland geflüchtet waren, die Nachlässe von Michail Bakunin und Leo Trotzki wie auch von Karl Kautsky und anderen Vertretern von sozialen Bewegungen fanden im IISG eine neue Heimstatt. Im Auftrag von Posthumus überzeugte Annie van Scheltema-Kleefstra auf teilweise abenteuerlichen Auslandsreisen ihre Gesprächspartner davon, dass die Interessen des IISG mit deren eigenen und der historischen Bedeutung ihrer Bewegungen übereinstimmten.<sup>9</sup> Zu Ende des spanischen Bürgerkrieges deponierten im Mai 1939 der anarchistische Gewerkschaftsbund Confederación Nacional del Trabajo (CNT) und die Federación Anarquista Ibérica (FAI) ihre Archive im IISG.

Der deutsche Überfall auf die Niederlande im Mai 1940 war ein schwerer Schlag für Nicolaas Wilhelmus Posthumus und sein Institut. Am 15. Juli 1940 wurde das IISG durch die deutsche Sicherheitspolizei geschlossen. Anschließend übernahm der Einsatzstab Reichsleiter Alfred Rosenberg für die besetzten Gebiete die Verfügungsgewalt über das Amsterdamer Institut und seine Sammlungen. In einem undatierten Bericht über die Tätigkeit des Einsatzstabes der Dienststelle Rosenberg, Arbeitsgruppe Niederlande wurde festgestellt: „Eine Bibliothek mit Archiv von einzigartigem Wert wurde von der Arbeitsgruppe mit dem Internationalen Institut für Soziale Geschichte in Amsterdam übernommen. Dieses Institut wurde 1934 offenbar zu dem Zweck

---

<sup>8</sup> Vgl. einschließlich einer Aufstellung der Dokumente des SPD-Archivs: Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, *Jaarverslag 1937*, S. 29-31; zu den Veränderungen im Jahre 1938 vgl.: *Jaarverslag 1938*, S. 56-58.

<sup>9</sup> Vgl. *Annie Adama van Scheltema*, Herinneringen van bibliotheecaresse van het Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis. Amsterdam 1977, gedruckt in: *Tijdschrift voor Sociale Geschiedenis*, 11 (1978), S. 141-176. Deutsche Übers. in: *Mitteilungsblatt des Instituts zur Geschichte der Arbeiterbewegung* [der Ruhr-Universität Bochum], 1 (1979) 4, S. 11-36.



gegründet, ein Zentrum der geistigen Gegenwirkung gegen den Nationalismus zu schaffen. Es beschäftigte überwiegend jüdische Emigranten aus Deutschland. Die Bestände seiner Bibliothek und seines Archivs, das sehr wertvolle Einzelstücke enthält, wurden aus der ganzen Welt zusammengetragen. Die Bibliothek umfasst rund 160 000 Bände, die allerdings zum größten Teil noch eingeordnet werden müssen. Besonders wertvoll sind die deutsche, die französische und die russische Abteilung. Durch eine Entscheidung des Reichsleiters Rosenberg wurde das Institut in seiner Gesamtheit übernommen. Es wurde ein Mitarbeiter der Dienststelle als Leiter des Instituts eingesetzt, der mit mehreren Mitarbeitern die Bestände ordnet, eine Übersicht über den wissenschaftlichen Wert herstellt und das Institut für die Partei arbeitsfähig macht. Es kann heute schon gesagt werden, dass der wissenschaftliche Wert der Bibliothek und des Archivs dieses Instituts vor allem darin besteht, dass sie für bestimmte Länder lückenlose Sammlungen des Schrifttums über die sozialen und sozialistischen Bewegungen dieser Länder enthalten.<sup>10</sup>

Die Dépendancen des IISG in Paris und in Amboise waren bereits im Juni 1940, wenige Tage nach der Kapitulation Frankreichs, vom Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg in Besitz genommen und die Bestände konfisziert worden. Anfang Januar 1941 wurden sie nach Deutschland abtransportiert; sie sind seitdem verschollen, darunter die Bibliothek von Karl Kautsky.

Zwar hatte Posthumus nach dem Abschluss des Münchener Abkommens 1938 weitsichtige Vorsichtsmaßregeln getroffen und Archivalien,

---

<sup>10</sup> Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg, 14. November 1945 - 1. Oktober 1946. Nürnberg 1947. Bd. 25. Amtlicher Text. Deutsche Ausgabe. Urkunden und anderes Beweismaterial, S. 251, Dokument 176-PS; Vgl.: *Peter M. Manasse*: Verschleppte Archive und Bibliotheken. Die Tätigkeiten des Einsatzstabes Rosenberg während des Zweiten Weltkrieges, St. Ingbert 1997, S. 51-90; *Karl Heinz Roth*, The International Institute of Social History as a pawn Nazi Social Research – New documents on the IISH during German occupation rule from 1940 to 1944, in: *International Review of Social History*, 34 (1989), Suppl.; *Reinhard Bollmus*, Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Stuttgart 1970.

---

wie den Marx-Engels-Nachlass und das Archiv von Karl Kautsky, und Mitarbeiter nach Großbritannien evakuiert, aber die deutsche Besatzungspolitik paralytierte das Institut bis Ende 1944. Nicolaas Wilhelmus Posthumus selbst wurde 1942 als Professor entlassen. Er musste eine Reihe von Verhören nach dem Verbleib des Archivgutes über sich ergehen lassen. Ab August 1944 ließ Alfred Rosenberg die noch in Amsterdam vorhandenen Kollektionen (etwa 300 000 Titel von Bibliothek und Archiv) mit Lastkähnen in Richtung Osten abtransportieren.

Nach 1945 widmete sich Posthumus dem komplizierten Wiederaufbau des IISG, der Rückführung der evakuierten Archivteile aus Großbritannien und der Wiedererlangung der durch die Nazis geraubten Archiv- und Bibliotheksbestände. 1952 trat er als Direktor zurück, Nachfolger wurde sein langjähriger Stellvertreter A.J.C. Rüter. Neben den Pionierarbeiten auf seinem Fachgebiet, der niederländischen Wirtschaftsgeschichte<sup>11</sup>, liegt das bleibende Verdienst von Nicolaas Wilhelmus Posthumus in der Gründung des IISG 1935 und in der Rettung von Archiven und Bibliotheken als Kulturgut von unterschiedlichen Strömungen der Arbeiterbewegung.

---

<sup>11</sup> Vgl.: Anmerkungen 1, 2, 3 u. z.B. *Nicolaas Wilhelmus Posthumus*, Dokumente über die Außen-Commerce-Politik der Niederlande im neunzehnten Jahrhundert. Teil 1-6, Den Haag 1919-1927; *Ders.* (Hrsg.), *The Netherlands during German Occupation*. Philadelphia 1946; *Ders.*, *De Oosterse handel te Amsterdam. Het oudst bewaarde koopmansboek van een Amsterdamse vennootschap betreffende de handel op de Oostzee. 1485-1490*, Leiden 1953.

Gerd Callesen

## **Karl Raloff (1899 – 1976)**

Karl Raloff, geboren am 4. Juni 1899, wuchs in einer sozialdemokratischen Arbeiterfamilie im Hamburg-Altonaer Stadtteil Ottensen auf. 1916 trat er dem Arbeiterjugendverband bei, ebenso dem Zentralverband der Angestellten und 1917 der SPD. 1917 wurde er zum Militärdienst eingezogen und diente an der Ost- und Westfront. Raloff wurde im November 1918 zum Soldatenrat seines Truppenteils gewählt.

Seit Frühjahr 1919 arbeitete er als Journalist an verschiedenen kleineren sozialdemokratischen Zeitungen. 1921/1922 besuchte er einen Volkshochschulkurs an der Internationalen Heimvolkshochschule in Helsingör in Dänemark. In dieser Zeit knüpfte er Verbindungen zu Mitgliedern des sozialdemokratischen Jugendverbandes Dänemarks (DsU), so zu dem späteren Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten Hans Hedtoft. Er veröffentlichte verschiedene Artikel in dänischen Publikationen, unter anderem 1922 einen der USPD gegenüber stark kritischen Diskussionsartikel in der Monatszeitschrift der dänischen Partei, „Socialisten“. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland hielt er den Kontakt nach Dänemark aufrecht.

Neben seiner Mitgliedschaft im Jugendverband, wo er lebenslange Freundschaften schloss und auch seine spätere Frau traf, arbeitete er für die sozialdemokratische Presse, seit 1923 beim „Volkswillen“ in Hannover; 1928 wurde er der politische Chefredakteur der Zeitung. Raloff war jedoch auch in anderen Organisationen tätig. 1924 war er Mitgründer des Reichsbanners in der Stadt Hannover und wurde stellvertretender Gauvorsitzender in der Provinz Hannover. Seit 1925 war er Mitglied des SPD-Parteivorstandes in Hannover und insbesondere für die Bildungsarbeit zuständig. Seit 1928 kandidierte er für den preußischen Landtag bzw. für den Reichstag und wurde im Juli 1932 in den Reichstag gewählt. Er schloss sich spätestens dort dem aktivistischen Flügel um Mierendorff und Schumacher an.

Raloff sah sich im Sommer 1933 gezwungen, Deutschland zu verlassen; er emigrierte nach Dänemark, wohin ihm seine Familie im Dezember 1933 folgte. Raloff betätigte sich in der Sopade-Gruppe in Kopenhagen und schrieb für die dänische Parteipresse Artikel auf der Grundlage von Informationen, die ihm sein Schwiegervater, der ehemalige Redakteur der Magdeburger „Volksstimme“, Emil R. Müller, zukommen ließ. Einige Schriften über die Zustände im Deutschen Reich veröffentlichte er unter dem Pseudonym Karl Ehrlich.<sup>1</sup>

Bekanntlich wurde ein größerer Teil der Nachlässe von Marx und Engels nach einigen nicht ganz geklärten Umwegen über die Grenze nach Dänemark geschmuggelt und nach und nach in Kopenhagen wieder gesammelt. Diese Aktion wurde von Hans Hedtoft in die Wege geleitet, der auch einen dänischen Kurier nach Berlin schickte, um das Material abzuholen. Hedtoft betraute in Übereinstimmung mit der Exilvertretung in Prag Karl Raloff damit, das in Kopenhagen vorhandene Material zu sichten und zu ordnen. In seinen Erinnerungen<sup>2</sup> berichtet Raloff, dass das vorhandene Material nicht mit einem ihm übergebenen Inhaltsverzeichnis übereinstimmte. Es war teils weniger, teils mehr Material vorhanden. Der vorhandene Bestand wurde in einer Box in der Arbeiterbank aufbewahrt. Während der Verhandlungen zwischen der Sopade und dem Moskauer Institut für Marxismus-Leninismus hielten sich Bucharin und Adoratskij zeitweise in Kopenhagen auf, um den Bestand gemeinsam mit Karl Raloff zu überprüfen. Die Nachlässe wurden bekanntlich nicht nach Moskau verkauft, sondern an das Internationale Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam. An der Übergabe der Teilnachlässe an das IISG war Raloff ebenfalls beteiligt.

<sup>1</sup> *Karl Ehrlich* (d.i. Karl Raloff), *Fra Ebert til Hitler. Hvorfor brød det tyske Demokrati sammen*, Kopenhagen 1933; *Ders.* (d.i. Karl Raloff), *2 Aars Nazistyre. Hvordan lever det tyske Folk i Dag?*, Kopenhagen 1935; *Ders.* (d.i. Karl Raloff), *Kamp uden Vaaben. Ikke-Vold som Kampmiddel mod Krig og Undertrykkelse* (mit Niels Lindberg), Kopenhagen 1937. Eine anonyme Schrift: *Sandheden om Tyskland fortalt af en tysk Socialdemokrat*, Kopenhagen 1933, könnte ebenfalls von Raloff stammen.

<sup>2</sup> *Karl Raloff*, *Et bevaaget liv. Fra Kejserrige og Weimarrepublik over emigrantaar til et nyt Tyskland*, Kopenhagen 1969 (Ein bewegtes Leben. Vom Kaiserreich zur Bundesrepublik, eingeleitet und kommentiert von Herbert und Sibylle Obenaus; gekürzte dt. Übers., Hannover 1995).

1936 wurde Raloff der Leiter des Arbejderbevaegelsens Bibliotek og Arkiv (ABA) in Kopenhagen<sup>3</sup>, allerdings nur mit einer halben Stelle. Er konnte diese Arbeit nur während weniger Jahre ausführen, da er unmittelbar nach der NS-Besetzung Dänemarks am 9. April 1940 nach Schweden flüchten musste. Seine Aktivitäten dürften der Gestapo teilweise bekannt geworden sein, obgleich die Parteigruppe sehr vorsichtig operierte. Während seiner Zeit als Leiter des ABA gelang es ihm jedoch, einige wichtige Schritte zu unternehmen, die das Profil der Institution auch für die Zukunft markant stärkten. Durch seine Verbindungen zu Exilkreisen und als Mitarbeiter des „Neuen Vorwärts“ und der „Deutschlandberichte“ der Sopade konnte er eine bedeutende Sammlung von Zeitschriften des Exils und anderer Publikationen der Emigration – unter anderem auch Tarnschriften – im Kopenhagener Archiv bewahren.<sup>4</sup> Hauptsächlich war es ihm möglich, Publikationen des sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Exils zu sammeln, jedoch bekamen auch andere Organisationen der politischen Arbeiterbewegung, etwa der Sozialistischen Arbeiter-Partei (SAP) und der KPD (Opposition) wie auch der KPD, einen Standort in Kopenhagen. Das führte nach 1945 dazu, dass die Sammlungen ergänzt werden konnten, unter anderem wurde ein Teilarchiv der KPD(O) aus der Exilzeit im Archiv aufbewahrt.<sup>5</sup> Während Raloffs Vorgänger sich vor allem auf biographische und allgemeine politische Literatur konzentriert hatte, erweiterte Raloff die schon bestehenden zentralen Bestände zur ausländischen Arbeiterbewegung wesentlich, wobei er sich auf die deutschsprachige Arbeiterbewegung in Zentraleuropa konzentrierte. Ein größerer Teil gewerkschaftlicher Publikationen wurde nach 1945 der damaligen DGB-Bibliothek übergeben.

Nach seiner Rückkehr aus Schweden blieb Raloff mit seiner Familie in Kopenhagen. Pläne, einen Redakteurposten an einer der lizenzierten

---

<sup>3</sup> Vgl. auch: *Børge Schmidt*, Et arkiv bliver til. Arbejderbevaegelsens Bibliotek og Arkiv gennem 75 aar, 1909-1984, Kopenhagen 1984.

<sup>4</sup> Vgl. *Lieselotte Maas*, Handbuch der deutschen Exilpresse 1933-1945, München 1976-1990.

<sup>5</sup> Dieses Material befindet sich seit 2004 in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg.

Zeitungen in Deutschland zu übernehmen, entsprachen nicht seiner politischen Einstellung. In Kopenhagen wurde er Mitarbeiter und später Redakteur der wöchentlichen „Deutschen Nachrichten“, die von der Regierung in einer Auflage von 20 000 Exemplaren für die deutschen Flüchtlinge in Dänemark veröffentlicht wurde. Nach Einstellung der Zeitung Ende 1948, als die meisten Flüchtlinge nach Deutschland zurückgekehrt waren, arbeitete er als Skandinavienkorrespondent für deutsche Zeitungen und Pressebüros. 1952 wurde er Presseattaché an der deutschen Botschaft und blieb es bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1965. Karl Raloff starb am 22. September 1976 während eines Urlaubs in Travemünde.

Rolf Hecker

## **Dawid Borisowitsch Rjasanow (1870 – 1938)**

Der Vater Rjasanows Selman-Ber Aaronow Goldendach war ein mittelständischer Händler in Odessa. Mit seiner Frau hatte er 13 Kinder, neben Dawid B. Rjasanow, geboren am 10. März 1870, überlebten sechs Schwestern die ersten Lebensmonate. In der Rubrik Nationalität seiner Kaderakte notierte Rjasanow: Jude nach Herkunft, Russe nach Nationalität.

Rjasanow besuchte zunächst private Schülerpensionate, später das 2. Gymnasium in Odessa, in der fünften Klasse wurde er im Mai 1886 wegen „Unfähigkeit in Griechisch“ ausgeschlossen. Seit Mitte der 1880er Jahre war er in Kreisen revolutionärer Jugendlicher bekannt, lehnte jedoch scharf jede Form von Extremismus und Terror ab. Er beteiligte sich an einem Zirkel der Volkstümpler, später an einer marxistischen Gruppe. Schon im Oktober 1887 machte er erste Bekanntschaft mit der Polizei, die ihn verhörte. Im Januar 1889 reiste Rjasanow erstmals ins Ausland, setzte seine Studien an der Sorbonne in Paris und in anderen Universitätsstädten der Schweiz und Österreichs fort. Im Juni 1889 nahm er am Gründungskongress der II. Internationale in Paris teil, wo er die russischen Revolutionäre P. L. Lawrow und G. W. Plechanow kennenlernte. Nach seiner Rückkehr nach Russland im April 1890 nahm er seine politische Bildungsarbeit in Odessa erneut auf. Im Oktober 1891 wurde er verhaftet, zu vierjähriger Einzelhaft verurteilt und danach nach Kischinow verbannt und unter Polizeiaufsicht gestellt.

Am 20. Januar 1900 emigrierten Rjasanow und seine Frau Anna Lwowna ins Ausland und ließen sich zunächst in Paris nieder, ab 1901 lebten sie in Berlin. In jener Zeit war es üblich, Publikationen unter einem Pseudonym vorzubereiten. J. M. Steklow schlug Rjasanow vor, sich nach der Romangestalt Jakow Rjasanow in W. A. Slepzows „Trudnoe wremja“ [Schwere Zeit] (1865) zu nennen. Rjasanow gründete die Gruppe „Borba“ [Kampf] mit dem Ziel, eine Vereinigung der unter-

schiedlichen Richtungen der russischen Sozialdemokratie zu erreichen. In der Debatte um ein Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) schlug er dem gleichaltrigen W. I. Lenin eine gleichberechtigte Zusammenarbeit in der „Iskra“ vor, die dieser jedoch ablehnte. Auf dem Vereinigungsparteitag in Zürich (21. – 22. September 1901) bezichtigte Rjasanow seine Opponenten des Opportunismus und forderte die Anhänger der „Iskra“ auf, den Parteitag zu verlassen. Auch in den folgenden Jahren beteiligte er sich an den innerparteilichen Diskussionen. Die Mittel zum Lebensunterhalt verdiente er sich mit Übersetzungsarbeiten und Vorträgen zu historischen Themen in deutschen Städten.

Mit Ausbruch der revolutionären Ereignisse 1905 begab sich Rjasanow sofort nach Russland. In Odessa angekommen, schlug er erneut eine Vereinigung der SDAPR vor, doch Bolschewiki und Menschewiki setzten die kontroversen Auseinandersetzungen über politische Wege und Ziele fort. Rjasanow beschloss, sich in der Gewerkschaftsbewegung zu engagieren und übersiedelte nach St. Petersburg.

In der Zeit der zweiten Emigration von 1907 bis 1917 hielt sich Rjasanow zunächst in Berlin, dann Wien (ab November 1909) und schließlich in der Schweiz (Oberägeri, Zürich, ab Mai 1915) auf. Er beschäftigte sich intensiv mit den Arbeiten von Marx und Engels. Ab 1908 erschienen seine Aufsätze regelmäßig in der „Neuen Zeit“ und in der Wiener Zeitschrift „Der Kampf“.<sup>1</sup> 1909 erhielt er den von der Stiftung „Anton-Menger-Bibliothek“ in Wien finanzierten Auftrag, die Dokumente und Protokolle der Internationalen Arbeiter-Assoziation zu sammeln und herauszugeben. Für dieses Projekt besuchte er die Bibliotheken in London, Paris, Rom, Florenz sowie in Deutschland und der Schweiz. Bis 1914 wurde der erste Band in Druck gege-

---

<sup>1</sup> Erwähnt seien folgende Arbeiten von *Rjasanow*: Marx und seine russischen Bekannten in den vierziger Jahren, in: Die Neue Zeit, 31 (1913), S. 715-721, 754-766; Karl Marx und die Wiener „Presse“, in: Der Kampf, 6 (1913), S. 249-257; Friedrich Engels Jugendarbeiten, in: Der Kampf, 7 (1914), S. 158-162; Karl Marx und Fr. Engels über die Polenfrage, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, (1916), S. 176-221; Karl Marx und die „New-Yorker Tribune“ 1851 bis 1856, in: Gesammelte Schriften, Bd. 1, Stuttgart 1917, S. XVII-L.



ben, erschien jedoch infolge des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs nicht mehr.<sup>2</sup>

In dieser Zeit pflegte Rjasanow freundschaftliche Kontakte mit führenden Vertretern der europäischen Sozialdemokratie, so mit Kautsky, Bebel, Adler, Otto Bauer, Bernstein, Renner und Clara Zetkin. Ihm wurden Studien im Archiv der deutschen Sozialdemokratie in Berlin ermöglicht, in dem er als erster die dort vorhandenen Marx-Papiere geordnet hat. Er fertigte eine Übersicht über den Marx-Engels-Nachlass an und sortierte die Bücher *Ex Libris Marx und Engels*. Besondere Bedeutung erlangte für Rjasanow auch die Möglichkeit, Studien bei Carl Grünberg in Wien zu betreiben.

Im Sommer 1910 arbeitete er für einige Wochen in Paul und Laura Lafargues Haus in Draveil, wo sich nach Eleanor Marx-Avelings Tod (1898) der Familienbestand des Marx-Nachlasses befand. Nach dem Freitod der Lafargues im November 1911 holte Rjasanow Ende 1912 im Auftrag des SPD-Vorstandes den Nachlass nach Berlin. Zuvor war er um den Jahreswechsel 1910/11 an der Ausarbeitung des Wiener Editionsplanes der Werke von Marx und Engels aus Anlass von Marx' 30. Todestag beteiligt.<sup>3</sup> Nach den Erinnerungen von Fritz Brupbacher konnte Rjasanow „wegen eines Kommas in der Handschrift von Marx in einem ungeheizten Waggon vierter Klasse nachts von Wien nach London reisen“.<sup>4</sup> Neben dem Projekt der IAA sammelte und identifizierte Rjasanow die Korrespondenzen von Marx und Engels in den Zeitungen „New York Daily Tribune“, „The Peoples Paper“ und der „Neuen Oder-Zeitung“. Sie wurden von ihm als „Gesammelte Schriften. 1852–1862“ in zwei Bänden 1917 herausgegeben. Bis 1917 veröffentlichte Rjasanow etwa 130 Artikel, Rezensionen, und Schriftenpublika-

---

<sup>2</sup> *Jürgen Rojahn*, Aus der Frühzeit der Marx-Engels-Forschung. Rjasanovs Studien in den Jahren 1907–1917 im Licht seiner Briefwechsel im IISG, in: MEGA-Studien, (1996) 1, S. 3-65.

<sup>3</sup> *Götz Langkau*, Marx-Gesamtausgabe – dringendes Parteiinteresse oder dekorativer Zweck? Ein Wiener Editionsplan zum 30. Todestag, Briefe und Briefauszüge, in: International Review of Social History, 28 (1983), S. 105-142.

<sup>4</sup> *Fritz Brupbacher*, „Ich log so wenig als möglich“. 60 Jahre Ketzler. Selbstbiographie, Zürich 1973, S. 183.

tionen, darunter eine Vielzahl als Ergebnis seiner Marx-Engels-Studien. Rjasanow hatte sich in diesen Jahren die Beinamen „Bukvoed“ [Buchstabenpedant] und „Bookworm“ erworben, wie er in Briefen Dritter untereinander manchmal bezeichnet wurde.

Nach Ausbruch der Februarrevolution 1917 bemühte sich Rjasanow um eine schnellstmögliche Rückkehr nach Russland. Nach der Ankunft in Petrograd im April ordnete er seine Tätigkeit ganz der politischen Arbeit unter. Er nahm am III. Gesamtrussischen Gewerkschaftskongress teil, besuchte die Konferenzen sowohl der Menschewiki als auch der Bolschewiki und wurde in die Stadtduma von Petrograd gewählt. In der Zeit der Oktoberrevolution gehörte Rjasanow zu einer Gruppierung, die A. W. Lunatscharski als „Block rechter Bolschewiken“ bezeichnete. In dieser Zeit leitete Rjasanow das Petrograder Gewerkschaftsbüro und wurde ins Präsidium des II. Sowjetkongresses gewählt.

Während dieser und auch späterer politischer Aktivitäten bewahrte sich Rjasanow stets eine unabhängige Position in der Partei, die auch in seinen Reden auf den VII.-XI. Parteitag zum Ausdruck kam. Er kritisierte scharf die antidemokratischen und totalitären Tendenzen in der Tätigkeit des ZK der Russischen Kommunistischen Partei (Bolschewiki), die Gewalttaten der Regierung und trat gegen die Allmacht und die Einmischung der Partei in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, in die Wirtschaft, Literatur und Kunst, sowie gegen die Verfolgung der Opposition auf und setzte sich für unabhängige Gewerkschaften, für die Demokratisierung des Parteilebens ein. Konnte auf diesen Parteitagen noch die Meinung „Andersdenkender“ zum Ausdruck gebracht werden, wurde dieses nach dem X. Parteitag immer schwieriger. Im Mai 1921 wurde durch das ZK ein Beschluss gefasst, der Rjasanow die Tätigkeit in den Gewerkschaften für immer untersagte.

Im März 1918 wurde Rjasanow als „Hauptbevollmächtigter zur Reorganisation und Liquidierung der Archive“ des Petrograder Stadtsowjets ernannt und stand Anfang April dem Zentralkomitee für die Leitung der Archive vor. Von diesem Moment an beschäftigte er sich mit der Organisation des Petrograder, dann des gesamtrussischen Archivdienstes,

mit der Rettung der alten und Schaffung neuer russischer Archive. Von Mai 1918 bis Dezember 1920 war Rjasanow Leiter der Hauptverwaltung für Archivwesen beim Volkskommissariat für Volksbildung.<sup>5</sup> Seine Tätigkeit war auch mit der im Sommer 1918 gebildeten Sozialistischen Akademie der Gesellschaftswissenschaften verbunden.

Am 8. Dezember 1920 erhielt Rjasanow vom ZK der RKP(B) den Auftrag, das „erste Museum für Marxismus in der Welt“ zu organisieren.<sup>6</sup> Am 11. Januar 1921 wurde das geplante Museum auf seinen Vorschlag in Marx-Engels-Institut (MEI) umbenannt und als autonome Institution der Sozialistischen Akademie in Moskau eingerichtet. Rjasanow wurde als Direktor berufen. Am 21. Februar 1921 stellte Lenin ihm einige Fragen zu den vorhandenen Marx-Engels-Dokumenten und den Möglichkeiten ihres Erwerbs: „Könnten wir nicht bei Scheidemann und Co. die Briefe von Marx und Engels kaufen (das ist doch eine käufliche Bande)? oder Fotokopien kaufen?“<sup>7</sup> Im Juni 1922 wurde das MEI aus der Akademie herausgelöst und der Regierung, also dem Allrussischen Zentralen Exekutivkomitee bzw. dem Zentralen Exekutivkomitee der UdSSR unterstellt. Rjasanow gründete einen Institutsrat, dem unter anderem angehörten: W. M. Molotow, N. I. Bucharin sowie die Komininternmitglieder Clara Zetkin und Bela Kun. Im Mai 1922 hatte sich das MEI im Palais des Fürsten Dolgorukij in Moskau eingerichtet.<sup>8</sup>

Rjasanow organisierte in kürzester Zeit den Aufbau wissenschaftlicher Kabinette im MEI. Dazu stellte er befähigte russische und ausländische Mitarbeiter ein. Er knüpfte ein internationales Netz von Korrespondenten, die in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und anderen

<sup>5</sup> Vgl. *T. M. Chorchordina*, *Istorija Otečestva i archivy* [Geschichte des Vaterlands und der Archive], Moskva 1994.

<sup>6</sup> *V. A. Smirnova*, *Pervyj direktor Insituta K. Marksa i F. Engel'sa* [Der erste Direktor des Marx-Engels-Instituts], in: *Voprosy istorii KPSS*, 9 (1989), S. 71-84; vgl. auch: *Literaturnoe nasledstvo K. Marksa i F. Engel'sa. Istorija publikacii i izučeniija v SSSR* [Der literarische Nachlass von Marx und Engels. Geschichte seiner Veröffentlichung und des Studiums], Moskva 1969, S. 132-160.

<sup>7</sup> W. I. Lenin an Rjasanow, 2. 2.1921, in: *W. I. Lenin*, Briefe, Bd. 7, S. 65.

<sup>8</sup> Vgl. die Aufsätze in: David Borisovič Rjasanov und die erste MEGA. Hrsg. u. Red.: Carl-Erich Vollgraf, Richard Sperl u. Rolf Hecker, Hamburg 1997.

Ländern Dokumente, Bücher und andere Materialien aus der Geschichte der Arbeiterbewegung und anderer sozialistischer Bewegungen sammelten. Grundstock der berühmten Bibliothek von Sozialistika des MEI bildeten die im September 1921 von Rjasanow in Wien angekauften Bibliotheken von Carl Grünberg und Theodor Mauthner.

Für die Realisierung des Plans, die Werke und Schriften von Marx und Engels herauszugeben, war eine internationale Zusammenarbeit unerlässlich. Rjasanow traf sich erneut mit Grünberg während eines Kur-aufenthalts in Bad Elster im September 1922 und ein Jahr später in Wien. Anfang Oktober 1923 führte er auch Gespräche mit den Vertretern des SPD-Archivs und Eduard Bernstein. Nachdem Grünberg im Frühjahr 1924 die Berufung zum ersten Direktor des neugegründeten Frankfurter Instituts für Sozialforschung angenommen hatte, waren gute Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit beider Institute gegeben. Am 7. Juli 1924 fasste der V. Weltkongress der Kommunistischen Internationale auf Vorschlag Rjasanows den Beschluss, eine vollständige Ausgabe der Werke und Briefe von Marx und Engels mit historischen Kommentaren (MEGA) vorzubereiten. Am 20. August unterschrieben Rjasanow und Grünberg eine Kooperationsvereinbarung und am 22. August den Gesellschaftsvertrag über die Einrichtung einer Marx-Engels-Archiv Verlagsgesellschaft m.b.H.<sup>9</sup> Außerdem hatten Bernstein und andere Vertreter des SPD-Vorstands darum gebeten, die Herausgabe der MEGA zu unterstützen. In den folgenden Monaten verhandelte Felix Weil, Geschäftsführer des Frankfurter Instituts, mit Adolf Braun und Rudolf Hilferding über einen Vertrag zur Nutzung des Archivs. Ziel war es, eine vollständige Inventarisierung und Kopierung des gesamten Bestandes zu erreichen. Außerdem sollten alle bei Bernstein befindlichen Dokumente dem Bestand zugeordnet werden können. Am 1. Dezember 1924 nahm B. I. Nikolajewskij als angestellter Korrespondent des MEI in Berlin seine Arbeit auf.<sup>10</sup>

---

<sup>9</sup> Vgl.: Erfolgreiche Kooperation. Das Frankfurter Institut für Sozialforschung und das Moskauer Marx-Engels-Institut (1924–1928). Hrsg. u. Red.: Carl-Erich Vollgraf, Richard Spertl u. Rolf Hecker, Hamburg 2000.

<sup>10</sup> Erwähnt seien folgende Arbeiten von *Rjasanow*: Neueste Mitteilungen über den literarischen Nachlass von Karl Marx und Friedrich Engels, in: Archiv für die Geschichte

Die Fotokopierung erfolgte in den Jahren 1924 bis 1927. Weiterhin wurden Archivmaterialien aus anderen Archiven und wissenschaftlichen Einrichtungen sowie Bibliotheken Europas erworben. Insgesamt verfügte das Institut 1931 über 15 000 Originaldokumente und 175 000 Dokumente als Kopien. Der Herausgabe der MEGA wurden historische und textkritische Prinzipien zugrundegelegt, die seit dem Wiener Editionsplan von 1911 diskutiert worden waren und nun verwirklicht werden konnten. Bis zur Absetzung Rjasanows als Institutsdirektor erschienen fünf Bände dieser Ausgabe und zehn Bände der ersten russischen Marx-Engels-Werkausgabe (Sotschinenija).

Rjasanow organisierte auf der Grundlage der von ihm selbst geschaffenen materiellen und wissenschaftlichen Voraussetzungen weiterhin die Herausgabe von Werken anderer Denker, zum Beispiel eine 25bändige Werkausgabe G. W. Plechanows, Ausgaben der Werke unter anderem von L. Feuerbach, D. Ricardo, A. Smith, G. W. F. Hegel, P. Lafargue, W. Liebknecht, T. Hobbes, K. Kautsky. Insgesamt wurden in den ersten zehn Jahren der Tätigkeit des Instituts mehr als 150 Bände wissenschaftlicher Ausgaben veröffentlicht. Rjasanow publizierte nach 1917 mehr als 200 Arbeiten. Die meisten von ihnen sind Herausgeberworte, Kommentare, einleitende Beiträge und Erläuterungen.<sup>11</sup>

Anlässlich seines 60. Geburtstages im März 1930 erhielt Rjasanow den Rotbannerorden der Arbeit der UdSSR. Auf einer Festveranstaltung der Kommunistischen Akademie unter Vorsitz von M. I. Kalinin sprachen unter anderem Bucharin, Pokrowskij und Sen Katayama.<sup>12</sup>

---

des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, (1925), S. 385-400; Marx und Engels über Feuerbach. Der erste Teil der „Deutschen Ideologie“. Einführung des Herausgebers, in: Marx-Engels-Archiv, Bd. 1, [1925], S. 202-221; K. Marx. Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. Hrsg. u. eingel., Wien, Berlin 1927; Fr. Engels. Dialektik der Natur. Hrsg. u. eingel., in: Marx-Engels-Archiv, Bd. 2, Moskau 1927, S. 117-150; Siebzig Jahre „Zur Kritik der politischen Ökonomie“, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, (1930), S. 1-32.

<sup>11</sup> 1995 hat die Gosudarstvennaja obščestvenno-političeskaja biblioteka, Moskau (ehemals Bibliothek des IML beim ZK der KPdSU), ein „Bibliografičeskij ukazatel' rabot D. B. Rjazanova i literatura o nem“ [Bibliografisches Verzeichnis der Arbeiten Rjasanows und der Literatur über ihn] herausgegeben, das 408 Titel enthält.

<sup>12</sup> Na boevom postu. Sbornik k šestidesjatiletija D. B. Rjazanova [Auf Kampfposten.

Es gibt eine Seite in der Biographie Rjasanows, der bisher wenig Aufmerksamkeit gewidmet wurde, die jedoch für das Verständnis seines politischen Wirkens unerlässlich ist. Im Zentralen Archiv des Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB) in Moskau werden mehr als 200 Dokumentationen aufbewahrt, die die Kontakte Rjasanows zu Vertretern der Menschewiki und zu „Konterrevolutionären“ in den Jahren 1918 – 1930 beweisen sollten. Rjasanow setzte sich in dieser Zeit für die Freilassung politischer Gefangener und anderer Repressierter ein und organisierte deren rechtsstaatliche Verteidigung.<sup>13</sup>

Am Abend des 12. Februar 1931 wurde Rjasanow ins Kabinett von Stalin in den Kreml bestellt. Das sollte ihre letzte Begegnung werden. Bereits Ende 1922 hatte Stalin Rjasanow untersagt, eine politische aktive Tätigkeit auszuüben. In der Folgezeit gerieten beide wiederholt aneinander, so zum Beispiel auch als Rjasanow 1928 vorschlug, den bereits verbannten Trotzki im MEI bei der Herausgabe der MEGA zu beschäftigen. Im Dezember 1930 wurde von dem verhafteten Mitarbeiter des MEI I. I. Rubin ein „Geständnis“ erpresst, in dem Rjasanow beschuldigt wurde, dass er Dokumente des ausländischen Büros der Menschewiki mit Materialien zur Geschichte der SDAPR erhalten habe. Noch in dieser Nacht begann eine Durchsuchung des MEI. In der Folge wurden 131 von 243 überprüften Mitarbeitern entlassen.<sup>14</sup>

---

Sammelband zum 60. Geburtstag Rjasanows], Moskva 1930; *Ernst Czóbel*, Rjasanow als Marxforscher (Zum 60. Geburtstag D. Rjasanows), in: *Unter dem Banner des Marxismus*, 4 (1930) Juni, S. 401-417.

<sup>13</sup> *Volker Külow/André Jaroslawski* (Hrsg.), *David Rjasanow – Marx-Engels-Forscher. Humanist. Dissident*, hrsg. u. mit einem biographischen Essay versehen, Berlin 1993; *Jakov Rokitjanskij*: Das tragische Schicksal von David Borisovič Rjasanov, in: *Marx-Engels-Forschung im historischen Spannungsfeld*. Hrsg. u. Red.: Carl-Erich Vollgraf, Richard Sperl u. Rolf Hecker, Hamburg 1993, S. 3-16; *Jakov Rokitjanskij/ Reinhard Müller*, *Krasnyj Dissident. Akademik Rjasanov – opponent Lenina, žertva Stalina. Biografičeskij očerk. Dokumenty* [Roter Dissident. Akademiemitglied Rjasanov – Lenins Opponent, Stalins Opfer. Biographische Skizze und Dokumente], Moskva 1996.

<sup>14</sup> Vgl. die Aufsätze in: *Stalinismus und das Ende der ersten Marx-Engels-Gesamtausgabe (1931–1941)*. Hrsg. u. Red.: Carl-Erich Vollgraf, Richard Sperl u. Rolf Hecker, Hamburg 2001.

In der Nacht vom 15. zum 16. Februar 1931 wurde Rjasanow verhaftet und seine Wohnung im Gartenhäuschen auf dem Gelände des MEI durchsucht. Einen Tag später wurde er auf Beschluss des ZK aus der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki) ausgeschlossen. Vom 1. bis 9. März 1931 wurde in Moskau der Prozess gegen die „konterrevolutionäre Organisation der Menschewiki“ durchgeführt. Rjasanow wurde ins Gefängnis nach Susdal in politische Isolationshaft überführt. Anfang April erhielt er im Gefängnis das Heft 5 der Zeitschrift „Bolschewik“, in dem durch das MEI unter der neuen Leitung von W. W. Adoratskij der Brief von Marx an seine Tochter Jenny vom 11. April 1881 veröffentlicht wurde. Die Herausgeber beschuldigten Rjasanow, dass er diesen Brief versteckt habe, weil er eine vernichtende Kritik an Kautsky enthalte. Am 10. April 1931 richtete Rjasanow einen Brief an die Redaktion, in dem er erklärte, dass er diesen Marx-Brief von der Schwester J. O. Martows unter dem Ehrenwort erhalten habe, ihn noch nicht zu veröffentlichen.

Am 11. April 1931 bat Rjasanow um Rückkehr nach Moskau, da sich sein Gesundheitszustand verschlechterte. Obwohl er am nächsten Tag nach Moskau gebracht wurde, fasste vier Tage später die Besondere Beratung des Kollegiums der Politischen Hauptverwaltung (GPU) den Beschluss, Rjasanow für drei Jahre nach Saratow zu verbannen, wo er am 18. April 1931 eintraf.

Ab Mitte 1932 setzte Rjasanow eine wissenschaftliche Arbeit fort, die er schon lange begonnen hatte, nämlich die Übersetzung der Werke von David Ricardo ins Russische. Er konnte einen Vertrag mit dem Staatsverlag für sozialökonomische Literatur über eine Ricardo-Werkausgabe abschließen. Bereits 1935 erschien ein Band mit dem Hauptwerk Ricardos, 1941 folgten weitere Bände, alle jedoch ohne Erwähnung des Übersetzers. Erst nach dem Krieg wurden die letzten drei Bände (1955, 1961) herausgegeben.

Ab 21. November 1934 wurde Rjasanow mit der Erlaubnis der leitenden Instanzen als zeitweiliger wissenschaftlicher Konsultant in der Universitätsbibliothek eingestellt. Ein letztes kurzes Mal war er im August 1936 in Moskau, als Stalin seine Verbannung bereits in eine unbe-

---

grenzte verwandelt hatte. Außerdem setzte eine öffentliche Verleumdungskampagne gegen Rjasanow als Menschewik ein.

Im Sommer 1937 erreichte der Terror auch das Saratower Gebiet. Rjasanow wurde in der Nacht vom 22. zum 23. Juli 1937 von den örtlichen Behörden des Volkskommissariats für innere Angelegenheiten (NKWD) verhaftet. Alle Anschuldigungen wies er konsequent von sich und war nicht bereit, eine falsche Aussage zu tätigen, wie die Protokolle der Verhöre beweisen. Am 21. Januar 1938 fand eine geschlossene Gerichtsverhandlung der auswärtigen Session des Militärkollegiums des Obersten Gerichts der UdSSR statt. Nach fünfzehn Minuten wurde das Urteil verkündet: Erschießung und Konfiszierung des persönlichen Eigentums. Die Hinrichtung erfolgte am gleichen Tag in Saratow.

Anna Lwowna Rjasanowa bemühte sich sehr um die Rehabilitierung ihres Mannes. Sie selbst wurde Ende November 1937 verhaftet und als Frau eines „Volksfeindes“ zu acht Jahren Lagerhaft verurteilt. Nach ihrer Entlassung Ende April 1943 blieb sie ohne Kenntnisse über das Schicksal ihres Mannes. Im Juli 1957 wandte sie sich an N. S. Chruschtschow und bat um Aufklärung über seinen Verbleib. Daraufhin wurden sie beide im März 1958 rehabilitiert. Anna Lwownas Parteimitgliedschaft wurde im September des Jahres wiederhergestellt. Erst im Oktober 1989 wurde Rjasanows Parteiausschluss aufgehoben und am 22. März 1990 seine Mitgliedschaft in der Akademie der Wissenschaften der UdSSR erneuert.



Peter Gohle

## Rudolf Rothe (1897 – 1969)

Rudolf Paul Rothe<sup>1</sup> wurde am 19. September 1897 als Sohn eines Formers in Leipzig geboren. Nach dem Besuch der achtjährigen Volksschule begann er 1911 eine Lehre als Werkzeugschlosser, die Rothe 1914 mit dem Gesellenbrief abschloss. 1915 trat er der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und dem Deutschen Metallarbeiter Verband (DMV) sowie 1917 der SPD bei. Da er wegen seiner Jugend bei Kriegsbeginn noch nicht der allgemeinen Wehrpflicht unterlag, konnte er einstweilen weiter seinem erlernten Beruf nachgehen, was ihn nach Berlin, Stettin, Hamburg und Kiel führte. Laut eigenen Angaben mit der Einstufung „heeresunsicher“ versehen, wurde er erst im Jahr 1917 zum Kriegsdienst einberufen. Hierbei mag seine offen sozialdemokratische und gewerkschaftliche Gesinnung eine gewisse Rolle gespielt haben. Darüber hinaus ist jedoch eine zeitweilige Rückstellung aufgrund kriegswichtigen Einsatzes in der Rüstungsindustrie – darauf deuten zumindest seine Beschäftigungsstationen hin – wahrscheinlich. Bis November 1918 nahm er als Soldat am Ersten Weltkrieg teil.

Im Dezember 1918 trat Rothe zur USPD über. Hier war er zunächst Hauskassierer und wurde 1920 zum zweiten Vorsitzenden des Ortsvereins Leipzig-Leutzsch gewählt. Im Zuge der Wiedervereinigung von SPD und (Rest-)USPD 1922 kehrte Rothe zur SPD zurück und avancierte zum Ortsvereinsvorsitzenden. Zwischen 1926 und 1929 besuchte

---

<sup>1</sup> Zur Biographie von Rudolf Rothe vgl.: AdsD, SPD-Parteivorstand, Teilbestände Büro Fritz Heine, Archiv und Bibliothek, Ostbüro; Sammlung Personalialia; *Mario Bunnert*, „Zu retten, was sonst unwiederbringlich verloren geht“. Die Archive der deutschen Sozialdemokratie und ihre Geschichte, Bonn 2002; *Andreas Malycha*, Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ. Eine Quellenedition, in: Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 16, Bonn 1995; *Susanne Miller*, Rudolf Rothe und Paul Mayer zum Gedenken, in: IWK ,7, (1971); *Wolfgang Röhl*, Sozialdemokraten im Konzentrationslager Buchenwald 1937 – 1945, Göttingen 2000; *Rüdiger Zimmermann*, Das gedruckte Gedächtnis der Arbeiterbewegung bewahren. Die Geschichte der Bibliotheken der deutschen Sozialdemokratie, 3. erw. Aufl. Bonn 2008.

er die Funktionärsschule der SPD und der Gewerkschaften in Leipzig. Besondere Schwerpunkte dieser Fortbildung waren Geschichte, Philosophie und Wirtschaftskunde. Parallel dazu stieg der junge Funktionär innerhalb der Parteihierarchie auf und wurde 1927 in den Leipziger Unterbezirksvorstand sowie 1929 in den Bezirksvorstand gewählt. Beruflich hatte Rothe ab 1918/19 zunächst wieder als Schlosser gearbeitet. 1924 trat er in dieser Funktion eine Stelle bei der Hauptwerkstatt der Leipziger Straßenbahnbetriebe an, wo er 1926 in den Betriebsrat gewählt wurde.

Im Jahr 1932, als vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise die politische Lage in Deutschland dramatisch eskalierte, begann sich die SPD zum verschärften Abwehrkampf gegen Hitler und die nationalsozialistische Bedrohung zu rüsten. In diesen Planungen spielten auch besondere paramilitärische Agitations- und Kampfkader, die „Roten Pioniere“, eine Rolle, die aus ausgesuchten, kampferprobten und vor allem in jeder Hinsicht durchsetzungsstarken Genossen gebildet werden sollten. Zum Rüstzeug dieser Kadergruppen gehörte auch die Vorbereitung auf militante und illegale Aktionsformen. In Leipzig oblag die Bildung der örtlichen „Pionierketten“ Rudolf Rothe, der im Juli 1932 vom Bezirksvorstand zu deren Organisationsleiter berufen worden war. Gleichzeitig kandidierte er auf dem sechsten Listenplatz der Leipziger SPD für den Reichstag.

Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten wurde Rothe am 6. Mai 1933 als exponierter sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Aktivist verhaftet und bis Oktober in den KZs Colditz und Sachsenburg in „Schutzhaft“ gehalten. Darüber hinaus wurde er auf der Basis der zweiten Durchführungsverordnung des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ fristlos aus dem städtischen Dienst entlassen. Sein Einspruch vom Dezember 1933 blieb erfolglos. Schon Ende November hatte Rothe Kontakt zum Exilvorstand der SPD, der Sopade, in Prag aufgenommen. In der Folge war er unter anderem als Verbindungsmann zum in Karlsbad ansässigen und für Mitteleuropa zuständigen Sopade-Grenzsekretariat eine der zentralen Persönlichkeiten des sozialdemokratischen Widerstands in Leipzig. Am 2. August 1934 wurde er aufgrund dieser Aktivitäten erneut ver-

haftet, wegen Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt und schließlich zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und drei Monaten verurteilt, die er bis November 1937 im Zuchthaus Waldheim absaß. Anschließend wurde er ins KZ Buchenwald verbracht, wo er bis zur Befreiung des Lagers 1945 inhaftiert blieb. Im Lager führte er die Häftlingsnummer 667, war im Block 40 für politische Häftlinge untergebracht und musste im Schachtkommando sowie in der Schlosserei Zwangsarbeit verrichten. Gegen Kriegsende begannen sich unter dem maßgeblichen Einfluss von Hermann Brill die bis dahin nur zeitweilig und eher lose organisierten sozialdemokratischen Häftlinge im Lager enger zusammenzuschließen. Diese Gruppe, die vor allem aus deutschen und österreichischen Sozialisten und Sozialdemokraten bestand und zu der auch Rothe zählte, fand sich kurz nach der Befreiung des Lagers zusammen, um das „Buchenwalder Manifest“ zu beraten und zu verabschieden. Es ging auf einen Entwurf Brills zurück und war ein dezidiert linkssozialistisches Programm zur radikalen Neuordnung Deutschlands in allen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bereichen, das neben räte-demokratischen Elementen auch die Forderung nach der Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung auf neuer politischer und organisatorischer Grundlage enthielt. Unklar bleibt, inwieweit Rothe die in dem Manifest fixierten Positionen tatsächlich in vollem Umfang teilte.

Am 18. Mai 1945 verließ Rothe Buchenwald und kehrte nach Leipzig zurück, wo er bereits am 25. Mai an einer ersten Besprechung zur Wiedergründung der SPD teilnahm und Mitglied des Organisationskomitees wurde. Nachdem der Befehl Nr. 2 der Sowjetischen Militäradministration vom 10. Juni 1945 die Bildung antifaschistischer Parteien ermöglicht hatte, konnte sich die Leipziger SPD im Juni und Juli 1945 neu konstituieren. Rothe spielte hierbei als zweiter Bezirksvorsitzender und Organisationssekretär eine tragende Rolle und wurde Mitglied des Anfang Dezember eingerichteten Parteiausschusses der SPD in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Als Delegierter des Bezirks Leipzig nahm er an der Sechziger-Konferenz von SPD und KPD am 20./21. Dezember 1945 teil, die unter starker Einflussnahme der sowjetischen Besatzungsmacht die Weichen für die Vereinigung beider Parteien in der SBZ stellte. Rothe hatte schon relativ frühzeitig massive Vorbe-

halte gegenüber dem Vereinigungskurs des Berliner Zentralaussschusses geäußert und auf der Sechziger-Konferenz dafür plädiert, dem Druck der Sowjets so lange wie möglich zu widerstehen. Diese Haltung resultierte aus den gravierenden Schwierigkeiten, die der selbstbewusste SPD-Bezirksverband Leipzig sowohl mit den örtlichen Vertretern der sowjetischen Militärregierung als auch dem sächsischen SPD-Landesverband unter Otto Buchwitz hatte. Hinzu kam die erhebliche Empörung vieler Sozialdemokraten über das rabiate Vorgehen der Kommunisten sowie grundsätzliche Kritik an der strategischen Ostorientierung des Zentralaussschusses. Infolge dieser Differenzen wurde Rothe im Februar 1946 auf maßgebliches Betreiben der Sowjets seiner Posten enthoben und erhielt für den kommenden Bezirksparteitag der SPD als Einheitsgegner Redeverbot. Allerdings verhinderte die Militärregierung auch ein Ausscheiden Rothes aus der Partei und so wurde er im April 1946 Mitglied der SED und sogar Angehöriger des Bezirksvorstandes Westsachsen. Er war gleichwohl weitestgehend politisch kaltgestellt und wurde – hier beginnt seine bibliothekarisch-archivarische Laufbahn – in das Zeitungsarchiv des Parteibezirks abgeschoben. Dieses Vorgehen konnte freilich kaum, wie vermutlich beabsichtigt, seine Loyalität zur SED befördern, und so arbeitete er fortan als Leipziger Gewährsmann des Ostbüros des SPD-Partei Vorstandes. Da er innerhalb der SED sowohl bezüglich der innerparteilichen Situation als auch hinsichtlich der allgemeinen Entwicklung in der SBZ weiterhin kein Blatt vor den Mund nahm, wuchs der Druck auf ihn schließlich derartig an, dass er Anfang November 1947 Leipzig und die SBZ verließ. Seine Frau folgte ihm im Oktober 1948.

In Hannover waren die Verantwortlichen des Ostbüros und des Partei Vorstandes bereits seit mehreren Wochen auf diese Entwicklung vorbereitet und hatten sich auch schon über Rothes weitere Verwendung Gedanken gemacht. In diesem Sinne bot ihm Fritz Heine wenige Tage nach seiner Ankunft in Hannover an, die Leitung des SPD-Archivs zu übernehmen, die seit dem Tod Friedrich Salomons übergangsweise von Joseph Hellmich ausgefüllt worden war. Bis Rothe im Dezember 1947 das Amt antrat, war freilich abgesehen von der tagespolitischen Pressedokumentation in dieser Hinsicht noch nicht viel geschehen.

Die Registratur der Londoner Union, das in der Nähe von Paris während des Krieges versteckte Schriftgut des Exil-Parteivorstandes sowie Salomons Zeitungs-, Bücher- und Druckschriftensammlung waren erst peu à peu nach Hannover gekommen; die Akten der Sopade aus den 1930er Jahren galten seit ihrer Evakuierung nach Schweden als verschollen. Überhaupt ging es Rothe zunächst auch gar nicht um den Aufbau eines historischen Archivs im eigentlichen Wortsinn, sondern entsprechend der Tradition der Vorgängereinrichtungen um eine historisch-politische Dokumentationsabteilung und eine theoretische wie politisch-wissenschaftliche Gebrauchsbibliothek: „In dem Partei-Archiv müssen nach meiner Überzeugung alle alte sozialistische Literatur als auch die neuere gesammelt werden, um das Fundament zu schaffen, dass für die Partei eine Stelle vorhanden ist, an der das notwendige wissenschaftliche Material gesammelt wird, um unseren aktiven Genossen die Möglichkeit zu eröffnen, wissenschaftliche Arbeit zu leisten. Weiterhin bin ich er Auffassung, dass soweit es uns möglich ist, alle Flugblätter und anderes Propaganda-Material nicht nur aus der Vergangenheit, sondern auch alle Veröffentlichungen der SPD seit 1945 gesammelt werden.“<sup>2</sup>

So galt über mehrere Jahre Rothes Hauptaugenmerk der systematischen retrospektiven und aktuellen Erweiterung des Salomonschen Zeitungs-, Zeitschriften-, Druckschriften- und Büchergrundstocks sowie zeitgeschichtlicher Sammlungstätigkeit. Da die finanziellen Mittel, die hierfür zur Verfügung gestellt werden konnten, äußerst bescheiden ausfielen, war Rothe ganz überwiegend auf Schenkungen und symbolische Ankäufe angewiesen, für die u.a. durch Annoncen in der einschlägigen nationalen und internationalen Presse geworben wurde. Vor diesem Hintergrund ist es eine durchaus beachtliche Leistungsbilanz, dass der Bestand in der Amtszeit Rothes schließlich auf über 15 000 Titel anwuchs und somit als leidlich vollständige Sammlung der theoretischen Schriften, Protokoll- und Jahrbuchserien sowie wichtiger sozialdemokratischer Zeitschriften gelten konnte.

---

<sup>2</sup> Rothe an Fritz Heine, 6.11.1947, AdsD, SPD-Parteivorstand, Büro Fritz Heine 2/PVAJ000074.

---

Zwangsläufig bescheidener – verlorene Registraturen können nicht ersetzt werden – nehmen sich demgegenüber die eigentlich archivarchischen Erfolge aus. Eine Rückführung bzw. ein Rückkauf der 1938 an das Internationale Institut für Sozialgeschichte (IISG) in Amsterdam verkauften Archivalien des alten SPD-Parteiarchivs scheiterte zu Beginn der 1960er Jahre an der strikten Weigerung der Amsterdamer Institutsleitung. Immerhin gelangten im Laufe der 1950er Jahre einige wertvolle Nachlässe, wie etwa die von Wilhelm Dittmann, Carl Giebel, Alfred Henke, Paul Kampffmeyer, Hermann Müller, Bruno Schoenlank und Carl Severing, in das SPD-Parteiarchiv. Eine zeitnahe Schriftgutverwaltung oder die Übernahme und Betreuung der Altregistratur des SPD-Parteivorstandes indes gehörten – man mag dies aus heutiger Sicht bedauern – noch nicht zum eigentlichen Aufgabenprofil des SPD-Parteiarchivs der späten 1940er und der 1950er Jahre. In jedem Falle aber stellten die Sammlungen eine unverzichtbare Fundgrube für eine junge Generation von Historikern dar, die sich für die Geschichte der deutschen Linken und ihrer Organisationen sowie für das in Deutschland neue Feld der Sozialgeschichte zu interessieren begann und deren Bemühungen Rothe nach Kräften unterstützte.

Durch eine schwere Erkrankung, die ihn bewegungsunfähig machte, sah sich Rudolf Rothe 1961 gezwungen, seine Arbeit aufzugeben. Er starb am 3. Oktober 1969 in Bonn. Rothe war verheiratet mit Charlotte, geborene Pestel, geboren am 18. November 1915 in Leipzig. Aus dieser Ehe ging ein Kind hervor.

Heinrich Gemkow

## **Boris Moisejewitsch Rudjak (1923 – 1999)**

Rudjak wirkte jahrzehntelang als Archivar im Zentralen Parteiarchiv (ZPA) im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (IML) in Moskau und dort als stellvertretender Leiter der Marx-Engels-Sektion. Dem mehrsprachigen Wissenschaftler war der Archivarberuf keineswegs in die Wiege gelegt worden. Geboren am 23. Dezember 1923 in einer ukrainischen jüdischen Familie auf dem Lande, nahm er nach dem Schulbesuch in Poltawa 1940 an der Leningrader Universität, und zwar der mathematischen Fakultät, das Studium auf.

Nach dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion war er bei Verteidigungsarbeiten im Raum Poltawa eingesetzt, wurde vorübergehend nach Mittelasien evakuiert und diente dann 1942 bis 1944 als Offizier in einer Aufklärungsabteilung der Roten Armee. Nach schweren Verwundungen musste er den Militärdienst beenden. Er leitete 1944/45 das Stadtmuseum Poltawa, um dann 1945 bis 1950 an der Moskauer Staatlichen Lomonossow-Universität Geschichte zu studieren. Als Historiker mit dem Diplom ausgestattet, begann er 1950 im Moskauer M. I. Kalinin Museum zu arbeiten, wurde dort Abteilungsleiter und promovierte mit einer Dokumentation über das politische Wirken von Kalinin zum Kandidaten der Geschichtswissenschaft (Dr. hist.).

Ab 1960 war Rudjak im Moskauer IML tätig, wo er zunächst als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Aufbau des Marx-Engels-Museums mitwirkte, dem er von 1963 bis 1969 als stellvertretender Direktor vorstand.<sup>1</sup> Ab 1969 war er als wissenschaftlicher Archivar in der Marx-Engels-Sektion des ZPA verantwortlich für die Beschaffung und Erschließung neuer Marx-Engels-Dokumente und Erinnerungsstücke sowie von Büchern ex libris Marx und Engels. Es gelang ihm, in den

---

<sup>1</sup> Vgl.: Literaturnoe nasledstvo K. Marksa i F. Engel'sa. Istorija publikacii i izučeniya v SSSR [Der literarische Nachlass von Marx und Engels. Geschichte seiner Veröffentlichung und des Studiums], Moskva 1969, S. 409-411.

1970er und 1980er Jahren wertvolle Marx-Dokumente aus dem Besitz der Familie Longuet (unter anderem Fotoalben und Bücher) für das Moskauer ZPA zu erwerben.<sup>2</sup>

Rudjak nahm an der Vorbereitung des Probandes der historisch-kritischen Marx-Engels-Gesamtausgabe teil, der 1972 erschien. Anfang der 1970er Jahre wurde er zum Mitglied der MEGA<sup>2</sup>-Redaktionskommission der IV. Abteilung berufen.<sup>3</sup>

Zu seinen speziellen Aufgaben in der Marx-Engels-Sektion gehörten Herstellung, Ausbau und Pflege internationaler Kontakte zu Institutionen oder Spezialisten auf dem Feld der Marx-Engels-Forschung. Ihm oblag auch die Beobachtung des internationalen Auktionsmarktes hinsichtlich des möglichen Erwerbs von Marxiana und Engelsiana. Oft entstanden aus den fachlichen Kontakten freundschaftliche Beziehungen.

Der mittelgroße, dunkelhaarige, etwas quirlige Mann, überaus kenntnisreich im Bereich besonders der biographischen Marx-Engels-Forschung und der internationalen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert, hielt sich zwar strikt an die recht engen Benutzungsregeln, suchte aber gemeinsam mit den ausländischen Kollegen nach jeder Möglichkeit, deren Archivaufenthalt ertragreich zu gestalten.

So sehr Rudjak mit Leib und Seele Archivar war, so intensiv war er in den letzten Jahrzehnten seines Berufslebens bestrebt, die Marx-Engels-Literatur mit Dokumentenveröffentlichungen, insbesondere auf ikonographischem und bibliografischem Gebiet, zu bereichern sowie mit wissenschaftlich-populären Publikationen biographisches Wissen über Marx und Engels zu verbreiten. Er gab 1976 gemeinsam mit A. I. Petrow und O. K. Senekina einen mehrsprachigen Bildband „Karl Marx.

---

<sup>2</sup> Vgl.: Familie Marx privat. Die Foto- und Fragebogen-Alben von Marx' Töchtern Laura und Jenny. Hrsg. v. I. Omura, V. Fomicev, R. Hecker, S. Kubo. Mit einem einführenden Essay v. I. Fetscher, Berlin 2005; *Martine Dalmas/ Rolf Hecker*, Marx-Dokumente aus dem Longuet-Nachlass in Moskau, in: Die Marx-Engels-Werkausgaben in der UdSSR und DDR (1945–1968), Hamburg 2006, S. 171-206.

<sup>3</sup> Vgl. *K. Marx, F. Engels*, Marginalien. Probestücke, Berlin 1983.



Friedrich Engels. Fotografien“ heraus<sup>4</sup>, drei Jahre später zusammen mit M. A. Gladyschewa und M. D. Dworkina eine Publikation über die russischen Bücher in den Bibliotheken von Marx und Engels.<sup>5</sup> 1983 war er Mitherausgeber des in russischer wie deutscher Sprache in Moskau wie Berlin erschienenen umfangreichen Dokumentenbandes „Ihre Namen leben durch die Jahrhunderte fort. Kondolenz und Nekrologe zum Tode von Karl Marx und Friedrich Engels“, und 1988 beziehungsweise 1991 wies er nach, dass fünf seit Jahrzehnten weltweit verbreitete Fotos, die angeblich Jenny Marx nebst Tochter Jenny zeigten, in Wirklichkeit Gertrud Kugelmann und deren Tochter Franziska darstellen.<sup>6</sup> Seine letzte wissenschaftliche Veröffentlichung galt dem Studium der russischen Sprache seitens Marx und Engels.

Eine schwere chronische Herzkrankheit veranlasste Rudjak Anfang der 1990er Jahre mit seiner Frau Esther nach Deutschland überzusiedeln, wo er am 30. Dezember 1999 in Dossenheim verstarb.

---

<sup>4</sup> Karl Marx, Friedrich Engels. Sobranie fotografij [Fotografiensammlung], Moskva 1976. 2. Aufl. 1983.

<sup>5</sup> Russkie knigi v bibliotekach K. Marksa i F. Engel'sa [Russische Bücher in den Bibliotheken von Marx und Engels], Moskva 1979.

<sup>6</sup> Boris Rudjak, Ein Irrtum ist zu korrigieren. Über fünf Photographien, die als Porträt der Frau und der ältesten Tochter von Marx bekannt wurden, in: Marx-Engels-Jahrbuch, 13, Berlin 1991, S. 320-328.

---

Peter Gohle

## Friedrich Salomon (1890 – 1946)

Friedrich Salomon<sup>1</sup> wurde am 8. Januar 1890 als Sohn des jüdischen Arztehepaares Rosa und Max Salomon in Hirschberg in Schlesien geboren. Über Salomons Kindheit und Jugend ist bis auf den relativ frühen Tod seiner Mutter im Jahr 1908 so gut wie nichts bekannt. 1910 schloss Salomon seine schulische Laufbahn an der Oberrealschule Beuthen/Oberschlesien mit der allgemeinen Hochschulreife, dem „Abiturium“, ab. Danach studierte er an den Universitäten Breslau, München, Oxford und Berlin Neuere Philologie (Deutsch, Englisch, Französisch), Geschichte, Philosophie, Psychologie, Pädagogik und Soziologie. In diesem Kontext hielt sich Salomon 1912 längere Zeit in London auf. Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 musste Salomon seine Studien unterbrechen und diente bis 1918 im deutschen Heer als Sanitäter.

Nach Kriegsende kehrte Salomon nach Breslau zurück. Da sein Vater 1918 gestorben war, fehlten ihm die finanziellen Mittel, um seine Vorkriegsstudien formal mit Examen abzuschließen. Zwischen 1919 und 1921 bestritt Salomon seinen Lebensunterhalt mit einigen kurzfristigen Anstellungen in städtischen Büros. Von 1921 bis 1924 war Salomon Mitarbeiter der Filiale Breslau der Darmstädter und Nationalbank.

Der SPD war Salomon bereits am 17. Januar 1919 beigetreten. Bald suchte er auch Anschluss an gewerkschaftliche Organisationen und

---

<sup>1</sup> Zur Biographie von Friedrich Salomon vgl.: Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Nachlass Hans Gottfurcht; IISG Amsterdam, Nachlass Paul Hertz; AdsD, Nachlass Friedrich Salomon; AdsD, Nachlass Wilhelm Sander; *Marlis Buchholz/Bernd Rother* (Hrsg.), Der Parteivorstand der SPD im Exil. Protokolle der Sopade 1933 – 1940, in: Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 15, Bonn 1995; *Mario Bungert*, „Zu retten, was sonst unwiederbringlich verloren geht“. Die Archive der deutschen Sozialdemokratie und ihre Geschichte, Bonn 2002; *Ludwig Eiber* (Hrsg.), Die Sozialdemokratie in der Emigration. Die „Union Deutscher Sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ 1941 - 1946 und ihre Mitglieder. Protokolle, Erklärungen, Materialien, Bonn 1998; *Werner Röder*, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940 – 1945, 2. Aufl., Bonn 1973.

wurde zunächst 1921 Mitglied im Allgemeinen Verband der deutschen Bankangestellten und 1924 im Zentralverband der Angestellten. Möglicherweise spielte sein sozialdemokratisches und gewerkschaftliches Engagement – er war unter anderem Betriebsvertrauensmann – bei der Beendigung seiner Laufbahn als Bankangestellter eine Rolle. In jedem Fall arbeitete Salomon 1924 übergangsweise als Korrektor bei der sozialdemokratischen Zeitung „Volkswacht“, für die er auch bisweilen redaktionell tätig gewesen war. Im selben Jahr trat er in Berlin eine Stellung als Privatsekretär, Bibliothekar und Archivar bei dem sozialdemokratischen Rechtsanwalt Wolfgang Heine an, der zwischen 1918 und 1920 unter anderem die Ämter des anhaltinischen Staatsrates sowie des preußischer Justiz- und Innenministers bekleidet hatte.

In Berlin spannen sich wohl nicht zuletzt auch über die Parteiarbeit, in der sich Salomon – bis 1933 als Kassierer, Schriftführer, Jugendleiter und Distriktsführer – stark engagierte, engere Kontakte zum SPD-Parteiarchiv an, wohin er schließlich 1928 als wissenschaftlicher Mitarbeiter wechselte. Dort war er an den ab Ende der 1920er Jahre verstärkt in Angriff genommenen Ordnungs- und Verzeichnungsarbeiten beteiligt. Der Begriff der Archivarbeit ist freilich in diesem Zusammenhang insofern ein wenig irreführend, als es sich bei den vordringlich erschlossenen Beständen vor allem um Bibliotheks- und Sammlungsfonds handelte. Diese eher dokumentarische Ausrichtung von Salomons Tätigkeit im alten SPD-Parteiarchiv der Weimarer Jahre sollte seinen weiteren beruflichen und fachlichen Weg maßgeblich bestimmen. 1931/32 war Salomon zudem an der Herausgabe der Frühschriften von Karl Marx durch Siegfried Landshut und Jacob Peter Mayer beteiligt.

Zwischen Oktober 1931 und Dezember 1932 wurde Salomon auf Wunsch des SPD-Parteivorstands an die 1931 eingerichtete „Terrorabwehrstelle“ abgeordnet, deren vordringliche Aufgabe es war, Material über nationalsozialistische Gewalttaten zu sammeln und diese Informationen an Justizbehörde und Verwaltung sowie gegebenenfalls auch an die Presse weiterzugeben.

Diese durchaus pointiert anti-nationalsozialistische Tätigkeit sowie der Umstand, dass in seiner Wohnung in der Warschauer Strasse 85 in Ber-

lin-Friedrichshain nach der „Machtergreifung“ Hitlers und der NSDAP am 30. Januar 1933 häufig und regelmäßig informelle Treffen von Angehörigen der SPD und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold stattfanden, brachten ihn ins Fadenkreuz der Gestapo und der SA. Zwar blieb Salomon bis zum formellen Verbot der SPD am 22. Juni 1933 einweilen unbehelligt, entzog sich jedoch zwei Tage später, am 24. Juni 1933, der zunehmenden Bedrohung durch die Flucht nach Prag. Dort meldete sich Salomon umgehend beim Anfang Juni 1933 dort eingerichteten Exilpartei Vorstand der SPD, der Sopade. Zwar versuchte er schon im Oktober 1933 auf Vermittlung von Willi Sander und der Sozialdemokratischen Flüchtlingshilfe nach Großbritannien weiterzureisen, blieb jedoch, nachdem diese Pläne scheiterten, in Prag. Völlig mittellos – er war lediglich mit einem Rucksack zu Fuß über das Riesengebirge aus Deutschland geflüchtet – war er zunächst gänzlich auf die Unterstützung durch das Hilfskomitee für jüdische Flüchtlinge angewiesen.

Ein großer Teil der Archivalien des SPD-Parteiarchivs konnte vor dem Zugriff der Nationalsozialisten gerettet werden und befand sich Anfang 1934 in Kopenhagen und Paris. Das meiste Bibliotheks- und Sammlungsgut war hingegen beschlagnahmt worden. Deshalb beauftragte die Sopade Salomon mit der Planung des Wiederaufbaus des SPD-Parteiarchivs im Exil. Diese Überlegungen zerschlugen sich jedoch im Laufe der nächsten Jahre. Die geretteten Archivalien kamen in das 1935 gegründete Internationale Institut für Sozialgeschichte (IISG) in Amsterdam. Konsequenterweise begann Salomon ab Juli 1935, für das IISG gegen Honorar in Prag Materialien aller Art – vor allem aber Druckschriften, Bücher und Zeitungen – sozialistischer und kommunistischer sowie auch jüdischer Provenienz zu sammeln und nach Amsterdam zu schicken. Durch diese und andere bibliothekarische Aushilfsstätigkeiten sowie gelegentliche journalistische Arbeiten hielt sich Salomon in Prag materiell einigermaßen über Wasser. Er blieb freilich für die Dauer seines gesamten weiteren Aufenthaltes in der Tschechoslowakei bis Herbst 1939 abhängig von der Flüchtlingsfürsorge, die ab der Jahreswende 1933/34 der Einheitsverband der Privatangestellten der Tschechoslowakischen Republik übernommen hatte. Als Ende September 1938 mit dem Münchner Abkommen und der Abtretung der Su-

detengebiete an das Deutsche Reich die unmittelbare Bedrohung der Tschechoslowakei und damit auch der deutschen Emigration mit Händen zu greifen war, begann Salomon damit, seine Ausreise nach Großbritannien vorzubereiten. Im Februar 1939 lagen auch auf Vermittlung des IISG und William Gillies von der britischen Labour Party sowohl das Visum für das Vereinigte Königreich als auch ein tschechoslowakischer Interimspass vor. Eine Flugkarte nach London bekam er jedoch erst für den 24. März 1939 und wurde so durch den deutschen Einmarsch am 15. März überrascht. Daraufhin tauchte Salomon aus Angst vor der Verhaftung für einige Wochen unter. Bemerkenswert ist, dass es ihm in dieser Zeit noch gelang, das Archiv und die Bibliothek der sudetendeutschen Sozialdemokraten im tschechoslowakischen Parlament nach Amsterdam in Sicherheit zu bringen. Ab Mai/Juni kehrte Salomon wieder in seine Wohnung zurück und wurde mehrfach von der Gestapo einvernommen, die sich aber offenbar hinsichtlich seiner politischen und dokumentarischen Tätigkeit für die Sopade und das IISG täuschen ließ. Am 30. August 1939 erhielt er von der mittlerweile eingerichteten Zentrale für jüdische Auswanderung einen sogenannten Durchlassschein, der ihn berechtigte, über deutsches Reichsgebiet auszureisen. Am Abend des 31. August 1939 verließ Salomon die tschechische Hauptstadt und traf am 3. September 1939, also drei Tage nach Kriegsbeginn, in London ein.

Hier bemühte er sich alsbald um die Weiterführung seiner Arbeiten für das IISG, das weitsichtig 1938 in Oxford eine britische Dependence gegründet hatte. Zu seiner großen Enttäuschung benötigte diese aber keine Mitarbeiter mehr. Zudem war durch das aus dem deutschen Überfall auf die Niederlande im Mai 1940 resultierende vorläufige Ende des Amsterdamer Standorts jede Möglichkeit auf Anstellung vernichtet. Deshalb war Salomon in London einstweilen vollständig auf die durchaus karge Unterstützung des British Committee for Refugees from Czechoslovakia, des späteren Czech Refugee Trust Fund, angewiesen. Durch Protektion vor allem von Seiten der Labour Party entging Salomon, der zuvor in die Kategorie C (eindeutig loyaler Hitlergegner) eingeordnet worden war, der ab Mai 1940 verschärft einsetzenden Welle der Internierung von „Enemy Aliens“. Salomon nahm seine Dokumen-

---

tationstätigkeit für die Sopade bzw. später die „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ in London wieder auf, wenn auch in weit bescheidenerem Umfang als in Prag für das IISG und nicht vom Parteivorstand formell vergütet. Daneben arbeitete er – über weite Strecken ebenfalls unbezahlt – als Londoner Gewährsmann des von Boris Nikolajewskij 1941 in New York gegründeten Institute for Labour History. Ab 1943 war er zudem zusammen mit Erich Ollenhauer, Fritz Heine, Ludwig Rosenberg und anderen an der als so genannte „research work“ getarnten Zusammenarbeit der „Union“ mit dem amerikanischen Auslandsgeheimdienst Office for Strategic Services (OSS) beteiligt. In Großbritannien war Salomon neben seiner Mitgliedschaft in der Sopade/Union und der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter Angehöriger des National Trade Union Club sowie der Labour Party.

Unmittelbar nach Kriegsende wurden erste Überlegungen angestellt, ob und wie die von Salomon gesammelten Materialien als Grundstock eines neuen SPD-Parteiarchivs nach Deutschland gebracht werden könnten. Dieser Prozess zog sich bis Frühjahr 1946 hin, bis klar wurde, dass Hannover der Sitz des vorläufigen Parteivorstandes – des Büros Kurt Schumacher – und damit auch eines neuen Parteiarchivs sein würde. Am 28. Mai 1946 trug Fritz Heine Salomon offiziell dessen Leitung an, die zu übernehmen sich dieser nur allzu gerne bereit erklärte. Mit den unmittelbaren Rückkehrvorbereitungen jedoch verstarb Salomon, der seit 1929 an Diabetes und einer generell fragilen Gesundheit gelitten hatte, in der Nacht vom 1. auf den 2. Juli 1946.

Jacques Schwarz

## Johann Sassenbach (1866 – 1940)

Johann Sassenbach<sup>1</sup> kam am 12. Oktober 1866 in Breun (heute Lindlar) im Bergischen Land als Sohn eines Sattlers, Gast- und Landwirts zur Welt. Nach dem Besuch der Volksschule absolvierte er eine Sattlerlehre, arbeitete danach als Sattlergeselle und ging als Handwerksbursche auf Wanderschaft, die ihn durch die meisten Staaten und Provinzen des deutschen Reiches, bis nach Südfrankreich und tief nach Italien hinein führte. Im Herbst 1890 siedelte sich Sassenbach in Berlin an. Einige Zeit arbeitete er noch in seinem erlernten Beruf, unter anderem als Geschäftsführer einer Produktivgenossenschaft der Militärsattler. Von 1891 bis 1906 führte er den Verband der Sattler und Tapezierer und redigierte dessen Verbands-Zeitung, von 1906 bis 1921 übernahm er das Sekretariat der Internationalen Vereinigung der Sattler und verwandter Berufsgenossen. Von 1898 bis 1923 leitete Sassenbach das Berliner Gewerkschaftshaus, von 1902 bis 1919 gehörte er als ehrenamtliches Mitglied der Generalkommission der freien Gewerkschaften und von 1919 bis 1923 dem Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an. 1923 zog er nach Amsterdam um, arbeitete dort bis 1927 als Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes („Amsterdamer Internationale“) und übernahm von 1927 bis 1931 die Aufgaben des Generalsekretärs.

Sassenbach war seit 1889 Mitglied der SPD (ab 1917 der MSPD). Er vertrat seine Partei von 1906 bis 1915 in der Berliner Stadtverordnetenversammlung und gehörte von 1915 bis 1920 dem Berliner Magistrat als unbesoldeter Stadtrat an. Von 1899 bis zu seiner Wahl als

---

<sup>1</sup> Weitere Literatur über Sassenbach: *Barbara Voigt*, Der Gewerkschaftsführer, Verleger und Publizist Johann Sassenbach (1866-1940), in: *Peter Wruck* (Hrsg.), *Literarisches Leben in Berlin 1871-1933*, Berlin (DDR) 1987, S. 299-333; *Jacques Schwarz*, *Johann Sassenbach 1866-1940*. Zum 140. Geburtstag: Lebensdaten und Bibliographie, Berlin 2006; *Ders.*: *Johann Sassenbach. Ein Lebensbild*, in: *Johannes Sassenbach. Ehrung in Berlin anlässlich seines 140. Geburtstages*, Berlin 2007. Laut Geburtsurkunde hieß Sassenbach mit Vornamen Johann, später nannte er sich gelegentlich auch Johannes.

Stadtrat saß er im Vorstand der Freien Volksbühne, von 1920 bis 1923 war er Vorsitzender der von ihm mitgegründeten Volkshochschule Groß-Berlin. 1920 bekleidete er das neue Amt eines Sozialattachés bei der Deutschen Botschaft in Rom.

1891 gründete Sassenbach einen eigenen Verlag und war bis 1923 auch als Verleger und Verlagsbuchhändler tätig. In Sassenbachs Verlag erschienen außer der Sattler-Verbandszeitung und eigenen Publikationen („Die Freimaurerei“, „Die heilige Inquisition“, „Neuland“), vor allem Werke von Arno Holz und seiner Schule sowie Gedichte und Dramen von Otto Krille. Außerdem redigierte Sassenbach von 1895 bis 1896 die Zeitschrift „Der Sozialistische Akademiker“ und war von 1896 bis 1898 Herausgeber und Redakteur der Zeitschrift „Neuland“, einer Monatsschrift für Politik, Wissenschaft, Literatur und Kunst.

Als Geschäftsführer des Berliner Gewerkschaftshauses organisierte Sassenbach bis zum Ersten Weltkrieg alljährlich in der Vorweihnachtszeit eine Ausstellung zur Jugendliteratur, mit der proletarischen Müttern bei der Auswahl von Weihnachtsgeschenken Hilfestellung gegeben und die Verbreitung so genannter Schundliteratur eingedämmt werden sollten. Um die Schundliteratur dauerhaft zu bekämpfen und „gute“ Unterhaltungslektüre zu fördern, entwickelte Sassenbach ein spezielles Bibliothekssystem mit Ausgabestellen in der Stadt und in den Vororten Berlins. Träger dieser 1911 eingeführten Leihbibliothek war zunächst das Gewerkschaftshaus, zwei Jahre später ging sie in die Obhut des Berliner Bildungsausschusses über.

In der Generalkommission war Sassenbach für internationale Fragen (wegen seiner guten Sprachkenntnisse), Jugendfragen und Bildungsarbeit zuständig. 1906 regte er in einer Denkschrift die Gründung einer gewerkschaftlichen Verlagsbuchhandlung an, um alle Gewerkschaften, die eigene Literatur (Berichte, Protokolle, Statistiken, Quellenwerke) herausgaben, an den Buchhandel anzuschließen und um die von den Gewerkschaftsbibliotheken benötigten Bücher zu besorgen. Die Generalkommission und die Zentralvorstände der Einzelgewerkschaften stimmten zwar der Einrichtung einer Zentralstelle für Literatur bei der Generalkommission zu, beschlossen aber, die sozialdemokratische Ver-



lagsbuchhandlung Vorwärts mit der Kommission der eigenen Literatur zu beauftragen.

Die Gewerkschaftskommission beauftragte 1906 Sassenbach mit der Vorbereitung und Leitung zentraler gewerkschaftlicher Unterrichtskurse, die Fachwissen vermitteln und in erster Linie die Selbstbildung der Gewerkschaftsfunktionäre erleichtern sollten. Der erste Kurs fand im Sommer 1906 statt. Bis zum Ersten Weltkrieg veranstaltete die Generalkommission insgesamt 22 vier- bis sechswöchige Kurse mit mehr als 1400 Teilnehmern, ab Herbst 1909 kamen spezielle Unterrichtskurse für Arbeitersekretäre hinzu. Sassenbach unterrichtete das Nebenfach „Gewerkschaftliche Literatur“. Als Handreichung für den Unterricht und als Hilfsmittel für das weitere Selbststudium stellte er ein „Verzeichnis der in deutscher Sprache vorhandenen gewerkschaftlichen Literatur“<sup>2</sup> zusammen. Das Publikationsverzeichnis wuchs im Laufe der Zeit gewaltig an: von 436 Veröffentlichungen in der ersten Ausgabe (1906) auf 7 700 Titel in der vierten Ausgabe (1910) einschließlich Nachtrag (1912).

Auf dem achten Gewerkschaftskongress 1911 in Dresden referierte Sassenbach zum Thema „Bildungsbestrebungen und Bibliothekswesen in den Gewerkschaften“ und legte dazu Leitsätze vor, die der Kongress annahm. Sassenbach empfahl den Ausbau, die Systematisierung und die Weiterentwicklung der traditionellen gewerkschaftlichen Bildungsmittel Presse, Vorträge und Bibliotheken, deren Aufgabe es sei, „die Mitglieder mit Fragen des öffentlichen Lebens bekannt zu machen und ihnen Kenntnisse zu vermitteln, die geeignet sind, sie als Menschen zu heben und als kämpfende Arbeiter in ihren Kämpfen zu unterstützen“<sup>3</sup>. Sassenbach schlug vor, das örtliche Bibliothekswesen zu zentralisieren und nach Möglichkeit einen Bibliothekar einzustellen, der durch die Erweiterung der Literaturbeilage des Correspondenzblattes unterstützt

---

<sup>2</sup> Verzeichnis der in deutscher Sprache vorhandenen Gewerkschaftsliteratur. Im Auftrag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zusammengestellt. 1. Ausg. Berlin, Sept. 1906, 2. Ausg., Berlin, Jan. 1907, 3. Ausg. Berlin, April 1908, 4. Ausg. Berlin 1910, Nachtr. zur 4. Ausg., Berlin 1912.

<sup>3</sup> *Paul Barthel*, Handbuch der deutschen Gewerkschaftskongresse, Dresden 1916, S. 86.

werden sollte. Die ständige Aktualisierung des Bibliotheksbestandes mit Schwerpunkt auf gewerkschaftlicher Literatur und neuerer Unterhaltungsliteratur stand für ihn im Vordergrund. Weiterhin legte Sassenbach Wert auf eine sachgemäße Ausbildung der Bibliothekare, da sie die „Seele der Bibliotheken“ seien. Ein erster zentraler Unterrichtskurs für Arbeiterbibliothekare fand 1914 in Berlin statt.

1912 wurde Sassenbach Mitglied des paritätisch aus Vertretern des Verbandes der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgebung und der Berliner Gewerkschaften gebildeten Berliner Bezirksbildungsausschusses, in dessen Rahmen eine von den Arbeiterbibliothekaren gewählte Kommission Konferenzen für Arbeiterbibliothekare veranstaltete.

Bereits in seiner Handwerksburschenzeit hatte Sassenbach den Grundstock für seine stetig wachsende, systematisierte und in einem Katalog erfasste Privatbibliothek aus politischer, gewerkschaftlicher und belletristischer Literatur gelegt. Anfang der zwanziger Jahre hatte diese „Büchersammlung Sassenbach“ einen Umfang von etwa 6 000 Einheiten angenommen. Noch vor dem Ersten Weltkrieg schenkte der 1862 gegründete liberale Berliner Arbeiterverein Sassenbach seine reichhaltige Vereinsbibliothek mit ziemlich unbekannter Literatur, die bis in die Zeit der Revolution von 1848 zurückreichte. Der bürgerliche Sozialreformer Ludwig Heyde qualifizierte Sassenbachs Büchersammlung als eine der „größten und übersichtlichsten Privatbibliotheken der Reichshauptstadt“<sup>4</sup> und maß ihr wegen des nahezu lückenlosen Bestandes der bis dato erschienenen Gewerkschaftsliteratur besondere Bedeutung zu. Sassenbach stellte seine Bibliothek Gewerkschaftern, Wissenschaftlern und Studenten zu Studienzwecken zur Verfügung, der Allgemeinheit blieb sie verschlossen. Nach Sassenbachs Umzug nach Amsterdam blieb die Büchersammlung an ihrem Standort im Berliner Gewerkschaftshaus. 1929 gab Sassenbach seine Bibliothek in die Obhut des Berliner Ortsausschusses des ADGB, der 1931 acht der zwölf Abteilungen für einen symbolischen Preis erwarb. Der Ortsaus-

---

<sup>4</sup> *Ludwig Heyde*, Joh. Sassenbach – Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam, in: *Soziale Praxis und Archiv für Arbeiterwohlfahrt*, 32 (1923), Sp. 46.

schuss bemühte sich, die Sammlung, die nun unter der Bezeichnung „Bibliothek Sassenbach. Ortsausschuss Berlin“ firmierte, auf den aktuellen Stand zu bringen und neu zu ordnen. Bis Anfang 1933 war es dem ADGB-Ortsausschuss auf Grund von finanziellen Schwierigkeiten, Raumproblemen und personellen Engpässen nicht gelungen, die Arbeiten an der Bibliothek, die im übrigen auch Archivgut enthielt, abzuschließen und sie zur Nutzung freizugeben. 1934 verleibte sich das Parteiarchiv der NSDAP die Bibliothek Sassenbach ein. Sassenbach starb am 19. November 1940 in Frankfurt am Main.<sup>5</sup>

Das weitere Schicksal seiner Bibliothek ist bis jetzt nicht vollständig geklärt. Als selbständige Sammlung ist sie nicht mehr existent. Nach Gisela Peter<sup>6</sup> gilt „ein erheblicher Teil“ als verschollen, nur zwei- bis dreitausend Bände seien erhalten geblieben. Einige Teile des Bestandes befinden sich heute in der Bibliothek der SAPMO im Bundesarchiv in Berlin, andere in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn und in der Library of Congress in Washington.

---

<sup>5</sup> Sassenbachs 1936 geschriebene Erinnerungen wurden 1999 veröffentlicht: *Sassenbach, Johannes*, Erinnerungen. Faksimile. Hrsg. v. d. Johannes-Sassenbach-Gesellschaft, Berlin 1999. Teile des Nachlasses sind vorhanden in: SAPMO-BArch (Teilnachlass); Friedrich-Ebert-Stiftung/Archiv der sozialen Demokratie, ADGB-Restakten (enthalten Unterlagen u. a. über die Büchersammlung Sassenbach) und Nachlass Willi Haug (enthält Nachlass-Splitter Sassenbachs); DGB-Archiv im AdsD, Nachlass Johann Sassenbach (Nachlass-Splitter).

<sup>6</sup> *Gisela Peter* (unter Mitarb. von Heinz Peter), *Gewerkschaftliche Literatur vor 1914. Die bibliographische Leistung Johannes Sassenbachs*, Berlin 2006.

---

Eckhard Müller

## **Annie van Scheltema-Kleefstra (1884 – 1977)**

Anna Catharina Kleefstra, bekannt als (Adama van) Scheltema(-Kleefstra); genannt Annie, Bibliothekarin des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte Amsterdam, wurde am 25. Februar 1884 in Lemmer/Friesland geboren und starb am 22. März 1977 in Amsterdam.<sup>1</sup>

Nach dem Besuch der von ihrem Vater gegründeten und geleiteten Briioschule in Hilversum, erwarb Annie Kleefstra die Lehrbefähigung für Deutsch und unterrichtete einige Zeit an ihrer alten Schule. Unter dem Einfluss des Lehrers Gerard Ras trat sie 1905 in die Sociaal-Democratische Aerbeiders-Partij (SDAP) ein. 1907 wurde sie Sekretärin des sozialistischen Dichters Carel Steven Adama van Scheltema, den sie im gleichen Jahr heiratete. Bei einer sechsjährigen Bildungsreise durch Europa mit ihrem Mann lernte sie eine Reihe von Ländern kennen. Schließlich ließen sie sich in Bergen (Nord-Holland) nieder, wo sie in Künstlerkreisen verkehrten. Weitere Kontakte verbanden sie mit einem Kreis von jungen sozialdemokratischen Intellektuellen, dem auch der Wirtschaftshistoriker Nicolaas Wilhelmus Posthumus angehörte.

Annie van Scheltema-Kleefstras Ehemann verstarb 1924 an den Folgen eines Unfalles. Sie geriet in der Weltwirtschaftskrise in finanzielle Schwierigkeiten und war 1929 gezwungen, sich nach Arbeit umzusehen. Zu Beginn der dreißiger Jahre durchlief sie als Volontärin an der Universitätsbibliothek Amsterdam eine Bibliotheksausbildung. 1932 stellte sie Posthumus, inzwischen Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Amsterdam und Direktor der Economisch-Historische Bibliotheek (EHB), in deren sozialhistorische Abteilung ein. Gleichzeitig wurde sie Archivarin der niederländischen SDAP. 1934

---

<sup>1</sup> Vgl. Biografisch Woordenboek van Het Socialisme en de Arbeidersbeweging in Nederland. Deel 2, Amsterdam 1987, S. 77-78; *A.J. C. Rüter*, Mrs. A. C. Adama van Scheltema-Kleefstra, in: Bulletin of the IISHI, (1954) 9, S. 1-3.

gab die Ferdinand Domela Nieuwenhuis Stiftung die Bibliothek des niederländischen Anarchisten Ferdinand Domela Nieuwenhuis als Leihgabe an die EHB. Die Obhut über diese Sammlung und ihre Pflege übertrug man Annie van Scheltema-Kleefstra.

Nicolaas Wilhelmus Posthumus entfaltete nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ 1933 in Deutschland große Aktivitäten, um Archive und Bibliotheken von sozialgeschichtlicher Bedeutung vor dem Zugriff, missbräuchlicher Benutzung und der Vernichtung zu bewahren. Annie van Scheltema-Kleefstra brachte ihn mit dem Direktor der sozialdemokratisch orientierten Versicherungsanstalt De Centrale Arbeiders Verzekering- en Depositobank, Nehemia de Lieme, zusammen. Diese Versicherungsanstalt stiftete entsprechend ihrer Statuten einen Teil der Gewinne des Unternehmens für kulturelle Zwecke der Arbeiterbewegung. Für Nehemia de Lieme war die Initiative von Posthumus, das literarische Erbe der verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung zu sichern, eine zwingende Notwendigkeit und er unterstützte ihn in außerordentlichem Maße durch finanzielle Mittel. Ein Jahr später, am 25. November 1935 wurde auf Initiative von Posthumus das Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis (IISG) gegründet.<sup>2</sup>

Annie van Scheltema-Kleefstra wurde die Institutsbibliothekarin und entwickelte sich zu einer leidenschaftlichen Sammlerin, Bewahrerin und Pflegerin von Beständen sozialistischer Literatur und Archivalien. Sie suchte die Spitzenfunktionäre der SDAP, wie J. F. Ankersmit, W. H. Vliegen, F. M. Wibaut und Henri Polak, auf und unternahm seit 1935 jährliche Reisen in die niederländischen Provinzen zu lokalen Organisationen der SDAP, um Literatur und Schriftgut zur Geschichte der Partei zu sichten und für das Archiv zu gewinnen.

Als in den dreißiger Jahren die Anzahl der durch Diktaturen unterschiedlichster Tendenz bedrohten Personen und der damit bedrohten

---

<sup>2</sup> Vgl. *Annie Adama van Scheltema-Kleefstra*, Lets over het Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis te Amsterdam, in: *Medelingen van de Nederlandse Vereniging van Vrouwen met Academische Opleiding*, 18 (1952) 1, S. 7-9; *Maria Hunink*, *De papieren van de revolutie. Het Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis 1935-1947*, Amsterdam 1986.

Archive und Bibliotheken mit ihren Kollektionen zunahm, machte Annie van Scheltema-Kleefstra unter komplizierten Bedingungen Auslandsreisen (im Jahre 1936 gemeinsam mit Posthumus) nach Paris, Wien, Karlsruhe, Zürich, Bern, Prag, Brünn, Budapest, Belgrad und Sofia, um aus Mittel- und Osteuropa stammende sozialhistorische Archive für das IISG zu erwerben, wobei die Finanzierung über die „Centrale“ erfolgte. Mit persönlichem Einsatz und dem ihr eigenen Enthusiasmus wusste sie ihre Gesprächspartner immer wieder zu überzeugen, dass die Interessen des IISG mit ihren eigenen und mit der historischen Bedeutung ihrer Bewegungen übereinstimmten. In den letzten Maitagen 1938 nahm Annie van Scheltema-Kleefstra nach erfolgreichen Verkaufsverhandlungen des Exilvorstandes der SPD und des IISG den Marx-Engels-Nachlass des SPD-Parteiarchivs aus dem Safe der Arbeiterlandesbank in Kopenhagen in Empfang und transportierte ihn anschließend in drei Koffern per Schiff nach Amsterdam.<sup>3</sup> Es gelang ihr, unter teilweise abenteuerlichen Bedingungen unter anderem das Archiv des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes Polens, die Sammlung Max Nettlau zum Anarchismus, die Bibliothek Robert Danneberg, die Nachlässe von Gustav Landauer und Josef Peukert, die Bibliothek und das Archiv der russischen Sozialrevolutionäre, das Archiv der Tschechischen Sozialistischen Partei, das Archiv von Valerin Smirnow, Sammlungen von Christiaan Cornelissen, Charles Rappoport, Charles Hotz, Fritz Brupbacher, Karl Seitz, Wilhelm Liebknecht, Otto Braun, Otto Lang für das IISG zu erwerben und somit zu retten.<sup>4</sup>

Sie wurde zur geschickt agierenden Sammlerin und Organisatorin der Transporte von gefährdeten Archiven und Bibliotheken, die per Diplomatenpost oder heimlich über die Grenzen gebracht wurden. Darüber

---

<sup>3</sup> Vgl. *Paul Mayer*, Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs und das Schicksal des Marx-Engels-Nachlasses, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 6/7, Hannover 1966, S. 1-198, hier: S. 142/143.

<sup>4</sup> Vgl. *Eric J. Fischer/ Huub Sanders*: Deutsche Archivalien in Nachlässen und Sammlungen Deutscher und internationaler Provenienz im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam, in: *IWK*, 29 (1993) 3, S. 348-362; *Maria Hunink*, De papieren van de revolutie. Het Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis. 1935-1947, Amsterdam 1986.

und über ihre Reisen findet man vieles in ihren Erinnerungen. So schreibt sie über das Herausbringen des Schriftgutes von Gustav Landauer und Josef Peukert aus Deutschland in die Schweiz: „Im Zug saß ich mit großen Sorgen. Gegen Süden zu wurde das Abteil leer. Die Deutschen mussten in jener Zeit 1.000 RM an der Grenze hinterlegen; also fuhren nur wenige ins Ausland. Eine Stunde vor Basel saß ich denn auch ganz allein in meinem Waggon, je länger desto nervöser. Was würde auf dem Badischen Bahnhof geschehen? Ich fürchtete Arges. Unser Zug fuhr schlecht beleuchtet in den verdunkelten Bahnhof ein. Man sparte in dieser Zeit glücklicherweise Strom. Ich saß in meinem Eckchen ineinander gekauert wie eine alte Frau, und ja, dann kam der Zoll. Ich hatte drei Koffer, einen bleischwer, einen halbvoll mit Papieren und Kleidern und schließlich ein Toilettenköfferchen. ‚Guten Abend, Pass bitte. Woher kommen Sie?‘ ‚Amsterdam‘. ‚Wohin fahren Sie?‘ ‚Zürich‘. ‚Wozu?‘ ‚Ich fahre in Ferien‘. ‚Wie lange bleiben Sie dort?‘ ‚Etwa drei Wochen.‘ ‚Was haben Sie?‘ ‚Nur Kleider. Wollen Sie etwas sehen?‘ Er sah nach meinen Handkoffern, ich auch, und nach einigen beklemmenden Sekunden sagte er ‚Na, lassen Sie nur‘. Und er verschwand. Ich kann meine Gefühle von damals nicht beschreiben. Aber wir standen noch zwanzig Minuten auf dem Badischen Bahnhof, ich in Angst, dass die Schweizer kommen würden, bevor wir vom Bahnhof abgefahren wären. Als der Zug sich endlich wieder in Bewegung setzte, wurde ich beinahe ohnmächtig.“<sup>5</sup>

Kurz nach der Besetzung der Niederlande durch die Truppen der deutschen Wehrmacht, wurde das IISG am 15. Juli 1940 durch die deutsche Sicherheitspolizei geschlossen. Die Verfügungsgewalt über das IISG und seine Sammlungen erhielt der Einsatzstab Reichsleiter Alfred Rosenberg für die besetzten Gebiete.<sup>6</sup> Annie van Scheltema-Kleefstra

<sup>5</sup> Vgl. *Annie Adama van Scheltema*, Herinneringen van bibliotheecaresse van het Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis. Amsterdam 1977, in: *Tijdschrift voor Sociale Geschiedenis*, (1978) 11, S. 141-176. Deutsche Übers. in: *Mitteilungsblatt des Instituts zur Geschichte der Arbeiterbewegung* [der Ruhr-Universität Bochum], 1 (1979) 4, S. 11-36, hier: S. 22.

<sup>6</sup> Vgl. *Peter M. Manasse*, Verschleppte Archive und Bibliotheken. Die Tätigkeiten des Einsatzstabes Rosenberg während des Zweiten Weltkrieges, St. Ingbert 1997, S. 51-90;

wurde in einer Reihe von Verhören nach dem Verbleib von Archivgut, den Zweck ihrer Reisen und ihren Verbindungen zu sozialistischen Parteien befragt. Nach dem Abschluss des Münchener Abkommens 1938 hatte N. W. Posthumus weitsichtig die wertvollsten Bestände, wie zum Beispiel den Marx-Engels-Nachlass, in einer Filiale des IISG in Großbritannien untergebracht. Ab 1944 lies Rosenberg die noch in Amsterdam vorhandenen Kollektionen (etwa 300 000 Titel von Bibliothek und Archiv) mit Lastkähnen in Richtung Osten abtransportieren. Annie van Scheltema-Kleefstra musste diesen Raub mit ansehen, ohne eingreifen zu können

Mit unbändiger Energie widmete sie sich ab 1945 der Suche nach der verschleppten Bibliothek und danach dem Wiederaufbau des IISG. Bereits im April 1946 konnte Erich Ollenhauer an Annie van Scheltema-Kleefstra berichten, dass Sozialdemokraten in Hannover die Schleppkähne „Komet“ und „Alkmaar“ mit dem Schriftgut des IISG entdeckt hatten: „Die erste flüchtige Feststellung hat ergeben, dass die meisten Kisten uneröffnet sind und dass anscheinend alle direkten Archivsachen vorhanden sind.“<sup>7</sup> Annie van Scheltema-Kleefstra hatte nach dem zweiten Weltkrieg einen ganz erheblichen Anteil an der laufenden Organisation und Leitung des IISG. Mit ihrer Pensionierung im Alter von fast 69 Jahren legte sie am 3. Dezember 1953 ihre Funktion nieder, verfolgte jedoch die Geschicke des IISG weiter mit großer Aufmerksamkeit. Kurz vor ihrem Freitod 1977 erschienen ihre sehr persönlichen Erinnerungen an ihre verdienstvolle Arbeit im IISG, die sie Ende der 1960er und zu Beginn der 1970er Jahre auf Band gesprochen hatte.

---

*Karl Heinz Roth*, The International Institute of Social History as a pawn Nazi Social Research – New documents on the IISH during German occupation rule from 1940 to 1944, in: *International Review of Social History*, 34 (1989) Suppl.; *Reinhard Bollmus*, Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Stuttgart 1970.

<sup>7</sup> Zit. n.: *Mario Bunge*, „Zu retten, was sonst unwiederbringlich verloren geht“. Die Archive der deutschen Sozialdemokratie und ihre Geschichte, Bonn 2002, S. 68.



Andrea Bahr

## Max Schippel (1859 – 1928)

Max Schippel<sup>1</sup> wurde am 6. Dezember 1859 als Sohn eines Schuldirektors in Chemnitz geboren. Nachdem er von 1869 bis 1877 das Realgymnasium in seiner Heimatstadt besucht hatte, studierte er bis 1884 in Leipzig, Berlin und Basel Philosophie und Staatswissenschaften. Während seines Studiums war Schippel ein Anhänger des Staatssozialisten Johann Karl Rodbertus-Jagetzow und wurde außerdem stark beeinflusst von Albert Schäffle und Adolph Wagner.

Nach dem Ende seines Studiums übernahm Schippel zunächst eine Stelle bei der Handelskammer in Dresden (1885-1886), ehe er 1886 von Paul Singer als leitender Redakteur zum „Berliner Volksblatt“ berufen wurde. 1886 trat er der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) bei.<sup>2</sup>

In Berlin schloss sich Schippel der radikal-marxistischen Strömung der Partei an, die später als „Berliner Opposition“ oder schlicht „Die Jungen“ bezeichnet wurde. Diese Gruppierung distanzierte sich vom reformerisch-legalistischen Kurs der Reichstagsfraktion und der Parteiführung, den diese eingeschlagen hatten, um auch unter den restriktiven Bedingungen des Sozialistengesetzes fortbestehen und agieren zu können. Die „Jungen“ forderten jedoch „eine der revolutionären Lage entsprechende, sich auf die bevorstehende ökonomische und soziale Katastrophe einstellende Taktik“.<sup>3</sup> Im Sinne dieser Forderungen formte

---

<sup>1</sup> Zur Biographie von Max Schippel vgl. vor allem: *Paul Kampffmeyer*, Max Schippel, in: *Sozialistische Monatshefte*, 34 (1928) 7, S. 587-594; *Robert Schmidt*, Max Schippel im Dienst der Arbeiterbewegung, in: *Ebd.*, S. 595-598.

<sup>2</sup> Abweichend gibt Wilhelm Heinz Schröder das Jahr 1884 als Eintrittsdatum an, wahrscheinlicher ist jedoch 1886, da Schippel selbst von diesem Jahr als Ende seiner Wandlung zum Sozialdemokraten spricht. Vgl. *Wilhelm Heinz Schröder*, Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867 – 1933. Biographien, Chronik, Wahldokumentation. Ein Handbuch, Düsseldorf 1995, S. 720.

<sup>3</sup> *Kampffmeyer*, S. 590.

Schippel als politisch leitender Redakteur des „Berliner Volksblatt“ immer mehr zu einem Sprachrohr der „Berliner Opposition“.<sup>4</sup>

Als Wortführer der „Jungen“ tat sich Schippel besonders im Streit um die Stadtverordnetenwahlen in Berlin 1887 hervor. Er warnte vor einer Überschätzung des Parlamentarismus und sprach sich deshalb für eine direkte Ansprache der Massen aus. Abgeordnete könnten über ihrer Arbeit im Parlament leicht den Blick für die wesentlichen Strömungen in der Gesellschaft verlieren. In einem Gutachten, das er zusammen mit anderen Anhängern der „Berliner Opposition“ verfasste, heißt es: „Ein Teil unserer Partei richtet mehr als der andere sein Auge vertrauensvoll auf diejenigen Gesetzgebungs- und Verwaltungsinstitutionen (Parlamente, Gemeindevertretungen), welche die Bourgeoisie geschaffen hat, um ihre wechselnden Interessen und Wünsche zum Ausdruck und Durchbruch bringen zu können. Dieser Teil legt sehr leicht einen übertriebenen Wert darauf die Bourgeoisorganisationen mit sozialdemokratischen Gliedern zu durchsetzen, um so, gleichsam von oben herab, größere agitatorische und positive Erfolge für die Partei zu erzielen. Die Gegenpartei leugnet diese Erfolge nicht, aber sie legt der direkten Agitation unter den Massen, der Vereinsbildung, der unmittelbaren Ideenverbreitung in Wort und Schrift, ohne die Dazwischenkunft eines ganz andersartigen Mediums, verhältnismäßig größeren Wert bei.“<sup>5</sup>

Im Jahr 1887 wechselte Schippel als Herausgeber und Redakteur zur „Berliner Volkstribüne“, der neugegründeten Plattform der „Jungen“. Dieses Wochenblatt vertrat marxistische, teils linksradikale Positionen. Im Verlag der „Berliner Volkstribüne“ begann Schippel 1889 außerdem die „Berliner Arbeiterbibliothek“ herauszugeben, in der junge Intellektuelle zu den sozialen und politischen Entwicklungen der Zeit zu Wort kamen.<sup>6</sup>

<sup>4</sup> Zur Entwicklung des „Berliner Volksblattes“ unter Schippel vgl. *Bolko Bouché*, Zur Geschichte des Berliner Volksblattes. Legale sozialdemokratische Presse unter dem Sozialistengesetz, in: *Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus*, 17 (1989) 2, S. 116-123.

<sup>5</sup> Ebd., S. 589ff.

<sup>6</sup> Vgl. hierzu: Die Berliner Arbeiterbibliothek (1889-1893) und ihr Herausgeber Max Schippel, in: *B. Emig/M. Schwarz/R. Zimmermann*, Literatur für eine Wirklichkeit. Bi-

Als sich Schippel 1890 mit der „Berliner Opposition“ überwarf, musste er den Posten bei der „Berliner Volkstribüne“ räumen. Die Mehrheit der „Jungen“ war immer mehr in antiparlamentarisches Fahrwasser geraten und machte nun auch Front gegen Arbeiterschutzgesetze und Sozialreformen, welchen Schippel jedoch großen Nutzen beimaß. Die Ablehnung der zunehmend radikaleren Position der „Jungen“ mag auch in der Tatsache begründet liegen, dass Schippel bei den Reichstagswahlen im Februar 1890 selbst in den Reichstag gewählt worden war. Er vertrat dort bis 1905 den Wahlkreis seiner Heimatstadt Chemnitz.

Nach seinem Ausscheiden aus der Redaktion der „Berliner Volkstribüne“ wurde Schippel von 1890 bis 1894 ständiger Mitarbeiter bei der „Neuen Zeit“, der offiziellen Wochenschrift der SPD, und übernahm dann die Redaktion des Wochenblattes „Der Sozialdemokrat“. Als letzteres sein Erscheinen auf Beschluss des Parteitages in Breslau zum 31. Dezember 1895 einstellen musste, übertrug man Schippel zu Beginn des Jahres 1896 das Amt des Parteiarchivars, der damit auch für die Bibliotheksbestände zuständig war. In seine Amtszeit fiel der Beschluss des SPD-Parteivorstands vom 14. Januar 1899, das Parteiarchiv in der Heimannschen „Öffentlichen Bibliothek und Lesehalle“ in Berlin unterzubringen. Diese Volksbibliothek war am 26. Oktober 1898 auf Betreiben und durch maßgebliche finanzielle Unterstützung von Hugo Heimann eröffnet worden. Diese Verlagerung des Parteiarchivs trug zur besseren Benutzbarkeit und Zugänglichkeit der Bücher und Unterlagen bei, da der vorherige Standort in der Berliner Wohnung von Ignatz Auer nur eine beschränkte Nutzung erlaubte. Das SPD-Archiv war jedoch von der Heimannschen öffentlichen Bibliothek getrennt; sie unterlag anderen Benutzungsbedingungen und war völlig anders strukturiert. Um sie zu erschließen und damit besser nutzbar machen zu können, musste eine eigene Systematik entwickelt werden.

---

bliographie und Geschichte des Verlags J.H.W. Dietz Nachf. 1881 bis 1981 und der Verlage Buchhandlung Vorwärts, Volksbuchhandlung Hottingen/Zürich, German Co-operative Print. & Publ. Co., London, Berliner Arbeiterbibliothek, Arbeiterjugendverlag, Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Der Bücherkreis, Berlin u.a. 1981, S. 249-253.

Schippels Tätigkeit im Parteiarchiv scheint in der Praxis mehr die eines wissenschaftlichen Beraters gewesen zu sein, was angesichts seiner weiteren Betätigungsfelder nicht verwundern mag. So war er, wie schon erwähnt, seit 1890 Reichstagsabgeordneter, von 1897 bis 1928 ständiger Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte“ und außerdem wissenschaftlich tätig. Allein in den „Sozialistischen Monatsheften“ veröffentlichte er weit über 300 Artikel, anfangs auch unter dem Pseudonym „Isegrim“. Darüber hinaus erarbeitete er das „Sozialdemokratische Reichstags-Handbuch“<sup>7</sup>, das 1902 erschien und einen Überblick über die Parlamentsarbeit bot.

Da methodische Fragen Schippel jedoch besonders lagen, fand er trotz seiner Arbeitsbelastungen die Zeit, die Systematik des Sachkataloges zu entwickeln, auch wenn die Hauptarbeit dazu vom geschulten Personal der Heimannschen Bibliothek erledigt wurde. Der gedruckte Katalog umfasste 400 Folioseiten<sup>8</sup> und 8 000 Nummern und wurde 1901 herausgegeben.<sup>9</sup> Er ermöglichte zum ersten Mal auch einen schnellen inhaltlichen Zugriff auf die Bestände.

Der systematische Katalog war in 13 Klassen gegliedert: Volkswirtschaft, Sozialwissenschaft, Sozialismus und Sozialdemokratie, Geschichte, Staatswissenschaften, Rechtswissenschaft, Kriegs- und Heereswesen, Militarismus, Abrüstungs- und Friedensbestrebungen, Bildungs- und Erziehungswesen, Religion und Philosophie, Geographie, Naturwissenschaft, Medizin, Sprach- und Literaturwissenschaft, Allgemeines, Zeitungen. Darunter verzweigte sich die Systematik in über 250 Notationen. Als Pendant zum gedruckten systematischen Katalog wurde für den Archiv- und Bibliotheksbestand ein alphabetischer Zet-

---

<sup>7</sup> *Max Schippel*, Sozialdemokratisches Reichstags-Handbuch: ein Führer durch die Zeit- und Streitfragen der Reichsgesetzgebung, Berlin 1902.

<sup>8</sup> Angaben aus *Paul Mayer*, Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs und das Schicksal des Marx-Engels-Nachlasses, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 6/7 (1966/67), S. 47. Hinrichsen gibt den Umfang des Katalogs mit 420 Folioseiten an. Vgl. *Jonny Hinrichsen*, Das Parteiarchiv, in: *Sozialistische Monatshefte*, 34 (1928) 2, S. 117.

<sup>9</sup> *Bibliothek der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands: Systematischer Katalog*, Berlin 1901.

telkatalog angelegt. Damit war das SPD-Archiv zu einer modernen arbeitsfähigen Einrichtung geworden. Nach Abschluss des Katalogsystems konnte die reiche und einmalige Sammlung für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Am 25. Oktober 1901 wurde die Bibliothek der Parteiöffentlichkeit übergeben.<sup>10</sup>

Nach einer Auseinandersetzung mit August Bebel auf dem Parteitag in Bremen 1904 zog sich Schippel aus der aktiven Parteiarbeit und somit auch vom Amt des Parteiarchivars zurück. 1905 legte Schippel auch sein Reichstagsmandat nieder. Der Arbeiterbewegung blieb Schippel zunächst jedoch treu, von 1911 bis 1919 arbeitete er als Leiter der Sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission der Gewerkschaften in Berlin.

Danach leitete Schippel bis 1922 die Landesstelle für Gemeinwirtschaft der sächsischen Regierung in Dresden, und ab 1923 bis zu seinem Tod am 6. Juni 1928 war er ordentlicher Professor für Staatswissenschaften an der Technischen Universität in Dresden.

---

<sup>10</sup> Vgl.: *Rüdiger Zimmermann*, Das gedruckte Gedächtnis der Arbeiterbewegung bewahren. Die Geschichte der Bibliotheken der deutschen Sozialdemokratie, 3. erw. Aufl., Bonn 2008, S. 20ff.

---

Renate Merkel-Melis

## Hermann Schlüter (1851 – 1919)

„Das Archiv ist Deine Schöpfung, Du hast erst aus dem Plunder eine ansehnliche, für wissenschaftliche Zwecke werthvolle Bibliothek gemacht.“ So schrieb Karl Kautsky am 28. Januar 1889 an Hermann Schlüter.<sup>1</sup> Wer war der Mann, dem diese anerkennenden Worte galten?<sup>2</sup>

Friedrich Hermann Schlüter wurde am 8. Oktober 1851 in Elmshorn in Schleswig-Holstein geboren. Er besuchte nur eine Dorfschule und war im übrigen reiner Autodidakt. Offenbar hat er das Tischlerhandwerk erlernt und war in diesem Beruf auch tätig. Anfang der 1870er Jahre lebte er in Chicago, beteiligte sich dort an der Bewegung der Arbeitslosen und schrieb für die Wochenzeitung „Vorboten“, das Organ der Arbeiterpartei von Illinois. Er war Sekretär der Chicagoer Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation.

Wahrscheinlich kehrte Schlüter 1876 wegen der damaligen Wirtschaftskrise in den USA nach Deutschland zurück und arbeitete zunächst als Korrespondent des „Vorboten“. In der Folgezeit war er an verschiedenen Organen der Sozialistischen Arbeiterpartei in Dresden tätig. Schlüter selbst zählte die „Dresdener Sturmjahre“ zu den inhaltsreichsten seines Parteilebens.<sup>3</sup>

In den Jahren 1881 bis 1883 wurde Schlüter mehrmals verhaftet und insgesamt zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. 1883 aus Dresden ausgewiesen, ging er nach Stuttgart, wo er jedoch als Inhaber eines kleinen Zigarrengeschäftes keine befriedigende Existenz fand. Anfang Oktober erreichte ihn ein Brief August Bebels mit der Frage, ob er „even-

---

<sup>1</sup> IISG, Nachlass Karl Kautsky. Sign. C 603.

<sup>2</sup> Die folgenden Ausführungen stützen sich auf *Paul Mayer*, Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs und das Schicksal des Marx-Engels-Nachlasses, in: Archiv für Sozialgeschichte, 6/7 (1966/67), S. 5-198, insb. S. 10–29.

<sup>3</sup> Vgl.: Ebd., S. 22.

tuell geneigt“ wäre, „als Hilfsgenosse in die Expedition des ‚Soz[ial]demokr[at]‘ einzutreten“, um besonders Julius Motteler bei der Arbeit zu unterstützen.<sup>4</sup> Schlüter war, wie Bebel an Motteler schrieb, „ein gewandter fixer Kerl“<sup>5</sup> mit entsprechenden Erfahrungen. Am 30. Oktober konnte er Motteler Schlüters Einverständnis mitteilen.<sup>6</sup> Dieser wurde im November von August Bebel in einer Aussprache informiert, „welcher Art seine Stellung sei, was er hauptsächlich zu tun habe und daß, wenn er noch Zeit besitze, er sich namentlich auch der Ordnung des Archivs annehmen müsse“<sup>7</sup>. Ende des Jahres übersiedelte Schlüter nach Zürich. Die unterschiedlichen Charaktere beider sehr wohl erkennend, hatte Bebel gefordert, gemeinsam mit Eduard Bernstein Schlüter in das Geschäft richtig einzuweisen.<sup>8</sup> Motteler gab er in der Beurteilung Schlüters nach dessen erstem Auftreten zwar recht – er komme „jeden Tag mit einem neuen Projekt“, wenn man „ihm die Zügel läßt“, fügte jedoch hinzu, „auch oft mit ganz guten“.<sup>9</sup>

August Bebel war es auch, der bereits 1878 den Anstoß zur Schaffung einer Institution für die Sammlung und Aufbewahrung älterer sozialistischer und volkswirtschaftlicher Literatur gegeben hatte.<sup>10</sup> Das Sozialistengesetz machte das Unterfangen zunächst unmöglich. Doch schon auf dem ersten Exilkongress der Partei, der vom 20.–23. August 1880 auf Schloss Wyden tagte, wurde ein „Antrag wegen Gründung eines Parteiarchivs in der Schweiz“ verlesen, der „im Prinzip angenommen wurde“.<sup>11</sup> In dem von Karl Kautsky und Max Kegel eingebrachten An-

<sup>4</sup> August Bebel an Hermann Schlüter, 4. Oktober 1883, IISG, Nachlass August Bebel. Sign. 43/4.

<sup>5</sup> Ders. an Julius Motteler, 25.9.1883, Ebd.. Sign. 40/26.

<sup>6</sup> Ders. an Julius Motteler, 30.10.1883, Ebd.. Nr. 40/27.

<sup>7</sup> Ders. an Julius Motteler, 28.11.1883, Ebd.. Nr. 40/30.

<sup>8</sup> Ders. an Julius Motteler, 30.10.1883, Ebd.. Nr. 40/27.

<sup>9</sup> Ders. an Julius Motteler, 3.1.1884, Ebd.. Nr. 40/33.

<sup>10</sup> *Bebel*, Die Nothwendigkeit der Gründung einer allgemeinen Partei-Bibliothek, in: Vorwärts. Leipzig. Nr. 21, 20.2.1878. S.1, Sp.2/3. – Mayer (S. 11) weist darauf hin, dass diese Idee bereits auf Sigismund Borkheim und Johann Philipp Becker zurückgeht, die sie Anfang bis Mitte der sechziger Jahre erörterten.

<sup>11</sup> Protokoll des Kongresses der Deutschen Sozialdemokratie. Abgehalten auf Schloß Wyden in der Schweiz, vom 20. bis 23. August 1880, Zürich 1880, S. 49. – Auf Schlüters Antrag hin wurde auf dem Wydener Kongress aus dem Passus des Gothaer Pro-

trag hieß es: „In Erwägung, daß bei dem jetzigen gesetzlosen Zustande in Deutschland nichts mehr vor den Krallen der Polizei sicher ist, beauftragt der Kongress die zu wählende Parteileitung mit der Einrichtung eines Parteiarchivs in der Schweiz, in welchem sämtliche für die Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland wichtigen Schriftstücke und Drucksachen usw., die jetzt in allen möglichen Schlupfwinkeln zerstreut sind, deponiert werden.“<sup>12</sup>

Auch in der Folgezeit hielt Schlüter den Archivgedanken lebendig. Unter der Überschrift „Zur Frage des Partei-Archivs“ entwickelte er im April 1882 unter Bezugnahme auf die Anregung Bebels aus dem Jahre 1878 den Vorschlag, „in der Schweiz eine Zentralstelle einzurichten, wo alles Material, welches sich auf die Geschichte unserer Partei bezieht, zusammengetragen, gesammelt und aufbewahrt wird“.<sup>13</sup> Schlüter orientierte auf die Sammlung möglichst aller Parteiorgane und appellierte an alte Genossen, Veteranen aus den dreißiger und vierziger Jahren, in ihrem Besitz befindliche Dokumente wie Broschüren, Flugblätter, Pamphlete und Reden einem solchen Parteiarchiv zu überlassen. Es gelte zu sammeln und zu retten, was sonst unwiederbringlich verloren gehe; Ordnung und Sichtung könne auf spätere Zeiten verschoben werden. Er schloss seinen Artikel mit den Worten: „Die Ausführung eines derartigen Unternehmens würde unsern Gegnern zeigen, daß die ‚kulturfeindliche‘ Sozialdemokratie auch im heftigsten Kampfe noch Zeit zu kulturfördernden Unternehmungen übrig hat.“<sup>14</sup>

Auf der Parteikonferenz, die vom 19. bis 21. August 1882 in Zürich stattfand, wurde der Einrichtung des Archivs zugestimmt und festge-

---

gramms, dass die Partei mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft anstrebe, das Wort „gesetzlichen“ gestrichen, und zwar mit der Begründung, dass das Sozialistengesetz der Partei die Möglichkeit zu legaler Betätigung genommen habe.

<sup>12</sup> Die Kongresse der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands unter dem Sozialistengesetz. Teil II. Erstveröffentlichung der handschriftlichen Protokollaufzeichnungen vom Parteikongreß auf Schloß Wyden 1880, Parteikongreß in Kopenhagen 1883, Parteitag in St. Gallen 1887, Leipzig 1980, S. 54.

<sup>13</sup> *H.Sch.*, Zur Frage eines Partei-Archivs, in: *Der Sozialdemokrat*. Zürich. Nr. 18, 27.4.1882. S. 1, Sp. 3.

<sup>14</sup> *Ebd.*, S. 2, Sp. 1.



legt, dass der „Sozialdemokrat“ über die Eingänge berichten solle.<sup>15</sup> Wenige Tage darauf konnte das Blatt mitteilen, dass die diesbezüglichen Arbeiten bereits im Gange seien. Angestrebt werde „eine möglichst vollständige Sammlung aller auf das Parteileben bezüglicher Dokumente und Schriftstücke“, namentlich frühere sozialistische Literatur, ferner „Parteibroschüren, Zeit- und Flugschriften-Literatur, die früheren und jetzigen Wahlaufrufe, charakteristische Prozeßakten und dergleichen“.<sup>16</sup>

Der zweite Exilkongress der Partei, der vom 29. März bis 2. April 1883 in Kopenhagen tagte, konnte aus Zeitgründen die Frage des Archivs nicht diskutieren und beschränkte sich auf die Feststellung, dass der Archivgründung seitens der Mitgliedschaft bedauerlicherweise noch nicht das wünschenswerte Interesse geschenkt würde. Dem Protokoll des Kongresses war jedoch ein Bericht beigegeben, demzufolge der Katalog Ende Februar des Jahres 288 Titel aufwies. Die Sammlung enthielt komplette und einzelne Jahrgänge sozialistischer Presseorgane, ferner ausländische Literatur sowie eine Reihe anderer Materialien wie Zirkulare, Protokolle und Akten, sozialökonomische und politische Publikationen, meist aus der neueren Zeit.<sup>17</sup> Mit Bezugnahme auf den Artikel Schlüters im „Sozialdemokrat“ vom April 1882 wurde beschlossen, die Redaktion des Blattes „möge in geeigneten Zwischenräumen zur Sammlung für das Parteiarchiv auffordern“.<sup>18</sup>

Nachdem Schlüter Ende 1883 nach Zürich übersiedelt war, widmete er sich neben der Leitung des Verlages der Volksbuchhandlung mit großem Engagement dem Aufbau des Parteiarchivs. Bereits am 20. Dezember erging im „Sozialdemokrat“ ein „Die Beauftragten“ gezeichneter Appell an die Leser. „Das Partei-Archiv bringen wir unseren Genossen und Freunden wiederholt dringend in Erinnerung und wer-

<sup>15</sup> Kongressprotokoll Zürich 1882. IISG, Nachlass Julius Motteler, Sign. 1479/19.

<sup>16</sup> Die Verwaltung des Parteiarchivs, in: Der Sozialdemokrat. Zürich. Nr. 35, 24.8.1882. S.1, Sp. 1.

<sup>17</sup> Bericht über das Parteiarchiv, in: Protokoll über den Kongreß der deutschen Sozialdemokratie in Kopenhagen. Abgehalten vom 29. März bis 2. April 1883, Hottingen-Zürich 1883, S. 34-37.

<sup>18</sup> Protokoll, S. 18.

den demnächst das bisher eingegangene Brauchbare, katalogisch geordnet, quittiren.“<sup>19</sup> Bereits am 10. Januar des folgenden Jahres wurde – gezeichnet „Die Archivverwaltung“ – eine Quittung über die erste Sendung von Johann Philipp Becker veröffentlicht.<sup>20</sup> Sie enthielt 22 Positionen, darunter Schilder von Lassalles Sarg, ein Photo von Lassalle auf dem Totenbett, ein Manuskript von Marx nebst Briefen von ihm und seiner Frau, ein Brief von Vaillant sowie Briefe von Mazzini. Es erging der Aufruf zur Einsendung weiterer Gegenstände. Dem wurde in den nächsten Wochen rege Folge geleistet. Unter anderem übersandte Kautsky am 30. Dezember 1884 aus eigenen Beständen an Schlüter Material.<sup>21</sup> Insgesamt erschienen im „Sozialdemokrat“ im Jahre 1884 zwanzigmal Quittungen über Neueingänge. Im Juli konnten bereits gezielte Suchwünsche nach Komplettextemplaren und fehlenden Einzelnummern ausgesprochen werden<sup>22</sup> – sicher auf Veranlassung von Schlüter, der bereits im April 1882 auf „die Erhaltung möglichst sämtlicher Parteiorgane“<sup>23</sup> orientiert hatte. Das entsprach der Bedeutung, die die Arbeiterbewegung der Zeitungspublizistik beimaß.

Am 20. August 1884 wurde Schlüter das Archiv von Eduard Bernstein, der die ersten Stücke gesammelt hatte, formell übergeben.<sup>24</sup> Mayer weist darauf hin, dass im Zusammenhang mit der Initiative Schlüters zum ersten Mal die Bezeichnung „Archiv“ für die geplante Sammlung verwendet wird, worin damals auch Bücher eingeschlossen waren.<sup>25</sup> Er strebte allerdings vor allem den Erwerb von Dokumenten und privaten Korrespondenzen an. Schlüter entfaltete, nach den Worten Bernsteins, „eine wahre Sammelwut“<sup>26</sup>. Er teilte mit, „unser Archivarius“

<sup>19</sup> Der Sozialdemokrat. Zürich. Nr. 52, 20. Dezember 1883. S. 4, Sp. 3.

<sup>20</sup> Partei-Archiv, in: Der Sozialdemokrat. Zürich. Nr. 2, 10.1.1884. S. 4, Sp. 2/3.

<sup>21</sup> IISG, Nachlass Karl Kautsky, Sign. C 505. – Vgl. auch Karl Kautsky an Hermann Schlüter, 10.1.1885, Ebd., Sign. C 587.

<sup>22</sup> Partei-Archiv, in: Der Sozialdemokrat. Zürich. Nr. 28, 10.7.1884. S. 4, Sp. 3.

<sup>23</sup> *H.Sch.*, Zur Frage eines Partei-Archivs, in: Der Sozialdemokrat. Zürich. Nr. 18, 27.4.1882. S. 2, Sp. 1.

<sup>24</sup> Vgl.: Mayer, S. 15.

<sup>25</sup> Ebd., S. 14.

<sup>26</sup> Eduard Bernstein an Engels, 20.6.1884, in: Helmut Hirsch (Hrsg.), Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Friedrich Engels, Assen 1970, S. 279.

habe ersucht, ihn bei Engels in Erinnerung zu bringen<sup>27</sup>; dieser erwiderte jedoch: „Archivar muß warten“, er habe keine Zeit, seine eigenen Sachen in Ordnung zu bringen, wenn er dazu komme, werde seiner reichlich gedacht werden.<sup>28</sup> Bereits am 5. Februar 1884 hatte Engels Bernstein das Redaktionsexemplar der „Neuen Rheinischen Zeitung“ aus dem Marxschen Nachlass, das dessen Marginalien enthielt, zugesichert – „ein ganz besonders schönes Stück“<sup>29</sup>. Im August 1884 bat Schlüter, Engels möge befürworten, dass die Papiere und Bücher der Internationalen Arbeiterassoziation, die sich nach Auskunft von F.A. Sorge im Nachlass von Marx befinden sollen, ins Archiv kommen.<sup>30</sup> Bei Kautsky fragte er im März 1885 an: „Hast du nichts für’s Archiv aufgetrieben? Ich bin hinter jedem Blättchen Papier her, wie der Teufel hinter der Seele.“<sup>31</sup>

In der Folgezeit wurden auch aus dem Ausland Sammlungen beige-steuert: aus der Schweiz, Österreich und Italien. Aus den USA sandte Sorge Ende 1885 nahezu 200 Broschüren, Bücher und Protokolle, die unter anderem die Geschichte der IAA und die der deutschsprachigen Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten dokumentierten.<sup>32</sup> Welchen Wert die archivalischen Sammlungen zu dieser Zeit bereits hatten, lässt sich daraus ableiten, dass sie durch einen am 28. November 1885 von Schlüter abgeschlossenen Vertrag für 8.200 Schweizer Franken bei der Brandassekuranz des Kantons Zürich versichert waren.<sup>33</sup>

Ein weiteres Verdienst von Schlüter waren seine Bemühungen um eine „Sozialdemokratische Bibliothek“.<sup>34</sup> Seit Mai 1885 erörterte er mit

<sup>27</sup> Ebd.

<sup>28</sup> Engels an Eduard Bernstein, 29.6.1884, in: MEW, Bd. 36, S. 172.

<sup>29</sup> Ders. an Eduard Bernstein, 5.2.1884. Ebd., S. 98.

<sup>30</sup> Hermann Schlüter an Engels, 9.8.1884. IISG, Marx-Engels-Nachlass, Sign. L 5512.

<sup>31</sup> Ders. an Karl Kautsky, 10.3.1885. IISG, Nachlass Karl Kautsky, Sign. K DXX 278.

<sup>32</sup> Partei-Archiv. Quittung, in: Der Sozialdemokrat. Zürich. Nr. 49, 3. Dezember 1885, S. 4, Sp.2/3.

<sup>33</sup> Vgl.: Mayer, Die Geschichte, S. 16.

<sup>34</sup> Vgl.: Fritz Schaaf, Die „Sozialdemokratische Bibliothek“ der Schweizerischen Volksbuchhandlung in Hottingen-Zürich und der German Cooperative Printing and Publishing Co. in London, in: Marxismus und deutsche Arbeiterbewegung. Studien zur sozialistischen Bewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, Berlin 1970, S. 431-484.

Engels Überlegungen zu deren Inhalt und Anliegen. Dabei leitete ihn der Gedanke, wertvolle Artikel, die in Zeitungen oder als Flugblätter erschienen, verloren gegangen oder schwer zugänglich, aber von bleibendem Interesse waren, zu sammeln und in Broschürenform herauszugeben.<sup>35</sup> Neben der vorherrschenden Erörterung ökonomischer Fragen sollten laut Prospekt „auch Abhandlungen historischen Inhalts, soweit dieselben sich auf die Arbeiter- und andere revolutionäre Bewegungen beziehen,“ geboten und die verschiedenen sozialistischen Theorien dargelegt werden.<sup>36</sup> Bis 1890 erschienen 34 Titel.

Die Arbeiten für das Archiv wurden im Frühjahr 1888 jäh unterbrochen. Auf Druck der Regierung Bismarck verfügte der Schweizer Bundesrat am 18. April die Ausweisung der Leitung des „Sozialdemokrat“. Davon waren neben Eduard Bernstein als leitendem Redakteur, Julius Motteler, der für den Vertrieb des Blattes verantwortlich zeichnete, und Leonhard Tauscher, dem Leiter der Druckerei, auch Hermann Schlüter als Leiter des Verlags der Volksbuchhandlung und Expedition betroffen. Der Schritt kam nicht überraschend. Bereits im Frühjahr 1887 hatte der Bundesrat auf Drängen der Regierung Bismarck anlässlich des Erscheinens des von Schlüter redigierten satirischen Blattes „Der rothe Teufel“ eine Untersuchung über den „Sozialdemokrat“ angeordnet, die jedoch ergebnislos verlief. Schlüter hatte schon am 10. April 1888 in einem Brief an Engels geäußert, dass sich Zeitung und Verlag unter den erschwerten Bedingungen in der Schweiz auf die Dauer nicht würden halten können.<sup>37</sup>

Auf Anraten von Engels hatte sich die Parteileitung entschlossen, den „Sozialdemokrat“ und die mit ihm verbundenen Einrichtungen nach London zu verlegen. Das Archiv wurde in 16 große Kisten verpackt, die mit Eisenreifen belegt werden mussten. Ihre Vernagelung verursachte einen solchen Lärm, dass der Hauswirt kam und Schadenersatz

<sup>35</sup> Schlüter an Engels, 21.5.1885. IISG, Marx-Engels-Nachlass, Sign. L 5518.

<sup>36</sup> Sozialdemokratische Bibliothek, in: Der Sozialdemokrat. Zürich. Nr. 39, 24.9.1885, S. 4, Sp. 3.

<sup>37</sup> IISG, Marx-Engels-Nachlass, Sign. L 5541.

für einen angeblich entstandenen Riss in der Wand verlangte.<sup>38</sup> Nach einem von Schlüter im Vorfeld des Parteitag von St. Gallen verfassten Bericht wies der Katalog des Archivs inzwischen 3 200 Nummern auf, darunter 160 Zeitungen mit insgesamt 372 Bänden.<sup>39</sup> Daneben gab es eine große Anzahl von Schriften, Briefen und Dokumenten sowie eine Reihe russischer Titel. Im Juni 1888 wurde das Archiv in der Wohnung von Bernstein, Kentish Town Road 114, wieder aufgestellt. Die Räumlichkeiten waren jedoch sehr beengt, die Arbeitsbedingungen erschwert. Die Archivverwaltung quittierte in dieser Zeit nur einmal aus zwei Quellen Zugänge, darunter von Friedrich Leßner.<sup>40</sup>

Bedeutsam für die Benutzbarkeit des Archivs war seine Erschließung. Schlüter hatte diese Arbeit begonnen – die Anfertigung eines Zettelkatalogs, der „ein vollständiges Personen- und Sachregister bilden“ müsse. Er hatte diese Aufgabe jedoch unterschätzt, auch war er durch die laufenden Geschäfte abgehalten worden. Nur für eine Abteilung, „die eigentliche neuere Parteiliteratur“, wollte er den Katalog fertigstellen.<sup>41</sup> Als er dies schrieb, befand er sich bereits im Aufbruch.

Das schwierige Zusammenarbeiten mit Julius Motteler, der offensichtlich absolute Subordination erwartete, ließ Schlüter einen radikalen Schnitt machen: Er entschloss sich zur Auswanderung in die USA. Am 16. März 1889 schiffte er sich in Liverpool mit seiner Frau nach New York ein. Es sei ihm schwer geworden, schrieb er an Karl Kautsky, das Archiv aufzugeben, denn er hänge sehr an ihm.<sup>42</sup> Seine Befriedigung äußerte er darüber, dass Bebel die Archivverwaltung Kautsky angeboten hatte, der sich einverstanden erklärte, nachdem ihm volle Selbständigkeit und Unabhängigkeit von Motteler zugesichert worden war. Kautsky konnte diese Aufgabe allerdings erst im Oktober 1889 über-

---

<sup>38</sup> Niederschrift der Geschichte des Parteiarchivs von Anna Hoppe (gesch. Schlüter) vom 17. XII. 1908. IISG. SPD Parteiarchiv. Sign. Nr. 1.

<sup>39</sup> Bericht über den Stand des Parteiarchivs der deutschen Sozialdemokraten. IISG. SPD Parteiarchiv. Sign. Nr. 1.

<sup>40</sup> Quittung, in: Der Sozialdemokrat. London. Nr. 50, 9. Dezember 1888, S. 4, Sp. 3.

<sup>41</sup> Schlüter an Karl Kautsky, 25.1.1889. IISG, Nachlass Karl Kautsky, Sign. K DXX 292.

<sup>42</sup> Ebd..

nehmen. Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes zum 1. Oktober 1890 wurde das Archivgut wieder nach Deutschland überführt. Es fand zunächst seinen Platz in der Wohnung von Ignaz Auer in Berlin, in der Katzbachstraße 9.

Schlüter hatte Kautsky gegenüber erklärt: „Ich gehe ins Blaue hinein übers Wasser.“<sup>43</sup> Er fasste jedoch sehr bald Fuß und trat in die Redaktion der „New Yorker Volkszeitung“ ein, der er fast drei Jahrzehnte bis zu seinem Tode vorstand. Schlüter blieb der deutschen Sozialdemokratie eng verbunden und stand mit Engels bis zu dessen Tode in Briefwechsel. Aufsätze von ihm, meist über amerikanische Probleme, erschienen in der „Neuen Zeit“; 1907 wurde in Stuttgart seine Arbeit „Die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung in Amerika“, 1918 in Chicago „Die Internationale in Amerika“ publiziert.

Schlüter starb am 26. Januar 1919 in New York. In einem Nachruf wurden „sein grosses Wissen, seine gewaltige Kenntnis der Arbeiterbewegung der ganzen Welt und vor allem seine Erfahrungen bei dem langen Kampfe für Befreiung des arbeitenden Volkes aus der Lohnsklaverei“<sup>44</sup> gewürdigt. Als sein umfangreicher Nachlass in New York auf den Markt kam, wurde er von William English Walling erworben. Dieser übergab den amerikanischen Teil an die State Historical Society of Wisconsin und den europäischen Teil, der nicht weniger als 600 Titel umfasste, 1907 an die University Library in Madison.<sup>45</sup>

---

<sup>43</sup> Ebd..

<sup>44</sup> „Hermann Schlüter der Lungenentzündung erlegen“, in: New Yorker Volkszeitung. Nr. 23, 27.1.1919, S. 1, Sp. 6.

<sup>45</sup> *Louis Kaplan*, Gift by Anna S. Walling of the William English Walling papers, in: Library News. A staff bulletin. 2 (1957) 3. – The William English Walling Collection (The Herman Schlueter Collection), in: Ebd., 5 (1960) 1.

Heinrich Gemkow

## **Olga Konstantinowna Senekina (1903 – 2002)**

Olga K. Senekina war Archivarin und Forscherin, Autorin und Editorin von hohen Graden;<sup>1</sup> sie war Ansprechpartnerin und Beraterin unzähliger in- und ausländischer Benutzerinnen und Benutzer des Zentralen Parteiarchivs (ZPA) im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (IML) in Moskau, vor allem aber Hüterin eines der größten Archivschätze: der literarischen Teilnachlässe von Karl Marx und Friedrich Engels.

Sie wurde am 6. Juli 1903 in der Ortschaft Sawod Ponisowkin am Oberlauf der Wolga im Gouvernement Jaroslaw geboren. Ihre Schulbildung erhielt sie in Samara sowie in Simbirsk. Anschließend arbeitete sie von 1920 bis 1926 als Bibliothekarin, zuletzt in der Bibliothek der Exekutive der Kommunistischen Internationale in Moskau. Dort absolvierte sie ein Abendstudium an der ethnologisch-linguistischen Fakultät der Moskauer Staatlichen Lomonossow-Universität und schloss es mit einem Diplom ab.

1927 wurde Senekina Mitarbeiterin im Lenin-Institut, bearbeitete dort den Band 26 der Lenin-Werke. Im 1931 vereinigten Marx-Engels-Lenin-Institut wirkte sie im Sektor Kommunistische Internationale an einer Dokumentenpublikation über den I. Kongress der Komintern mit und eignete sich grundlegende editorische Kenntnisse an.<sup>2</sup> Inzwischen mit einem Korrespondenten der „Prawda“ bzw. der Nachrichtenagentur TASS verheiratet, weilte sie im Sommer 1933 als Pressereferentin der Sowjetischen Handelsvertretung einige Monate in Berlin, wo sie Zeugin des beginnenden nationalsozialistischen Terrors wurde. Ab 1934 arbeitete sie drei Jahre in Wien. Nach ihrer Rückkehr war sie ein-

---

<sup>1</sup> Vgl.: Die Marx-Engels-Werkausgaben in der UdSSR und der DDR (1945–1968), Hamburg 2006, S. 513.

<sup>2</sup> Vgl.: Ol'ga Konstantinovna Senekina – eine Mitarbeiterin des IMEL erinnert sich, in: Stalinismus und das Ende der ersten Marx-Engels-Gesamtausgabe (1931–1941), Berlin 2001, S. 391–397.

einhalb Jahrzehnte als Redakteurin auf historischem Gebiet zunächst im Verlag für sozialökonomische Literatur, dann im Staatlichen Verlag für politische Literatur tätig. In dieser Zeit absolvierte sie an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften eine Aspirantur, die sie 1953 mit der Promotion als Kandidat der Geschichtswissenschaft (Dr. hist.) abschloss.

51jährig trat sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin in das Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut – bald darauf in IML umbenannt – erneut ein und übernahm dort die Leitung des Marx-Engels-Sektors, der intensiv mit der Edition der zweiten russischen Ausgabe der Marx-Engels-Werke (Sotschinenija) beschäftigt war. Persönlich bearbeitete sie die Bände 4 und 21. Auf Grund einer Umstrukturierung des Instituts übernahm Senekina 1962 die Leitung der Marx-Engels-Sektion im ZPA.<sup>3</sup> Die mittelgroße, grauhaarige Frau begegnete den Besucherinnen und Besuchern dieser Sektion zunächst sehr zurückhaltend. Bald aber freundlich lächelnd und aufgeschlossen, wurde sie für die Nutzer ihrer Bestände zu einer unverzichtbaren Beraterin beim Zugang zu den Dokumentenfonds 1 und folgende von Marx und Engels sowie deren Familienangehörigen.<sup>4</sup>

Darüber hinaus verwaltete ihre Sektion auch die Fonds führender Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung wie A. Bebel, E. Bernstein, W. Bracke, W. Liebknecht, W. Weitling oder W. Wolff. Auch die von sowjetischen „Trophäenkommissionen“ 1945 in staatlichen Archiven in Berlin, Merseburg und Dresden beschlagnahmten Polizeiakten über die deutsche Arbeiterbewegung waren als Fonds 191 und 192 der Marx-Engels-Sektion überantwortet worden.<sup>5</sup> Nur in Ausnahmefällen

<sup>3</sup> Vgl. *Bruno Retzlaff*, Tagebuch unserer Moskau Reise (13. Februar–16. März 1960), in: *Die Marx-Engels-Werkausgaben ...*, S. 202-298.

<sup>4</sup> Erst nach 1990 erschienen *Archivführer: Kratkij putevoditel'. Fondy i kollekcii, sobrannye Central'nym partijnym archivom* [Kurzer Führer. Die Fonds und Kollektionen, gesammelt durch das Zentrale Parteiarchiv], Moskva 1993; *Putovoditel' po fondam i kollekcijam ličnogo proischoždenija* [Führer zur den Fonds und Nachlässen persönlicher Herkunft], Moskva 1996.

<sup>5</sup> Vgl. *Rolf Hecker*: „Wie gelangen wir in den Besitz der Manuskripte von Marx und Engels?“ *Neue Moskauer Dokumente aus dem Jahr 1940*, in: *Beiträge zur Geschichte*



standen sie – streng selektiert – Benutzern aus der DDR zur Verfügung, so erstmals 1963 im Zusammenhang mit der Erarbeitung der achtbändigen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“.

Seit Übernahme der neuen Funktion engagierte sich Senekina bei der Erschließung und Veröffentlichung von Archivalien, insbesondere im Bereich der biographischen Marx-Engels-Forschung und -Edition. Sie nahm Ende der 1960er /Anfang der 1970er Jahre an den grundlegenden Beratungen der MEGA<sup>2</sup>-Gesamtredaktion teil und wirkte bis ins hohe Alter an der Edition und Redaktion einer Reihe von Sammelbänden zur Marx-Engels-Forschung mit.<sup>6</sup>

Als wissenschaftliche Redakteurin betreute sie die beiden Auflagen des in Moskau viersprachig erschienenen Albums „Karl Marx/ Friedrich Engels: Gesammelte Fotografien“ (1976 und 1983) und beteiligte sich als Mitherausgeberin an dem gemeinsam von den IML in Berlin und Moskau erarbeiteten Dokumentenband „Ihre Namen leben durch die Jahrhunderte fort. Kondolenz und Nekrologe zum Tode von Karl Marx und Friedrich Engels“, Berlin, Moskau 1983. Neben ihrer Berufstätigkeit und ihrer Familie galten ihre Interessen und ihre Liebe der internationalen klassischen Musik sowie der russischen und deutschen klassischen und realistischen Literatur.

1991 ging Olga K. Senekina in den Ruhestand, am 20. Mai 2002 verstarb sie in Moskau.

---

der Arbeiterbewegung, 1 (1996), S. 70-75; Ders., Marx/Engels-Dokumente dem „IMEL zugeführt“. Zur Requirierungsaktion des Moskauer Marx-Engels-Lenin-Instituts 1945/46, in: Ebd., 3 (1997), S. 68-81.

<sup>6</sup> Vgl. auch: Literaturnoe nasledstvo K. Marksa i F. Engel'sa. Istorija publikacii i izučeniya v SSSR [Der literarische Nachlass von Marx und Engels. Geschichte seiner Veröffentlichung und des Studiums], Moskva 1969, S. 464; *Heinrich Gemkow*, Eine Beratung zu Fragen der Marx-Engels-Forschung (1962). Mit einer Nachbemerkung, in: Die Marx-Engels-Werkausgaben ... S. 405-415.

Sigrid Kleinschmidt und Ursula Langkau-Alex

## **Boris Souvarine (1895 – 1984)**

Geboren wurde Souvarine<sup>1</sup> im Jahre 1895 in Kiew als zweiter Sohn eines selbständigen Edelmetallschmieds. Zwei Jahre später emigrierte die Familie nach Paris, wo noch drei weitere Geschwister geboren wurden. Selbststudium führte ihn zum Sozialismus und um 1914 herum zur Sozialistischen Partei Frankreichs (SFIO). Die Teilnahme an der Marneschlacht und der Tod seines Bruders „im Felde“ 1915 machten ihn zum Kriegsgegner, 1916 schloss er sich dem Comité de défense du socialisme international an. Seine Artikel in dem neugegründeten Presseorgan „Le Populaire“, mit denen er schnell Aufsehen erregte, zeichnete er mit „Souvarine“, nach der Figur des russischen anarchistischen Emigranten in Emile Zolas Roman „Germinal“. Als Anhänger der Kommunistischen Internationale (Komintern) war er eine der treibenden Kräfte zur Gründung der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF) im Jahre 1920, in deren Vorstand er 1921 gewählt wurde. Seine Artikel zeichnete er nun mit „Varine“. Bis 1924 repräsentierte er die Partei im Präsidium, im Sekretariat und im Exekutivkomitee der Komintern in Moskau. Dort und über die Moskauer Zeit hinaus bis mindestens Anfang der 1930er Jahre arbeitete er auch als wissenschaftlicher Korrespondent für das Marx-Engels-Institut.

Von Anfang an war Souvarine in Konflikte verwickelt, unter anderem wegen der Dominanz der Russischen Kommunistischen Partei (Bolschewiki) bzw. ab 1922 der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) in der Komintern, in Fragen der innerparteilichen Demokratie, der Einheitsfront, der Revolution; in den Kampagnen gegen Trotzki

<sup>1</sup> Weitere Literatur: *J.-L. Panné*, Souvarine Boris (Boris Lipschitz dit), dit Varine, in: *Dictionnaire biographique du mouvement ouvrier français*, sous la direction de Jean Maitron [et al.], Bd. 61, Paris 1992, S. 393-400; *Paul Mayer*, Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs und das Schicksal des Marx-Engels-Nachlasses, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 6/7 (1966/67), S. 5-198; *Maria Hunink*, De papieren van de revolutie. Het Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis 1935-1947, Amsterdam 1986; IISG: Boris Souvarine Papers; Website ‚Institut d’Histoire Sociale‘.

stellte er sich auf dessen Seite. 1924 wurde er aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen und schied damit aus der Komintern aus.

Nach seiner Rückkehr Anfang 1925 bemühte sich Souvarine in Paris um die Zusammenfassung der Oppositionellen und Ausgeschlossenen aus der PCF, der KPdSU und Organen der Komintern. In zahlreichen Artikeln setzte er sich kritisch mit dem „sowjetischen Experiment“ auseinander und plädierte für die Schaffung „einer Kommunistischen Partei, die der ursprünglichen Definition der Kommunistischen Internationale entspräche“. Im Jahre 1929 brach er auch mit Trotzki. Mit gleichgesinnten Intellektuellen im „Cercle communiste démocratique“, dem Nachfolger des „Cercle communiste Marx et Lénine“, gründete er 1931 „La Critique sociale, revue des idées et des livres“, in der die Verbindung von Marxismus, Anthropologie und Sozialwissenschaften gesucht wurde. Diese Zeitschrift, wie auch die wechselnden (Mit-)Gründungen von oder Verbindungen zu politischen Gruppierungen zeigen, dass er sich immer mehr in Richtung eines demokratischen Sozialismus bewegte. Seine zunehmende Abrechnung mit der Entwicklung in der Sowjetunion, mit dem Terror und mit den Schauprozessen gegen die Garde der alten Bolschewiki in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre, dann, nach dem Krieg, die Erweiterung der Thematik auf die Fehlentwicklungen generell des Kommunismus und seiner Organisationen durch Bolschewismus und Stalinismus sind in seinen Publikationen nachzulesen. Bereits 1930 begann er mit der Konzeption seines „magnum opus“: „Staline, aperçu historique du bolchevisme“. Das vier Jahre später abgeschlossene Manuskript wurde vom Verlag Gallimard zurückgewiesen. In Frankreich vollzog sich die politische Annäherung zwischen PCF und SFIO, die Ende Juli 1934 mit dem „pacte d'unité d'action“ besiegelt wurde. Es war Nicolaas Wilhelmus Posthumus, Sozialist, Professor für Wirtschaftsgeschichte und Direktor der Economisch-Historische Bibliotheek (EHB) in Amsterdam, der dafür sorgte, dass das Werk 1935 sowohl im Verlag E. J. Brill in Leiden als auch bei den Éditions Plon in Paris veröffentlicht wurde.<sup>22</sup> Er hatte wohl wäh-

---

<sup>2</sup> Unveränd. Neuaufl. Paris 1977; Nouvelle édition, revue par l'auteur, Paris 1985; Übersetzungen u.a.: Stalin. A critical survey of bolshevism, New York 1939, und Lon-

rend seines Besuchs in Paris im November 1934 nicht nur Boris I. Nikolajewskij, den Historiker und Hüter der Archivalien der menschewistischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR), persönlich kennengelernt, sondern auch dessen Freund Souvarine. Mit „Staline“ begann eine auf dem Interesse an historischer Forschung und der Sorge um die Quellen für die Sozialgeschichte beruhende Freundschaft zwischen Posthumus und Souvarine, die in schriftlicher Form bereits mit Nikolajewskij bestanden hatte, und damit die Zusammenarbeit Souvarines mit dem Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis (IISG) in Amsterdam.

Das IISG wurde offiziell am 25. November 1935 per Stiftungsakte gegründet, die Türen für Besucher gingen im März 1937 auf. Die Aufgabenstellung des Instituts, dessen Direktor Posthumus und dessen Stiftungsvorsitzender der aus der Zionistischen Bewegung kommende liberal-demokratische Nehemia de Lieme wurden, war schon zu Anfang der konkreten Planung im Jahre 1934 umrissen worden: Das Institut sollte der Sammlung, dem wissenschaftlichen Studium – befördert auch durch Editionen und Publikationen in eigenen Periodika – und der Rettung von Dokumenten der Arbeiter- und sozialen Bewegungen und Organisationen des 19. und des 20. Jahrhunderts ohne Ansehen der politisch-ideologischen Richtung dienen.

Boris Souvarine hat nie dem Mitarbeiterstab des IISG angehört. Doch aufgrund seiner vielfältigen Beziehungen zu politischen, wissenschaftlichen und antiquarischen Kreisen vor allem in Frankreich und seiner diplomatischen Fähigkeiten wurde er eine bedeutende Stütze des IISG – in den 1930er Jahren, auf Honorarbasis arbeitend, beim Aufbau der Sammlungen, nach seiner Rückkehr aus dem Exil bei der Suche nach vermissten oder unter der deutschen Besetzung verschwundenen Materialien sowie beim Wiederanknüpfen durch den Krieg verloren gegangener Kontakte.

Souvarine gab noch vor dem Reichstagsbrand via Nikolajewskij den

---

don o. J.; Stalin en het bolsjevisme, speziell für die Niederlande bearbeitet, Amsterdam 1940.

Anstoß zur Rettung des historischen Parteiarchivs der SPD. Der Parteivorstand sah eine Gefährdung der unter Denkmalschutz stehenden Akten zunächst nicht. Gegen den Willen des Parteivorsitzenden Otto Wels, der die NS-Regierung nicht durch eine illegale Handlung zum Verbot der SPD provozieren wollte, brachten Parteigenossen Mitte April 1933 wenigstens die Manuskripte von Marx und Engels insgeheim auf Umwegen zur dänischen Sozialdemokratischen Partei, die sie in einem Banksafe in Kopenhagen deponierte. Souvarine selbst gelang es dann, durch Einschaltung des französischen Unterrichtsministers, des Bibliothekars der Archives Nationales und des französischen Botschafters in Berlin die wichtigsten anderen Dokumente des Parteiarchivs zusammen mit den russischen Archiven, die wie jenes im Gebäude des „Vorwärts“ untergebracht waren, und der Kollektion des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes nach Paris überführen zu lassen. Die Wagen mit den Archiven passierten die Grenze in der Nacht der Bücherverbrennungen. Wels hatte seine Zustimmung an die Bedingung geknüpft, dass Nikolajewskij die Verantwortung übernehme. Erst im Mai 1938 konnte das IISG, das seit dem Sommer 1933 durch Posthumus selbst und über bekannte Genossen der niederländischen SDAP verschiedene Angebote unterbreitet hatte, das Parteiarchiv einschließlich des Marx-Engels-Nachlasses von der Sopade, dem Emigrationsvorstand der SPD, für das IISG käuflich erwerben.<sup>3</sup> Kurz danach wurden ein großer Teil der ältesten Bestände, die Sammlung der Briefe an Marx und Engels und das Archiv des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats 1918 – 1920 von Paris nach Amsterdam transferiert. Bereits im September 1938, anlässlich der durch NS-Deutschland ausgelösten Krise um das Sudetenland, begann man in Amsterdam mit der Sicherheits-Evakuierung ausgesuchter Archive nach England, darunter als erste die Marx-Engels-Manuskripte aus dem Kopenhagener Banksafe, die Annie van Scheltema-Kleefstra zuvor persönlich, versehen mit Diplomatenpass, aus Kopenhagen geholt hatte.

---

<sup>3</sup> Vgl., einschließlich einer Aufstellung der Dokumente des SPD-Parteiarchivs: Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Jaarverslag 1937, S. 29-31 (im folgenden nur zitiert: Jaarverslag [und Jahr]); zu den Veränderungen im Jahre 1938 vgl.: Jaarverslag 1938, S. 56-58.

Fingerspitzengefühl, Beharrlichkeit und Geduld bewies Souvarine bei der Bewerbung um die Privatsammlung von Lucien Descaves und deren schließliche Erwerbung für das IISG. Diese zog sich in Etappen von Ende 1935 über den Tod Descaves im Jahre 1949 hinaus bis 1951/52 hin. Der Anarchist, Schriftsteller und Journalist, Generalsekretär der Gewerkschaft der Journalisten, Mitglied der Académie Goncourt und des Aufsichtsrats der Armenwesenverwaltung in Paris, hatte die größte und bedeutendste Sammlung von Büchern und Manuskripten der Pariser Commune von 1871, aber auch Materialien der und zur Ersten Internationale, der Internationalen Arbeiterassoziation (IAA) sowie Anarchistika, darunter Erstdruckwerke von Michail A. Bakunin, zusammengetragen. Im Jahre 1938 waren die Kaufsummen bezahlt, die Übertragung der Schätze in die Pariser Zweigstelle des IISG aber noch nicht vollständig geschehen; vor allem von der Sammlung über die Pariser Commune konnte Descaves sich nur schwer trennen. Nach dem Krieg fanden sich Teile davon auf Auktionen. Souvarine spürte die Antiquare auf, das IISG kaufte die Materialien zum zweiten Mal; 1966 konnte es durch Tausch noch nachweislich aus der Kollektion Descaves stammende Dokumente aus der Commune-Zeit erwerben.<sup>4</sup>

Nachdem die französische Regierung im April 1939 per Dekret verfügt hatte, dass alle Filialen von ausländischen Organisationen und Institutionen zur Weiterführung ihrer Aktivitäten ministerieller Genehmigung bedürften, war Souvarine wie schon bei der offiziellen Eröffnung der IISG-Dépendance in Paris Ende Mai 1937 der richtige Mann, um Vertreter der Regierung und andere prominente Politiker, Vertreter anerkannter Instanzen der historischen und anderer Wissenschaften, der Bildung und der Kultur zusammenzubringen, diesmal für einen Wissenschaftsrat. Selbst wurde er Sekretär dieses Conseil français des Amis de l'Institut d'Histoire sociale. In solcher Eigenschaft konnte er noch im

---

<sup>4</sup> Zu Einzelheiten der Ankäufe und der Übertragungen der Materialien aus der Sammlung Descaves ans IISG vgl.: *Jaarverslag 1936*, S. 13-14; *Jaarverslag 1938*, S. 56-57; *Jaarverslag 1951*, S. 14 (allein 700 Bücher, darunter 215 zur Pariser Commune); *Jaarverslag 1966*, S. 26-27; zu den ‚Lucien Descaves Papers‘ im IISG, die 4,4 m umfassen, vgl. Einführung und Kurz-Liste unter [www.iisg.nl/archives](http://www.iisg.nl/archives), und vgl. Ebd., u. a. die 1,9 m umfassenden „Louise Michel Papers“.

März 1940 von der französischen Regierung eine Erlaubnis für die Einfuhr von 100 Kisten mit Archivalien aus Amsterdam nach Paris erwirken. Diese wurden teilweise direkt in die schon im April 1939 angemietete Ausweichstelle in Amboise (Dép. Indre-et-Loire) weiter verlagert, während umgekehrt im Pariser IISG deponierte Archive, zum Beispiel das der spanischen ‚Confederación Nacional del Trabajo‘ (CNT) und der ‚Federación Anarquista Ibérica‘ (FAI), noch im selben April von Paris nach England in Sicherheit gebracht wurden.

Nach dem deutschen Überfall auf die Niederlande am 10. Mai 1940 blieben in Amsterdam nur wenige Wochen, um noch Archivalien innerhalb des Landes zu verlagern, und – vor allem – Korrespondenzen und solche Dokumente, die in den Niederlanden oder selbst noch in Deutschland lebende Personen in Gefahr hätten bringen können, zu vernichten. Am 15. Juli schloss der Sicherheitsdienst des IISG und der „Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg für die besetzten Gebiete“ übernahm die Herrschaft. Im November 1944 verließen neun Schiffe mit dem restlichen Inventar des IISG Amsterdam Richtung Deutschland. Die D pendancen in Paris und in Amboise waren bereits im Juni 1940, wenige Tage nach der Kapitulation Frankreichs, in Besitz genommen und die Bestände konfisziert worden. Anfang Januar 1941 wurden sie nach Deutschland abtransportiert; sie sind seitdem verschollen, darunter die Bibliothek von Karl Kautsky – dessen Archiv war via Amsterdam direkt nach England verschifft worden – und Archiv und Bibliothek von Souvarine. Er und Nikolajewskij, als Menschewiken aufgrund des Hitler-Stalin-Pakts besonders gefährdet, hatten in den unbesetzten Teil Frankreichs fliehen müssen. Nur Weniges hatte Souvarine selbst oder über Freunde vorher noch in Sicherheit bringen können, bevor er Frankreich verließ und in die USA weiteremigrierte. Er erreichte Ende August 1941 mit einem Notvisum New York.

Noch vom US-Exil aus, dann nach seiner Rückkehr nach Frankreich 1947, bemühte sich Souvarine, Posthumus bzw. dem IISG bei der Suche nach konfiszierten und abtransportierten Archivalien aus den D pendancen in Paris und Amboise zu helfen. Als klar war, dass das IISG aus finanziellen Gründen keine Filiale mehr in Paris eröffnen würde,

rief er 1954 das heute in Nanterre angesiedelte Institut d'Histoire sociale als selbständige Institution wieder ins Leben und blieb dessen Sekretär, bis er 1976 aus Gesundheitsgründen zurücktreten musste. Von 1957 bis 1968 gab er die Instituts-Zeitschrift „Le Contrat social. Revue historique et critique des faits et des idées“ heraus. Am 1. November 1984 starb der gelernte Kunstzeichner und spätere Publizist in Paris.



Kurt Metschies

## Josef Stammhammer (1847 – 1922)

Zu den bedeutendsten Bibliographen von Literatur aus der Frühgeschichte der Arbeiterbewegung dürfte ohne Zweifel der österreichische Bibliothekar Josef Stammhammer<sup>1</sup> gehören. Bis heute ist seine dreibändige „Bibliographie des Socialismus und Communismus“, Jena 1893-1909, ein Standardwerk. Über sein Leben und sein berufliches Wirken sind nur wenige Daten bekannt.

Josef Paul Eduard Stammhammer wurde am 13. Januar 1847 als Sohn eines Eisenhändlers in Wien geboren. Nach Absolvierung des Wiener Josephstädter Gymnasiums nahm er zunächst in den Jahren 1866 bis 1868 ein Medizinstudium und von 1866 bis 1869 das Geschichts- und Germanistikstudium an der Universität Wien auf. Anschließend widmete sich Stammhammer vornehmlich geschichtswissenschaftlichen und germanistischen Forschungen (so unter anderem einer Studie zur Geschichte des Schlosses Leesdorf bei Baden/Wien und zum Verhältnis von Lied und Sage in den Nibelungen-Dramen seit 1850). Von 1878 bis 1904 wirkte er als Bibliothekar des 1841 gegründeten Juridisch-politischen Lesevereins zu Wien.<sup>2</sup> Neben der Pflege kultureller und gesellschaftlicher Interessen seiner Mitglieder, vornehmlich von Juristen aber auch anderer akademisch gebildeter Bürger, hatte der Lese-

---

<sup>1</sup> *Peter R. Frank*, Josef Stammhammer in Österreichisches Biographisches Lexikon 1850–1950. Hrsg. v. der Öster. Akad. der Wiss., 59. Lfg, Wien 2007, S. 85-86; *Ders.*, Josef Stammhammer, in: Lexikon des gesamten Buchwesens, Lfg 51, Sp.-Ste. Bd. 7, Stuttgart 2005, S. 209; Josef Stammhammer, in: Deutsch-Österreichisches Künstler- und Schriftsteller-Lexikon, Bd.1, Wien 1902, S. 473; Josef Paul Eduard Stammhammer, in: Deutschlands, Österreich-Ungarns und der Schweiz Gelehrte, Künstler und Schriftsteller in Wort und Bild, Hannover 1908, S. 482; *Frank*, Von Verdrängen, Vergessen und Freudschem Versprecher. Der Österreichische Bibliograph Josef Stammhammer, in: Aus dem Antiquariat. Beilage zum Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel Nr. 87 vom 30.10.1998, S. A708-A709.

<sup>2</sup> Vgl. *Wilhelm Brauneder*, Leseverein und Rechtskultur. Der Juridisch-politische Leseverein zu Wien 1840 bis 1990, Wien 1992. Darin über Josef Stammhammers Tätigkeit im Leseverein.

verein maßgeblichen Anteil an der Diskussion von Fragen der Österreichischen Rechtskultur. Die Bibliothek des Lesevereins, deren hauptamtlicher Bibliothekar Stammhammer war, verfügte über einen sehr bedeutenden Bestand an Büchern, Broschüren und Zeitschriften auf dem Gebiet der Staatswissenschaften, der juristischen Wissenschaften, der Nationalökonomie und der Geschichtswissenschaften sowie angrenzender Gebiete. Zur Pflege der kulturellen Interessen der Mitglieder wurde auch schöngeistige Literatur angeschafft.

Stammhammer beschränkte sich während seiner Amtszeit nicht nur auf die eigentliche Bibliothekarsfunktion, sondern seine bibliothekarische Arbeit fand ihren nachweislichen Niederschlag in der Veröffentlichung zahlreicher Bibliographien.

1893 erschien der erste Band seiner dreibändigen „Bibliographie des Socialismus und Communismus“<sup>3</sup> im Verlag von Gustav Fischer. Im Vorwort betonte Stammhammer sein Bestreben, „eine vollständige Bibliographie der sozialistischen und kommunistischen Literatur in allen ihren Richtungen und Verzweigungen zu bieten“<sup>4</sup>. Insbesondere richtete er sein „Augenmerk nicht nur auf die selbständigen Literaturwerke, ihre Übersetzungen und Bearbeitungen, sondern auf die gerade auf diesem Gebiete wichtige Flugschriftenliteratur und die in den Zeitschriften, zumal in den sozialistischen und kommunistischen Parteiorganen, zerstreuten Abhandlungen, Programme, Manifeste usw.“<sup>5</sup> Berücksichtigung in seiner Bibliographie fanden nach seiner Selbstaussage die bibliographischen Werke Deutschlands, Frankreichs, Englands und Italiens, die Kataloge zahlreicher Büchersammlungen, insbesondere der sozialökonomischen Fachbibliotheken sowie seine eigenen bibliographischen Vorarbeiten. In rascher Folge erschienen 1898 und 1909 die folgenden Bände der „Bibliographie des Socialismus und Communismus“. Nachträge bis Ende 1908 und ein Sachregister für alle drei

<sup>3</sup> *Josef Stammhammer*, Bibliographie des Socialismus und Communismus, [Bd.1], Jena 1893; Bd. 2: Nachträge und Ergänzungen bis Ende des Jahres 1898, Jena 1900; Bd. 3: Nachträge und Ergänzungen bis Ende des Jahres 1908, Jena 1909. Neudr. Bd. 1-3, Aalen 1963.

<sup>4</sup> *Ders.*, Bibliographie des Socialismus und Communismus, Bd. 1, Jena 1893, S. III.

<sup>5</sup> *Ebd.*

Bände vollendeten ein bis heute unerreichtes Standardwerk, das insgesamt etwa 30 000 Titeln umfasste. 1963 und 1964 wurde das Werk nachgedruckt und wird nach wie vor in aktuellen geschichts- und sozialwissenschaftlichen Bibliographien als bedeutsame Veröffentlichung aufgeführt.

Nachdem die zeitgenössische Öffentlichkeit die erste Publikation Stammhammers sehr positiv aufgenommen hatte, publizierte er 1896 den ersten Band der „Bibliographie der Socialpolitik“<sup>6</sup>, der zweite Band erschien 1912. Beide Bände umfassten die erschienene Literatur bis einschließlich 1911. Analog zum methodischen Verfahren bei seiner „Bibliographie zum Socialismus und Communismus“ berücksichtigte Stammhammer die allgemeinen bibliographischen Werke Deutschlands, Englands, Frankreichs und Italiens, die Kataloge zahlreicher Fachbibliotheken und eine sehr große Anzahl von Antiquariatskatalogen. Gleichfalls wurden in der Bibliographie die Flugschriftenliteratur und die in den wissenschaftlichen Zeitschriften zerstreuten sozialpolitischen Abhandlungen verzeichnet. Ein Verfasser- und ein Sachregister erschlossen den Inhalt zusätzlich.

Stammhammer plante, neben einer umfassenden Bibliographie der sozialökonomischen Literatur im weitesten Sinne auch Bibliographien der theoretischen Nationalökonomie, der Volkswirtschaftspolitik sowie des Geld-, Bank- und Kreditwesens zu verfassen. Von seinen ursprünglichen Vorstellungen realisierte er neben den bereits erwähnten Bibliographien nur noch die „Bibliographie der Finanzwirtschaft“<sup>7</sup>, Jena 1903. Auch diese Veröffentlichung wurde 2003 als Reprint gedruckt.

Bei seinen bibliographischen Arbeiten stützte sich Stammhammer auf eine Vielzahl von Bibliotheken. Eine besonders enge fachliche und persönliche Beziehung verband ihn mit den Mitgliedern des Juridisch-politischen Lesevereins Anton Menger und Carl Menger. Beide Professoren, insbesondere Anton Menger, besaßen umfangreiche Biblio-

---

<sup>6</sup> Ders., Bibliographie der Social-Politik, [Bd. 1], Jena 1896; Bd. 2, enthaltend die Literatur von 1895-1911 und Ergänzungen zu Band 1, Jena 1912.

<sup>7</sup> Ders., Bibliographie der Finanzwissenschaft, Jena 1903. Neudr. Melle 2003.

theken mit sozialökonomischem Profil.<sup>8</sup> Verschiedentlich erwähnte Stammhammer diese Bibliotheken in den Vorworten seiner Bibliographien. Bereits zu Lebzeiten von Anton Menger wurde von Zeitgenossen das inhaltliche Profil dieser Privatbibliothek hervorgehoben. So verwies Carl Grünberg, ein Schüler und späterer Fakultätskollege von Anton Menger, darauf, dass die Mengersche Bibliothek hinsichtlich der Reichhaltigkeit an Quellenwerken des französischen, englischen und deutschen Sozialismus sich durchaus mit der Pariser Nationalbibliothek und der Bibliothek des Britischen Museums messen könne. Als Anton Menger 1906 starb, umfasste seine Bibliothek ca. 16 000 Bände. Stammhammer wurde mit der Katalogisierung der zunächst an die Universität Wien gelangten Bibliothek beauftragt. Innerhalb eines Jahres (März 1906 – März 1907) hatte er einen Zettelkatalog bearbeitet, der als Vorstufe für die Drucklegung eines Katalogs gedacht war. Zu einer Veröffentlichung der Stammhammerschen Arbeit ist es jedoch nie mehr gekommen. 1923 gelangte die Bibliothek von Menger in die stiftungsgemäße Verwaltung durch die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien. 1938 erfolgte die Beschlagnahme der Kammerbibliothek – und damit auch der Menger-Bibliothek – durch die deutschen Besatzungstruppen. Nur etwa 500 Bände der Mengerschen Sammlung sind heute noch in der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien überliefert.

Neben den Beständen der Bibliotheken von Anton Menger und Carl Menger benutzte Stammhammer – wie er in den Vorworten zu seinen Bibliographien erwähnt – auch die Sammlungen der Rechtsanwälte Theodor Mauthner und Wilhelm Pappenheim. Deren gemeinsame Bibliothek umfasste mehr als 20 000 Bände und galt als eine der besten auf dem Gebiete des Sozialismus und Anarchismus. 1921/1922 gelangte die Bibliothek in das Moskauer Marx-Engels-Institut (heute: Staatliche gesellschaftspolitische Bibliothek).<sup>9</sup>

---

<sup>8</sup> Vgl.: *Madeleine Wolensky*, Anton Menger und seine Bibliothek. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien 1991. Darin über Josef Stammhammers Nutzung der Bibliothek von Anton Menger.

<sup>9</sup> Vgl.: *Gerhard Oberkofler*, Über sozialistische Privatbibliotheken in Wien und ihr Schicksal. Notizen insbesondere zu den Bibliotheken von Anton Menger, Theodor

Letztendlich konnte Stammhammer – auch wenn er in keiner seiner Bibliographien darauf hinwies – auf den reichen Bestand der Bibliothek des Juridisch-politischen Lesevereins zu Wien – deren Bibliothekar er ja war – zurückgreifen. Die Bibliothek dieses angesehenen Vereins umfasste insgesamt 13 500 Bücher, Broschüren, Zeitschriften und andere Druckerzeugnisse; sie wurde 1969 von der Bibliothek der University of Alberta in Edmonton, Kanada, angekauft.

Am 18. August 1922 starb Josef Stammhammer durch Selbstmord in Wien, drei Monate nach dem Tod seiner Frau Ludowika.

Die Bibliographien Josef Stammhammers sind heute literarische Dokumente in zweifacher Hinsicht. Erstens sind sie Bibliographien von großem Quellenwert für die geschichts- und sozialwissenschaftliche Forschung und zweitens bedeutende Zeugnisse der Bibliotheksgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

---

Sigrid Kleinschmidt

## **Max Stein (1871 – 1952)**

Als Sohn eines Schankwirts und Getreidehändlers wurde Stein am 25. Dezember 1871 im oberschlesischen Ratibor als vierter von sechs Söhnen geboren. Nach dem Willen des Vaters Simon Stein besuchten alle Kinder die höhere Schule. Als 1888 sein Vater starb, wurde Max Stein aufgrund fehlender Mittel, zumal seine schulischen Leistungen zu wünschen übrig ließen, aus der Schule genommen und zu der Getreidehandlung May in Glatz, Oberschlesien, in die Lehre geschickt.

Sein Halbbruder Ludwig hatte in seiner Zeit als Medizinstudent in Breslau bereits Kontakt zum Kreis der Cabet-Anhänger, die im Sinne der amerikanischen Siedlung Ikarien eine neue sozialistische Gesellschaftsordnung anstrebten und 1887 in dem Breslauer Geheimbundprozess verwickelt waren. Ludwig war dann auch derjenige, der in der Zeit des Sozialistengesetzes verbotene Zeitschriften wie „Der Sozialdemokrat“ oder die „Neue Zeit“ zu Hause las, sodass Max schon früh mit sozialistischen Schriften in Berührung kam. Er erinnerte sich noch als alter Mann an die besondere Bedeutung, die der Artikel des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Bloss „Florian Geyer, Lebens- und Charakterbild aus dem Großen Bauernkrieg“ aus dem 4. Jahrgang (1886) der „Neuen Zeit“ für seine spätere Entwicklung hatte. Max Stein sagte: „Der Florian Geyer begeisterte mich und ließ mich Partei nehmen für die Unterdrückten und für die, welche für die Freiheit kämpften. Der Florian Geyer machte mich mit den sozialen Fragen bekannt, mit den Kämpfen um die Macht. Er hat ein für alle Mal mein Leben in bestimmte Bahnen geführt“.<sup>1</sup>

Während seiner Ausbildungszeit kam Max Stein in Verbindung mit sozialdemokratischen Handwerkern und Arbeitern, die um die Gründung einer gewerkschaftlichen Organisation bemüht waren. Auch übertrug

---

<sup>1</sup> *Armin Spiller*, Die Bibliothek des oberschlesischen Sozialdemokraten Max Stein in der Universitätsbibliothek der Freien Universität Berlin, Köln 1970, S. 6.

man ihm die Aufgabe als Vertrauensmann sowie zeitweilig auch als Sekretär der Glatzer Sozialdemokraten und Vertreter gegenüber dem Gesamtvorstand in Berlin, bis er durch eine Presstenotiz denunziert wurde. In dieser stand, dass sich in einem Glatzer Getreidegeschäft ein Buchhalter agitatorisch zu Gunsten der sozialdemokratischen Partei betätigte.

Zu jener Zeit begann er selbst, Schriften zum Verhältnis von Kirche und Sozialismus zu erwerben. Als er dann 1893 bei der Leipziger Verlagsbuchhandlung Wiest zu arbeiten begann, entwickelte sich seine Sammelleidenschaft. Angeregt wurde er in Leipzig durch verschiedene bedeutende Sozialisten wie Konrad Haenisch, der zu jener Zeit bei der „Leipziger Volkszeitung“ arbeitete und mit dem er sich befreundete. So befinden sich in der heute als Bibliothek Stein bezeichneten Sammlung sowohl Bücher mit Widmungen Haenischs wie auch solche aus dessen Besitz, die in der Buchdruckerei und Verlagsanstalt der „Leipziger Volkszeitung“ erschienen sind. Auch Steins spätere Frau Hedwig arbeitete wohl in der belletristischen Abteilung der Leipziger Verlagsbuchhandlung Wiest. Er schenkte ihr Friedrich Engels' „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ mit einer Widmung. Über seine Bekanntschaft mit dem Naturphilosophen Johann Gustav Vogt lernte Stein auch Hermann und Käthe Duncker kennen. Alexander Helphand gehörte offensichtlich ebenfalls zu seinem Freundeskreis. Im Jahre 1893 trat Max Stein in den Leipziger Arbeiterverein ein.

Ab 1896 war Stein ein knappes Jahr bei der bekannten Prager Verlagsbuchhandlung F. Tempky - G. Freitag tätig und erweiterte dort seine buchhändlerischen Kenntnisse. Bei dieser Firma und danach bei weiteren Unternehmen war er hauptsächlich als Buchhalter und Kassierer beschäftigt.

An den planmäßigen Aufbau und die Erweiterung seiner Bibliothek konnte Stein aber erst gehen, nachdem er im Jahre 1900 bei der Gleiwitzer Dachpappen- und Teerproduktenfabrik Ludwig Gassmann in einer höher dotierten Position zu arbeiten begann. Auch in seinem späteren Wirkungsbereich bei derselben Firma in Breslau verbesserte sich seine finanzielle Situation erheblich. Fortan erwarb er Bücher aus

---

Nachlässen, Wohnungsaufösungen, antiquarisch und im Sortimentsbuchhandel. Sein Ziel war es schon damals, Material zur Geschichte der Arbeiterbewegung vor der Vernichtung treuhänderisch für die Nachwelt zu bewahren.

In den weiteren Jahren immer in Leitungsfunktionen bei verschiedenen Unternehmen tätig, trat er selbst nicht mehr in öffentlichen Parteiversammlungen auf. Gleichwohl erhielt er viel Schriftgut mit Dedikationen und Besitzvermerken wichtiger und heute noch bekannter Persönlichkeiten der Bewegung. Er tauschte Material mit Arbeitern und mit Funktionären, wie Emil Basner, der die Erarbeitung eines Kataloges der Stein'schen Sammlung anregte, aber auch mit dem Historiker Gustav Mayer, der ihn anlässlich des Historikertages 1926 in Breslau zu einer Ausstellung seiner Dokumente bewegen wollte. Steins Freunde halfen, seine Bibliothek weiter zu vervollständigen. Konrad Haenisch ermöglichte ihm zum Beispiel, seltene Veröffentlichungen aus der Zeit des Sozialistengesetzes, wie Exemplare der „Berliner Arbeiterbibliothek“ und der „Sozialdemokratischen Bibliothek“ zu kaufen. Noch 1932 konnte er einen Teil der Sammlung des Herausgebers des „Sozialpolitischen Handbuchs“, Heinrich Lux, erwerben. Diese enthielt viele seltene frühe und Erstausgaben, beispielsweise von Karl Kautsky, Wilhelm Liebknecht und Johannes Most. Paul Löbe, mit dem er ebenfalls befreundet war, vermittelte ihm den Ankauf der Bibliothek des Leipziger Bildungs- und Arbeitersekretärs Robert Horn.

1932 weilte Stein geschäftlich in Moskau. Durch Vermittlung von Hermann Duncker erhielt er die Möglichkeit, das Marx-Engels-Institut zu besuchen und Kontakt zu Professor Ernst Czóbel, einem der Leiter des Instituts, aufzunehmen.

Im Jahre 1935 wurde in dem berüchtigten Hetzblatt „Der Stürmer“ moniert, dass der Jude Stein immer noch in leitender Stellung in der Dachpappenfabrik Vedag beschäftigt sei, woraufhin er seinen Vorstandsposten und seine Ehrenämter abgeben musste. Im November 1938 wurde Stein im Konzentrationslager Sachsenhausen interniert, konnte aber durch Intervention seiner evangelischen Frau und von Freunden wegen seines Alters und schlechten Gesundheitszustandes Ende des Monats



zur Familie zurückkehren. Im Jahre 1941 wurde er nochmals für einige Tage interniert.

Die Familie konnte durch verschiedene glückliche Umstände während der gesamten Zeit des Nationalsozialismus in ihrem Haus wohnen bleiben, mit der gesamten Bibliothek und den vielfältigen Archivalien. Erst 1942 verlangte die Gestapo genaue Herkunftsangaben und die schriftliche Zusage, dass die Sammlung unverändert stehen bliebe und nichts entfernt würde. Regelmäßige Kontrollen folgten. Als die Bücher und Dokumente 1944 von den Nazis abtransportiert werden sollten, fehlte es wohl schon an Transportmitteln. Auch die Besetzung durch die Russen überstand die Bibliothek unbeschadet. Einem russischen Offizier verdankte Stein eine Bescheinigung, die besagte, das Quartier sei von der Kommandantur besetzt.

Nach dem Kriege gründete Max Stein in Berlin-Steglitz eine Bildungsgemeinschaft, die über den Bezirk hinaus schnell bekannt wurde durch verschiedene Veranstaltungen, wie Vorträge namhafter Personen und Diskussionen über kulturelle, wirtschaftliche und politische Themen. Bis zu seinem Tode am 11. August 1952 engagierte er sich in der sozialdemokratischen Partei des Bezirks und war Kreisdelegierter, Bezirksverordneter und auch Alterspräsident des Bezirksparlaments.

Stein nahm seine Sammlertätigkeit wieder auf. Sein Interesse galt jetzt besonders Titeln, die nach dem Kriege in der SBZ beziehungsweise der DDR erschienen. Doch ab 1949 begann er, Teile der Bibliothek zu verkaufen. So ging seine umfangreiche Sammlung zur „Bürgerlichen Bewegung von 1848“ an die Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main. Ab Juni 1950 bemühte sich die Freie Universität Berlin (FUB) um den Erwerb des zweiten Teils der Bestände Steins. Nach vielfältigen Schwierigkeiten der Mittelbeschaffung konnte der Bestand für Berlin gesichert werden und hat nun ihren Platz in der Universitätsbibliothek der FU Berlin. Es war der Wunsch von Max Stein, die vielen geretteten Bücher möglichst in Berlin zu belassen.

Die Bibliothek Stein<sup>2</sup> bestand zur Zeit der Erwerbung durch die FUB aus ca. 17 500 Bänden zur Sozialismusforschung und angrenzender Gebiete, damals wohl die größte Privatsammlung in Deutschland. Sie war in den 1950er Jahren auch der Grundstock für das entsprechende Sondersammelgebiet der Bibliothek. Durch Lückenergänzungen und Zukäufe in der Folgezeit wurde diese Bibliothek zur wichtigsten Forschungsstätte der Studentenbewegung von 1968. Die Benutzer fanden nicht nur zur Geschichte der Sozialdemokratie, sondern auch des Kommunismus, Marxismus-Leninismus, Stalinismus, des Anarchismus und der sozialen Bewegungen seiner Zeit reichlich Literatur, insbesondere auch zu regionalen Organisationen. Noch heute sind viele der Bände im Alleinbesitz der FUB und inzwischen gut erschlossen, auch mit Hilfe von Mitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Im Geheimen Staatsarchiv Berlin-Dahlem Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Bestand Familienarchive und Nachlässe befindet sich ein Teilnachlass Max Stein einschließlich einer Nachlieferung aus den 1990er Jahren. Allerdings sind in der Nachlieferung wegen Zwischenschaltung einer weiteren Verwandten Tagebücher Max Steins sowie Korrespondenzen mit bekannten Sozialisten wie zum Beispiel Hermann Duncker, Konrad Haenisch und Alexander Helphand (Parvus) nicht mehr enthalten. Diese Materialien befinden sich entweder noch geschlossen im Privatbesitz, oder sie sind eventuell durch Verkauf verstreut worden.

---

<sup>2</sup> Wichtige Veröffentlichungen zur Bibliothek Stein: *Ulrich Naumann* (Hrsg.), *Bibliothek Stein. Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert*. Katalog, Wildberg (1993); *Armin Spiller* (vgl. Anm. 1); *Jiri Kende*, *Erschliessung abgeschlossener Spezialbestände in wissenschaftlichen Bibliotheken am Beispiel der „Bibliothek Stein“ und der „Konservativen Revolution in Deutschland 1918 – 1932“* in der Freien Universität Berlin, Köln 1983.

Winfried R. Garscha

## **Herbert Steiner (1923 – 2001)**

Der Gründer des „Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes“ (DÖW) und der „Internationalen Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung“ (ITH, heute: „International Conference of Labour and Social History“) wurde am 3. Februar 1923 als Kind einer Arbeiterfamilie im 9. Wiener Gemeindebezirk (Alsergrund), einem stark jüdisch geprägten Stadtviertel, geboren. Sein Vater Heinrich war vor dem Ersten Weltkrieg auf Arbeitssuche aus dem slawonischen Bjelovar nach Wien gekommen, die Mutter Valerie entstammte einer jüdischen Familie aus dem niederösterreichischen Pottenstein, damals ein Zentrum der Textilindustrie südlich von Wien. Die Steiners lebten in ärmlichen Verhältnissen und besserten ihr Familienbudget durch Untermieter, die sich jeweils ein Bett teilten („Bettgeher“), auf. Der Vater wurde Mitglied der Wehrorganisation der österreichischen Sozialdemokratie, des „Republikanischen Schutzbundes“. Herbert Steiner selbst durchlief die typische politische Laufbahn eines Arbeiterjugendlichen im Roten Wien: Er wurde Mitglied der sozialdemokratischen „Kinderfreunde“ beziehungsweise der „Roten Falken“. Nach der Niederlage der Linken im kurzen Bürgerkrieg des Februar 1934 kam er an der Realschule in der Glasergasse in Wien-Alsergrund mit kommunistischen Jugendlichen in Kontakt und schloss sich 1937 dem Kommunistischen Jugendverband an. Wie Hunderte andere Schüler „mosaischen“ Bekenntnisses wurde auch er nach dem „Anschluss“ des März 1938 von seiner Schule verwiesen.

Gewarnt von einem ehemaligen Schulkameraden, der sich den Nazis angeschlossen hatte, flüchtete Herbert Steiner Ende November 1938 ohne seine Eltern über Holland nach England, wo er im Jugendlager Dovercourt Bay Camp aufgenommen wurde. Nur wenige Monate nach seiner Ankunft in Großbritannien gelang es ihm, eine Lehre als Schriftsetzer und Korrektor zu beginnen und – als einziger Ausländer – Mitglied der altherwürdigen Schriftsetzergewerkschaft „London Society

of Compositors“ zu werden. Gleichzeitig trat er der Exiljugendorganisation „Young Austria“ bei, die zum ersten Jahrestag des „Anschlusses“, im März 1939, auf Initiative österreichischer Kommunistinnen und Kommunisten gegründet worden war. „Young Austria in Great Britain“ war – wie Eric Hobsbawm sich erinnerte – „für die zahlreichen Jugendlichen, die 1938/39 endlich in Kindertransporten oder anderswie ins Land gelassen wurden und damit ihr Leben retteten [...], nicht nur von politischer, sondern von riesiger menschlicher Bedeutung“,<sup>1</sup> da ihnen die Organisation die Familie ersetzte. Steiners Eltern wurden am 26. Januar 1942 nach Riga deportiert. Der Vater wurde dort sofort nach Ankunft des Transportes ermordet, die Mutter starb im November 1944 im KZ Stutthof.

Wie viele andere antifaschistische Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich wurde auch Herbert Steiner 1940 als „feindlicher Ausländer“ von den britischen Behörden einige Monate hindurch interniert – im Hutchinson Camp auf der Isle of Man.

Auf Grund seines organisatorischen Talents wurde Herbert Steiner 1941 Sekretär von „Young Austria“, gleichzeitig übernahm er die Leitung des Exilverlags „Jugend voran“. Seine sonore Stimme und seine deutliche, gleichzeitig „wienersch gefärbte“ Aussprache qualifizierten ihn zum Sprecher in Sendungen der BBC für Österreich. Nach Abschluss seiner Ausbildung arbeitete er ab 1943 als Schriftsetzer für deutsch- und englischsprachige Publikationen in London. Durch diese Arbeit lernte er Künstler wie Oskar Kokoschka, vor allem aber im Exil lebende österreichische Schriftsteller kennen. Eine besonders enge Beziehung verband ihn mit dem um zwei Jahre älteren Erich Fried, den er

---

<sup>1</sup> *Eric J. Hobsbawm*, Herbert Steiner, Gründer und erster Leiter des DÖW, und die Bedeutung von Widerstandsforschung, in: Jahrbuch 2004 des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, Wien 2004, S. 16-21, hier: S. 17. - Weitere Publikationen über Herbert Steiner: *Helmut Konrad/Wolfgang Neugebauer* (Hrsg.), Arbeiterbewegung – Faschismus – Nationalbewusstsein. Festschrift zum 20jährigen Bestand des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes und zum 60. Geburtstag von Herbert Steiner, Wien 1983; Die verhinderte Re-Nazifizierung. Herbert Steiner und das Österreich des Herrn Karl, in: *Herbert Arlt* (Hrsg.), Erinnern und Vergessen als Denkprinzipien, Sankt Ingbert 2002, S. 27-44.

noch aus Wien-Alsergrund kannte. Fried war Autor einer der wichtigsten Publikationen des Verlags, der 1944 erschienenen Broschüre „They Fight in the Dark. The Story of Austria’s Youth“, mit der die britische Öffentlichkeit über den Widerstand in Österreich aufgeklärt werden sollte.<sup>2</sup>

Eine der bekanntesten literarischen Figuren der österreichischen Linken in den 1930er Jahren war der junge Dichter, Kabarettist und Schriftsteller Jura Soyfer. Auf der Flucht in die Schweiz aufgegriffen, wurde er ins KZ Buchenwald verbracht, wo er – wenige Tage vor seiner Entlassung – am 16. Februar 1939 an Typhus zugrunde ging. Noch im Londoner Exil kümmerte sich Herbert Steiner um die Sicherung des Nachlasses Soyfers; der Erfolg seiner lebenslangen Bemühungen mündete schließlich 1988 in der Gründung einer eigenen „Jura Soyfer Gesellschaft“. Soyfer wurde zu einem der meistgespielten Autoren des österreichischen Exiltheaters in London, „Das Laterndl“, und der „Austrian Youth Players“.

Im November 1945 konnte Herbert Steiner nach Wien zurückkehren. Gemeinsam mit Otto Brichacek („Fritz Walter“), mit dem er noch im englischen Exil, im November 1945, an der Gründung des „Weltbunds demokratischer Jugend“ mitgewirkt hatte, übernahm er im Januar 1946 die Leitung der am 16. Mai 1945 gegründeten „Freien Österreichischen Jugend“ (FÖJ). Der erste Bundeskongress der FÖJ im Juni 1946 wählte Brichacek zum Vorsitzenden, Steiner zum Bundessekretär. Zu den Schwerpunkten seiner politisch-organisatorischen Tätigkeit für die FÖJ gehörten Sport und Wandern (so engagierte er sich bei der Bildung des österreichischen Jugendherbergsverbands, der ihn zu seinem Vizepräsidenten wählte) und das Heranführen der Jugend an Kunst und Literatur.<sup>3</sup> Nachdem 1951 Otto Brichacek auf Druck der KPÖ-Führung als Vorsitzender abgewählt wurde, legte 1952 auch Herbert Steiner seine

---

<sup>2</sup> Wiederabgedruckt in: *Volker Kaukoreit/Wilhelm Urbanek* (Hrsg.), *Am Alsergrund. Erich Frieds Jugendjahre in Wien (1921–1938)*, Wien 1995, S. 145–164.

<sup>3</sup> Steiner bemühte sich erfolgreich um die Rechte der Schriften Soyfers, dessen Stücke ab 1947 von der Zentralen Theatergruppe der FÖJ – auch „Spielgruppe Jura Soyfer“ genannt – aufgeführt wurden.

Funktionen in der FÖJ nieder und wurde KPÖ-Bezirkssekretär in Wien-Meidling (bis 1959). Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Funktionärsapparat war Herbert Steiner noch lange Zeit in der KPÖ aktiv; obwohl er zum Teil sehr enge persönliche Kontakte zu vielen der im Zuge der Parteikrise 1968/69 Ausgetretenen bzw. Ausgeschlossenen unterhielt, blieb er Mitglied der Partei. Von Anfang der 1960er bis Ende der 1980er Jahre wirkte er an den Diskussionen in der Historischen Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ mit.

Herbert Steiner hatte sich seit jeher für die Geschichte der Arbeiterbewegung begeistert und noch als FÖJ-Bundessekretär eine (unveröffentlichte) Geschichte der sozialistischen Jugendbewegung in Österreich bis 1918 verfasst. Ein zweites Thema, das ihn brennend interessierte, war die Geschichte der Revolution von 1848 in Wien. Im Laufe vieler Jahrzehnte trug er die umfangreichste Sammlung von Flugschriften aus den Jahren 1848/49 zusammen. Sie wurde 1988 von der Linzer Arbeiterkammer erworben und in der oberösterreichischen Landesbibliothek der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. 1958 begann Steiner ein Fernstudium der Geschichte an der Prager Karls-Universität. Dort erwarb er 1963 den wissenschaftlichen Grad eines Kandidaten der Wissenschaften (Csc), der später an der Universität Wien als Dr. phil. anerkannt („nostrifiziert“) wurde. Der Gründer des österreichischen Instituts für Zeitgeschichte, Ludwig Jedlicka, band Herbert Steiner – als Experten für den kommunistischen Widerstand – in das Regierungsprojekt der Erstellung einer Dokumentation „Österreichische Widerstandsbewegung 1938 bis 1945“ ein, das seit dem Frühjahr 1962 von einem Ministerkomitee der ÖVP-SPÖ-Regierung betrieben wurde. Herbert Steiners umfangreiche Doktorarbeit über die Frühgeschichte der österreichischen Sozialdemokratie und ihrer Vorläuferorganisationen bis zum Hainfelder Parteitag an der Jahreswende 1888/1889 wurde 1964 gleichzeitig auf Deutsch und Tschechisch veröffentlicht.<sup>4</sup> Die deutschsprachige Ausgabe erschien als Band 2 der Veröffentlichungen der von Bruno Kreisky initiierten und vom

---

<sup>4</sup> *Herbert Steiner*, Die Arbeiterbewegung Österreichs 1867–1889. Beiträge zu ihrer Geschichte von der Gründung des Wiener Arbeiterbildungsvereins bis zum Einigungsparteitag in Hainfeld, Wien 1964; *Ders.*, *Dělnické hnutí v Rakousku 1867–1889*, Praha 1964.

späteren Generaldirektor des Österreichischen Staatsarchivs, Rudolf Neck, geleiteten „Arbeitsgemeinschaft für Geschichte der Arbeiterbewegung“. Gemeinsam mit Rudolf Neck bereitete Herbert Steiner seit 1964 die Gründung der Internationalen Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung vor. Um die Aufnahme von Themen zur Geschichte der Arbeiterbewegung in das Programm des für den Sommer 1965 in Wien anberaumten XII. Welthistorikerkongresses vorzubereiten, versammelten Steiner und Neck im September 1964 rund vierzig Spezialisten für die Geschichte der sozialen Bewegungen in Zentraleuropa und beschlossen, neben dem Welthistorikerkongress eine eigene Konferenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie und in den Nachfolgestaaten zu veranstalten. Als Tagungsort wurde das Bildungshaus der oberösterreichischen Arbeiterkammer „Jägermayrhof“ am Stadtrand von Linz an der Donau gewählt, wo bis heute die jährlichen ITH-Konferenzen stattfinden. Formell übte Steiner in der ITH immer nur die Funktion eines „Kassiers“ (Schatzmeister) aus. Soviel Zeit er auch aufwandte, um die ITH zu einer weltumspannenden „Internationale der Arbeiterhistoriker“ zu machen – Herbert Steiners eigentliches Lebenswerk war jedoch zweifellos die Gründung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes.

Das DÖW wurde 1963 als Verein konstituiert, in dessen Leitung führende Persönlichkeiten aller Organisationen ehemaliger Widerstandskämpferinnen und -kämpfer vertreten waren; seit 1983 ist das DÖW eine Stiftung, an der sich neben dem Verein DÖW auch die Gemeinde Wien und die Republik Österreich beteiligen. Die Gründung des DÖW geht auf Überlegungen innerhalb des „Bundesverbands der österreichischen Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus (KZ-Verband)“ – eine überparteiliche Organisation, in der vor allem Angehörige des kommunistischen Widerstandes organisiert waren – zurück. Im KZ-Verband war 1959 eine Arbeitsgruppe gebildet worden, die Dokumente zusammentrug und katalogisierte. Auf Vorschlag des Bundessekretärs des KZ-Verbands, Erich Fein, bestimmte die Verbandsleitung Herbert Steiner zum Koordinator der Gruppe.<sup>5</sup> Das erste „Dokumen-

---

<sup>5</sup> Zur Frühgeschichte des DÖW jetzt: *Winfried R. Garscha*, Das Archiv des DÖW, in:

tenarchiv“ hatte in einem Schrank im Bundessekretariat des KZ-Verbands in der Castellezgassee im zweiten Wiener Gemeindebezirk Platz. Während Fein die Verbandsmitglieder aufforderte, Abschriften und Originale zur Verfügung zu stellen, unternahm Steiner über Vermittlung des Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR eine erste Archivreise nach Potsdam: Im damaligen Deutschen Zentralarchiv wurden beispielsweise Akten des Reichskriegsgerichts aufbewahrt, von denen er sich Aufschlüsse über den Widerstand innerhalb der Wehrmacht – zum Beispiel der vom KJV Österreichs gebildeten Gruppe „Soldatenrat“, die 1941 bis 1943 unter einfachen Wehrmachtsangehörigen aus Österreich tätig war – erhoffte. Im November 1962 hatte Herbert Steiner einen ersten Katalog der Archivbestände mit Kurzbeschreibungen von 933 Akten erarbeitet. Die Leitung des KZ-Verbands wartete mit dessen Publikation jedoch, da sich im Laufe des Jahres 1962 die Möglichkeit abzeichnete, das geplante Archiv als gemeinsame Einrichtung der im Zuge des Kalten Krieges gebildeten Opferorganisationen<sup>6</sup> zu gründen.

Als das „Österreichische Dokumentationsarchiv der Widerstandsbewegung“ (so der ursprüngliche Name des DÖW) schließlich 1963 gegründet wurde, waren in der Vereinsleitung neben den drei Opferorganisationen auch Vertreter und Vertreterinnen der akademischen Wissenschaft und des öffentlichen Lebens vertreten. Herbert Steiner übte die Funktion des „wissenschaftlichen Leiters“ von 1963 bis 1983 aus. Während der ganzen „Amtszeit“ Steiners verfügte das Dokumentationsarchiv – als privater Verein – über keine gesicherte Finanzierung. Steiners wissenschaftsorganisatorisch wohl wichtigste Leistung war es, dennoch

---

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), *Bewahren – Erforschen – Vermitteln. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes*, Wien 2008, S. 11 ff.

<sup>6</sup> Nach der behördlichen Auflösung des einheitlichen „Bunds der politisch Verfolgten“ im März 1948 konstituierten sich drei – den Parteien ÖVP, SPÖ und KPÖ zuzuordnende – Verbände neu: die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer und der KZ-Verband. Vgl. *Brigitte Bailer*, *Der KZ-Verband. Informationen zu einer wesentlichen Quelle des Projekts der Namentlichen Erfassung der Opfer der politischen Verfolgung*, in: *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (Hrsg.), *Jahrbuch 2007*, S. 36-49.



durch private Spenden, Forschungsgelder und Subventionen den weiteren Ausbau des Archivs und der Bibliothek des DÖW zu sichern und ein beeindruckendes Publikationsprogramm zu realisieren. Regelmäßige Unterstützung kam insbesondere von der Gemeinde Wien, deren ehemaliger Bürgermeister, Bruno Marek, 1971 bis 1984 Präsident des DÖW war. Nach jahrelangen Bemühungen gelang es 1983 schließlich, die Gemeinde Wien und die Bundesregierung für die Errichtung einer „Stiftung DÖW“ zu gewinnen, sodass Herbert Steiner seinem Nachfolger, Wolfgang Neugebauer, eine finanziell einigermaßen abgesicherte Einrichtung übergeben konnte.

Sowohl vor als auch nach seiner Pensionierung war Herbert Steiner regelmäßig auf internationalen Konferenzen zu Gast und unternahm zahlreiche Vortragsreisen, darunter mehrfach in die USA, nach Japan und China. Obwohl Steiner nie ein Hehl aus seiner Parteizugehörigkeit machte, war er mit zahlreichen sozialdemokratischen Spitzenpolitikern im Westen persönlich bekannt und unterhielt im Osten enge Kontakte nicht nur zu den offiziellen Parteiinstituten für Geschichte der Arbeiterbewegung, sondern auch zu „dissidenten“ Kommunistinnen und Kommunisten, insbesondere in der Tschechoslowakei, wodurch er immer wieder in auch persönlich unangenehme Situationen geriet; der tschechoslowakische Staatssicherheitsdienst sorgte dafür, dass über ihn 1968 ein Einreiseverbot in die ČSSR verhängte wurde, das bis 1989 aufrecht blieb. Ein politisches Anliegen, für das auch viele seiner Freunde wenig Verständnis aufbrachten, das er aber konsequent verfolgte, war der Versuch, die diplomatische Isolierung Nordkoreas zu durchbrechen. 1972 gründete er die Freundschaftsgesellschaft Österreich-Koreanische Demokratische Volksrepublik (KVDR), für die er zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens als Mitglieder gewinnen konnte; als seinen größten Erfolg auf diesem Gebiet verbuchte er das Zustandekommen eines Staatsbesuchs Bruno Kreiskys in der KVDR.

Eine Folge der österreichischen „Titelkultur“, die mitunter im Ausland für Verwirrung sorgte, war, dass Steiner zuerst „Professor“ und dann erst „Dozent“ wurde: Für seine Leistungen bei der Gründung von

DÖW und ITH und seine – zum Teil führende – Mitwirkung in verschiedenen wissenschaftlichen Gesellschaften und Kommissionen verlieh ihm der Bundespräsident im Jahre 1964 den Berufstitel „Professor“. 1982 konnte er sich an der Universität Wien – mit der Lehrbefugnis für neuere Geschichte – habilitieren und erwarb damit nach österreichischem Recht (dem die Bezeichnung des „Dr.habil.“ unbekannt ist) den akademischen Grad eines „Dozenten“. Seit seiner Pensionierung hielt er an der Universität Wien Vorlesungen, die sich größten Zuspruchs erfreuten.

Steiner veröffentlichte zahlreiche wissenschaftliche Publikationen zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung und des Widerstandes.<sup>7</sup> Seine letzten Arbeiten widmete er zwei Opfern des stalinistischen Terrors: Der linksliberal eingestellte österreichische Gesandte in Prag in der Zwischenkriegszeit, Ferdinand Marek, starb 1947 in einem Moskauer Gefängnis.<sup>8</sup> Steiners Arbeit stützte sich auf persönliche Dokumente, die ihm von Familienangehörigen überlassen worden waren, sowie auf sowjetische Gerichtsdokumente.<sup>9</sup> Zeit seines Lebens hatte Steiner biographische Angaben sowie Reden und Schriften Franz Koritschoners gesammelt. Die Arbeit über den 1940 von der

<sup>7</sup> Veröffentlichungen von *Herbert Steiner* in Auswahl: Bibliographie zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung. Bd 1-3, Wien 1962-1970; Die Arbeiterbewegung Österreichs 1867–1889. Beiträge zu ihrer Geschichte von der Gründung des Wiener Arbeiterbildungsvereins bis zum Einigungsparteitag in Hainfeld, Wien 1964; Zum Tode verurteilt. Österreicher gegen Hitler. Eine Dokumentation, Wien 1964; Die Kommunistische Partei Österreichs von 1918–1933. Bibliographische Bemerkungen, Wien-Meisenheim am Glan 1968; Gestorben für Österreich. Widerstand gegen Hitler. Eine Dokumentation, Wien 1968 (Überarb. Neuauf. Wien 1995); Die Gebrüder Scheu. Eine Biographie, Wien 1968; Käthe Leichter. Leben und Werk, Wien 1973; Karl Marx in Wien. Die Arbeiterbewegung zwischen Revolution und Restauration 1948, Wien-München-Zürich 1978; Zusammen mit *Maria Sporrer*, Rosa Jochmann, Wien 1983; *Herbert Steiner/Maria Sporrer*; Fritz Bock: *Zeitzeuge*, Wien 1984; *Herbert Steiner/Maria Sporrer*; Simon Wiesenthal. Ein unbequemer Zeitgenosse, Wien 1992.

<sup>8</sup> Der von Deutschnationalen als „tschechenfreundlich“ bekämpfte Ferdinand Marek war – um seiner jüdischen Frau die Ausreise in die Schweiz zu ermöglichen – in der Zeit der deutschen Besatzung mit den Protektorsatsbehörden Kompromisse eingegangen, die den Anlass seiner Verhaftung 1945 lieferten.

<sup>9</sup> *Steiner*, První rakouský vyslanec v Praze FERDINAND MAREK. Jeho osudy v letech 1938–1947, Praha 1995. (Die Broschüre enthält auch eine deutsche Fassung des Texts.)

UdSSR an Hitler-Deutschland ausgelieferten und in Auschwitz ermordeten Mitbegründer der KPÖ konnte er jedoch nicht mehr vollenden.

Die letzte Vereinsgründung, an der Steiner sich mit großer Energie beteiligte, war die bereits erwähnte „Jura-Soyfer-Gesellschaft“ im fünfzigsten Jahr nach der Annexion Österreichs 1938. Eine schwere Erkrankung machte ihm in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre schließlich jede weitere Tätigkeit unmöglich. Schon schwer gezeichnet von seiner Krankheit war er 1998 Ehrengast der Zeremonie, mit der „seine“ Realschule im 9. Wiener Gemeindebezirk in Erich-Fried-Realgymnasium umbenannt wurde. Herbert Steiner starb am 26. Mai 2001.<sup>10</sup> Sein Nachlass befindet sich im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. 2004 richteten DÖW und ITH – aus Mitteln, die von privater Seite zur Verfügung gestellt wurden – den Herbert-Steiner-Preis<sup>11</sup> ein, der alljährlich für hervorragende, unveröffentlichte Arbeiten auf den Gebieten „Geschichte der Arbeiterbewegung“ und „Widerstand/Verfolgung/Exil in der Zeit des Faschismus und Nationalsozialismus sowie der Umgang mit dieser Vergangenheit nach 1945“ vergeben wird.

---

<sup>10</sup> Beiträge zum Tode Herbert Steiners auf der Web-Site des DÖW: <http://www.doew.at/frames.php?thema/steiner/kurz.html>

<sup>11</sup> Informationen über den Herbert-Steiner-Preis: <http://www.ith.or.at/ith/preise.htm>

Rolf Hecker

## German Alexandrowitsch Tichomirnow (1899 – 1955)

Der Vater verstarb, als Tichomirnow anderthalb Jahre alt war. Er wuchs in Kasan mit seinen älteren Geschwistern auf, Schwester Zinaida und Bruder Wiktor. Er besuchte das Gymnasium (1911–1918) und begann anschließend an der Universität ein Medizinstudium, das er nach dem ersten Studienjahr abbrach. In seiner Jugendzeit unterstützte er seine Geschwister in ihrer revolutionären Tätigkeit. Sein Bruder organisierte das Kasaner Komitee der SDAPR(B) in der Revolutionszeit 1905–1907, ihn unterstützte Tichomirnow ab 1916 bei der Verbreitung bolschewistischer Literatur. Er trat nach der Februarrevolution 1917 in die SDAPR(B) ein. 1918 war er Teilnehmer am Bürgerkrieg in einer Politabteilung der 5. Armee in Simbirsk. Bis zum Sommer 1921 wirkte er in verschiedenen Politabteilungen, unter anderem auch in Petrograd. Von Sommer 1921 bis 1925 war Tichomirnow Instrukteur in der Organisationsabteilung und dann Assistent eines Sekretärs des ZK der RKP(B) in Moskau.

Von 1925 bis 1937 leitete Tichomirnow das Zentrale Parteiarchiv beim Lenin-Institut; ab 1931 beim vereinigten Marx-Engels-Lenin-Institut (IMEL). 1931 war der bisherige Direktor des Marx-Engels-Instituts, Dawid Rjasanow, verhaftet worden und Wladimir Adoratskij wurde neuer Direktor.<sup>1</sup> Tichomirnow konnte in einem Bericht mitteilen, dass zu jenem Zeitpunkt der Marx-Engels-Fonds im Archiv 4 316 Einheiten umfasste, dazu gehörten 437 Originale und 55 000 Blatt Fotokopien.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Vgl.: Stalinismus und das Ende der ersten Marx-Engels-Gesamtausgabe (1931–1941). Hrsg. und Red.: Carl-Erich Vollgraf, Richard Sperl u. Rolf Hecker, Hamburg 2001.

<sup>2</sup> G. A. Tichomirnow, Edinyj partijnyj archiv [Einheitliches Parteiarchiv], in: Literaturnoe nasledstvo, Nr. 3, Moskva 1932, S. 327-332. Darin behauptete er, dass nach der Liquidierung der „Rjazanovščina“ zunächst die in den Schränken und auf den Schreibtischen der Mitarbeiter herumliegenden Marx-Engels-Dokumente hätten eingesammelt und archiviert werden müssen. Vgl. auch: Literaturnoe nasledstvo K. Marksa i F. Engel'sa. Istorija publikacii i izučenija [Der literarische Nachlass von Marx und Engels. Veröffentlichungs- und Erforschungsgeschichte], Moskva 1969, S. 156-160.

Der Hauptschwerpunkt seiner wissenschaftlichen und archivalischen Tätigkeit lag jedoch auf der Sammlung, Erschließung und Veröffentlichung von Lenin-Dokumenten.<sup>3</sup> Für die Erarbeitung eines Sachregisters zur zweiten und dritten russischen Lenin-Werkausgabe wurde ihm der wissenschaftliche Grad eines Kandidaten der Geschichtswissenschaft (Dr. hist.) verliehen.

Mitte 1935 wurde Tichomirnow beauftragt, Archivdokumente für das IMEL im Ausland zu erwerben.<sup>4</sup> Mit Ernst Czóbel, ehemals Stellvertreter Rjasanows jetzt Mitarbeiter im Marx-Engels-Sektor, überprüfte er, welche Dokumente aus dem Marx-Engels-Nachlass im SPD-Archiv seinerzeit nicht fotokopiert worden sein könnten. Mitte Juli reisten er, der sich in Paris einfach „Genosse Hermann“ nannte, und der Vorsitzende der Allunionsgesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland (WOKS), Alexandr Jakowlewitsch Arosew, nach Paris, letzterer wahrscheinlich in direktem Auftrag Stalins.<sup>5</sup> Während dieses Aufenthalts in Paris fanden auch Gespräche mit Jean Longuet statt. In Prag verhandelte Tichomirnow mit SPD-Vorstandsmitglied Paul Hertz. Anfang Oktober kehrten sie nach Moskau zurück.

Nach dieser ersten Rekognisierungsreise und der Berichterstattung in Moskau hielten sich Arosew und Tichomirnow, ausgestattet mit neuen Verhandlungsdirektiven, im November/Dezember 1935 erneut in Paris auf. Als Erfolg dieser zweiten Reise konnten die Moskauer Emissäre am 25. Dezember 1935 den Abschluss eines Vertrags mit Wilhelm Dittmann über den Erwerb seines Archivs und der politischen Bibliothek in Zürich feiern. Arosew erhielt von Dittmann acht Koffer mit dessen Archivdokumenten und begab sich mit ihnen über Paris nach Moskau,

<sup>3</sup> So veröffentlichte Tichomirnow eine Broschüre mit den Bemerkungen Lenins zum Aufsatz Bucharins über den Staat. Vgl. *V. I. Lenin, Zamečanja na stat' i N. I. Bucharina o gosudarstve*, Moskva 1933. Außerdem war er beteiligt an der Redaktion eines Apparatbandes zur 2. und 3. russischen Lenin-Werkausgabe.

<sup>4</sup> Vgl. *Rolf Hecker*, Die Verhandlungen über den Marx-Engels-Nachlaß 1935/36. Bisher unbekannte Dokumente aus Moskauer Archiven, in: *MEGA-Studien*, (1995) 2, S. 3-25.

<sup>5</sup> Bekannt ist die Resolution Stalins, den Ankauf des Dittmann-Archivs Arosew zu übertragen (vgl. *A. Černobaev, V vichre veka [Im Wirbel des Jahrhunderts]*, Moskva 1987, S. 174).

wo er Anfang Januar 1936 eintraf. Tichomirnow verblieb in Paris und hielt die Verbindung zu Boris Iwanowitsch Nikolajewskij, der ihm die von ihm betreuten Bestände des russischen Archivs ausführlich zeigte. Dabei ist die Anekdote überliefert, dass Tichomirnow zufällig in einer Kiste zwei Briefe von Marx an Longuet entdeckte und sie in seine Tasche steckte, wobei Nikolajewskij bemerkte, diese würden nicht zum Bestand des SPD-Archivs gehören.<sup>6</sup>

Seitens der Sopade-Verhandlungsführer war unterdessen von Friedrich Adler ein Organisationskomitee für ein zu gründendes Forschungsinstitut zusammengerufen worden, dem Léon Blum, Alexander Bracke, Jean Longuet, G. E. Modigliani und Fedor Iljitsch Dan angehörten. Aus Prag über Zürich reisten Otto Wels, Siegmund Crummenerl und Rudolf Hilferding an; außerdem war Nikolajewskij beteiligt. Diese Gruppe sollte die Verhandlungen über den Marx-Engels-Nachlass führen. Im März kamen N. I. Bucharin, Adoratskij, beide in Begleitung ihrer Ehefrauen, und Arosew nach Paris. Bucharin und Adoratskij reisten auch nach Kopenhagen, um den in einer Bank eingelagerten Marx-Engels-Nachlass anzusehen. Dabei stellten sie fest, dass wichtige ökonomische Manuskripte fehlten.<sup>7</sup> Am 22. April fuhr die gesamte sowjetische Verhandlungsdelegation plötzlich aus Paris ab, die weiteren Gespräche wurden über Mittelsmänner in der sowjetischen Botschaft geführt und erstreckten sich über das ganze erste Halbjahr 1936. Sie scheiterten schließlich, weil einerseits der Moskauer Seite die geforderte Summe zu hoch erschien, andererseits aber, weil das IMEL durch die Moskauer Schauprozesse im August 1936 beim SPD-Vorstand das Vertrauen verlor.

Im November 1937 wurde Tichomirnow aus dem IMEL entlassen und übernahm die Leitung des Sekretariats des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR. Aber schon im April 1938 wurde er als Kommissar des sowjetischen Pavillons auf der Weltausstellung (sie

---

<sup>6</sup> Tichomirnow an A. A. Andreev, 11.2.1936, RGASPI, f. 71, op. 3, d. 186-1.

<sup>7</sup> Gemeint sind vor allem die sieben Hefte der „Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie“ 1857/58 und die 23 Hefte des ökonomischen Manuskripts von 1861–1863 von Marx.

war geöffnet vom 30. April bis 31. Oktober 1939 und vom 11. Mai bis 27. Oktober 1940) in New York ernannt. Nach Abschluss dieser Tätigkeit leitete er die Redaktion Klassiker des Marxismus-Leninismus im Parteiverlag Politisdat in Moskau.

Im November 1941 wurde Tichomirnow zum Stellvertreter des Volkskommissars für Volksbildung der Tatarischen ASSR in Kazan berufen. Wieder zurück in Moskau war er 1942/43 Chefredakteur einer Zeitung im Volkskommissariat für Verkehrswesen. Dann erfolgte 1943/44 sein Einsatz als kommissarischer Direktor des Moskauer Werkes Nr. 300 des Volkskommissariats für Flugzeugindustrie. Von Dezember 1944 bis Dezember 1946 war er stellvertretender Direktor des Studios „Stereokino“.

Von 1947 bis zu seinem Tod im Jahr 1955 arbeitete Tichomirnow als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Marx-Engels-Lenin-Institut beim ZK der KPdSU (Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut, Institut für Marxismus-Leninismus). 1950 schrieb er an einer Habilitation über die Rolle der russischen sozialdemokratischen Partei in der internationalen Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg, die er nicht mehr abschloss.

---

Rüdiger Zimmermann

## Manfred Turlach (1932 – 2006)

Manfred Turlach wurde am 14. August 1932 in Itzehoe als Sohn eines Oberwachtmeisters der Reichswehr geboren. Von 1940 bis 1944 besuchte er die Volksschule in Stolpmünde (Hinterpommern) und von 1945 bis März 1953 die Matthias-Claudius-Schule, Wissenschaftliche Oberschule für Jungen in Hamburg-Wandsbek.<sup>1</sup> Nach dem Abitur studierte er Germanistik, Geschichte und Politik von April 1953 bis März 1955 an der Universität Hamburg und von April 1955 bis Oktober 1957 an der Universität Marburg. In beiden Universitätsstädten beschäftigte er sich „sehr stark mit der Geschichte des Sozialismus und der deutschen Arbeiterbewegung sowie der politischen Soziologie der Entwicklungsländer“.<sup>2</sup> Nach eigenen Worten „beeinflussten“ ihn Fritz Fischer, Georg von Rauch und Wolfgang Abendroth.<sup>3</sup>

Zur Absolvierung seines Referendardienstes kehrte der junge Norddeutsche nach Hamburg zurück. In der Hansestadt bestand er seine Prüfung für das Lehramt an Höheren Schulen im Dezember 1958. Im Januar 1959 trat er der SPD und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) bei. Als Mitglied einer völlig desillusionierten HJ-Generation gehörte er – wie viele andere Enttäuschte – zum Rückgrat einer sich modernisierenden deutschen Sozialdemokratie. Turlach machte nie ein Hehl daraus, dass ihm der Umgang mit Schülerinnen

---

<sup>1</sup> Der Text basiert auf einer autobiographischen Skizze von *Manfred Turlach*, Am Anfang, in: Das gedruckte Gedächtnis der Arbeiterbewegung. Festschrift der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1999, S. 21-29 und auf einem Interview des Autors mit Manfred Turlach an dessen letztem „Einsatzort“ der FES in Sliema, Malta im Sommer 1993. Ferner wurden interne Sachakten der Bibliothek und der FES ausgewertet. Eine knappe Würdigung seiner Aufbauleistung bei der Gründung der Bibliothek der FES findet sich bei *Rüdiger Zimmermann*, Das gedruckte Gedächtnis der Arbeiterbewegung. Die Geschichte der Bibliotheken der deutschen Sozialdemokratie, 3. erw. Aufl., Bonn 2008.

<sup>2</sup> *Turlach*, Am Anfang, a.a.O., S. 22.

<sup>3</sup> Lebenslauf in der eingereichten Dissertationsfassung: *Ders.*, Die politisch-soziale Struktur und Entwicklung Keralas, Diss. Marburg, 1969, unpag.;



und Schülern wenig liege. Zunächst suchte er in Hamburg nach bestandenem Assessorexamen eine Anstellung in der politischen Erwachsenenbildung; parallel dazu bewarb er sich deutschlandweit im Forschungsbereich.

Im September 1961 stellte ihn das Bundesarchiv ein, um ein Inventar der schriftlichen Nachlässe in deutschen Archiven zu erstellen – ein Projekt, das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert und vom Präsidenten des Bundesarchivs Wolfgang A. Mommsen persönlich geleitet wurde. Nach Abschluss der Arbeit stellte Mommsen seinem Mitarbeiter ein hervorragendes „Arbeitszeugnis“ aus.<sup>4</sup> Parallel zu seiner Archivarbeit publizierte der Sozialdemokrat in der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Theoriezeitschrift „Neue Gesellschaft“ zu den Themen Föderalismus und Verfassungsreform.

Turlachs langgehegter Traum von einer wissenschaftlichen Auslandstätigkeit ging im Herbst 1962 in Erfüllung. Er hatte sich beim Deutschen Akademischen Auslandsdienst (DAAD) um eine Lektoratsstelle beworben und erhielt von Oktober 1962 bis Juni 1967 eine Anstellung als Lektor für deutsche Sprache an der südindischen Universität von Kerala in Trivandrum, wo er als „Head of the Department of German“ unter anderem eine geachtete Spezialbibliothek aufbaute. Als Lektor sammelte er umfangreiche Materialien zur politisch-sozialen Struktur Keralas, das 1956 durch den Zusammenschluss dreier Fürstenstaaten entstanden war und in dem die Kommunistische Partei eine dominierende Rolle spielte.

Im Mai 1967 lief Turlachs DAAD-Vertrag aus und er kehrte nach Deutschland zurück. Mit Hilfe eines Forschungsauftrages des Instituts für Asienkunde in Hamburg konnte er seine umfangreichen Forschungsarbeiten zu Kerala abschließen. Aus jener Zeit datieren enge Kontakte zur Bibliothek des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, die er für seine Studien nutzte. Teilaspekte seiner Forschungsarbeiten publi-

---

<sup>4</sup> Verzeichnis der schriftlichen Nachlässe in deutschen Archiven und Bibliotheken. Bd. 1,1: Die Nachlässe in den deutschen Archiven (mit Ergänzung aus anderen Beständen). Bearb. von Wolfgang A. Mommsen, Boppard 1971, S. VII.

zierte das Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung.<sup>5</sup> Den abgeschlossenen Forschungsbericht nahm die Universität Marburg im Sommer 1969 als Dissertation an; ein Jahr später erschien der Text in der renommierten Reihe „Schriften des Instituts für Asienkunde“.<sup>6</sup>

Auf der Suche nach einer neuen Festanstellung kontaktierte Turlach erneut den Präsidenten des Bundesarchivs Wolfgang A. Mommsen, der ihn an die Friedrich-Ebert-Stiftung verwies, wo gerade die Infrastruktur für ein neues ambitioniertes Projekt gelegt wurde. 1965 hatte der Vorstand der Friedrich-Ebert-Stiftung den Beschluss gefasst, Kurs auf ein neues „Archiv der sozialen Demokratie“ zu nehmen und unter seinem Dach eine bedeutende Bibliothek zur nationalen und internationalen Arbeiterbewegung zu errichten. Dem richtungsweisenden Beschluss gingen lange Diskussionen voraus, in der Bundesrepublik Deutschland „eine Zentralbibliothek der deutschen Arbeiterbewegung mit öffentlichen Mitteln als eine Art geistiger Wiedergutmachung an der deutschen Arbeiterbewegung [zu] schaffen“.<sup>7</sup>

Zunächst sollten in Bonn-Bad Godesberg die Bestände beim Parteivorstand der SPD und der Friedrich-Ebert-Stiftung unter einem Dach zusammengeführt und danach weitere Organisationen (hier vor allem die Gewerkschaften) zur Mitarbeit gewonnen werden. Im Dezember 1967 wurde der Grundstein für das vielversprechende Projekt gelegt; am 6. Juni 1969 konnte bereits der Neubau eingeweiht werden. Die leitende Archivstelle war Anfang 1969 bereits besetzt; der Leiter des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Horst Heidermann, bot Manfred Turlach daraufhin auf Grund seiner großen Erfahrung die Leitung der Bibliothek an.

Das Archiv der sozialen Demokratie war zunächst der Abteilung Sozial- und Zeitgeschichte des Forschungsinstituts der FES zugeordnet

---

<sup>5</sup> *Turlach*, Das Agrarprogramm der Kommunisten in Kerala und seine Verwirklichung, in: Vierteljahresberichte, hrsg. v. Forschungsinstitut d. Friedrich-Ebert-Stiftung, 33 (1968), S. 237-276.

<sup>6</sup> *Ders.*, Kerala. Politisch-soziale Struktur und Entwicklung eines indischen Bundeslandes, Wiesbaden, 1970.

<sup>7</sup> So die Formulierung von Valtin Hartig. Vgl.: *Zimmermann*, S. 54.

(Leitung Kurt Klotzbach). 1970 wurde diese Verbindung gelöst: Archiv (Leitung Werner Krause) und Bibliothek erhielten einen relativ autonomen Status unter dem Dach des Archivs der sozialen Demokratie (Leitung Kuno Bludau). Turlachs Aufbauleistung für die Bibliothek kann kaum hoch genug eingeschätzt werden. Die Zusammenlegung vieler über die Stadt Bonn verstreuter Einzelbibliotheken des Forschungsinstituts mit der Bibliothek beim Parteivorstand der SPD, der Aufbau der personellen Infrastruktur und die bibliothekarische Entscheidung über die Geschäftsgänge und die innere Ordnung der Bibliothek forderten seinen ganzen Einsatz.

Turlach war als Bibliothekar Autodidakt. Sein bibliothekarisches Rüstzeug erwarb er als „Kurzpraktikant“ während der Umzugsphase in der Bibliothek des Instituts für Weltwirtschaft Kiel, die er gut kannte. Er kopierte danach faktisch alle bibliothekarischen Arbeitsabläufe vom Laufzettel bis zum inhaltlichen Erschließungssystem der Bibliothek des Instituts für Weltwirtschaft. Wilhelm Gülich, sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter und Leiter der Kieler Bibliothek, hatte vom deutschen Bibliothekssystem unterschiedliche Normen und Erschließungsmethoden entwickelt, die er später modellhaft in der Bundestagsbibliothek in Bonn einführte. Schon aus diesem Grunde (Nähe zur Bundestagsbibliothek) machte Turlachs extrem pragmatische Entscheidung Sinn. Allerdings kaufte sich die Stiftung damit ein personalintensives System ein. Seine Pflege bedurfte viel Umsicht, fachlicher Verantwortung und hoher Professionalität. Das „System Gülich“ prägt noch heute im digitalen Zeitalter die bibliothekarische Arbeit der FES.

Als Leiter der Bibliothek war der Südostasienspezialist gleichzeitig Fachreferent für die „Entwicklungsländer“; er baute in dieser Funktion innerhalb kürzester Zeit einen exzellenten Bestand zur „Dritten Welt“ auf. Mit Hilfe großer zur Verfügung stehender finanzieller Ressourcen und in enger Kooperation mit nationalen und internationalen Antiquariaten schuf er einen soliden sozialwissenschaftlichen Grundbestand und erweiterte den zentralen Periodikabestand zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, der die übernommenen Altbestände aus der Bibliothek des Parteivorstandes der SPD systematisch ergänzte. In

---

schwierigen Personalverhandlungen überzeugte er die Leitung des Forschungsinstituts der Stiftung, nach und nach, die Ressourcen für die benötigte personelle Infrastruktur für die Bibliothek bereit zu stellen.

Bis heute prägend bleibt Turlachs Einsatz für den internationalen Zusammenschluss der Bibliothekare und Archivare der Arbeiterbewegung. Als die Leiterin der Bibliothek der britischen Labour Party, Irene Wagner, für ein internationales Zusammengehen warb, wurde sie von dem überzeugten „Internationalisten“ der Bonner Bibliothek gestützt und unterstützt. Turlach gehörte zu den zwölf Gründungsmitgliedern der „International Association of Labour History Institutions“ (IALHI), die sich im Dezember 1970 in London im Haus der Labour Party trafen. Er selbst regte einen breiten Dublettenaustausch unter den Mitgliedern an. Auch auf der 2. Jahrestagung der IALHI in Stockholm im August 1971 (10 Teilnehmer aus 7 Ländern) warb Turlach für ein Austauschprogramm, um die internationale Bedeutung der Bonner Bibliothek zu stärken.

Die Süd- und Südostasienforschung trat zu Beginn der siebziger Jahre verstärkt in den Fokus der entwicklungspolitischen Arbeit der Stiftung. Turlach nahm an der Neuausrichtung der Arbeit aktiv teil. Für das Forschungsinstitut der FES organisierte Manfred Turlach im Dezember 1971 eine Tagung über gesellschaftliche Gruppen im politisch-sozialen Entwicklungsprozess asiatischer Länder, auf der vor allem jüngere Wissenschaftler zu Worte kamen, denen er sich selbst verbunden fühlte.<sup>8</sup> Die Tagung signalisierte gleichzeitig seine neue „alte“ Berufs- und Lebensperspektive: Indien.

Nach drei Jahren Aufbauarbeit hatte der „Gründungsbibliothekar“ der Bibliothek der FES den Eindruck, seine Bibliothek sei „auf einem guten Weg“. Er bewarb sich um eine ausgeschriebene Stelle als Sozialreferent an der Deutschen Botschaft in Neu Delhi.<sup>9</sup> Im April 1972 traf er auf dem Subkontinent an, um ein völlig neues Aufgabengebiet zu

---

<sup>8</sup> Gesellschaft und Politik in Süd- und Südostasien, hrsg. v. Manfred Turlach, Bonn, 1972.

<sup>9</sup> *Turlach*, Am Anfang, S. 29.

übernehmen. Engen Kontakt hielt er zur indischen Gewerkschaftsbewegung. Die Geschäftsführung der Stiftung stützte sein Auslandsengagement mit einer Reintegrationszusage, die im April 1975 wiederholt ausgesprochen wurde. Im November 1977 kehrte Turlach nach Deutschland in einer neuen Funktion als Projektleiter in der Abteilung Politische Bildung zurück. Zu seinen neuen Aufgaben zählte der Aufbau einer Seminarreihe „Die Bedeutung der Weltwirtschaft und Entwicklungspolitik für die Arbeitsplatzsicherung“. Seine Ansprechpartner waren künftig die deutschen Gewerkschaften.

Im Sommer 1991 wechselte der Allrounder zum letzten Mal sein Metier: Er bewarb sich um eine Stelle in der „Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit“ als Gewerkschaftsberater in Malta. In Seminaren und in enger Kooperation mit dem Workers' Development Centre und der Guzè Ellul Mercer Foundation suchte der erfahrene Gewerkschaftsspezialist die maltesischen Arbeitnehmer auf die Herausforderungen der kommenden europäischen Integration vorzubereiten. Ende August 1997 kehrte er nach Erreichen der Altersgrenze aus Malta nach Bonn zurück.

Manfred Turlach kannte die nationale und internationale Arbeiterbewegung nicht nur „aus Büchern“. Er war ihr als Berater auf der nationalen und internationalen Ebene persönlich eng verbunden. In einer kurzen, aber sehr entscheidenden Phase, bestimmte er die Richtung der größten westdeutschen Arbeiterbewegungsbibliothek. Der erste leitende Bibliothekar der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung starb nach schwerer Krankheit am 3. April 2006 in Bonn.

Inge Kießhauer

## Emil Ottocar Weller (1823 – 1886)

„Ein ganzes Buch mit nichts als Titeln und doch – wie interessant, belehrend und unterhaltend!“ Welcher Bibliograph wünschte sich nicht solche Worte in einer Rezension zu dem Arbeitsergebnis seiner bibliographischen Mühen. Der Wiener Philologe J. M. Wagner würdigte im Jahre 1862 auf diese Weise eine bedeutende Bibliographie Emil Wellers, die „Annalen der Poetischen National-Literatur der Deutschen im XVI. und XVII. Jahrhundert“. Hier begründete Weller Aufgaben der wissenschaftlichen Bibliographie; er nannte sie die „Statistik aller Wissenschaften“<sup>1</sup>.

Wellers Bibliographien über die einst so vernachlässigte deutsche Volksliteratur sind heute zu Unrecht fast vergessen. Bekannt als „Weller“ sind seine Kompendien über falsche und fingierte Druckorte sowie über Pseudonyme, die zum Handbestand größerer Bibliotheken und guter antiquarischer Buchhandlungen gehören.<sup>2</sup> In engem Zusammenhang sind dabei seine Bibliographien über Socialistica zu sehen, in denen zum ersten Male Schriften von Marx und Engels verzeichnet wurden. Ihre Veröffentlichung zählt zu den bibliographischen Pioniertaten des 19. Jahrhunderts. Mit Recht gilt Weller als der erste deutsche Arbeiterbibliograph.

Emil Ottocar Weller wurde am 24. Juli 1823 in Dresden geboren. Seine Eltern waren der praktische und Augenarzt Carl Christian Heinrich Weller, 1794 in Halle geboren, und dessen Ehefrau Berta geb. Baar-

<sup>1</sup> Annalen der Poetischen National-Literatur der Deutschen im XVI. und XVII. Jahrhundert. Bd. 1., Freiburg i. Br. 1862, S. V.

<sup>2</sup> *Emil Weller*, Index pseudonymorum. Wörterbuch der Pseudonymen oder Verzeichnis aller Autoren, die sich falscher Namen bedienen, Leipzig 1856; *Ders.*, Die falschen und fingierten Druckorte. Repertorium der seit der Erfindung der Buchdruckerkunst unter falscher Firma erschienenen deutschen Schriften; Zugleich als der „Maskierten Literatur“ 2. Th., Leipzig 1858. Überarb. u. wesentl. erg. Neuausg. v. „Katalog der seit dem 17. Jahrhunderte bis auf die neueste Zeit unter falscher Firma erschienenen Schriften“, Leipzig 1849; 2. Aufl. 1850.

mann aus Dresden. Seit 1820 in Dresden ansässig, eröffnete er in den 1830er Jahren eine größere Praxis im eigenen Haus An der Kreuzgasse Nr. 6, in dem die vielköpfige Familie auch wohnte. Vier Söhne des Dr. Weller besuchten das „Gymnasium zum Heiligen Kreuz“ in Dresden. Emil, der älteste von ihnen, wurde 1834 in die Unterquarta der hervorragenden Lehranstalt aufgenommen. Doch bereits 1838 verließ Weller nach Abschluss der Obertertia die Kreuzschule; welche Schule er danach besuchte ist nicht bekannt. Weller erwarb in seiner Schulzeit ausgezeichnete Sprachkenntnisse, die ihn schon in jungen Jahren befähigten, Bücher im Original zu lesen und zum Beispiel aus dem Lateinischen und Französischen ins Deutsche zu übersetzen.

Im Oktober 1843 wurde er als Medizinstudent an der Leipziger Universität eingetragen.<sup>3</sup> Hier in Leipzig, in der Stadt des Handels, der Wissenschaft, der Musen und des Buchhandels, geriet der Student Weller sofort in die demokratische Bewegung hinein. Intelligent, belesen, brennend interessiert an den Fragen seiner Zeit, schloss sich der junge Weller einer oppositionellen Studentengruppe an und wurde bald einer ihrer Führer. Ungefähr seit 1844 datiert seine rege publizistische Tätigkeit, beobachtet und gehandelt von den sächsischen Polizeibehörden.

Die Jahre 1844/45 waren ausschlaggebend für Wellers ideologische Entwicklung. Zunächst beeinflusst von der Religionskritik der Junghegelianer und von Feuerbachs „Wesen des Christentums“, entwickelte er einen atheistischen Standpunkt, den er nie aufgegeben hat. Am stärksten beeindruckt war Weller von den französischen Sozialisten, deren Schriften, zum Beispiel diejenigen von Théodore Dézamy, er mit jugendlichem Elan in der Originalsprache studierte. Ihre Ideen für die Veränderung der damaligen gesellschaftlichen Verhältnisse wollte Weller in seiner Publizistik auf deutsche Verhältnisse übertragen. Damit reihte er sich in den Kreis der wahren Sozialisten ein, wie Hermann Püttman und vor allem Moses Heß.<sup>4</sup> Zur gleichen Zeit, sehr wahrscheinlich noch als Student, wurde Weller mit den „Deutsch-Franzö-

---

<sup>3</sup> Stadtarchiv Leipzig, Rep. I.9524 (9630), Bl. 2, 3.

<sup>4</sup> *Rolf Weber*, Emil Ottokar Weller, in: *Männer der Revolution von 1848*, Berlin 1970, S. 149-189.

sischen Jahrbüchern“ bekannt, das heißt mit den darin enthaltenen Artikeln von Karl Marx und Friedrich Engels, in denen diese bereits die Rolle des Proletariats als Träger der künftigen gesellschaftlichen Entwicklung begründeten.<sup>5</sup> Auch der Aufstand der schlesischen Weber im Jahre 1844 mag dazu beigetragen haben, dass Weller von nun an für die „niedern Volksklassen“, sei es als aktiver Kämpfer, als politischer Publizist oder als Wissenschaftler, insbesondere als Bibliograph,<sup>6</sup> Partei ergriff.

Ostern 1845 gab der 22-jährige Weller das ungeliebte Medizinstudium auf und begann den Beruf eines Buchhändlers zu erlernen,<sup>7</sup> unter anderem bei Otto Wigand, dem Verleger der Junghegelianer und Ludwig Feuerbachs, dem umsichtigen Kolporteur illegaler politischer Literatur für die nationale Befreiungsbewegung Ungarns.

Am 1. März 1847 gründete Weller einen eigenen Verlag, eine „Verlags- und Commissions-Buchhandlung E. O. Weller“. Zu Wellers verstärkter politischer und publizistischer Tätigkeit kam nun noch eine verlegerische dazu. Mit viel Geschick, Umsicht und List meisterte er die komplizierte Aufgabe, in den Grenzen der Pressverordnung vom 5. Februar 1844 vier Jahre lang legal zu verlegen und drucken zu lassen, vor allem für den Bund der Gerechten bzw. für den Bund der Kommunisten in Leipzig.

Seine aktive Teilnahme in der Revolution 1848/49 endete mit einem Prozess vor dem Appellationsgericht Leipzig. Weller ging daraufhin in die Illegalität; zunächst nach Köln und Brüssel, dann für zwölf Jahre in die Schweiz, bis er 1862 begnadigt wurde. Er hielt sich in Ulm auf, bis er 1865 in Nürnberg seinen endgültigen Wohnsitz nahm. Hier in Nürnberg knüpfte er an die revolutionären Traditionen aus der 48er Revolution an; er war Mitbegründer und langjähriges Mitglied der Nürnberger Sektion der Internationalen Arbeiter-Assoziation und gehörte zu den

---

<sup>5</sup> Vgl. *Karl Marx*, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW, Bd. 1, Berlin 1988, S. 378-391.

<sup>6</sup> Vgl. *Inge Kießhauer*, Emil Ottocar Weller – Bibliograph, Publizist, Verleger. Bibliographie, Berlin 1990.

<sup>7</sup> Stadtarchiv Leipzig, Rep. I 9524 (9630) Bl. 2, 3.



Mitbegründern der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1869 in Eisenach. Weller arbeitete weiter unermüdlich an seinen bibliographischen Vorhaben, führte die in der Schweiz begonnenen Arbeiten zu Ende, wie zum Beispiel die „Annalen der Poetischen National-Literatur der Deutschen im XVI. und XVII. Jahrhundert“<sup>8</sup>.

Nachdem er an Zeitungsgründungen beteiligt war, wurde es still um ihn. Seine Genossen aus der Sozialdemokratischen Partei schienen Weller vergessen zu haben. Verwandtschaftliche Querelen – er war in dritter Ehe verheiratet – machten ihm das Leben schwer. Weller starb verarmt am 4. Januar 1886 in Nürnberg.

Das Leben Wellers und das Ziel seines Wirkens waren völlig unbekannt und wurden erst seit den 1960er Jahren in der DDR erforscht.<sup>9</sup> Der Literaturwissenschaftler, Marx-Engels-Forscher und Bücherfreund, der ehemalige Leiter der Bibliothek des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bruno Kaiser, machte auf Emil Weller, den „Pionier der sozialistischen Bibliographie“ aufmerksam. Im Vorwort zum Nachdruck des Wellerschen „Wegweisers auf dem Gebiete der sozialdemokratischen Literatur“ von 1850 und seines Vorläufers, Leipzig 1967, bedauerte Kaiser eine fehlende Übersicht über die Schriften, Übersetzungen und Bibliographien von Weller, einschließlich eines Katalogs der in Wellers eigenem Verlag erschienenen Publikationen. Er schrieb, „was Stammhammer aufführt, ist mehr als dürftig, und auch alle anderen Hilfsmittel versagen; das ist um so bedauerlicher, als es sich bei Weller um einen sehr belesenen und hoch gebildeten Autodidakten handelt, der ein kämpferischer Haudegen war, vielleicht ein eigenwilliger Kauz, aber zeitweilig ein beherzter, unternehmungslustiger und schreibtüchtiger Bundesgenosse für die Belange der jungen deutschen Arbeiterklasse und für das Werk des jungen Karl Marx.“<sup>10</sup>

<sup>8</sup> Vgl.: Anm. 504.

<sup>9</sup> Vgl. u. a.: Anm. 4; *Weber*, Die Revolution in Sachsen 1848/49. Berlin 1970; *Wolfgang Mönke*, E. O. Weller, in: Biographisches Lexikon zur Deutschen Geschichte, Berlin 1967; *Kießhauer*, Emil Ottokar Weller, in: Studien zur Buch- und Bibliotheksgeschichte. Bd. 5, Berlin 1987; *Dies.*, Emil Ottocar Weller – Bibliograph, Verleger und Sozialist, in: Leipziger Jahrbuch zur Buchgeschichte, 3 (1993).

<sup>10</sup> *Bruno Kaiser*, Der erste Bibliograph und die erste Bibliographie der deutschen Ar-

Weller hat immer wieder alle Bestrebungen gefördert, der Arbeiterklasse die wissenschaftliche Erkenntnis von der gesellschaftlichen Entwicklung bewusst zu machen. Seit den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts spürte er fortschrittliche, humanistische Traditionen des deutschen Volkes auf, um sie für die Arbeiterbildung bekannt zu machen, meistens in Form von Bibliographien. Er forderte energisch die Verzeichnung revolutionär-demokratischer Literatur und plädierte für die Vollständigkeit allgemeiner Bücherlexika.<sup>11</sup>

Ein Höhepunkt von Wellers verlegerischer Tätigkeit war die Herausgabe des Sammelbandes „Demokratisches Taschenbuch für 1848“, das im Oktober 1847 erschien und sofort verboten wurde. Unter den 33 Beiträgen politischer Publizistik, Prosa und Lyrik befinden sich erstmals über den Buchhandel verbreitete wertvolle Dokumente der revolutionären Arbeiterbewegung. Einem vollständigen Abdruck einer Adresse der „Fraternal Democrats“ vom 4. Juli 1846 in London, deren Vorsitzender Joseph Moll war, folgen zwei Adressen der Volkshalle des Bundes der Gerechten unter den Überschriften: „Adresse. Liebe Brüder! November 1846“ und: „Liebe Brüder. Februar 1847“. Letztere Adressen waren Meilensteine für die Umwandlung des Bundes der Gerechten in den Bund der Kommunisten, die im Verlauf des Jahres 1847 erfolgte. Allein die Auswahl dieser Dokumente, die nur brieflich an die Bundesmitglieder verschickt wurden, beweist Wellers Zugehörigkeit zum Bund. Besonders hervorzuheben ist der Abdruck des letzten Abschnittes von Karl Marx' „Misère de la philosophie“, von Weller selbst aus dem Französischen übersetzt und betitelt: „Bürgertum und Proletariat“. Damit verbreitete Weller als erster einen Teil von Marx' Werk in

---

beiterbewegung, in: Emil Ottokar Weller. Wegweiser zur sozialistischen Literatur (1847/1850), Leipzig 1967. Darin sind folgende Arbeiten im Reprint wiedergegeben: Die deutsche Presse und ihre neuesten Bestrebungen; Wegweiser auf dem Gebiete der freien demokratischen Literatur (aus: Demokratisches Taschenbuch für 1848, Leipzig 1848); Wegweiser auf dem Gebiete der sozial-demokratischen Literatur Deutschlands (aus: Neujahrs-Almanach für Unterthanen und Knechte, Leipzig 1850).

<sup>11</sup> Vgl.: *Julius Petzholdt* (Hrsg.), Anzeiger für Bibliographie und Bibliothekswissenschaft, (1855), S. 277ff.

deutscher Sprache.<sup>12</sup> Weller setzte hier seine im „Prometheus“<sup>13</sup> begonnene Übersicht und Einschätzung der zeitgenössischen Presse fort. Unter dem Titel „Die deutsche Presse und ihre neuesten Bestrebungen“ bot er dem Leser eine erweiterte Fassung an.

Der letzte Beitrag im „Demokratischen Taschenbuch für 1848“, der „Wegweiser auf dem Gebiete der freien demokratischen Literatur“, zeichnet Weller als Kundigen der revolutionär-demokratischen und radikalen Literatur seiner Zeit aus. Im Jahre 1847 war es schon kühn und verwegen, 158 Buch- und Periodikatitel zu empfehlen, von denen die meisten verboten waren und deren Besitz als Kriminalverbrechen galt. Wellers Verdienst besteht darin, die Titel – heute zum Teil vergessen und verschollen – für die Nachwelt bibliographisch bewahrt zu haben. Es sind Titel wie „Deutsch-Französische Jahrbücher“, von A. Ruge und K. Marx, Paris 1844; „Der Bote aus dem Katzbachtale“, Liegnitz 1845-46; „Pariser Horen“, von G. Mäurer und F. Braun, 1847; „Gesellschaftsspiegel“, von M. Heß, Elberfeld, Juli 1845 - Juni 1846, um nur einige zu nennen. Weller ist der erste unter den Bibliographen, der Veröffentlichungen von Marx und Engels angezeigt hat. Auch gibt die Wellersche Bibliographie Auskunft über die revolutionär-demokratischen Verlage des Vormärz, die vorrangig an der Verbreitung politischer Literatur beteiligt waren.

Im Jahre 1849 stellte Weller den „Wegweiser“<sup>14</sup> noch einmal in der zweiten Ausgabe des „Taschenbuches“ vor. Es handelt sich offensichtlich um die Restauflage von 1847, versehen mit einem neuen Titelblatt: „Demokratisches Taschenbuch für das deutsche Volk“, der „Wegweiser“ blieb hier unverändert. Erst im „Neujahrs-Almanach für Unterthanen und Knechte“, 1850, erschien der „Wegweiser“ in einer erweiterten Fassung und mit einem neuen Titel: „Wegweiser auf dem Gebiete der sozialdemokratischen Literatur Deutschlands“.<sup>15</sup> Der „Wegweiser“ er-

<sup>12</sup> Karl Marx, *Misère de la philosophie*.

<sup>13</sup> Prometheus. Organ zur sozialen Reform, Doppelh., Herisau 1846.

<sup>14</sup> Demokratisches Taschenbuch für das deutsche Volk. Anhang: Charakterbilder der französischen Revolution, Leipzig 1849.

<sup>15</sup> Neujahrs-Almanach für Unterthanen und Knechte, Leipzig 1850.

schien in beiden Fassungen in den Jahren 1847 bis 1850 mehrmals einzeln als Flugschrift; die Zahl der Auflagen konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

Paul Wentzke wies 1911 auf den „Wegweiser“ aus dem „Neujahrs-Almanach“ hin, ohne den Verfasser zu kennen.<sup>16</sup> Einige Jahre später, 1925, veröffentlichte er den vollständigen Text im Grünberg-Archiv.<sup>17</sup> In einem Nachsatz machte er auf eine Publikation von Ernst Drahn aus dem Jahre 1919 aufmerksam.<sup>18</sup> Drahn berief sich hier auf die Veröffentlichung des „Wegweisers“ im „Taschenbuch“ von 1849, den er jedoch Stefan Born<sup>19</sup> zuschrieb. Fritz Brügel vermutete 1928 im Nachwort zu einem Reprint des „Neujahrs-Almanach“ von 1850 Buchner oder den „Verleger Weller“ als Verfasser des „Wegweisers“.<sup>20</sup> Ihn eindeutig zu identifizieren als den „ersten Arbeiterbibliographen“, gelang erst Bruno Kaiser dank seiner intensiven Forschungen über die Literatur des Vormärz.

---

<sup>16</sup> *Paul Wentzke*, Kritische Bibliographie der Flugschriften zur deutschen Verfassungsfrage 1848-1851, Halle a. S. 1911, Nr. 896.

<sup>17</sup> *Ders.*, Bibliographische Beiträge zur Geschichte des deutschen Sozialismus in der Bewegung von 1848, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, 11 (1925).

<sup>18</sup> *Ernst Drahn*, Zur Vorgeschichte des Kommunistischen Manifests und der Arbeiterinternationale, in: Neue Zeit, Berlin, 37 (1919) 2, S. 6.

<sup>19</sup> *Stephan Born* (1824-1894), Schriftsetzer, Mitglied des Bundes der Gerechten und des Bundes der Kommunisten, unterstützte die Organisation der Arbeiterverbrüderung in der Revolution 1848/49; er war Teilnehmer des Dresdner Maiaufstandes 1849, danach Exil in der Schweiz.

<sup>20</sup> *Fritz Brügel*, Nachwort, in: Neujahrs-Almanach für Unterthanen und Knechte. Neu hrsg. von der Sozialwiss. Studienbibliothek, Wien 1928.

## Abkürzungsverzeichnis

ABF	Arbeiter-und-Bauern-Fakultät
ABI	Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut, Leipzig
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie, Bonn
AIZ	Arbeiter-Illustrierte-Zeitung
ALÖS	Auslandsbüro österreichischer Sozialdemokraten
ASB	Allgemeine Systematik für Büchereien
ATUS	Arbeiter-Turn-und-Sportverband [der sudetendeutschen Sozialdemokraten in der ČSR]
BBC	British Broadcasting Corporation/britische Rundfunkanstalt
BRD	undesrepublik Deutschland
BUGRA	Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik
CDU	Christlich-Demokratische Union
CNT	Confederación Nacional del Trabajo/Nationaler Gewerkschaftsbund [Spanien]
ČSR	Československá Republika/Tschechoslowakische Republik
ČSSR	Československá Socialistická Republika/Tschechoslowakische Sozialistische Republik
CSU	Christlich-Soziale Union
DAAD	Deutscher Akademischer Auslandsdienst
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DDR	deutsche Demokratische Republik
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DGG	Deutsche Gartenstadt Gesellschaft
DMV	Deutscher Metallarbeiter-Verband
DÖW	Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien
DP	Displaced Person / Bezeichnung der westlichen Alliierten für eine Zivilperson, die sich infolge von Krieg und Verfolgung außerhalb ihres Heimatlandes aufhalten musste und aufgrund der Situation nicht dorthin zurückkehren konnte.
DSAP	Deutsche Sozialdemokratische Arbeiter-Partei [in der Tschechoslowakei]
DsU	Danske sozialdemokratiske Ungdom/Dänische Sozialdemokratische Jugend
EHB	Economisch-Historische Bibliotheek/Wirtschaftsgeschichtliche Bibliotheek, Amsterdam

---

FAI	Federación Anarquista Ibérica/Iberische Anarchistische Föderation [Spanien]
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
FÖJ	Freie Österreichische Jugend
FSB	Federal'naja Služba Bezopasnosti Rossijskoj Federacii/Föderaler Sicherheitsdienst der Russischen Föderation
FUB	Freie Universität Berlin
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
GPU	Glavnoe Političeskoe Upravlenie/ Politische Hauptverwaltung [Staatspolizei der UdSSR]
GStA	Geheimes Staatsarchiv, Berlin
HBZ	Hochschulbildungszentrum des Landes Nordrhein-Westfalen
HJ	Hitler-Jugend
IAA	Internationale Arbeiterassoziation
IALHI	International Association of Labour History Institutions/Internationale Assoziation der Arbeitergeschichte-Institutionen
IG	Industriegewerkschaft
IGA	Institut zur Geschichte der Arbeiterbewegung der Ruhr-Universität Bochum
IGM	Industriegewerkschaft Metall
IISG	Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis/ Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam
IMEL	Institut Marksa, Engel'sa, Lenina / Marx-Engels-Lenin-Institut beim ZK der RKP(B), Moskau
IML	Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin
IML	Institut Marksizma-Leninizma/Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Moskau
ISK	Internationaler Sozialistischer Kampfbund
ITF	Internationale Transportarbeiter-Föderation
ITH	Internationale Tagung der HistorikerInnen der Arbeiterbewegung
IUHEI	Institut universitaire de hautes études internationales/ Hochschulinstitut für internationale Studien, Genf
IWK	Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
KAPD	Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands
KI	Kommunistische Internationale
Komintern	Kommunistische Internationale
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPD(O)	Kommunistische Partei Deutschlands (Opposition)
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion

KPdSU(B)	Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)
KPF	Kommunistische Partei Frankreichs
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
KPR(B)	Kommunistische Partei Russlands (Bolschewiki)
KPS	Kommunistische Partei der Schweiz
KVDR	Koreanische Demokratische Volksrepublik
KZ	Konzentrationslager
LAKS	Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und Soziokulturellen Zentren in Baden-Württemberg e.V.
MdB	Mitglied des Bundestages
MdL	Mitglied des Landtages
MEGA	(Erste) Marx-Engels-Gesamtausgabe
MEGA <sup>2</sup>	(Zweite) Marx-Engels-Gesamtausgabe
MEI	Marx-Engels-Institut beim ZEK der UdSSR, Moskau
MEW	Marx-Engels-Werke
MOPR	Međunarodnaja Organizacija Pomošči Borcam Revoljucii / Internationale Organisation zur Unterstützung der Kämpfer der Revolution; sowjetische Sektion der Internationalen Roten Hilfe
MSPD	Mehrheits-SPD
NEHA	Nederlands Economisch-Historisch Archief/Niederländisches Wirtschaftshistorisches Archiv, Amsterdam
NKWD	Narodnyj Komissariat Vnutrennich Del/Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten der UdSSR
NL	Nachlass
NS-	Nationalsozialistisch(e/er/es)
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
NVA	Nationale Volksarmee
NWD	Neuer Wirtschaftsdienst
OSS	Office for Strategic Services/Amt für strategische Dienste [Nachrichtendienst der USA 1942 bis 1945]
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PCF	Parti Communiste Français/Kommunistische Partei Frankreichs
PdA	Partei der Arbeit [Schweiz]
RAD	Reichsarbeitsdienst
RAK	Regeln für die alphabetische Katalogisierung
RAZ	Revolutionäre Aufbauorganisation Zürich
RGASPI	Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'noj-političeskoj istorii/Russländisches Staatliches Archiv für Sozial- und Politikgeschichte, Moskau
RGI	Rote Gewerkschaftsinternationale

---

RGO	Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
RKP(B)	Russische Kommunistische Partei (Bolschewiki)
RW	Republikanische Wehr
SA	Sturmabteilung
SAI	Sozialistische Arbeiterinternationale
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend
SAP	Sozialistische Arbeiter-Partei
SAPD	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
SAPMO(BArch)	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv; Berlin
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SDAP	Sociaal-Democratische Arbeiders Partij/ Sozialdemokratische Arbeiterpartei [Niederlande]
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei [Deutschland]
SDAPÖ	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs
SDAPR	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands
SDAPR(B)	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands (Bolschewiki)
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFD	Sozialpolitischer Forschungsdienst
SFIO	Section Française de l'Internationale Ouvrière/ Sozialistische Partei. Französische Sektion der Arbeiterinternationale
SHB	Sozialdemokratischer Hochschulbund
Sopade	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Sotschinenija	(Sočinenija) Russische Marx-Engels-Werkausgabe
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
TASS	Telegrafnoe agentstvo Sovetskogo Sojuza/Telegrafenagentur der Sowjetunion
TG Schweden	Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten [in Schweden]
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UN	United Nations/ Vereinte Nationen
USA	United States of America/ Vereinigte Staaten von Amerika
USG	Unabhängige Sozialistische Gewerkschaft“
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VEB	Volkseigener Betrieb
VGA	Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien
VHS	Volkshochschule
VIVA	Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten



WOKS	(VOKS) Vsesojuznoe obščestvo kul'turnoj svazi s zagranicej /Allunionsgesellschaft für kulturelle Beziehungen mit dem Ausland
WSI	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des DGB .
ZdA	Zentralverband der Angestellten
ZEK	Zentrales Exekutivkomitee
ZK	Zentralkomitee
ZPA	Zentrales Parteiarchiv

## Personenregister

- Abendroth, Wolfgang (1906 – 1985) 34, 339  
 Adama van Scheltema siehe Scheltema  
 Adler, Emma geb. Braun (1858 – 1935) 14, 17  
 Adler, Friedrich (genannt Fritz) (1879 – 1960) 13-18, 53, 95, 234f., 337  
 Adler, Kathia geb. Germanickaja (1879 – 1969) 17  
 Adler, Max (1873 – 1937) 95, 97, 128  
 Adler, Victor/Viktor (1852 – 1918) 13, 17, 53f., 57, 181, 200, 218, 260  
 Adoratskij, Wladimir Wiktorowitsch (Adoratskij, Vladimir Viktorovič) (1878 – 1945) 166, 235, 255, 266, 335, 337  
 Andersen-Nexö, Martin (Andersen Nexø, Martin) (1869 – 1954) 138  
 Andréas, Bert (eigentlich Herbert Friedrich) (1914 – 1984) 19-24  
 Andréas, Tasso (1944 – 1985) 19  
 Ankersmit, Johan Frederik (1871 – 1942) 288  
 Anzengruber, Ludwig (1839 – 1889) 131  
 Arosew, Alexandr Jakowlewitsch (Arosev, Aleksandr Jakovlevič) (1890 – 1938) 235-337  
 Asef (auch Asew), Jewno Fischelewitsch (Azef, Evno Fišelevič) (1869 – 1918) 233  
 Auer, Ignaz (1846 – 1907) 102, 206, 305  
 Aurich, Günter (geb. 1928) 229  
 Axelrod, Pawel Borissowitsch (Akselrod, Pavel Borisovič, d.i. Pinchas Borutsch) (1849/50 – 1928) 102, 233f.  
 Bach, Otto (1899 – 1981) 133  
 Bächlin, Max (1882 – 1952) 245  
 Bakunin, Michail Alexandrowitsch (Bakunin, Michail Aleksandrovič) (1814 – 1876) 165, 217f., 220, 251, 313  
 Balabanoff (auch Balabanov, Balabanova), Angelica (1878 – 1965) 177  
 Barth, Emil (1879 – 1941) 187, 210  
 Bartels, Friedrich (1871 – 1931) 128

- Barthel, Max (1893 – 1975) 142  
Basner, Emil (1852 – 1918) 323  
Bauer, Bruno (1809 – 1882) 183  
Bauer, Otto (1881 – 1938) 95f., 199, 260  
Bebel, August (1840 – 1913) 8, 17, 26, 31f., 46, 102, 109, 112, 118, 128, 136, 165, 181, 202-208, 244, 260, 296-299, 304, 307  
Bebutoff, (Fürst) David (Bebutov, David Iosifovič) (1850 – 1929) 102  
Becker, Johann Philipp (1809 – 1886) 22, 28, 128, 298, 301  
Beer, Max (1864 – 1943) 97  
Belli, Joseph (1849 – 1927) 205  
Beneš, Edvard (auch Benesch, Eduard) (1884 – 1948) 175  
Bernatzik, Edmund (1854 – 1919) 198  
Bernstein, Eduard (1850 – 1932) 26-33, 99, 109, 128f., 136, 154f., 205-208, 234, 244, 260, 263f., 298, 301-304, 307  
Bernstein, Regina geb. Schattner (gest. 1923) 29  
Bippig, Karl-Heinz (1935 – 1987) 34-40  
Bismarck, Otto von Fürst (d.i. Bismarck-Schönhausen, Otto Eduard Leopold von) (1815 – 1898) 205, 303  
Blos, Wilhelm (1849 – 1927) 321  
Bludau, Kuno (1930 – 1989) 156, 158-161, 342  
Blum, Léon (1872 – 1950) 235, 337  
Blumenberg, Hannah (geb. 1930) 42  
Blumenberg, Lucy geb. Studtmann 42, 45  
Blumenberg, Ruth (geb. 1927) 42  
Blumenberg, Sophie geb. Weber (1864 – 1904) 41  
Blumenberg, Werner (1900 – 1965) 41-46  
Blumenberg, Wilhelm (1863 – 1949) 41  
Böckler, Hans (1875 – 1951) 105  
Bölsche, Wilhelm (1861 – 1939) 152  
Borchardt, Rudolf (1877 – 1945) 56  
Borge, Oscar Fredrik (1862 – 1938) 47-52  
Born, Stephan (1824 – 1898) 351  
Bornhold, Amanda siehe Kampffmeyer, Amanda  
Bosse, Friedrich 118, 120

- 
- Bosse, Magdalene siehe Hennig, Magdalene  
Bracher, Karl Dietrich (geb. 1922) 156  
Bracke, Alexander (Alexandre) (d.i. Alexandre-Marie Desrousseaux) (1861 – 1955) 337  
Bracke, Wilhelm (1842 – 1880) 307  
Brandt, Willy (d.i. Herbert Ernst Karl Frahm) (1913 – 1992) 36, 172, 174  
Branting, Karl Hjalmar (1860 – 1925) 47, 49f.  
Braun, Adolf (1862 – 1929) 154, 234, 263  
Braun, Ferdinand 350  
Braun, Otto (1872 – 1955) 289  
Brill, Hermann (1895 – 1959) 270  
Bronski, Mieczyslaw (1882 – 1938) 163  
Brügel, Fritz (1897 – 1955) 53-57, 351  
Brupbacher, Fritz (1874 – 1945) 221, 244, 260, 289  
Buber, Martin (1878 – 1965) 136  
Bucharin, Nikolaj Iwanowitsch (Bucharin, Nikolaj Ivanovič) (1888 – 1938) 180, 183, 235f., 255, 262, 264, 336f.  
Buchwitz, Otto (1879 – 1964) 271  
Buck, Pearl S(ydenstricker) (1892 – 1973) 141  
Bürkli, Karl (1823 – 1901) 244  
Buttinger, Joseph (1906 – 1992) 55  
Campanella, Tommaso (d.i. Giovanni Domenico) (1568 – 1639) 136  
Cartarius, Ulrich (1940 – 2008) 160  
Cauer, Minna geb. Schelle (1841 – 1922) 163  
Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch (Chruščëv, Nikita Sergeevič) (1894 – 1971) 267  
Colditz, August (1834 – 1863) 202  
Cornelissen, Christiaan (d.i. Christianus Gerardus) (1864 – 1942) 289  
Crummenerl, Siegmund (1892 – 1940) 250, 337  
Czóbel, Ernst (Ernö) Osipowitsch (Osipovič) (1866 – 1953) 323, 336  
Dahrendorf, Gustav (1901 – 1954) 133  
Dan, Fedor Iljitsch (Dan, Fedor Il'ic, d.i. Fedor Il'ic Gurvič) (1871 – 1947) 232, 235  
Danneberg, Robert (1885 – 1942) 289

- Daumier, Honoré (1808 – 1879) 77  
David, Eduard (1863 – 1930) 59  
Dehmel, Richard (1863 – 1920) 131  
Deist, Heinrich (1902 – 1964) 133  
Del Bo, Giuseppe 22  
Descaves, Lucien (1861 – 1949) 313  
Dézamy, Théodore (1808 – 1850) 346  
Dittmann, Wilhelm (1874 – 1954) 273, 336  
Döblin, Alfred (1878 – 1957) 138  
Dohm, Bernhard (1905 – 1986) 229  
Dohrenbusch, Hans (1904 – 1991) 104  
Dolgorukij, (Fürstengeschlecht) (Dolgorukij) 262  
Dollfuß, Engelbert (1892 – 1934) 15  
Domela Nieuwenhuis, Ferdinand (1846 – 1919) 248, 288  
Domes, Franz (1863 – 1930) 200  
Döscher, 147  
Dowe, Dieter (geb. 1943) 156  
Drahn, Carl Ludwig 58  
Drahn, Elise 58  
Drahn, Ernst (1873 – etwa 1945) 58-63, 126, 351  
Drahn, Hilde geb. Illgen (geb. 1880) 63  
Dubska, Vera 55  
Duncker, Hermann (1874 – 1960) 322f., 325  
Duncker, Käte (1871 – 1953) 322  
Dworkina, Maja Dawidowna (Dvorkina, Maja Davydovna) 276
- Eberlein, Alfred (1916 – 1982) 64-70  
Eberlein, Ursula 69f.  
Ebert, Friedrich (1871 – 1925) 154, 210  
Eckert, Georg (1912 – 1974) 158  
Eggerath, Werner (1900 – 1977) 123  
Ehrlich, Karl (Pseudonym) siehe Raloff, Karl  
Eichler, Willi (1896 – 1971) 105  
Eisler, Hilde (1912 – 2000) 86  
Elster, Ludwig (1856 – 1935) 94  
Engelke, Gerrit (1890 – 1918) 141

- 
- Engels, Friedrich (1820 – 1895) 21, 23f., 29, 31f., 44, 46, 60f., 97, 111f., 127-129, 136, 145, 181, 183, 197, 207f., 217, 222, 227-229, 233-236, 244, 250, 253, 255, 259-264, 274-276, 289, 291, 303, 305-308, 312, 322, 335-337, 345, 347, 350
- Fabian, Walter (1902 – 1992) 142
- Fass-Hardegger, Margarethe (1882 – 1963) 245
- Fechenbach, Felix (1894 – 1933) 187
- Fedler, Anna siehe Kampffmeyer, Anna
- Fein, Erich (1909 – 1983) 330, 331
- Felder, Josef (1900 – 2000) 186
- Feuerbach, Ludwig (1804 – 1872) 264, 346, 347
- Fichte, Johann Gottlieb (1762 – 1814) 136
- Fischer, Fritz (1908 – 1999) 339
- Fischer, Gustav (1845 – 1910) 317
- Franke, Otto (1877 – 1953) 71-76
- Freiligrath, Ferdinand (1810 – 1876) 131, 145
- Freud, Sigmund (1856 – 1939) 136
- Fried, Erich (1921 – 1988) 327, 334
- Fuchs, Eduard (1870 – 1940) 77-83
- Gall, Ludwig (1791 – 1863) 56
- Galvani, Nadine 19
- Geiser, Alice 112
- Geiser, Bruno (1846 – 1898) 112
- Geyer, Florian (auch Florian Geier von Giebelstadt) (um 1490 – 1525) 321
- Giebel, Carl (1878 – 1930) 273
- Gillies, William (1885 – 1959) 280
- Ginhold, Willi (1915 – 1985) 105
- Gittig, Heinz (1923 – 2002) 84-88
- Gladyschewa, Marina Alexandrowna (Gladyševa, Marina Aleksandrovna) (1919 – 2002) 276
- Glöckel, Otto (1874 – 1935) 199
- Gniffke, Erich (1895 – 1964) 224
- Goebbels, Joseph (1897 – 1945) 134

- Goethe, Johann Wolfgang von (1749 – 1832) 124  
Goldendach, Selman-Ber Aaronow (Gol'denbach, Zel'man-Ber Aaronov) 258  
Gorki, Maxim (Gorki, Maksim, d.i. Aleksej Maksimovič Peškov) (1868 – 1936) 233  
Gorter, Herman (1864 – 1927) 132  
Gottfurcht, Hans (1896 – 1982) 105  
Grandjonc, Jacques (1933 – 2000) 24  
Granitsch, Georg (1833 – 1903) 196  
Greulich, Hermann (1842 – 1925) 132  
Grillparzer, Franz (1791 – 1872) 131  
Grimm, Robert (1881 – 1958) 244  
Groll, Lothar (1929 – 1984) 89-91  
Grossmann (auch Grossman), Henryk/Henrik (1881 – 1950) 147  
Grosz, George (d.i. Georg Ehrenfried Groß) (1893 – 1959) 137  
Grotewohl, Otto (1894 – 1964) 224  
Grün, Max von der (1926 – 2005) 143  
Grünberg, Carl (1861 – 1940) 92-98, 180, 184, 197-199, 220, 260, 263, 319, 351  
Grünberg, Emil (1905 – 1988) 98  
Grünberg, Hilde geb. Ehrenzweig 98  
Grünberg, Karl 98  
Grundtvig, Nikolai Frederik Severin (1783 – 1872) 121  
Grunwald, Max (1873 – 1926) 99-103, 208  
Gulich, Wilhelm (1895 – 1960) 342  
Güsefeld, Liesel geb. Jende 72, 75  
Guttentag, Immanuel (1817 – 1862) 108  
  
Haase, Hugo (1863 – 1919) 31  
Haenisch, Konrad (1876 – 1925) 61, 322f.  
Hänsel, Julius (1848 – 1902) 118  
Hansen, Werner (d.i. Werner Heidorn) (1905 – 1972) 104-107  
Hartmann, Ludo Moritz (1865 – 1924) 95  
Hasenöhr, Adolf (1911 – 1989) 168, 173f.  
Haubach, Theodor / Theo (1896 – 1945) 133  
Hauptmann, Gerhart (1862 – 1946) 131, 152

- 
- Hecker, Rolf (geb. 1953) 181  
Heckert, Fritz (eigentlich Friedrich) (1884 – 1936) 213  
Hedtoft Hansen, Hans (1903 – 1955) 254f.  
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1770 – 1831) 264  
Hegeler, Wilhelm (1870 – 1943) 152  
Heidermann, Horst (geb. 1929) 156, 341  
Heidorn, Heinrich 104  
Heidorn, Karoline 104  
Heimann, Cäcilie geb. Levy (geb. 1863) 109  
Heimann, Eduard (geb. 1818) 108  
Heimann, Eduard (1889 – 1967) 133  
Heimann, Hugo (1859 – 1951) 108-116, 294  
Heimann, Johanna 109, 115  
Heimann, Leonhard 109  
Heimann, Marie (geb. 1822) 108  
Heine, Fritz (1904 – 2002) 271, 281  
Heine, Heinrich (1797 – 1856) 131  
Heine, Wolfgang (1861 – 1944) 278  
Heinemann, Gustav (1899 – 1976) 36, 41  
Heller, Hermann (1891 – 1933) 133  
Hellmich, Joseph (1877 – 1972) 271  
Helmer, Oskar (1887 – 1963) 17  
Helphand (Parvus), Alexander (d.i. Israil Lasarewitsch Helphand,  
Izrail‘ Lazarevič Gel‘fand) (1867 – 1924) 322, 325  
Henke, Alfred (1868 – 1946) 273  
Hennig, Gustav (1868 – 1948) 117-124  
Hennig, Heinz (gest. 1944) 123  
Hennig, Karl (gest. 1945) 123  
Hennig, Magdalene geb. Bosse 120, 122  
Hennig, Maria geb. Ladebusch 122  
Hennig, Pauline geb. Kuhnert 118  
Hertz, Paul (1888 – 1961) 336  
Herwegh, Georg (1817 – 1875) 131, 145  
Herzfelde, Wieland (1896 – 1988) 88  
Herzog, Joggi (eigentlich Jakob) 245



- Heß (auch Hess), Moses (1812 – 1875) 22, 128, 346, 350  
Heyde, Ludwig (1888 – 1961) 285  
Heynicke, Kurt (1891 – 1985) 141  
Hilferding, Rudolf (1877 – 1941) 33, 95, 234f., 263, 337  
Hindenburg, Paul von Beneckendorff und von H. (1847 – 1934) 73, 211  
Hinrichsen, Bertha, geb. Freige, verw. Pallaiso (geb. 1882) 130  
Hinrichsen, Jonny (eigentlich Johann) (1868 – 1944) 125-130, 154, 223f., 235, 295  
Hirche, Kurt (1904 – 1999) 131-137  
Hitler, Adolf (1889 – 1945) 14, 42, 73, 114, 155, 223, 235, 269, 279, 314  
Hobbes, Thomas (1588 – 1679) 264  
Hobsbawm, Eric (geb. 1917) 327  
Höchberg, Karl (1853 – 1885) 26  
Hoffmann, Adolph (1858 – 1930) 165  
Hofmann, Walter (1879 – 1952) 120  
Hofmann, Willy (1894 – 1964) 138  
Högger, Ernst 245  
Holm, Hans (1895 – 1981) 86  
Holz, Arno (1863 – 1929) 283  
Hoover, Herbert (1874 – 1964) 178  
Horkheimer, Max (1895 – 1973) 97  
Horn, Robert 323  
Hotz, Charles / Karl (Pseudonym) siehe Rothen, Édouard  
Huch, Ricarda (1864 – 1947) 239  
Hümbelin, Fred (eigentlich Alfred) (1896 – 1986) 245  
Hümbelin, Lotte (eigentlich Charlotte) geb. Bindel (1909 – 2008) 245  
Hüser, Fritz (1908 – 1979) 138-143  
  
Ibsen, Henrik (1828 – 1906) 131  
  
Jacob, Mathilde (1873 – 1943) 177  
Jacoby, Johann (1805 – 1877) 46  
Jahn, Hermann 112  
Jaksch, Wenzel (1896 – 1966) 171, 174

- 
- Jansson, Wilhelm (1877 – 1923) 49  
Jedlicka, Ludwig (1916 – 1977) 329  
Jende, Liesel siehe Güssefeld, Liesel  
Jensen, Jürgen 157  
Jung, Franz 102  
Jung, Hermann (1830 – 1901) 128  
  
Kaiser, Bruno (1911 – 1982) 21, 144-150, 229, 348, 351  
Kaiser, Stanislaw (genannt Stascha) 145  
Kalinin, Michail Iwanowitsch (Kalinin, Michail Iwanovič) (1875 – 1946) 264, 274  
Kämpchen, Heinrich (1847 – 1912) 138  
Kampffmeyer, Amanda geb. Bornhold (1871 – 1901) 153  
Kampffmeyer, Anna geb. Fedler 153  
Kampffmeyer, Bertha geb. Schmidt (1828 – 1879) 151  
Kampffmeyer, Margarete geb. Streichhan (geb. 1874) 153  
Kampffmeyer, Paul (1864 – 1945) 33, 62, 126f., 129, 136, 151-155, 223f., 234f., 273  
Kampffmeyer, Theodor (1821 – 1888) 151  
Kant, Immanuel (1724 – 1804) 136  
Katayama, Sen (1859 – 1933) 264  
Kautsky, Benedikt (1894 – 1960) 56  
Kautsky, Karl (1854 – 1938) 14, 17, 26f., 29-32, 46, 95, 100, 102, 109, 128, 132, 136, 206, 244, 250-253, 260, 264, 266, 297f., 301f., 304f., 314, 323  
Kautsky, Luise (1864 – 1944) 177  
Kegel, Max (1850 – 1902) 27, 298  
Kling, Alfred 166  
Klotzbach, Kurt (1940 – 1989) 156-159, 342  
Knapp, Georg Friedrich (1842 – 1926) 93  
Knobloch, Heinz (1926 – 2003) 177  
Kokoschka, Oskar (1886 – 1980) 327  
Köpping, Walter (1923 – 1995) 142f.  
Koritschoner, Franz (1892 – 1941) 333  
Korsch, Karl (1886 – 1961) 163  
Köser, Carl 147

- Koszyk, Kurt (geb. 1929) 69  
Krause, Werner (geb. 1934) 156, 160, 342  
Kreisky, Bruno (1911 – 1990) 174, 329, 332  
Kriedemann, Herbert (1903 – 1977) 45f.  
Krieger, Marek 128  
Krille, Otto (1878 – 1954) 283  
Kropotkin, Pjotr Alexejewitsch Fürst (Kropotkin, P.tr Alekseewiĉ) (1842 – 1921) 218  
Kugelman, Franziska (1858 – etwa 1930) 276  
Kugelman, Gertrud (1839 – nach 1902) 276  
Kuhnert, Pauline siehe Hennig, Pauline  
Kuiper, Jacomina Hendrika (genannt Mieke) 19  
Kun, Béla (1886 – 1939) 262  
Kunert, Franz (1911 – 1990) 168, 172-174  
Kunze, Horst (1909 – 2000) 65, 85
- Ladebusch, Maria siehe Hennig, Maria  
Lafargue, Laura, geb. Marx (1845 – 1911) 32, 260  
Lafargue, Paul (1842 – 1911) 102, 260, 264  
Landauer, Gustav (1870 – 1919) 136, 152, 218, 243, 289f.  
Landshut, Siegfried (1897 – 1968) 278  
Lang, Otto (1863 – 1936) 289  
Lassalle, Ferdinand (1825 – 1864) 23, 24, 28f., 127f., 136, 154, 180, 301  
Lawrow, Petr Lawrowitsch (Lavrov, Petr Lavroviĉ) (1823 – 1900) 258  
Lehning, Arthur (1899 – 2000) 216, 249  
Leichter, Otto (1897 – 1973) 16  
Lemmer, Ernst (1898 – 1970) 41  
Lenin, Wladimir Iljitsch (Lenin, Vladimir Il'ic, d.i. Vladimir Il'ic Uljanov) (1870 – 1924) 61, 77, 165, 180, 183, 259, 262, 310, 336  
Leonhard, Rudolf (1889 – 1953) 163  
Leonhard, Susanne geb. Köhler (1895 – 1984) 60, 162-167  
Leonhard, Wolfgang (eigentlich Wladimir, genannt Wolodja) (geb. 1921) 163  
Lersch, Heinrich (1889 – 1936) 138, 141f.  
Leßner (auch Lessner), Friedrich (1825 – 1910) 102, 181, 304  
Levy, Cäcilie siehe Heimann, Cäcilie

- 
- Levy, Mortier (geb. 1808) 108  
Liebknecht, Curt (1879 – 1966) 165  
Liebknecht, Julia geb. Paradies (1873 – 1911) 162  
Liebknecht, Karl (1871 – 1919) 61, 71, 85, 162-167, 177  
Liebknecht, Robert (genannt Bob) (1903 – 1994) 162  
Liebknecht, Sophie (Sonja) geb. Ryss (1884 – 1964) 162-167  
Liebknecht, Vera (1906 – 1934) 162  
Liebknecht, Wilhelm (1826 – 1900) 112, 154, 203, 244, 264, 289, 307, 323  
Liebknecht, Wilhelm (genannt Helmi) (1901 – 1975) 162  
Lieme, Nehemia de (1882 – 1940) 248-250, 288, 311  
Lindbom, Tage (1909 – 2001) 52  
Linné, Carl von (1707 – 1778) 51  
Löbe, Paul (1875 – 1967) 323  
Longuet, Charles (1839 – 1903) 275, 337  
Longuet, Jean-Laurent-Frederick (Johnny) (1876 – 1938) 336f.  
Longuet, Jenny Caroline geb. Marx (1844 – 1883) 266, 275f.  
Lorenz, Richard (1888 – 1959) 168-170, 172  
Lunatscharski, Anatoli Wassiljewitsch (Lunačarskij, Anatolij Vasil'evič) (1875 – 1933) 261  
Lutz, Ralph Haswell (1886 – 1968) 177-179  
Lux, Heinrich (1863 – 1944) 323  
Luxemburg, Rosa (1871 – 1919) 71, 85, 136, 163, 165, 177f., 244  
Malatesta, Enrico (1853 – 1932) 218  
Mänchen-Helfen, Otto (auch Maenchen-Helfen) (1894 – 1969) 56, 235  
Marek, Bruno (1900 – 1991) 332  
Marek, Ferdinand (1881 – 1947) 333  
Martow, Julius Ossipowitsch (Martov, Julij Osipovič) (1873 – 1923) 233, 266  
Marx, Jenny (Tochter) siehe Longuet, Jenny  
Marx, Jenny geb. von Westphalen (1814 – 1881) 227, 276  
Marx, Karl (1818 – 1883) 21-24, 31f., 44, 46, 56, 60f., 90, 97, 111, 128f., 132, 136, 165, 181, 183, 207f., 217, 222f., 227-229, 233-236, 244, 250, 253, 255, 259f., 262-264, 266, 274-276, 278, 289, 291, 301f., 306-308, 310, 312, 335-337, 345, 347-350

- Marx-Aveling, Eleanor (1855 – 1898) 260  
Mäurer, Friedrich Wilhelm German 350  
Mauthner, Amélie geb. Engel 180, 182  
Mauthner, Theodor (1855 – 1922) 96, 180-184, 263, 319  
Mayer, Gustav (1871 – 1948) 19, 127, 236, 323  
Mayer, Jacob Peter (1903 – 1992) 278  
Mayer, Kony /Koni (eigentlich Konrad) (1902 – 1983) 245  
Mayer, Margarete (geb. 1919) 189  
Mayer, Paul (1898 – 1970) 103, 185-189, 301  
Mazzini, Giuseppe (1805 – 1872) 301  
Mehlich, Ernst (1882 – 1926) 121, 190-195  
Mehring, Franz (1846 – 1919) 128, 136, 177, 181, 183, 244  
Mende, Eduard 117  
Menger, Anton (1841 – 1906) 53f., 57, 92, 94, 96, 196-201, 259, 318, 319  
Menger, Carl (1840 – 1921) 196, 199, 318f.  
Menger, Max (1838 – 1911) 196  
Michels, Robert(o) (1876 – 1936) 97  
Mierendorff, Carl(o) (1897 – 1943) 133, 254  
Miller, Henry (d.i. Henry Valentine) (1891 – 1980) 141  
Mitchell, Margaret (d.i. Margaret Munnerlyn) (1900 – 1949) 141  
Modigliani, Giuseppe Emanuele (1872 – 1947) 337  
Mohr, Oswald (Pseudonym) siehe Kaiser, Bruno  
Moll, Joseph (1813 – 1849) 349  
Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch (Molotov, Vjačeslav Michajlovič) (1890 – 1986) 262  
Mommsen, Hans (geb. 1930) 69  
Mommsen, Wolfgang Arthur (1907 – 1986) 340, 341  
Moosdorf, Johanna (1911 – 2000) 141  
More (Morus), Thomas (1478 – 1535) 136  
Morris, William (1834 – 1896) 218  
Moser, Mentona (1874 – 1971) 72  
Most, Johann /Johannes (1846 – 1906) 323  
Motteler, Emilie 102f., 204  
Motteler, Julius (1838 – 1907) 28f., 32, 100, 102, 128f., 202-208, 228,

298, 303f.

Mstislawskij, Sergej Dmitrijewitsch (Maslovskij-Mstislavskij, Sergej Dmitriewič)

(1876 – 1943) 233

Mühlestein, Hans (1887 – 1969) 244

Müller, Emil Reinhard (1879 – 1950) 255

Müller, Hermann (1876 – 1931) 33, 128, 273

Müller, Richard (1880 – 1943) 209-215

Münzenberg, Willi / Wilhelm (1889 – 1940) 242

Nacht, Siegfried (1878 – 1956) 219

Nause, Franz (1903 – 1943) 42

Neck, Rudolf (geb. 1921) 330

Nelson, Leonard (1882 – 1927) 136

Nettlau, Max (1865 – 1944) 181, 216-221, 251, 289

Neugebauer, Wolfgang (geb. 1944) 332

Neumann, Paul (1880 – 1969) 222-230

Nieuwenhuis siehe Domela Nieuwenhuis

Nikolajewskaja, Ewdokija Pawlowna, geb. Krasnoburowa (Nikolaevskaja, Ewdokija

Pavlovna) (1862 – 1945) 231

Nikolajewskij, Boris Iwanowitsch (Nikolaevskij, Boris Ivanovič, auch Nicolaevsky, Nikolajewsky) (1887 – 1966) 15f., 129, 223, 231-237, 249, 264, 281, 311f., 314, 337

Nikolajewskij, Iwan Michailowitsch (Nikolaevskij, Ivan Michailovič) (1850 – 1899) 231

Noltenius, Rainer (geb. 1938) 142

Noske, Gustav (1868 – 1946) 187, 210, 212

Ollenhauer, Erich (1901 – 1963) 186, 281, 291

Oppenheimer, Franz (1864 – 1943) 97, 136

Oppenheimer, Hans (1921 – 1945) 241

Oppenheimer, Max (1919 – 1994) 238-241

Ossietzky, Carl von (1889 – 1938) 144

Osterroth, Franz (1900 – 1986) 133

- Pappenheim, Bertha (1859 – 1936) 182  
Pappenheim, Flora (1852 – 1854) 182  
Pappenheim, Henriette (1849 – 1866) 182  
Pappenheim, Recha geb. Goldstein (1830 – 1905) 182  
Pappenheim, Sigmund (1824 – 1881) 182  
Pappenheim, Wilhelm (1860 – 1939) 180-184, 319  
Paul, Ernst (1897 – 1978) 168f., 171-174  
Paul, Jean (d.i. Johann Paul Friedrich Richter) (1763 – 1825) 136  
Pfeinfert, Franz (1879 – 1954) 137, 165  
Pernerstorfer, Engelbert (1850 – 1918) 53f., 57, 200  
Peter, Gisela 286  
Petrow, A. I. (Petrov, A. I.) 275  
Peukert, Josef (1855 – 1910) 289f.  
Philippovich, Eugen Freiherr von Philippsberg (1858 – 1917) 93, 198  
Pieck, Wilhelm (1876 – 1960) 74, 79, 82f.  
Pinkus, Theo (1909 – 1991) 5, 242-246  
Pinkus-De Sassi, Amalie geb. de Sassi (1910 – 1996) 243, 246  
Plechanow, Georgi Walentinowitsch (Plechanov, Georgij Valentinovič) (1856 – 1918) 165, 234, 258, 264  
Pokrowskij, Michail Nikolajewitsch (Pokrovskij, Michail Nikolaevič) (1868 – 1932) 264  
Polak, Henri (1868 – 1943) 288  
Pollak, Marianne geb. Springer (1891 – 1963) 18  
Pollak, Oscar (1893 – 1963) 18  
Pollock, Friedrich (1894 – 1970) 97  
Popitz, Heinrich (1925 – 2002) 159  
Posthumus, Nicolaas Wilhelmus (1880 – 1960) 220, 247-253, 287-289, 291, 310-312, 314  
Preczang, Ernst (1870 – 1949) 122, 142  
Preiss, Hans (1927 – 2005) 40  
Proft, Gabriele (1879 – 1971) 18  
  
Radbruch, Gustav (1878 – 1949) 133  
Raloff, Karl (1899 – 1976) 254-257  
Rappoport, Charles (1865 – 1941) 289  
Rathmann, August (1895 – 1995) 133

- Rauch, Georg von (1904 – 1991) 339  
Reclus, Elisée (d.i. Jean Jacques Elisée Reclus) (1830 – 1905) 218  
Reitzner, Richard (1893 – 1962) 169  
Renner, Karl (1870 – 1950) 95, 260  
Reuter, Ernst (1889 – 1953) 46  
Reuter, Fritz (1810 – 1874) 117  
Ribbentrop, Joachim von (1893 – 1946) 225  
Ricardo, David (1772 – 1823) 264, 266  
Rjasanow, Dawid Borisowitsch (Rjazanov, David Borisovič, auch Rjasanoff, d.i. David-Simche Zel'man Berov Gol'denbach) (1870 – 1938) 32, 97, 180-194, 198, 232-235, 248-267, 335f.  
Rjasanowa, Anna Lwowna, geb. Branower (Rjazanowa, Anna L'vovna) 258, 267  
Rocker, Rudolf (1873 – 1958) 218  
Rodbertus-Jagetzow, Johann Karl (1805 – 1875) 292  
Rosenbaum, Marta (1869 oder 1870 – 1940) 177  
Rosenberg, Alfred Ernst (1893 – 1946) 236, 251-253, 290f., 314  
Rosenberg, Ludwig (1903 – 1977) 281  
Rothe, Charlotte geb. Pestel (geb. 1915) 273  
Rothe, Rudolf Paul (1897 – 1969) 186, 188, 268-273  
Rothen, Édouard (1874 – 1937) 289  
Rousseau, Jean-Jacques (1712 – 1778) 136  
Rowohlt, Ernst (1887 – 1960) 46, 242  
Rubin, Isaak Iljitsch (Rubin, Isaak Il'ic) (1886 – 1937) 265  
Rubinga, Jan Hendrik siehe Blumenberg, Werner  
Rudjak, Boris Moisejewitsch (Rudjak, Boris Mojseevič) (1923 – 1999) 274-276  
Rudjak, Esther 276  
Ruge, Arnold (1802 – 1880) 183  
Rüter, A. J. C. (1907 – 1965) 249, 253  
Rykov, Alexej Iwanowitsch (Rykov, Aleksej Ivanovič) (1881 – 1938) 236  
  
Salomon, Friedrich (Fritz) (1890 – 1946) 277-281  
Salomon, Max 277  
Salomon, Rosa 277



- Sander, Wilhelm (Willi) (1895 – 1978) 279  
Sapir, Boris Moiseevič (1902 – 1989) 249  
Sassenbach, Johann (1866 – 1940) 282-286  
Sassulitsch, Wera Iwanowna (Zasulič, Vera Ivanovna (1849 – 1919)  
235  
Schäfer, Richard 36  
Schäffle, Albert (1831 – 1903) 292  
Schärf, Adolf (1890 – 1965) 17  
Schattner, Regina siehe Bernstein, Regina  
Schauer, Helmut (1937 – 2001) 36  
Scheidemann, Philipp (1865 – 1939) 262  
Scheltema, Carel Steven Adama van (1877 – 1924) 247f., 287  
Scheltema-Kleefstra, Anna Catharina (genannt Annie) Adama van geb.  
Kleefstra (1884 – 1977) 14-16, 221, 248f., 251, 287-291, 312  
Schiff, Frieda 78-81  
Schiller, Franz 183  
Schiller, Friedrich von (1759 – 1805) 131  
Schippel, Max (1859 – 1928) 112, 292-296  
Schleiermacher, Friedrich (1768 – 1834) 151  
Schlüter, Hermann (1851 – 1919) 28, 101, 128, 205f., 297-305  
Schneider, Michael (geb. 1944) 156, 160  
Schober, Artur (1913 – 1999) 168, 174f.  
Schönherr, Karl (1867 – 1943) 131  
Schönlank, Bruno (1891 – 1965) 142  
Schötzau, Richard 85  
Schröder, Wilhelm Heinz (geb. 1946) 292  
Schubert, Berthold (geb. 1933) 229  
Schulz, Erich (1874 – 1941) 138  
Schulze, Fiete (1894 – 1935) 90  
Schumacher, Kurt (1895 – 1952) 45, 254, 281  
Schuster, Dieter 106  
Schwind, Ernst von (1865 – 1932) 199f.  
Seitz, Karl (1869 – 1950) 289  
Seliger, Josef (1870 – 1920) 168  
Senekina, Olga Kontantinowna (Senekina, Ol'ga Kontantinovna)

- (1903 – 2002) 275, 306-308  
Seume, Johann Gottfried (1763 – 1810) 124  
Severing, Carl (1875 – 1952) 195, 273  
Shaw, George Bernhard (1856 – 1950) 29  
Siemsen, Anna (1882 – 1951) 245  
Simmel, Georg (1858 – 1918) 136  
Singer, Paul (1844 – 1911) 102, 109, 112, 206, 208, 292  
Sinowjew, Grigori Jewsejewitsch (Zinov'ev, Grigorij Evseevič, d.i. Ovsej-Geršen  
Aronovič Radomyslski-Apfelbaum) (1883 – 1936) 80  
Sinzheimer, Hugo (d.i. Hans Daniel Sinzheimer) (1875 – 1945) 133  
Skobelew, Matwej Iwanowitsch (Skobelev, Matvej Ivanovič) (1885 – 1938) 232  
Sladek, Wenzel siehe Brügel, Fritz  
Smirnow, Valerin 289  
Smith, Adam (1723 – 1790) 264  
Sombart, Werner (1863 – 1941) 135f.  
Sorge, Friedrich Adolf (Adolph) (1828 – 1906) 302  
Souvarine, Boris (d.i. Boris Konstantinovič Lifšiz [Lifschitz]) (1895 – 1984) 249, 309-314  
Soyfer, Jura (1912 – 1939) 200, 328, 334  
Spengemann, Walter 44f.  
Stalin, Josef W. (d.i. Josif Visarionovič Džugašvili) (1879 – 1953) 229, 236, 265, 267, 310f., 314, 336  
Stammhammer, Josef (1847 – 1922) 54, 181, 198, 316-320, 348  
Stammhammer, Ludowika (gest. 1922) 320  
Stehfest, Ernst (geb. 1828) 204  
Stein, Hans (1894 – 1941) 236  
Stein, Hedwig 322  
Stein, Lorenz von (1815 – 1890) 92  
Stein, Ludwig 321  
Stein, Max (1871 – 1952) 321-325  
Stein, Simon (gest. 1888) 321  
Steiner, Heinrich 326f.  
Steiner, Herbert (1923 – 2001) 326-334

Steiner, Valerie 326f.

Steklow, Jurij Michailowitsch (Steklov, Jurij Michajlovič) (1873 – 1941) 258

Stoljarow, Alexandr Michajlowitsch (Stoljarov, Aleksandr Michajlovič) 226

Stoph, Willi (1914 – 1999) 243

Streichhan, Margarete siehe Kampffmeyer, Margarete

Stroeck, Jürgen (geb. 1930) 90, 229, 230

Struwe, Peter Bergardowitsch (Struve, Peter Bergardovič) (1870 – 1944) 234

Studtmann, Lucy siehe Blumenberg, Lucy

Stümpfig, Gerhard 156

Suchanow, Nikolaj Nikolajewitsch (Suchanov, Nikolaj Nikolaevič) (1882 – 1940) 233

Sudermann, Hermann (1857 – 1928) 131

Suter-Lippmann, Paula geb. Lippmann (1889 – 1968) 245

Swift, Jonathan (1667 – 1745) 136

Tauscher, Leonhard (1840 – 1914) 28, 205, 303

Thälmann, Ernst (1886 – 1944) 85

Thomas, Willy 36

Tichomirnow, German Alexandrowitsch (Tichomirnov, German Aleksandrowič, auch Hermann) (1899 – 1955) 235, 335-338

Tichomirnow, Wiktor (Tichomirnov, Viktor) 335

Tichomirnowa, Zinaida (Tichomirnova, Zinaida) 335

Tobler-Christinger, Minna geb. Christinger (1886 – 1936) 245

Toller, Ernst (1893 – 1939) 138

Treuber, Julius 229

Troelstra, Pieter Jelles (1860 – 1930) 247

Trotzki, Leo (Trocki, Lev Davidovič, d.i. Lev Davidovič Bronštejn) (1879 – 1940) 80, 165, 236, 250f., 265, 310

Truebner, Nikolaus (1817 – 1884) 108

Turlach, Manfred (1932 – 2006) 157, 339-344

Ullmann, Alois (1888 – 1957) 169, 171, 173

Unger-Winkelried, Emil 61

- 
- Vahrenhorst, Frieda 43-45  
Vahrenhorst, Wera Luise 44  
Vaillant, Édouard (1840 – 1915) 301  
Van Tijn, B. 45  
Varga, Eugen (Jeno) (1879 – 1964) 80  
Vliegen, Willem (d.i. Hubertus Wilhelmus Vliegen) (1862 – 1947) 288  
Vogt, Johann Gustav (1843 – um 1920) 322  
Vollmar, Georg von (1850 – 1922) 26, 128f., 154  
  
Wagner, Adolph (1835 – 1917) 292  
Wagner, Irene 343  
Wagner, J. M. 345  
Walden, Herwarth (d.i. Georg Lewin) (1878 – 1941) 137  
Wallraff, Günter (geb. 1942) 38  
Weber, Hermann (geb. 1928) 75  
Weerth, Georg Ludwig (1822 – 1856) 145  
Wegner, Armin Theophil (1886 – 1978) 141  
Weil, (Lucio) Felix José (1898 – 1975) 96, 263  
Weinert, Erich (1890 – 1953) 145, 150  
Weisenborn, Günther (1902 – 1969) 239  
Weitling, Wilhelm (1808 – 1871) 307  
Weller, Berta geb. Baarmann 345  
Weller, Carl Christian Heinrich (geb. 1794) 345  
Weller, Emil Ottocar (1823 – 1886) 9, 345-351  
Wels, Otto (1873 – 1939) 60, 312, 337  
Wendt, Willi 42  
Wentzke, Paul (1879 – 1960) 351  
Werchan, Inge (geb. 1928) 229f.  
Werner, Emil (1913 – 1996) 172  
Weydemeyer, Joseph (1818 – 1866) 128  
Wibaut, Florentinus Marinus (1859 – 1936) 288  
Wieprecht, Christoph (1875 – 1942) 142  
Wigand, Otto Friedrich (1795 – 1870) 347  
Wille, Bruno (1860 – 1928) 152  
Winarsky, Leopold (1873 – 1915) 53, 57  
Winzer, Otto (1902 – 1975) 224

Wirkner, Irma 168, 170

Wirkner, Roman (1907 – 1987) 168, 170f.

Wittfogel, Karl August (1896 – 1988) 97

Wolensky, Madeleine 201

Wolff, Wilhelm (1809 – 1864) 307

Zarnow, Gottfried (auch Moritz Ewald) (geb. 1878) 62

Zech, Paul (1881 – 1946) 141f.

Zetkin, Clara (1857 – 1933) 85, 177, 260, 262

Zimmermann, Rüdiger (geb. 1946) 160

Ziska, Horst (geb. 1930) 156, 160

Zola, Émile (1840 – 1902) 309

Zweig, Stefan (1881 – 1942) 138